

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

11

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W.I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRAKKOMITEE DER SED BESORGT



DIETZ VERLAG BERLIN

1958

W.I. LENIN

BAND 11

JUNI 1906 – JANUAR 1907



DIETZ VERLAG BERLIN

1958

Russischer Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1958 · Printed in Germany · Alle Rechte
vorbehalten · Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf · Papierformat: 61 × 86 cm

Verlagsbogen: 31,5 · Druckbogen: 33 · Lizenznummer 1

Satz und Druck: VEB Offizin Andersen Nexö in Leipzig III/18/38

VORWORT

Der elfte Band enthält die Arbeiten W. I. Lenins, die von Juni 1906 bis Januar 1907 geschrieben wurden. Ein großer Teil dieser Arbeiten ist Fragen gewidmet, die mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion in der I. Reichsduma, der Auflösung der Duma und dem Beginn der Wahlkampagne zur II. Duma in Zusammenhang stehen.

Die Artikel „Die Lehren des Moskauer Aufstands“, „Hände weg!“ und „Der Partisanenkrieg“ beschäftigen sich mit der Organisation und Taktik des bewaffneten Aufstands.

In den Arbeiten „Zur Deklaration unserer Dumafraktion“, „Wer ist für ein Bündnis mit den Kadetten?“, „Nachbeter der Kadetten“, „Die politische Krise und das Fiasko der opportunistischen Taktik“, „Die Auflösung der Duma und die Aufgaben des Proletariats“ entlarvt Lenin die menschewistische Taktik der Unterstützung der kadettischen Duma und der Losung „kadettisches Dumakabinett“, er gibt eine politische Einschätzung der Auflösung der I. Duma und legt die Aufgaben der Partei in dieser Periode fest.

Die Arbeiten „Sozialdemokratie und Wahlabkommen“, „Besondere Meinung“ (eingebracht auf der Gesamtrussischen Novemberkonferenz der SDAPR), „Entwurf eines Aufrufs an die Wähler“, „Über Blocks mit den Kadetten“, „Sozialdemokratie und Dumawahlen“, „Der Narr als Richter (Aus den Notizen eines sozialdemokratischen Publizisten)“ sind Fragen der Wahlkampagne zur II. Duma gewidmet.

In den Artikeln „Versuch einer Klassifizierung der russischen politischen Parteien“, „Sozialrevolutionäre Menschewiki“ und „Spießbürgerlichkeit in den Reihen der Revolutionäre“ wird eine Klassenanalyse der politischen Parteien Rußlands gegeben.

Zum erstenmal sind in die Werke W. I. Lenins die Flugschrift „Wen soll man in die Reichsduma wählen?“, die Notiz „Die Vereinigung des ‚Bund‘ mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ und der Artikel „Die Aufgaben der Arbeiterpartei und die Bauernschaft“ aufgenommen worden. In ihnen wird die Hauptlosung der Bolschewiki in der Wahlkampagne — völlige Selbständigkeit der Klassenpolitik des Proletariats und Unzulässigkeit von Blocks mit den Kadetten — erläutert.

AM VORABEND¹

Die politische Lage klärt sich mit erstaunlicher Schnelligkeit.

Vor einigen Monaten war es unmöglich, mit Sicherheit zu sagen, ob die Reichsduma zusammentreten und wie sie aussehen wird. Vor einigen Wochen war, zumindest für die breiten Volksmassen, noch nicht erkennbar, auf welchem Schauplatz und in welcher Form sich die nächste Etappe des Freiheitskampfes entwickeln wird. An die Duma glaubte der einfache Bauersmann, dem es gar nicht in den Sinn kommen konnte, daß die inständigen Bitten und die Erklärungen all der Fürsprecher des Volkes ohne Folgen bleiben würden; an die Duma glaubte der bürgerliche Liberale, der die Regierung zu veranlassen suchte, sich „im guten“ zu Zugeständnissen bereit zu erklären. Es wird keine Übertreibung sein, wenn wir sagen, daß innerhalb weniger Tage dieser Glaube, der Glaube der Volksmassen, jener Menschen, deren gesamte Interessen diesen Glauben nährten und festigten, vor unseren Augen zusammenbricht. Sie haben geglaubt, weil sie glauben wollten, sie haben geglaubt, weil die nächste politische Zukunft noch in Dunkel gehüllt war, sie haben geglaubt, weil das politische Halbdunkel Platz ließ für Zweideutigkeiten und Schwankungen aller Art, für jedwede Stimmung der Mutlosigkeit.

Jetzt wird alles wieder klar. Die Voraussicht derer, die in der Zeit der Dumawahlen oder in den ersten Tagen der Duma eine Art verschrobener Pessimisten zu sein schienen, erweist sich als richtig. Die Duma tagt fünf, sechs Wochen, und schon müssen diejenigen, die von ganzem Herzen bestrebt sind, die Tätigkeit in der Duma und all das, was mit ihr in Verbindung steht, zu entfalten und zu erschließen, offen und ehrlich die gewichtige Tatsache anerkennen: „Wie doch das Volk des Wartens müde ist.“

Es wurde des Wartens jahrzehntelang nicht müde, aber jetzt ist es in einigen Wochen müde geworden; es wurde des Wartens nicht müde, solange es schlief oder dahinvegetierte, solange es in seiner äußeren Umgebung nichts gab, was seine Existenz, seine Stimmung, sein Bewußtsein, sein Wollen mit einem Schlag von Grund aus verändern konnte; es ist in einigen Wochen des Wartens müde geworden, als in ihm selber unglaublich schnell der Drang zum Handeln erwachte, als die flammendsten, mitreißendsten Worte, selbst wenn sie von einer so hohen Tribüne wie die Duma kamen, anfangen, matt, langweilig und uninteressant zu scheinen; des Wartens müde sind die Arbeiter — die Streikwelle beginnt immer höher zu steigen; des Wartens müde sind die Bauern, keinerlei Verfolgungen und Mißhandlungen, die die Schrecken der mittelalterlichen Inquisition übertreffen, vermögen ihren Kampf um den Boden, um die Freiheit aufzuhalten; des Wartens müde sind die Matrosen in Kronstadt und Sewastopol, die Infanteristen in Kursk, Poltawa, Tula und Moskau, die Gardesoldaten in Krasnoje Selo, des Wartens müde sind sogar die Kosaken. Alle sehen jetzt, wo und wie der neue große Kampf entbrennt, alle verstehen, daß er unvermeidlich ist, alle fühlen, wie sehr es notwendig ist, unerschütterlich und standhaft zu bleiben, sich gut vorzubereiten, wie notwendig es ist, daß Proletariat und Bauernschaft gleichzeitig und im Einklang miteinander handeln. Alle fühlen, daß man nur deshalb noch warten muß... Wir stehen am Vorabend größter historischer Ereignisse, wir stehen vor der zweiten großen Etappe der russischen Revolution. Die Sozialdemokratie, die bewußte Bannerträgerin des Klassenkampfes des Proletariats, wird wie ein Mann auf ihrem Posten stehen und ihre Pflicht bis zum letzten erfüllen.

„Rabotnik“ Nr. 1,

8. Juni 1906.

Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text des „Rabotnik“.

SCHWANKUNGEN OBEN, ENTSCHLOSSENHEIT UNTEN

Wir durchleben allem Anschein nach einen der wichtigsten Abschnitte der Revolution. Der neue Aufschwung einer breiten Massenbewegung gegen die alte Ordnung ist schon seit langem erkennbar. Jetzt nähert sich dieser Aufschwung seinem Höhepunkt. Die Dumawahlen und die erste Woche, in der die oppositionelle Duma tagte und arbeitete, haben als die „Drei-Heller-Kerze“ gewirkt, die das ganze Land in Brand gesteckt hat. Brennmaterial gab es dabei noch so viel, die Atmosphäre war noch so „erhitzt“, daß keinerlei Vorbeugungsmaßnahmen helfen konnten.

Und heute wird es schon für jeden klar und offensichtlich, daß der Brand wirklich das ganze Land erfaßt hat. Es haben sich wirklich neue Schichten sowohl des Proletariats — sogar Schichten, die vor einem halben Jahr Schwarzhunderter stellten — als insbesondere auch der Bauernschaft erhoben. Die Armee, die mit den rückständigsten Schichten der Bauernschaft verbunden ist und künstlich so rekrutiert wird, daß alles Lebendige und Frische hinausgeworfen, zertreten und erstickt wird — sogar die Armee ist nahezu völlig von den Flammen erfaßt. Nachrichten über „Revoluten“ und Aufruhr in den Truppen kommen wie Funken bei einem großen Brand von allen Ecken und Enden.

Zeitungsreporter, die gewisse Beziehungen zur Bürokratie haben, berichten, der Kriegsminister warne vor einer Auflösung der Duma, da er es in diesem Fall nicht mehr für möglich halte, sich auf die Armee zu verlassen.

Kein Wunder, daß die Regierung bei einer solchen Lage der Dinge schwankt. Gewiß, trotz ihres Schwankens trifft die Regierung nichtsdestoweniger ganz unzweideutig alle Vorkehrungen zur blutigen Unterdrück-

kung der Revolution. Die Provokation verstärkt sich. Der freien Presse ist der Krieg auf Leben und Tod erklärt. Die Linkszeitungen „werden entgegen allen Gesetzen konfisziert“. Kronstadt ist von speziell dorthin entsandten Truppen überschwemmt. Mit dem Pogrom von Bialystok haben unmittelbar konterrevolutionäre Aktionen und zudem bewaffnete Aktionen begonnen. Die Regierung schwankt, in ihren Reihen werden warnende Stimmen laut, Stimmen, die zu einem Pakt mit den Kadetten aufrufen, aber über diesen Schwankungen, über diesen „Bedenken“ vergißt sie keinen Augenblick lang ihre alte, gewohnte, erprobte Politik der direkten Gewalt.

Reaktionäre — das sind praktische Männer, sagte Lassalle. Unsere Reaktionäre rechtfertigen diese Worte. Sie überlegen, wägen, schwanken, ob sie sofort zum Generalangriff auf der neuen Linie übergehen (d. h. die Duma auflösen) sollen. Aber sie *rüsten* zum Angriff, wobei sie eben diese „Praxis“ keinen Augenblick vergessen. Sie urteilen richtig, richtig vom Standpunkt eines Räubers, der schon in die Schlinge geraten ist, welche sich immer mehr um seinen Hals zusammenzieht. Soll man den Kadetten nachgeben, die eine „starke Macht“ versprechen, oder mit Feuer und Schwert aufräumen? Warten wir noch mit der ersten Möglichkeit, beschließen sie heute — warten wir noch, denn *damit* kommen wir auch morgen noch zurecht, aber für die zweite Möglichkeit muß man auf jeden Fall rüsten. Viele von ihnen urteilen zweifellos auch so: Probieren wir zunächst einmal die zweite Möglichkeit und wählen wir einen recht passenden Moment. Den Kadetten nachgeben, dazu haben wir noch in letzter Minute Zeit, wenn wir uns endgültig davon überzeugt haben werden, daß man durch ein Massenmassaker nicht *alles* zurückholen kann!

Diese Überlegung ist für Räuber durchaus richtig. Ohne erbitterten und harten Kampf werden sie sich begreiflicherweise nicht ergeben. Und für den Fall, daß die Sache ein schlimmes Ende nimmt, sichern sie sich natürlich den Rückzug zu einem Pakt mit den Kadetten, zu einem Bündnis mit ihnen auf jener Plattform der „starken Macht“, an die sie so zur rechten Zeit von Herrn Struve erinnert werden. Die Reaktionäre rüsten zum ernststen und entscheidenden Kampf und betrachten dabei einen Pakt mit den Kadetten als Nebenprodukt eines unglücklichen Ausgangs des Kampfes.

Das Proletariat muß die Aufgaben der Revolution nüchtern und real

einschätzen. In der „praktischen“ Stellung großer Fragen wird es nicht hinter den Reaktionären zurückstehen. Es muß seine ganze Aufmerksamkeit, seine ganze Sorge und alle seine Anstrengungen auf den morgen oder übermorgen unvermeidlichen Entscheidungskampf richten und in einem Pakt der Regierung mit den Kadetten das eventuelle Nebenprodukt einer bestimmten Etappe der Revolution sehen. Das Proletariat braucht diesen Pakt nicht zu fürchten: an ihm werden sowohl die Trepow als auch die gemäßigten Liberalen scheitern. Das Proletariat darf in keinem Fall — weder direkt noch indirekt — diesen Pakt unterstützen, es darf die Forderung nach einem verantwortlichen Ministerium aus Mitgliedern der Duma-mehrheit nicht unterstützen. Wir brauchen jetzt diesen Pakt nicht zu *hintertreiben*, werden ihn aber auch nicht fördern. Wir gehen unseren *eigenen* Weg, wir bleiben die Partei der fortgeschrittensten Klasse, einer Klasse, die den Massen auch *nicht eine einzige* zweideutige Lösung gibt, die weder direkt noch indirekt auch nur mit einem einzigen schmutzigen Geschäft der Bourgeoisie etwas zu tun hat und die unter allen Umständen und bei jedem Ausgang des Kampfes die Interessen der Revolution zu wahren wissen wird.

Ein Kompromiß der Regierung mit der Duma ist als *Teilepisode* der Revolution nicht ausgeschlossen. Die Sozialdemokratie darf diesen Kompromiß weder propagieren und unterstützen noch im gegenwärtigen Augenblick „hintertreiben“. Sie konzentriert all ihre Aufmerksamkeit und die Aufmerksamkeit der Massen auf das Hauptsächliche und Wesentliche und nicht auf das Nebensächliche und Zweitrangige. Sie nutzt alle und jede Kompromisse der Bourgeoisie mit der alten Macht, alle Schwankungen oben bis zum letzten aus. Aber sie wird unbeirrbar die Arbeiterklasse und die Bauernschaft vor der „Freundschaft“ der Kadetten warnen. Sie muß den Schwankungen oben die grenzenlose Entschlossenheit unten entgegenstellen und, ohne sich provozieren zu lassen, unbeirrbar und standhaft ihre Kräfte sammeln für den entscheidenden Augenblick.

„Wperjod“ Nr. 13,
9. Juni 1906.

Nach dem Text des „Wperjod“.

AUF, ZUR EINHEIT!

Wir stehen unmittelbar vor dem Auftreten der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion in der Reichsduma. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Fraktion heute für die Sache der Arbeiterbewegung und für die Sache der Revolution von großem Nutzen sein kann, wenn sie entschieden und konsequent auftritt, wenn sie mit letzter Bestimmtheit die Forderungen und Losungen des *konsequenten* Demokratismus und des *proletarischen* Klassenkampfes um den Sozialismus verkündet. Jetzt, da die Frage des Auftretens der Sozialdemokraten in der Duma durch den Vereinigungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands entschieden ist, gibt es darüber unter den Sozialdemokraten keine zweierlei Ansichten. Und wir sind der Meinung, daß unsere kaukasischen Genossen völlig richtig gehandelt haben, als sie das berühmte „feierliche Gelöbnis“ der Reichsdumamitglieder² unterzeichneten und aus diesem Anlaß die bekannte Erklärung in den Zeitungen veröffentlichten: Wir unterschreiben, „um die uns vom Volke übertragene Aufgabe erfüllen zu können, und betonen, daß wir jedwede politische Verpflichtungen nur gegenüber dem Volke anerkennen“.

Je wichtiger für unsere Partei das Auftreten ihrer Vertreter in der Reichsduma ist, desto notwendiger ist es, die Prinzipien der sozialdemokratischen Taktik im gegenwärtigen Zeitpunkt so sorgfältig wie möglich abzuwägen. Und man muß sagen, der Ablauf der politischen Ereignisse, der sich in den letzten Wochen ungewöhnlich beschleunigt hat, wirft ein helles Licht auf gestern noch unklare Fragen, trägt dazu bei, die Position klar und genau zu bestimmen, beseitigt viele der Meinungsverschiedenheiten zwischen dem rechten und dem linken Flügel unserer Partei.

In dieser Hinsicht müssen wir mit besonderer Befriedigung die Argumentation der Genossen ehemaligen Menschewiki in der heutigen Nummer des „Kurjer“⁸ hervorheben. Der Leitartikel „Dumagesetze“ beginnt allerdings mit einem etwas zweideutigen Ausfall gegen alle, die die Ausarbeitung von Dumagesetzen als unnützes Geschwätz bezeichnen. Wie sich aber herausstellt, setzen die Genossen das Wort „Gesetze“ nicht von ungefähr in Anführungszeichen. Sie befürworten – und darin haben sie tausendmal recht – die Ausarbeitung solcher Gesetze, die nicht Gesetze, sondern eine „Deklaration“, eine „Proklamation der Rechte des Volkes auf Freiheit“, eine „Proklamation der Aufhebung der alten Schranken“ sein sollen.

Solche „Gesetze“ würde man wohl am richtigsten nicht als Gesetze, sondern als Aufrufe an das Volk bezeichnen. Aber es wäre unvernünftig, über Worte zu streiten, wenn man im Wesen der Sache übereinstimmt. Und diese Übereinstimmung ist in der Tat durchaus gegeben. „Es ist absolut unsinnig und *schädlich*“, schreibt der „Kurjer“, „in der Duma sorgfältig und detailliert ausgearbeitete Gesetzentwürfe mit Dutzenden und Hunderten von Paragraphen, Anmerkungen usw. einzubringen.“ (Hervorhebungen überall von uns.) So ist es. Eine derartige, nach dem üblichen Sprachgebrauch als „organisch“ bezeichnete Arbeit ist wirklich *schädlich*. Schädlich, „weil derartige Gesetzentwürfe, statt eine klare, jedermann verständliche Gegenüberstellung zu geben, allein dazu führen, daß sich das Denken des Volkes *hoffnungslos* im Gestrüpp der Artikel und Paragraphen *verstrickt*“.

Das ist vollkommen richtig. Das Denken des Volkes *verstrickt* sich wirklich *hoffnungslos* im Gestrüpp der „organischen“ gesetzgeberischen Projektmacherei. Das Denken des Volkes wird durch diese Projektmacherei verdunkelt, abgestumpft und demoralisiert, denn „diese Gesetze werden ohnehin nicht in die Tat umgesetzt werden. Um sie in die Tat umzusetzen, muß man vorher die *Macht* denjenigen *entreißen*, die sie gegenwärtig in Händen haben. Aber ihnen die *Macht* entreißen kann *nur* eine Volksbewegung, die an die Stelle der Duma eine *weitaus machtvollere und demokratischere Institution* setzt, welche keineswegs verpflichtet sein wird, die von der Duma ausgearbeiteten ‚Gesetze‘ zu respektieren.“ Daß hier die Aufmerksamkeit des Volkes auf die unbedingte Notwendigkeit gelenkt wird, den heutigen Machthabern die *Macht* zu ent-

reißen, auf eine Institution, welche „weitaus machtvoller“ sein und die Gesetze der kadettischen Duma nicht respektieren wird, trägt sehr richtig den Grundaufgaben des revolutionären Proletariats sowie den Erfordernissen des gegenwärtigen Augenblicks Rechnung.

Und das Unverständnis der Kadetten für diese Aufgaben wird von den Genossen des „Kurjer“ in demselben Artikel ganz ausgezeichnet gegeißelt. Die Kadetten schreiben ihre Gesetzentwürfe „wie echte Gesetzgeber, vergessen aber dabei, daß sie in Wirklichkeit auch nicht für einen roten Heller gesetzgeberische Macht besitzen“. „Sie schreiben ihre ‚Gesetzentwürfe‘ so, als ob morgen schon die Gerichte über das Tun der Staatsbürger nach den neuen kadettischen Gesetzen urteilen müßten.“

Es ist eine Schande, auf einem solchen Standpunkt zu stehen, belehrt der „Kurjer“ die Kadetten. Aus dieser absolut richtigen Belehrung kann man nur *eine* Schlußfolgerung ziehen, und diese Schlußfolgerung drängt sich von selber auf. Die revolutionäre Sozialdemokratie kann und darf die Forderung nach Einsetzung eines verantwortlichen Ministeriums aus Mitgliedern der Dumamehrheit nicht unterstützen! Ein solches Ministerium wird doch ein kadettisches Ministerium sein, und in der Praxis wird es *morgen schon* Strafen für Mißbrauch der Freiheit zu verhängen haben. Ein solches Ministerium kann heute, solange der Sternkammer⁴ die Macht noch nicht entrissen ist, nur ein liberaler Deckmantel der alten Macht sein. Ein solches Ministerium kann heute nur eine neue Verkleidung sein, unter der sich die alten Pogromhelden einstweilen verstecken! Wir würden ihnen natürlich diese Maske herunterreißen, und zwar sehr schnell. Wir würden diese neue Situation in jeder Weise ausnutzen, wenn sie eintritt und wenn nicht nur die alte Macht, sondern mit ihr zusammen auch die Kadetten sich in dem neuen Gewand verheddern und die Wogen über ihnen zusammenschlagen werden. Aber wir dürfen weder direkt noch indirekt, weder durch eine Erklärung noch durch Schweigen, die geringste Verantwortung für diese Maskierung der alten Macht auf uns, auf die Partei des Proletariats nehmen. Wir dürfen nicht die Losung in die Massen werfen, daß wir die Forderung nach Bildung eines verantwortlichen Ministeriums aus der Dumamehrheit unterstützen. Eine solche Losung würde unvermeidlich, unabhängig von unserem Willen, kraft der objektiven Bedingungen der gegenwärtigen politischen Situation bedeuten, daß ein Teil der Verantwortung für diese Maskerade, für diesen Pakt der Bourgeoisie

mit der alten Macht auf die Partei des Proletariats fällt. Eine solche Losung enthielte indirekt eine Billigung der vom „Kurjer“ so großartig kritisierten kadettischen „Gesetzentwürfe“, denn man kann doch in der Tat den Zusammenhang nicht bestreiten zwischen der Art und Weise, wie die Kadetten den Mißbrauch der Freiheit zu bestrafen gedenken, und der Art und Weise, wie sie in Gestalt des Ministeriums ein Stückchen Macht zur Anwendung dieser Strafen zu erhalten gedenken – ein Stückchen Macht von der alten Macht, für die Festigung der alten Macht, durch einen Pakt mit der alten Macht, als eine Art Schutzschild, um den Ansturm des Volkes gegen die alte Macht aufzufangen.

Und überhaupt braucht die Arbeiterpartei eine solche Losung nicht. Ihre ganze Propaganda- und Agitationsarbeit unter den Massen sowie ihre Bemühungen um die Schaffung umfassender Organisationen kann sie ohne diese Losung noch besser, zielstrebig, systematischer und kühner leisten, indem sie der Niederträchtigkeit der Pogromhelden und den „Gesetzentwürfen“ der Kadetten unsere sozialdemokratischen „Dekrete“ und „Proklamationen“ entgegenstellt, unsere Aufrufe an das Volk über die sozialdemokratische Dumafraktion (und unter bestimmten Bedingungen über die sozialdemokratische Dumafraktion im Bunde mit den Trudowiki⁵) sowie schließlich jene „Appelle an die Bevölkerung zur Bildung einer Volksmiliz, die einzig und allein imstande ist, Leben und Ehre der Bevölkerung zu schützen“ – jene Appelle, zu denen wir in Nr. 9 des „Wperjod“⁶ geraten haben*, die das Organ des „Bund“, die „Volkszeitung“, empfiehlt und die so zu Recht vom „Kurjer“ gebilligt werden.

Auf, zur Einheit, Genossen! Die Einheit der politischen Aktionen des Proletariats bildet sich unter dem Druck der ganzen revolutionären Atmosphäre mit unaufhaltsamer Kraft heraus. Wir wollen diese Einheit nicht erschweren und nicht unnötige und strittige Losungen zum Bestandteil unserer Taktik machen. Nutzen wir die sich bietende Möglichkeit, ein völliges Einvernehmen aller Sozialdemokraten in einem Moment herbeizuführen, von dem es sich zeigen wird, daß er vielleicht der wichtigste Augenblick der großen russischen Revolution ist!

„Wperjod“ Nr. 14,
10. Juni 1906.

Nach dem Text des „Wperjod“.

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 517. Die Red.

DIE DUMA UND DAS VOLK

Die Rede des Genossen Ramischwili, Deputierter der Sozialdemokratie in der Reichsduma, enthält einige außerordentlich wahre Bemerkungen, die die sozialdemokratische Taktik richtig umreißen. Der Redner brandmarkte nicht nur mit der Energie eines wirklichen Vertreters des Proletariats die Regierung der Pogromhelden. Der Redner bezeichnete nicht nur die Vertreter der Regierung als „Volksfeinde“ — wobei ein neuerlicher Versuch des kadettischen Dumapäsidenten, die Redefreiheit zu beschränken, den berechtigten Protest der äußersten Linken hervorrief. Der Redner stellte außerdem am Schluß seiner Ausführungen die allgemeine Frage nach dem Verhältnis zwischen Duma und Volk.

Zu dieser Frage äußerte sich der sozialdemokratische Deputierte wie folgt:

„Ich schließe mit der Bemerkung, daß das Volk hinter uns steht. Im Leben geschieht etwas anderes als das, was wir hier in diesem Saale tun. Dort herrscht eine ganz andere Atmosphäre, hier ist sie bei weitem milder, hier ist die Stimmung *friedfertiger*. In einem Monat vielleicht werden wir unsere Sache selber entscheiden... Das Leben spricht *weitaus lauter*, als wir hier über das sprechen, was ringsum vor sich geht. Ich sage, wir stehen zwischen der Regierung und dem Volk. Die Duma — das ist ein *gefährlicher Platz*. Nach links gehen oder nach rechts gehen bedeutet, *sich mit irgend jeman' aussöhnen* oder mit irgend jemand brechen... Aber man sollte nicht vergessen, daß *das Volk selber das durchsetzen wird*, was die Duma wegen ihrer *Schwankungen und ihrer Unentschlossenheit* nicht durchsetzen kann. Ich sage, dieses Volk ist anders gestimmt als wir hier...“

Wir haben die besonders wichtigen Stellen in dieser Rede hervorgehoben. Hier ist richtig vermerkt, daß das Leben eine *weitaus lautere Sprache*

spricht als die Duma, daß es im Leben keine solche „Friedfertigkeit“ gibt, daß „das Volk anders gestimmt ist“. Das ist unzweifelhaft wahr. Und aus dieser Wahrheit ergibt sich der Schluß, daß diejenigen unrecht haben, die von einer Unterstützung der Duma durch das Volk reden. Das Volk ist heute schon dabei, die Duma zu überholen, es spricht lauter, zeigt weniger Friedfertigkeit, *kämpft energischer*. Also lautet die einzig richtige Definition der Aufgaben der Sozialdemokratie: den breitesten Massen des Volkes klarmachen, daß die Duma die Forderungen des Volkes nur *ängstlich und unvollständig* zum Ausdruck bringt. Nur wenn man die Frage der sozialdemokratischen Taktik so stellt, entbindet man die Partei des Proletariats von der Verantwortung für die Wankelmütigkeit der Kadetten. Nur eine solche Fragestellung, die voll und ganz den Entwicklungsgrad des Bewußtseins, den Grad der Entschlossenheit und der Bereitschaft der Bauernmassen in Rechnung stellt, wird den großen Aufgaben des Augenblicks gerecht, eines Augenblicks, von dem die Abgeordneten des sozialdemokratischen Proletariats offen sagen: „In einem Monat vielleicht werden wir unsere Sache selber entscheiden.“ Um imstande zu sein, sie zu *entscheiden*, ist es unter anderem notwendig, sich heute schon restlos von allen entweder verlogenen oder jedenfalls nicht durchdachten Versuchen abzugrenzen, zu einem „friedfertigen“ Ausgang zu gelangen.

Und Genosse Ramischwili hatte durchaus recht, als er von der Duma-tribüne herab erklärte: „Die Duma — das ist ein gefährlicher Platz.“ Warum? Weil sie „Schwankungen und Unentschlossenheit“ an den Tag legt. Schwankungen und Unentschlossenheit aber in einem Augenblick, wo vielleicht schon in einem Monat das Volk seine eigene Sache selbst wird entscheiden müssen, sind direkt verbrecherisch. Wer sich so verhält, der gerät, wie aufrichtig seine Absichten auch immer sein mögen, *in einem solchen Augenblick unvermeidlich* in eine äußerst schiefe Lage. Nicht von unserem Willen hängt es ab, daß in einem solchen Augenblick aus allen ökonomischen und politischen Verhältnissen heraus, in die wir gestellt sind, unvermeidlich der Entscheidungskampf des Volkes gegen die alte Macht hervorwächst. Wer angesichts dieses herannahenden Kampfes schwankt, der wird in der Tat unvermeidlich „*sich mit irgend jemand aussöhnen oder mit irgend jemand brechen*“ müssen. Und gerade in einer solchen Lage befinden sich die Kadetten. Die liberale Bourgeoisie erntet jetzt, was sie jahrelang durch ihre zwiespältige und schwankende Politik,

ihr Hin- und Herpendeln zwischen Revolution und Konterrevolution gesät hat. Sich mit der alten Macht aussöhnen heißt mit dem kämpfenden Volk brechen. Mit der alten Macht brechen, das wäre notwendig, um sich mit dem kämpfenden Volk auszusöhnen.

Die Mehrheit der Duma hat alles getan und tut alles, um ihre Position bei dieser unvermeidlichen Wahl vorauszubestimmen. Diese kadettische und teilweise sogar noch schlimmere als kadettische Mehrheit bereitet mit jedem Schritt ihrer Politik den Bruch mit dem kämpfenden Volk und die Aussöhnung mit der alten Macht vor. Diese Schritte sind klein, wird man uns erwidern. Aber es sind wirkliche Schritte einer wirklichen Politik, antworten wir. Diese Schritte entsprechen allen grundlegenden Klasseninteressen der liberalen Bourgeoisie. Eben eine solche „Friedfertigkeit“ kennzeichnet zweifellos auch den kadettischen Ruf nach einem von der alten Macht ernannten Dumakabinett.

Und wir werden nicht müde werden, immer wieder zu sagen, daß die Unterstützung dieser Forderung durch die Arbeiterpartei unsinnig und schädlich ist. Unsinnig, denn zu einer wirklichen Schwächung der alten Macht führt lediglich der Kampf des Volkes, das weiter geht als die ängstliche Duma. Schädlich, denn sie bedeutet Täuschung und stiftet in den Köpfen Verwirrung. Gestern haben wir festgestellt, wie richtig die Genossen vom „Kurjer“ die Unsinnigkeit und Schädlichkeit der kadettischen Gesetzentwürfe erkannten.* Heute können wir nur bedauern, daß dieselben Genossen sich für die Unterstützung eines Dumakabinetts einsetzen, d. h. eines Kabinetts, das diese unsinnigen und schädlichen Gesetzentwürfe durchführt!

Auf diese Schwankungen des „Kurjer“ werden wir vielleicht ein anderes Mal ausführlicher eingehen. Einstweilen mag es genügen, auf sie hinzuweisen: allein die Tatsache der Schwankungen in einem so wichtigen Augenblick zeigt, wie labil die Position der Schwankenden ist.

„Wperjod“ Nr. 15,
11. Juni 1906,

Nach dem Text des „Wperjod“.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 6—9. Die Red.

DER KAMPF UM DIE MACHT UND DER „KAMPF“ UM ALMOSEN

Wie allen bekannt, bringt die Partei der Sozialdemokraten schon in ihrem Programm die unerschütterliche Überzeugung zum Ausdruck, daß es der *unbeschränkten Volksherrschaft* bedarf, um die dringlichen Bedürfnisse der Volksmassen wirklich zu befriedigen. Wenn die Masse des Volkes nicht über die Staatsmacht *in ihrem ganzen Umfang* verfügt, wenn im Staat auch nur irgendeine vom Volke nicht gewählte, nicht absetzbare und nicht ganz und gar vom Volke abhängige Macht übrigbleibt, dann ist eine wirkliche Befriedigung der dringlichen und heute allen zum Bewußtsein gekommenen Bedürfnisse *unmöglich*.

Diese unverbrüchliche Wahrheit hat die sozialdemokratische Partei stets mit aller Kraft im Proletariat und im ganzen Volk verbreitet. Der wirkliche Kampf, d. h. der Kampf der Massen für die Freiheit, durchlief die verschiedensten — oft ganz unerwarteten — Etappen, und das wird immer so sein: anders kann es nicht sein wegen der gewaltigen Schwierigkeiten dieses Kampfes, wegen der Kompliziertheit seiner Aufgaben und des wechselnden Bestandes der Kämpfenden. Die Sozialdemokratie, die auf jeder Entwicklungsstufe dieses Kampfes und in jeder Situation den Kampf des Proletariats leitet, muß als die bewußte Wortführerin der Bestrebungen der Arbeiterklasse stets die allgemeinen und grundlegenden Interessen des Kampfes in seiner Gesamtheit im Auge haben. Die Sozialdemokratie lehrt, über den besonderen Interessen der Arbeiterklasse nicht die allgemeinen Interessen zu vergessen, über den Besonderheiten der einzelnen Stufen des Kampfes nicht die grundlegenden Aufgaben des Kampfes in seiner Gesamtheit zu vergessen.

Eben so hat die revolutionäre Sozialdemokratie stets ihre Aufgaben in

der heutigen Revolution in Rußland verstanden. Nur eine solche Auffassung entspricht der Lage des Proletariats als der fortgeschrittensten Klasse und seinen Aufgaben. Die liberale Bourgeoisie dagegen hat ihre Aufgaben im Kampf für die politische Freiheit, entsprechend den besonderen Klasseninteressen der Bourgeoisie, stets völlig anders gestellt. Die Bourgeoisie braucht die politische Freiheit, aber sie fürchtet die unbeschränkte Volksherrschaft, denn ein Proletariat, das eine bestimmte Entwicklungsstufe erreicht und sich im Kampf bereits zusammengeschlossen hat, würde sich dieser Volksherrschaft gegen die Bourgeoisie bedienen. Darum will die Bourgeoisie, die politische Freiheit erstrebt, zugleich bedeutende Überreste der alten Macht (das stehende Heer, eine nicht wählbare Beamten-schaft und so weiter) bewahren.

Der Kampf des Proletariats für die politische Freiheit ist *revolutionär*, denn dieser Kampf erstrebt die unbeschränkte Volksherrschaft. Der Kampf der Bourgeoisie für die Freiheit ist *opportunistisch*, denn dieser Kampf ist auf Almosen gerichtet, auf eine Teilung der Macht zwischen der Selbstherrschaft und den besitzenden Klassen.

Dieser grundlegende Unterschied zwischen dem revolutionären Kampf des Proletariats und dem opportunistischen Kampf der Bourgeoisie zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte unserer Revolution. Das Proletariat kämpft, die Bourgeoisie will die Macht erschleichen. Das Proletariat zwingt die Selbstherrschaft im Kampf nieder, die Bourgeoisie klammert sich an die Almosen der immer schwächer werdenden Selbstherrschaft. Das Proletariat erhebt vor dem ganzen Volk das Banner des Kampfes, die Bourgeoisie das Banner kleiner Zugeständnisse, des Paktierens und des Kuhhandels.

Das Proletariat nutzt jede Bresche, jede Schwäche der Macht, jedes Zugeständnis und Almosen, um einen noch breiteren, größere Massen erfassenden, entschlosseneren und schärferen Kampf zu führen — die Bourgeoisie, um eine allmähliche Befriedung und Beruhigung zustande zu bringen, um den Kampf abzuschwächen und seine Aufgaben zu beschneiden, um seine Formen zu mildern.

Rufen wir uns einige Etappen unseres Kampfes für die Freiheit ins Gedächtnis zurück. Die Bourgeoisie „kämpft“ um das Vertrauen der Staatsmacht zum Semstwo („Rechte und ein machtbefugtes Semstwo“) und zum Volk (Beginn des gegenwärtigen Jahrzehnts). Das Proletariat

erhebt das Banner des Kampfes für die Vernichtung der Selbstherrschaft. Die Regierung proklamiert eine Epoche des „Vertrauens“ (Swjatopolk-Mirski). Die Bourgeoisie ergeht sich in Bankettreden, das Proletariat schlägt neue Breschen in die Zwingburg der Unterdrückung, es vergießt am 9. Januar sein Blut auf den Straßen und entfaltet eine grandiose Streikbewegung.

Sommer 1905. Die Bourgeoisie entsendet eine Deputation wegen der Freiheiten. Im Herbst wird die Bulyginsche Duma⁷ gewährt. Die Bourgeoisie ist gerührt. Von allen Seiten ertönt der Ruf: Geht in die Duma! Die Opportunisten in der Sozialdemokratie schwanken. Das Proletariat kämpft weiter. Ein in der Welt beispielloser Streik im ganzen Land fegt die Duma hinweg. Das Proletariat ergreift Besitz von der Freiheit und verteidigt sie mit seinem Blut gegen die Anschläge der Reaktion.

In der ersten Schlacht wird das Proletariat geschlagen. Die Bourgeoisie zieht die Besiegten in den Schmutz und klammert sich sklavisch an eine Duma. Das Proletariat sammelt Kräfte für einen neuen Ansturm. Nach wie vor erhebt es stolz das Banner des Kampfes für die unbeschränkte Volksherrschaft. Der Ansturm gelingt nicht vor der Einberufung der Duma. Die Bourgeoisie liebedienert wiederum, sie wirft die Losung „Konstituierende Versammlung“ über Bord, speit Gift und Galle gegen „Aktionen“ und propagiert eine Aussöhnung, eine Vereinbarung, die Einsetzung eines kadettischen Kabinetts durch die oberste Gewalt.

Das Proletariat nutzt die neue Lage ebenso aus, wie es das „Vertrauen“ von 1904 und den 17. Oktober 1905 ausgenutzt hat. Es hat seine revolutionäre Pflicht erfüllt und alles getan, was möglich war, um die Wittesche Duma⁸ genau wie die Bulyginsche hinwegzufegen. Infolge des Verrats der Bourgeoisie, infolge der unzureichenden Organisation und Mobilisation der Arbeiterklasse und der Bauernschaft ist das mißlungen. Das Proletariat kämpft weiter unter *Ausnutzung* aller „Dumakonflikte“ und der Konflikte um die Duma herum, die es zum Ausgangspunkt für eine noch breitere und entschlosseneren Massenbewegung machen will.

Ein neuer Kampf reift heran. Das bestreitet niemand. Eine im Vergleich zu früher weitaus breitere Masse von Proletariern, Bauern, armen Schichten der Stadt, Soldaten usw. erhebt sich zum Kampf. Niemand bestreitet, daß dies ein Kampf außerhalb der Duma sein wird. Das wird kraft der objektiven Bedingungen der gegenwärtigen Lage ein Kampf für

die unmittelbare Vernichtung der alten Macht sein. In welchem Umfang sie niedergerungen werden wird, kann niemand voraussagen. Aber das Proletariat als die führende Klasse wird noch unentwegter den vollen Sieg in diesem Kampf, die völlige Beseitigung der alten Macht anstreben.

Und das Proletariat wird konsequent bleiben und die opportunistischen Losungen der Bourgeoisie, die einen Teil der Sozialdemokraten irreführt hat, zurückweisen. Es ist nicht wahr, daß die Einsetzung eines kadettischen Kabinetts bedeute, der Kamarilla „die Macht zu entreißen“. Das ist eine Lüge der Bourgeoisie. In Wirklichkeit würde die Ernennung eines solchen Kabinetts im gegenwärtigen Zeitpunkt für die Kamarilla ein neuer liberaler Deckmantel sein. Es ist nicht wahr, daß durch die Einsetzung eines kadettischen Kabinetts die Pseudokonstitution zu einer wirklichen Konstitution würde. Das ist eine Lüge der Bourgeoisie. In Wirklichkeit würde ein solches Kabinett nichts anderes bedeuten als die Maskierung der Selbstherrschaft durch ein neues pseudokonstitutionelles Kostüm. Es ist nicht wahr, daß die Forderung nach einem kadettischen Kabinett zur Forderung des ganzen Volkes würde. Das ist eine Lüge der Bourgeoisie. In Wirklichkeit ist das lediglich die Forderung der kadettischen Duma. In Wirklichkeit plappern die Nicht-Kadetten diese Forderung, unter der sie viel mehr verstehen, nur auf Grund eines Mißverständnisses nach. In Wirklichkeit gehen die Forderungen des ganzen Volkes viel weiter als die Forderungen der kadettischen Duma. Und schließlich ist es auch nicht wahr, daß die „Unterstützung“ der Forderung nach einem kadettischen Kabinett (oder, was dasselbe ist, die Unterstützung eines kadettischen Kabinetts) durch Resolutionen, Wähleraufträge usw. ein wirklicher Kampf gegen die alte Macht wäre. Das ist eine Lüge der Bourgeoisie. Für das Proletariat bedeutet eine solche „Unterstützung“ lediglich, auf den Kampf zu verzichten, die Sache der Freiheit in die Hände der schwankenden Liberalen zu geben.

Das Proletariat kämpft für die Vernichtung der alten Macht und wird weiter dafür kämpfen. Darauf werden seine ganze Propaganda- und Agitationsarbeit, all seine Bemühungen um die Organisierung und Mobilisierung der Massen gerichtet sein. Gelingt die vollständige Vernichtung nicht, dann wird das Proletariat auch eine teilweise auszunutzen wissen. Aber niemals wird das Proletariat eine teilweise Vernichtung propagieren, sie beschönigen und das Volk zu ihrer Unterstützung aufrufen. Eine

wirkliche Unterstützung im wirklichen Kampf wird dem gewährt, der das Große erstrebt (und im Fall des Mißlingens das Kleine erreicht), und nicht dem, der opportunistisch schon *vor dem Kampf* die Aufgaben dieses Kampfes beschneidet.

Wer sich von prasselnden Phrasen nicht verführen läßt, wird leicht erkennen, daß das Volk *in Wirklichkeit* nicht für ein kadettisches Kabinett, sondern für die Beseitigung der alten Macht kämpfen wird. Die Interessen der Bürokratie erheischen eine *Abschwächung* der wirklichen Wucht dieses Kampfes. Die Interessen des Proletariats — seine *Erweiterung* und *Verschärfung*.

„*Wperjod*“ Nr. 17,
14. Juni 1906.

Nach dem Text des „Wperjod“.

ZUR DEKLARATION UNSERER DUMAFRAKTION⁹

Niemand unter den Sozialdemokraten wird heute daran zweifeln, daß unter den gegebenen Verhältnissen das Auftreten unserer Parteimitglieder in der Duma der Sache des Proletariats und der Sache des ganzen Volkes nicht geringen Nutzen bringen könnte.

Wir haben die Wahlsiege der kaukasischen Genossen begrüßt.* Wir halten es für unsere Pflicht, ihre Erfolge in der Duma zu vermerken, anderseits aber ihre Fehler — auf sachliche Weise — zu kritisieren.

Ein Erfolg ist unseres Erachtens die Rede des Genossen Ramischwili über die „Gefährlichkeit“ der Duma und ihre „Friedfertigkeit“: Ein Erfolg ist die Resolution desselben Genossen anlässlich des Bialystoker Pogroms.¹⁰ Ein Erfolg ist die ausgezeichnete Kritik des kadettischen Entwurfs eines Versammlungsgesetzes und das richtige Herangehen an die Frage der kadettischen Projektmacherei überhaupt. Über diesen Erfolg hoffen wir mit unseren Lesern noch ausführlicher zu sprechen.

Als einen Fehler betrachten wir es, daß unsere sozialdemokratischen Abgeordneten in der Duma schwiegen, als Aladjin die Nabokowsche Entstellung der Resolution über die Ernährungsfrage einfach „schluckte“.¹¹ Die Sozialdemokraten hätten protestieren und eine eigene Resolution einbringen müssen. Ein Fehler war die Rede, in der Genosse Gomarteli dem Heuchler Fedorowski antwortete und in der er, ein Sozialdemokrat, anerkannte, daß ein Hineinziehen der Armee in die Politik nicht wünschenswert wäre. Das war ein sehr großer Fehler, der aber noch zu korrigieren ist. Für einen Fehler halten wir schließlicly auch den von der Fraktion angenommenen Text der Deklaration. Er ist schon nicht mehr zu korrigie-

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 427—429. *Die Red.*

ren. Und nicht um zu nörgeln — die Arbeit der Genossen in der Duma ist schwierig, und Fehler sind im Anfang unvermeidlich —, sondern im Interesse der politischen Erziehung der ganzen Partei und des ganzen Proletariats müssen wir jetzt auf diesen Fehler eingehen.

Den Mitgliedern unserer sozialdemokratischen Dumafraktion war aus dem Lager der ehemaligen Bolschewiki ein anderer Deklarationsentwurf vorgelegt worden. Hier dieser Entwurf mit einigen... Kürzungen (das gedruckte Wort in der Zeitung ist bei uns weniger frei als das Wort eines Deputierten in der Duma):

„In Gestalt unserer Gruppe wendet sich die Partei des klassenbewußten Proletariats aller Nationen unseres Staates, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, von der Tribüne der Reichsduma aus an das ganze Volk.

Unsere Partei ist eine Abteilung der internationalen Armee des sozialdemokratischen Proletariats. Das organisierte und seiner Klasseninteressen bewußte Proletariat hat sich in der ganzen Welt zum Kampfe erhoben. Es kämpft gegen das Joch des Kapitals. Es erstrebt die völlige Befreiung aller Werktätigen vom Druck der Rechtlosigkeit, des Elends, der Unterdrückung und der Arbeitslosigkeit. Es erstrebt eine sozialistische Einrichtung der Gesellschaft, die jede Teilung in Ausbeuter und Ausgebeutete beseitigt. Die Sozialdemokratie ruft in ihre Reihen alle Werktätigen und Ausgebeuteten, nicht allein die Lohnarbeiter, sondern auch die Kleinbesitzer, wenn diese sich ihrer gemeinsamen Interessen mit dem Proletariat bewußt sind, wenn sie die Rettung nicht in der Festigung des individuellen Kleinbetriebs sehen, sondern im gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse für den vollständigen Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie. Und durch einmütigen und unentwegten Kampf wird das internationale sozialistische Proletariat sein Ziel erreichen.

Bei uns in Rußland aber geht der Kampf gegenwärtig nicht um den Sozialismus, sondern um die politische Freiheit. Die große russische Revolution ist in vollem Gange. Das Joch der Selbstherrschaft hat jedwede Entwicklung des Landes unmöglich gemacht. Die Willkür nicht verantwortlicher Beamter und die barbarische Ausbeutung der Bauernmasse durch die Gutsbesitzer haben die Empörung des ganzen Volkes hervorgerufen. Das Proletariat hat an der Spitze des Volkes gekämpft. Durch den heroischen Oktoberstreik entriß es dem Feind die Anerkennung der

Freiheit. Durch den heroischen Dezemberaufstand machte es alle Versuche zunichte, die Einberufung einer Volksvertretung hinauszuzögern. Und wie sehr auch die Selbstherrschaft das Wahlgesetz verfälschte, wie sehr sie auch die besten Freiheitskämpfer peinigete und mißhandelte, sie in den Gefängnissen schmachten ließ — trotz allem erwies sich die Reichsduma als Gegner der Selbstherrschaft.

Jetzt steht das Volk am Vorabend eines neuen großen Kampfes. Die Selbstherrschaft verhöhnt die Volksvertretung und macht sich über ihre Forderungen lustig. Die Empörung der Arbeiter, Bauern und Soldaten wächst immer mehr. Das Verhalten der verschiedenen Klassen der Gesellschaft aber bestimmt den Ausgang der großen russischen Revolution.

Die liberale Bourgeoisie, die in der Reichsduma durch die besonders einflußreiche Partei der Kadetten vertreten ist, ist zwangsläufig bestrebt, bei der demokratischen Umwälzung, die sich in Rußland vollzieht, die Rechte der Besitzlosen und besonders des Proletariats nach Möglichkeit zu beschneiden und so ihren Kampf um die vollständige und nicht allein die politische Befreiung einzuengen. Ebenso zwangsläufig hat dieses Bestreben der liberalen Bourgeoisie zur Folge, daß sie im Kampf für die Freiheit eine inkonsequente und unentschlossene Haltung einnimmt, daß sie zwischen dem Wunsch schwankt, sich auf das Volk zu stützen, und der Furcht vor seiner revolutionären Aktivität. Im Interesse der Freiheit und im Interesse des Sozialismus werden wir gegen diese Schwankungen den schonungslosesten Kampf führen. Alle Versuche — von wem auch immer sie ausgehen —, die unversöhnliche Feindschaft zwischen den Interessen des Volkes und der alten Ordnung, zwischen den Interessen des Proletariats und den Interessen der Bourgeoisie zu vertuschen, werden auf unseren entschlossensten Widerstand stoßen. Und mit allen unseren Kräften werden wir uns gegen die Bestrebungen wenden, die Volksbewegung durch betrügerische papierne Zugeständnisse zu hemmen, sie zu hemmen durch die Lüge von einer Versöhnung zwischen den reaktionären Räubern und der revolutionären, d. h. der einzig wahren und konsequenten Demokratie. Prüfstein dieser Konsequenz wird für uns insbesondere das Bestreben und die Bereitschaft sein, eine freie, wirklich das ganze Volk erfassende, durch keinerlei Polizeischränken eingeeengte Massenbewegung zu organisieren, die außerhalb der Duma einen breit entfaltetern Kampf für die politische und ökonomische Befreiung führt.

In der Bauernschaft sehen wir den wichtigsten der möglichen Verbündeten des Proletariats beim Werk der Vollendung des Freiheitskampfes. Von ganzem Herzen unterstützen wir bis zur letzten Konsequenz den Kampf der Bauern gegen den gutsherrlichen, halbleibegenschaftlichen Grundbesitz und gegen die asiatische politische Ordnung Rußlands. Ohne den utopischen Glauben zu teilen, daß eine ausgleichende Bodennutzung unter dem Kapitalismus möglich wäre, und ohne im geringsten eine Vertuschung des Unterschieds zwischen den Interessen des Proletariats und denen des Kleinbesitzers zuzulassen, werden wir für die Konfiskation aller Apanage-, Kirchen- und Klosterländereien und des *gesamten* Bodens der *Gutsbesitzer* eintreten. Wir werden gegen die *Ablösung* kämpfen, diese Schlinge, die die liberale Bourgeoisie den armen Bauern um den Hals zu legen sucht. Solange der Sieg der Revolution noch nicht erreicht, solange ein wirklich demokratischer Staat nicht voll und ganz errungen ist, werden wir die Bauern davor warnen, den Grund und Boden polizeilich-bürgerlichen Machtorganen — ganz gleich, ob örtlichen oder zentralen — in die Hände zu geben. Wenn der demokratische Staat voll und ganz errungen sein wird, werden wir für die Übergabe des gesamten Bodens an die örtlichen Selbstverwaltungsorgane sein. Wir werden die Bauern auf das allerentschiedenste warnen, die Entscheidung der Bodenfrage undemokratischen örtlichen Komitees in der Art der Beamten- und Gutsbesitzerkommissionen zu überlassen, wie sie die Partei der Kadetten vorgeschlagen hat.

Während des ganzen Ablaufs der Revolution werden wir unentwegt den Kampf der Arbeiter für den Achtstundentag, für Lohnerhöhungen, für die Abschaffung der Geldstrafen, mit einem Wort für alle Forderungen des Minimalprogramms unserer Partei unterstützen. Und in dem Bündnis des Proletariats mit den breiten Massen der Armen in Stadt und Land sehen wir das Unterpfand eines neuen Sieges der Revolution. Die Reichsduma ist eine untaugliche Institution für die Verwirklichung und Festigung dieses Sieges. Nur eine auf revolutionärem Wege einberufene, vom ganzen Volk getragene konstituierende Versammlung, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Religion und der Nationalität gewählt ist und die ganze Fülle der Staatsgewalt besitzt — nur sie wird imstande sein, die volle Freiheit Wirklichkeit werden zu lassen. Nur sie wird in Rußland die ... schaffen, das stehende Heer durch die all-

gemeine Volksbewaffnung ersetzen, das nicht gewählte und dem Volk nicht verantwortliche Beamtentum liquidieren und die volle und uneingeschränkte politische Freiheit bringen.

Dieses Ziel werden wir in der gegenwärtigen Revolution unentwegt anstreben. Diesem Ziel muß auch die Reichsduma dienen. Sie muß dem Volke helfen, sich zu organisieren und sich voll und ganz bewußt zu werden, daß es notwendig ist, die ... Macht zu stürzen. Sie muß dem Volk die ganze Ohnmacht und die ganze Jämmerlichkeit einer ‚Volksvertretung‘ vor Augen führen, die nur ein neuer Deckmantel der alten Selbstherrschaft ist. Sie darf sich nicht mit politischer Projektmacherei befassen, darf keine totgeborenen ‚Gesetzentwürfe‘ aufstellen, sondern muß sich an das Volk wenden, ihm schonungslos die ganze Wahrheit enthüllen, vor ihm schonungslos alle Verbrechen jener Bande ..., der Regierung Rußlands bloßstellen, es zum Kampf aufrufen, zu ausdauerndem, standhaftem, beharrlichem und koordiniertem Kampf. Und wenn die Reichsduma als Ganzes es nicht versteht oder nicht wagt, diese Aufgabe zu erfüllen, dann werden wir sie im Verein mit den wirklich revolutionären Gruppen resp. Mitgliedern der Duma erfüllen.

Der Sieg des Volkes ist nicht fern. Die Sache der Freiheit liegt in zuverlässigen Händen. Das Proletariat steht auf dem Posten, es sammelt Kräfte und weist stolz die jämmerlichen Provokateure zurück, die es zu isoliertem Kampf bewegen wollen — es vereinigt und gruppiert um sich die Millionen und aber Millionen der Unterdrückten und Ausgebeuteten, *die nur ewige Mühe und ewiges Elend kennen.*

Und wie schwach, wie zahlenmäßig klein unsere Gruppe in der Reichsduma auch sein mag — wir wissen, daß hinter dieser Gruppe die Millionenmasse des Proletariats, die Vorhut aller Werktätigen und Ausgebeuteten, steht und in enger Verbindung mit ihr kämpft. Das Proletariat wird in seinem Kampfe siegen. Es wird keinen Stein auf dem andern lassen von dem scheußlichen Bau der Rußland marternden Selbstherrschaft.“

Haben unsere Genossen Deputierten in der Duma richtig gehandelt, als sie diesen Entwurf ablehnten?

Vom formalen Standpunkt ja. Sie haben sich laut Statut nach dem ZK zu richten und nicht nach „Außenstehenden“.

Vom fraktionellen Standpunkt ja. Der andere Entwurf kam aus einem (im Hinblick auf die ehemaligen Fraktionen) „fremden“ Lager.

Nun, und vom Standpunkt der Partei? War es richtig, den Hinweis darauf abzulehnen, daß eine klarere Bestimmung der sozialistischen Ziele der Partei und ihres internationalen Charakters wünschenswert wäre? — den Hinweis auf die Bewegung außerhalb der Duma? — auf die Notwendigkeit, die Dumaparteien vor dem Volk klar gegeneinander abzugrenzen? — auf die Pflicht, zwischen der proletarischen und der kleinbürgerlichen Lehre genau zu unterscheiden? — darauf, wie wichtig es ist, daß die Arbeiterpartei die Bauern *gegen* die Kadetten verteidigt? — auf die Notwendigkeit einer klareren und vollständigeren Darlegung unserer nächsten Forderungen?

Haben unsere Genossen resp. unser ZK richtig gehandelt, als sie in der Deklaration forderten, „die Duma zu einem Organ der allgemeinen Volksbewegung zu machen“, anstatt die vom Parteitag bestätigte Formulierung zu gebrauchen: die Duma *zu einem Werkzeug der Revolution zu machen*?

Haben sie richtig gehandelt, als sie in allen aufgezeigten Punkten gegenüber den Resolutionen und Beschlüssen des Vereinigungsparteitags unserer Partei ganz klar einen *Schritt nach rechts* machten?

Mögen sich das alle Organisationen und alle Mitglieder unserer Partei gründlich überlegen.

„Echo“ Nr. 1,
22. Juni 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

„WAS DU TUN WILLST,
DAS TUE BALD!“

Heute bringen zwei Zeitungen, die nicht zur sensationslüsternen Boulevardpresse gehören, nämlich „Nascha Shisn“ und „Mysl“¹², wichtige Meldungen über den endlich beschlossenen Rücktritt des Ministeriums Goremjkin. Das neue Kabinett soll in folgender Zusammensetzung gebildet werden: Jermolow – Premier; Urussow – Innenminister; Herzenstein – Finanzen; Timirjasew – Handel; Stachowitsch – Landwirtschaft; Kusmin-Karawajew – Justiz; Nabokow – **Auswärtiges**. Die Volksbildung wird, wie man annimmt, Heyden „übernehmen“ und das Verkehrsministerium der jetzige Minister oder der Chef der Nikolaus-Eisenbahn, Schuchtan.

Also alte Bürokraten im Verein mit Oktobristen und rechten Kadetten, die vorwiegend aus Kreisen hoher Beamter kommen, d. h. gestrige Bürokraten sind (Urussow – ehemaliger Stellvertreter des Innenministers, Kusmin-Karawajew und Nabokow – ein General und ein Kammerjunger).

Beide obengenannten Zeitungen melden auch, daß zwischen der „Partei der Mitte“ im Reichsrat (d. h. einem Beamtenklüngel, der zwischen den Schwarzhundertern und der Partei der Rechtsordnung¹³ steht) und den Kadetten in letzter Zeit lebhaftere Verhandlungen im Gange waren.

Nehmen wir an, alles das entspräche der Wahrheit. Solange das Gegenteil nicht erwiesen ist, *müssen* wir das annehmen, da die Nachrichtenquelle relativ zuverlässig ist, die Tatsache selbst aber sich unvermeidlich aus allen vorangegangenen Ereignissen ergibt.

Wessen Ansichten nun werden durch eine solche Zusammensetzung des Kabinetts oder durch solche Verhandlungen der Kadetten mit den Pogromhelden bestätigt? Man erinnere sich, wie in der Versammlung im Hause der Panina (9. Mai)¹⁴ der Sozialvolkstümler Herr Mjakotin sich gegen den Sozialdemokraten wandte und sagte, es sei ungerecht, die Kadetten eines *Paktes* mit den Pogromhelden zu bezichtigen. Man erinnere sich,

wie unsere Sozialdemokraten des rechten Flügels, mit Plechanow an der Spitze, ein Geschrei erhoben, es sei unbegründet und voreilig, von Verrat und von einem Pakt zu reden.

Verhandlungen sind der Beginn eines Paktes, entgegnete damals der Sozialdemokrat Herrn Mjakotin. Ein Pakt, das ist der Abschluß von Verhandlungen.* Und jetzt ist die Tatsache, daß Verhandlungen geführt wurden, bestätigt worden. Es fehlt nicht viel, und der Pakt ist perfekt.

Und wo ist die vollständige Amnestie, die Gewährleistung der Freiheiten, die Liquidierung des Reichsrats geblieben? Hat man *darüber* in den Verhandlungen der Kadetten mit den Pogromhelden gesprochen? Die Zeitungen schweigen sich darüber aus. Und wir wissen alle, daß *ultimative* Bedingungen, *zuerst* diese Maßnahmen sicherzustellen und erst dann ein kadettisches Kabinett zu bilden, von den Rittern der „Volksfreiheit“ *nie-mals gestellt worden sind*. Gerade das, was weniger wichtig ist, was hinter dem Rücken des Volkes geschieht, was Ministerportefeuilles und andere warme Plätzchen einbringt, wird in den Vordergrund gerückt. Gerade das, was für das Volk wesentlich ist, wird beiseite geschoben. Die Kadetten im Kabinett werden für die Amnestie und die Freiheit „kämpfen“ — mit einer solchen Antwort wird man jetzt den naiven Einfaltspinseln den Mund stopfen, die die Losung der Unterstützung eines „verantwortlichen“ Ministeriums ins Volk brachten. Verantwortlich wird dieses Ministerium wie ehemals vor den Gesetzen sein, die die alten Pogromgesetze bleiben, und vor der Sternkammer oder Kamarilla, die die Minister eingesetzt hat. Unter „Kampf“ für Amnestie und Freiheit aber werden die Kadetten wie bisher so auch künftig Verhandlungen der Roditschew mit den Nabokow, der Nabokow mit den Urussow, der Urussow mit den Goremykin, der Goremykin mit den Trepow verstehen.

Doch alles Schlechte hat auch sein Gutes. Das Kabinett der Pogromhelden, Oktobristen und Kadetten wird die Dinge schnell voranbringen: die Kadetten zum politischen Fiasko; das Volk zur Befreiung von einer weiteren schädlichen Illusion; die Entwicklung der politischen Ereignisse zur revolutionären Entscheidung.

„Echo“ Nr. 1,
22. Juni 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 412. Die Red.

EINE NÜTZLICHE POLEMIK

Die lange Erklärung der Regierung Goremykin über „Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Bauernschaft“ ist zu mehr als der Hälfte einer Polemik gegen die Ansichten der Bauern und die Auslassungen des Volkes („Gerüchte“, wie die Goremykin sie verächtlich nennen) gewidmet. Diese Polemik ist außerordentlich nützlich. Die Regierung Goremykin streitet mit der „russischen Bauernschaft“, nennt ihre Ansichten „unrichtig“, sucht den Bauern zu beweisen, daß ihre Forderungen und Pläne „in erster Linie den Interessen der Bauernschaft selbst abträglich sind“.

Es ist wirklich lobenswert, daß ihr, meine Herren Goremykin, den Versuch macht, durch das Wort der Überzeugung zu wirken! Hättet ihr das nur längst getan. Würdet ihr nur in der Tat der Bauernschaft mit Argumenten statt mit Stock und Knute, mit Kugel und Kolben entgegentreten. Die Regierungserklärung werden nahezu alle Zeitungen abdrucken, die Geistlichen, Landeshauptleute, Gemeindevorsteher und Landgendarmen werden sie den Bauern verlesen. Und die Bauern werden über diese Erklärung nachdenken. Die Bauern werden bei der Regierung in die Schule gehen und lernen, wie sie ihre wirklichen Interessen zu verstehen haben. Und nachdem sie nachgedacht, nachdem sie bei der Regierung gelernt haben, werden die Bauern mit Stimmenmehrheit entscheiden, auf wessen Seite die Wahrheit ist. Es wäre schön, wenn es so wäre. Aber es ist alles andere als schön, wenn die Goremykin und ihre Lakaien die Bauern mit der einen Hand mißhandeln, zu Krüppeln schlagen und morden, während sie ihnen mit der anderen Hand mit „Erklärungen“ den Mund stopfen, wie die bäuerlichen Interessen richtig zu verstehen sind. Die Bauernzeitungen werden verboten, die Abgesandten der Bauern und die Mitglieder des Bauernbundes¹⁵ sitzen in den Gefängnissen oder sind in Sibirien, die

Dörfer sind, wie Feindesland, von Truppen überschwemmt — die Regierung Goremykin aber beschert den geprügelten und mißhandelten Bauern die Erklärung, man prügeln und mißhandle sie zu ihrem eigenen Nutzen!

Eine nützliche Erklärung! Sie wird eine ausgezeichnete Wirkung auf die Bauern haben. Die Regierung hat einen kleinen Teil der Arbeit der Trudowiki oder der Bauerngruppe in der Duma übernommen. Diese Gruppe hätte sich an das Volk wenden und ihm berichten müssen von den Landforderungen, die die Bauerndeputierten in der Duma im Interesse der Bauern stellten, und von der Antwort, die die Regierung auf diese Forderungen gab. Die Gruppe der Trudowiki hat noch keine Anstalten gemacht, das zu tun. Die Regierung ist ihr zu Hilfe gekommen. Klug ist doch unsere Regierung. Sie selber veröffentlicht eine Erklärung an das ganze Volk und berichtet von den Forderungen der Bauern.

Jetzt wird selbst in den entlegensten Winkeln, selbst in Dörfern, wo man vom Bauernbund und von Bauerndeputierten in der Duma noch nichts gehört hat (wenn es solche Dörfer gibt — übrigens wird es sie wohl geben, barbarisch genug ist unser Land), selbst dort wird der Pope oder der Gemeindegewaltigste die Erklärung der Regierung verlesen. Die Bauern werden sich versammeln, werden schweigend zuhören und auseinandergehen. Und dann werden sie allein, diesmal schon ohne die Obrigkeit, zusammenkommen. Und sie werden zu reden anfangen und über die Versicherung der Regierung, daß die Beamten und die Regierung nicht die Interessen der Gutsbesitzer vertreten, diskutieren. Es wird ein Gelächter geben, und sie werden sagen: Die Katze weiß, wo sie gemauert hat! Sie werden davon sprechen, daß eine freiwillige Abgabe des Bodens seitens der Gutsbesitzer, und dazu noch durch Vermittlung der Beamten, für die Bauern vorteilhafter sein soll als die Zwangsenteignung (womöglich noch ohne Ablösung). Sie werden wiederum lachen und sagen: Wie konnten wir Dummköpfe bislang nicht bemerken, daß es für uns vorteilhafter ist, auf die Gutsbesitzer und Beamten zu hören, als die ganze Sache selbst in die Hand zu nehmen?

Aber vielleicht werden die Bauern nicht nur lachen? Vielleicht werden sie nicht nur lachend, sondern voller Zorn noch über einige andere Dinge nachdenken? Vielleicht werden sie für sich nicht nur den Schluß ziehen, wo das Recht und wo das Unrecht ist, sondern auch, wie das Recht durchzusetzen ist? ...

Wie klug ist doch unsere Regierung!

Übrigens hat der kadettische Präsident der Reichsduma, Herr Muromzew, untersagt, dieses Wort „Regierung“ zu gebrauchen. Dieser Gebrauch sei — man müsse das einsehen — falsch. Die Duma sei ebenfalls ein Teil der Regierung. Man müsse sagen: Kabinett. Dann wird alles absolut so sein „wie bei feinen Leuten“: die Duma erläßt die Gesetze, das Kabinett führt sie aus; die Duma ist ein Teil der Regierung.

Der gute Herr Muromzew! Die guten Kadetten! Sie haben so gewissenhaft die deutschen Lehrbücher des Staatsrechts geochst. Sie kennen die Sache besser als Goremykin, der in seiner Erklärung *die Duma mit keinem Wort erwähnt*, sondern durchweg von der *Regierung* spricht. Wer hat nun recht: Goremykin oder Muromzew? Wie muß man sagen: Kabinett oder Regierung?

Goremykin hat recht. Er hat auf Grund seiner ... hm! hm! auf Grund seiner Geistesstärke — ... versehentlich die Wahrheit gesagt. Die Muromzew aber sagen auf Grund ihrer professoralen Gelehrtheit eine schickliche Lüge.

Die Bauern werden bei Goremykin in die Schule gehen und nicht bei Muromzew. Sie wollen ihre Rechnung nicht mit einem Kabinett, sondern mit der Regierung austragen. Und sie werden im Recht sein.

„Echo“ Nr. 1,
22. Juni 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

DIE HILFE FÜR DIE HUNGERNDEN UND DIE TAKTIK DER DUMA

Wie die heutigen Zeitungen berichten, hat am Mittwoch, dem 21. Juni, eine gemeinsame Sitzung des Haushalts- und des Ernährungsausschusses der Reichsduma stattgefunden. Behandelt wurde der Antrag des Innen- und des Finanzministers, 50 Millionen zur Unterstützung der Hungernden zur Verfügung zu stellen. „Der Ausschuß beschloß, die Reichsduma zu ersuchen: für die dringendsten Bedürfnisse 15 Millionen Rubel zu bewilligen, diesen Betrag dem laufenden Haushalt zu entnehmen und das Kabinett zu beauftragen, Vorschläge für die Einschränkung der Haushaltsausgaben in Höhe der genannten Summe zu unterbreiten. Der Antrag des Kabinetts, eine innere Anleihe von 50 Millionen Rubel aufzulegen, wurde abgelehnt.“ („Retsch“¹⁶, 22. Juni.)

Die Frage der Bewilligung von Geldmitteln für die Unterstützung der Hungernden ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Jeder bewußte Staatsbürger muß diese Frage in all ihren Stadien mit nicht nachlassender Aufmerksamkeit verfolgen.

Es sei vor allem daran erinnert, daß ursprünglich die Frage in der Reichsduma in folgender Form gestellt war: Soll man der Regierung der Pogromhelden das Geld geben, oder soll die Duma selbst das ganze Hilfswerk für die Hungernden in die Hände nehmen? Der Deputierte Aladjin sprach sich zunächst für die richtige, d. h. die zweite Lösung der Frage aus. Er beantragte, Dumaausschüsse zu wählen, Deputierte der Duma in die Hungergebiete zu schicken, sich an „freie Körperschaften“ zu wenden und bei diesen sowohl die Geldmittel wie das gesamte Hilfswerk für die Hungernden zu konzentrieren. Keine Kopeke den Herren Gurko und Durnowo! erklärte Aladjin unter dem Beifall der Dumalinken und den

Zurufen: Sehr richtig! Bekanntlich blieb Aladjin nicht bei seiner richtigen Haltung. Er schwang sich empor, landete aber auf der Stange im kadettischen Hühnerstall. Die sozialdemokratischen Deputierten machten den Fehler, in dieser Frage nicht das Wort zu einer vernichtenden Rede zu ergreifen. Der kadettische Antrag auf Übergang zur Tagesordnung wurde von der Duma angenommen.

Damit war eine grundlegende, prinzipielle Frage nach Art der Kadetten, der Gutsbesitzer, der Liberalen entschieden. Die Duma verzichtete darauf, in dieser Sache zum Werkzeug der Revolution zu werden. Die Duma hatte Angst vor dem Volk, sie fürchtete sich, an das Volk zu appellieren. Die Duma gab im Prinzip ihr Einverständnis, das Hilfswerk für die Hungernden den Herren Gurko und den Pogromministern zu überlassen. Damit hatte die kadettische Duma gezeigt, daß sie nicht mit dem Volk gegen die Pogromhelden kämpfen, sondern lediglich mit Hilfe des Volkes einen Druck auf sie ausüben, lediglich die Pogromhelden ein wenig zügeln will, ohne sie jedoch ganz zu beseitigen.

Dann trat die Frage in das zweite Stadium. Wie nun würden jetzt die Kadetten den Druck auf die Pogromhelden ausüben? Es begann der Schacher zwischen dem Dumaausschuß und den Ministern. In der Ausschusssitzung am 21. Juni waren der Innen- und der Finanzminister anwesend. Die Duma, die nichts mit dem Volk und den „freien Körperschaften“ zu tun haben wollte, die mit ihnen nicht verhandeln wollte, begann Verhandlungen mit diesen Ministern zu führen. „Keine Kopeke den Herren Ministern“ — das blieb eine Phrase. Die Verhandlungen mit den Herren Ministern wurden zur Tatsache. Die Minister baten, einer Anleihe zuzustimmen. Der Dumaausschuß lehnte ab. Er verlangte, das Geld dem ordentlichen Haushalt des laufenden Jahres zu entnehmen, d. h. einige *schädliche* Ausgaben einzuschränken und auf diese Weise die Summe zur Unterstützung der Hungernden aufzubringen. Mit diesem taktischen Schritt, diesem Umgehungsmanöver, bemächtigt sich die Duma eines kleinen Teilchens des Rechts, den Staatshaushalt zu kontrollieren. Der Haushalt ist bestätigt worden, ohne daß die Volksvertreter gefragt wurden, jetzt aber möchte man auf indirektem Weg seine Überprüfung erreichen, um *schädliche* Ausgaben einzuschränken und Mittel für nützliche Ausgaben aufzubringen.

Das ist das zweite Stadium der Frage. Die Kadetten, d. h. die Partei der

liberalen Gutsbesitzer, der liberalen Bourgeois, wollen die Organe der alten Macht kontrollieren, wollen sie ihrem Einfluß unterwerfen, wollen sie frisieren, etwas säubern, ein wenig aufputzen, die Stolypin durch die Nabokow ersetzen, aber sie wollen nicht *alle* diese Organe und Einrichtungen des alten, frönherrlichen Polizeiregimes durch *freie Körperschaften* des Volkes, durch frei gewählte Beauftragte des ganzen Volkes ersetzen. Wie soll man das Geld zur Unterstützung der Hungernden aufbringen? Wen mit der Verausgabung dieser Millionen beauftragen? Die drei politischen Hauptkräfte der Gegenwart geben auf diese Frage die drei Hauptantworten. Die Regierung der Polizei- und Pogromhelden antwortet: Um nicht unseren Polizei- und Pogromhaushalt anzutasten, ist das Geld durch eine neue Anleihe aufzubringen. Die Mittel verausgaben werden wir, die Polizei und die Pogromhelden. Die Arbeiterklasse und die ganze bewußte Bauernschaft antwortet: Das Volk selbst soll das Geld aufbringen und auch selbst mit Hilfe „freier Körperschaften“ verausgaben, die wirklich von allen gewählt sind und wirklich mit der schmutzigen Polizei nichts zu tun haben. Diese freien Körperschaften sollen für eine breite Massenbewegung ausgenutzt werden, die sich den Übergang der ganzen Macht im Staate und der ganzen „Staatskasse“ in die Hände des Volkes zum Ziel setzt. Die liberalen Gutsbesitzer und die liberalen Bourgeois (die „Kadetten“) antworten: Wir wollen keine „freien Körperschaften“, wir fürchten sie. Das Volk wird dann „zu weit“ gehen. Bleiben wir lieber bei den alten Pogromhelden, nachdem wir sie ein ganz klein wenig gesäubert und geputzt haben. Das Geld werden wir ihrem Haushalt entnehmen und zu diesem Zweck einige schädliche Ausgaben einschränken. Mit der Verausgabung dieses Geldes beauftragen wir eben die Regierung der Pogromhelden, wobei wir uns bemühen, sie unserer, der liberalen Gutsbesitzer, Kontrolle zu unterstellen.

Klare Antworten. Eine klare Haltung der Regierung, der Bourgeoisie und des Proletariats. Es fragt sich nur, wem wird die Bauernschaft folgen?

Die liberalen Bourgeois, die Kadetten, schwanken zwischen der Regierung und dem Volk. Die Lage der Schwankenden ist zweideutig. Es ist leicht, zu sagen: das Geld entnehmen wir dem ordentlichen Haushalt, indem wir die schädlichen Ausgaben einschränken! Jedoch das Geld wird unverzüglich gebraucht; eine solche Operation aber bedarf der *Zustimmung* des Reichsrats und des Staatsoberhauptes. Also rechnen die Kadet-

ten darauf, die freiwillige Zustimmung der höchsten Beamten und der Kamarilla zu erhalten. Worauf gründet sich die Rechnung der Kadetten? *Auf einen eventuellen Pakt im Hinblick auf die Zusammensetzung des künftigen Kabinetts.*

Man muß der Wirklichkeit gerade ins Auge sehen. Es hat keinen Sinn zu heucheln. Es hat keinen Sinn, Verstecken zu spielen. Die Bewilligung von Mitteln zur Unterstützung der Hungernden wird zum Anlaß eines Schachers zwischen den Kadetten und der Regierung der Pogromhelden, zwischen den Kadetten und der Kamarilla. Macht uns ein Zugeständnis, ihr Herren Pogromhelden, ernennt Muromzew an Stelle von Jermolow zum Premier — und wir machen euch ein Zugeständnis und geben vielleicht 15 und vielleicht auch die ganzen 50 Millionen zur Unterstützung der Hungernden ohne die (sowohl für euch Pogromhelden als auch für uns Gutsbesitzer) „gefährliche“ Inanspruchnahme der „freien Körperschaften“ des Volkes.

Eben diesen Sinn haben die gegenwärtigen Vorgänge in der Duma. Eben diesen Sinn hat der heutige Artikel des Herrn Jeschtschin in der kadettischen „Retsch“, ein Artikel, der mit kleinen Vorbehalten im Leitartikel der „Retsch“ ausdrücklich gebilligt wird und der beweisen will, daß die Duma der Regierung der Pogromhelden das Geld bewilligen müsse, „nachdem sie diese Bewilligung mit all den Bedingungen verknüpft hat, die die Duma stellen kann“.

Die politische Situation ist klar. Unsere sozialdemokratischen Deputierten in der Duma stehen vor einer äußerst ernsten Aufgabe. Erstens müssen sie den Kadetten das Hauptgefecht liefern, sobald in der Duma der Bericht des Haushalts- und des Ernährungsausschusses zur Debatte steht. Sie müssen fordern, daß man sich an die „freien Körperschaften“ des Volkes wende, müssen den Bauern die Augen darüber öffnen, warum die Kadetten, unter denen es so viele Gutsbesitzer gibt, das Volk fürchten, das den ganzen Grund und Boden, und zwar ohne jede Ablösung, und die ganze Freiheit braucht. Sie müssen fordern, daß ihre eigene Resolution zu dieser Frage zur Abstimmung gebracht wird, um so der Partei des Proletariats die Sympathie der gesamten werktätigen Massen zu sichern und die ganze Wankelmütigkeit, die ganze Feigheit der liberalen Gutsbesitzer offen und klar für alle herauszustellen.

Zweitens, sobald die Kadetten den Antrag, sich an die freien Körper-

schaften zu wenden, zu Fall bringen, müssen die Sozialdemokraten ihnen das zweite Gefecht auf der nächsten Linie unseres Befestigungssystems liefern. Man muß Aufklärung darüber verlangen, warum eigentlich der Ausschuß (der Haushaltsausschuß gemeinsam mit dem Ernährungsausschuß) nicht *alle* Einzelheiten der Verhandlungen mit den sehr ehrenwerten Herren Ministern des Innern und der Finanzen veröffentlicht hat. Man muß sich gut darauf vorbereiten, eine eingehendere und entschiedener Kritik des ganzen Haushalts zu geben, als das die Kadetten im Ausschuß taten. Von der Dumatribüne herab werden dann Stimmen ertönen, die schonungslos das Doppelspiel der Kadetten enthüllen und alle „Geheimnisse“ des russischen Polizei- und Pogromhaushalts aufdecken, eines Haushalts, in dem Dutzende und Hunderte von Millionen ausgegeben werden für die Unterstützung der Grundbesitzer und Kapitalisten, für Kriegsabenteuer, für die „Unterstützung“ von Spionen und Gendarmen, für die Belohnung all der hochgestellten Helden der mandschurischen Tragödie, für den Unterhalt der Unmasse von Beamten, die das Volk geplündern und bedrängen. Von der Dumatribüne werden Stimmen ertönen, die weit mehr als 15 oder 50 Millionen an *schädlichen* Ausgaben aufzählen werden.

Die Kadetten wollen der Regierung nur ein klein wenig ins Gewissen reden. Vor der Sozialdemokratie werden sich sowohl die Pogromhelden in erster Linie als auch die Herren Kadetten selber für ihr Bestreben, die ganze Tiefe des Streits zwischen Kamarilla und Volk zu vertuschen, zu verantworten haben.

„Echo“ Nr. 2,
23. Juni 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

VERHANDLUNGEN ÜBER DAS KABINETT

Gestern haben wir von Zeitungsmeldungen berichtet, nach denen ein Kabinett Jermolow, Urussow, Nabokow, Heyden u. a. geplant ist.* Heute schreibt die „Retsch“ über diese Liste: „Die Mitglieder der Konstitutionell-Demokratischen Partei sind von den Verfassern der Liste offenbar nur vorschlagsweise auf diese gesetzt worden; in Wirklichkeit wird die Konstitutionell-Demokratische Partei sich an einem Kabinett solchen Charakters nicht beteiligen.“

Sehr gut, meine Herren Kadetten! Aber woher weiß die „Retsch“, daß die Konstitutionell-Demokratische Partei sich an einem solchen Kabinett nicht beteiligen wird?

Was heißt „woher“? wird der Leser fragen. Die „Retsch“ ist doch das Hauptorgan der Kadetten? Richtig. Aber wir wollen gerade die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß es für eine Partei wie die Partei der Kadetten, die ihre Parteitage legal abgehalten hat, die in der Reichsduma dominiert, für eine reiche, „aufgeklärte“ und liberale Partei, *unschicklich*, höchst unschicklich ist, Verstecken zu spielen. Ist es nicht an der Zeit zu sagen, daß die „Retsch“ das offizielle und führende Organ der Partei ist? Ist es nicht an der Zeit, die Resolutionen des ZK der Kadettenpartei zu veröffentlichen? Eins von beiden, meine Herren: *Entweder* hat eure Partei die Frage, an welchem Kabinett sie sich „beteiligen“ wird, nicht offiziell erörtert. Dann muß man das auch offen sagen. Dann darf die „Retsch“ nicht im Namen der Partei der Kadetten sprechen, dann hätte sie im eigenen Namen auftreten, d. h. sagen müssen: „*Wir sind überzeugt, daß die Konstitutionell-Demokratische Partei sich... nicht beteiligen wird.*“

* Siehe den vorliegenden Band, S. 24/25. *Die Red.*

Oder aber eure Partei hat diese Frage offiziell erörtert. Dann muß man die Protokolle dieser Erörterung veröffentlichen, denn euer Schweigen wird bestätigen, daß ihr Geheimverhandlungen hinter dem Rücken des Volkes führt.

„Heute spricht man bereits von einer Liste reineren Typs“, schreibt die „Retsch“ weiter und führt lediglich die Namen Jermolow, Timirjasew, Heyden, Stachowitsch an, d. h. Beamte und Oktobristen ohne die Kadetten. Also, *Verhandlungen haben stattgefunden*. Man hat die Kadetten, vielleicht über die „Partei der Mitte“ im Reichsrat, gefragt: Werdet ihr in ein solches Kabinett eintreten? Die Kadetten antworteten: Nein, in ein solches nicht.

Also wie denn nun, meine Herren Kadetten? Haben Verhandlungen stattgefunden oder nicht? Habt ihr darüber gesprochen, welches eure Bedingungen sind, oder nicht? Bestanden diese Bedingungen allein in der Berufung bestimmter Personen zu Ministern oder auch in der völligen Amnestie, der Garantie der Freiheiten, der Liquidierung des Reichsrats, der Zustimmung zum allgemeinen Wahlrecht?

Solange die Partei der Kadetten nicht offiziell eine vollständige und absolut präzise Antwort auf diese Fragen gegeben hat, werden wir nicht müde werden, dem Volk immer wieder zu sagen: Bürger, seid auf der Hut! Hinter dem Rücken des Volkes führen Mitglieder der Partei der „Volksfreiheit“ „inoffizielle“ Verhandlungen über den Verkauf der Volksfreiheit zu einem annehmbaren Preis.

„Echo“ Nr. 2,
23. Juni 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Genosse N. Rachmetow ergeht sich im „Golos Truda“¹⁷ in Betrachtungen über die „politischen Aufgaben der Sozialdemokratie Rußlands“. Vier Spalten unter dem Strich sind dem Nachweis gewidmet, daß

„es für das Proletariat als eine der in Rußland wirkenden Klassen durchaus nicht von Vorteil ist, die Duma sich selbst zu überlassen: das würde bedeuten, sich selbst aus der Liste der lebendigen politischen Kräfte zu streichen, das würde einzig und allein dahin führen, daß das Proletariat die russische bürgerliche Revolution bei weitem nicht so voll ausnützen würde, wie es ihm möglich ist“.

„Man braucht die Frage nur so zu stellen“, erklärt N. Rachmetow, „um zu sehen, daß es auf sie keine zwei Antworten geben kann.“ Durchaus richtig, Genosse Rachmetow, aber das Schlimme ist, daß das keine „Fragestellung“ ist, sondern nur ein abgedroschener Gemeinplatz.

Die „Frage“ wurde doch niemals so gestellt. *Wie* aber die Frage gestellt wurde — und wird —, weiß übrigens offenbar auch Genosse Rachmetow, wenn er aus der oben angeführten Tirade völlig überraschend den folgenden Schluß zieht:

„Das Proletariat ist sowohl sich selbst als auch dem ganzen Land gegenüber verpflichtet, im Kampf der Duma gegen die Selbstherrschaft keine passive Neutralität zu wahren, sondern im Gegenteil sich *in diesem Kampf* kühn und entschlossen auf die Seite der Duma gegen die Regierung zu stellen.“

Hier eben beginnt nun schon die „Frage“. Und Genosse Rachmetow selber begreift das, denn er sieht voraus, daß

„die Zeitung ‚Swetotsch‘* sich zu einer derartigen Taktik wahrscheinlich sehr skeptisch verhalten wird. Dieses Blatt schreibt: ‚Das tadellose dialektische

* Das gegenwärtig von der Regierung verbotene Moskauer sozialdemokratische Organ.¹⁸

Schema einer „Revolution über die Duma“ leidet nur daran, daß es eine ganz alltägliche, prosaische Tatsache vergißt: die Tatsache, daß die gegenwärtig bestehende Duma eine Körperschaft ist, die sich in der Mehrheit aus bürgerlichen Elementen zusammensetzt, welche die Revolution fürchten und ihr infolgedessen feindlich gegenüberstehen. Derartige Erwägungen können als bestes Beispiel dafür dienen, wie ein Sozialdemokrat niemals und in keinem Fall urteilen soll. Ein Sozialdemokrat ist verpflichtet zu wissen, daß die politische Taktik des Proletariats nicht von der *Stimmung* anderer gesellschaftlicher Gruppen diktiert wird, sondern vom objektiven geschichtlichen Prozeß, der diese Gruppen zu bestimmten *Handlungen* zwingt. Ein Sozialdemokrat ist verpflichtet, zu wissen und zu berücksichtigen, was die Klassen, mit denen er es zu tun hat, werden tun *müssen*. Und wenn er die Frage so stellt, wird er sich von folgendem überzeugen: indem das Proletariat seiner Bereitschaft Ausdruck gibt, die Duma gegen den Zarismus revolutionär zu unterstützen, nötigt es *eben dadurch* die Duma zu größerer revolutionärer Aktivität. Es bedarf schon einer beträchtlichen Dosis politischer Unreife, um diese einfache ‚Wahrheit‘ nicht zu begreifen.“

Eine sonderbare Argumentation! Nach Genossen Rachmetow kann man unsere Bourgeoisie, selbst wenn sie konterrevolutionär gesinnt ist, trotzdem zwingen, revolutionär zu werden.

Zu diesem Zweck ist es, wie sich herausstellt, nötig, „die Duma mit dem Feuerring des revolutionären Drucks zu umgeben“. Dann wird die Duma vor der „Frage“ stehen: „entweder verbrennen oder mit der allgemeinen Flamme verschmelzen“, „einer Frage von Leben oder Tod“.

Wir fürchten sehr für Genossen Rachmetow; wenn ihm nur Genosse Plechanow nicht eins auswischt — wegen der metaphysischen „Fragestellung“, wegen der Unfähigkeit, eine äußerst wichtige politische Frage dialektisch zu stellen. Die ehemaligen Menschewiki und Genosse Plechanow haben doch so häufig gegen ein derartiges „Entweder-Oder“ in politischen Fragen protestiert. Warum denn unbedingt „entweder verbrennen oder mit der allgemeinen Flamme verschmelzen“? Glaubt Genosse Rachmetow wirklich, es gäbe für die Fraktion der Herren Herzenstein und Nabokow keinen dritten Ausweg? Nun, und warum beispielsweise sollten sie nicht im Bunde mit den „anständigeren“ Bürokraten versuchen, diesen „Feuerring des revolutionären Drucks“ zu durchbrechen?

Wir zum Beispiel glauben, wenn die siegreich ansteigende Welle der Revolution die führenden Elemente der Kadettenpartei zu irgend etwas

nötigen wird, dann eben zu diesem dritten Ausweg, d. h. einfach zu einem Pakt mit den Bürokraten.

Daß die „Partei der Volksfreiheit“ in ihrer jetzigen Gestalt bei diesem Unternehmen „verbrennen“ kann, ist durchaus wahrscheinlich, aber wann werden denn endlich Genossen wie Rachmetow begreifen, daß das ganze Gerede von Volksfreiheit für die Kadetten nur ein Mittel ist, Ministerportefeuilles zu erwerben, und keineswegs jenem „Kampf gegen den Zarismus“ dient, den ihnen aufzuoktroyieren Genossen wie Rachmetow so erfolglos bemüht sind. Und überhaupt: Herr der Duma ist einstweilen das kadettische Zentrum. Ihr wollt *diese* Duma mit dem „Feuergürtel des revolutionären Drucks umgeben“. Das ist sehr gut. Das ist unbedingt wichtig und notwendig. Aber sollte man nicht dabei den „Drückenden“ unermüdlich klarmachen, daß durch ihren Druck zwangsläufig die jetzigen Herren der Duma ... in den Armen der Bürokraten landen werden? Sollte man das nicht, Genosse Rachmetow?

„Echo“ Nr. 2,
23. Juni 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

WER IST FÜR EIN BÜNDNIS MIT DEN KADETTEN?

Es kommt zuweilen vor, daß erfahrene und vorsichtige Politiker, die sich der ernstesten Verantwortung für jeden einigermaßen wichtigen politischen Schritt bewußt sind, junge, unvorsichtige Kampfhähne gleichsam zur Rekognosizierung vorschicken. „Kluge Leute sind da nicht vonnöten“, sagen sich solche Politiker und stellen es den Milchbärten frei, irgend etwas auszulaudern, um so den Boden zu sondieren.

Genosse N. Rachmetow im „Golos Truda“ macht den Eindruck eben eines solchen Milchbartes, der eine ihm vorgezeichnete Mission erfüllt. Und gerade darum gewinnt ein so absolut nicht ernst zu nehmender Artikel wie der des Genossen Rachmetow — wir haben uns schon gestern über diesen Artikel lustig gemacht* — von einer gewissen Seite her unzweifelhaft politische Bedeutung. Wenn in einem so einflußreichen Organ unserer Sozialdemokraten des rechten Flügels wie dem „Golos Truda“ ohne einen einzigen Vorbehalt der Redaktion Artikel veröffentlicht werden, die die Sozialdemokratie zum Bündnis mit den Kadetten aufrufen, dann heißt das, daß es in unserer Partei eine ernste Krankheit gibt. Wie sehr auch vorsichtige, erfahrene und geschickte Leute die Anzeichen dieser Krankheit zu verbergen suchen, die Krankheit macht sich trotz allem bemerkbar. Sie zu verschweigen wäre das größte Verbrechen.

Der Hauptfehler der Opportunisten in der Sozialdemokratie besteht darin, daß sie nicht verstehen, was ein entscheidender Sieg der bürgerlichen Revolution bedeutet. Da sie, wie alle Opportunisten, die Lehre des revolutionären Marxismus und die Rolle des Proletariats als Avantgarde herabsetzen, landen unsere russischen Opportunisten immer wieder bei dem

* Siehe den vorliegenden Band, S. 36—38. *Die Red.*

falschen Gedanken, die liberale Bourgeoisie sei zwangsläufig der „Herr“ der bürgerlichen Revolution. Sie verstehen absolut nicht die historische Rolle beispielsweise etwa des Konvents in der großen französischen Revolution als der Diktatur der unteren Schichten der Gesellschaft – des Proletariats und des Kleinbürgertums. Sie verstehen absolut nicht die Idee der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft als der einzig möglichen sozialen Stütze für den völligen Sieg der bürgerlichen Revolution in Rußland.

Das Wesen des Opportunismus besteht darin, die beständigen und dauernden Interessen des Proletariats seinen Pseudo- und Augenblicksinteressen zum Opfer zu bringen. In der Epoche der bürgerlichen Revolution vergessen die Opportunisten in der Sozialdemokratie die Bedeutung des revolutionären Flügels der bürgerlichen Demokratie und beten sklavisch die Erfolge an, die der nichtrevolutionäre Flügel derselben bürgerlichen Demokratie erzielt. Der wesentliche Unterschied zwischen der liberal-monarchistischen Bourgeoisie (Kadetten, Partei demokratischer Reformen¹⁹ usw.) und der revolutionären, insbesondere der bäuerlichen, bürgerlichen Demokratie entgeht ihrer Aufmerksamkeit. Hundert-, wenn nicht tausendmal haben wir unseren Genossen vom rechten Flügel diesen Unterschied auseinandergesetzt. In dem Entwurf der bolschewistischen Resolution für den Parteitag* wurde mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die liberale Bourgeoisie nicht zufällig, sondern kraft ihrer grundlegenden Interessen einen Pakt mit der alten Macht anstrebt, zwischen der Revolution und der Reaktion schwankt, das Volk und eine freie und allseitige Entwicklung seiner Tätigkeit fürchtet. Man muß die demokratischen Phrasen dieser Bourgeoisie ausnutzen, sagten wir, muß ihre zaghaften Schritte ausnutzen, ohne auch nur einen Augenblick lang ihre „paktiererischen“ und verräterischen Bestrebungen zu vergessen. Umgekehrt ist die bäuerliche Demokratie kraft der objektiven Verhältnisse, in welche die Bauernmasse gestellt ist, trotz des Fehlens eines vollentfalteten Bewußtseins in ihren Reihen gezwungen, revolutionär zu handeln. Die grundlegenden Interessen dieser bürgerlichen Demokratie treiben sie gegenwärtig nicht zu einem Pakt, sondern zwingen sie, entschlossen gegen die alte Macht zu kämpfen. Will man nicht die grundlegenden Interessen des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution aufopfern, so muß man

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 150/151. *Die Red.*

streng unterscheiden zwischen der liberalen oder „kadettischen“ und der bäuerlichen oder revolutionären bürgerlichen Demokratie.

Das eben wollen die Opportunisten in der Sozialdemokratie nicht begreifen. Und dabei haben die Ereignisse die Richtigkeit unserer Unterscheidung glänzend bestätigt und bestätigen sie auch weiterhin. Auch in der Duma kristallisiert sich eine bäuerliche Demokratie heraus, die gezwungen ist, sich der Revolution immer mehr zu nähern und die Befreiung vom Joch der Kadetten anzustreben. Kadetten und Oktobristen gegen Trudowiki und Sozialdemokraten — das ist die Gruppierung, die sowohl in der Frage der wählbaren örtlichen Bodenkomitees als auch in der Frage der kadettischen „Zügelung“ der Versammlungsfreiheit bereits Gestalt angenommen hat.

Die Genossen vom rechten Flügel der Sozialdemokratie sind diesen Tatsachen gegenüber taub. Verführt von der augenblicklichen Situation, sind sie geneigt, gerade die in der Duma herrschende Partei, d. h. die Kadetten, mit der bürgerlichen Demokratie schlechthin zu identifizieren. N. Rachmetow wiederholt besonders naiv diesen alten Fehler der Menschewiki. Während aber die „alten Füchse“ unangenehmen Schlußfolgerungen aus falschen Voraussetzungen geschickt auszuweichen verstehen, geraten die jungen Füchlein ins Schwätzen und verplappern sich dabei. Wenn die Kadetten wirklich die bürgerliche Demokratie schlechthin repräsentieren (und nicht bloß die schlimmsten und dabei eng begrenzten Oberschichten der Bourgeoisie), dann ist es natürlich, daß das für das Proletariat unerläßliche Kampfbündnis mit der bürgerlichen Demokratie ein Bündnis mit den Kadetten sein muß. Das Proletariat kann und muß — unter strenger Wahrung seiner Klassenselbständigkeit — Vorkämpfer für den Sieg der bürgerlichen Revolution sein. Aber ohne die bürgerliche Demokratie kann es diese Revolution nicht zu Ende führen. Mit wem also muß es „getrennt marschieren und vereint schlagen“? mit der liberalen oder mit der bäuerlichen Demokratie?

Mit den Liberalen, den Kadetten, plappert Rachmetow. Was gibt es da zu überlegen? Die Kadetten sind obenauf, sie treten am stärksten hervor, sie glänzen und machen viel Aufhebens! Mit den Kadetten, natürlich mit den Kadetten! „Es ist den Kadetten weitaus leichter möglich, auszuweichen und sich zu drehen und zu wenden“, erklärt Rachmetow, „wenn man ihnen mit kompakter Abneigung entgegentritt, als wenn man mit dem

Wunsch nach *politischer Koalition* zu ihnen kommt... Mit dem Druck der öffentlichen Meinung auf die Kadetten (Resolutionen, Wähleraufträge, Petitionen und Forderungen, die der Duma zugeleitet werden, Organisation von Protestversammlungen, *Verhandlungen zwischen der Arbeitergruppe und den Kadetten*) kann man viel mehr erreichen als mit unüberlegtem und darum zwecklosem Randalieren, um es kraß auszudrücken.“ (Hervorgehoben von uns.)

Das ist eine Schlußfolgerung wie aus einem Guß, für die Rachmetow durchaus ein Ehrendiplom mit der Widmung „Von den dankbaren Bolschewiki“ verdiente. Politische Bündnisse mit den Kadetten, Verhandlungen der Sozialdemokraten mit ihnen — was für eine klare und präzise Losung! Wir brauchen nur Sorge dafür zu tragen, diese Losung der Menschewiki möglichst weit in der Arbeiterpartei zu verbreiten, und den Arbeitern die Frage zu stellen: *Wer ist für ein Bündnis mit den Kadetten?* — Wer einigermaßen das Proletariat kennt, der wird keinen Zweifel daran haben, wie die Antwort ausfallen wird.

Dieselbe Nummer des „Golos Truda“ bringt eine dem Wesen nach richtige Warnung des ZK der SDAPR vor einer Verschmelzung der Sozialdemokraten mit den Trudowiki. Aber der „Golos Truda“ hat dem ZK unserer Partei einen Bärendienst erwiesen und seine Warnung zum Deckmantel einer auf ein Bündnis der Sozialdemokraten mit den Kadetten gerichteten Propaganda gemacht! Man hätte die Sozialdemokratie nicht stärker kompromittieren können als durch dieses Vorgehen: eine dem Wesen nach — wir wiederholen es — richtige Erklärung *gegen die Verschmelzung* der Sozialdemokratie mit der revolutionären Bourgeoisie zu verbinden mit der Propaganda für ein *Bündnis* der Sozialdemokratie mit der opportunistischen Bourgeoisie!

Und in welchem Augenblick unternehmen es unsere Menschewiki, dieses Bündnis zu propagieren? In einem Augenblick, in dem das Bündnis der revolutionären und der opportunistischen Bourgeoisie, das Bündnis der Trudowiki und der Kadetten, *zerfällt*. Wirklich, zu einem sehr gelegenen Zeitpunkt ist unser braver N. Rachmetow ins Feld gezogen. Ausgerechnet in einer Zeit, in der — nicht ohne Hilfe der Sozialdemokraten — die Trudowiki begonnen haben, sich von den Kadetten zu lösen, ihr Joch abzuwerfen, gegen sie zu stimmen, sich gegen das „Bündnis“ der Kadetten und Oktobristen zusammenzuschließen. Und Leute wie Rachmetow

reden noch mit wichtiger Miene von einer Revolutionierung der Duma, wobei sie in Wirklichkeit der kadettischen Verflachung dieser Duma dienen!

Prägt euch ein, meine Herren: Bündnisse mit den Kadetten, Verhandlungen mit ihnen sind die schlechteste Methode, auf sie einen Druck auszuüben. In Wirklichkeit wird das nicht einen Druck der Sozialdemokraten auf sie bedeuten, sondern eine Abschwächung des selbständigen Kampfes der Sozialdemokraten. Die Duma revolutionieren und auf die Kadetten „drücken“ wird nur, wer jeden ihrer falschen Schritte rücksichtslos entlarvt. Die Ablehnung einer Unterstützung dieser falschen Schritte wird weitaus stärker auf die kadettische Duma drücken als Verhandlungen mit den Kadetten zu ihrer Unterstützung. Die Arbeitergruppe hat es abgelehnt, für die Antwortadresse zu stimmen: die Kadetten hatten sie zusammengestrichen. Die Arbeitergruppe hat es abgelehnt, die Kadetten zu unterstützen. Sie hat damit die Kadetten in den Augen des Volkes herabgesetzt und moralisch an Stelle der Kadetten den „linken“ Kern der Duma in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Volkes gerückt. Indem wir schonungslos die Halbheit der *kadettischen* Duma anprangern, revolutionieren wir eben dadurch sowohl die Duma als auch — was noch wichtiger ist — das Volk, das an die Duma glaubt. Wir rufen damit auf, das Joch der Kadetten abzuwerfen, rufen auf, kühner, entschlossener und konsequenter zu handeln. Wir spalten damit auch die Kadetten selbst und tragen durch den gemeinsamen Druck der Sozialdemokraten und der Trudowiki Schwankungen in ihre Reihen.

Unsere Politik ist die Politik des Proletariats als des Vorkämpfers in der Revolution und nicht als eines Anhängsels der zaghaftesten und jämmerlichsten Oberschichten der liberalen Bourgeoisie.

„Echo“ Nr. 3,
24. Juni 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

DIE KADETTISCHE DUMA BEWILLIGT DER REGIERUNG DER POGROMHELDEN GELD.

Dies mußte geschehen, und es ist geschehen. Seit gestern gibt es im Haushalt der autokratischen Regierung der Pogromhelden ein Teilchen, das von, mit Verlaub zu sagen, „Volks“vertretern *bestätigt* worden ist. Nur der erste Schritt ist schwer, sagt ein französisches Sprichwort. Oder auf russisch: Das erste Gläschen Schnaps bleibt im Halse stecken, das zweite rutscht schon schnell hinunter, und die übrigen gehen wie Öl ein. Nunmehr ist das erste Gläschen von den Kadetten in Gemeinschaft mit den autokratischen Ministern geleert worden.

Reproduzieren wir den Ablauf dieses historischen Ereignisses etwas genauer. Der Innenminister und der Finanzminister ersuchten die Duma um die Bewilligung von 50 Millionen Rubel zur Unterstützung der Hungernenden. Ohne Beschluß der Duma hätten die Minister „*laut Gesetz*“ diese Gelder nicht bekommen und die Lebensmittelkampagne nicht in ihre Hände nehmen können. Danach, wer diese Kampagne durchführen solle, fragten die Minister die Duma nicht: „*laut Gesetz*“ liegt diese Angelegenheit ohnehin in der Hand der Regierung der Pogromhelden. Darüber, woher das Geld zu nehmen sei, sprachen die Minister in ihrem Antrag ebenfalls nicht: „dem Minister für Finanzen anheimzustellen... ausfindig zu machen“ und damit basta. Erst im Ausschuf schlugen die Minister als Mittel zur Beschaffung des Geldes eben eine Anleihe vor. Und gestern erklärte der Finanzminister in der Dumasitzung geradeheraus: „Die Kompetenz der Reichsduma besteht darin, die Vollmacht zu geben, Quellen ausfindig zu machen, die Art und Weise dieses Ausfindigmachens aber“ (wir zitieren nach der „Retsch“ und lehnen die Verantwortung für den Stil ab) „ist Sache der obersten Gewalt.“ Also brauchten die Minister eigentlich

von der Duma nur die Bewilligung schlechthin, über die Quellen machten sie sich weniger Sorgen.

In der Duma zeichneten sich sofort die zwei von uns vorgestern aufgezeigten grundsätzlichen Lösungen der Frage ab.* Die Kadetten sprachen sich für die Bewilligung von 15 Millionen Rubel aus und verbanden das mit der Forderung, über die Verausgabung dieser Summe Rechenschaft abzulegen und sie aus „zu erwartenden Einsparungen“ im Haushalt des Jahres 1906 zu decken. Das war alles. Der Finanzminister aber antwortete den Kadetten kaltschnäuzig: „Wenn die Reichsduma 15 Millionen Rubel zu bewilligen beschließt, dann wird das Finanzministerium sie freigeben, jedoch nicht a conto von Einsparungen, sondern a conto sonstiger gesicherter Ausgabeposten.“ Sind die Mittel erst verausgabt, so wird der Minister „ohnehin in die Reichsduma kommen und erklären: Sie haben uns gezwungen, Ausgaben zu machen, für die wir keine freien Mittel gefunden haben.“

Die Sache ist also völlig klar. Der Minister hat der kadettischen Duma offen ins Gesicht gespuht: Von den bewilligten 15 Millionen Rubel werden wir Gebrauch machen, was aber die „Einsparungen“ anbelangt, so ist euer Beschluß Schall und Rauch. Der Minister geniert sich nicht zu erklären, es werde keine Einsparungen geben. Der Minister geniert sich nicht zu erklären, daß er einverstanden ist, von der Duma bewilligte Gelder zu nehmen, auf die Ratschläge der Duma hinsichtlich der „Einsparungen“ aber pfeift.

Welche Rolle hat nun *faktisch* die kadettische Duma gespielt? Die Rolle eines Zeugen, der von der Polizei zugezogen wird, damit er ihre Verausgabung der dem Volke geraubten Gelder bestätigt. „Laut Gesetz“ bedarf es bei der Bewilligung von Geldern der Unterschrift eines solchen Polizeizeugen. Die Polizei hat gefordert, die kadettische Duma hat unterschrieben. Mehr brauchte die Polizei auch nicht. Daß die Zeugen etwas gelärmt haben — das tut nichts zur Sache.

Die Rolle eines Polizeizeugen spielte eben die *kadettische* Duma. Die Deputierten der Sozialdemokratie nahmen eine völlig andere, richtige Stellung ein. Ihr Auftreten war ganz im Sinne dessen, was wir vorgestern ausgeführt haben. „Ich sage, meine Herren“, erklärte Genosse Ramischwili sehr richtig, „wenn wir der Regierung auch nur einen Groschen in die

* Siehe den vorliegenden Band, S. 29–33. Die Red.

Hand geben, dann wird dieser Groschen niemals bis zum Volk gelangen.“ Und in ihrem Entschließungsantrag, den wir gestern veröffentlicht haben, erklärten die Sozialdemokraten durchaus richtig, es sei falsch, der autokratischen Regierung Gelder zu bewilligen, die Reichsduma müsse ein *eigenes* Ernährungskomitee bilden, müsse ihre Mitglieder in die Hungergebiete schicken und „freie gesellschaftliche Organisationen“ heranziehen. Die Sozialdemokraten machten aus ihrem Entschließungsantrag einen revolutionären Appell an das Volk, worin die Regierung als der „wahre Schuldige an der Hungersnot“ geißelt wird, der die Gelder des Volkes veruntreut und zum Kampf gegen das Volk verwendet. Die Sozialdemokraten verlangten die *Streichung* der Ausgaben für Gendarmerie, politische Polizei, Landjäger usw., verlangten die *Kürzung* der Gehälter und Pensionen der hochgestellten Schmarotzer und die *Nachprüfung* des Bestandes und der Konten der Schatzkammer. Völlig richtig forderten sie ferner die Verwendung der Einkünfte der Kabinetts-, Apanage-, Kirchen- und Klostergüter zur Unterstützung der Hungernden. Die Sozialdemokraten erhoben offen Anklage gegen die ganze alte Macht und alle ihre Organe überhaupt und kritisierten den gesamten Haushalt.

Wie verlief nun die Abstimmung? Die Kadetten trugen natürlich den Sieg davon. Für die Sozialdemokraten stimmten nach einmütigem Zeugnis verschiedener Zeitungen (*leider* gab es keine namentliche Abstimmung) die Trudowiki. Die politische Gruppierung tritt immer wieder klar in Erscheinung. Die Oktobristen und die Kadetten sind für einen Pakt mit der alten Macht. Die Sozialdemokraten und die Trudowiki sind entschieden dagegen. Durch ihr einmütiges Auftreten brachten die Sozialdemokraten nicht nur die Bauern hinter sich, sondern trugen auch eine gewisse Spaltung in die Reihen der Kadetten: nicht nur der linke Galezki, sondern auch der rechte Kusmin-Karawajew schämten sich der Rolle eines Polizeizeugen. Die Kadetten, und nur die Kadetten, sind für die Schande verantwortlich, daß die „Volksvertreter“ den Pogromhelden Gelder bewilligten.

Die prinzipielle Bedeutung dieser Zustimmung der kadettischen Duma ist sehr groß. Naive Leute und kurzsichtige Politiker pflegen zu sagen, die Kadetten des Verrats und des Paktierens mit der Bürokratie zu bezichtigen, sei unbegründet und voreilig. Aber die Bewilligung von Geldern für die Regierung der Pogromhelden ist eben ein solches — und genau genommen, schon nicht das erste — Paktieren. Man betrachte, mit welchen

jämmerlichen Ausflüchten die Kadetten sich zu rechtfertigen suchen. Es handelt sich um einen Kompromiß, schreit „Nascha Shisn“, aber er ist durch die zeitbedingten Umstände gerechtfertigt. — Natürlich, meine Herren, schon immer hat man die Kompromisse der Bourgeoisie mit der polizeilichen Selbstherrschaft durch zeitbedingte Umstände erklärt.

Aber den Bauern muß doch unverzüglich geholfen werden! — Nun, meine Herren Kadetten, haben etwa die Bauerndeputierten die Bauern verraten? Die Bauerndeputierten haben doch dagegen gestimmt, weil sie besser wissen als ihr, wo Geld, das durch die Hände der Polizei geht, bleibt. Und warum konnte die Reichsduma nicht selber diese Sache in die Hand nehmen?

Das ist utopisch, das ist unausführbar, man muß mit der bestehenden Organisation rechnen, solange sie nicht durch das Gesetz geändert ist — schreien wie aus einem Munde die Heyden, Kokowzow, Miljukow und sogar die Bernsteinianer von der „Nascha Shisn“. — Jawohl, meine Herren, die Bourgeoisie hält die Liquidierung der alten Machtorgane stets für utopisch, denn die Bourgeoisie braucht diese Organe gegen das Proletariat und gegen die revolutionäre Bauernschaft. In einem polizeilichen Klassenstaat wird es immer eine Unzahl von „unaufschiebbaren“ Ausgaben geben: die einmal angestellten Beamten müssen doch unterhalten, die einmal erteilten Aufträge bezahlt werden usw. usf. Stets wird es eine „bestehende Organisation“ geben (nämlich die polizeilich-bürokratische), die „unmöglich“ auf einen Schlag, ohne Zustimmung des Reichsrats usw. usf. zu ändern ist.

Solche Ausreden wird es immer geben. Mit solchen Ausreden wird das vertrauensselige Volk überall in der Welt von den liberalen Bourgeois abg gespeist. Solche Ausreden sind der natürliche Deckmantel für den Verrat der Bourgeoisie an der Sache der Volksfreiheit.

Das Proletariat wird immer gegen dieses heuchlerische Spiel auftreten. Es wird das Volk zum Kampf gegen alle Organe und Einrichtungen der alten Macht aufrufen, zum Kampf mittels freier Organisationen der Arbeiterklasse und der revolutionären Bauernschaft.

NACHBETER DER KADETTEN

Gestern haben wir die wichtigsten Resolutionen des fünften Parteitags der polnischen Sozialdemokratie²⁰ veröffentlicht. Die nunmehr unserer Partei angehörenden polnischen Genossen, 25 000 bis 30 000 Parteimitglieder, haben sich entschieden gegen die Taktik ausgesprochen, die das ZK hinsichtlich der Reichsduma betreibt. Da sie diese Taktik überhaupt verurteilten, hielten sie es auch nicht für nötig, auf einzelne, sich aus der falschen Taktik ergebende Fehler, wie die vielberühmte Unterstützung eines kadettischen Kabinetts, näher einzugehen. Es versteht sich aber von selbst — und jeder, der auf dem polnischen Parteitag war, weiß das ganz genau —, daß die polnischen Sozialdemokraten dieser „Unterstützung“ durchaus negativ gegenüberstehen. Die Konferenz aller Petersburger Sozialdemokraten²¹ hat die Unterstützung eines kadettischen Kabinetts ebenfalls entschieden abgelehnt. Gleichermaßen hat sich die Gebietskonferenz der Sozialdemokraten des zentralen Moskauer Rayons²² gegen sie ausgesprochen.

Auf der Petersburger Konferenz waren rund 4000 Parteimitglieder vertreten, auf der Moskauer Gebietskonferenz etwa 14 000. Also haben rund 20 000 Parteimitglieder, d. h. mehr als die Hälfte der Partei (auf dem letzten Parteitag waren 31 000—33 000 Mitglieder vertreten) *die Taktik des ZK in der Frage der Unterstützung eines Dumakabinetts verurteilt*. Die Mehrheit der Partei ist gegen diese Unterstützung. Unser innerparteiliches Kabinett, d. h. das ZK unserer Partei, hat aufgehört, den Willen der Partei zum Ausdruck zu bringen; seine elementare politische Pflicht ist es also, die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags mit allen Mitteln zu beschleunigen. Andernfalls würde es hinabsin-

ken zu einem Häuflein Menschen, die sich mittels *formaler* Vorwände und Ausreden an die Macht in der Partei klammern — entgegen dem Willen der Partei, der *dem Wesen der Sache nach* bereits klar zum Ausdruck gekommen ist. Auf jeden Fall wird die Partei jetzt imstande sein, einen Par- teitag durchzusetzen.

Die von der Mehrheit der Partei verurteilte Taktik der Unterstützung eines Dumakabinetts, *d. h. eines kadettischen* Kabinetts, wird nach wie vor von den Menschewiki verfochten (obwohl, wie die Diskussion in Peters- burg gezeigt hat, ein Teil von ihnen es vermocht hat, in dieser Frage eine selbständige Haltung einzunehmen und sich vom Opportunismus abzu- wenden). Wir wollen noch einmal auf die üblichen Argumente der Sozial- demokraten des rechten Flügels eingehen.

Ein Dumakabinett durchzusetzen, sagt man uns, bedeute, „der Kama- rilla die Macht zu entreißen“, „die Exekutivgewalt gegenüber der Volks- vertretung verantwortlich zu machen“; es wäre das der „Übergang von einem pseudokonstitutionellen Regime zu einer wirklichen Konstitution“ („Golos Truda“ Nr. 5).

Das ist *eine grobe Lüge*. Ein Duma-, d. h. Kadettenkabinett wird (wenn man der Forderung der Kadetten nachkommt) eben *von der Kamarilla* berufen werden. Aber kann man denn die Berufung liberaler Minister durch die Kamarilla als Entreißen der Macht bezeichnen? Die Kamarilla, die die Minister nach ihrem Willen beruft, kann sie auch zu jedem be- liebigen Zeitpunkt absetzen: die Kamarilla gibt die Macht nicht ab, son- dern *spiegelt Teilung der Macht vor*, die Kamarilla *probiert*, ob die libera- len Lakaien zu ihr passen werden oder nicht. Gescheite Leute aus der Kamarilla, wie beispielsweise Pobedonoszew und Trepow, rechnen (nach Mitteilung einiger Zeitungen) geradezu so: Liberale Minister zu berufen ist für uns das bequemste. Damit beschwichtigen wir nicht nur die Kadet- ten (d. h. die Mehrheit der Duma), sondern auch die kadettisierenden Sozialdemokraten. Mit unangenehmen Ministern aber werden wir weit- aus leichter fertig werden als z. B. mit der Duma. Wir gewinnen Zeit, bringen die Karten durcheinander, rufen in der rechten, d. h. der größe- ren Hälfte der Duma das größte Chaos, gegenseitiges Mißtrauen und Ge- zänk um die Ministerportefeuilles hervor, wir trüben das Wasser und nasführen die Kadetten genauso, wie wir sie in der Frage der Hilfe für die Hungernden genasführt haben. Wir haben sie dort gezwungen, „frei-

willig“ die Rolle von Polizeizeugen zu spielen – genauso werden wir sie zwingen, auf den Ministerposten die Rolle von Polizeilakaien zu spielen.

Wer einigermaßen die Geschichte der russischen Kadetten wie auch der „Kadetten“ in anderen Ländern kennt, der weiß, daß es der Kamarilla stets gelungen ist, die liberal-monarchistischen Bourgeois zu naszuführen. Um das zu unterbinden, gibt es nur *ein* Mittel: die Entwicklung des *selbständigen* politischen Bewußtseins der Proletarier und der revolutionären Bauern. Und gerade dieses Bewußtsein wird von den rechten Sozialdemokraten verdunkelt und getrübt. Eben damit die revolutionären Klassen die volle Klarheit des politischen Bewußtseins und die volle kämpferische Selbständigkeit bewahren, müssen wir Sozialdemokraten es den Kadetten allein überlassen, um warmer Ministerpöstchen willen vor der Kamarilla herumzuscharwenzeln. Das Proletariat in diese Sache zu verwickeln wäre Verrat an den Interessen des Proletariats und an den Interessen der Revolution.

Wenn die Kamarilla Kadetten zu Ministern beriefe, dann würde sie „die Exekutivgewalt gegenüber der Volksvertretung verantwortlich machen“ („Golos Truda“).

Das ist eine grobe Lüge. Wenn kadettische Professoren sie aussprechen, wird ihnen der liebe Gott verzeihen. Wenn Sozialdemokraten sie nachplappern, dann ist das unverzeihlich. Die Exekutivgewalt, verehrte Nachbeter, ist verantwortlich nicht gegenüber der „Volksvertretung“, sondern gegenüber der *gesetzgebenden Gewalt*. Prägt euch das ein. Jetzt wollen wir euch das weiter erklären. Wem gehört heute in Rußland die gesetzgebende Gewalt? 1. Der obersten Gewalt; 2. dem Reichsrat; 3. der Reichsduma.

Begreift ihr jetzt euren Fehler? Die kadettischen Minister werden sowohl der Duma als auch dem Reichsrat und der Kamarilla gegenüber verantwortlich sein. Die Sache aber so darzustellen, als wären sie nur der Duma verantwortlich, heißt das Volk *belügen*.

Gehen wir weiter. In welcher Lage werden sich die Minister befinden, die den verschiedenartigsten Instanzen gegenüber verantwortlich sind? In einer schiefen Lage. Die Minister werden alle bestehenden Gesetze *befolgen und wahren* müssen, solange nicht alle drei oben aufgezählten gesetzgebenden Instanzen sie geändert haben. Nicht umsonst beteuern darum heute schon die kadettischen Schönredner à la Roditschew in der Duma

hoch und heilig, sie wären ein Schild der Dynastie. Die Kadetten wissen, wo Barthel den Most holt. Und die rechten Sozialdemokraten stimmen in den Chor der Kadetten ein, begreifen aber nicht, worum es geht.

Warum ist jetzt für die Kadetten das Kabinett Mittelpunkt der Agitation? Warum schreien sie nicht ebenso eifrig, häufig und laut: Nieder mit dem Reichsrat? hinweg mit *all den Gesetzen*, die die Volksvertretung daran hindern, zur gesetzgebenden Gewalt zu werden? Warum agitieren sie für Ministerpöstchen mit *tausendmal größerem* Nachdruck als für die vollständige Amnestie, die volle Freiheit und das allgemeine Wahlrecht? Habt ihr darüber nachgedacht? Nein, ihr habt darüber nicht nachgedacht. Die Kadetten klopfen vor allem an die Hintertür, weil sie die volle Freiheit *nicht wollen* (man denke an ihre Entwürfe eines Versammlungsgesetzes), weil sie die vollständige Beseitigung des Reichsrats *nicht wollen* (man denke an das Oberhaus in *ihrem* Programm), demgegenüber sie *ebenfalls* und *genauso* verantwortlich sein werden wie gegenüber der Duma, *und so weiter*. Die Kadetten wollen nicht die Forderung aufstellen, man möge *zuerst* eine vollständige Amnestie erlassen, *zuerst* den Reichsrat beseitigen, *zuerst* die volle Freiheit verwirklichen, *zuerst* das allgemeine usw. Wahlrecht gewähren und sie *dann* zu Ministern berufen. Warum wollen das die Kadetten nicht? Weil sie wissen, wo Barthel den Most holt, während ihre Nachbeter das nicht wissen.

Die Kadetten sagen: Wenn wir Minister sein werden, dann werden wir auch für alle diese Freiheiten *kämpfen!* Auf einen Schlag geht das doch nicht. Und der Nachbeter glaubt das und tut, was in seinen Kräften steht...

Der Kadett begreift, daß ein Minister eben dem alten russischen Polizeigesetz gegenüber verantwortlich ist, daß er sowohl der Duma als auch der Kamarilla und dem Reichsrat gegenüber verantwortlich ist. Darum darf man von einem Minister nicht viel verlangen: Ich würde ja gern, herzlich gern, aber „dort“ ist man nicht einverstanden, und der Reichsrat sperrt sich noch ein bißchen. Habt Geduld, meine Herren: besser als ich, der Kadett, versteht keiner der Kamarilla sowie dem Reichsrat ins Gewissen zu reden.

Merkt euch das eine, ihr Nachbeter: um diese verräterische Taktik der Kadetten zu bekämpfen, darf man nicht in ihren Chor einstimmen, sondern muß die volle Selbständigkeit wahren, d. h., man muß das Proletariat

und die Bauernschaft davor warnen, den Kadetten Vertrauen zu schenken und die kadettischen Losungen nachzuplappern. Durch eure Taktik aber erschwert ihr den selbständigen Kampf der Arbeiterklasse und der revolutionären Bauernschaft. Ihr verkauft die revolutionäre Erstgeburt für das Linsengericht des kadettischen Reformismus.

Wir sehen keine Notwendigkeit, auf die *dritte Lüge*, daß die Einsetzung kadettischer Minister durch die Kamarilla ein „entscheidender Umschwung“, der Übergang zu einer „wirklichen Konstitution“ wäre, ebenso ausführlich einzugehen. Der Leser sieht jetzt selbst: dadurch, daß Trepow Roditschew zum Minister beruft, ändert sich nicht einmal die *auf dem Papier stehende* Konstitution. Jedoch zu sagen, eine solche Berufung verändere die *wirkliche* Konstitution, heißt schon wahrhaftig nicht mehr wissen, was man redet.

Das nächste Mal wollen wir ein anderes viel gebrauchtes Argument untersuchen: „Aber immerhin wird ein kadettisches Kabinett besser sein. Es gibt keine andere Wahl. Man muß das Bessere unterstützen.“ Wir werden sehen, ob dieses Argument sozialdemokratisch ist und was es taugt.

„Echo“ Nr. 5,
27. Juni 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

NOCH EINMAL ÜBER EIN DUMAKABINETT

„Es gilt zu wählen“ — mit diesem Argument suchten und suchen die Opportunisten sich stets zu rechtfertigen. Man kann nicht auf einen Schlag etwas Großes durchsetzen. Man muß um das Kleine, aber Erreichbare kämpfen. Und wie ist festzustellen, ob etwas erreichbar ist? An Hand der Zustimmung der meisten politischen Parteien oder der „einflußreichsten“ Politiker. Je größer die Zahl der Politiker, die mit so einer kleinen Verbesserung einverstanden sind, desto leichter wird sie durchzusetzen sein, desto erreichbarer ist sie. Man darf kein Utopist sein, der Großes erstrebt. Man muß ein praktischer Politiker sein, der es versteht, sich der Forderung nach dem Kleinen anzuschließen, und dieses Kleine *wird den Kampf um das Große erleichtern*. Im Kleinen sehen wir die *sicherste Etappe* im Kampf um das Große.

So argumentieren alle Opportunisten, alle Reformisten zum Unterschied von den Revolutionären. Gerade so urteilen die Sozialdemokraten des rechten Flügels über ein Dumakabinett. Die konstituierende Versammlung — das ist eine große Forderung. Diese kann man jetzt nicht durchsetzen. Für diese Forderung treten bei weitem noch nicht alle mit Bewußtsein ein.* Aber für ein Dumakabinett ist die *ganze Reichsduma*, also die große Mehrheit der Politiker, *also* das „ganze Volk“. *Es gilt zu wählen* — zwischen dem jetzigen Übel und der *kleinsten* Korrektur an ihm, denn für diese „kleinste“ Korrektur spricht sich der weitaus größte Teil derer aus, die überhaupt mit dem bestehenden Übel unzufrieden sind. Und durch die Erreichung des Kleinen erleichtern wir uns den Kampf um das Große.

Wir wiederholen: Das ist das grundlegende, das typische Argument

* Für diese Forderung ist nur der kleinere Teil der Duma.

aller Opportunisten in der ganzen Welt. Welche Schlußfolgerung nun ergibt sich unvermeidlich aus diesem Argument? Die Schlußfolgerung, daß man kein revolutionäres Programm, keine revolutionäre Partei, keine revolutionäre Taktik braucht. Man braucht *Reformen*, und fertig. Man braucht keine revolutionäre Sozialdemokratie. Man braucht eine Partei demokratischer und sozialistischer Reformen. In der Tat: Ist es nicht klar, daß es *immer* auf der Welt Menschen geben wird, die sich dessen bewußt sind, daß das Bestehende unbefriedigend ist? Natürlich, immer. Ist es nicht ebenfalls klar, daß für die *kleinste* Korrektur dieser unbefriedigenden Lage sich *immer* der weitaus *größte* Teil der Unzufriedenen aussprechen wird? Natürlich, immer. Also ist es unsere Aufgabe, die Aufgabe der fortgeschrittenen und „bewußten“ Menschen, *immer* die *kleinsten* Forderungen nach Korrektur des Übels zu unterstützen. Das ist das einzig Sichere und Praktische, und alles Gerede über irgendwelche „grundlegenden“ Forderungen usw. sind bloße Worte von „Utopisten“, sind bloße „revolutionäre Phrasen“. *Es gilt zu wählen* — und immer muß man wählen zwischen dem bestehenden Übel und dem kleinsten der umlaufenden Projekte für die Korrektur dieses Übels.

Gerade so argumentierten die Opportunisten der deutschen Sozialdemokratie. Es gibt, sagten sie, eine sozialliberale Strömung, die die Aufhebung der Ausnahmegesetze gegen die Sozialisten, die Verkürzung des Arbeitstages, die Krankenversicherung usw. fordert. Für diese Forderungen tritt ein nicht geringer Teil auch der Bourgeoisie ein. Man stoße sie nicht durch taktlose Ausfälle von sich, man reiche ihr die Hand, man unterstütze sie, dann wird man ein praktischer Politiker sein, dann wird man der Arbeiterklasse einen wenn auch kleinen, so doch realen Nutzen bringen, und leiden werden bei dieser Taktik nur die leeren Worte von der „Revolution“. Revolution wird man augenblicklich ohnehin nicht machen. *Es gilt zu wählen* zwischen Reaktion und Reform, zwischen der Politik Bismarcks und der Politik des „sozialen Kaiserreichs“.

Ähnlich wie die Bernsteinianer argumentierten die französischen Ministersozialisten. *Es gilt zu wählen* — zwischen der Reaktion und den bürgerlichen Radikalen, die eine Reihe praktisch durchführbarer Reformen versprechen. Man muß diese Radikalen unterstützen, ihr Ministerium unterstützen, die Phrasen aber von der sozialen Revolution sind nichts als leeres Geschwätz von „Blanquisten“, „Anarchisten“, „Utopisten“ usw.

Worin besteht der Hauptfehler aller dieser opportunistischen Argumente? Darin, daß in dieser Argumentation die sozialistische Theorie des Klassenkampfes als der einzigen *realen* Triebkraft der Geschichte *faktisch* ersetzt wird durch die bürgerliche Theorie des „solidarischen“, „gesellschaftlichen“ Fortschritts. Nach der Lehre des Sozialismus, d. h. des Marxismus (von einem nichtmarxistischen Sozialismus kann heute im Ernst schon nicht mehr die Rede sein), ist die wirkliche Triebkraft der Geschichte der revolutionäre Kampf der Klassen; Reformen sind ein Nebenprodukt dieses Kampfes, ein Nebenprodukt, weil sie Ausdruck erfolgloser Versuche sind, diesen Kampf abzuschwächen, ihm die Schärfe zu nehmen usw. Nach der Lehre der bürgerlichen Philosophen ist die Triebkraft des Fortschritts die Solidarität aller Elemente der Gesellschaft, die sich der „Unvollkommenheit“ dieser oder jener Einrichtung bewußt geworden sind. Die erste Lehre ist materialistisch, die zweite idealistisch. Die erste ist revolutionär. Die zweite ist reformistisch. Die erste bildet die Grundlage für die Taktik des Proletariats in den modernen kapitalistischen Ländern. Die zweite — für die Taktik der Bourgeoisie.

Aus der zweiten Lehre ergibt sich die Taktik der bürgerlichen Dutzendfortschrittler: unterstütze überall und immer „das Bessere“; wähle zwischen der Reaktion und der äußersten Rechten der zu dieser Reaktion in Opposition stehenden Kräfte. Aus der ersten Lehre ergibt sich die selbständige revolutionäre Taktik der fortgeschrittensten Klasse. Auf keinen Fall beschränken wir unsere Aufgabe darauf, die meistverbreiteten Lösungen der reformistischen Bourgeoisie zu unterstützen. Wir betreiben eine selbständige Politik und machen *nur* solche Reformen zu unserer Lösung, die *unbedingt* im Interesse des revolutionären Kampfes sind, die *unbedingt* zur Erhöhung der Selbständigkeit, der Bewußtheit und der Kampffähigkeit des Proletariats beitragen. Nur durch eine solche Taktik machen wir die stets halbschlächtigen, stets heuchlerischen, stets mit bürgerlichen oder polizeilichen Fußangeln ausgestatteten Reformen von oben *unschädlich*.

Mehr noch. Nur durch eine solche Taktik bringen wir den Kampf um erste Reformen wirklich vorwärts. Das scheint ein Paradoxon zu sein, aber dieses Paradoxon wird durch die ganze Geschichte der internationalen Sozialdemokratie bestätigt: die Taktik der Reformisten gewährleistet die Durchführung von Reformen und ihre Realität am *schlechtesten*. Die

Taktik des revolutionären Klassenkampfes gewährleistet das eine wie das andere am besten. *In der Praxis* werden die Reformen eben durch den revolutionären Klassenkampf, seine Selbständigkeit, seine massierte Kraft, seine Hartnäckigkeit erzwungen. Nur insoweit dieser Kampf stark ist, sind auch die Reformen real, die *stets* verlogen, heuchlerisch und von Subatowschem Geist durchdrungen sind. Wenn wir unsere eigenen Losungen mit den Losungen der reformistischen Bourgeoisie verschmelzen, *schwächen* wir die Sache der Revolution *und folglich auch die Sache der Reformen*, denn wir schwächen damit die Selbständigkeit, Standhaftigkeit und Stärke der revolutionären Klassen.

Mancher Leser wird wohl sagen: Warum muß man diese Binsenwahrheit der internationalen revolutionären Sozialdemokratie immer wiederholen? Darum, weil der „Golos Truda“ und viele Genossen Menschewiki sie vergessen.

Ein Duma- oder Kadettenkabinett ist gerade eine solche verlogene, heuchlerische, Subatowsche Reform. Ihre reale Bedeutung als Versuch eines Paktierens der Kadetten mit der Selbstherrschaft vergessen heißt den Marxismus durch eine bürgerlich-liberale Philosophie des Fortschritts ersetzen. Wenn wir eine *solche* Reform unterstützen und sie zu einer *unserer* Losungen machen, *trüben* wir damit die Klarheit des revolutionären Bewußtseins des Proletariats, *beeinträchtigen* wir seine Selbständigkeit und seine Kampffähigkeit. Wenn wir unsere alten revolutionären Losungen *voll und ganz* aufrechterhalten, stärken wir damit den wirklichen Kampf, stärken wir folglich auch die Wahrscheinlichkeit der Reform und die *Möglichkeit*, sie der Revolution und nicht der Reaktion *nutzbar zu machen*. Für alles Lügnerische und Heuchlerische in dieser Reform machen wir die Kadetten verantwortlich — ihren ganzen möglicherweise positiven Inhalt *nutzen wir selber aus*. Nur bei einer solchen Taktik werden wir die gegenseitigen Intrigen der Herren Trepow und Nabokow ausnutzen können, um beide ehrenwerten Akrobaten in die Grube zu stürzen. Nur bei einer solchen Taktik wird die Geschichte von uns sagen, was Bismarck von den deutschen Sozialdemokraten sagte: „Gäbe es keine Sozialdemokraten, dann gäbe es keine Sozialreform.“ Gäbe es kein *revolutionäres* Proletariat, dann hätte es keinen 17. Oktober gegeben. Gäbe es keinen Dezember, dann wären nicht alle Versuche, die Einberufung einer Duma zu verweigern, gescheitert. Und es wird noch ein

anderer Dezember kommen, der das weitere Schicksal der Revolution bestimmt...

Nachwort. Dieser Artikel war schon geschrieben, als wir den Leitartikel in Nr. 6 des „Golos Truda“ lasen. Die Genossen bessern sich. Sie wollen, daß das Dumakabinett, *bevor* es die Portefeuilles übernimmt, die Aufhebung des Belagerungszustands und aller verschärften Sicherheitsmaßnahmen im ganzen Land, eine vollständige Amnestie und die Wiederherstellung aller Freiheiten fordert und durchsetzt. Sehr gut, Genossen! Ersucht das ZK, diese Bedingungen in seine Entschließung über das Dumakabinett aufzunehmen. Versucht das selber zu tun, und dann kommt es bei euch so heraus: *Bevor* man ein Duma- oder Kadettenkabinett unterstützt, muß man fordern und durchsetzen, daß die Duma oder die Kadetten den revolutionären Weg beschreiten. *Bevor* man die Kadetten unterstützt, muß man fordern und durchsetzen, daß die Kadetten aufhören, Kadetten zu sein.

„Echo“ Nr. 6,
28. Juni 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Gestern haben wir darauf hingewiesen, daß es für Trepow keinerlei Grund gibt, sich einzig und allein deshalb, weil er eine zwangsweise Enteignung des Bodens zugunsten der Bauern für prinzipiell unzulässig erklärt hat, mit den Kadetten zu entzweien, wollen doch die Kadetten den Bauern für den enteigneten Boden „auf Grund gerechter Schätzung“ ein schönes Stück Geld abnehmen. Heute erklärt das „Slowo“²³:

„Die Agrarreform ist der Eckstein aller Gerüchte über die Bildung eines neuen Kabinetts aus der Dumamehrheit. Nach Gerüchten, die uns aus anderen Quellen erreichten, ist *die Basis, auf der es zu einer Übereinkunft in der Frage der Bildung eines Dumakabinetts kommen kann, eine neue Anleihe.*

Der Zweck der Anleihe ist vor allen Dingen die Lösung der so brennend gewordenen Bodenfrage. Nach den vorgenommenen Berechnungen sind — schaltet man die unannehbare Idee einer zwangsweisen Enteignung aus — für die Lösung dieser Frage zwei Milliarden Rubel erforderlich. Die andere Hälfte der Anleihe soll zur Stärkung der Kampfbereitschaft von Heer und Flotte dem Kriegs- und dem Marineministerium ohne weitere Kontrolle zur Verfügung gestellt werden.“

Also, alles ist in Butter: für zwei Milliarden zwecks Belohnung der zu enteignenden Gutsbesitzer usw. plus zwei Milliarden zur unkontrollierten Verfügung des Kriegs- und des Marineministeriums ist Trepow einverstanden, die Kadetten an die Macht zu bringen, ohne weiterhin auf das Prinzip besonderen Wert zu legen. Nicht viel verlangt er, nicht wahr, meine Herren Kadetten?

„Nascha Shisn“ ist beunruhigt über die Idee eines neuen Parteitags. Sie bemüht sich, den kommenden Parteitag als eine Art Katastrophe, als Symptom einer unheilbaren Krankheit der Partei hinzustellen. „Wieder ein Parteitag!“ — entsetzt sie sich. Jawohl, wieder ein Parteitag — als unvermeidlicher Ausweg aus der in der Partei entstandenen Lage, die dadurch gekennzeichnet ist, daß das ZK und seine Direktiven im Widerspruch stehen zur Einstellung der ganzen Partei. Die Partei ist jetzt auf demokratischer Grundlage reorganisiert, und wir möchten die Demokraten aus der „Nascha Shisn“ fragen, wie anders die organisierte Meinung einer demokratischen Partei zum Ausdruck gebracht werden kann, wenn nicht durch einen Parteitag. Diese Herren zitieren in ihrer Zeitung die im „Echo“²⁴ veröffentlichten Angaben über die Zahl der Organisationen und Stimmen, die sich gegen die Politik des ZK ausgesprochen haben, und gleichzeitig entsetzen sie sich über einen Parteitag.

Nein, die Idee eines neuen Parteitags ist keine Katastrophe, sie ist ein Zeichen dafür, daß die Partei lebt, ein Zeichen der Stärke der öffentlichen Meinung in der Partei, ein Zeichen dafür, daß die Partei einfach und leicht einen Ausweg aus der durch die Umstände geschaffenen schwierigen Lage findet. Und wir sind überzeugt, daß ein Parteitag niemandem in der Partei, und um so weniger unserem verantwortlichen Ministerium, dem ZK, als Katastrophe erscheinen kann. Für die Partei ist der Parteitag jetzt eine Notwendigkeit, für das ZK eine Verpflichtung, für die Kadetten und ihre Nachbeter vielleicht eine Unannehmlichkeit. Aber was ist da zu machen! Wir wissen, daß der Parteitag — wer immer auch auf ihm den Sieg davontragen sollte — eine große Unannehmlichkeit für die Bourgeoisie sein wird.

*

In der Zeitung „Golos Truda“ (Nr. 7) lesen wir:

„Von der Redaktion. Wir erhielten von dem Genossen K. P-w²⁵ ein Schreiben zu dem Artikel des Genossen N. Rachmetow. Wir halten es für notwendig zu erklären, daß wir gewisse Ansichten Rachmetows nicht völlig teilen, insbesondere teilen wir absolut nicht seine Meinung über eine ‚politische Koalition‘ mit den Kadetten.

Wir haben Genossen Rachmetow das Recht zugestanden, sich frei zu äußern. Selber jedoch stehen wir auf dem Boden der Amsterdamer Resolution²⁶ und haben das hinlänglich klar und bestimmt, vom ersten Tage des Erscheinens der

Kadettenpartei in der politischen Arena an, in unseren Leitartikeln in die verschiedensten Fragen der Tagespolitik zum Ausdruck gebracht.“

Wir wissen nicht, was Genosse K. P-w eigentlich an die Redaktion des „Golos Truda“ geschrieben hat, aber unwillkürlich fragen wir uns: Bedurfte die Redaktion wirklich dieses Briefes, um den Artikel N. Rachmetow zu „begreifen“? Und wenn sie auch ohne Genossen K. P-w begriff, daß sie mit N. Rachmetow nicht übereinstimmte, wie konnte man dann prinzipielle, richtungweisende Artikel veröffentlichen, ohne ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Redaktion mit ihnen nicht einverstanden ist? Dazu kommt noch, daß der Umfang des Artikels, der im Grunde genommen nur wegen seines marktschreierischen Tons und seiner „extremen“ Schlußfolgerungen und Losungen interessant ist, nicht wenige Leser in Versuchung führen mußte, in dem Autor einen Mann zu sehen, der den führenden Kreisen der Partei nahesteht. In unsere Zweifel mischt sich aber dennoch das Gefühl einer gewissen Genugtuung: gewiß, der „Golos Truda“ hat eine Woche gebraucht, um von N. Rachmetow abzurücken, aber immerhin — besser spät als nie.

„Echo“ Nr. 7,
29. Juni 1906,

Nach dem Text des „Echo“.

FALSCHER BETRACHTUNGEN „PARTEILOSER“ BOYKOTTISTEN

Die Zeitung „Mysl“ versuchte dieser Tage in einem Leitartikel nachzuweisen, die Trudowikigruppe in der Reichsduma dürfe nicht durch die Bildung von Parteifraktionen „aufgespalten“ werden. Durch den Boykott der Duma sei gleichsam von vornherein entschieden worden, daß die extremen Parteien in der Duma keine eigenen Fraktionen haben würden. Und gerade als parteilose Organisation würde die Trudowikigruppe in Verbindung mit ihren ebenfalls parteilosen lokalen „Hilfsgruppen“ den größten Nutzen bringen.

Diese Betrachtungen sind von Grund aus falsch. Parteiloser Revolutionismus ist in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolution eine notwendige und unvermeidliche Erscheinung. Die Bolschewiki unter den Sozialdemokraten haben das schon oft hervorgehoben. Parteilichkeit ist das Ergebnis und der politische Ausdruck hochentwickelter Klassengegensätze. Ihr geringer Entwicklungsgrad aber ist gerade das Merkmal der bürgerlichen Revolution. Es ist unausbleiblich, daß sich in einer solchen Revolution die parteilose revolutionäre Demokratie entwickelt und ausbreitet.

Die Sozialdemokraten als die Vertreter des klassenbewußten Proletariats können nicht ein für allemal ablehnen, sich an den verschiedenen parteilosen revolutionären Vereinigungen, wie es z. B. die Sowjets der Arbeiterdeputierten, der Bauernbund, zum Teil der Lehrer-, der Eisenbahnerverband usw. waren, zu beteiligen. In der Beteiligung an ihnen müssen wir zeitweilige Kampfbündnisse der Sozialdemokratie mit der revolutionären bürgerlichen Demokratie sehen. Nur wenn wir so an diese Frage herangehen, können wir sicher sein, daß die dringlichsten und

grundlegenden Interessen des Proletariats nicht geschmälert werden, daß der unbedingt selbständige sozialistische Standpunkt der Marxisten gewahrt wird und daß bei der geringsten sich bietenden Möglichkeit selbständige Parteiorganisationen der Sozialdemokratie gebildet werden.

Die Bildung solcher selbständiger Organisationen der Sozialdemokratie nun als „Aufspaltung“ parteiloser revolutionärer Organisationen zu betrachten heißt erstens einen rein bürgerlichen Standpunkt offenbaren und zweitens die Parteilosigkeit in unaufrichtiger oder jedenfalls unüberlegter Weise verfechten. Nur Ideologen der Bourgeoisie können den Zusammenschluß der Sozialisten in einer besonderen Partei als „Spaltung“ verurteilen. Nur unaufrichtige Leute, d. h. solche, die insgeheim für ihre eigene *versteckte* Parteilichkeit fürchten, oder solche, die über die Frage nicht genügend nachgedacht haben, können in der Bildung von *Parteiorganisationen* eine „Aufspaltung“ der parteilosen Organisationen sehen. Die Rechnung geht doch nicht auf, meine Herren. Parteilosigkeit ist gerade Neutralität im Verhältnis zu den verschiedenen (in den Grenzen der allgemeinen revolutionär-demokratischen Ziele verschiedenen) Parteien. Die Verurteilung aber der Parteilichkeit, die in dem Wort „Aufspaltung“ zum Ausdruck kommt, ist schon Abkehr von der Neutralität und der Parteilosigkeit, ist schon offensichtliche Parteilichkeit. Entweder heuchelt ihr, meine Herren, oder ihr überlegt schlecht: dem Wesen der Sache nach verbirgt euer Geschrei gegen die Aufspaltung und für die Parteilosigkeit eure Furcht um eure Parteilichkeit. Ein wirklich parteiloser Befürworter — sagen wir — der konstituierenden Versammlung würde durchaus keine Spaltung darin sehen, wenn ein Teil seiner Gesinnungsfreunde bei völliger Aufrechterhaltung dieser Forderung eine selbständige Partei gründete.

Sollen also die parteilosen Revolutionäre ruhig parteilose revolutionäre Organisationen entwickeln. Wir wünschen ihnen viel Glück! Aber sie sollten zurückhaltender sein in ihrem Geschrei gegen die parteigebundenen Revolutionäre, die das parteilose revolutionäre Lager „aufspalten“.

Nun zum Boykott. Wir sind überzeugt, daß der Boykott kein Fehler war. In der konkreten historischen Situation zu Beginn des Jahres 1906 war er notwendig und richtig. Nachdem die Bulyginsche Duma vereitelt war — und insbesondere nach den Dezembertagen — waren die Sozialdemokraten verpflichtet, die Fahne des Kampfes für die konstituierende

Versammlung weiterhin hochzuhalten und *alle* Anstrengungen zu machen, damit die Wittesche Duma ein gleiches Fiasko erleide. Wir erfüllten unsere revolutionäre Pflicht. Und der Boykott hat trotz aller Verdrehungen und aller verspäteten Reue sehr viel dazu beigetragen, den revolutionären Geist und das sozialdemokratische Bewußtsein unter den Arbeitern aufrechtzuerhalten. Der beste Beweis dafür ist: 1. die Unterstützung des Boykotts durch die proletarischen Massen, 2. seine glänzende Durchführung in den besonders unterdrückten Randgebieten, 3. die Herausgabe eines speziellen Regierungserlasses gegen den Boykot.²⁷

Falsch und kurzsichtig ist die Meinung, der Boykott wäre ein Fehler und eine unnütze Sache gewesen. Er hat nicht nur moralisch-politischen, sondern auch ganz realen, unmittelbaren Nutzen gebracht. Er hat dazu geführt, daß die Regierung ihre ganze Aufmerksamkeit und all ihre Kräfte eben auf den Kampf gegen die Boykottisten konzentrierte. Er brachte die Regierung in eine lächerliche, dumme und für uns vorteilhafte Lage: in die Lage eines Kämpfers *für* die Einberufung der Duma. Er schwächte dadurch in gewaltigem Maße die Aufmerksamkeit der Regierung für die Zusammensetzung der Duma. Er war, wenn ein militärischer Vergleich gestattet ist, der Frontalangriff oder die Vortäuschung eines Frontalangriffs, ohne den der Feind *nicht* im Rücken hätte umgangen werden *können*. Und es kam so, daß wir Revolutionäre einen Frontalangriff vortäuschten, den die Regierung, die ein unglaublich idiotisches Gesetz erlassen hatte, wie das Feuer fürchtete. Die liberalen Bourgeois aber und die parteilosen Revolutionäre benutzten diesen Frontalangriff und die Konzentrierung der Kräfte des Feindes im Zentrum zu einer Umgehungsbewegung. Sie umgingen den Feind im Rücken, und sich leise heranschleichend, gelangten sie in die Duma; verkleidet drangen sie in das feindliche Lager ein.

Jedem das Seine. Das Proletariat kämpft, die Bourgeoisie schleicht.

Und jetzt haben wir die politische Verantwortung für die von der Kamarilla einberufene, der Kamarilla untergeordnete, mit der Kamarilla schachernde Duma *voll und ganz* auf die Kadetten gelegt. Wir mußten das unbedingt tun, weil die Duma ihrer Zusammensetzung wie auch dem ganzen Charakter ihrer Tätigkeit nach zwiespältig ist: es gibt hier etwas, was wir unterstützen müssen, und etwas, was wir entschieden bekämpfen müssen. Nur die bürgerlichen Politiker vergessen diese Zwiespältigkeit

oder wollen sie nicht sehen. Nur die bürgerlichen Politiker ignorieren hartnäckig die Rolle der Duma als Organ des konterrevolutionären Paktierens der Selbstherrschaft mit der liberal-monarchistischen Bourgeoisie gegen das Proletariat und die Bauernschaft. Ob ein solcher Pakt, und sei es zeitweise, zustande kommen wird und welches seine Folgen sein werden, wissen wir noch nicht. Das hängt letzten Endes von der Stärke, der Organisiertheit und Bewußtheit der Volksbewegung außerhalb der Duma ab. Aber daß in der Duma die Vertreter der Klasse dominieren, die zu einem solchen Pakt *fähig* ist, daß gegenwärtig Verhandlungen über ihn im Gange sind und vorbereitende Probeschritte gemacht werden — das ist eine *Tatsache*. Keinerlei „Dementi“ der Kadetten, kein Schweigen der Menschewiki kann diese Tatsache verheimlichen.

Wenn dem so ist, und es ist zweifellos so, dann ist klar, daß die Interessen des Klassenkampfes des Proletariats unbedingt die Wahrung seiner vollen politischen Selbständigkeit erforderten. Es durfte nicht die liberale Bourgeoisie nachahmen, die freudig bereit ist, nach jedem Almosen zu greifen. Es mußte mit aller Energie das Volk vor der Falle warnen, die ihm die Kamarilla gestellt hatte. Es mußte alles tun, um die Einberufung einer verfälschten, einer kadettischen „Volksvertretung“ zu verhindern. Alles das konnte eben nur durch den Boykott erreicht werden.

Darum sind die Betrachtungen derjenigen Sozialdemokraten des rechten Flügels, die zum Vergnügen der Bourgeoisie jetzt dem Boykott abschwören und ihr *eigenes* gestriges Verhalten tadeln, äußerst leichtfertig und erstaunlich unhistorisch. Denn auch die Menschewiki *waren* doch *Boykottisten*: sie wollten die Duma nur in einem anderen Stadium boykottieren. Man braucht sich nur *zwei* historische Tatsachen ins Gedächtnis zurückzurufen, die zu vergessen für jeden Sozialdemokraten, der seine Vergangenheit auch nur einigermassen achtet, unverzeihlich wäre. Die *erste* Tatsache: In der Flugschrift des Vereinigten Zentralkomitees unserer Partei, das je zur Hälfte aus Bolschewiki und Menschewiki bestand, wurde direkt erklärt, daß beide Seiten in der Idee des Boykotts übereinstimmen und nur darin auseinandergehen, in welchem Stadium der Boykott zweckmäßiger ist. Die *zweite* Tatsache: In keiner einzigen Publikation der Menschewiki hat irgend jemand von ihnen dazu aufgefordert, an der Duma selber teilzunehmen, und selbst der so „entschieden“ auftretende Genosse Plechanow entschied sich nicht, das zu tun. Dem Boykott abschwören

heißt für einen Sozialdemokraten, die jüngste Geschichte der Partei falsch darstellen.

Aber ergibt sich aus dem Boykott die *unbedingte* Ablehnung der Bildung einer eigenen Parteifraktion in der Duma? Durchaus nicht. Diejenigen Boykottisten, die wie die „Mysl“ dieser Meinung sind, irren sich. Wir mußten alles tun, und wir haben alles getan, um die Einberufung einer verfälschten Vertretung zu verhindern. Das stimmt. Aber wenn sie trotz aller unserer Anstrengungen einberufen wurde, dann können wir uns nicht der Aufgabe entziehen, sie auszunutzen. Darin Unlogik sehen können nur bürgerliche Politiker, die den revolutionären Kampf, den Kampf für den vollen Erfolg der Revolution nicht zu schätzen wissen. Erinnern wir uns des Beispiels von Liebknecht, der 1869 den Deutschen Reichstag anprangerte, geißelte und entschieden ablehnte, aber nach 1870 an ihm teilnahm. Liebknecht wußte die Bedeutung des revolutionären Kampfes für eine revolutionäre und nicht bürgerlich-verräterische Volksvertretung zu schätzen. Liebknecht schwor nicht kleinmütig seiner Vergangenheit ab. Er sagte mit vollem Recht: Ich habe alles getan für den Kampf gegen einen solchen Reichstag, für den Kampf um das bestmögliche Ergebnis. Das Ergebnis war schlecht. Ich werde auch dieses auszunutzen verstehen, ohne mit meiner revolutionären Tradition zu brechen.

Also darf man aus dem Boykott nicht den Schluß ziehen, die Ausnutzung der Duma und die Bildung einer Parteifraktion in der Duma sei abzulehnen. Die Frage steht anders: es bedarf der allergrößten Vorsicht (gerade so haben die Bolschewiki die Frage auf dem Vereinigungsparteitag gestellt, wovon sich jedermann überzeugen kann, wenn er ihren Resolutionsentwurf liest*). Man muß überlegen, ob man *jetzt* die Duma durch die Arbeit in ihr selber ausnutzen kann, ob es dafür die geeigneten Sozialdemokraten und die geeigneten äußeren Bedingungen gibt.

Wir glauben, daß es sie gibt. Im Verhalten unserer Dumadeputierten haben wir *einzelne Fehler aufgezeigt*, aber im großen und ganzen haben sie eine richtige Position bezogen. Innerhalb der Duma *hat sich* eine Gruppierung *herausgebildet*, die der revolutionären Situation wirklich *entspricht*: rechts die Oktobristen und Kadetten, links die Sozialdemokraten und die Trudowiki (oder, richtiger, die Besten der Trudowiki). Eine solche Gruppierung können und müssen wir eben dazu ausnutzen, das

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 293/294. *Die Red.*

Volk vor der gefährlichen Seite der kadettischen Duma zu warnen, müssen wir ausnutzen, um eine revolutionäre Bewegung zu entfalten, die nicht auf die Duma, die Dumataktik, die Dumaziele usw. beschränkt ist. Bei einer solchen Gruppierung werden wir, wenn wir die Sache richtig anfassen, sowohl die parteilosen revolutionären Demokraten ausnutzen als auch zugleich mit voller Bestimmtheit und Entschiedenheit als sozialdemokratische, als proletarische Partei auftreten.

„Echo“ Nr. 9,
1. Juli 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

RÜGEN DER BOURGEOISIE UND KAMPFLOSUNGEN DES PROLETARIATS

Die Diskussion der Berichte über den Bialystoker Pogrom in der Reichsduma geht zu Ende. Die Verbrechen der Regierung sind mit größter, man kann sagen, mit zuweilen sogar pedantischer Genauigkeit aufgedeckt worden. Die Einmütigkeit der Reichsduma in der Verurteilung der abscheulichen Handlungsweise der örtlichen *wie auch der zentralen* Behörden schien vollkommen. Diejenigen, die gern behaupten, die Duma „kombiniere den Kampf der Klassen zu einer Einheit“, hätten angesichts einer solchen Einmütigkeit triumphieren können.

Sobald es sich aber um die *praktischen* Schlußfolgerungen hinsichtlich der Maßnahmen handelte, die *zum Kampf* gegen die abscheulichsten Verbrechen der Bande von Pogromhelden notwendig sind, zerfiel die trügerische und oberflächliche Einmütigkeit sofort zu Staub. Sofort stellte sich heraus, daß die Bourgeoisie und das Proletariat — wie sehr man auch „den Kampf der Klassen zu einer Einheit kombinierte“ — in ihrem Befreiungskampf *wesentlich* verschiedene Ziele verfolgen. Die Bourgeoisie will der Regierung eine „Rüge“ erteilen, um sich selber an die *Beschwichtigung* der Revolution zu machen. Das Proletariat will das Volk zum revolutionären Kampf *aufrufen*.

Dieser Unterschied ist in den beiden zu dem Bialystoker Pogrom eingebrachten Entschließungen klar zutage getreten. Die Formulierung der Bourgeoisie (der Partei der Kadetten) geißelt erstens die Regierung, fordert zweitens den Rücktritt des Kabinetts und hebt drittens besonders hervor, daß „die Regierung ihre *Ohnmacht* im Kampf gegen die Revolution erkennt“. Die Bourgeoisie will eine *im Kampf gegen die Revolution starke* Regierung.

Die Formulierung des Proletariats (der Sozialdemokratischen Partei) ist eine andere: erstens geißelt sie die Regierung — auf diese „Einmütigkeit“ des Proletariats mit der Bourgeoisie beschränken denn auch gewöhnlich die Einfaltspinsel in der Politik ihre Aufmerksamkeit; zweitens erklärt sie, „das einzige Mittel, Leben und Eigentum der Staatsbürger zu schützen, kann nur die Bewaffnung des Volkes selbst sein“; drittens „ruft sie die Bevölkerung auf, den Schutz ihres Lebens und Eigentums in die eigene Hand zu nehmen“ und „der nationalen Hetze eine Abfuhr zu erteilen“.

Die Verschiedenheit der Interessen der Bourgeoisie und des Proletariats tritt in diesen beiden unterschiedlichen Formulierungen ganz klar hervor. Die Bourgeoisie will die Revolution drosseln. Das Proletariat will die Revolution bewaffnen. Die Bourgeoisie ersehnt ein Gericht von Beamten. Das Proletariat appelliert an das Gericht des Volkes („dem Gericht des Volkes werden diese Verbrecher und ihre Beschützer nicht entgehen“ — aus der Formulierung unserer sozialdemokratischen Dumafraktion). Die Bourgeoisie appelliert nur an die Minister, fordert sie auf nachzugeben. Das Proletariat appelliert an die Bevölkerung, fordert sie auf, sich zu bewaffnen und entschlossen Widerstand zu leisten.

Unsere Genossen in der Duma haben in dieser Frage den richtigen Ton angeschlagen. Wünschen wir ihnen, daß sie auch künftig ebenso klar, präzise und unversöhnlich den Phrasen der opportunistischen Bourgeoisie die Erklärungen des revolutionären Proletariats entgegenstellen.

„Echo“ Nr. 9,
1. Juli 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

ARMEE UND VOLK

Nach wie vor sind alle Zeitungen voll von Meldungen über die Bewegung in den Truppen. Es ist heute schon schwer nachzurechnen, in wieviel Regimentern oder Truppenteilen es während der zwei Monate „Arbeit“ der Duma zu Unruhen oder Aufstandsversuchen gekommen ist. Die vielgepriesene friedliche parlamentarische Tätigkeit, diese Erfindung naiver (übrigens nicht immer naiver) bürgerlicher Politiker, hat auch im Militär zu Kampfmethoden und zu Formen der Bewegung geführt, die absolut nicht friedlich und absolut nicht parlamentarisch sind.

Wenn unsere bürgerlich-liberale Presse Tatsachen und Meldungen über die Bewegung in den Truppen bringt, so benutzt sie dieses Material gewöhnlich nur, um die Regierung zu schrecken. Das Feuer greift immer mehr um sich — so argumentieren gewöhnlich die kadettischen Zeitungen —, seht zu, nehmt euch in acht, ihr Herren Minister, macht uns Zugeständnisse, ehe es zu spät ist. Die Minister aber antworten (durch das „Nowoje Wremja“ [Neue Zeit] und andere Lakaienzeitungen) damit, daß sie die Kadetten ins Bockshorn jagen: Seht zu, ihr Herren, das Feuer greift immer mehr um sich, geht lieber ein Abkommen mit uns ein, ehe es zu spät ist. Sowohl die Kadetten als auch die Regierung betrachten die Bewegung in den Truppen als eine Angelegenheit, die für die Notwendigkeit spricht, unverzüglich Maßnahmen zur Drosselung der Revolution zu ergreifen. Die Kurzsichtigkeit ihrer Ansichten, die eng mit der Eigennützigkeit ihrer Interessen zusammenhängt, hindert sie daran, in dieser Bewegung eines der bedeutendsten Kennzeichen des *wirklichen* Charakters unserer Revolution und ihrer *wirklichen* Bestrebungen zu sehen. Sowohl die Kadetten wie die Regierung sind in der Frage der Armee auf

ihren eigenen Vorteil bedacht. Die Pogromhelden brauchen die Armee als Werkzeug des Pogroms. Die liberalen Bourgeois brauchen sie als Schutz der bürgerlichen Monarchie gegen die „übermäßigen“ Ansprüche und Forderungen der Bauern und besonders der Arbeiter. Die abgeschmackte, heuchlerische und verlogene Doktrin: „Die Armee muß außerhalb der Politik bleiben“ ist für die Maskierung der wahren Bestrebungen der Bourgeoisie in dieser Frage besonders bequem.

Aber man betrachte den Charakter der militärischen Unruhen, die Forderungen der Soldaten. Man versuche, in den Soldaten, die ständig gewärtig sein müssen, wegen „Widersetzlichkeit“ erschossen zu werden, lebendige Menschen mit selbständigen Interessen zu sehen, einen Teil des Volkes, der die dringlichsten Nöte bestimmter Klassen unserer Gesellschaft zum Ausdruck bringt. Man wird sehen, daß die Soldaten, die der politisch am wenigsten entwickelten Bauernschaft am nächsten stehen, die von ihren Vorgesetzten unaufhörlich eingeschüchtert, verdummt und gedrillt werden — daß die Soldaten, dies „stumme Herdenvieh“, in ihren Forderungen *sehr viel weiter geben* als die kadettischen Programme!

Die Kadetten und die kadettische Duma lieben es, sich als die Wortführer der Forderungen des ganzen Volkes hinzustellen. Viele Tröpfe glauben ihnen das. Aber man betrachte die Tatsachen, die wirklichen Forderungen, den wirklichen Kampf der breiten Volksmassen, und man wird sehen, daß die Kadetten und die kadettische Duma die gesellschaftlichen Forderungen *beschneiden*, sie entstellen.

Man betrachte die Tatsachen. Die Soldaten des Preobraschenski-Regiments stellten die Forderung auf: Unterstützung der Trudowikigruppe im Kampf um Land und Freiheit. Man beachte: Unterstützung nicht der Duma, sondern Unterstützung der Trudowikigruppe — eben derselben, die von den Kadetten beschuldigt wurde, sie habe durch den Agrarentwurf der 33 über die Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden²⁸ die Reichsduma „gröblich beleidigt“! Die Soldaten, man sehe, gehen weiter als die Kadetten: das „dumme Herdenvieh“ will *sehr viel mehr* als die aufgeklärte Bourgeoisie...

Die Forderungen eines Petersburger Infanterieregiments: „...In die Reichsduma müssen Deputierte von uns Soldaten gewählt werden, die für unsere Bedürfnisse, für die Bedürfnisse der Soldaten, eintreten.“ Die Soldaten wollen nicht außerhalb der Politik bleiben. Die Soldaten sind mit

den Kadetten nicht einverstanden. Die Soldaten erheben eine Forderung, die klar darauf hinausläuft, die Kastenarmee, die vom Volk losgelöste Armee, zu liquidieren und durch eine Armee vollberechtigter Staatsbürger zu ersetzen. Das aber ist eben die Aufhebung des stehenden Heeres und die Bewaffnung des Volkes.

Die Soldaten des Warschauer Wehrkreises fordern die konstituierende Versammlung. Sie fordern die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit *für die Soldaten* — „ohne jede Genehmigung und ohne Anwesenheit von Offizieren“. Sie fordern die „Ableistung der Militärpflicht am Heimatort“ des Soldaten, das Recht, außerhalb des Dienstes Zivilkleidung zu tragen, das Recht, *Soldatenvertrauensleute* zu wählen, die die Gebühren der Soldaten verwalten und zur Behandlung von Soldatendelikten Gerichte bilden.

Was ist das? ähnelt das etwa den kadettischen Vorstellungen von einer Militärreform? Oder kommt das nicht unmittelbar an die Bildung einer das ganze Volk erfassenden und völlig demokratischen Miliz heran?

Die Soldaten bringen besser als die Herren aufgeklärten Bourgeois die wirklich volkstümlichen, von der gewaltigen Mehrheit des Volkes geteilten Forderungen zum Ausdruck. Charakter und Beschaffenheit der Bewegung in den Truppen bringen das Wesen der unter den gegebenen Bedingungen wichtigsten und grundlegenden Formen des Befreiungskampfes richtiger zum Ausdruck als die Taktik der Kadetten. Die Arbeiter- und Bauernbewegung bestätigt das noch eindrucksvoller. Und unsere Aufgabe ist es, diese Bewegung nicht in den engen Rahmen der armseligen kadettischen Politik zu pressen, sie nicht durch Anpassung an die armseligen kadettischen Losungen herabzudrücken, sondern sie zu unterstützen, zu erweitern und im Geist einer wirklich konsequenten, entschiedenen und kämpferischen Demokratie zu entwickeln.

„Echo“ Nr. 10,
2. Juli 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Unschuldig wie sie sind, wollen die Herren Kadetten nach wie vor „nicht begreifen“. Der vielleicht Hartnäckigste unter ihnen, der auch heute „nicht begreift“, ist Herr Isgojew. Im Ton der beleidigten Unschuld äußert er sein Mißfallen über die „Herren Bolschewiki“ wegen ihrer Angriffe auf die Kadetten.

„Die Partei der ‚Volksfreiheit‘ will niemanden täuschen. Niemand hat ein Recht, von ihr mehr zu verlangen, als Programm und Taktik besagen, die von den Parteitag gebilligt sind. In diesem Programm und in dieser Taktik aber gibt es weder den bewaffneten Aufstand noch den Sturz der Monarchie. Die Bolschewiki müssen mit der Partei rechnen, wie sie in Wirklichkeit ist, und es ist einigermaßen seltsam, daß sie über Leute ärgerlich sind, die ihnen die Wahrheit sagen und die nicht bereit sind, nach ihrer Vorschrift zu handeln.“

Das ist es eben, Herr Isgojew; wir rechnen ja gerade „mit der Partei, wie sie in Wirklichkeit ist“. Sie „begreifen“ nach wie vor nicht? Und dabei ist die Sache ganz einfach: das *Programm* der „Partei der Volksfreiheit“ ist für eine bürgerliche Partei gar nicht übel. Wir sagen das, beachten Sie es, in vollem Ernst.

Dort (*im Programm*, Herr Isgojew!) gibt es beispielsweise die Redefreiheit, die Versammlungsfreiheit, gibt es sehr viele gute Dinge. Aber das hat die Kadetten nicht gehindert, Entwürfe auszuarbeiten für Zucht- hausgesetze *gegen* die Redefreiheit, *gegen* die Versammlungsfreiheit wie auch gegen andere gute Dinge.

Nun, und was die Taktik angeht...

Daß die Parteitage die Taktik: „entweder mit dem Schild oder auf dem Schild“, „ruhmvoll sterben oder schmachvoll untergehen“ durchaus ge-

billigt haben, ist richtig. Aber die Taktik der Kadetten nicht auf den Parteitag, sondern in der Praxis riecht nach etwas anderem. Ihr seid gegen den bewaffneten Aufstand? Ihr habt, meine Herren, das volle Recht dazu. Aber ihr seid doch für die *unentwegte, unversöhnliche Opposition*, ihr seid doch für den Übergang der Macht in die Hände des Volkes — unter einem Monarchen, der herrscht, aber nicht regiert? Warum *kubhandelt* ihr dann um die Ministerportefeuilles? Das ist es ja, Herr Isgojew, daß wir gerade „mit der Partei rechnen, wie sie in Wirklichkeit ist“ und nicht auf dem Papier. Wenn ihr *uneingeschränkt* so kämpft, wie es euch euer Programm und eure Taktik, „die von den Parteitagen gebilligt sind“, vorschreiben, dann würden wir mit euch auch ganz anders sprechen.

In dem Artikel des Herrn Isgojew gibt es noch viel Interessantes. Aber alles in allem gehört er zur literarischen Domäne des Genossen A. L-i²⁹, die wir ihm nicht streitig machen wollen.

„Echo“ Nr. 10,
2. Juli 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

ÜBER DIE ORGANISIERUNG DER MASSEN UND DIE WAHL DES ZEITPUNKTS FÜR DEN KAMPF³⁰

Wir bringen heute einen Artikel des Genossen Chrustaljow zu der Frage, ob es gegenwärtig an der Zeit sei, Sowjets der Arbeiterdeputierten zu bilden. Wir brauchen keine Worte darüber zu verlieren, daß der Name des Verfassers die Garantie dafür bietet, daß er aufs engste mit der Frage vertraut ist. Alle Petersburger Arbeiter wissen das. Sie wissen auch, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick die Frage der Bildung eines Sowjets der Arbeiterdeputierten das Proletariat der Hauptstadt auf das lebhafteste interessiert.

Die Polemik des Genossen Chrustaljow gegen den Beschluß des Petersburger Komitees unserer Partei gewinnt unter solchen Umständen hervorragende Bedeutung.

Wir können uns mit Genossen Chrustaljow nicht einverstanden erklären. Ganz unnütz verteidigt er gleichsam gegen das Petersburger Komitee die Idee der Sowjets der Arbeiterdeputierten überhaupt und ihre historische Rolle Ende 1905. Ganz unnütz lehnt er es ab, den Dezember auf das Konto des Sowjets zu setzen. Wir würden das ohne weiteres tun, nur würden wir natürlich den Dezember nicht auf die „Soll“-Seite, sondern auf die „Haben“-Seite setzen. Das größte und bei weitem noch nicht voll gewürdigte Verdienst der Sowjets der Arbeiterdeputierten sehen wir gerade in ihrer kämpferischen Rolle.

Aber der Sowjet der Arbeiterdeputierten war eine Kampforganisation *eigener Art*, und mit Gemeinplätzen über den Nutzen der Organisation bringt man auch nicht im geringsten die Frage voran, welchen Nutzen diese Organisation *eigener Art* im *gegenwärtigen* Augenblick hat. „Der Sowjet war das revolutionäre Parlament des revolutionären Proletariats“, schreibt

Genosse Chrustaljow. Richtig. Gerade diese Rolle — keineswegs die Rolle eines technischen Kampforgans — ist charakteristisch für den Sowjet. Die Rolle des Sowjets als Organisator der Gewerkschaftsverbände, als Initiator von Umfragen, als Schlichtungskammer usw. war absolut zweitrangiger und nebensächlicher Natur. Man kann sich die Erfüllung dieser Aufgaben durchaus auch ohne den Sowjet vorstellen. Der Generalstreik aber ist kaum denkbar ohne ein parteiloses, von den Massen getragenes Streikkomitee. Der Sowjet erwuchs aus den Erfordernissen des unmittelbaren Massenkampfes als Organ dieses Kampfes. Das ist eine Tatsache. Nur diese Tatsache erklärt uns die *eigenartige* Rolle und die wirkliche Bedeutung des Sowjets. Gerade auf diese Tatsache weist das Wort „kämpferisch“ in der Resolution des Petersburger Komitees hin.

Einen Sowjet der Arbeiterdeputierten zu bilden, der sich mit der Erhebung von Umfragen, mit der Entwicklung der Gewerkschaftsverbände usw. befassen sollte, würde niemandem in den Kopf kommen. *Einen Sowjet zu bilden heißt Organe zu bilden für den unmittelbaren Massenkampf des Proletariats.* Solche Organe können nicht in jedem beliebigen Moment gebildet werden, während Gewerkschaftsverbände und politische Parteien *immer und unbedingt* notwendig sind und unter allen Verhältnissen gebildet werden können und müssen. Darum ist es ein großer Fehler, gegen das Petersburger Komitee zu opponieren unter Berufung auf die Bedeutung der Organisationen überhaupt. Ebenfalls ein Fehler ist darum auch die Berufung darauf, daß sich alle Sozialdemokraten für die Idee der bäuerlichen Bodenkomitees einsetzen: diese Komitees werden ja gerade *im Zusammenhang* mit der allgemeinen Diskussion der Agrarreform, *im Zusammenhang* mit der bereits erstarkenden Agrarbewegung projiziert.

Aber diese Komitees können ebenfalls zu „vorzeitigen“ Aktionen führen — ironisiert Genosse Chrustaljow. Das ist es ja eben, daß zwischen den Aktionen der Bauern und denen der Arbeiter gerade gegenwärtig ein wesentlicher Unterschied besteht. Eine breite Aktion der Bauern *kann* gegenwärtig *nicht* „vorzeitig“ sein, eine breite Aktion der Arbeiter dagegen kann dies sehr wohl. Der Grund dafür ist verständlich: die Arbeiterklasse ist in ihrer politischen Entwicklung der Bauernschaft *weit voraus*, und die Bauernschaft ist in ihrer Bereitschaft zu einer gesamtrossischen revolutionären Aktion gegenüber der Arbeiterklasse *noch zurückgeblieben*. In der ganzen Zeit nach dem Dezember, und in beträchtlichem Maße dank

dem Dezember (was immer auch die kleinmütigen Pedanten sagen mögen, die dazu neigen, den Dezember zu unterschätzen oder sogar von ihm abzurücken), ist die Bauernschaft dabei, ihren Rückstand aufzuholen. Sie wird diesen Rückstand mit Hilfe der örtlichen Bodenkomitees *noch schneller aufholen*. Die Nachhut, der es in der letzten Schlacht nicht gelang, der Vorhut zu Hilfe zu kommen, zur Eile antreiben ist unbedingt nützlich und in keiner Beziehung riskant. Die Vorhut, der zu Hilfe zu kommen der Nachhut in der letzten Schlacht nicht gelang, zur Eile antreiben ist unbedingt riskant, und man muß immer wieder gründlich überlegen, bevor man es tut.

Eben diese eigenartige politische Situation hat unserer Meinung nach Genosse Chrustaljow nicht berücksichtigt. Er hat tausendmal recht in der Einschätzung der Verdienste und der Bedeutung der Sowjets überhaupt. Er hat unrecht in der Einschätzung des gegenwärtigen Augenblicks und der Beziehungen zwischen den Aktionen der Bauern und denen der Arbeiter. Er vergißt offenbar einen anderen Vorschlag des Petersburger Komitees in einer anderen Resolution: die Idee zu unterstützen, ein Exekutivkomitee aus den linken Gruppen der Duma zwecks Zusammenfassung der Tätigkeit der spontan entstandenen Organisationen des Volkes zu bilden.* In einem solchen Komitee ließe sich genauer der Grad der Bereitschaft und Entschlossenheit der Bauernschaft als Ganzes bestimmen und, abhängig davon, auch die Bildung von Sowjets der Arbeiterdeputierten auf eine praktische Grundlage stellen. Mit anderen Worten: Das Petersburger Komitee will jetzt mehr erreichen, nicht nur die Schaffung von Kampforganisationen des Proletariats, sondern ihre Koordinierung, ihre *Abstimmung* mit den Kampforganisationen der Bauernschaft usw. Das Petersburger Komitee *zögert* im gegenwärtigen Augenblick die Bildung von Sowjets der Arbeiterdeputierten nicht *darum hinaus*, weil es ihre gewaltige Bedeutung nicht würdigte, sondern weil es noch eine neue, jetzt besonders anschaulich hervortretende *Voraussetzung für den Erfolg* berücksichtigen will, nämlich das gemeinsame Handeln der revolutionären Bauern und Arbeiter. Das Petersburger Komitee bindet sich folglich keinesfalls die Hände und nimmt die Entscheidung über die Taktik von morgen nicht im geringsten vorweg. Das Petersburger Komitee gibt *in diesem Augenblick* der Vorhut den Rat: Stürze dich nicht in die Schlacht, entsende

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 521. *Die Red.*

zunächst Verbindungsmänner zur Nachhut; morgen wird die Nachhut näher herankommen, wird der Ansturm einmütiger sein, morgen werden wir eine der Zeit besser entsprechende Aktionslösung herausgeben können.

Wir wollen zum Schluß kommen. Genosse Chrystaljow hat — im ganzen genommen — die überzeugendsten Argumente zugunsten der Bildung von Sowjets vorgebracht. Ihre allgemeine Bedeutung hat er ausgezeichnet gewürdigt. Sein Kampf richtet sich in der Hauptsache gegen die Verkleinerung der Rolle des Sowjets, gegen die Verkleinerung der Bedeutung der revolutionären Aktionen überhaupt, und in diesem Kampf hat Genosse Chrystaljow durchaus recht. Solche „Verkleinerer“ gibt es bei uns nicht wenig, und nicht nur unter den Kadetten. Aber Genosse Chrystaljow, der durch die Schuld der Henker und Pogromhelden abgeschnitten ist vom ständigen und engen Umgang mit dem Proletariat, vermochte nicht, den *gegenwärtigen Augenblick* und die *gegenwärtige „Dislokation“* der revolutionären Kräfte völlig richtig einzuschätzen. Heute muß die Vorhut ihr Hauptaugenmerk nicht auf die unmittelbare Aktion richten, sondern auf die Festigung und Erweiterung der engsten Verbindung mit der Nachhut und allen übrigen Trupps.

„Echo“ Nr. 11,
4. Juli 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Unsere Bemerkungen in Nr. 9 des „Echo“ über die Einschätzung der geschichtlichen Rolle des Boykotts und über die Bedeutung der parteilosen revolutionären Organisationen* hatten sehr charakteristische Antworten des äußersten rechten und des äußersten linken Flügels der bürgerlichen Demokratie zur Folge.

Die „Mysl“ nimmt, wie nicht anders zu erwarten war, das Wort „bürgerliche Demokratie“ übel und weicht dabei verärgert dem Wesen der Frage aus. Sie schreibt:

„Sogar in den ‚Sowjets der Arbeiterdeputierten‘, einer rein proletarischen Klassenorganisation, findet das ‚Echo‘ ‚bürgerliche Demokratie‘... Weiter, scheint es, kann man schon nicht mehr gehen.“

Erinnert euch, ihr Herren Radikalen, daß die Sowjets der Arbeiterdeputierten größtenteils nicht „rein proletarisch“ blieben. Sie nahmen nicht selten Delegierte der Soldaten, der Matrosen, der Angestellten und der Bauern auf. Wäre es nicht besser, *geradeheraus* zu sagen, warum ihr den Begriff „bürgerliche Demokratie“ nicht mögt, als die Meinungsverschiedenheiten mit Nörgeleien zu umgehen?

Die „Retsch“ gerät vollends aus dem Häuschen. Am Anfang der gegen uns gerichteten Notiz tritt der Kadett noch mit Glacéhandschuhen auf: er „möchte nichts Beleidigendes sagen“. Was für Gentlemen! Aber am Schluß der Notiz schimpft der Kadett wie... wie ein Reviervorsteher. Unsere Einschätzung des Boykotts wird als „Narretei oder unverbesserlicher Stumpfsinn“ bezeichnet. O die kadettischen Gentlemen!

* Siehe den vorliegenden Band, S. 63—68. *Die Red.*

Die „Retsch“ schreibt:

„Auf jeden Fall nehmen wir zur Kenntnis, daß die Taktik der Bolschewiki sich das Ziel setzte, für die Einberufung der Duma zu kämpfen. Und alle Beteuerungen der Notwendigkeit des Boykotts hatten die Aufgabe, die Regierung hinters Licht zu führen.“

Nun ist's genug, ihr Herren Gentlemen! Ihr habt sehr wohl verstanden, daß wir etwas ganz anderes beabsichtigten. Das Ziel des Boykotts war es, die Einberufung der Witteschen Duma ebenso zu vereiteln, wie wir die der Bulyginschen vereitelt haben. Ohne sein *eigentliches*, d. h. direktes und unmittelbares Ziel zu erreichen, war der Boykott von *mittelbarem* Nutzen, unter anderem dadurch, daß er die Aufmerksamkeit der Regierung ablenkte. Die revolutionäre Taktik hat auch hier, wie immer, am besten dazu beigetragen, das Bewußtsein und die Kampffähigkeit des Proletariats zu entwickeln, und zugleich indirekt, für den Fall, daß der volle Sieg nicht errungen wird, halbschlächtinge Reformen sichergestellt.

„Echo“ Nr. 11,
4. Juli 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

MUTIGER ANGRIFF UND FURCHTSAME VERTEIDIGUNG

Seit langem weiß man, daß die Reaktionäre mutige Männer, die Liberalen aber Feiglinge sind.

Eine neue Bestätigung erfährt diese alte Wahrheit durch den kadettischen Entwurf für einen Aufruf, den die Reichsduma zur Bodenfrage an das Volk richten soll. Leider ist auch der Entwurf der Trudowiki nicht besser als der kadettische: die Trudowiki trotten diesmal völlig hilflos hinter der liberalen Bourgeoisie einher. Vielleicht werden nun die Sozialdemokraten in der Duma das rettende Wort sprechen?

Man erinnere sich, wie die ganze Frage dieses Aufrufs der Reichsduma an das Volk entstand. In der Antwortadresse hatte die Reichsduma sich für die zwangsweise Enteignung des in Privatbesitz befindlichen Grund und Bodens zugunsten der Bauernschaft ausgesprochen. Das Kabinett Goremykin antwortete kurz, klar und mit großartiger Festigkeit und Entschiedenheit: „unzulässig“.

Das Kabinett beschränkte sich jedoch nicht auf diese polizeilich grobe Ablehnung. Nein, die Minister haben etwas aus der Revolution gelernt. Die Minister wollen ihre Amtspflichten nicht darauf beschränken, formale Anfragen der Duma formal zu beantworten. Die Reaktionäre sind keine Formalisten, sondern praktische Männer. Sie wissen, daß die wirkliche Kraft nicht in der Duma, sondern im Volke liegt. Sie wollen *im Volk* agieren. Sie verfaßten, ohne auch nur im geringsten zu zögern und ohne kostbare Zeit zu verlieren, einen *Aufruf an das Volk*. Diese Regierungserklärung (vom 20. Juni) ließ dann auch den Gedanken an einen Dumaaufruf an das Volk aufkommen. Die Regierung hatte den Weg gewiesen. Die Duma trottete hinter der Regierung her: sie hatte es nicht vermocht,

früher den einer wirklichen Volksvertretung zukommenden Weg zu beschreiten.

Wie sah nun die Regierungserklärung aus? Wie ein echtes kämpferisches Manifest einer reaktionären monarchistischen Partei. Oh, die Reaktionäre tun sich keinen Zwang an! Sie verstehen eine kämpferische Sprache zu schreiben. Sie sprechen in ihrer „Erklärung“ unumwunden im Namen der *Regierung*. Und in der Tat, wozu soll man da viele Umstände machen? Die liberalen Professoren versichern, wir lebten unter einem konstitutionellen Regime, die Duma sei gleichfalls ein Teil der Regierung. Mögen die Professoren schwätzen! Mögen sie das Volk mit konstitutionellen Mätzchen einschläfern! Wir Reaktionäre sind praktische Männer. Wir wissen, *in Wirklichkeit* sind wir die Regierung. Und das sagen wir auch, und auf die Haarspaltereien und den Formelkram dieser liberalen Pedanten pfeifen wir. Wir sagen klipp und klar: Bauern, ihr versteht euren Vorteil nicht. Die zwangsweise Enteignung bringt euch keinen Nutzen, und wir, die Regierung, werden sie *nicht zulassen*. Alles Gerede der Bauern von Grund und Boden ist Lug und Trug. Am besten für die Bauernschaft sorgt die Regierung. Auch jetzt will sie eine milde Gabe gewähren. Die Bauern aber mögen wissen, daß sie eine Verbesserung ihrer Lage „nicht von Aufruhr und Gewalt“ zu erwarten haben, sondern von „friedlicher Arbeit“ (für die Gutsbesitzer, hätte man hinzufügen müssen) und von der ständigen Fürsorge, die unsere autokratische Regierung der Bauernschaft angedeihen läßt.

So etwa lautete die Regierungserklärung. Das war eine regelrechte Kriegserklärung an die Revolution. Das war ein echtes Manifest der reaktionären Selbstherrschaft an das Volk: Ich dulde es nicht! Ich werde euch zermalmen!

Jetzt haben sich die Kadetten und die diesmal ganz und gar in ihren Bann geratenen Trudowiki darangemacht, die Herausforderung durch die Regierung zu beantworten. Heute sind der Entwurf der Kadetten und der Entwurf der Trudowiki veröffentlicht worden. Was für einen schäbigen, wahrhaft jämmerlichen Eindruck machen diese beiden Entwürfe!

Die reaktionäre Kamarilla geniert sich nicht, das Gesetz mit Füßen zu treten und das, was formell ein kleiner Teil der Regierung ist, für die reale ganze Regierung zu erklären. Die Kadetten und die Trudowiki aber verstecken sich, so wie bei Schtschedrin die neunmalweisen Gründlinge

unter den Wasserkletten ihre Zuflucht suchen, hinter dem papiernen Schild des Gesetzes: sie gehen gegen uns ungesetzlich vor, jammern diese, mit Verlaub zu sagen, „Volks“vertreter, wir aber stehen auf dem Böden des Gesetzes! Die Duma handelt nach dem Gesetz und spricht sich für die zwangsweise Enteignung aus. Laut Gesetz kann ohne Zustimmung der Duma „keine Regierungsvorlage in Kraft treten“. Wir haben einen Ausschuß, laut Gesetz, einen großen Ausschuß, 99 Mann stark... Er ist dabei, ein „sorgfältig durchdachtes und richtig formuliertes Gesetz“ auszuarbeiten... Die Bevölkerung möge „ruhig und friedlich den Abschluß der vorbereitenden Arbeiten zu diesem Gesetz abwarten“ (die Trudowiki haben diesen ganz schamlos lakaienhaften Schluß gestrichen! Ihr Gewissen hat sich geregt. Aber dafür setzen sie einen Passus über die Organisation „örtlicher Agrareinrichtungen“ und *verschweigen in verräterischer Weise*, daß die Duma, d. h. ihre kadettische Mehrheit, diese ganz offensichtlich als Institutionen der *Gutsbesitzer und Beamten* organisieren will).

Schmach und Schande, ihr Herren Volksvertreter! Es ist eine Schande, so zu tun, als verstündet ihr nicht, was heute selbst der hinterwäldlerischste russische Bauer versteht: daß nämlich zwischen dem papiernen Gesetz und der Wirklichkeit in Rußland eine tiefe Kluft besteht, daß es auf dem friedlichen Wege einer sozusagen konstitutionellen, streng gesetzlichen Arbeit *unmöglich* ist, in der Praxis die Übergabe des gesamten Grund und Bodens an die Bauern und die volle Freiheit für das ganze Volk durchzusetzen. Ihr brauchtet erst gar nicht daranzugehen, dem Kabinett zu antworten, wenn euch die Entschlossenheit fehlte und fehlt, in Beantwortung der reaktionären *Wahrheit* der Kamarilla ebenso entschieden die eigene, revolutionäre Wahrheit zu verkünden, sie ebenso offen auszusprechen. Ein Aufruf an das Volk ist in den Gesetzen über die Duma nicht vorgesehen: bleibt also, ihr hochweisen Gesetzesanbeter, bei euren „Anfragen“ und begeben euch nicht auf ein Gebiet, wo es euch an Mut, Geradheit und Können gebricht, um es mit den Reaktionären, den praktischen Männern, den Männern des Kampfes aufzunehmen!

Schreibt man aber einen Aufruf an das Volk, so muß man die Wahrheit schreiben, die ganze Wahrheit, die bitterste und durch nichts beschönigte Wahrheit. Man muß dem Volke sagen:

Bauern! Das Kabinett hat an euch einen Aufruf gerichtet. Die Minister wollen euch weder Land noch Freiheit geben. Die Minister sprechen völlig

ungeniert im Namen der ganzen Regierung, sie tun das gegen die Duma, obgleich auf dem Papier die Duma ein Teil der Regierung ist.

Bauern! Eben die Minister sind in Wirklichkeit die autokratische Regierung Rußlands. Eure Volksvertreter in der Duma werden von ihnen für nichts geachtet, die Minister halten sie zum besten und verschleppen alles durch polizeilich-juristische Haarspaltereien. Sie spotten über die Forderungen des Volkes und setzen unbekümmert ihre alte Politik des Mordens, der Gewalt, des Raubes und der Pogrome fort.

Bauern! Wißt, daß die Duma unfähig ist, euch Land und Freiheit zu geben. Die Duma ist durch die Gesetze der Polizeiregierung an Händen und Füßen gebunden. Es gilt durchzusetzen, daß die Volksvertreter die volle Macht, die ganze Staatsgewalt in die Hände bekommen. Wollt ihr Land und Freiheit? Erzwingt eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung, erzwingt allerorts die völlige Absetzung der alten Machtorgane, die volle Freiheit der Wahlen!

Bauern! Wißt, daß euch niemand befreien wird, wenn ihr euch nicht selber befreit. Die Arbeiter haben das erkannt, und sie haben durch ihren Kampf die Zugeständnisse des 17. Oktober erzwungen. Erkennt auch ihr das. Erst dann werdet ihr ein revolutionäres Volk sein, d. h. ein Volk, das weiß, wofür es kämpfen muß, ein Volk, das zu kämpfen, ein Volk, das die Unterdrücker zu besiegen versteht. Nutzt eure Deputierten in der Duma, nutzt eure Fürsprecher, die ihr zur Duma schickt, schließt euch in ganz Rußland enger und einmütiger zusammen und rüstet zu dem großen Kampf. Ohne Kampf wird es weder Land noch Freiheit geben. Ohne Kampf wird man euch die Ablösung, die euren Ruin bedeutet, mit Gewalt aufzwingen, wird man euch Bodenkomitees aus Gutsbesitzern und Beamten aufhalsen, die euch genauso hinters Licht führen und ausplündern werden wie 1861.

Bauern! Wir tun in der Duma für euch, was wir können. Aber eure Sache müßt ihr selber zu Ende führen, wenn ihr wirklich wollt, daß in Rußland nicht weiterhin derartige Zustände herrschen, wie sie auch heute noch, nachdem es die Duma gibt, bestehen.

*

Aber es wäre lächerlich, einen solchen Aufruf in der Duma auch nur vorzuschlagen.

In der Tat? Ist es denn nicht umgekehrt lächerlich, einen „Aufruf an das Volk“ in der hölzernen Sprache eines vertrockneten russischen Advokaten zu schreiben, wie das die Kadetten und (zu ihrer Schande sei es gesagt) auch die Trudowiki tun? Ist das Volk für die Duma da oder die Duma für das Volk? Ist die Freiheit für die Duma da oder die Duma für die Freiheit?

*

Möge man in einer beliebigen Bauernversammlung den Aufruf der Kadetten, den der Trudowiki und unseren Aufruf verlesen! Dann wollen wir sehen, was die Bauern auf die Frage, wo die Wahrheit ist, antworten werden.

„Echo“ Nr. 12,
5. Juli 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

DIE DUMAPARTEIEN UND DAS VOLK

Die gestern in der Duma geführte Debatte zur Frage des Aufrufs an das Volk erbrachte ein äußerst wertvolles Material für die politische Erziehung der breiten Massen.

Die Frage des Aufrufs an das Volk erwies sich als so lebensnah, daß das wahre Wesen der verschiedenen politischen Parteien sich in einer Klarheit offenbarte, wie man sie sich nicht besser wünschen kann. Die Duma stand in dieser Frage zwischen zwei Feuern: zwischen der reaktionären Selbstherrschaft (die „Regierungserklärung“) und dem revolutionären Volk, dessen Kampf außerhalb der Duma gleichsam durch alle Ritzen und Fugen in den Taurischen Palast eindrang. Kaum hatte die Debatte begonnen, so drang sie unaufhaltsam von Formalitäten und Einzelheiten zum eigentlichen Kern der Sache vor.

Was soll der Aufruf an das Volk bezwecken? Diese Frage erhob sich gebieterisch vor der Duma. Sie gab der ganzen Debatte das Gepräge. Sie lenkte die ganze Debatte eben auf die Ebene, auf die wir diese Frage im gestrigen Leitartikel gestellt hatten*: Soll man die Kampferklärung des Kabinetts mit einer Kampferklärung der Duma beantworten? oder soll man überhaupt nicht antworten? oder soll man versuchen, die Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken und die durch das Leben selbst bedingte Schärfe der Fragestellung zu mildern?

Den Anfang machte die Rechte der Duma. Der rechte Kadett Petraschizki versuchte, die Diskussion der Frage zu vertagen. Selbstverständlich wurde der rechte Kadett von den Oktobristen unterstützt. Es wurde klar, daß die Konterrevolution einen Aufruf der Duma an das Volk fürchtet.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 82—86. *Die Red.*

Durch ihr kategorisches Auftreten half die Reaktion, die ganze Linke der Duma zusammenzuschließen. Der Antrag, die Diskussion zu vertagen, kam nicht durch. Aus der Debatte ergeben sich mit aller Klarheit drei grundlegende Richtungen in der Duma. Die „Rechte“ (die Oktobristen und ein Teil der Kadetten) ist für die „Beschwichtigung“ der Bauernbewegung und darum *gegen* jeden Aufruf. Das „Zentrum“ (die Kadetten und wahrscheinlich die meisten Parteilosen) ist für die „Beschwichtigung“ der Bauernbewegung und darum *für* einen *beschwichtigenden* Aufruf. Die „linke“ Richtung (die Trudowiki, augenscheinlich nur ein Teil von ihnen, und die Sozialdemokraten) ist dafür, dem Volke klarzumachen, daß es *nicht* „ruhig und regungslos warten“ darf, und tritt daher für einen *revolutionären* und nicht „beschwichtigenden“ Aufruf ein.

Der Trudowik Shilkin, der Pole Lednicki und der Sozialdemokrat Ramischwili brachten die Ansichten dieser letzteren Richtung am plastischsten zum Ausdruck. „Die Bevölkerung klammert sich an die letzten, fast kindlichen Hoffnungen“, sagte Shilkin. „Ich spreche nicht von Ruhe, Stille und Ordnung, ich spreche von organisiertem Kampf gegen die alte Macht... Verdankt etwa die Reichsduma ihr Dasein der Ruhe und der Ordnung?“ Und an die Oktoberkämpfe erinnernd, rief der Redner unter dem Beifall der Linken aus: „Und dieser ‚Unordnung‘ verdanken wir es, daß wir hier sind.“ „In diesem allgemeinen Sinn“, sagte der Redner ganz richtig, „ist der uns von dem Ausschuß vorgelegte Aufruf an das Volk sehr unbefriedigend“ (es hätte nur hinzugefügt werden müssen, daß auch der Entwurf der Trudowiki, der nichts von den Gedanken und Grundsätzen enthält, die in der Rede Shilkins zum Ausdruck kamen, unbefriedigend ist). „Man muß den Gedanken hervorheben und am Schluß klar aussprechen, daß nicht Ruhe und Ordnung, sondern nur Unruhe in dem guten und hehren Sinn dieses Wortes die Massen organisieren kann...“

Lednicki gebrauchte sogar eines der schärfsten von uns gestern verwendeten Worte, als er den vorgelegten Aufruf „*jämmerlich*“ nannte. Und Ramischwili wandte sich „gegen die Aufforderung, friedlich und ruhig die Entscheidung der Frage abzuwarten“, und erklärte: „*Nur der revolutionäre Weg ist der wahre Weg*“ (wir zitieren nach dem Bericht der „Nascha Shisin“). Er erklärte es ebenfalls für notwendig, von einer Übergabe des Bodens *ohne Ablösung* zu sprechen.

Die Mehrheit der Kadetten und der „Parteilosen“ sprach sich eben für

einen „beschwichtigenden“ Aufruf aus, verurteilte revolutionäre Schritte (Kotljarewski gegen Lednicki) und bewies den Nutzen des Aufrufs „vom Standpunkt der Grundbesitzer“ (der Kadett Jakuschkin).

Der Schwarzhunderter Wolkonski in trauter Eintracht mit Skirmunt und dem rechten Kadetten Petrashizki suchten die „Gefährlichkeit“ des Aufrufs zu beweisen, der geeignet wäre, die Revolution zu schüren, und verwiesen auf das Gesetz, wonach der Agrarentwurf noch die Duma durchlaufen müsse, dann im Reichsrat einzubringen sei usw. usw. usw.

Die verschiedenen Richtungen traten äußerst plastisch hervor. Noch einmal wurde es klar, daß die Kadetten zwischen der Reaktion und der Revolution, zwischen der alten Macht und dem Volk schwanken. Noch einmal haben die Ereignisse gezeigt, wie kurzsichtig und unsinnig die Taktik der „Unterstützung der Kadetten“ ist, eine Taktik, die lediglich die revolutionäre Position der Sozialdemokratie und der revolutionären Demokratie in der Duma schwächt. Noch einmal haben die Ereignisse gezeigt, daß die Sozialdemokraten, wenn sie selbständig auftreten, sowohl einen Teil der Trudowiki auf ihre Seite ziehen als sogar die Kadetten in einem gewissen Maß aufspalten können.

Die politische Situation selbst bestimmt mit unwiderstehlicher Kraft die Taktik der Sozialdemokratischen Partei. Trotz aller Anstrengungen des sozialdemokratischen rechten Flügels ist es bislang *nicht* zu einer Unterstützung der Kadetten gekommen, sondern glücklicherweise kam es zu einer selbständigen Politik des Proletariats, das von einem Teil der Bauerndeputierten unterstützt wird. Es kam nicht zu der von den Opportunisten ausgeheckten und erdichteten Aufteilung: die Rechten gegen die Kadetten, Trudowiki und Sozialdemokraten *zusammen*. Es kam zu einer *revolutionären* Aufteilung: Sozialdemokraten und Trudowiki gegen die Rechten, bei gänzlicher Wankelmütigkeit der Kadetten.

Leider haben unsere sozialdemokratischen Deputierten die außerordentlich günstige Situation nicht voll auszunutzen gewußt. Sie hätten unbedingt während der allgemeinen Debatte ihren *eigenen*, sozialdemokratischen Entwurf für einen Aufruf an das Volk einbringen müssen. Nur dann wäre ihre Politik eine ganz und gar *selbständige* Politik der Vertreter der *Klassenpartei* des Proletariats als der *Avantgarde* der Revolution gewesen. Nur dann wären die richtigen Gedanken Ramischwilis, Shilkins und Lednickis nicht in der Diskussion untergegangen, sie wären *zusam-*

mengefaßt, niedergelegt und formuliert worden in einer entschlossenen und klaren Plattform der revolutionären Sozialdemokratie.

Es bleibt nur übrig, dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß unsere sozialdemokratische Dumafraktion die Lehren aus der Tatsache ziehen möge, daß sich in der Duma immer häufiger ganz bestimmte Gruppierungen herausbilden, daß sie entschlossener den Weg einer völlig selbständigen proletarischen Politik beschreiten und bei der Einzelberatung des Entwurfs für den Aufruf die Sache wenigstens teilweise korrigieren, d. h. selbständige, konsequent revolutionäre Formulierungen einbringen möge.

Ein sozialdemokratischer Entwurf für einen Aufruf an das Volk wäre, selbst wenn er nur ein in der Duma verlesener Entwurf bliebe, von außerordentlichem Nutzen für die Geschlossenheit und die Entwicklung des revolutionären Kampfes und würde die besten Elemente der revolutionären Bauernschaft auf die Seite der Sozialdemokratie ziehen.

„Echo“ Nr. 13,
6. Juli 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

VERSCHWORUNGEN DER REAKTION UND DROHUNGEN DER POGROMHELDEN

Die Zeitung „Rossija“ [Rußland] erhält Subsidien von der Regierung der Pogromhelden, wofür sie die Ansichten dieser Regierung vertritt.

Im Zusammenhang mit dem geplanten Aufruf der Duma an das Volk ist der Ton des Regierungsblättchens äußerst drohend geworden. Die Zeitung sucht die Duma ins Bockshorn zu jagen, indem sie erklärt, daß der beabsichtigte Schritt sowohl ungesetzlich als auch „unvernünftig“ und „revolutionär“ usw. sei. Die kadettische „Retsch“ hat heute schon einen völligen Frontwechsel vorgenommen und spricht sich, offenbar erschreckt durch die Drohungen der regierungshörigen Reptilienpresse, gegen den Aufruf aus.

An Drohungen hagelt es nur so. Heute schreibt die „Rossija“ zur Frage eines kadettischen Kabinetts: „Hätte man Wladimir dem Sonnenfürst vorgeschlagen, die Regierung des Russenlandes Solowej dem Räuber anzuvertrauen als ein Mittel, um Ordnung zu schaffen, so hätte er wahrscheinlich ein einfacheres Mittel genannt — Solowej dem Räuber mit Hilfe von Ilja Muromez den Garaus zu machen.* Dies hat dann bekanntlich auch gebolfen.“

Dieser „Ilja Muromez“, der sich anschickt, der Revolution in Rußland „den Garaus zu machen“, ist, wie sich herausstellt, nichts anderes als eine *internationale konterrevolutionäre Armee*. In dem Artikel „Die ausländischen Mächte und die Lage in Rußland“ („Rossija“ Nr. 170) *erläutert* das Regierungsblättchen — nicht aus Naivität, sondern ebenfalls um zu drohen — die Frage einer aktiven Einmischung ausländischer Mächte in die inneren Angelegenheiten Rußlands.

* Wladimir der Sonnenfürst, Solowej der Räuber, Ilja Muromez — Gestalten aus der russischen Volksdichtung. *Der Übers.*

Die Erläuterungen des Regierungsblättchens sind außerordentlich lehrreich und höchst nützlich. Die internationale Konterrevolution schaut aufmerksam auf Rußland, und „für alle Fälle“ zieht sie Truppen zusammen und stellt sie gegen Rußland bereit. „Die kaiserliche deutsche Regierung“, schreibt die „Rossija“, „ist sich völlig klar über diese Lage“ (daß nämlich „die jetzige Lage in Rußland in erster Linie eine Folge der Einwirkung ausländischer revolutionärer Elemente ist“) „und hat daher eine ganze Reihe entsprechender Maßnahmen ergriffen, die nicht verfehlen werden, zu den gewünschten Ergebnissen zu führen.“

Diese Maßnahmen bestehen darin, daß Deutschland zusammen mit Osterreich für den Fall, daß die Sache der Freiheit siegt oder zu siegen verspricht, Truppen für einen Einfall in Rußland bereitstellt. Die Berliner Regierung hat sich über diese Frage bereits mit der österreichischen verständigt. Sowohl diese wie jene hat erklärt, daß „unter bestimmten Umständen ein aktives Eingreifen in die inneren Angelegenheiten Rußlands zwecks Unterdrückung oder Beschränkung dieser (d. h. der revolutionären) Bewegung wünschenswert und nützlich erscheinen könnte“. Dabei wurde festgestellt, daß für ein Eingreifen der unmittelbar und klar geäußerte Wunsch der russischen Regierung erforderlich sei.

In Osterreich, in Galizien, an der russischen Grenze, wo man ebenfalls die Möglichkeit der Verbreitung einer Agrarbewegung nach russischem Typus fürchtet, sind drei Armeekorps zusammengezogen worden. Der Statthalter von Galizien, der zudem noch russischer Gutsbesitzer ist, hat am 26. Juni sogar einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen mit der Ankündigung, daß jedwede Unruhen auf das energischste unterdrückt werden würden.

Es unterliegt also keinem Zweifel, daß wir es mit einer Verschwörung der internationalen Konterrevolution zu tun haben. Die russische Regierung ruft gegen das russische Volk ausländische Truppen zu Hilfe. Verhandlungen darüber wurden und werden geführt und haben schon ein recht definitives Abkommen gezeitigt.

Mögen die Arbeiter und die Bauern wissen, daß die Regierung die Heimat verrät, um die Herrschaft einer Bande von Pogromhelden zu sichern. So war es von jeher, und so wird es immer sein. Die Geschichte lehrt, daß die herrschenden Klassen stets alles, aber auch alles — Religion, Freiheit und Vaterland — geopfert haben, wenn es sich darum handelte, die revolu-

tionäre Bewegung der unterdrückten Klassen niederzuschlagen. Es ist nicht im geringsten zu bezweifeln, daß auch die russischen Machthaber und Pogromhelden das gleiche tun werden, daß sie bereits einen solchen Schritt vorbereiten.

Aber die Arbeiter und Bauern brauchen einen solchen Schritt nicht zu fürchten. Die Regierung Rußlands hat eine internationale Reserve, nämlich die reaktionären Regierungen Deutschlands, Österreichs und anderer Länder. Aber auch wir haben eine mächtige internationale revolutionäre Reserve, nämlich das sozialistische Proletariat Europas, das in einer Dreimillionenpartei in Deutschland und in starken Parteien in allen europäischen Ländern organisiert ist. Wir begrüßen es, daß sich unsere Regierung an die internationale Reserve der Reaktion gewandt hat: das wird erstens auch den unwissendsten Menschen in Rußland die Augen öffnen und uns den besten Dienst leisten, um den Glauben an die Monarchie zu zerstören, und das wird zweitens die Basis und den Wirkungsbereich der russischen Revolution besser als alles andere erweitern, indem es sie in eine Weltrevolution verwandelt.

Wohlan denn, ihr Herren Trepow! Schießt doch! Ruft doch österreichische und deutsche Regimenter gegen die russischen Bauern und Arbeiter herbei! Wir sind für die Verbreiterung des Kampfes, wir sind für die internationale Revolution!

*

Aber über der Bewertung der *allgemeinen* Bedeutung der internationalen Verschwörung darf man die kleinen *Teilziele* der russischen Pogromhelden nicht vergessen. Wir haben schon vermerkt, daß nicht Naivität zu den Artikeln der „Rossija“ geführt hat. Die „Mysl“ irrt, wenn sie das glaubt. Es ist das weder „Naivität“ noch „Zynismus“ oder „Geschwätzigkeit“. Es ist das eine wohlberechnete *Drohung* an die Adresse der *Kadetten*. Die Regierung der Pogromhelden fürchtet einen Aufruf der Duma an das Volk und *droht den Kadetten*: „Wagt es nicht! Sonst jage ich die Duma auseinander und rufe österreichische und deutsche Regimenter herbei! Die Vorbereitungen dazu habe ich bereits getroffen.“

Die Kadetten, diese Tröpfe, haben schon die Courage verloren und, wie die heutige „Retsch“ beweist, einen gemeinen Rückzieher gemacht.

Man braucht den Kadetten nur zu drohen, und schon sind sie bereit, Rückzieher zu machen...

Das Proletariat können die erbärmlichen Drohungen der Regierung der Pogromhelden nicht erschrecken. Das Proletariat wahrt seine *selbständige* Kampfposition, es läßt sich nicht schrecken durch das Gespenst, das den Kadetten ins Bockshorn jagt.

Noch einmal, ihr Herren Trepow: Schießt doch! Weitet das revolutionäre Kampffeld aus! Am internationalen Proletariat soll es nicht fehlen!

„Echo“ Nr. 14,
7. Juli 1906.

Nach dem Text des „Echo“.

DIE AUFLÖSUNG DER DUMA
UND DIE AUFGABEN DES PROLETARIATS³¹

*Geschrieben im Juli 1906.
Veröffentlicht im Juli 1906
als Broschüre im Verlag
„Nowaja Wolna“ (Neue Woge).*

Nach dem Text der Broschüre.

Die Auflösung der Duma stellt die Arbeiterpartei vor eine ganze Reihe außerordentlich wichtiger Fragen. Nehmen wir die wichtigsten. Es gilt: 1. eine allgemeine Einschätzung der Bedeutung dieses politischen Ereignisses für den Gang unserer Revolution zu geben; 2. den Inhalt des weiteren Kampfes und die Losungen, unter denen er geführt werden muß, zu bestimmen; 3. die Form dieses weiteren Kampfes festzulegen; 4. den Zeitpunkt des Kampfes zu wählen oder, richtiger gesagt, die Umstände in Rechnung zu stellen, die die richtige Wahl des Zeitpunkts erleichtern können.

Wir wollen kurz bei diesen Fragen verweilen.

I

Die Auflösung der Duma hat in anschaulichster und prägnantester Weise die Ansichten derer bestätigt, die davor warnten, sich durch das „konstitutionelle“ Äußere der Duma und durch die konstitutionelle, wenn man so sagen darf, Oberfläche der russischen Politik im zweiten Viertel des Jahres 1906 täuschen zu lassen. Die „großen Worte“, die unsere Kadetten (und Kadetophilen) vor der Duma, über die Duma und im Zusammenhang mit der Duma in Unmengen geredet haben, hat jetzt das Leben als erbärmliches Geschwätz entlarvt.

Man beachte eine interessante Tatsache: Die Duma ist *auf streng konstitutioneller Grundlage* aufgelöst worden. Nichts von „auseinanderjagen“, nichts von Gesetzesverletzung. Im Gegenteil, streng nach dem Gesetz, ganz wie in jeder „konstitutionellen Monarchie“. Die oberste Gewalt hat die Kammer auf Grund der „Verfassung“ aufgelöst. Auf Grund des und

des Paragraphen ist diese „Kammer“ aufgelöst worden, und durch den gleichen Erlaß (frohlocket, Gesetzesanbeter!) wurden Neuwahlen bzw. der Zeitpunkt für die Einberufung einer neuen Duma angesetzt.

Aber gerade hier hat sich sofort gezeigt, wie illusorisch die russische Konstitution, wie fiktiv unser Parlamentarismus ist, worauf die Sozialdemokraten des linken Flügels während der ganzen ersten Hälfte des Jahres 1906 so beharrlich hingewiesen haben. Jetzt haben nicht irgendwelche „engstirnigen und fanatischen“ „Bolschewiki“, sondern die allerfriedlichsten liberalen Legalisten durch ihre Handlungsweise diesen besonderen Charakter der russischen Konstitution anerkannt. Die Kadetten haben das anerkannt, indem sie die Auflösung der Duma mit einer „Massenflucht ins Ausland“, nach Wiborg, und mit einem Aufruf beantworteten, der gegen die Gesetze verstößt⁸², indem sie die Auflösung der Duma mit Artikeln der doch so gemäßigten „Retsch“ beantworteten und beantworteten, die zugeben muß, daß es sich *faktisch* um die Wiederherstellung der Selbstherrschaft handelt, daß Suworin⁸³ unversehens die Wahrheit ausplaudert, wenn er schreibt, daß er wohl kaum noch eine neue Duma erleben werde. Alle Erwartungen der Kadetten sind mit einem Schlage von der „Konstitution“ zur Revolution übergegangen — und das alles nur infolge eines streng konstitutionellen Aktes der obersten Gewalt. Und noch gestern brüsteten sich die Kadetten in der Duma, „Schild der Dynastie“ und Anhänger strenger Verfassungsmäßigkeit zu sein.

Die Logik des Lebens ist stärker als die Logik konstitutioneller Lehrbücher. Die Revolution lehrt.

Alles, was die „bolschewistischen“ Sozialdemokraten über die Kadettensiege geschrieben haben (man vergleiche die Broschüre „Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei“ von N. Lenin*), hat sich aufs glänzendste bewahrheitet. Die ganze Einseitigkeit und Kurzsichtigkeit der Kadetten ist offenbar geworden. Die konstitutionellen Illusionen — den felsenfesten Bolschewik erkannte man daran, daß er stets vor diesen Illusionen warnte — haben sich vor aller Augen eben als Illusionen, als Phantom, als Trugbild erwiesen.

Es gibt keine Duma! jauchzen in wilder Begeisterung die „Moskowskije Wedomosti“⁸⁴ und der „Grashdanin“⁸⁵. Es gibt keine Konstitution! stimmen traurig die feinen Kenner unserer Konstitution ein, die Kadetten,

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 193—276. *Die Red.*

die es so gut verstanden, sich auf die Konstitution zu berufen, die solchen Gefallen an ihren Paragraphen gefunden hatten. Die Sozialdemokraten werden nicht frohlocken (wir haben auch die Duma zu nutzen gewußt), aber sie werden auch nicht den Mut sinken lassen. Das Volk hat eines gewonnen — werden sie sagen —, es hat sich von einer Illusion befreit.

Ja, am Beispiel der Kadettenpartei lernt das ganze russische Volk, lernt es nicht aus Büchern, sondern aus der eigenen Revolution, die es selbst vollbringt. Wir haben einmal gesagt, daß das Volk in Gestalt der Kadetten seine ersten bürgerlichen Illusionen über den Weg zur Freiheit überwindet, in Gestalt der Trudowiki aber seine letzten bürgerlichen Illusionen über den Weg zur Freiheit überwinden wird.* Die Kadetten träumten davon, die Leibeigenschaft, die Willkür, die Selbstherrlichkeit, das Asiatentum, die Selbstherrschaft abzuschütteln, ohne die alte Macht zu stürzen. Die Kadetten haben mit ihren eng beschränkten Träumen schon Schiffbruch erlitten. Die Trudowiki träumen davon, die Massen von der Armut zu erlösen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen, ohne die Warenwirtschaft abzuschaffen: sie werden noch Schiffbruch erleiden, und zwar in nicht zu fernher Zukunft, wenn unsere Revolution zum vollen Sieg unserer revolutionären Bauernschaft führt.

Das rasche Emporkommen der Kadetten, ihre schwindelerregenden Wahlsiege, ihr Triumph in der kadettischen Duma, ihr jäher Zusammenbruch auf Grund eines einzigen Federstrichs des „geliebten Monarchen“ (der, wie man wohl sagen kann, Roditschew ungeachtet dessen Liebeserklärung ins Gesicht gespuckt hat) — alles dies sind Ereignisse von erster politischer Bedeutung, alles dies sind Etappen in der revolutionären Entwicklung des Volkes. Das Volk, d. h. die breiten Massen der Bevölkerung, war in seiner Masse bis zum Jahre 1906 noch nicht zu bewußtem Revolutionismus gelangt. Die Unerträglichkeit der Selbstherrschaft war allen bewußt geworden, ebenso wie die Untauglichkeit der Beamtenregierung und die Notwendigkeit einer Volksvertretung. Aber das Volk vermochte noch nicht zu erkennen, vermochte noch nicht voll zu empfinden, daß sich die alte Macht und eine *machtbefugte* Volksvertretung nicht miteinander vereinbaren lassen. Es zeigte sich, daß das Volk hierfür noch einer besonderen Erfahrung, der Erfahrung mit der kadettischen Duma bedurfte.

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 464. Die Red.

Die kadettische Duma hat auf ihrem kurzen Lebenspfad dem Volk *anschaulich* den ganzen Unterschied zwischen einer *machtlosen* und einer *machtbefugten* Volksvertretung gezeigt. Unsere Losung „Konstituierende Versammlung“ (d. h. *machtvollkommene* Volksvertretung) hat sich als tausendmal richtig erwiesen, das Leben aber, d. h. die Revolution, hat zu ihr auf einem längeren und schwierigeren Weg geführt, als wir voraussehen konnten.

Man werfe einen flüchtigen Blick auf die Hauptetappen der großen russischen Revolution, und man wird sehen, wie sich das Volk *durch seine Erfahrung* Stufe um Stufe der Losung der konstituierenden Versammlung näherte. Da war die Zeit des „Vertrauens“, Ende 1904. Die Liberalen schwimmen in Wonne. Sie stehen im Vordergrund. Nicht sehr standhafte Sozialdemokraten sprechen sogar von *zwei* Hauptkräften dieses Zeitabschnitts: den Liberalen und der Regierung. Und da nimmt das Volk die Idee des „Vertrauens“ in sich auf, am 9. Januar zieht es „vertrauensvoll“ zum Winterpalast. Die Zeit des „Vertrauens“ läßt eine *dritte* Kraft, das Proletariat, auf den Plan treten und legt den Grund zum tiefsten *Mißtrauen* des Volkes gegenüber der autokratischen Regierung. Die Zeit des „Vertrauens“ endet mit der Weigerung des Volkes, den *Worten* der Regierung vom „Vertrauen“ Glauben zu schenken.

Die nächste Etappe. Man hat die Bulyginsche Duma versprochen. Das Vertrauen ist durch die Tat bekräftigt. Die Volksvertretung soll einberufen werden. Die Liberalen schwimmen in Wonne, sie rufen zur Beteiligung an den Wahlen auf. Die liberalen Professoren appellieren — wie es diesen „ideologischen“ Schleppenträgern der Bourgeoisie ziemt — an die Studenten, zu lernen und sich nicht mit der Revolution zu befassen. Die nicht sehr standhaften Sozialdemokraten strecken die Waffen vor den Argumenten der Liberalen. Auf die Bühne tritt das Volk. Das Proletariat fegt durch den Oktoberstreik die Bulyginsche Duma hinweg und ergreift Besitz von der Freiheit, es erzwingt das Manifest, ein in Form und Inhalt durchaus konstitutionelles Manifest. Das Volk überzeugt sich durch seine Erfahrung davon, daß es nicht genügt, sich die Freiheit versprechen zu lassen, daß man auch die *Kraft* haben muß, von der Freiheit Besitz zu ergreifen.

Weiter. Im Dezember nimmt die Regierung die Freiheiten zurück. Das Proletariat erhebt sich. Der erste Aufstand wird niedergeschlagen. Der

hartnäckige und verzweifelte Kampf aber, den das Proletariat mit der Waffe in der Hand auf den Straßen Moskaus führt, macht die Einberufung der Duma unvermeidlich. Der Boykott des Proletariats mißlingt. Das Proletariat hat nicht genügend Kraft, um die Wittesche Duma hinwegzufegen. Die Kadetten strömen in die Duma. Die Volksvertretung ist eine vollendete Tatsache. Die Kadetten schwimmen in Wonne. Ihr Jubel kennt keine Grenzen. Das Proletariat wartet skeptisch ab.

Die Duma beginnt zu arbeiten. Das Volk nützt die kleine Erweiterung der Freiheiten zehnmal mehr aus als die Kadetten. Sofort zeigt sich, daß die kadettische Duma, was ihren Geist und ihre Entschlossenheit betrifft, hinter dem Volk *zurückbleibt*. Die Zeit der kadettischen Duma (Mai bis Juni 1906) erweist sich als eine Zeit der größten Erfolge der *links* von den Kadetten stehenden Parteien: die Trudowiki überholen die Kadetten in der Duma, in den Volksversammlungen werden die Kadetten wegen ihrer Zaghaftigkeit getadelt, es entwickelt sich rasch die Presse der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre, die revolutionäre Bauernbewegung und die Gärung im Heer werden stärker, das durch die Dezemberrücklage ermattete Proletariat kommt wieder zu Kräften. Die Zeit des Kadettenkonstitutionalismus erweist sich nicht als eine Zeit der kadettischen und der konstitutionellen Bewegung, sondern als eine Zeit der revolutionären Bewegung.

Diese Bewegung zwingt zur Auflösung der Duma. Die Erfahrung bestätigt, daß die Kadetten nur der „Schaum“ sind. Ihre Stärke beruht allein auf der Stärke der Revolution. Auf die Revolution aber antwortet die Regierung mit der im Wesen revolutionären (obschon in der Form konstitutionellen) Auflösung der Duma.

Das Volk überzeugt sich *durch die Erfahrung* davon, daß die Volksvertretung *nichts* ist, wenn sie keine Machtvollkommenheit besitzt, wenn die alte Macht sie einberufen hat, wenn neben ihr die alte Macht unangestastet weiterbesteht. Der objektive Gang der Ereignisse stellt schon nicht mehr die Frage dieser oder jener Fassung der Gesetze, der Konstitution auf die Tagesordnung, sondern die Frage der *Macht*, der realen Macht. Alle Gesetze und alle gewählten Vertreter sind *nichts*, wenn sie keine Macht haben. Das hat die kadettische Duma das Volk *gelehrt*. Friede ihrer Asche. Aber nutzen wir gut diese Lehre!

II

Damit sind wir unmittelbar zu der zweiten Frage gekommen: zu dem objektiven, von der Geschichte diktierten Inhalt des bevorstehenden Kampfes und zu den Losungen, die wir diesem Kampfe geben müssen.

Die nicht sehr standhaften Sozialdemokraten, die Menschewiki, haben es auch da schon zu Schwankungen gebracht. Ihre erste Losung lautete: *Kampf für die Wiederaufnahme der Dumatagungen* mit dem Ziel der Einberufung einer konstituierenden Versammlung. Das Petersburger Komitee legt Verwahrung ein. Die Unsinnigkeit dieser Losung ist zu augenscheinlich. Das ist schon kein Opportunismus mehr, sondern einfach Unsinn. Das ZK macht einen Schritt vorwärts. Es gibt die Losung aus: *Kampf gegen die Regierung zur Verteidigung der Duma* mit dem Ziel der Einberufung einer konstituierenden Versammlung. Das ist natürlich besser. Das ist schon nicht mehr weit von der Losung entfernt: *Kampf für den Sturz der autokratischen Regierung, Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf revolutionärem Wege*. Die Auflösung der Duma ist zweifellos ein Anlaß zum allgemeinen Kampf des Volkes für eine *machtbefugte* Volksvertretung: in diesem Sinne ist die Losung „zur Verteidigung der Duma“ nicht ganz unannehmbar. Die Sache ist aber die, daß *in diesem Sinne* die Losung bereits in der Tatsache enthalten ist, daß wir die Auflösung der Duma als *Anlaß* zum Kampf betrachten. Wird hingegen die Formulierung „zur Verteidigung der Duma“ nicht ausdrücklich *in diesem* (d. h. in dem eben erwähnten) Sinne gedeutet, so bleibt sie unklar und ist geeignet, Mißverständnisse hervorzurufen, so könnte sie eine Rückkehr zu dem bis zu einem gewissen Grade schon überlebten Alten, zur *kadettischen* Duma, bedeuten. Mit einem Wort, diese Formulierung ruft eine Reihe unrichtiger und schädlicher „retrograder“ Gedanken hervor. Was an dieser Formulierung richtig ist, ist vollkommen und restlos enthalten in den *Motiven* für unseren Kampfesentschluß, in der *Erklärung* dessen, warum wir in der Auflösung der Duma einen genügend wichtigen Anlaß zum Kampfe sehen.

Ein Marxist darf keinesfalls vergessen, daß die Losung des *unmittelbar* bevorstehenden Kampfes nicht einfach und direkt aus der *allgemeinen* Losung eines bestimmten Programms abgeleitet werden kann. Es genügt nicht, sich auf unser Programm zu berufen (siehe den Schlußabschnitt:

Sturz der Selbstherrschaft und konstituierende Versammlung usw.), um die Losung des *jetzt*, im Sommer oder Herbst 1906, unmittelbar bevorstehenden Kampfes zu bestimmen. Dazu muß man die *konkrete* historische Situation berücksichtigen, die ganze Entwicklung und den ganzen Ablauf der Revolution Schritt für Schritt verfolgen und unsere Aufgaben nicht allein aus den Prinzipien des Programms, sondern auch aus den *vorangegangenen* Schritten und Etappen der Bewegung ableiten. Nur eine solche Analyse wird eine wirklich historische Analyse sein, zu der der dialektische Materialist verpflichtet ist.

Und eben eine solche Analyse zeigt uns, daß die objektive politische Lage jetzt nicht die Frage *in den Vordergrund gerückt hat*, ob eine Volksvertretung überhaupt *vorhanden ist*, sondern die Frage, ob das eine *machtbefugte* Volksvertretung ist.

Die objektive Ursache für den Untergang der kadettischen Duma ist nicht darin zu suchen, daß sie nicht verstanden hat, den Nöten des Volkes Ausdruck zu geben, sondern darin, daß sie die *revolutionäre* Aufgabe des Kampfes um die *Macht* nicht bewältigt hat. Die kadettische Duma meinte ein konstitutionelles Organ zu sein, in Wirklichkeit aber *war* sie ein revolutionäres Organ (die Kadetten fielen über uns her, weil wir in der Duma eben eine Etappe oder ein Werkzeug der Revolution sahen — das Leben aber hat *unsere Ansicht* vollauf bestätigt). Die kadettische Duma meinte ein Organ des Kampfes gegen das *Kabinett* zu sein, in Wirklichkeit aber war sie ein Organ des Kampfes für den *Sturz* der ganzen alten Macht. So kam es in der Tat, denn das erforderte die gegebene ökonomische Lage. Und für *diesen* Kampf *hat sich* ein solches Organ wie die Duma der Kadetten als „untauglich“ erwiesen.

Dem unwissendsten Bauern beginnt jetzt klarzuwerden, wird jetzt ins Bewußtsein gehämmert: Die Duma ist nutzlos, jede Duma ist nutzlos, *wenn das Volk keine Macht hat*. Wie kann man aber die Macht erringen? Dadurch, daß man die alte Macht *stürzt* und eine neue, freie, wählbare Volksmacht schafft. *Entweder* man stürzt die alte Macht, *oder* man erklärt die Aufgaben der Revolution nicht in dem Umfang für erfüllbar, in dem Bauernschaft und Proletariat diese Aufgaben stellen.

So hat das *Leben* selbst die Frage gestellt. So hat das Jahr 1906 die Frage gestellt. So ist die Frage durch die Auflösung der kadettischen Duma gestellt.

Wir können natürlich nicht dafür bürgen, daß die Revolution diese Frage mit einem Schlage löst, daß der Kampf leicht, einfach sein wird, daß der Sieg vollauf und unbedingt gesichert ist. Niemals wird sich irgend jemand vor Beginn des Kampfes für so etwas verbürgen. Eine Losung ist keine Bürgschaft für einen einfachen und leichten Sieg. Eine Losung weist das Ziel, das erreicht werden muß, um die *gegebenen* Aufgaben zu erfüllen. Früher war die Schaffung (oder die Einberufung) einer Volksvertretung schlechthin eine solche unmittelbar gegebene Aufgabe. Jetzt ist eine solche Aufgabe: der Volksvertretung die *Macht* zu sichern. Das aber bedeutet: Beseitigung, Zerstörung, Sturz der alten Macht, Sturz der autokratischen Regierung.

Wird diese Aufgabe nicht *vollkommen* gelöst, so kann es auch keine wirklich machtbefugte Volksvertretung geben — so kann es folglich auch nicht ausreichende Garantien dafür geben, daß diese neue Volksvertretung nicht das gleiche Schicksal ereilt wie die kadettische Duma.

Die objektive Lage stellt jetzt nicht den Kampf für die Volksvertretung auf die Tagesordnung, sondern den Kampf für die Schaffung von Bedingungen, unter denen es unmöglich wäre, die Volksvertretung auseinanderzujagen oder aufzulösen, unter denen es auch unmöglich wäre, sie zu einem Possenspiel zu erniedrigen, wie die Trepow und Co. die kadettische Duma zu einer Posse gemacht haben.

III

Die wahrscheinliche Form des nahenden Kampfes wird teils durch seinen Inhalt, teils durch die vorangegangenen Formen des revolutionären Kampfes des Volkes und des konterrevolutionären Kampfes der Selbstherrschaft bestimmt.

Was den Inhalt des Kampfes anbelangt, so haben wir schon gezeigt, wie die zwei Jahre Revolution dazu geführt haben, daß gegenwärtig der Sturz der alten Macht zum Mittelpunkt des Kampfes geworden ist. Die volle Verwirklichung dieses Ziels ist allein auf dem Wege des allgemeinen bewaffneten Volksaufstands möglich.

Was die vorangegangenen Formen des Kampfes anbelangt, so sind der Generalstreik und der Aufstand „das letzte Wort“ der Massen- und

Volksbewegung in Rußland. Das letzte Viertel des Jahres 1905 hat naturgemäß im Bewußtsein und in der Stimmung des Proletariats, der Bauernschaft, des bewußten Teiles des Heeres und des demokratischen Teiles verschiedener Berufsvereinigungen der Intellektuellen unauslöschliche Spuren hinterlassen. Wie nicht anders zu erwarten, war daher der erste Gedanke, der nach der Auflösung der Duma den breitesten Massen der zum Kampf befähigten Elemente in den Kopf kam: Generalstreik. Niemand schien auch nur den leisesten Zweifel zu hegen, daß die unvermeidliche Antwort auf die Auflösung der Duma der Generalstreik in ganz Rußland sein muß.

Es hat einen gewissen Nutzen gebracht, daß diese Meinung ganz allgemein herrschte. Von spontanen und vereinzelt Aktionen haben die revolutionären Organisationen die Arbeiter fast überall bewußt und systematisch zurückgehalten. Das bestätigen die Nachrichten aus den verschiedensten Orten Rußlands. Die Erfahrungen vom Oktober und Dezember haben unzweifelhaft dazu beigetragen, die Aufmerksamkeit aller in viel höherem Maße als früher auf eine *allgemeine und gleichzeitige* Aktion zu lenken. Außerdem muß noch ein außerordentlich bezeichnender Umstand vermerkt werden: Mitteilungen aus einigen wichtigen Zentren der Arbeiterbewegung, wie z. B. aus Petersburg, zufolge, haben sich die Arbeiter nicht nur leicht und schnell den Gedanken zu eigen gemacht, daß ein allgemeines und gleichzeitiges Vorgehen notwendig ist, sondern auch fest auf einer entschlossenen *Kampfaktion* bestanden. Der unglückliche Gedanke, anlässlich der Auflösung der Duma einen (eintägigen oder dreitägigen) *Demonstrationsstreik* durchzuführen — ein Gedanke, der bei einigen Petersburger Menschewiki auftauchte —, stieß bei den Arbeitern auf den entschiedensten Widerstand. Der sichere Klasseninstinkt und die Erfahrung von Leuten, die mehr als einmal in schweren Kämpfen gestanden haben, ließ sie sofort erkennen, daß es jetzt durchaus nicht mehr darum geht, zu demonstrieren. Demonstrieren werden wir nicht, sagten die Arbeiter. Wir werden rückhaltlos und entschlossen kämpfen, wenn der Augenblick einer allgemeinen Aktion gekommen ist. Das war, allen Nachrichten zufolge, die allgemeine Meinung der Petersburger Arbeiter. Sie verstanden, daß Teilaktionen und insbesondere Demonstrationen nach alledem, was Rußland seit 1901 (dem Jahr des Beginns einer breiten Demonstrationsbewegung) erlebt hatte, lächerlich wären, daß die Ver-

schärfung der politischen Krise es nicht erlaubt, wieder „von vorn anzufangen“, daß der Regierung, die im Dezember mit Vergnügen „Blut geleckt“ hat, friedliche Demonstrationen außerordentlich zustatten kommen würden. Sie würden das Proletariat völlig nutzlos schwächen, sie würden die Polizei und die Soldaten nur weiter darin schulen, Unbewaffnete festzunehmen und zu erschießen. Sie würden nur eine gewisse Bestätigung für die Prahlerei Stolypins abgeben, er habe einen Sieg über die Revolution errungen, da er die Duma aufgelöst habe, ohne damit die regierungsfeindliche Bewegung zu verschärfen. Jetzt betrachtet jedermann diese Prahlerei eben als hohle Prahlerei, denn man weiß und fühlt, daß der Kampf noch bevorsteht. Die „Demonstration“ aber hätte man als Kampf gedeutet, man hätte aus ihr einen (hoffnungslosen) Kampf gemacht und die Einstellung der Demonstration vor der ganzen Welt als eine neue Niederlage hingestellt.

Der Gedanke eines Demonstrationstreiks war allein unserer Ledru-Rollins³⁶ aus der Kadettenpartei würdig, die den Parlamentarismus ebenso kurzfristig überschätzten wie Ledru-Rollin im Jahre 1849. Das Proletariat hat diesen Gedanken sofort verworfen und sehr gut daran getan. Die Arbeiter, die stets mitten im revolutionären Kampf gestanden haben, haben richtiger als manche Intellektuelle die Kampfbereitschaft des Feindes und die Notwendigkeit einer entschlossener Kampfaktion in Rechnung gestellt.

Leider ist in unserer Partei, da gegenwärtig in der russischen Sozialdemokratie der rechte Flügel das Übergewicht hat, die Frage der Kampfaktionen ins Hintertreffen geraten. Der Vereinigungsparteitag der russischen Sozialdemokratie ließ sich von den Siegen der Kadetten beeindrucken, er vermochte nicht, die revolutionäre Bedeutung der gegenwärtigen Situation zu erfassen, und entzog sich der Aufgabe, aus den Erfahrungen vom Oktober und Dezember alle erforderlichen Schlußfolgerungen zu ziehen. Vor die Notwendigkeit aber, diese Erfahrungen zu nutzen, sah sich die Partei viel schneller und unmittelbarer gestellt, als viele Verehrer des Parlamentarismus geglaubt hatten. Das unvermeidliche Ergebnis dieser Lage der Dinge aber war die Kopflösigkeit, die die zentralen Körperschaften unserer Partei in einem so bedeutsamen Augenblick an den Tag legten.

Die Vereinigung des politischen Massenstreiks mit dem bewaffneten

Aufstand ist wiederum ein Gebot der ganzen Lage der Dinge. Hierbei treten die schwachen Seiten des Streiks als selbständigen Kampfmittels besonders anschaulich zutage. Allgemein hat man sich überzeugt, daß eine außerordentlich wichtige Vorbedingung für den Erfolg eines politischen Streiks darin besteht, daß er plötzlich beginnt, daß es gelingt, die Regierung zu überrumpeln. Jetzt ist das unmöglich. Die Regierung hat im Dezember gelernt, den Streik zu bekämpfen, und ist gegenwärtig sehr gut zu einem solchen Kampf gerüstet. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß für den Generalstreik die Eisenbahn von äußerster Wichtigkeit ist. Wird die Eisenbahn stillgelegt, so hat der Streik alle Aussichten, zum Generalstreik zu werden. Gelingt es nicht, die Eisenbahn völlig stillzulegen, so wird der Streik — das kann man mit ziemlicher Sicherheit sagen — kein Generalstreik sein. Für die Eisenbahner aber ist es ganz besonders schwierig, in den Streik zu treten: die Züge für die Strafexpeditionen stehen bereit, bewaffnete militärische Abteilungen sind überall längs der Eisenbahnlinien, auf die Stationen, manchmal sogar auf die einzelnen Züge verteilt. Unter solchen Bedingungen kann der Streik — ja, meist muß er es unvermeidlich — zum direkten und unmittelbaren Zusammenstoß mit dem Militär führen. Der Lokomotivführer, der Telegrafist, der Weichensteller werden sofort vor dem Dilemma stehen: entweder auf der Stelle erschossen zu werden (nicht umsonst haben Golutwino, Ljuberry und andere Stationen des russischen Eisenbahnnetzes bereits revolutionären Ruf im ganzen Volk erlangt) oder an die Arbeit zu gehen und den Streik zu brechen.

Wir können natürlich mit vollem Recht von vielen, sehr vielen Eisenbahnern, die *durch die Tat* bewiesen haben, daß sie der Sache der Freiheit ergeben sind, wahrhaftes Heldentum erwarten. Selbstverständlich liegt uns der Gedanke fern, in Abrede zu stellen, daß ein Eisenbahnerstreik möglich ist und Erfolg haben kann. Aber wir dürfen uns nicht über die *wahre* Schwierigkeit der Aufgabe hinwegtäuschen: es wäre die aller-schlechteste Politik, solche Schwierigkeiten zu verschweigen. Blickt man aber der Wirklichkeit ins Auge, treibt man keine Vogel-Strauß-Politik, so wird klar, daß aus dem Streik *unvermeidlich* und unverzüglich der bewaffnete Aufstand hervorgeht. Eisenbahnerstreik ist Aufstand, das ist nach dem Dezember unbestreitbar. Ohne den Eisenbahnerstreik aber wird der Bahntelegraf nicht stillgelegt, wird die Beförderung von Briefen

durch die Eisenbahn nicht unterbrochen, ist folglich auch ein ernst zu nehmender Streik im Post- und Telegrafendienst unmöglich.

Aus der gegebenen Situation, wie sie nach dem Dezember 1905 entstanden ist, ergibt sich daher mit zwingender Notwendigkeit, daß der Streik gegenüber dem Aufstand von nachgeordneter Bedeutung ist. Unabhängig von unserem Willen, allen „Direktiven“ zum Trotz, wird die zugespitzte revolutionäre Situation die Demonstration in den Streik, den Protest in den Kampf, den Streik in den Aufstand verwandeln. Selbstverständlich kann der Aufstand als bewaffneter Massenkampf nur bei aktiver Beteiligung dieses oder jenes Teils der Truppen zur Entfaltung gelangen. Ein Streik unter den Truppen, die Weigerung, auf das Volk zu schießen, kann daher unzweifelhaft in dem einen oder anderen Fall auch zum Siege eines nur friedlichen Streiks führen. Aber es bedarf wohl kaum eines Beweises, daß solche Fälle nur vereinzelte Episoden eines außergewöhnlichen erfolgreichen Aufstands wären, daß es nur ein Mittel gibt, solche Fälle so oft wie möglich herbeizuführen, sie Wirklichkeit werden zu lassen: die erfolgreiche Vorbereitung des Aufstands, die Energie und die Kraft der ersten Aufstandsaktionen, die Demoralisierung des Heeres durch tollkühne Überfälle oder durch den Abfall großer Truppenkörper usw.

Mit einem Wort, bei der Lage der Dinge, wie sie jetzt, im Augenblick der Auflösung der Duma, entstanden ist, kann es nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß der aktive Kampf geradewegs und unmittelbar zum Aufstand führt. Vielleicht ändert sich die Lage, dann wird man diese Schlußfolgerung überprüfen müssen, aber für die Gegenwart ist sie zweifellos richtig. Es wäre daher geradezu eine an Verbrechen grenzende Leichtfertigkeit, wollte man zum Generalstreik in ganz Rußland aufrufen, ohne zum Aufstand aufzurufen, ohne klarzumachen, daß der Generalstreik untrennbar mit dem Aufstand verbunden ist. Daher müssen alle Kräfte darauf gerichtet werden, den Zusammenhang zwischen der einen und der anderen Form des Kampfes in der Agitation zu erklären, darauf, die Voraussetzungen zu schaffen, damit die drei Ströme des Kampfes — Arbeitererhebung, Bauernaufstand und „Militärrevolte“ — sich zu einem Strom vereinen. Schon seit langem, seit dem Sommer des vorigen Jahres, seit dem berühmten Aufstand des „Potjomkin“ haben sich diese drei Formen einer wirklichen Volksbewegung, d. h. einer aktiven

Bewegung der *Massen*, die unendlich weit von einer Verschwörung entfernt ist, eines *Aufstands*, der die Selbstherrschaft stürzt, klar und deutlich abgezeichnet. Von der Vereinigung dieser drei Ströme des Aufstands dürfte in erster Linie der Erfolg des Aufstands in ganz Rußland abhängen. Und zweifellos wird ein solcher Anlaß zum Kampf wie die Auflösung der Duma sehr zu dieser Vereinigung beitragen, denn der zurückgebliebene Teil der Bauernschaft (folglich auch unseres Heeres, das vorwiegend aus Bauern besteht) hat große Hoffnungen auf die Duma gesetzt.

Hieraus ergibt sich der Schluß: Gerade die Auflösung der Duma muß im stärksten Maße zum Anlaß genommen werden, um die Agitation auf die Vorbereitung des allgemeinen Volksaufstands zu konzentrieren. Es gilt den Zusammenhang zwischen politischem Streik und Aufstand zu erklären. Alle Anstrengungen sind darauf zu richten, die Vereinigung der Arbeiter, Bauern, Matrosen und Soldaten herbeizuführen, damit sie gemeinsam den aktiven, bewaffneten Kampf aufnehmen.

Schließlich muß man auch, wenn man von der Form der Bewegung spricht, besonders den Kampf der Bauern erwähnen. Hier ist der Zusammenhang zwischen Streik und Aufstand besonders klar. Klar ist zugleich, daß hier das Ziel des Aufstands nicht allein die völlige Vernichtung oder Beseitigung all und jeder örtlichen Machtorgane und ihre Ersetzung durch neue, aus dem Volk hervorgegangene Machtorgane sein muß (was das allgemeine Ziel jedes Aufstands ist, gleichviel ob in den Städten, in den Dörfern, im Heere oder sonstwo) — sondern auch die *Vertreibung der Gutsbesitzer und die Inbesitznahme* ihrer Ländereien. Zweifellos müssen die Bauern noch vor der Entscheidung der vom Volke gewählten konstituierenden Versammlung bestrebt sein, den gutsherrlichen Grundbesitz *faktisch* zu beseitigen. Darüber braucht man nicht viel Worte zu verlieren, weil sich wohl niemand einen Bauernaufstand vorstellen kann, bei dem nicht mit den Gutsbesitzern abgerechnet und nicht ihr Land in Besitz genommen würde. Es versteht sich, daß es um so seltener zur Vernichtung von Baulichkeiten, Inventar, Vieh usw. kommen wird, je bewußter und je besser organisiert dieser Aufstand ist. Vom militärischen Standpunkt aus sind Zerstörungen, die bestimmten militärischen Zwecken dienen — z. B. das Niederbrennen von Gebäuden oder manchmal auch von Inventar —, Maßregeln, die durchaus gerechtfertigt und in bestimmten Fällen unerlässlich sind. Nur Pedanten (oder Volksverräter) können es besonders beklagen.

gen, daß die Bauern stets zu solchen Mitteln greifen. Aber es hat keinen Zweck, die Augen davor zu verschließen, daß die Zerstörung von Gebäuden und Inventar mitunter nur eine Folge der Unorganisiertheit ist, der Unfähigkeit, vom Eigentum des Feindes Besitz zu ergreifen und es festzuhalten, anstatt es zu zerstören — oder eine Folge der Schwäche, wenn nämlich der Kämpfende sich an seinem Gegner rächt, weil er nicht die Kraft hat, ihn vernichtend zu schlagen. Wir müssen natürlich in unserer Agitation den Bauern einerseits auf jede Art und Weise klarmachen, daß der erbarmungslose Kampf gegen den Feind — bis zur Zerstörung seines Eigentums — völlig rechtmäßig und notwendig ist, andererseits aber ihnen zeigen, daß, abhängig von dem Grade der Organisiertheit, ein bedeutend vernünftigerer und vorteilhafterer Ausgang möglich ist: die Ausrottung des Feindes (der Gutsbesitzer und der Beamten, insbesondere der Polizei) und die Übergabe allen Eigentums in den Besitz des Volkes oder in den Besitz der Bauern ohne jede Zerstörung (oder bei möglichst geringer Zerstörung) dieses Eigentums.

IV

In enger Verbindung mit der Frage der Kampfform steht die Frage der Organisation für den Kampf.

Auch in dieser Hinsicht haben die großen geschichtlichen Erfahrungen der Monate Oktober und Dezember 1905 unauslöschliche Spuren in der gegenwärtigen revolutionären Bewegung hinterlassen. Die Sowjets der Arbeiterdeputierten und analoge Körperschaften (Bauernkomitees, Eisenbahnerkomitees, Sowjets der Soldatendeputierten usw.) genießen größte und durchaus verdiente Autorität. Heutzutage dürfte es nicht leicht sein, einen Sozialdemokraten oder einen Revolutionär einer anderen Partei oder Richtung zu finden, der nicht mit solchen Organisationen überhaupt sympathisierte und der insbesondere nicht empfehlen würde, sie im gegenwärtigen Augenblick zu schaffen.

In diesem Punkt gibt es, wie es scheint, keine Meinungsverschiedenheiten oder zumindest keine irgendwie ernstern Meinungsverschiedenheiten, und wir brauchen also bei dieser Frage selbst nicht weiter zu verweilen.

Es gibt jedoch eine Seite der Frage, die man besonders sorgfältig be-

handeln muß, weil sie besonders oft ignoriert wird. Es handelt sich darum, daß die Rolle, die die Sowjets der Arbeiterdeputierten (der Kürze halber sprechen wir nur von ihnen als dem *Typus* aller Organisationen dieser Art) in den großen Oktober- und Dezembertagen gespielt haben, diesen Körperschaften einen solchen Nimbus verliehen hat, daß man sie manchmal geradezu zu einem Fetisch macht. Man glaubt, daß diese Organe für die revolutionäre Massenbewegung stets und unter allen Umständen „notwendig und ausreichend“ seien. Hieraus ergibt sich ein kritikloses Verhalten hinsichtlich der Wahl des Zeitpunkts für die Schaffung solcher Körperschaften, hinsichtlich der Frage, welcher Art die realen Bedingungen für den Erfolg ihrer Tätigkeit sind.

Die Erfahrungen vom Oktober und Dezember haben da die lehrreichsten Hinweise gegeben. Die Sowjets der Arbeiterdeputierten sind *Organe des unmittelbaren Massenkampfes*. Sie entstanden als Organe des Streikampfes. Sie wurden sehr rasch, unter dem Druck der Notwendigkeit, zu Organen des *allgemeinen revolutionären* Kampfes gegen die Regierung. Sie verwandelten sich *unaufhaltsam*, kraft der Entwicklung der Ereignisse und des Übergangs vom Streik zum Aufstand, in *Organe des Aufstands*. Daß eine ganze Reihe von „Sowjets“ und „Komitees“ im Dezember eben diese Rolle gespielt haben, ist eine durchaus unbestreitbare Tatsache. Und die Ereignisse haben aufs anschaulichste und überzeugendste gezeigt, daß die Kraft und die Bedeutung solcher Organe in einer Zeit des Kampfes *ganz und gar* von der Kraft und dem Erfolg des Aufstands abhängen.

Nicht irgendeine Theorie, nicht irgendein Aufruf, von wem er auch herrühren möge, nicht eine von irgend jemand erdachte Taktik, nicht eine Parteidoktrin, sondern die Kraft der Tatsachen hat diese parteilosen Massenorgane von der Notwendigkeit des Aufstands überzeugt und sie zu Organen des Aufstands gemacht.

Und heute solche Organe schaffen bedeutet Organe des Aufstands schaffen, zur Schaffung solcher Organe aufrufen bedeutet zum Aufstand aufrufen. Das zu vergessen oder vor den breiten Volksmassen zu vertuschen wäre ganz unverzeihliche Kurzsichtigkeit und die allerschlechteste Politik.

Wenn dem so ist — und zweifellos ist dem so —, so ergibt sich daraus auch der Schluß, daß „Sowjets“ und ähnliche Massenkörperschaften für die Organisierung des Aufstands noch *nicht ausreichen*. Sie sind erforderlich,

um die Massen zusammenzuschweißen, sie für den Kampf zu vereinigen, ihnen die von der Partei aufgestellten (oder von den Parteien gemeinsam ausgegebenen) Losungen der politischen Führung zu übermitteln, um die Massen zu interessieren, sie aufzurütteln und in den Kampf einzubeziehen. Aber sie reichen nicht aus, um die Kräfte für den unmittelbaren Kampf, um den *Aufstand* im engsten Sinne des Wortes zu organisieren.

Eine kleine Illustration. Die Sowjets der Arbeiterdeputierten wurden nicht selten Parlamente der Arbeiterklasse genannt. Aber kein einziger Arbeiter wird sich bereit finden, sein Parlament einzuberufen, um es der Polizei auszuliefern. Ein jeder erkennt die Notwendigkeit einer sofortigen *Organisation der Kräfte*, einer *militärischen* Organisation zur Verteidigung seines „Parlaments“, einer Organisation in Gestalt von Einheiten bewaffneter Arbeiter.

Jetzt, da die praktische Erfahrung der Regierung deutlich gezeigt hat, wohin die „Sowjets“ führen und was das für Körperschaften sind, da sie sich vom Kopf bis zu den Füßen gewappnet hat und nur auf die Schaffung solcher Körperschaften wartet, um über den Gegner herzufallen, ohne ihm Zeit zu lassen, sich zu besinnen und seine Aktivität zu entfalten — jetzt müssen wir in unserer Agitation ganz besonders klarstellen, daß es notwendig ist, die Dinge nüchtern zu betrachten, daß es notwendig ist, neben der Organisation der Sowjets eine *militärische Organisation* zu ihrer Verteidigung, zur Durchführung jenes Aufstands zu schaffen, ohne den alle Sowjets und alle gewählten Vertrauensmänner der Massen ohnmächtig sein werden.

Diese — wenn man sich so ausdrücken darf — „militärischen Organisationen“, von denen wir sprechen, müssen bestrebt sein, die Masse nicht durch deren gewählte Vertrauensmänner zu erfassen, sondern die Masse der unmittelbaren Teilnehmer des Straßenkampfes und des Bürgerkrieges selbst. Diese Organisationen müssen als unterste Zelle sehr kleine lose Verbände, Zehnergruppen, Fünfergruppen oder vielleicht sogar Dreiergruppen haben. Es gilt, dem Gedanken die weiteste Verbreitung zu verschaffen, daß ein Kampf herannaht, in dem *jeder* aufrechte Bürger verpflichtet ist, sein Leben einzusetzen und gegen die Unterdrücker des Volkes zu kämpfen. Weniger Formalitäten, weniger Umstände, mehr Einfachheit in der Organisation, die ein Höchstmaß von Beweglichkeit und Elastizität aufweisen muß. Alle, die für die Sache der Freiheit eintreten

wollen, müssen sich unverzüglich in „Fünfergruppen“ zusammenschließen: in losen Verbänden von Angehörigen eines Berufs, von Arbeitern einer Fabrik oder von Menschen, die durch Kameradschaft, Parteizugehörigkeit oder schließlich einfach durch ihren Wohnsitz miteinander verbunden sind (ein Dorf, ein Haus in einer Stadt oder eine Wohnung). Diese Verbände müssen aus Mitgliedern der Partei wie auch aus Parteilosen bestehen und durch die eine unmittelbare revolutionäre Aufgabe verbunden sein: den Aufstand gegen die Regierung. Diese Verbände müssen auf breiter Grundlage und unbedingt vor der Beschaffung von Waffen, *unabhängig* von der Frage der Bewaffnung gebildet werden.

Keine Parteiorganisation wird die Massen „bewaffnen“ können. Die Organisation der Massen hingegen in leicht beweglichen kleinen Kampfverbänden wird im Augenblick der Aktion bei der Beschaffung von Waffen große Dienste leisten.

Lose Kampfverbände, „Kampfgruppen“, um einen Ausdruck zu gebrauchen, der in den großen Dezembertagen in Moskau solchen Ruhm gewann, werden im Augenblick der Erhebung riesigen Nutzen bringen. Eine Kampfgruppe, die zu schießen versteht, wird einen Polizisten entwaffnen, wird überraschend eine Streife überfallen, wird sich Waffen verschaffen. Eine Kampfgruppe, die nicht zu schießen versteht oder sich keine Waffen verschaffen konnte, wird beim Barrikadenbau helfen, wird Kundschafterdienste leisten, wird behilflich sein, die Verbindungen zu organisieren, den Feind in einen Hinterhalt zu locken, ein Gebäude in Brand zu stecken, in dem sich der Feind festgesetzt hat, Wohnungen zu besetzen, die zu Stützpunkten für die Aufständischen werden können; mit einem Wort, die losen Verbände von Leuten, die entschlossen sind, auf Leben und Tod zu kämpfen, die mit der Örtlichkeit bestens vertraut und aufs engste mit der Bevölkerung verbunden sind, werden Tausende der allerverschiedensten Aufgaben erfüllen.

Möge in jeder Fabrik, in jeder Gewerkschaft, in jedem Dorf der Ruf zur Organisierung solcher loser Kampfgruppen ertönen. Kennt man einander gut, so wird man beizeiten zu ihrer Gründung schreiten. Kennt man einander nicht, so wird man Fünfergruppen und Zehnergruppen am Tage des Kampfes oder unmittelbar vor dem Kampf, am Kampfort selbst bilden, wenn der Gedanke, solche Verbände zu schaffen, weite Verbreitung erlangt hat und wirklich von der Masse aufgegriffen wird.

Jetzt, wo die Auflösung der Duma viele neue Schichten aufgewühlt hat, kann man häufig von Menschen aus den untersten Schichten der städtischen Bevölkerung, den Schichten, die am wenigsten organisiert sind und ihrer ganzen Mentalität nach am ehesten Schwarzhundertereinflüssen unterliegen, die allerrevolutionärsten Meinungen und Äußerungen hören. Sorgen wir also dafür, daß sie alle von dem Entschluß der fortgeschrittenen Arbeiter und Bauern erfahren, in Bälde den Kampf für Land und Freiheit aufzunehmen, daß sie alle die Notwendigkeit erkennen, Kampfgruppen zu schaffen, daß sie alle von der Überzeugung durchdrungen werden, daß der Aufstand unvermeidlich und daß es ein Volksaufstand ist. Dann werden wir dahin kommen — und das ist durchaus keine Utopie —, daß es in jeder größeren Stadt nicht Hunderte von Mitgliedern der Kampfgruppen gibt, wie im Dezember in Moskau, sondern Tausende und aber Tausende. Und dann werden *keine Maschinengewehre standhalten*, wie man in Moskau sagte, wobei man darauf verwies, daß die dortigen Kampfgruppen die Massen nicht genügend erfaßten, ihrem Charakter und ihrer Zusammensetzung nach nicht genügend im Volke verwurzelt waren.

Also: allerorts Organisation von Sowjets der Arbeiterdeputierten, von Bauernkomitees und analogen Körperschaften, zugleich ausgedehnteste Propaganda und Agitation für einen gleichzeitigen Aufstand, für eine sofortige Vorbereitung der Kräfte zum Aufstand und für die Organisation von losen Kampfgruppen auf breitester Massenbasis.

*

PS. Das vorliegende Kapitel war bereits geschrieben, als wir von einer neuen „Wendung“ in den Losungen unseres ZK erfuhren: für die Duma als *Organ zur Einberufung* einer konstituierenden Versammlung.

Die Organisationsfrage wird folglich ergänzt durch die Frage der Organisation einer provisorischen revolutionären Regierung, denn eben *das* wäre dem Wesen der Sache nach die Körperschaft, die wirklich fähig ist, die konstituierende Versammlung einzuberufen. Man darf nur nicht, wie es unsere Kadettophilen so gern tun, vergessen, daß die provisorische Regierung vor allem ein *Organ des Aufstands* ist. Will die entschlafene Duma ein Organ des Aufstands sein? Wollen die Kadetten ein Organ des Aufstands sein? Bitte schön, meine Herren! Im *Kampf* freuen wir uns

über jeden Bundesgenossen aus der bürgerlichen Demokratie. Wäre euer Bündnis sogar — wir bitten um Verzeihung! — für uns nichts anderes, als es das Bündnis mit Frankreich für Rußland ist (d. h. eine Geldquelle), so würde uns auch das sehr freuen; wir sind Realpolitiker, meine Herren. Wenn aber die kadettische Teilnahme am Aufstand einfach ein leerer menschwistischer Traum ist — so können wir nur sagen: Von was für kleinen und kleinlichen Dingen ihr doch träumt, Genossen Menschewiki. Seht euch nur vor, daß ihr nicht eurer „unglücklichen Liebe“ zu den Kadetten zum Opfer fallt, die eure Leidenschaft nicht werden lohnen können...

Die Frage der provisorischen Regierung ist theoretisch bereits mehrfach klargestellt worden. Die Möglichkeit der Teilnahme der Sozialdemokraten ist bewiesen. Was aber jetzt interessiert, ist die andere, die *praktische* Seite dieser Frage, wie sie die Ereignisse des Oktober und Dezember *auf die Tagesordnung gesetzt haben*. Waren doch die Sowjets der Arbeiterdeputierten usw. *in der Tat* Keimzellen der provisorischen Regierung; hätte der Aufstand gesiegt, so wäre ihnen die Macht *unvermeidlich* zugefallen. Das Schwergewicht muß auf das Studium eben dieser geschichtlich gegebenen embryonalen Organe der neuen Macht, auf das Studium der Bedingungen ihrer Arbeit und *ihres Erfolges* verlegt werden. Das ist im Augenblick dringender und interessanter, als Vermutungen anzustellen über eine provisorische revolutionäre Regierung „im allgemeinen“.

V

Es bleibt uns noch übrig, auf den Zeitpunkt der Aktion einzugehen. Die zärtliche Liebe zur kadettischen Duma hat den rechten Flügel der Sozialdemokraten veranlaßt, die sofortige Aktion zu fordern. Dieser Gedanke hat ein volles Fiasko erlitten. Das Verhalten der Massen der Arbeiterklasse und der städtischen Bevölkerung überhaupt hat gezeigt, daß der Ernst der Lage erkannt oder empfunden wird. In Wirklichkeit erwartet man natürlich keineswegs einen Kampf um die Duma, sondern einen Kampf für den *Sturz* der alten Macht. Daß dieser Kampf hinausgeschoben wurde, war eine Folge der allgemeinen Stimmung, des Wunsches, sich auf einen wirklich entscheidenden und entschlossenen Kampf vorzubereiten

und sicherzustellen, daß die Kampfhandlungen miteinander in Einklang stehen.

Es ist möglich und vielleicht sogar am wahrscheinlichsten, daß infolge der wachsenden Erregung und im Anschluß an einen der unvermeidlichen plötzlichen Ausbrüche der neue Kampf ebenso spontan und unerwartet wie die früheren Kämpfe entbrennen wird. Wenn das der Fall ist, wenn sich ein solcher Gang der Entwicklung als unvermeidlich abzeichnet, dann werden wir auch keine Entscheidung über den Zeitpunkt der Aktion zu treffen brauchen, dann wird unsere ganze Aufgabe darin bestehen, unsere Agitation und unsere organisatorische Arbeit in allen oben aufgezeigten Richtungen zu verzehnfachen.

Vielleicht werden indes die Ereignisse von uns, den Führern, verlangen, daß wir den Zeitpunkt der Aktion bestimmen. Sollte dem so sein, so würden wir raten, die Aktion im gesamtrossischen Maßstab, den Streik und den Aufstand, auf das Ende des Sommers oder den Anfang des Herbstes, auf Mitte oder Ende August, anzusetzen. Es würde wichtig sein, die Bausaison in den Städten und die Beendigung der sommerlichen Feldarbeiten auszunutzen. Wenn es gelänge, eine Verständigung aller einflußreichen revolutionären Organisationen und Verbände über den Zeitpunkt der Aktion zu erzielen, dann wäre die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, eben zu der angesetzten Zeit die Aktion zu beginnen. Ein gleichzeitiger Kampfbeginn in ganz Rußland wäre ein gewaltiger Vorteil. Es hätte sogar wahrscheinlich keine verhängnisvolle Bedeutung, wenn die Regierung vom Zeitpunkt des Streiks unterrichtet wäre, handelt es sich doch nicht um eine Verschwörung, nicht um einen militärischen Überfall, der überraschend durchgeführt werden muß. Auf die Truppen in ganz Rußland hätte es wahrscheinlich besonders demoralisierende Wirkung, wenn sie Woche um Woche der Gedanke beunruhigen würde, daß der Kampf unvermeidlich ist, wenn man sie wochenlang in Bereitschaft hielte, während die verschiedensten Organisationen zusammen mit einer Masse von „parteilosen“ Revolutionären ihre Agitation immer zielbewußter betrieben. Einflußreiche Dumamitglieder aus den Reihen der Sozialdemokraten und Trudowiki könnten ebenfalls dazu beitragen, daß es gelingt, die Aktion überall gleichzeitig zu beginnen.

Vereinzelte und gänzlich nutzlose Ausbrüche, wie „Revolten“ der Soldaten und hoffnungslose Aufstände der Bauern, könnten vielleicht ver-

hindert werden, wenn das gesamte revolutionäre Rußland fest an die Unvermeidlichkeit dieses großen allgemeinen Kampfes glaubte.

Wir wollen jedoch wiederholen, daß dies nur im Falle einer vollen Verständigung *aller* einflußreichen Organisationen möglich ist. Andernfalls bleibt der alte Weg des spontanen Anwachsens der Erregung.

VI

Fassen wir kurz zusammen.

Die Auflösung der Duma bedeutet die völlige Rückkehr zur Selbstherrschaft. Die Möglichkeit einer gleichzeitigen Aktion in ganz Rußland wächst. Die Wahrscheinlichkeit der Verschmelzung aller Teilaufstände zu einem allgemeinen Aufstand wird größer. Wie nie zuvor fühlen die breiten Schichten der Bevölkerung, daß der politische Streik und der Aufstand als Kampf um die Macht unvermeidlich sind.

Unsere Aufgabe ist es, die breiteste Agitation für den gesamtrussischen Aufstand zu entfalten, die hiermit zusammenhängenden politischen und organisatorischen Aufgaben zu erklären, alle Kräfte anzuspannen, so daß jedermann die Unvermeidlichkeit dieses Aufstands erkennt, jedermann die Möglichkeit des gemeinsamen Ansturms sieht, so daß man nicht mehr zur „Revolte“ schreitet, nicht zur „Demonstration“, zu einfachen Streiks und Demolierungen, sondern zum Kampf um die Macht, zum Kampf, dessen Ziel der Sturz der Regierung ist.

Die ganze Situation ist der Erfüllung dieser Aufgabe günstig. Das Proletariat bereitet sich darauf vor, an die Spitze des Kampfes zu treten. Die revolutionäre Sozialdemokratie steht vor der verantwortlichen, schwierigen, aber großen und dankbaren Aufgabe, der Arbeiterklasse als der Vorhut des gesamtrussischen Aufstands zu helfen.

Dieser Aufstand wird die Selbstherrschaft stürzen und eine wirklich machtbefugte Volksvertretung, d. h. die konstituierende Versammlung, schaffen.

*

PS. Der vorliegende Artikel wurde *vor* Beginn des Sveaborger Aufstands³⁷ geschrieben.

ÜBER DIE ENTSENDUNG EINER DELEGATION NACH SVEABORG

Beschluß des Vollzugausschusses
des Petersburger Komitees der SDAPR

Im Zusammenhang mit den aus Sveaborg³⁸ eingetroffenen Extramelungen, wonach sich die Lage in dieser Stadt äußerst zugespitzt hat und die Möglichkeit besteht, daß es unverzüglich zu einem Ausbruch kommt, beschließt der Vollzugausschuß des St.-Petersburger Komitees der SDAPR:

1. unverzüglich nach Sveaborg eine Delegation, bestehend aus den Genossen N.N.N.N., zu entsenden;
2. diese Delegation zu beauftragen, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Lage an Ort und Stelle sorgfältig zu klären;
3. sie zu beauftragen, auf die dortigen Parteimitglieder, die Revolutionäre und die Bevölkerung überhaupt im Sinne eines Aufschubs der Aktion einzuwirken, falls das nur irgendwie möglich ist, ohne daß der Bevölkerung infolge Verhaftung bereits vorgemerakter Personen durch die Behörden größte Opfer erwachsen;
4. für den Fall, daß es völlig unmöglich sein sollte, den Ausbruch aufzuhalten, die gleiche Delegation zu beauftragen, sich aufs tatkräftigste an der Führung der Bewegung zu beteiligen, d. h. den Massen, die sich zum Kampf erhoben haben, behilflich zu sein, sich selbständig zu organisieren, die Reaktion zu entwaffnen und zu vernichten, nach gehöriger Vorbereitung entschlossene Offensivaktionen zu unternehmen und richtige, wirklich revolutionäre Losungen auszugeben, die geeignet sind, das ganze Volk mitzureißen.

Geschrieben am 16. (29.) Juli 1906.

*Zuerst veröffentlicht am 20. Dezember 1930
in der „Prawda“ Nr. 349.*

Nach dem Manuskript.

VOR DEM STURM

Ein Monat ist seit der Auflösung der Reichsduma verstrichen. Die erste Phase der Matrosen- und Soldatenaufstände und der Streiks, mit denen man die Aufständischen zu unterstützen versucht hat, ist vorüber. Hier und da hat der Eifer der Obrigkeit, die mit „verstärkten“ und „außerordentlichen“ Sicherheitsmaßnahmen die Regierung vor dem Volk schützen will, bereits nachzulassen begonnen. Die Bedeutung der hinter uns liegenden Etappe der Revolution tritt immer klarer hervor. Immer näher rollt eine neue Woge der Revolution heran.

Schwer und mühselig ist der Weg der russischen Revolution. Jedem Aufschwung, jedem Teilerfolg folgt eine Niederlage, folgt Blutvergießen, folgen wüste Ausschreitungen der Selbstherrschaft gegen die Freiheitskämpfer. Doch nach jeder „Niederlage“ wird die Bewegung immer breiter, der Kampf immer umfassender, die Masse der Klassen und Gruppen des Volkes, die in den Kampf hineingezogen werden und an ihm mitwirken, immer größer. Jedem Ansturm der Revolution, jedem Schritt vorwärts in der Organisierung der streitbaren Demokratie folgt ein geradezu wütender Ansturm der Reaktion, folgt ein Schritt vorwärts in der Organisierung der Schwarzhunderterelemente im Volk, jedesmal wächst die Unverfrorenheit der Konterrevolution, die verzweifelt um ihr Dasein kämpft. Aber die Kräfte der Reaktion schwinden trotz aller ihrer Anstrengungen unaufhaltsam. Auf die Seite der Revolution tritt ein immer größerer Teil der Arbeiter, Bauern und Soldaten, die gestern noch indifferent waren oder im Lager der Schwarzhunderter standen. Illusion um Illusion wird zerstört, immer mehr fallen die Vorurteile, die das russische Volk zu einem vertrauensseligen, geduldigen, treuherzigen, ergebenden, alles ertragenden und alles vergebenden Volk machten.

Der Selbstherrschaft sind zahlreiche Wunden geschlagen, aber sie ist noch nicht tot. Sie steckt vom Kopf bis zu den Füßen in Binden und Bandagen, aber sie hält sich noch aufrecht, lebt noch, ja, sie schlägt um so wütender um sich, je mehr sie blutet. Die revolutionären Klassen des Volkes aber, mit dem Proletariat an ihrer Spitze, nützen jede Atempause dazu aus, neue Kräfte zu sammeln, dem Feind immer neue Schläge zu versetzen, um endlich das verfluchte Geschwür des Asiatentums und der Leibeigenschaft, das Rußland vergiftet, mit glühendem Eisen auszubrennen.

Und es gibt kein sichereres Mittel, allen Kleinmut zu überwinden, alle engstirnigen, einseitigen und kleinlich-feigen Meinungen über die Zukunft unserer Revolution zu widerlegen, als einen Blick auf ihre Vergangenheit zu werfen. Kurz ist noch die Geschichte der russischen Revolution, aber sie hat schon zur Genüge bewiesen, uns schon zur Genüge gezeigt, daß die Kräfte der revolutionären Klassen und der Reichtum ihres geschichtlichen Schaffens viel größer sind, als es in Zeiten der Flaute scheinen mag. Jedesmal, wenn eine revolutionäre Welle anschwillt, erleben wir, wie sich unsichtbar und relativ lautlos die Kräfte zur Lösung einer neuen und höheren Aufgabe ansammeln, und jedesmal werden alle kurzsichtigen und kleinmütigen Beurteilungen der politischen Losungen durch den Ausbruch dieser angehäuften Kräfte widerlegt.

Drei Hauptabschnitte unserer Revolution sind deutlich erkennbar. Der erste Abschnitt umfaßt die Zeit des „Vertrauens“, die Zeit zahlloser Petitionen, Fürsprachen und Gesuche, die alle die Konstitution als notwendig bezeichnen. Der zweite Abschnitt umfaßt die Zeit der Konstitutions-Manifeste, -Akte und -Gesetze. Der dritte Abschnitt — den Beginn der Verwirklichung des Konstitutionalismus, die Zeit der Reichsduma. Anfänglich bat man den Zaren um eine Konstitution. Dann entriß man dem Zaren gewaltsam die feierliche Anerkennung der Konstitution. Jetzt ... jetzt, nach der Auflösung der Duma, wird man durch die eigenen Erfahrungen darüber belehrt, daß eine Konstitution, die vom Zaren verliehen, durch Zarengesetze anerkannt, durch Beamte des Zaren verwirklicht wird, keinen lumpigen Heller wert ist.

In jeder dieser Etappen sehen wir zunächst die liberale Bourgeoisie im Vordergrund; lärmend, prahlerisch, spießbürgerlich beschränkt und spießbürgerlich selbstzufrieden, von vornherein überzeugt von ihren „Erbrech-

ten“, unterweist sie herablassend den „geringeren Bruder“ in friedlichem Kampf, in loyaler Opposition und in Kompromissen zwischen Volksfreiheit und Zarenregierung. Und jedesmal hat diese liberale Bourgeoisie die Gemüter gewisser Sozialdemokraten (des rechten Flügels) verwirrt und diese ihren politischen Losungen, ihrer politischen Führung unterworfen. Währenddessen aber wuchsen und reiften ungeachtet des Lärms der liberalen Kannegießerei die revolutionären Kräfte der Volksmassen. Währenddessen übernahmen die *Lösung* der von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellten politischen Aufgaben jedesmal die Proletarier, die die fortgeschrittene Bauernschaft mit sich fortrissen, die auf die Straße gingen, die alten Gesetze und die alten Rahmen zerbrachen und der Welt neue Formen, Methoden und Kombinationen der Mittel des offenen revolutionären Kampfes gaben.

Man erinnere sich des 9. Januar. Wie unerwartet für jedermann haben damals die Arbeiter durch ihre heldenhafte Aktion der Zeit des „Vertrauens“ des Zaren zum Volk und des Volkes zum Zaren ein Ende gemacht! Und wie haben sie mit einem Schlage die gesamte Bewegung auf eine neue, höhere Stufe gehoben! Dabei war doch äußerlich gesehen der 9. Januar eine völlige Niederlage: Tausende getöteter Proletarier, wütende Repressalien, die dunkle Wolke des Trepow-Regimes über ganz Rußland.

Die Liberalen standen wieder im Vordergrund. Sie veranstalteten glanzvolle Tagungen, sandten effektvolle Deputationen zum Zaren. Sie klammerten sich mit beiden Händen an das Almosen, das man ihnen hinwarf: die Bulyginsche Duma. Wie Hunde, die einen fetten Bissen erblickt haben, begannen sie nunmehr die Revolution anzuknurren; sie forderten die Studenten auf, zu studieren, statt sich mit Politik zu beschäftigen. Die Kleinmütigen unter den Anhängern der Revolution aber erklärten jetzt: Gehen wir in die Duma, nach dem „Potjomkin“ ist ein bewaffneter Aufstand hoffnungslos, nach dem Friedensschluß ist eine Massenaktion unwahrscheinlich.

Wiederum war es allein dem revolutionären Kampf des Proletariats vorbehalten, die nächste historische Aufgabe wirklich zu lösen. Das Manifest, das das Versprechen der Konstitution enthielt, wurde durch den Generalstreik vom Oktober erzwungen. Bauern und Soldaten begannen Mut zu schöpfen und sich im Gefolge der Arbeiter zur Freiheit und zum

Licht emporzurecken. Es begannen kurze Wochen der Freiheit, nach ihnen aber — Wochen der Pogrome, des bestialischen Wütens der Schwarzhunderter, einer furchtbaren Verschärfung des Kampfes, einer unerhört blutigen Abrechnung mit all denen, die zu den Waffen gegriffen hatten, um die dem Zaren entrissenen Freiheiten zu verteidigen.

Wiederum wurde die Bewegung auf eine höhere Stufe gehoben, und wieder sah es aus, als hätte das Proletariat eine völlige Niederlage erlitten: wütende Repressalien, überfüllte Kerker, zahllose Hinrichtungen, schändliches Gezeter der Liberalen, die sich vom Aufstand und von der Revolution lossagten.

Wieder stehen die Spießbürger des loyalen Liberalismus im Vordergrund. Sie schlagen Kapital ans dem letzten Vorurteil der Bauern, die an den Zaren glauben. Sie versuchen glauben zu machen, daß von einem Wahlsieg der Demokratie die Mauern Jerichos fallen werden. Sie dominieren in der Duma und beginnen wiederum, sich gegenüber dem Proletariat und der revolutionären Bauernschaft aufzuführen wie satte Hofhunde gegenüber „Bettlern“.

Die Auflösung der Duma bildet das Ende der liberalen Hegemonie, die die Revolution gebremst und niedergehalten hat. Mehr als alle anderen hat die Bauernschaft von der Duma gelernt. Ihr Gewinn ist jetzt, daß sie die schädlichsten Illusionen verliert. Und das ganze Volk ist nach den Erfahrungen mit der Duma nicht mehr das, was es früher war. Infolge des Scheiterns der Volksvertretung, auf die viele alle ihre Hoffnungen gesetzt hatten, wird die nächste Aufgabe konkreter beurteilt und klarer erkannt. Die Duma hat geholfen, genauer die Kräfte zu messen, sie hat zumindest bestimmte Elemente der Volksbewegung zusammengeführt, sie hat in der Praxis gezeigt, wie die verschiedenen Parteien handeln, sie hat immer neuen Massen aufs anschaulichste das Gesicht der Partei der liberalen Bourgeoisie und der Partei der Bauernschaft gezeigt.

Die Entlarvung der Kadetten und der Zusammenschluß der Trudowiki, das sind zwei der wichtigsten Errungenschaften der Dumaperiode. Der verlogene Demokratismus der Kadetten ist Dutzende Male in der Duma selbst gebrandmarkt worden, und das von Leuten, die bereit waren, an die Kadetten zu glauben. Der unwissende russische Bauer hat aufgehört, eine politische Sphinx zu sein. Trotz aller Verstümmelung der Wahlfreiheit hat er es vermocht, in Erscheinung zu treten, hat er den neuen poli-

tischen Typus des Trudowiks geschaffen. Von nun an werden die revolutionären Manifeste³⁹ neben den Unterschriften jener Organisationen und Parteien, die sich im Laufe von Jahrzehnten herausgebildet haben, auch die Unterschrift der Trudowikigruppe tragen, die im Verlauf einiger Wochen entstanden ist. Die revolutionäre Demokratie ist um eine neue Organisation reicher geworden, die natürlich nicht wenig Illusionen des kleinen Produzenten teilt, die aber in der gegenwärtigen Revolution zweifellos die Tendenz eines rückhaltlosen Massenkampfes gegen die asiatische Selbstherrschaft und den fröherrlichen Großgrundbesitz zum Ausdruck bringt.

Die Erfahrung, die die revolutionären Klassen mit der Duma gemacht haben, hat sie zusammengeführt, einander nähergebracht und besser zum gemeinsamen Ansturm befähigt. Der Selbstherrschaft ist eine weitere Wunde geschlagen. Sie ist noch mehr isoliert. Sie steht den Aufgaben, die ihre Kräfte ohnehin bei weitem übersteigen, noch hilfloser gegenüber. Hunger und Arbeitslosigkeit aber werden immer stärker. Immer häufiger flackern Bauernaufstände auf.

Sveaborg und Kronstadt haben die Stimmung der Truppen gezeigt. Die Aufstände sind unterdrückt, aber der Aufstand lebt, wächst in die Breite und erstarkt. Dem Streik zur Unterstützung der Aufständischen haben sich viele Elemente angeschlossen, die gewöhnlich Schwarzhundertereinflüssen zugänglich sind. Diesen Streik haben die fortgeschrittenen Arbeiter eingestellt, und sie haben recht daran getan, denn der Streik war zu einer Demonstration geworden, während die wirkliche Aufgabe der große und entschlossene Kampf ist.

Die fortgeschrittenen Arbeiter haben die Situation richtig erkannt. Sie haben eine strategisch falsche Aktion schnell korrigiert und ihre Kräfte für den kommenden Kampf aufgespart. Sie haben instinktiv erkannt, daß ein Streik, der mit dem Aufstand verbunden ist, unvermeidlich, ein Demonstrationstreik aber schädlich ist.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Erregung wächst. Ein Ausbruch ist unvermeidlich und vielleicht nicht mehr fern. Die Hinrichtungen von Sveaborg und Kronstadt, die Strafexpeditionen gegen die Bauern, die Hetze gegen die Dumamitglieder der Trudowiki, das alles schürt nur den Haß, aus alldem erwächst Entschlossenheit und zielstrebige Kampfbereitschaft. Mehr Mut, Genossen, mehr Glauben an die Kraft der revo-

lutionären Klassen, die aus den neuen Erfahrungen gelernt haben, und vor allem an die Kraft des Proletariats, mehr selbständige Initiative! Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß wir vor einem großen Kampf stehen. Alle Kräfte müssen darauf gerichtet werden, daß der Kampf überall gleichzeitig geführt wird, daß er zielstrebig und mit dem gleichen Heldenmut geführt wird, den die Massen in all den großen Etappen der großen russischen Revolution an den Tag gelegt haben. Mögen die Liberalen feige auf diesen herannahenden Kampf hindeuten, einzig und allein, um der Regierung Angst zu machen; mögen diese beschränkten Spießbürger ihr ganzes „Sinnen und Trachten“ auf neue Wahlen richten — das Proletariat rüstet zum Kampf, geht einmütig und zuversichtlich dem Sturm entgegen, bereit, sich in die heißeste Schlacht zu stürzen. Genug der Hegemonie der feigen Kadetten, dieser „dummen Pinguine“, die „feige ihren feisten Leib im Felswerk bergen“!

„Mag der Sturm noch stärker brausen!“⁴⁰

„Proletari“ Nr. 1,
21. August 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

UBER DEN BOYKOTT

Die Sozialdemokraten des linken Flügels müssen die Frage des Boykotts der Reichsduma von neuem überprüfen. Es sei daran erinnert, daß wir diese Frage stets konkret, in Abhängigkeit von der jeweiligen politischen Situation behandelt haben. So hat zum Beispiel schon der (Genfer) „Proletari“⁴¹ geschrieben, „es wäre lächerlich, wollte man geloben, die Duma, und sei es die Bulyginsche, nicht auszunutzen“*, wenn sie das Licht der Welt erblicken sollte. Und über die Wittesche Duma lesen wir in der Broschüre „Die Reichsduma und die Sozialdemokratie“ (N. Lenin und Th. Dan) in dem Artikel von N. Lenin: „Wir müssen die Frage der Taktik unbedingt von neuem und rein sachlich erörtern... Die Situation ist heute nicht dieselbe“ wie zur Zeit der Bulyginschen Duma. (Siehe S. 2 der genannten Broschüre.)**

Zwischen der revolutionären und der opportunistischen Sozialdemokratie besteht in der Frage des Boykotts der folgende Hauptunterschied. Die Opportunisten beschränken sich darauf, auf jeden beliebigen Fall ein und dieselbe, einer bestimmten Periode des deutschen Sozialismus entlehnte Schablone anzuwenden. Wir müssen die Vertretungskörperschaften ausnutzen, die Duma ist eine solche Körperschaft — folglich ist Boykott Anarchismus, und man muß in die Duma gehen. In solch kindlich-einfachen Syllogismen haben sich stets alle Betrachtungen erschöpft, die unsere Menschewiki und insbesondere Plechanow über dieses Thema angestellt haben. Die Resolution der Menschewiki über die Bedeutung von Vertretungskörperschaften in einer revolutionären Epoche (siehe Nr. 2

* Siehe Werke, Bd. 9, S. 175. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 10, S. 93. *Die Red.*

der „Partinyje Iswestija“⁴²⁾ zeigt ganz besonders deutlich diesen schablonenhaften, unhistorischen Charakter ihrer Betrachtungen.

Die revolutionären Sozialdemokraten hingegen legen das Schwergewicht ausdrücklich auf die eingehende Untersuchung der konkreten politischen Lage. Man kann den Aufgaben der russischen revolutionären Epoche nicht gerecht werden, wenn man deutsche Schablonen abschreibt und diese noch dazu einseitig der neueren Zeit — ohne Berücksichtigung der Lehren von 1847/1848 — entnimmt. Man kann unmöglich den Gang unserer Revolution verstehen, wenn man sich auf eine nackte Gegenüberstellung von „anarchistischem“ Boykott und sozialdemokratischer Wahlbeteiligung beschränkt. Lernt doch aus der Geschichte der russischen Revolution, meine Herren!

Diese Geschichte hat *bewiesen*, daß der Boykott der Bulyginschen Duma die einzig richtige Taktik war, die durch die Ereignisse in vollem Umfang gerechtfertigt wurde. Wer das vergißt, wer über den Boykott schwätzt und sich dabei über die Lehren der Bulyginschen Duma hinwegsetzt (wie es die Menschewiki stets tun), der stellt sich selbst ein glattes Armutzeugnis aus, der bezeugt seine Unfähigkeit, eine der wichtigsten und ereignisreichsten Etappen der russischen Revolution zu erklären und auszuwerten. Die Taktik des Boykotts der Bulyginschen Duma hat sowohl der Stimmung des revolutionären Proletariats als auch den objektiven Besonderheiten des Augenblicks Rechnung getragen, die in kürzester Frist eine allgemeine Explosion auslösen mußten.

Gehen wir zur *zweiten* Lehre der Geschichte über, zur Witteschen Kadettenduma. Heutzutage kann man auf Schritt und Tritt reumütige Reden sozialdemokratischer Intellektueller über den Boykott dieser Duma hören. Die Tatsache, daß diese Duma zusammengetreten ist und mittelbar der Revolution zweifellos einen Dienst erwiesen hat, betrachtet man als hinreichenden Grund, um den Boykott der Witteschen Duma reumütig für einen Fehler zu erklären.

Eine solche Ansicht aber ist äußerst einseitig und kurzsichtig. Sie berücksichtigt nicht eine ganze Reihe äußerst wichtiger Tatsachen aus der Zeit vor und während der Witteschen Duma sowie nach ihrer Auflösung. Man erinnere sich, daß das Gesetz über die Wahlen zu dieser Duma⁴³⁾ am 11. Dezember, während des bewaffneten Kampfes der Aufständischen für die konstituierende Versammlung, erlassen wurde. Man erinnere sich,

daß selbst das menschewistische „Natschalo“ [Der Anfang] damals schrieb: „Das Proletariat wird die Wittesche Duma ebenso hinwegfegen, wie es die Bulyginsche Duma hinweggefegt hat.“ Unter solchen Umständen konnte und durfte das Proletariat die Einberufung der ersten russischen Volksvertretung nicht kampfflos dem Zaren überlassen. Das Proletariat mußte gegen den Versuch kämpfen, die Selbstherrschaft durch eine Anleihe zu festigen, für die die Wittesche Duma die Garantie übernehmen sollte. Das Proletariat mußte gegen die konstitutionellen Illusionen kämpfen, auf denen im Frühjahr 1906 die ganze Wahlkampagne der Kadetten und die Wahlen unter der Bauernschaft aufgebaut waren. In dieser Zeit der maßlosen Überschätzung der Duma konnte ein solcher Kampf nicht anders geführt werden als durch den Boykott. In wie hohem Maße mit der Beteiligung an der Wahlkampagne und an den Wahlen im Frühjahr 1906 die *Verbreitung* der konstitutionellen Illusionen verbunden war, ist am deutlichsten am Beispiel unserer Menschewiki ersichtlich. Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß in der Resolution des IV. (Vereinigungs-) Parteitags der SDAPR die Duma ungeachtet der Warnungen der Bolschewiki als „Macht“ bezeichnet wurde! Ein anderes Beispiel: Plechanow, von des Gedankens Blässe nicht angekränkt, schrieb: „Die Regierung wird in den Abgrund stürzen, sobald die Duma auseinandergejagt wird.“ Wie rasch hat sich das, was damals gegen ihn gesagt wurde, als richtig erwiesen: Wir müssen uns dazu rüsten, den Feind in den Abgrund zu stoßen, und nicht wie die Kadetten unsere Hoffnungen darauf setzen, daß er von selbst in den Abgrund „stürzt“.*

Das Proletariat mußte mit allen Kräften seine selbständige Taktik in unserer Revolution behaupten: zusammen mit der politisch bewußten Bauernschaft gegen die schwankende und verräterische liberal-monarchistische Bourgeoisie. Diese Taktik aber war bei den Wahlen zur Witteschen Duma *unmöglich*, war unmöglich auf Grund einer ganzen Reihe sowohl objektiver als auch subjektiver Bedingungen, infolge deren für die weitaus meisten Gegenden Rußlands eine Wahlbeteiligung einer stillschweigenden Unterstützung der Kadetten durch die Arbeiterpartei gleichgekommen wäre. Das Proletariat konnte und durfte nicht eine Taktik der Halbheiten, eine künstlich ausgeklügelte, auf „Schläue“ und Konfusion aufgebaute Taktik verfolgen, eine Taktik, bei der man wählte, ohne zu

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 482. Die Red.

wissen wofür, bei der man an den Dumawahlen teilnahm, aber nicht zur Duma wählte. Und es ist eine geschichtliche Tatsache, die kein Totschweigen, keine Ausflüchte und Winkelzüge der Menschewiki aus der Welt zu schaffen vermögen — es ist eine Tatsache, daß *niemand* von ihnen, und nicht einmal Plechanow, in der Presse aufrufen *konnte*, in die Duma zu gehen. Es ist eine Tatsache, daß in der Presse *nicht eine einzige* Stimme laut wurde, die aufgefodert hätte, in die Duma zu gehen. Es ist eine Tatsache, daß die Menschewiki selbst sich in der Flugschrift des Vereinigten ZK der SDAPR offiziell zum Boykott bekannten; die Meinungen gingen *lediglich* darin auseinander, in welchem Stadium man zum Boykott greifen soll. Es ist eine Tatsache, daß die Menschewiki das Schwergewicht nicht auf die Wahlen zur Duma, sondern auf die Wahlen *an sich*, ja sogar auf den Prozeß der Wahlen als eine Organisation für den Aufstand, für die Beseitigung der Duma legten. Die Ereignisse indes haben gerade gezeigt, daß eine Massenagitation bei den Wahlen unmöglich war, daß lediglich eine gewisse Möglichkeit bestand, aus der Duma selbst heraus eine Massenagitation zu entfalten.

Wer den Versuch macht, alle diese komplizierten Tatsachen sowohl objektiver als auch subjektiver Natur wirklich in Betracht zu ziehen und auszuwerten, der sieht, daß der Kaukasus nur eine Ausnahme war, die die Regel bestätigt. Der sieht, daß die reumütigen Reden und der Versuch, den Boykott mit „jugendlichem Übereifer“ zu erklären, die allerengstirnigste, oberflächlichste und kurzsichtigste Bewertung der Ereignisse darstellen.

Die Auflösung der Duma hat jetzt anschaulich gezeigt, daß der Boykott unter den Verhältnissen des Frühjahrs 1906 zweifellos im allgemeinen taktisch richtig und von Nutzen war. Nur durch den Boykott konnte die Sozialdemokratie unter den *damaligen* Verhältnissen ihre Pflicht erfüllen: die notwendige Warnung des Volkes vor der Konstitution des Zaren und die notwendige Kritik an der kadettischen Scharlatanerie in der Zeit der Wahlen, die beide (Kritik und Warnung) durch die Auflösung der Duma glänzend gerechtfertigt wurden.

Hier ein kleines Beispiel zur Veranschaulichung des Gesagten. Herr Wodowosow, dieser halbe Kadett und halbe Menschewik, verfocht im Frühjahr 1906 mit Leib und Seele die Wahlen und die Unterstützung der Kadetten. Gestern (11. August) schrieb er im „Towarischtsch“⁴⁴, die

Kadetten „wollten eine parlamentarische Partei in einem Lande sein, das kein Parlament hat, und eine konstitutionelle Partei in einem Lande, das keine Konstitution hat“; „der ganze Charakter der Kadettenpartei wird bestimmt durch den grundlegenden Widerspruch zwischen ihrem radikalen Programm und ihrer keineswegs radikalen Taktik“.

Einen größeren Triumph als dies Eingeständnis des linken Kadetten oder rechten Plechanowmannes konnten sich die Bolschewiki gar nicht wünschen.

Wenn wir aber auch die kleinmütigen und kurzsichtigen Reuebekenntnisse unbedingt ablehnen, wenn wir den kindischen Versuch ablehnen, den Boykott mit „jugendlichem Übereifer“ zu erklären, so liegt uns doch der Gedanke fern, die *neuen* Lehren der kadettischen Duma zu leugnen. Es wäre Pedanterie, würde man sich fürchten, diese neuen Lehren offen anzuerkennen und ihnen Rechnung zu tragen. Die Geschichte hat gezeigt, daß der Zusammentritt der Duma die Möglichkeit bietet, eine nützliche Agitation innerhalb der Duma und um die Duma herum zu entfalten; daß eine Taktik der Annäherung an die revolutionäre Bauernschaft gegen die Kadetten innerhalb der Duma möglich ist. So paradox es scheinen mag, aber es ist dies zweifellos die Ironie der Geschichte: Gerade die kadettische Duma hat den Massen besonders anschaulich gezeigt, daß diese „antikadettische“ — wie wir der Kürze halber sagen wollen — Taktik richtig war. Die Geschichte hat alle konstitutionellen Illusionen und allen „Glauben an die Duma“ rücksichtslos zerstört, aber die Geschichte hat zweifellos bewiesen, daß eine solche Einrichtung als Tribüne zur Agitation, zur Entlarvung des wahren „Wesens“ der politischen Parteien usw. der Revolution einen gewissen, wenn auch bescheidenen Nutzen bringt.

Hieraus ergibt sich die Schlußfolgerung; es wäre lächerlich, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen. Eben jetzt ist eine Zeit gekommen, wo die revolutionären Sozialdemokraten aufhören müssen, Boykottisten zu sein. Wir werden es nicht ablehnen, in die zweite Duma zu gehen, sobald (oder „wenn“) sie einberufen wird. Wir werden es nicht ablehnen, diese Kampfarena auszunutzen, werden aber keineswegs ihre bescheidene Bedeutung überschätzen, sondern sie im Gegenteil, gestützt auf die geschichtlichen Erfahrungen, völlig einem anderen Kampf unterordnen — dem Kampf vermittels des Streiks, des Aufstands usw. Wir werden den V. Parteitag einberufen; wir werden dort beschließen, daß *im Falle von*

Wahlen für einige Wochen ein Wahlabkommen mit den Trudowiki geschlossen werden soll (ohne Einberufung des V. Parteitags ist eine einheitliche Wahlkampagne unmöglich, und alle „Blocks mit anderen Parteien“ sind durch einen Beschluß des IV. Parteitags unbedingt verboten). Und wir werden dann die Kadetten aufs Haupt schlagen.

Diese Schlußfolgerung aber erschöpft bei weitem noch nicht die ganze Kompliziertheit der Aufgabe, vor der wir stehen. Wir haben absichtlich die Worte „im Falle von Wahlen“ usw. unterstrichen. Wir wissen noch nicht, ob eine zweite Duma einberufen wird, wann die Wahlen stattfinden werden, wie das Wahlrecht aussehen wird, wie sich dann die Verhältnisse gestalten werden. Unsere Schlußfolgerung weist daher einen Mangel auf, sie ist äußerst allgemein: sie ist notwendig, um das Fazit aus der Vergangenheit zu ziehen, um die Lehren dieser Vergangenheit auszuwerten, um die künftigen taktischen Fragen richtig bestimmen zu können, aber sie ist noch durchaus unzureichend für die Lösung der konkreten Aufgaben der Taktik der nächsten Zeit.

Nur Kadetten und alle möglichen „Kadettophilen“ können sich heute mit einer solchen Schlußfolgerung begnügen, können sich aus ihren sehnüchtigen Seufzern nach einer neuen Duma eine „Losung“ schaffen, können ihre Aufgabe darin sehen, der Regierung die Notwendigkeit der schleunigsten Einberufung der Duma und dergleichen mehr zu beweisen. Nur bewußte oder unbewußte Verräter der Revolution können jetzt alle ihre Anstrengungen darauf richten, den unvermeidlichen neuen Aufschwung der Stimmung und der Erregung in die Wahlen ausmünden zu lassen und nicht in den Kampf vermittels des Generalstreiks und des Aufstands.

Wir sind zum Kern der Frage gelangt, welche Taktik die Sozialdemokratie gegenwärtig befolgen muß. Durchaus nicht darum handelt es sich jetzt, ob wir uns überhaupt an den Wahlen beteiligen sollen. Hier „ja“ oder „nein“ sagen heißt durchaus noch nicht, etwas über die Grundaufgabe des gegenwärtigen Augenblicks sagen. Die politische Lage vom August 1906 ist äußerlich der Lage vom August 1905 ähnlich, seit dieser Zeit aber haben wir einen gewaltigen Schritt vorwärts getan: viel genauer sind sowohl die Kräfte, die auf der einen und auf der anderen Seite kämpfen, als auch die Formen des Kampfes und bestimmte Fristen umrissen, die für diese oder jene strategische Bewegung, wenn man sich so ausdrücken darf, erforderlich sind.

Der Plan der Regierung ist klar. Sie hat durchaus richtig gerechnet, als sie den Zeitpunkt der Einberufung der Duma festsetzte, ohne — *entgegen dem Gesetz* — den Zeitpunkt der Wahlen festzusetzen. Die Regierung will sich nicht die Hände binden, will nicht ihre Karten aufdecken. Erstens gewinnt sie Zeit, sich zu überlegen, wie sie das Wahlgesetz ändern soll. Zweitens — und das ist die Hauptsache — behält sie sich vor, die Wahlen für einen Zeitpunkt anzusetzen, in dem der Charakter des neuen Aufschwungs und seine Kraft genau bestimmt werden können. Die Regierung will die neuen Wahlen gerade für einen solchen Zeitpunkt (vielleicht auch in einer solchen Form, d. h. solche oder andere Wahlen) ansetzen, damit *ein Aufstand gleich zu Beginn zersplittert und zur Ohnmacht verurteilt wird*. Die Regierung überlegt richtig: Wenn alles ruhig bleibt, werden wir vielleicht die Duma überhaupt nicht einberufen oder zu den Bulygin'schen Gesetzen zurückkehren. Im Falle einer starken Bewegung aber könnte man versuchen, sie dadurch zu zersplittern, daß man vorübergehend Wahlen ausschreibt, durch die diese oder jene Feiglinge oder Einfaltspinsel vom direkten revolutionären Kampf fortgelockt werden.

Die liberalen Hohlköpfe (siehe „Towarischtsch“ und „Retsch“) verstehen die Lage so wenig, daß sie selbst in die Netze gehen, die die Regierung stellt. Im Schweiß ihres Angesichts suchen sie zu „beweisen“, daß die Duma notwendig und daß es *wünschenswert* sei, den Aufschwung in die Wahlen ausmünden zu lassen. Aber nicht einmal sie können leugnen, daß die Form des nächsten Kampfes noch eine offene Frage bleibt. Die heutige „Retsch“ (vom 12. August) gibt zu: „Was die Bauern im Herbst sagen werden... ist einstweilen ungewiß.“ „Vor September/Oktober, bis sich endgültig herausstellen wird, wie die Stimmung der Bauern ist, lassen sich wohl kaum irgendwelche allgemeinen Voraussagen machen.“

Die liberalen Bourgeois bleiben sich treu. Sie wollen und können sich nicht aktiv daran beteiligen, die Kampfformen auszuwählen und die Stimmung der Bauern in der einen oder der anderen Richtung zu beeinflussen. Die Interessen der Bourgeoisie erfordern nicht den Sturz der alten Macht, sondern nur ihre Schwächung und die Ernennung eines liberalen Kabinetts.

Die Interessen des Proletariats erfordern den völligen Sturz der alten Zarenmacht und die Einberufung einer machtvollkommenen konstituierenden Versammlung. Die Interessen des Proletariats erfordern, daß es

aufs aktivste die Stimmung der Bauernschaft beeinflußt, daß es aufs aktivste teilnimmt an der Wahl der wirkungsvollsten Kampfformen und des geeignetsten Zeitpunkts für den Kampfbeginn. Wir dürfen keinesfalls die Losung: Einberufung der konstituierenden Versammlung auf revolutionärem Wege, d. h. durch die provisorische revolutionäre Regierung, zurückziehen oder vertuschen. Wir müssen alle unsere Anstrengungen darauf richten, die Bedingungen des Aufstands klarzustellen — die Verbindung des Aufstands mit dem Streikkampf, Zusammenschluß und Vorbereitung aller revolutionären Kräfte für dieses Ziel usw. Wir müssen mit voller Entschlossenheit den Weg betreten, der vorgezeichnet ist in den bekannten Aufrufen „An die Armee und Flotte“ und „An die gesamte Bauernschaft“ — Aufrufe, die vom „Block“ aller revolutionären Organisationen einschließlich der Trudowikigruppe unterzeichnet sind. Wir müssen schließlich insbesondere dafür sorgen, daß es der Regierung auf keinen Fall gelingt, den beginnenden Aufstand durch Anberaumung der Wahlen zu zersplittern, zum Stillstand zu bringen oder zu schwächen. In dieser Hinsicht müssen die Lehren der kadettischen Duma für uns unbedingt verpflichtend sein: die Dumakampagne ist eine untergeordnete, zweitrangige Kampfform, Hauptform des Kampfes bleiben — kraft der objektiven Bedingungen der gegenwärtigen Lage — die unmittelbar revolutionären Bewegungen der breiten Volksmassen.

Eine Taktik, die dergestalt die Dumakampagne dem Hauptkampf unterordnet, dieser Kampagne den zweiten Platz zuweist für den Fall, daß die Schlacht mit einer Niederlage endet oder sich solange verzögert, bis die Lehren aus der zweiten Duma gezogen sind — eine solche Taktik kann man natürlich, wenn man will, als die alte Boykott-Taktik bezeichnen. Formell läßt sich eine solche Bezeichnung verteidigen, denn die „Vorbereitung zu Wahlen“ läuft — abgesehen von der stets notwendigen Agitations- und Propagandaarbeit — auf die allerkleinsten technischen Vorbereitungen hinaus, die sehr selten lange vor den Wahlen getroffen werden können. Wir wollen nicht über Worte streiten, jedoch im wesentlichen handelt es sich um die folgerichtige *Entwicklung* der alten Taktik, nicht aber um ihre *Wiederholung*, um die Schlußfolgerung aus dem früheren Boykott, nicht aber um den früheren Boykott selbst.

Fassen wir zusammen. Wir müssen die Erfahrungen mit der kadettischen Duma berücksichtigen und die gewonnenen Lehren in die Massen

tragen. Wir müssen nachweisen, daß die Duma ein „untaugliches“ Werkzeug ist, daß eine konstituierende Versammlung erforderlich ist, wir müssen die schwankende Haltung der Kadetten aufzeigen, müssen fordern, daß die Trudowiki das Joch der Kadetten abwerfen, müssen die Trudowiki gegen die Kadetten unterstützen. Wir müssen von vornherein feststellen, daß im Falle von neuen Wahlen ein Wahlabkommen zwischen Sozialdemokraten und Trudowiki notwendig ist. Wir müssen mit aller Kraft dem Plan der Regierung, den Aufstand durch Anberaumung der Wahlen zu zersplittern, entgegenwirken. Die Sozialdemokratie muß mit noch größerer Kraft ihre erprobten revolutionären Losungen vertreten und alle Anstrengungen darauf richten, alle revolutionären Elemente und Klassen fester zusammenschließen, den wahrscheinlich schon in nächster Zukunft zu erwartenden Aufschwung zu einem allgemeinen bewaffneten Volksaufstand gegen die Zarenregierung zu machen.

Geschrieben am 12. (25.) August 1906.

*Veröffentlicht am 21. August 1906
im „Proletari“ Nr. 1.*

Nach dem Text des „Proletari“.

DIE POLITISCHE KRISE UND DAS FIASKO DER OPPORTUNISTISCHEN TAKTIK

I

Die Auflösung der Duma war zweifellos das Kennzeichen einer schweren politischen Krise im Fortgang der russischen Revolution. Sie hat, wie jede Krise, alle politischen Widersprüche aufs äußerste zugespitzt, die tieferen Ursachen vieler Erscheinungen aufgedeckt und dem Volke in ihrer ganzen Größe die Aufgaben gezeigt, die bisher nur in groben Umrissen erkennbar und den breiten Massen nicht wirklich bewußt geworden waren. Wie jede Krise, die das Fazit der ganzen vorangegangenen Entwicklungsperiode zieht, mußte sich auch die Auflösung der Duma als Prüfstein für die taktischen Anschauungen der verschiedenen Richtungen erweisen. Einerseits schließt die Krise einen gewissen Zyklus der Entwicklung ab und ermöglicht somit, konkret festzustellen, ob diese Entwicklung im allgemeinen richtig oder falsch beurteilt worden ist. Andererseits zwingt die Krise, auf eine ganze Reihe unmittelbar akut werdender Fragen umgehend Antwort zu erteilen, wobei diese Antworten infolge des schnellen Ganges der Ereignisse nicht selten sofort, sozusagen an Ort und Stelle, auf ihre Richtigkeit geprüft werden.

Die Auflösung der Duma erwies sich als eben solcher „Prüfstein“ für die „zwei Taktiken“ in der russischen Sozialdemokratie, die sich seit langem abzuzeichnen begonnen hatten. Im Verlauf der „Dumaperiode“ stritten wir mehr oder minder ruhig über diese zwei Taktiken, denn die politische Lage erforderte keine unverzüglichen großen politischen Entscheidungen. Die Auflösung der Duma machte diese Entscheidungen sofort notwendig. Die „zwei Taktiken“ wurden angesichts der politischen Krise

auf die Probe gestellt. Und den Ergebnissen dieser Probe müssen wir die größte Beachtung schenken.

II

Das ZK unserer Partei befindet sich in den Händen der Sozialdemokraten des rechten Flügels. Von ihnen wurden jetzt schnelle, präzise und klare Antworten auf neue taktische Fragen gefordert. Wie nun sehen diese Antworten aus?

Die Hauptfrage, die Frage des allgemeinen Charakters des bevorstehenden Kampfes, beantwortet das ZK zunächst mit der Losung „Für die Wiederaufnahme der Dumatagungen“. Die Kadetten greifen diese Losung auf (siehe die „Retsch“ und das Interview mit Herrn Kedrin im „Oko“ [Das Auge]). Die Sozialdemokratische Partei lehnt diese Losung ab. Die bolschewistischen Mitglieder des ZK und das St.-Petersburger Parteikomitee erheben Einspruch. Das ZK läßt die erste Losung fallen und gibt als zweite Losung aus: „Verteidigung der Duma gegen die Kamarilla zwecks Einberufung einer konstituierenden Versammlung.“ Zu guter Letzt geht aus dieser zweiten die dritte, letzte Losung hervor: „Für die Duma als Machtorgan, das eine konstituierende Versammlung einberuft.“ Trotz des Protestes der Sozialdemokraten des linken Flügels bleibt das ZK bei dieser Losung. Auf dem Gebiet der Losungen herrscht also völlige Kopflosigkeit.

Die zweite Frage: Welche Kampfform soll empfohlen werden? Das ZK neigt vor allem zu einem Demonstrationsstreik. Es möchte zum sofortigen Streik aufrufen, bleibt aber mit dieser Ansicht unter allen revolutionären Parteien und Organisationen allein. Darauf unterzeichnet es Aufrufe, die zum *Aufstand* auffordern (die Aufrufe „An die Armee und Flotte“ und „An die gesamte russische Bauernschaft“). Doch kaum hat es vom Demonstrationsstreik einen Schritt vorwärts zu Streik und Aufstand getan, als es sich auch schon beeilt, einen Schritt zurück zu tun, und zu „einzelnen Bekundungen des Massenprotestes“ aufruft.

Die dritte Kernfrage: Mit wem zusammen sollen wir in den Kampf gehen? Auf welche Schichten der bürgerlichen Demokratie können wir rechnen oder mit welchen sollen wir in erster Linie rechnen? An welche Parteien oder Organisationen sollen wir eine Annäherung erstreben? Das

ZK paßt, wie wir gesehen haben, sowohl seine Losungen als auch die von ihm empfohlenen Kampfformen dem Niveau der „Duma als Ganzes“, dem Niveau der Kadetten an. Aber — „Du magst die Natur zur Tür hinausjagen, sie kommt durchs Fenster wieder herein!“ Das ZK ist *gezwungen*, die Aufrufe an das Heer, an die Bauernschaft, „an das ganze Volk“ *ausschließlich* im Verein mit den revolutionären Organisationen, *ausschließlich* im Verein mit den *Trudowiki* (aus den Trümmern der Duma) zu unterzeichnen. In seinen *Betrachtungen* über die Taktik zieht das ZK genau wie alle anderen Menschewiki einen Trennungsstrich zwischen Kadetten und Oktobristen: rechts stehen „sie“, links stehen „wir“ („wir“ zusammen mit den Kadetten). In seinen taktischen *Aufrufen zur Tat*, in seinen Kampfaufrufen zieht das ZK den Trennungsstrich zwischen Kadetten und Trudowiki: die Kadetten wandern entweder zu den Rechten oder zu den im Kampfe Neutralen ab. „Wir“, das sind *nunmehr* „wir“ im Verein mit den Trudowiki und ohne die Kadetten. „Wir“, das ist nunmehr das Informations- und Koordinationsbüro *aller* revolutionären Organisationen, einschließlich des „Komitees der Trudowikigruppe“, aber ohne die Kadetten. Man sieht: „Groß ist die Lust, bitter das Los.“ Gar zu gern möchten die rechten Sozialdemokraten durch dick und dünn mit den Kadetten zusammen gehen, aber bitter ist ihr Los, denn die Kadetten weichen vor Kampfabkommen zurück, die der Gang der Ereignisse erfordert.

Das ist in groben Umrissen die an Hand der Fakten dargestellte Geschichte der menschewistischen Taktik nach der Auflösung der Duma. Diese Geschichte ist in einigen wenigen Dokumenten niedergelegt. Man lese die „Briefe“ (Nr. 4 und Nr. 5) des ZK an die Parteiorganisationen und die Aufrufe „An die Armee und Flotte“ (sozialdemokratische Fraktion und Komitee der Trudowikigruppe), „An die gesamte russische Bauernschaft“ (Komitee der Trudowikigruppe, sozialdemokratische Fraktion, Gesamtrussischer Bauernbund, ZK der Partei der Sozialrevolutionäre, ebenso der Sozialdemokratischen Partei, Gesamtrussischer Eisenbahnerverband, Gesamtrussischer Lehrerverband), „An das ganze Volk“ (dieselben Organisationen ohne die drei Verbände, aber plus die Polnische Sozialistische Partei—PPS—und den „Bund“), man lese schließlich den Protest von drei ZK-Mitgliedern (veröffentlicht „nur für Parteimitglieder“)⁴⁵, und man lernet das gesamte Material über die opportunistische Taktik der Sozialdemokraten nach der Auflösung der Duma kennen.

Welches ist das allgemeine Merkmal dieser hier an Hand der Fakten dargestellten, äußerlich erkennbaren Geschichte der menschewistischen taktischen Richtlinien? Dies Merkmal ist deutlich erkennbar: ein Schwanken zwischen der liberal-monarchistischen Bourgeoisie und der revolutionären bürgerlichen Demokratie. In der Tat, worauf laufen die Schwankungen des ZK in der Frage der Losungen hinaus? Auf ein Schwanken zwischen dem legal-konstitutionellen Weg als ausschließlichem, einzigem Weg (die Losung „Wiederaufnahme der Dumatagungen“) und der Anerkennung oder Zulassung des revolutionären Weges (die Losung „Konstituierende Versammlung“, die dadurch *abgeschwächt* wird, daß man unbedingt die Dumalosung hinzufügt). Es ist dies ein Schwanken zwischen den Kadetten (die die „Wiederaufnahme der Tagungen“ uneingeschränkt annehmen und *angenommen haben*) und der revolutionären Bauernschaft (Trudowiki, Sozialrevolutionäre, Bauernbund, Eisenbahnverband und Lehrerverband, die zusammen mit dem ZK der SDAPR den Aufruf zum Aufstand für die konstituierende Versammlung unterzeichnet haben). Unser ZK oder unsere opportunistischen Sozialdemokraten stehen ein wenig weiter links als die Kadetten und bedeutend weiter rechts als die revolutionäre bürgerliche Demokratie. Das ist die allgemeine Schlußfolgerung, die sich aus den Schwankungen des ZK in der Frage der Losungen, der Frage der Kampfform und der Frage der Gruppierung der politischen Parteien ergibt.

Im Verlauf der ganzen Dumaperiode sind die taktischen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Sozialdemokratie immer klarer in Erscheinung getreten und haben sich immer mehr auf die Grundfrage konzentriert, wie der Trennungsstrich innerhalb der bürgerlichen Demokratie zu ziehen ist, bzw. mit wem man zusammengehen soll. Die Sozialdemokraten des rechten Flügels richteten alle Anstrengungen darauf, mit den Kadetten zusammenzugehen (Unterstützung der Duma als Ganzes, Unterstützung der Forderung: Einsetzung eines Dumakabinetts). Die revolutionären Sozialdemokraten hingegen richteten ihre ganze Taktik darauf, die revolutionären Elemente der bürgerlichen Demokratie von den Kadetten abzuspalten, sie vom Joch der Kadetten zu befreien und in die Kampffront des Proletariats einzureihen. Die Auflösung der Duma zog das Fazit der ganzen Dumaperiode. Was nun erwies sich? Es erwies sich, daß die Sozialdemokraten des rechten Flügels

gezwungen waren, von den Kadetten abzurücken und sich der revolutionären Demokratie anzuschließen. Kadettisch sind nur bestimmte Anhängsel ihrer Losungen geblieben. Das Leben hat dazu gezwungen, den Trennungsstrich eben an der Stelle zu ziehen, die die Sozialdemokraten des linken Flügels immer vorgezeichnet haben. Die Inkonsequenz und die „Nichtigkeit“ der Losungen des ZK sind besonders anschaulich zutage getreten.

III

Untersuchen wir jetzt die Erwägungen, von denen sich das ZK hat leiten lassen. Sie sind am ausführlichsten in dem vierten „Brief an die Parteiorganisationen“ dargelegt (der Brief trägt kein Datum und keine Nummer, der folgende Brief aber wird als fünfter bezeichnet). Dieser Brief ist ein wirklich bemerkenswertes Muster opportunistischer Gedankengänge; es würde sich lohnen, ihn immer wieder von neuem herauszugeben, ihn in die Lese- und Lehrbücher des Sozialismus aufzunehmen, um an einem anschaulichen Beispiel zu zeigen, wie Sozialdemokraten über Taktik *nicht* urteilen dürfen.

Den Kern des Briefes bildet die Untersuchung der Frage, der seine Verfasser folgende Fassung geben: „In wessen Hände kann also jetzt die Macht übergehen?“

„Wer ist“, heißt es in dem Brief weiter, „gegenwärtig *in den Augen* des 140-Millionen-Volkes der natürliche Nachfolger der Staatsmacht, wenn diese den Händen der Zarenregierung entrissen ist, oder wer könnte es sein? ... Wenn nämlich die allgemeine Volksbewegung zur Eroberung der Staatsmacht beginnt, muß im *Bewußtsein* des ganzen Volkes auch eine *Vorstellung* darüber bestehen, wer an die Stelle der gestürzten Regierung treten wird ... In jeder gegebenen Periode der Bewegung muß irgendein Kollektiv oder irgendeine Organisation im *Bewußtsein* des ganzen Volkes eine solche Rolle spielen.“

Wir haben die Stellen hervorgehoben, die sofort zeigen, wie völlig unhaltbar die zitierten Gedankengänge sind. In der Frage der *Eroberung* der Macht stellt sich das ZK von vornherein auf einen kleinbürgerlich-idealistischen, nicht aber proletarisch-materialistischen Standpunkt. Es leitet die „natürliche Nachfolge“ der Macht aus dem am meisten verbreite-

ten „Bewußtsein“ („in den Augen“ des Volkes) und nicht aus den realen Kampfbedingungen ab. Es begreift nicht, daß „natürlicher Nachfolger“ nicht derjenige sein wird, der in irgend jemandes „Bewußtsein“ „eine solche Rolle spielt“, sondern derjenige, der wirklich die Regierung stürzt, der wirklich die Macht erobert, der im Kampfe siegt. Nicht das „Bewußtsein des ganzen Volkes“ wird den Ausgang des Kampfes bestimmen, sondern die Kraft dieser oder jener Klassen und Elemente der Gesellschaft.

Das ZK irrt somit von vornherein völlig von der Frage ab. Anstatt die Bedingungen des wirklichen Kampfes, wie er geführt wurde und geführt wird, zu untersuchen, beginnt es in der übelsten Weise, idealistische Spekulationen anzustellen mit dem „Bewußtsein“, mit der „Vorstellung“ darüber, wer „an die Stelle des Gestürzten treten wird“, und nicht, wer den Sturz in Angriff nimmt und ihn vollzieht. Um der opportunistischen Schlußfolgerungen willen mußte die ganze marxistische Methode über Bord geworfen werden, die verlangt festzustellen, welche Interessen welcher Klassen den Sturz und welche eine Beschränkung der Staatsmacht erfordern; welche materiellen Bedingungen den revolutionären Kampf (das „Stürzen“) und welche die Bemühungen um ein konstitutionelles Zusammenleben des zu Stürzenden mit den Stürzenden hervorrufen. Hätte das ZK nicht das A b c des Marxismus vergessen, so würde es, zumindest auf Grund der Erfahrungen der russischen Revolution, festzustellen suchen, welche Klassen in Rußland durch den Gang der Bewegung selbst, häufig unabhängig von ihrem „Bewußtsein“ (und sogar entgegen ihrem monarchistischen Bewußtsein) gezwungen werden, die Machtinstitutionen zu stürzen, die ihnen im Wege stehen. Die Geschichte der Arbeiter- und Bauernbewegung Rußlands im 20. Jahrhundert enthält genügend Beispiele, die unserem ZK zeigen könnten, wie einzelne oder örtliche Machtinstitutionen gestürzt wurden, und die es ihm ermöglichen würden, über den allgemeinen und völligen Sturz der zentralen Macht marxistisch und nicht auf Ledru-Rollinsche Art zu urteilen.

Einmal auf dem verkehrten Wege angelangt, verrennt sich das ZK in seinen weiteren Erörterungen über dieses Thema immer mehr. Es beginnt, mögliche und wahrscheinliche Kombinationen der Zusammensetzung der „provisorischen revolutionären Regierung“ der Reihe nach zu untersuchen.

Die Sowjets der Arbeiterdeputierten werden ebenso wie ein Exekutivkomitee aus Mitgliedern der Trudowikigruppe und der sozialdemokrati-

schen Fraktion vom ZK für untauglich befunden. Den ersteren werden „die hundert Millionen Bauern“, dem letzteren „ein bedeutender Teil des städtischen Kleinbürgertums, der mittleren Bourgeoisie, der Soldaten, Kosaken, die Offiziere usw. keine Gefolgschaft leisten. Dabei wäre es doch der allerverhängnisvollste Irrtum, anzunehmen, die neue Staatsmacht könne gegen den Willen aller dieser Elemente errichtet werden.“

Wir schlagen dem Leser vor, den ersten Teil dieser Betrachtung mit dem Entwurf der bolschewistischen Resolution über die provisorische Regierung zu vergleichen (siehe Nr. 2 der „Partinyje Iswestija“ vom 20. März 1906, abgedruckt auch in Lenins „Bericht über den Parteitag“, S. 92)*⁴⁶. In diesem Entwurf werden ausdrücklich die Organisationen aufgezählt, die im Dezemberaufstand *faktisch* die Rolle revolutionärer Machtorgane gespielt haben. Außer den Sowjets der Arbeiterdeputierten werden dort selbstverständlich auch die Soldaten-, Eisenbahner- und *Bauern*komitees und die gewählten ländlichen Organe im Kaukasus und im Baltikum genannt. Die Geschichte hat also schon die Frage beantwortet, die das ZK jetzt mit so wenig Geschick zu lösen versucht. Die Geschichte hat schon gezeigt, welche Klassen und welche Elemente der Bevölkerung am Aufstand *teilnehmen* und Organe des Aufstands *schaffen*. Die Opportunisten unter den Sozialdemokraten aber vergessen nicht nur den gestrigen Tag der Revolution (oder vermögen ihn nicht zu begreifen), sondern verstehen auch überhaupt nicht, was eine provisorische revolutionäre Regierung ist. Es bedarf keiner großen geistigen Anstrengung, um sich davon zu überzeugen, daß eine solche Regierung Organ des Aufstands ist (und nicht nur Resultat des Aufstands, wie in dem Entwurf der menschewistischen Resolution über die provisorische Regierung fälschlich vorausgesetzt wird — siehe denselben „Bericht“, S. 91, oder Nr. 2 der „Partinyje Iswestija“).

Der zweite Teil der angeführten Betrachtung aber ist noch weniger richtig. Er ist nach der üblichen Methode der Opportunisten aufgebaut: man möchte beweisen, die allergemäßigteste Losung sei schon deshalb zweckmäßiger, weil man um sie eine größere Anzahl sozialer Elementarscharen könne. Bernstein sagte: Für die soziale Revolution ist nur ein Teil des Proletariats, für die soziale Reform aber sind viele sozialliberale Elemente. Gebt euch nicht dem Irrtum hin, daß man den Sozialismus gegen ihren Willen errichten könne! Werdet besser eine Partei demokratisch-

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 317—386. *Die Red.*

sozialistischer Reformen! Die Menschewiki sagen: Für den wirklichen Sieg unserer Revolution ist nur das Proletariat und der revolutionäre Teil des Kleinbürgertums (in erster Linie die Bauernschaft). Für eine liberale Beschränkung der alten Monarchie aber sind „sowohl die mittlere Bourgeoisie als auch die Offiziere usw.“ Nennen wir also den Kompromiß der Liberalen mit dem Zaren Sieg der Revolution und ersetzen wir die wirklich revolutionäre Regierung, das Organ des Aufstands, durch die Duma!

Nein, Genossen! In der politischen Arithmetik gibt es Methoden, die ein wenig komplizierter sind als eine einfache Addition *aller* „oppositiellen“ Elemente. Dadurch, daß man eine schwankende und verräterische Opposition zu den wirklich kämpfenden revolutionären Elementen hinzuzählt, erhält man nicht immer ein Plus, viel häufiger ein Minus. Wer auf Grund seiner Interessen eine Beschränkung der Monarchie erstreben, aber die Zertrümmerung der Monarchie fürchten *muß*, ist niemals fähig, ein energisches und kühnes Organ des Aufstands zu schaffen. Will man im voraus das zukünftige Organ des Aufstands nach dem Maß dieser kadettischen Elemente zuschneiden, so ist es dasselbe, als wollte man die soziale Revolution in Europa nach dem Maß irgendeines Naumann oder Clemenceau zuschneiden.

In welchem komischen Widerspruch haben sich doch unsere Opportunisten hineingeritten! Sie wollen ein Bündnis mit der mittleren Bourgeoisie und den Offizieren, mit einem Wort: mit Elementen der Kadettenpartei. Dann muß man aber die Losung „Konstituierende Versammlung“ überhaupt über Bord werfen, denn die Kadetten werfen sie über Bord! Die für die mittlere Bourgeoisie und die Offiziere unannehmbare Losung „Konstituierende Versammlung“ aufstellen und gleichzeitig die mittlere Bourgeoisie und die Offiziere dadurch gewinnen wollen, daß man eine durch und durch revolutionäre Rolle (die Regierung zu stürzen und zur provisorischen revolutionären Regierung zu werden!) der gemäßigten und loyalen Duma zuschiebt — zu solcher Ungereimtheit hat sich unser ZK verstiegen.

Übrigens liefert der Brief des ZK in puncto Ungereimtheiten noch ganz andere Perlen. Wenn es beliebt: „Könnte man heute als Träger der Macht wirklich niemanden anderen in Vorschlag bringen als die Sowjets der Arbeiterdeputierten, so könnte man von vornherein sagen, daß der Sieg über die Regierung im *Kampf um die Macht* (dieser Sieg aber setzt unbedingt die Teilnahme der Armee an diesem Kampf voraus) zu nichts

anderem führen würde als zur *militärischen Diktatur* der Armee, die ‚auf die Seite des Volkes‘ übergegangen ist.“ (Hervorhebungen im Original.)

Man überlege nur einmal, was diese geradezu ungeheuerliche Tirade besagt: wenn die Sowjets der Arbeiterdeputierten die Regierung mit Hilfe eines Teiles der Armee *besiegten*, so würde dieser Übergang der Armee „auf die Seite des Volkes“* zu ihrer *militärischen Diktatur* führen!! Ich weiß nicht, ob man selbst in der Kadettenliteratur ein solches Musterbeispiel des Versuchs finden kann, den siegreichen Ausgang des Kampfes zu einem Schreckgespenst zu machen. Ich weiß nicht, ob sich selbst Herr Struve soweit verstieg, als er im „Oswoboshdenije“⁴⁷ im Sommer 1905 und in der „Poljarnaja Swesda“⁴⁸ im Frühjahr 1906 den Gedanken des bewaffneten Aufstands in Grund und Boden verdammt, weil er dem Gedanken der *militärischen Diktatur* nahekomme. Hätte sich das ZK zum Beispiel mit den Forderungen, die die Soldaten und Matrosen im vorigen Jahr während ihrer zahllosen „Revolten“ gewöhnlich aufstellten, näher bekannt gemacht, so hätte es gesehen, daß diese Forderungen in *Wirklichkeit* auf eine Umwandlung der vom Kastengeist durchdrungenen Armee in eine Volksarmee, d. h. in die Miliz hinauslaufen. Die Soldaten und Matrosen haben es nicht immer oder sogar meist nicht verstanden, das Fazit ihrer Forderungen zu formulieren; kann es aber wirklich irgend jemandem unklar sein, daß Militärdienst im Heimatort, Versammlungsfreiheit für Soldaten u. dgl. m. eben der Schaffung einer Miliz gleichkommen? Hat das ZK wirklich so sehr den elementaren revolutionären Instinkt verloren, daß es nicht den Unterschied begreift zwischen dem auf den Adel beschränkten Revolutionismus der Dekabristen, dem von der Rasnotschiznen-Intelligenz bestimmten Revolutionismus der Narodowolzen-Offiziere und dem von Grund aus demokratischen, proletarischen und bäuerlichen Revolutionismus der russischen Soldaten und Matrosen des 20. Jahrhunderts? Ist ihm wirklich niemals der grundlegende Unterschied aufgefallen zwischen dem Revolutionismus der Offiziere in der Epoche der Narodnaja Wolja, bei fast völliger Gleichgültigkeit der Masse der Soldaten, und dem jetzigen reaktionären Geist der Offiziere, bei machtvollem Anschwellen der Bewegung eben der grauen Soldatenmasse? Annehmen, daß der sich im Kampf gegen die Regierung vollziehende Übergang des heutigen russischen Soldaten und Matrosen auf die Seite der

* Die Anführungszeichen sollen wohl die Ironie unseres ZK ausdrücken!

Sowjets der Arbeiterdeputierten ein Übergang zur militärischen Diktatur sein könne und ein Mittel hiergegen in der Gewinnung der Offiziere durch die gemäßigte Losung „Für die Duma!“ erblicken — das heißt entweder jeden Gefühls für die Wirklichkeit bar sein oder noch weiter nach rechts abschwanken als Herr Struve und Co.! Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Partei will die Bestrebungen des russischen Soldaten zur Errichtung einer militärischen Diktatur dadurch bekämpfen, daß es die Offiziere auf seine Seite herüberzieht: so weit haben uns die Opportunisten gebracht.

Das ZK versucht seine hoffnungslose Stellung weiterhin dadurch zu verteidigen, daß es erklärt, es sei ganz überflüssig, eine neue Regierung auszuklügeln, da es ja die Duma oder ihre Überbleibsel gebe; sie „können sich zur Reichsduma erklären“, „im Denken des Volkes, das sich in den Feinheiten der geschriebenen Konstitution nicht auskennt, war und ist die Reichsduma ein Machtorgan... Wenn das Heer, das der Zarenregierung den Gehorsam verweigert hat, in den Dienst einer neuen Regierung treten kann, so ist diese neue Regierung die Reichsduma.“

Ausgezeichnet! Wenn im „Denken des Volkes“ morgen eine andere gesetzliche Körperschaft ein „Machtorgan“ ist, so müssen wir uns verpflichten, ein solches Vorurteil zu verbreiten — nun, man muß schon sagen, das ist eine eigenartige Vorstellung von den Aufgaben einer revolutionären Partei. Begreift doch endlich, werte Genossen, daß die Macht mit Gewalt, im Kampf, durch den Aufstand erobert werden muß. Sind die Kadetten dazu bereit? Wenn sie es sind — bitte sehr, wir weisen keinen Bundesgenossen im Kampfe zurück. Wenn sie aber dazu nicht bereit sind, wenn sie sich sogar fürchten, *offen* zum Aufstand *aufzurufen* (ein solcher Aufruf ist immerhin, wenn er ehrlich gemeint ist, der erste Schritt zur Tat, und diesen Schritt haben von allen Dumadeputierten nur die Sozialdemokraten und die Trudowiki getan), dann ist alles Gerede über die Duma als das „Machtorgan, das eine konstituierende Versammlung einberuft“, nichts anderes als verderbliche Manilowerei*, als Volksbetrug.

In einer anderen Atmosphäre würden die Überbleibsel der Duma anders wirken, sagt das ZK zur Rechtfertigung der Kadetten, die sogar wegen des Wiborger Aufrufs Angst bekommen haben. — Ja, das ist richtig, sie würden anders wirken. Was folgt daraus? Daß wir danach streben müs-

* Manilow — Gestalt aus Gogols Roman „Die toten Seelen“. Der Übers.

sen, diese *andere* Atmosphäre zu schaffen. Wie soll das geschehen? Wir müssen die kampffähigen Elemente mit revolutionärem Bewußtsein erfüllen, ihr Bewußtsein über das der Kadetten, über die kadettischen Losungen hinaus entwickeln. Ihr aber *rechtfertigt* die kadettische Zaghaftigkeit mit der nichtrevolutionären Atmosphäre und *entspannt* gleichzeitig diese Atmosphäre, indem ihr die revolutionären Losungen durch kadettische Losungen ersetzt!

IV

Die praktische Schlußfolgerung, die das ZK aus seinem berühmten vierten Brief zieht, lautet: „Man muß sofort und überall lokale Bekundungen des Massenprotestes organisieren.“ Ihr Ziel wird wortwörtlich wie folgt definiert: „Eine Atmosphäre der Vorbereitung auf den nahen Entscheidungskampf zu schaffen“... Nicht sich auf den nahen Entscheidungskampf vorzubereiten, sondern eine Atmosphäre der Vorbereitung zu schaffen!...

Unsere Partei hat diese Losung des ZK bereits mit seltener Einmütigkeit verurteilt und verworfen. Seine Kampagne der „einzelnen Bekundungen des Massenprotestes“ ist schon fehlgeschlagen. Die Unsinnigkeit von Demonstrationen und Protesten in einer Situation, in der sich der Bürgerkrieg in unerhörtem Maße verschärft hat, springt zu sehr in die Augen. Die in dieser Nummer veröffentlichten Resolutionen einer ganzen Reihe von Komitees und Konferenzen der Partei⁴⁹ zeigen klar genug, auf welche Entrüstung diese Losung des ZK und seine ganze Politik nach der Auflösung der Duma gestoßen sind. Es bedarf daher keiner weiteren Worte, um die Losung des ZK zu widerlegen, die bereits durch das Leben widerlegt und von der Partei verworfen ist. Verzeichnen muß man nur erstens die grundsätzliche Bedeutung des Fehlers des ZK und zweitens seine ungeschickten Versuche in Brief Nr. 5, sich aus der unmöglichen Lage, in die es geraten ist, herauszuwinden.

Prinzipiell gesehen, besteht der Fehler des ZK in seinem völligen Unverständnis für den Unterschied zwischen einem Demonstrationsstreik und dem mit dem Aufstand verbundenen Streik. Nach den Dezembertagen ist ein solches Unverständnis ganz unverzeihlich. Man kann es nur erklären, wenn man in Betracht zieht, daß das ZK in keinem einzigen sei-

ner Briefe offen vom bewaffneten Aufstand gesprochen hat. Einer offenen Behandlung der Frage des Aufstands auszuweichen — das ist von jeher und stets das Bestreben unserer Opportunisten gewesen, ein Bestreben, das sich zwangsläufig aus ihrer ganzen Einstellung ergibt. Dies Bestreben erklärt uns, warum das ZK beharrlich nur vom Demonstrationstreik spricht, ohne des Streiks, der mit dem Aufstand verbunden ist, Erwähnung zu tun.

Nachdem das ZK eine solche Stellung bezogen hatte, konnte es allen übrigen revolutionären Parteien und Organisationen nur noch nachhinken. Man kann sagen, daß mit Ausnahme der Opportunisten unter den Sozialdemokraten *alle* die Notwendigkeit erkannten, die Frage des Aufstands zu stellen. So hat, wie auch zu erwarten war, der Gesamtrussische Eisenbahnerverband dieser Frage ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet (siehe die in der heutigen Nummer veröffentlichte Resolution des Verbandes und den Bericht seines Büros).⁵⁰ Dasselbe ergibt sich mit aller Deutlichkeit auch aus der ganzen Reihe von Aufrufen, die von verschiedenen revolutionären Organisationen zugleich unterzeichnet sind (die schon oben erwähnten Aufrufe: „An die Armee und Flotte“, „An die gesamte russische Bauernschaft“ u. a.). Unser ZK hat diese Aufrufe offenbar gegen seinen Willen, offenbar gegen seine Überzeugung unterzeichnet!

In der Tat: Diese Aufrufe zu unterzeichnen und den Unterschied zwischen einem Demonstrationstreik und dem mit dem Aufstand verbundenen Streik nicht zu bemerken ist geradezu unmöglich. Das Widersprüchliche in der Haltung des ZK, seine Schaukelpolitik springen in die Augen: in seinen eigenen Erzeugnissen (Brief Nr. 4 und Nr. 5) sagt es kein Wort über den Aufstand. Tritt es aber im Verein mit anderen revolutionären Organisationen auf, so unterzeichnet es Aufrufe zum Aufstand! Sich selbst überlassen, rutscht unser ZK unweigerlich zu dem kadettischen Standpunkt hinab, verwendet es alle Kräfte auf das Ausklügeln von Losungen, die für die Kadetten annehmbar sind oder annehmbar erscheinen. Marschiert unser ZK in Reih und Glied mit anderen revolutionären Organisationen, so „reißt es sich zusammen“, schämt es sich seiner kadettischen Losungen und führt sich anständig auf.

Zum erstenmal ist die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands in eine so unwürdige Lage geraten. Zum erstenmal wird sie vor aller Augen am Gängelband geführt. Zum erstenmal steht sie in der Nachhut. Unsere

Pflicht, die Pflicht aller Mitglieder der SDAPR ist es, um jeden Preis und so schnell wie möglich dafür Sorge zu tragen, daß es das erste- und das *letztemal* gewesen ist.

Das Unvermögen, die Ursachen des Mißerfolgs des (letzten) Julistreiks zu begreifen, ist ganz und gar in dem oben aufgezeigten grundsätzlichen Fehler begründet. In der Bestimmung des *Zeitpunkts* des Kampfes kann jeder fehlgehen. Wir beabsichtigen durchaus nicht, *das* dem ZK vorzuwerfen. Sich aber im *Charakter* der Aktion zu irren, und zwar ungeachtet der Warnungen einer Reihe von Organisationen, mit denen zusammen das ZK Aufrufe zum Aufstand unterzeichnet hat, ist unverzeihlich.

Im Brief Nr. 5 polemisiert das ZK auf kleinliche und kleinlichste Weise gegen die Sozialrevolutionäre (wobei es nur beweist, daß der Vertreter der Trudowiki folgerichtiger geurteilt hat als sie — was ist der Zweck der ganzen Übung und wen interessiert das?) und wundert sich darüber, daß gerade die fortgeschrittenen, klassenbewußten Arbeiter dem Aufruf zum Julistreik nicht gefolgt sind. Die rückständigen Arbeiter sind ihm gefolgt; die fortgeschrittenen aber nicht! Und das ZK ist entrüstet, ist empört, verfällt beinahe in Schmähungen.

Wenn jedoch das ZK nicht eine von Grund aus verkehrte Stellung bezogen, nicht eine *grundsätzlich* andere Position als die Vorhut des Proletariats eingenommen hätte, so würde es leicht begreifen, worum es ging. Die rückständigen Arbeiter mochten den Unterschied zwischen einem Demonstrationstreik und dem mit dem Aufstand verbundenen Streik noch nicht kennen, die fortgeschrittenen Arbeiter aber kannten diesen Unterschied vortrefflich. Als die Hoffnung bestand, die *Aufstände* von Sveaborg und Kronstadt unterstützen zu können — und einen solchen Augenblick hat es gegeben —, da war die Proklamierung des Generalstreiks ganz natürlich. Selbstverständlich aber wäre (*und war*) das nicht ein Proteststreik gegen die Auflösung der Duma gewesen (wie sich das ZK einbildete), sondern ein Streik zur Unterstützung der Aufständischen, zur *Erweiterung* des Aufstands.

Nun stellte sich aber nach ein oder zwei Tagen endgültig heraus, daß der Aufstand in Sveaborg und Kronstadt *für diesmal* niedergeschlagen war. Ein Streik zur Unterstützung der Aufständischen erwies sich als unangebracht; einen Proteststreik aber, einen Demonstrationstreik *wollten* die fortgeschrittenen Arbeiter in dieser Zeit *niemals*. Immer brachten sie

mit aller Deutlichkeit und Klarheit zum Ausdruck (und nur unser ZK hat es fertiggebracht, das nicht zu wissen oder nicht zu verstehen), daß sie zum allgemeinen, entscheidenden Kampf bereit sind, einen Streik zu Demonstrationszwecken aber unbedingt ablehnen.

Der Mißerfolg des Julistreiks hat also der Taktik der opportunistischen Sozialdemokraten sozusagen das Genick gebrochen. Der Gedanke des Demonstrationsstreiks hat ein für allemal Schiffbruch erlitten. Schiffbruch erlitten hat ein für allemal die Losung der „einzelnen Bekundungen des Massenprotestes“.

Wer aber auch nur ein wenig die Stimmung der Arbeiter in den großen Industriestädten Rußlands kennt, wer verfolgt, was jetzt in der Bauernschaft vor sich geht, der ist sich völlig klar darüber, daß der Gedanke des Streiks, der mit dem Aufstand verbunden ist, wie überhaupt die Losung der Vorbereitung zum Aufstand ihre Bedeutung nicht nur nicht verloren, ihre Anziehungskraft nicht nur nicht eingebüßt haben, sondern im Gegenteil überall an Boden und an Kraft gewinnen.

V

Fassen wir die Ergebnisse unserer kurzen Untersuchung der Taktik zusammen, die die Menschewiki in den kritischen Tagen nach der Auflösung der Duma befolgt haben.

In der ganzen Dumaperiode haben die Menschewiki die Unterstützung der Duma als Ganzes, die Unterstützung der Kadetten (unter der Flagge der Unterstützung der Forderung: Einsetzung eines Dumakabinetts) gepredigt. Die Bolschewiki haben sich mit allen Kräften bemüht, die Trudowski von den Kadetten abzuspalten, und den Gedanken der Bildung eines „Exekutivkomitees der linken Dumagruppen“ verfochten.

Wessen Taktik hat sich nun nach der Dumaauflösung als richtig erwiesen? Gemeinsam mit den Kadetten gelang es nur, den schüchternen Wiborger Aufruf zu erlassen. Die Kadetten *als Partei* haben ihn nicht unterstützt, haben sich weder an der Parteigitation für diesen Aufruf noch an der Fortsetzung einer *derartigen* Tätigkeit beteiligt. Daß dieser Aufruf unzulänglich war, haben sogar unsere Menschewiki sofort erkannt. Auf den schüchternen Wiborger Aufruf folgten andere Aufrufe, die eine kla-

rere und kühnere Sprache führten. Auf den persönlichen Zusammenschluß einiger früherer Dumamitglieder folgte der Zusammenschluß der „Komitees“ von zwei Dumagruppen, die eine Reihe von Aufrufen unterzeichneten, an einer Reihe revolutionärer Beratungen teilnahmen und sich zum Ziel setzten, einen *Kriegsrat* der Revolution zu bilden.

Welches waren diese zwei Gruppen, die als Gruppen, als Kollektive aus dem Zusammenbruch der Duma unversehrt hervorgingen, die nicht den Kopf verloren, weil sie den „konstitutionellen“ Boden unter den Füßen verloren?

Das waren die Sozialdemokraten und die *Trudowiki*. Das „Exekutivkomitee der linken Gruppen“, das die Bolschewiki propagiert hatten, der *Gedanke* der Bildung eines solchen Komitees, den die Bolschewiki vertreten hatten, wurde zur *Wirklichkeit*. Die *Trudowiki*gruppe *gebar* eine neue revolutionäre Organisation mit neuen Verbindungen in der Bauernschaft, die Kadetten aber starben politisch — ganz genauso, wie es die Bolschewiki vorausgesagt hatten, wie sie immer wieder betont hatten: „Würmer gedeihen, wo es Leichen gibt, nicht aber, wo lebendige Menschen sind“*.

Das Kampfabkommen der Sozialdemokraten mit den *Trudowiki*, Sozialrevolutionären usw. wurde zu einer *Tatsache*, die durch die obenerwähnten Aufrufe dokumentiert wird. Wir haben nur insofern verloren, und selbstverständlich viel verloren, als wir diese Sache *spät* in Angriff genommen haben, ohne sie uns früher zu überlegen, ohne allmählich den Boden vorzubereiten, wie die Bolschewiki es bereits in den Resolutionsentwürfen zum Vereinigungsparteitag empfohlen hatten.

Volentem ducunt fata, nolentem trahunt — was ungefähr besagt: ein einsichtiger Politiker schreitet den Ereignissen voran, den nicht einsichtigen schleifen sie hinter sich her. Die Bolschewiki haben monatelang, wenn nicht schon ein Jahr lang betont, daß Kampfabkommen gerade mit der revolutionären Demokratie *unumgänglich* sind, daß dem Kampfbündnis des Proletariats gerade mit der fortgeschrittenen Bauernschaft größte Bedeutung zukommt. Die Auflösung der Duma hat dazu *gezwungen*, diesen Weg zu betreten, wobei die *Menschewiki*, wie wir bereits an Hand der Untersuchung aller Episoden der Taktik des ZK gezeigt haben, sich als unvorbereitet erwiesen haben und, gegen ihren Willen und entgegen ihrem

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 263. *Die Red.*

Bewußtsein, durch die „unerwartete“ Wendung der Ereignisse „mitgeschleppt“ worden sind.

Man nehme die Frage des Aufstands. Die Menschewiki haben sich aus Kräften um diese Frage „gedrückt“. Sie haben sogar auf dem Vereinigungsparteitag eine Resolution *gegen* den bewaffneten Aufstand angenommen. Und jetzt, in Nr. 4 und Nr. 5 der „Briefe“, die das ZK selbst, ohne Weisung von anderen revolutionären Organisationen, schreibt, *schweigen* sie sich über den Aufstand aus. Sobald es aber irgend etwas *zusammen* mit diesen Organisationen, auf ihre Weisung hin, schreibt, lesen wir offene und entschlossene Aufrufe zum Aufstand. Dann sind auch die Losungen revolutionär. Dann findet sich schon kein Wort mehr von der Wiederaufnahme der Dumatagungen, ja nicht einmal von der Einberufung der konstituierenden Versammlung durch die Duma. Im Gegenteil, dann lesen wir (Aufruf „An das ganze Volk“): „*Nicht eine machtlose Duma, sondern eine aus freien usw. Wahlen hervorgegangene, mit voller Macht ausgestattete konstituierende Versammlung, das ist das Ziel, das sich das Volk setzen muß. Und nicht durch die Zarenminister, sondern durch eine Macht, die sich auf das revolutionäre Volk stützt, muß diese Versammlung einberufen werden.*“ (Hervorhebungen von uns.) Eine so energische Sprache führt unser ZK, wenn es sich in der Gesellschaft kleinbürgerlicher Revolutionäre, wie z. B. des Komitees der Trudowikigruppe und der Polnischen Sozialistischen Partei, befindet!

Man nehme schließlich die Frage der provisorischen revolutionären Regierung. Anderthalb Jahre hindurch bewiesen unsere Menschewiki, mit Plechanow an der Spitze, daß es für die Sozialdemokraten unzulässig sei, sich zusammen mit bürgerlichen Revolutionären an einer solchen Regierung zu beteiligen, und daß es Blanquismus, Jakobinertum oder sonst eine Todsünde sei, die Losung der Bildung einer provisorischen revolutionären Regierung auszugeben.

Und was jetzt? Die Duma wird aufgelöst, und das ZK sieht sich genötigt, *eben* die Frage der provisorischen revolutionären Regierung, die Frage, wie sie zusammengesetzt sein soll, aufzuwerfen. Daß das ZK dieser Frage völlig unvorbereitet gegenübersteht, zeigt sich sofort: es versteht nicht einmal, daß eine provisorische revolutionäre Regierung ein *Organ des Aufstands* ist. Das ZK schlägt vor, die Überbleibsel der Duma zur provisorischen revolutionären Regierung zu erklären: Sozialdemokra-

ten, Trudowiki und einen Teil der Kadetten. Nun seht, Genossen, was dabei herauskommt: *ihr schlagt also Sozialisten vor, sich zusammen mit bürgerlichen Revolutionären an der provisorischen revolutionären Regierung zu beteiligen!* Und ihr schlagt das vor, ungeachtet der Tatsache, daß die Sozialdemokraten gegenüber den Trudowiki und linken Kadetten eine *verschwindende Minderheit* sind! O weh, o weh! Das doktrinäre Geschwätz, es sei für Sozialdemokraten *unzulässig*, sich zusammen mit bürgerlichen Revolutionären an der provisorischen Regierung zu beteiligen, zerfällt bei der ersten Berührung mit der Wirklichkeit in nichts. All die an den Haaren herbeigezogenen Argumente, die diesen falschen Beschluß mit falschen Hinweisen auf Marx rechtfertigen sollten, verflüchtigen sich wie Rauch. Und damit nicht genug: unsere „gestrengen“ Scheinmarxisten tun alles, um außer bürgerlichen *Revolutionären* (Trudowiki, Sozialrevolutionäre, PPS, ein Teil des Bauern-, des Eisenbahner- und des Lehrerverbands) auch bürgerliche *Kompromißler* (Kadetten) in die künftige provisorische Regierung zu bringen!

Ja, es ist schwer, sich ein vollendetes Fiasco der opportunistischen Taktik vorzustellen als das Fiasco, das unser ZK nach der Dumaauflösung erlitten hat. Wir müssen unsere Partei aus diesem Sumpf herausziehen, ehe es zu spät ist.

„Proletari“ Nr. 1,
21. August 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

ZU DEN JÜNGSTEN EREIGNISSEN

Der „Bluttag“ in Warschau und anderen Städten Polens⁵¹, das Attentat auf Stolypin, die Ermordung Mins⁵², all dies hat das allgemeine Interesse auf die „Partisanenaktionen“ gelenkt — wir gebrauchen den Ausdruck, der in der Partei üblich geworden und durch die Resolution des Vereinigungsparteitags sanktioniert ist.

Die Redaktion beabsichtigt, in der nächsten Zeit einen oder mehrere Artikel zu veröffentlichen, die diese äußerst wichtige Frage eingehend und möglichst umfassend behandeln sollen.* Einstweilen wollen wir, um unsere Leser über unsere Ansichten nicht im unklaren zu lassen, nur folgende kurze Bemerkungen machen, die in den weiteren Artikeln ausführlicher dargelegt und genauer formuliert werden sollen.

Erste Bemerkung. Extreme sind niemals gut; kein Sozialist wird daran zweifeln, daß man bei der Organisierung von Partisanenaktionen der Stimmung der breiten Massen Rechnung tragen muß. Wir halten daher die Ansicht des „Bund“, der mit den Arbeitsbedingungen in Warschau und der Stimmung der dortigen Massen vertraut ist (und anscheinend auch mit den polnischen Sozialdemokraten solidarisch ist), nämlich die Ansicht, daß die PPS „zu weit gegangen ist“, für unbedingt beachtenswert. Ob die PPS wirklich zu weit gegangen ist, ist eine Frage der tatsächlichen Vorgänge, und wir sind nicht kompetent, diese Frage zu entscheiden. Zu weit zu gehen ist niemals angebracht, aber es wäre falsch, aus einzelnen Fällen von „Extremen“ bereits auf die Untauglichkeit einer bestimmten Kampfform zu schließen.

Im großen und ganzen halten wir die Verschärfung des Partisanen-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 202—213. *Die Red.*

kampfes in Rußland nach der Auflösung der Duma für ein Plus. Ein vernichtender und rücksichtsloser Partisanenkampf gegen die Gewalttäter scheint uns zeitgemäß und zweckmäßig.

Zweite Bemerkung. Das ZK unserer Partei begeht zweifellos einen Fehler, und zwar einen ersten Fehler, wenn es in einer Anmerkung zum vierten „Brief“ (an die Parteiorganisationen) erklärt: „Es versteht sich von selbst, daß die sogenannten ‚Partisanen‘-Kampfaktionen nach wie vor von der Partei abgelehnt werden.“

Das ist unrichtig. Wir unterordnen uns den Parteitagbeschlüssen, werden uns aber *keinesfalls* Beschlüssen des ZK unterordnen, die diese Parteitagbeschlüsse *verletzen*. Jeder, der sich die Mühe nimmt, die „Über die Partisanenaktionen“ betitelte Resolution des Vereinigungsparteitags aufmerksam zu lesen, wird ohne weiteres erkennen, daß unsere Partei eine Form von Partisanenaktionen *ablehnt*, eine andere *anerkennt* und eine dritte *empfiehlt*.

Sie lehnt gänzlich die Expropriation von Privatbesitz ab. Sie *lehnt nicht ab* die Expropriation von staatlichen Mitteln, verknüpft das aber mit *besonders strengen* Bedingungen („im Falle der Bildung von revolutionären Machtorganen in der betreffenden Gegend“ usw.).

Die Parteitagsresolution *anerkennt* ferner Partisanenaktionen *ohne* Expropriation von Eigentum, d. h., sie *anerkennt* den „Terror“, anerkennt Partisanenaktionen zwecks Tötung des Gegners. Dies ist klar und unzweideutig gleich in den ersten Worten des eigentlichen Beschlusstils der Resolution zum Ausdruck gebracht:

„Der Parteitag beschließt: 1. In Anbetracht der *Notwendigkeit*, *neben* (Hervorhebungen überall von uns) der Vorbereitung der revolutionären Kräfte auf den herannahenden Aufstand, die auf der Organisation der Arbeitermassen basiert, einen *aktiven Kampf* gegen den *Regierungsterror* und die *Gewalttaten der Schwarzhänder* zu führen, ist es erforderlich...“ (dann folgt ein Verbot des Diebstahls, der Beschlagnahme privater Mittel usw.).

Der von uns angeführte *Parteitagbeschuß* ist völlig klar. „Neben“ der Arbeit in den Massen wird der „aktive Kampf“ gegen die Gewalttäter, d. h. zweifellos ihre Tötung mittels „Partisanenaktionen“, anerkannt.

Für *diese*, die zweite Art der Partisanenaktionen (Tötung der Gewalttäter) werden in der Resolution nur folgende Einschränkungen gemacht:

„Zu vermeiden ist die Verletzung persönlichen Eigentums friedlicher Bürger, es sei denn (hört!), daß dies eine zwangsläufige Folge des Kampfes gegen die Regierung ist oder daß dies, wie zum Beispiel beim Bau von Barrikaden, die Erfordernisse des unmittelbaren Kampfes verlangen.“

Wenn es also der unmittelbare Kampf erfordert, ist auch Verletzung privaten Eigentums, z. B. die Beschlagnahme von Equipagen usw. für den Barrikadenbau zulässig. Soweit es sich nicht um den unmittelbaren Kampf handelt, sind nach Vorschrift des Parteitags Verletzungen der persönlichen Sicherheit „friedlicher“ Bürger zu vermeiden, aber auch hier verweist der Parteitag auf eine Ausnahme: eine „zwangsläufige“ Verletzung der persönlichen Sicherheit auf Grund des Kampfes gegen die Regierung rechnet der Parteitag den Teilnehmern an Partisanenaktionen nicht als Schuld an.

Schließlich empfiehlt der Parteitag der Partei direkt eine Form von Partisanenaktionen und beschließt ohne Vorbehalte und Einschränkungen: „Waffen und Munition im Besitz der Regierung sind zu konfiszieren, wo immer sich eine Möglichkeit bietet.“

Zum Beispiel: Die Polizisten haben Waffen, die der Regierung gehören: „Es bietet sich eine Möglichkeit...“

Dritte Bemerkung. Wir raten all den zahlreichen Kampfgruppen unserer Partei, mit ihrer Untätigkeit Schluß zu machen und eine Reihe von Partisanenaktionen zu unternehmen, streng im Einklang mit den Parteitagsbeschlüssen, d. h. ohne irgendwelche Expropriation von Eigentum, bei möglichst geringer „Verletzung der persönlichen Sicherheit“ friedlicher Bürger und bei größtmöglicher Verletzung der persönlichen Sicherheit von Spionen, aktiven Schwarzhundertern, höherer Offiziere der Polizei, des Heeres, der Flotte und so weiter und dergleichen mehr. „Waffen“ aber „und Munition im Besitz der Regierung sind zu konfiszieren, wo immer sich eine Möglichkeit bietet.“

„Proletari“ Nr. 1,
21. August 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

UBER DEN „ARBEITERKONGRESS“

Notiz

Der „Towarischtsch“ bringt eine Notiz, nach der Genosse Axelrod für einen „Arbeiterkongreß“ agitiert. Wir verfügen ebenfalls über Nachrichten, daß seitens der Menschewiki eine solche Agitation tatsächlich betrieben wird. Wir glauben, die Parteipflicht verlangt, derartige Probleme offen zu erörtern. Oder soll die Agitation für einen *offenen* Arbeiterkongreß, wie sie die prominentesten Menschewiki betreiben, *hinter dem Rücken* der Partei erfolgen? Sollte Axelrod keine Möglichkeit haben, eine Darlegung seiner Ansichten zu veröffentlichen, so könnten wir ihm die Spalten unserer Zeitung zur Verfügung stellen.

„Proletari“ Nr. 1,
21. August 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

DIE LEHREN DES MOSKAUER AUFSTANDS

Das Buch „Moskau im Dezember 1905“ (Moskau 1906) ist gerade zur rechten Zeit erschienen. Es ist eine dringende Aufgabe der Arbeiterpartei, sich die Lehren des Dezemberaufstands zu eigen zu machen. Leider ist dies Buch wie ein Faß Honig mit einem Löffel Teer darin: ein ungeachtet seiner Unvollständigkeit außerordentlich interessantes Material — und unglaublich oberflächliche, unglaublich abgeschmackte Schlußfolgerungen. Wir werden diese Schlußfolgerungen gesondert behandeln*, jetzt aber wollen wir uns der aktuellen politischen Frage, den Lehren des Moskauer Aufstands, zuwenden.

Die Hauptformen der Dezemberbewegung in Moskau waren der friedliche Streik und die Demonstration. Die überwiegende Mehrheit der Arbeitermassen beteiligte sich aktiv nur an diesen Kampfformen. Und doch hat gerade die Moskauer Dezemberaktion anschaulich gezeigt, daß sich der Generalstreik als selbständige und hauptsächlichliche Kampfform überlebt hat, daß die Bewegung mit elementarer, unwiderstehlicher Gewalt diesen engen Rahmen durchbricht und eine höhere Kampfform, den Aufstand, gebiert.

Als die revolutionären Parteien und die Gewerkschaften in Moskau den Streik proklamierten, haben sie alle erkannt, ja gefühlt, daß er unvermeidlich in den Aufstand umschlagen müsse. Am 6. Dezember beschloß der Sowjet der Arbeiterdeputierten, „die Überleitung des Streiks in den bewaffneten Aufstand anzustreben“. In Wirklichkeit aber war keine Organisation hierauf vorbereitet, sogar der Koalitionsrat der Kampfgruppen⁵³ sprach (am 9. Dezember!) vom Aufstand als von etwas weit Entferntem, und zweifel-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 176—180. *Die Red.*

los brach der Straßenkampf über seinen Kopf hinweg aus und verlief ohne seine Beteiligung. Die Organisationen blieben hinter dem Anwachsen und dem Schwung der Bewegung zurück.

Der Streik wuchs in den Aufstand hinüber, vor allem unter dem Druck der objektiven Verhältnisse, wie sie sich nach dem Oktober gestaltet hatten. Es war schon nicht mehr möglich, die Regierung durch einen Generalstreik zu überrumpeln, sie hatte bereits die Konterrevolution organisiert, die zu militärischen Aktionen gerüstet war. Sowohl der allgemeine Verlauf der russischen Revolution nach dem Oktober als auch die folgerichtige Entwicklung der Ereignisse in Moskau während der Dezembertage bestätigten in erstaunlicher Weise die Richtigkeit eines tiefgründigen Satzes von Marx: der revolutionäre Fortschritt bricht sich Bahn in der Erzeugung einer geschlossenen und mächtigen Konterrevolution, d. h. indem er den Gegner zwingt, sich zu seiner Verteidigung immer extremerer Mittel zu bedienen, und so immer machtvollere Mittel des Angriffs entwickelt.⁵⁴

Am 7. und 8. Dezember: friedlicher Streik, friedliche Demonstrationen der Massen. Am 8. Dezember abends: Belagerung des Aquariums. Am 9. Dezember tagsüber: Dragoner schlagen auf Teilnehmer einer Ansammlung auf der Strastnaja Ploschtschad* ein. Abends: Demolierung des Fiedlerschen Hauses. Die Erbitterung wächst. Die unorganisierte Menge auf den Straßen beginnt ganz spontan und noch unsicher die ersten Barrikaden zu errichten.

Am 10. Dezember: Artillerie beginnt Barrikaden und Menschenansammlungen auf den Straßen unter Beschuß zu nehmen. Der Barrikadenbau wird umsichtiger und ist schon nicht mehr eine vereinzelte, sondern zweifellos eine Massenerscheinung. Die ganze Bevölkerung ist auf den Straßen; die ganze Stadt überzieht sich an den Hauptzentren mit einem Netz von Barrikaden. Einige Tage lang entwickelt sich ein erbitterter Partisanenkampf zwischen den Kampfgruppen und den Truppen, ein Kampf, der die Truppen zermüht und Dubassow um Verstärkungen flehen läßt. Erst am 15. Dezember erhalten die Regierungstruppen entscheidendes Übergewicht, und am 17. Dezember nimmt das Semjonowski-Regiment den Stadtteil Presnja ein, die letzte Feste des Aufstands.

Vom Streik und von Demonstrationen zu einzelnen Barrikaden, von einzelnen Barrikaden zu massenweiser Errichtung von Barrikaden und

* Platz in Moskau. *Der Übers.*

zum Straßenkampf mit den Truppen. Über den Kopf der Organisationen hinweg ging der proletarische Massenkampf vom Streik zum Aufstand über. Darin liegt die allergrößte geschichtliche Errungenschaft der russischen Revolution, die im Dezember 1905 erreicht wurde, eine Errungenschaft, die wie alle vorangegangenen um den Preis größter Opfer erkauft wurde. Vom politischen Massenstreik wurde die Bewegung auf eine höhere Stufe gehoben. Sie zwang die Reaktion, in ihrem Widerstand *bis zum letzten* zu gehen, und brachte dadurch mit Riesenschritten den Augenblick nahe, in dem die Revolution im Gebrauch der Angriffsmittel ebenfalls bis zum letzten gehen wird. Die Reaktion kann *nicht weiter* gehen als bis zum Artilleriebeschuss von Barrikaden, Häusern und der Menschenmenge auf den Straßen. Die Revolution kann noch weiter gehen als bis zum Kampf der Moskauer Kampfgruppen, sie kann noch viel, viel weiter gehen, in die Breite und in die Tiefe. Und die Revolution ist seit dem Dezember weit vorangeschritten. Die Basis der revolutionären Krise ist unermesslich breiter geworden — die Schneide ihrer Waffe muß jetzt viel schärfer sein.

Den Wechsel in den objektiven Bedingungen des Kampfes, der den Übergang vom Streik zum Aufstand erforderte, hat das Proletariat früher als seine Führer gefühlt. Die Praxis ist, wie stets, der Theorie vorangegangen. Der friedliche Streik und die Demonstrationen hörten mit einem Schlage auf, den Arbeitern zu genügen; sie fragten: Was weiter? — und verlangten aktiveres Vorgehen. Die Anweisung zum Barrikadenbau traf in den Stadtteilen mit riesiger Verspätung ein, zu einer Zeit, als im Zentrum schon Barrikaden errichtet wurden. Die Arbeiter gingen in Massen ans Werk, *gaben sich aber auch damit nicht zufrieden*, fragten: Was weiter? — und verlangten aktives Vorgehen. Wir, die Führer des sozialdemokratischen Proletariats, glichen im Dezember dem Heerführer, der seine Regimenter so unsinnig aufgestellt hat, daß der größte Teil seiner Truppen nicht aktiv an der Schlacht teilnimmt. Die Arbeitermassen suchten vergeblich Anweisungen für aktive Massenaktionen.

Es gibt somit nichts Kurzsichtigeres als die von allen Opportunisten aufgegriffene Ansicht Plechanows, es hätte keinen Sinn gehabt, den unzeitgemäßen Streik zu beginnen, „man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen“. Im Gegenteil, man hätte entschlossener, energischer und offensiver zu den Waffen greifen, hätte den Massen die Unmöglichkeit eines

bloß friedlichen Streiks und die Notwendigkeit eines furchtlosen und schonungslosen bewaffneten Kampfes klarmachen müssen. Wir müssen jetzt endlich offen und allen vernehmlich erklären, daß die politischen Streiks unzureichend sind, müssen in den breitesten Massen für den bewaffneten Aufstand agitieren, ohne diese Frage durch irgendwelche „Vorstufen“ zu vertuschen, ohne sie durch irgend etwas zu verschleiern. Den Massen die Notwendigkeit eines erbitterten, blutigen, vernichtenden Krieges als unmittelbare Aufgabe der bevorstehenden Aktion verhehlen heißt sich selbst und das Volk betrügen.

Das ist die erste Lehre der Dezemberereignisse. Die zweite Lehre betrifft den Charakter des Aufstands, die Art, wie er durchgeführt wurde, die Bedingungen für den Übergang der Truppen auf die Seite des Volkes. Auf dem rechten Flügel unserer Partei sind hinsichtlich dieses Übergangs äußerst einseitige Ansichten verbreitet. Man könne nicht gegen die modernen Truppen kämpfen, es sei notwendig, daß die Truppen revolutionär werden. Es versteht sich von selbst, daß von einem ernsten Kampf keine Rede sein kann, solange die Revolution nicht zu einer Massenbewegung geworden ist und nicht auch die Truppen erfaßt hat. Selbstverständlich ist die Arbeit unter den Truppen notwendig. Aber man darf sich diesen Übergang der Truppen nicht als einfachen, einmaligen Akt vorstellen, der das Ergebnis einerseits der Überzeugung und anderseits des Bewußtseins ist. Der Moskauer Aufstand zeigt uns anschaulich, wie schablonenhaft und lebensfremd eine solche Auffassung ist. In der Praxis führt das Schwanken der Truppen, das jede wirkliche Volksbewegung zwangsläufig mit sich bringt, bei Verschärfung des revolutionären Kampfes im wahrsten Sinne des Wortes zum *Kampf um das Heer*. Der Moskauer Aufstand zeigt uns gerade das Bild eines äußerst erbitterten, verzweifelten Kampfes der Reaktion und der Revolution um das Heer. Dubassow selbst erklärte, daß von den 15 000 Mann der Moskauer Truppen nur 5000 zuverlässig seien. Die Regierung suchte die Schwankenden durch die mannigfachsten, verzweifeltesten Mittel zurückzuhalten: Man suchte sie zu überzeugen, schmeichelte ihnen, bestach sie durch die Verteilung von Uhren, von Geld usw., man sparte nicht mit Schnaps, man suchte sie zu betrügen, einzuschüchtern, sperrte sie in die Kasernen ein, entwaffnete sie, griff mit Hilfe von Verrat und Gewalt Soldaten heraus, die man für besonders unzuverlässig hielt. Und man muß den Mut haben, geradeheraus und offen

zuzugeben, daß wir in dieser Beziehung hinter der Regierung zurückblieben. Wir haben es nicht verstanden, die Kräfte, über die wir verfügten, für einen ebensolchen aktiven, kühnen, mit Initiative und offensiv geführten Kampf um das schwankende Heer zu nutzen, wie ihn die Regierung begann und erfolgreich zu Ende führte. Wir haben mit der geistigen „Bearbeitung“ der Truppen begonnen und werden sie noch beharrlicher betreiben. Aber wir werden traurige Pedanten sein, wenn wir vergessen, daß im Augenblick des Aufstands auch ein physischer Kampf um die Truppen erforderlich ist.

Das Moskauer Proletariat hat uns in den Dezembertagen vortreffliche Lehren erteilt, wie die geistige „Bearbeitung“ der Truppen aussehen muß, so z. B. am 8. Dezember, als die Menschenmassen auf der Strastnaja Ploschtschad die Kosaken umringten, sich mit ihnen vermischten, mit ihnen verbrüderten und sie veranlaßten, zurückzureiten. Oder am 10. Dezember, als im Stadtteil Presnja zwei junge Arbeiterinnen, die in einer Menge von zehntausend Demonstranten eine rote Fahne trugen, sich den Kosaken mit dem Ruf entgegenwarfen: „Tötet uns! Lebend werden wir die Fahne nicht hergeben!“ Und die Kosaken gerieten in Verwirrung und sprengten fort, begleitet von den Rufen der Menge: „Es leben die Kosaken!“ Diese Beispiele von Kühnheit und Heldenmut müssen für immer im Bewußtsein des Proletariats verankert werden.

Nun einige Beispiele dafür, daß wir hinter Dubassow zurückgeblieben sind. Am 9. Dezember marschieren Soldaten mit dem Gesang der Marseillaise die Bolschaja Serpuchowskaja Ulica* entlang, entschlossen, sich den Aufständischen anzuschließen. Die Arbeiter senden ihnen Delegierte entgegen. Malachow sprengt Hals über Kopf selbst zu ihnen. Die Arbeiter kamen zu spät, Malachow aber zur Zeit. Er hielt eine flammende Ansprache, brachte die Soldaten ins Schwanken, ließ sie von Dragonern umzingeln, führte sie in die Kasernen zurück und sperrte sie dort ein. Malachow kam zur Zeit, wir aber nicht — obwohl in zwei Tagen 150 000 Menschen unserm Aufruf Folge geleistet hatten, die den Patrouillendienst auf den Straßen hätten organisieren können und müssen. Malachow ließ die Soldaten von Dragonern umzingeln, wir aber umzingelten die Malachows nicht durch Bombisten. Wir konnten das und hätten das tun müssen, und die sozialdemokratische Presse hat bereits seit langem (siehe die alte

* Straße in Moskau. *Der Übers.*

„Iskra“) darauf hingewiesen, daß während des Aufstands die rücksichtslose Vernichtung ziviler und militärischer Führer der Gegenseite unsere Pflicht ist. Das, was sich auf der Bolschaja Serpuchowskaja Ulliza abspielte, hat sich anscheinend in seinen Hauptzügen vor der Neswischki- und der Krutziki-Kaserne wie auch bei den Versuchen des Proletariats wiederholt, die Jekaterinoslawer „herauszuholen“, ebenso bei der Entsendung von Delegierten zu den Pionieren in Alexandrow, bei der Rückkehr der Rostower Artillerie, die man nach Moskau schicken wollte, bei der Entwaffnung der Pioniere in Kolomna usw. Im Augenblick des Aufstands waren wir der Aufgabe, den Kampf um die schwankenden Truppen zu führen, nicht gewachsen.

Der Dezember hat einen weiteren tiefgründigen und von den Opportunisten vergessenen Satz von Marx anschaulich bestätigt, daß nämlich der Aufstand eine Kunst und daß die Hauptregel dieser Kunst die mit verwegener Kühnheit und größter Entschlossenheit geführte *Offensive* ist.⁵⁵ Wir haben uns diese Wahrheit nicht genügend zu eigen gemacht. Wir haben diese Kunst, diese Regel der Offensive um jeden Preis selbst nicht genügend gelernt und die Massen darin nicht genügend unterrichtet. Wir müssen jetzt mit aller Energie das Versäumte nachholen. Es genügt nicht, die Menschen nach ihrem Verhältnis zu politischen Losungen zu gruppieren, darüber hinaus ist erforderlich, sie nach ihrer Einstellung zum bewaffneten Aufstand zu gruppieren. Wer gegen ihn ist, wer sich nicht auf ihn vorbereitet, den muß man rücksichtslos aus der Zahl der Anhänger der Revolution streichen und zu ihren Gegnern, zu den Verrätern oder Feiglingen rechnen, denn es naht der Tag, an dem der Gang der Ereignisse, die Situation des Kampfes uns zwingen wird, Feinde und Freunde nach diesem Merkmal voneinander zu scheiden. Nicht Passivität müssen wir propagieren, nicht ein einfaches „Daraufwarten“, daß die Truppen „übergehen“ — nein, wir müssen die Trommel rühren und weit und breit verkünden, daß es notwendig ist, kühn und mit der Waffe in der Hand anzugreifen, daß es notwendig ist, hierbei die militärischen Führer zu vernichten und den allertatkräftigsten Kampf um die schwankenden Truppen zu führen.

Die dritte große Lehre, die uns Moskau erteilt hat, betrifft die Taktik und die Organisation der Kräfte für den Aufstand. Die militärische Taktik hängt von dem Niveau der militärischen Technik ab — diese Tatsache

hat Engels wiederholt erläutert und den Marxisten eingehämmert.⁵⁶ Die militärische Technik ist jetzt eine andere als in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Gegen die Artillerie scharenweise vorzugehen und mit Revolvern die Barrikaden zu verteidigen wäre eine Dummheit. Und Kautsky hatte recht, als er schrieb, daß es nach dem Moskauer Aufstand an der Zeit sei, Engels' Schlußfolgerungen zu überprüfen, und daß Moskau eine „neue Barrikadentaktik“ geschaffen habe.⁵⁷ Diese Taktik war die Taktik des Partisanenkrieges. Die Organisation, die durch eine solche Taktik bedingt wurde, war die leicht bewegliche und außerordentlich kleine Abteilung: Zehnergruppen, Dreiergruppen, ja sogar Zweiergruppen. Man kann jetzt bei uns häufig Sozialdemokraten treffen, die verächtlich zu kichern beginnen, wenn die Rede auf Fünfer- und Dreiergruppen kommt. Aber mit diesem Gekicher will man nur auf billige Art darüber hinwegtäuschen, daß man vor einer neuen Frage der Taktik und der Organisation, wie sie bei dem gegenwärtigen Stand der militärischen Technik der Straßenkampf verlangt, die Augen verschließt. Lest euch den Bericht über den Moskauer Aufstand aufmerksam durch, ihr Herrschaften, und ihr werdet begreifen, was für eine Verbindung zwischen den „Fünfergruppen“ und der Frage der „neuen Barrikadentaktik“ besteht!

Moskau hat diese Taktik hervorgebracht, aber noch lange nicht genug entwickelt, bei weitem noch nicht wirklich zur Taktik der breiten Massen gemacht. Es gab wenig Kampfgruppen, die Lösung verwegener Überfälle wurde nicht in die Arbeitermasse getragen und von ihr nicht verwirklicht, die Partisanenabteilungen waren ihrem Charakter nach allzu gleichartig, ihre Waffen und ihre Kampfmethoden unzulänglich, ihre Fähigkeiten, die Massen zu führen, nur wenig ausgebildet. Wir müssen das alles nachholen und werden es nachholen, indem wir die Lehren des Moskauer Aufstands auswerten, indem wir diese Lehren unter den Massen verbreiten und die schöpferische Kraft der Massen selbst wecken, um diese Lehren weiter zu entwickeln. Der Partisanenkrieg, der Massenterror, der jetzt nach dem Dezember überall in Rußland fast pausenlos ausgeübt wird, wird zweifellos helfen, die Massen zu lehren, im Augenblick des Aufstands die richtige Taktik anzuwenden. Die Sozialdemokratie muß diesen Massenterror billigen und zum Bestandteil ihrer Taktik machen, dabei muß sie ihn natürlich organisieren und kontrollieren, den Interessen und Bedingungen der Arbeiterbewegung und des allgemeinen revolutionären

Kampfes unterordnen und rücksichtslos die „lumpenproletarischen“ Verzerrungen dieses Partisanenkrieges beseitigen und ausmerzen, mit denen die Moskauer in den Tagen des Aufstands und die Letten in den Tagen der vielgenannten lettischen Republiken so prächtig und rücksichtslos aufgeräumt haben.

In der allerletzten Zeit macht die militärische Technik wiederum neue Fortschritte. Der japanische Krieg hat die Handgranate eingeführt. Die Gewehrfabriken haben das Selbstladegewehr auf den Markt geworfen. Beide werden in der russischen Revolution zwar schon erfolgreich angewandt, aber bei weitem noch nicht in genügendem Maße. Wir können und müssen uns technische Vervollkommnungen zunutze machen, müssen die Arbeiterabteilungen lehren, Bomben in Massen herzustellen, müssen ihnen und unseren Kampfgruppen helfen, sich Vorräte an Sprengstoffen, Zündern und Selbstladegewehren zu besorgen. Wenn sich die Arbeitermassen am Aufstand in der Stadt beteiligen, wenn sich die Massen auf den Feind stürzen, wenn der Kampf um die Truppen, die nach der Duma, nach Sveaborg und Kronstadt noch mehr schwanken, entschlossen und geschickt geführt wird und die Teilnahme des Dorfes am gemeinsamen Kampf gesichert ist, dann werden wir im nächsten bewaffneten Aufstand, der ganz Rußland ergreifen wird, den Sieg davontragen!

Wir wollen daher, gestützt auf die Lehren der großen Tage der russischen Revolution, unsere Arbeit breiter entfalten, kühner unsere Aufgaben stellen. Unserer Arbeit liegt die richtige Bewertung der Klasseninteressen sowie all dessen zugrunde, was im gegenwärtigen Zeitabschnitt die Entwicklung des gesamten Volkes erfordert. Sturz der Zarenmacht und Einberufung der konstituierenden Versammlung durch eine revolutionäre Regierung, das ist die Losung, um die wir einen immer größeren Teil des Proletariats, der Bauernschaft und der Truppen sammeln und sammeln werden. Die Entwicklung des Bewußtseins der Massen wird wie stets die Grundlage und der Hauptinhalt unserer ganzen Arbeit sein. Vergessen wir aber nicht, daß sich in einem solchen Zeitpunkt, wie wir ihn gegenwärtig in Rußland erleben, zu dieser allgemeinen, ständigen und wichtigsten Aufgabe besondere, spezielle Aufgaben gesellen. Wir wollen uns nicht in Pedanten und Philister verwandeln, wir wollen diesen besonderen Aufgaben des Augenblicks, diesen durch die gegebenen Kampfformen bestimmten speziellen Aufgaben nicht durch nichtssagende Hinweise auf

unsere ständigen, unter allen Bedingungen, zu allen Zeiten unveränderlichen Verpflichtungen ausweichen.

Seien wir dessen eingedenk, daß ein großer Massenkampf naht. Das wird der bewaffnete Aufstand sein. Er muß nach Möglichkeit an allen Orten zu gleicher Zeit erfolgen. Die Massen müssen wissen, daß sie in einen bewaffneten, blutigen, erbitterten Kampf gehen. Todesverachtung muß die Massen ergreifen und den Sieg sichern. Die Offensive gegen den Feind muß aufs energischste durchgeführt werden; Angriff, nicht Verteidigung, muß die Losung der Massen sein, rücksichtslose Vernichtung des Feindes wird ihre Aufgabe sein; die Organisation des Kampfes wird beweglich und elastisch sein; die schwankenden Elemente des Heeres werden in den aktiven Kampf hineingezogen werden. Die Partei des klassenbewußten Proletariats muß ihre Pflicht in diesem großen Kampf erfüllen.

„Proletari“ Nr. 2,
29. August 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

TAKTISCHE SCHWANKUNGEN

Wir haben Nr. 6 des Plechanowschen „Dnewnik“ [Tagebuch] erhalten — zwölf kleine Seiten, die in Genf gedruckt sind. Angenehm überrascht hat uns, daß die russische liberale bürgerliche Presse diesmal ausnahmsweise darauf verzichtet hat, Loblieder auf Plechanow zu singen. Die Auseinanderjagung der Duma muß wohl den Optimismus des Genossen Plechanow verjagt haben — dachten wir, als wir in den liberalen Zeitungen vom Erscheinen der Nr. 6 des „Dnewnik“ lasen, ohne auf die üblichen mit Beifall begrüßten Zitate zu stoßen.

Und in der Tat, Genosse Plechanow verläßt in Nr. 6 des „Dnewnik“ die Position des äußersten rechten Flügels des Menschewismus, die er (zusammen mit Genossen Rachmetow) in der Zeit der Duma eingenommen hat. Von dem Bestreben der Menschewiki, die revolutionäre Losung „Für die konstituierende Versammlung“ durch den Zusatz: „durch die Duma“ und „für die Duma“ usw. *abzuschwächen*, hat er sich durchaus ferngehalten. Mit Recht beweist Plechanow, daß die Losung nur „Einberufung der konstituierenden Versammlung“ lauten kann, mit Recht kritisiert er das Wiborger Manifest, weil es nicht diese Losung ausgibt. Plechanow hat sich auch von dem menschewistischen Bestreben völlig ferngehalten, die „Aktion“ unbedingt mit der Duma zu verbinden, selbst wenn es eine Teilaktion an Stelle einer allgemeinen Aktion, eine sofortige und unvorbereitete an Stelle einer späteren und mehr ausgereiften Aktion sein sollte. Schließlich paßt Plechanow diesmal die Losungen der Sozialdemokratie nicht den kadettischen Losungen an, setzt nicht die Kadetten der bürgerlichen Demokratie überhaupt gleich, sondern kritisiert im Gegenteil direkt und offen die Halbschlächtigkeit der Kadetten (deshalb also schweigen die

Kadettenzeitungen von Plechanow!) und stellt ihnen aufs entschiedenste die „werkttätige“ Bauernschaft entgegen.

Das alles ist im höchsten Grade erfreulich. Betrübtlich aber ist, daß Plechanow auch weiterhin eine ganze Reihe von taktischen Unklarheiten und taktischen Schwankungen an den Tag legt.

Plechanow macht den Verfassern des Wiborger Aufrufs mit Recht zum Vorwurf, daß sie sich auf die Aufforderung „beschränkt“ haben, keine Steuern zu zahlen und keine Rekruten zu stellen, daß sie bestrebt sind, nicht den Boden des Gesetzes zu verlassen. Es wäre nötig gewesen, erklärt Plechanow, zu sagen: „Haltet euch bereit, denn die Zeit naht.“ Es wäre nötig gewesen, die Losung „Konstituierende Versammlung“ auszugeben.

Nun sind aber Steuerstreik usw. *Mittel* des Kampfes. Die Einberufung einer konstituierenden Versammlung dagegen ist das nächste *Ziel* des Kampfes. Wenn man den Kadetten ihre Bestrebungen vorwirft, sich nur auf *ein* Mittel zu beschränken, mußte man andere Mittel *zeigen* und die Voraussetzungen für ihre Anwendung, ihre Bedeutung usw. untersuchen. Diese Frage abzutun, wie es Plechanow etwa mit der Bemerkung tut, „jeder Tag hat seine Plage“, ist verkehrt. Die Sozialdemokratie muß das Proletariat nicht nur bei der Aufstellung richtiger Losungen, sondern auch bei der Wahl der entschiedensten und zweckmäßigsten *Kampfmittel* anleiten. Die russische Revolution hat uns bereits nicht wenig Lehren darüber erteilt, daß mit der Erweiterung der Aufgaben des Kampfes, mit dem Wachsen der Masse, die am Kampf teilnimmt, sich auch die Mittel, Verfahren, Methoden des Kampfes ändern und immer entschiedener, immer offensiver werden. Gerade in einem Augenblick wie dem jetzigen gilt es, die Frage der verschiedenen *Kampfmittel*: des politischen Streiks, des bewaffneten Aufstands usw. *nicht mit Stillschweigen zu übergehen, sondern ganz besonders sorgfältig zu studieren.* Diese Fragen stehen auf der Tagesordnung, und mit Recht verlangen die fortgeschrittenen Arbeiter von uns eine Antwort darauf.

Plechanow untersucht, inwieweit die Forderung nach Einberufung einer konstituierenden Versammlung den Interessen der verschiedenen Klassen entspricht, und unterscheidet dabei *drei* Klassen. 1. Hinsichtlich des Proletariats stellt er fest, daß seine Klasseninteressen völlig mit den allgemeinen Volksinteressen zusammenfallen. 2. Hinsichtlich der „werkttätigen Bauernschaft“ bemerkt er, es könne möglich sein, daß ihre Interessen unter

gewissen Bedingungen nicht mit den allgemeinen Volksinteressen zusammenfallen, betont aber, daß „ihr Klasseninteresse“ die Einberufung der konstituierenden Versammlung verlangt. 3. Hinsichtlich der „durch die Partei der Kadetten vertretenen Schichten“ stellt Plechanow fest, daß sie auf Grund ihrer „Klasseninteressen“ der Einberufung der konstituierenden Versammlung mit Mißtrauen begegnen werden, wie das auch ihre „Aussöhnung“ mit den Maßnahmen der Herren Stolypin, ihre Furcht, die Gutsbesitzerländereien ohne jede Entschädigung zu verlieren, usw. beweisen wird. Und Plechanow erklärt, daß er „sich nicht in Prophezeiungen einlassen will“, ob bei den Kadetten das Klasseninteresse über das allgemeine Volksinteresse die Oberhand gewinnen wird oder umgekehrt.

Man prophezeit die Zukunft, der Verzicht der Kadetten auf die Losung „Konstituierende Versammlung“ und auf den revolutionären Kampf für sie ist aber die Gegenwart. Das zu verschweigen ist nicht nur nutzlos, sondern auch schädlich. Will man das aber nicht verschweigen, so muß man offenbar anerkennen: „Das Proletariat *zusammen* mit der bewußten werktätigen Bauernschaft *gegen* die unzuverlässigen und schwankenden Kadetten.“ An diese taktische Direktive, die sich unvermeidlich aus seiner jetzigen Fragestellung ergibt, ist Plechanow dicht herangerückt.

Er schreibt: „Alle Parteien, die an dieser Bewegung teilnehmen (am Kampf für die konstituierende Versammlung), sollten sich unverzüglich über die gegenseitige Unterstützung in dieser Sache verständigen.“ Richtig! Welches sind nun diese Parteien? Die Parteien, die *weiter links* als die Kadetten stehen und als Parteien der *revolutionären* Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen Demokratie bezeichnet werden müssen (denn die Losung „Konstituierende Versammlung“ ist eine *revolutionäre* Losung zum Unterschied von der oppositionellen und „loyalen“ Losung der Kadetten: „So schnell wie möglich eine neue Duma“). Also: ein *Kampf-abkommen der Partei des Proletariats mit den Parteien der revolutionären Demokratie*.

Das ist es gerade, worauf wir stets bestanden haben. Es bleibt nur zu wünschen übrig, daß Plechanow von nun an diesen Standpunkt folgerichtig vertritt. Ein *folgerichtiges* Eintreten für diesen Standpunkt aber bedingt als *Voraussetzung* eines solchen Kampf-abkommens nicht nur die Anerkennung der *revolutionär-demokratischen* Losung (Konstituierende Versammlung), sondern auch die Anerkennung jenes *revolutionären*

Kampfmittels, für das unsere Bewegung schon reif ist und das sie im Kampf für die konstituierende Versammlung unweigerlich anwenden muß, d. h. die Anerkennung des *allgemeinen Volksaufstands*. Will man ferner die Losung „Konstituierende Versammlung“ wirklich erläutern und sie nicht nur nachbeten, so muß man auch die Frage der *provisorischen revolutionären Regierung* aufwerfen. Wenn Plechanow diese Frage nicht aufwirft, zieht er nicht den richtigen Trennungsstrich zwischen den Interessen der „werk tätigen“ Bauernschaft und den Klasseninteressen der „durch die Partei der Kadetten vertretenen Schichten“. Wenn Plechanow diese Frage nicht aufwirft, läßt er eine klaffende Lücke in unserer Propaganda und Agitation; wird man doch jeden Agitator fragen: Wer soll nun nach Meinung der Arbeiterpartei die konstituierende Versammlung einberufen?

Die Frage des Aufstands wie auch die Frage der Kampfmethoden überhaupt übergeht Plechanow, wie wir schon bemerkt haben, ganz zu Unrecht. Er schreibt: „Im gegenwärtigen Zeitpunkt könnte der Aufstand nur eine Explosion der Volksempörung, nur eine Revolte sein, die die Behörden mühelos unterdrücken würden; wir brauchen aber nicht Revolten, nicht Explosionen, wir brauchen eine siegreiche Revolution.“

Ebensogut hätte Nogi im August 1905 sagen können: „Wir brauchen nicht Attacken auf Port Arthur, sondern die Einnahme von Port Arthur.“ Man kann Attacken zur un rechten Zeit Attacken zur rechten Zeit, unvorbereitete vorbereiteten entgegenstellen, aber man kann nicht Attacken überhaupt der „Einnahme“ der Festung entgegenstellen. Das ist ein Fehler. Das heißt die Frage nach den Methoden zur Einnahme der Festung umgehen. Und eben diesen Fehler begeht Genosse Plechanow.

Entweder spricht er nicht alles aus, was er sagen will, oder die Frage ist ihm selbst nicht klar.

Der Unterschied zwischen einem Demonstrationstreik und einem mit dem Aufstand verbundenen Streik ist klar. Der Unterschied zwischen „einzelnen Bekundungen des Massenprotestes“ und einer allgemeinen Aktion im ganzen Lande ist klar. Der Unterschied zwischen einzelnen und lokalen Erhebungen und einem allgemeinen Aufstand im ganzen Lande, der von *allen* revolutionären Parteien und Elementen unterstützt wird, ist ebenfalls klar. Wenn Sie Demonstrationen, einzelne Protestkundgebungen, einzelne Erhebungen als „Explosionen“ bezeichnen, dann

wird Ihr Gedanke gleichfalls klar sein, und Ihr Protest gegen ein solches „Blendwerk“ wird durchaus gerechtfertigt sein.

Aber einfach sagen: „Wir brauchen *nicht* Explosionen, *sondern* eine siegreiche Revolution“, heißt gar nichts sagen. Ja noch schlimmer: das heißt einer hohlen Phrase den Schein von Bedeutsamkeit verleihen. Das heißt den Leser mit dem Klang einer effektvollen, aber hohlen Phrase *betäuben*. Es dürfte sehr schwer halten, zwei Revolutionäre zu finden, die sich *nicht* darüber *einig* wären — es sei denn, sie hätten den Verstand verloren —, daß wir „nicht Explosionen, sondern eine siegreiche Revolution“ brauchen. Zugleich aber dürfte es nicht sehr leicht sein, zwei Revolutionäre, beide bei gesundem Menschenverstand, zu finden, die sich darüber *einig* wären, *welches* bestimmte Kampfmittel in welchem bestimmten *Augenblick* nicht eine „Explosion“, sondern ein sicherer *Schritt zur* siegreichen Revolution ist. Es bringt Plechanow nicht sehr viel weiter, wenn er mit wichtiger Miene etwas wiederholt, was niemand anzweifelt, die eigentliche Schwierigkeit aber umgeht.

Zum Schluß können wir nicht umhin, festzustellen, daß sich Plechanow selbstverständlich bemüht, im Vorübergehen den Bolschewiki eins „auszuwischen“: Blanquisten sind sie, denn sie haben die Duma boykottiert, „leichtfertig“ sind sie, denn sie haben (bis zu der Belehrung, die ihnen Genosse Plechanow in Nr. 6 des „Dnewnik“ erteilt) nicht erkannt, wie notwendig eine intensive Arbeit unter den Truppen ist. Es genügt, diese Sticheleien zu erwähnen — eine Antwort darauf erübrigt sich. Wenn Genosse Plechanow denkt, daß er durch seine *jetzige* taktische Position die Menschewiki in unserer Partei stärkt und die Bolschewiki schwächt, so haben wir nichts dagegen, ihn in diesem angenehmen Irrtum zu belassen.

„Proletari“ Nr. 2,
29. August 1906.

Nach dem Text des „Proletari“

DIE POLITIK DER REGIERUNG UND DER BEVORSTEHENDE KAMPF

Eine von den deutschen Sozialdemokraten herausgegebene humoristische Zeitschrift brachte vor etwa anderthalb Jahren eine Karikatur auf Nikolaus II. Der Zar ist in voller Uniform, mit lachender Miene dargestellt. Er neckt mit einem Stück Brot einen zottigen Mushik, bald schiebt er es ihm fast in den Mund, bald zieht er es zurück. Das Gesicht des zottigen Mushiks ist bald von einem zufriedenen Lächeln verklärt, bald verzieht es sich in finstere Wut, wenn das Stück Brot, das er beinahe geschnappt hätte, wieder zurückgezogen wird. Das Brot trägt die Aufschrift: „Konstitution“. Die letzte „Szene“ zeigt den Mushik, wie er alle Kräfte anspannt, um ein Stückchen Brot abzubeißen, und — Nikolaus Romanow den Kopf abbeißt.

Eine treffende Karikatur. In der Tat, die Selbstherrschaft „neckt“ das russische Volk nun schon seit einigen Jahren mit der Konstitution. Bald sieht es so aus, als ob ihm diese Konstitution „fast ganz“ gegeben würde, bald leben mit einem Schlage die ganze alte Willkür, alle die Exzesse und Gesetzwidrigkeiten der Polizei in viel schlimmerer Form wieder auf. Haben wir nicht noch vor kurzem das nahezu demokratischste „Parlament“ der Welt gehabt? Hat nicht noch vor kurzem die gesamte Presse die Frage eines kadettischen Kabinetts als eine unmittelbar bevorstehende, reale Möglichkeit erörtert? Man glaubt kaum, daß das nur zwei — drei Monate her ist. Ein paar Erlasse, Manifeste und Verordnungen — und die alte Selbstherrschaft herrscht, ein Häuflein von Defraudanten, Henkern und Pogromhelden, von allen verflucht, mit Schmach bedeckt und öffentlich bespottet, drangsaliert von neuem das Volk, veranstaltet von neuem Pogrome, raubt, prügelt, unterdrückt jede Meinungsäußerung und verpestet die Luft mit dem unerträglichen Gestank der Leibeigenschaft.

Vom Standpunkt der Entwicklung des revolutionären Kampfes des Volkes findet dieser schnelle Wechsel von kurzen „Tagen der Freiheit“ und langen Monaten wütender Reaktion seine Erklärung in dem Gleichgewicht der Kräfte, das seit Herbst vorigen Jahres zwischen den kämpfenden Parteien besteht. Die Selbstherrschaft hat *bereits nicht mehr* die Kraft, das Volk zu regieren, das Volk hat *noch nicht* die Kraft, das Joch der Pogromheldenregierung wirklich abzuschütteln. Beide kämpfenden Teile stehen einander gegenüber wie zwei feindliche Armeen, bald ruhen sie vom Kampfe aus und sammeln neue Kräfte, bald stürzen sie sich von neuem in den Kampf gegen den verhaßten Feind.

Die Publizisten der Kadettenpresse und der Presse vom Schläge des „Nowoje Wremja“ bewerten diese Schwankungen im Grunde genommen in der gleichen *moralisierenden* Art und Weise. Die einen wie die anderen verurteilen, beklagen die Schwankungen, die Unentschlossenheit, die wankende Haltung der Regierung, rufen sie zur „Festigkeit“ auf — die einen zur Festigkeit in den Repressalien, die anderen zur Festigkeit in der Verwirklichung der versprochenen Konstitution. Den einen wie den anderen ist der Begriff des Klassenkampfes, der das tatsächliche Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte verändert, fremd.

Im Verlauf der Entwicklung dieses Kampfes aber müssen das Bewußtsein und die Geschlossenheit in den Reihen der Revolution und in den Reihen der Reaktion unvermeidlich immer stärker werden, müssen immer schärfere und rücksichtslosere Kampfformen zur Anwendung gelangen. Der schnelle Wechsel von „Tagen der Freiheit“ und „Monaten der Exekutionen“ ist ganz besonders dazu angetan, die Zahl der Passiven und Gleichgültigen zu verringern, immer neue Schichten und Elemente in den Kampf zu ziehen, das Bewußtsein der Massen zu entwickeln und ihnen an Hand der verschiedenen Experimente, die in ganz Rußland angestellt werden, ganz besonders anschaulich bald die eine, bald die andere Seite der Selbstherrschaft zu zeigen. Je schneller und schroffer dieser Wechsel, um so schneller führt die Entwicklung zu dem Ende, das unabwendbar durch das Übergewicht der gesellschaftlichen Kräfte auf seiten der Freiheit bestimmt ist.

Die klassenbewußten Arbeiter können deshalb dem erstaunlich schnellen „Fortschritt“ der Selbstherrschaft in der Anwendung von Repressalien mit größter Ruhe zuschauen. Fahrt nur so fort, ihr Herren Romanow,

Trepow, Ignatjew und Stolypin! Je eifriger ihr auf diesem Wege fortfahrt, um so schneller werdet ihr eure letzten Reserven erschöpfen. Ihr droht mit der Militärdiktatur, mit der Verhängung des Belagerungszustands über ganz Rußland? Aus solch einem Belagerungszustand aber wird unbedingt vor allem die Revolution Gewinn ziehen. Militärdiktatur und Belagerungszustand werden dazu zwingen, neue Truppenmassen zu mobilisieren, nun haben aber die wiederholten Einberufungen der aller-„zuverlässigsten“ Truppen, der Kosaken, schon jetzt in den ruinierten Kosakenstanizen zu einem starken Anwachsen der Gärung geführt und die „Unzuverlässigkeit“ dieser Truppen verstärkt. Der Belagerungszustand kostet Geld, die finanzielle Lage der Selbstherrschaft aber ist schon jetzt verzweifelt. Der Belagerungszustand führt zu einer Verstärkung der Agitation unter den Soldaten und gewöhnt der Bevölkerung die Furcht vor den aller„schrecklichsten“ Formen der Repressalien ab; Polen und das Baltikum sind dafür ein beredtes Zeugnis.

Wir haben gesagt, daß die Reaktion mit der Militärdiktatur „droht“. Das ist genaugenommen unrichtig, denn jetzt, nachdem die Standgerichte in allen Gouvernements einschließlich der „Randgebiete“, d. h. in 82 von 87 Gouvernements des Russischen Reiches, eingeführt sind, ist es lächerlich, von der Militärdiktatur als von etwas Künftigem zu reden. Das ist schon die Gegenwart, und eine Änderung der Bezeichnung, die Verwendung eines „schrecklicheren“ Wortes („Diktatur“ anstatt „außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen“), die Ernennung eines Diktators kann den zahllosen Verhaftungen, den Deportierungen ohne Gerichtsverhandlung, den Strafexpeditionen, den Leibesvisitationen auf der Straße, den Erschießungen auf Grund von Urteilsprüchen der Offiziere schon *nichts* Neues hinzufügen. In Rußland herrscht schon jetzt eine Militär- und Polizeidiktatur. Die Repressalien haben schon jetzt einen solchen Grad erreicht, daß die Revolutionäre, die seit den Zeiten Plehwes an eine solche „Behandlung“ gewöhnt sind, unverhältnismäßig wenig unter diesen Repressalien leiden, während ihre ganze Last die „friedliche“ Bevölkerung zu spüren bekommt, die die Herren Stolypin mit einem Erfolg „agitieren“, den man nur be-
grüßen kann.

Die Repressalien vom vorigen Winter folgten einem wirklich revolutionären Aufstand, mit dem die liberal-monarchistische Bourgeoisie nicht sympathisierte; nichtsdestoweniger aber bereiteten diese Repressalien den

Boden für eine durchwegs oppositionell eingestellte Duma vor, aus der vor allem die revolutionären Elemente Nutzen zogen. Jetzt im Herbst folgen die Repressalien auf eine Zeit des legalen „Konstitutionalismus“. Es ist ausgeschlossen, daß ihre *einzig* Wirkung eine radikalere Zusammensetzung der Duma sein wird.

Die Bande von Pogromhelden fühlt, daß sie mit den Repressalien nichts erreichen kann, und sucht krampfhaft nach Unterstützung. Einerseits sind die Versuche einer Verständigung mit den Oktobristen mißlungen. Andererseits bereiten Pobedonoszew und Co. die völlige Beseitigung jeder „Konstitution“ vor. Einerseits werden die Universitäten geöffnet, und eine käufliche Presse verkündet laut die Notwendigkeit eines festen Liberalismus. Andererseits wird sogar der Parteitag der Kadetten verboten (was für Hilfe doch die Stolypin den Kadetten leisten!), und die Presse ist Verfolgungen ausgesetzt, wie es sie nicht einmal unter Durnowo gab. Einerseits Standgerichte, andererseits ein weit angelegter Versuch einer Verständigung mit der Dorfbourgeoisie.⁵⁸

Die Regierung fühlt, daß ihre einzige Rettung darin liegt, die bäuerliche Bourgeoisie innerhalb der Dorfgemeinde zu stärken, um sich auf sie gegen die Bauernmassen zu stützen. Auf dies Ziel aber, das die Gutschkw klug und vorsichtig verfolgen würden, an das sich die Kadetten vorsichtig und geschickt heranstehlen, gehen die polizeilichen Dershimordas* so grob, dumm und tolpatschig los, daß ihre ganze „Kampagne“ aller Wahrscheinlichkeit nach fehlschlagen wird. Die Elemente der bäuerlichen Bourgeoisie sind gering an Zahl, aber wirtschaftlich im Dorfe sehr stark. Die Ablösung der Gutsbesitzerländereien usw. nach dem Muster der kadettischen Agrarreform würde der *gesamten* Bauernschaft Honig um den Mund schmieren und vortrefflich das Ziel erreichen, auf das die Selbstherrschaft bärenhaft täppisch losmarschiert: sie würde die bäuerliche Bourgeoisie außerordentlich stärken und aus ihr eine Stütze der „Ordnung“ machen.

Aber die Romanow, Trepow, Ignatjew und Stolypin sind zu dumm, das zu begreifen. Sie haben in der Duma den Bauern in der Landfrage eine grobe Absage erteilt und bringen jetzt durch ihre Beamten Apanage- und Staatsländereien *zum Verkauf*. Ob das zur Folge haben wird, daß einflußreiche Schichten der Dorfbourgeoisie wirklich auf die Seite der jetzi-

* Polizist in Gogols „Revisor“. Zu deutsch: Halt-die-Schnauze. *Der Übers.*

gen Regierung übergehen, ist eine große Frage, denn das Bürokraten-
gesindel wird die Sache ebenso in die Länge ziehen, wird ebenso plündern
und sich bestechen lassen, wie es die Romanow und ihre Spießgesellen
stets getan haben. Daß aber die bäuerliche Masse durch die Kunde von
der Ablösung der Apanage- und Staatsländereien noch mehr „aufgereizt“
wird, unterliegt keinem Zweifel. Der Verkauf dieser Ländereien wird in-
folge der Umwandlung des Pachtzinses in Ablösezahlungen in zahlreichen
Fällen eine *Erhöhung* der Zahlungen bedeuten, die die Bauern zu leisten
haben. Die Erhöhung der Zahlungen aber, die die Bauern für ihr Land
entrichten müssen, das ist das Beste, was die Regierung erdenken konnte,
um unsere Agitation gegen sie zu erleichtern. Das ist ein vorzügliches
Mittel, die Bauern noch mehr zu erbittern und sie für *unsere* Lösung zu
gewinnen: Entschiedene Ablehnung *aller* Zahlungen für Grund und Bo-
den, der beim Sieg der Revolution *restlos* den Bauern zufallen muß.

Daß die Regierung ihr Spiel mit der bäuerlichen Bourgeoisie so unklug
eingefädelt hat, beruht teils auf der jeder Polizeiregierung eigenen Dumm-
heit, teils auf dem äußersten Mangel an Geld. Die Finanzen stehen über-
aus schlecht. Es droht der Bankrott. Das Ausland gibt kein Geld. Die
innere Anleihe wird nicht an den Mann gebracht. Gewaltsam und *heim-
lich* muß sie durch das Kapital der Sparkassen realisiert werden: *heim-
lich*, denn die Sparer sind jetzt weniger als je geneigt, Staatsrente zu kau-
fen. Die Lakaien der Selbstherrschaft beginnen schon zu ahnen, daß der
Zusammenbruch der Goldwährung unvermeidlich ist und daß man mehr
und mehr zur uneingeschränkten Emission von Papiergeld wird übergehen
müssen.

Fahrt nur so fort, ihr Herren Stolypin! Ihr arbeitet gut für uns! Ihr
reizt die Bevölkerung besser auf, als wir es zu tun vermöchten. Ihr seid
den Weg der Repressalien bis zu Ende gegangen und habt so allen an-
schaulich gezeigt, daß es notwendig ist, auch den Weg der revolutionären
Aktion bis zu Ende zu gehen.

„Proletari“ Nr. 3,
8. September 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

HÄNDE WEG!

Das Buch „Moskau im Dezember 1905“ ist Ereignissen gewidmet, denen in der Geschichte der russischen Revolution kolossale Bedeutung zukommt. Die positiven Schlußfolgerungen, die sich aus dem Moskauer Aufstand ergeben, haben wir in groben Umrissen in der vorigen Nummer behandelt.* In dieser Notiz wollen wir uns mit jenen Seiten dieser wichtigen, aber schlecht ausgeführten Schrift befassen, die ganz besonders die Moskauer Sozialdemokraten angehen.

Die „Autoren“ des Buches erklären im Vorwort, sie hätten Material der sozialdemokratischen Organisationen benutzt, die indessen „als solche in keinerlei Beziehung zu dieser Schrift stehen“. Wie sich von selbst versteht, ist es in höchstem Maße abnorm, daß sozialdemokratische Organisationen Leuten Material zur Verfügung stellen, die ihnen nicht verantwortlich sind. Zweifellos sind die Organisationen der Arbeiterpartei jetzt infolge der schlampigen Bearbeitung ihres Materials und seiner „Aus schmückung“ durch einen Strauß von Abgeschmacktheiten in eine unangenehme Lage geraten. *Alle* Organisationen der Moskauer Sozialdemokraten und in erster Linie natürlich die führende Organisation, das Moskauer Komitee, müssen sich unserer Ansicht nach mit dieser Frage befassen und Maßnahmen ergreifen, die die Wiederholung einer solchen Abnormalität unmöglich machen.

Hier ein kleines Beispiel von vielen für die Art, wie die anonymen Verfasser des Buches das ihnen von den sozialdemokratischen Organisationen übergebene Material „bearbeiten“. Es handelt sich um die Rolle, die die revolutionären Organisationen bei den Moskauer Ereignissen spielten, und

* Siehe den vorliegenden Band, S. 157—165. *Die Red.*

insbesondere um den Aufruf der Kampforganisation des Moskauer Komitees der SDAPR, der am 11. Dezember in Nr. 5 der „Iswestija Sowjeta Rabotschich Deputatow“⁵⁹ veröffentlicht wurde. Die Autoren gehen in keiner Weise auf den eigentlichen Inhalt und den Charakter dieser „Iswestija“ ein, üben aber ihren Scharfsinn in folgender Kritik. Sie zitieren aus Nr. 5: „Der Kampf entbrennt mit voller Kraft. Viele Stunden lang toben auf den Straßen Moskaus blutige Schlachten zwischen dem aufständischen Volk und den Zentruppen.“ Die Autoren „kritisieren“: „Wie wir wissen, ist es auf den Straßen Moskaus nur zu Zusammenstößen zwischen Truppen und kleinen Kampfabteilungen gekommen.“ Und sie beklagen sich mit falschem Pathos über die „Ersetzung (sic!) des Massenkampfes durch den Kampf bewaffneter Häuflein“. Sie rufen aus: „Wo sollten denn die Massen sein, worin konnte sich ihre Aktivität bekunden?“ usw. usf.

Was hat das zu bedeuten?? Können wirklich solche krampfhaften Versuche, den eigenen Scharfsinn vermittels derartiger Methoden der „Kritik“ kundzutun, als wissenschaftliche Analyse bezeichnet werden?? Man stelle sich vor: in einer ernsthaften geschichtlichen Arbeit, in einem speziellen Kapitel über die Rolle der revolutionären Organisationen bemühen sich die Verfasser, daran Anstoß zu nehmen, daß sich der Sowjet der Arbeiterdeputierten am 11. Dezember, d. h. einige Tage vor der Krise, ganz zu Beginn der Anwendung neuer Kampfmethoden, erkühnt hat, vom „aufständischen Volk“ zu reden! Wahrscheinlich hätte er mit scharfsinniger und herablassender Miene von „kleinen Kampfabteilungen“ reden, nicht aber das Volk und die Massen zur Unterstützung des beginnenden Kampfes aufrufen sollen? Wie soll man diese krampfhaften Anstrengungen, doktrinäre „Weisheiten“ zu verzapfen, diese Wortklaubereien nicht als schmutzig bezeichnen, wenn man bei denselben „Autoren“ des Buches eine ganze Reihe Stellen findet, wo vom Volke schlechthin, von der „gesamten Bevölkerung“ gesprochen wird, die auf die Straße gegangen sei? So begreift doch, ihr erbärmlichen Wichte, daß nur Schwarzhunderter oder Pedanten mit einer Eunuchenseele wie Pollack in Leonid Andrejews „Zu den Sternen“ es fertiggebracht hätten, am 11. Dezember in Moskau in der revolutionären Organisation zu sein und nicht vom aufständischen Volk zu reden!

Gehen wir weiter. Der Aufruf der Kampforganisation in derselben Nr. 5 der „Iswestija“ ruft bei den Autoren ein hämisches Lächeln hervor:

„Abteilungen von drei bis vier Mann sollten nach der Vorstellung der Verfasser des Aufrufs dem Volk die von der jahrhundertelangen Herrschaft der Gewalthaber befreite Hauptstadt schenken (!).“ „Die Kampforganisation entschied, daß die Massen nicht zu handeln brauchten.“

Nehmen wir den Aufruf. Die Autoren bringen *nicht den ganzen Aufruf* zum Abdruck, sondern nur Auszüge. Aber selbst in den von diesen „Forschern“ ausgewählten Auszügen lesen wir die *direkte* Aufforderung der Kampforganisation: „Organisiert soviel dieser Abteilungen wie möglich.“ Der Gedanke irgendeines „Geschenks“ an das Volk, der Gedanke, daß die „Massen *nicht* zu handeln *brauchten*“, wird also Leuten zugeschrieben, die gleich am ersten Tage des bewaffneten Kampfes die Arbeiter auffordern, „so zahlreich wie möglich“ den Kampfabteilungen beizutreten ...

Was ist das? Journalistische Schlampigkeit oder Revolverjournalismus?

Die Verfasser unternehmen nicht den geringsten Versuch, auf den Zusammenhang von militärischer Organisation und militärischer Technik, auf die Rolle des unmittelbar bewaffneten Kampfes und der unterstützten Kampffaktionen in ihren Beziehungen zueinander einzugehen. Sie versuchen nicht, einen Blick auf die Vergangenheit zu werfen, sie vergessen, daß in Rußland sowohl Generalstreiks als auch Demonstrationen mit einer — an den jetzigen Verhältnissen gemessen — ganz kleinen, verschwindend geringen Zahl von Teilnehmern begannen. Es ist auch nicht die leiseste Spur ernstest geschichtlichen Studiums zu erkennen, man sieht nur Ausfälle, die geradezu ein Gefühl des Ekels hervorrufen. Der Aufruf der Kampforganisation wird auf Seite 145 absichtlich sinnentstellend, nur in Auszügen wiedergegeben; erst in der weiteren Darlegung wird nebenbei darauf hingewiesen, daß derselbe Aufruf „verlangt, die Infanteristen zu schonen“ (S. 154), d. h. *direkt* mit der Mentalität der Massen *rechnet*, *direkt* unterscheidet zwischen Schwarzhundertertruppen und schwankenden Truppen. Dafür aber wird der Aufruf der Oktobristen, der auch nicht die geringste Beziehung zum Studium des Moskauer Aufstands hat, *ungekürzt* wiedergegeben!

Die sozialdemokratischen Organisationen haben ihr Material Leuten anvertraut, die den Aufruf der Oktobristen ungekürzt veröffentlichen und aus den Aufrufen der Kampforganisation des Sowjets der Arbeiterdeputierten Stücke herausreißen, um sich in niederträchtiger Weise in niederträchtiger Sophisterei zu üben ...

Gehen wir zu den Schlußfolgerungen der Herren Autoren über. „Das Proletariat als Masse ist nicht aufgetreten.“ (S. 245.) „Das Moskauer Proletariat ist weder am 9. und 10. Dezember... noch an den folgenden Tagen in Aktion getreten. Das gereicht seinem Bewußtsein und seiner Organisiertheit zur Ehre.“ (244.)

Hört, Genossen Arbeiter: von nun an will man eure „Ehre“ darin erblicken, daß die Masse *nicht genügend* gekämpft hat!! Daß die Arbeitermasse sich nicht genügend am aktiven, offensiven Kampf beteiligt hat, das ist, will man euch einreden, ein Plus. Daß die Arbeitermasse aber über die Köpfe ihrer Führer hinweg zum Bau zahlreicher Barrikaden geschritten ist, daß sie die ganze Zeit über von den Führern den Aufruf zu entschlosseneren Aktionen gefordert hat, das ist offenbar ein Minus...

„Die Moskauer Ereignisse zeigen“, schreiben die Autoren, „daß in der gegenwärtigen geschichtlichen Periode, die durch eine kolossale Entwicklung des Militarismus gekennzeichnet ist, der Sieg des aufständischen Volkes zur unerläßlichen Vorbedingung hat, daß ein bedeutender Teil der Truppen aktiv auf die Seite des aufständischen Volkes übergeht oder daß die Masse der Soldaten sich kategorisch weigert, im Kampf mit dem Volk die Waffen zu gebrauchen“...

Den Kampf um die schwankenden Truppen haben unsere Neunmalweisen nicht bemerkt und nicht begriffen. Sie stellen sich offenbar vor, daß ein Aufstand ohne Kampf gegen den reaktionären Teil der Truppen, ohne den aktiven Kampf des revolutionären Volkes, der Verwirrung in die Reihen des Heeres trägt, möglich sei. Sie stellen sich auf den Standpunkt der Kadetten, die bereit sind, den „Übergang“ der Truppen zu begrüßen, den bewaffneten Aufstand und seine Propagierung aber als „Wahnwitz und Verbrechen“ bezeichnen...

„Nur am Ende (sic!) einer Revolution, die überdies eine allgemeine Volksrevolution sein muß, ist aber ein solches Verhalten der Armee denkbar. Der Dezemberaufstand des Proletariats, mit dem die Masse der bürgerlichen Bevölkerung nur passiv (?) sympathisierte, *der Kampf für die eigenen Losungen* (hervorgehoben von uns) konnte (!) von der Armee nicht unterstützt werden, und deshalb konnte das ‚Streben, den Generalstreik in den bewaffneten Aufstand überzuleiten‘, nicht von Erfolg gekrönt sein und muß als geschichtlicher Fehler gewertet werden.“

Nun wißt ihr's, Moskauer Arbeiter! Setzt euch nicht „für die eigenen Losungen“ ein!...

Man kann sich schwer vorstellen, wie jemand zu einer solchen Pedanterie, zu einer solchen kadettischen Geistesarmut gelangen und aus ernstem geschichtlichem Material solch abgeschmackte Schlußfolgerungen ziehen konnte. Mögen die Moskauer Sozialdemokraten den Verfassern des Buches ihre Entrüstung kundtun und alle Parteimitglieder und alle Anhänger der Revolution auffordern, von neuem Material zu sammeln, das es erlaubt, eine würdige Darstellung, eine ernste Kritik des Dezemberaufstands zu geben. Mögen alle Fehler und Mängel des Aufstands rücksichtslos aufgedeckt werden, damit das kämpfende Proletariat aus ihnen lerne; den Kadetten und Revolverjournalisten aber muß die Partei des Proletariats sagen: Hände weg!

„Proletari“ Nr. 3,
8. September 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

ÜBER DIE PARTISANENAKTION DER PPS⁶⁰

Unser Vereinigungsparteitag hat zweifellos jede „Expropriation“ entschieden abgelehnt, so daß in dieser Hinsicht die Polnische Sozialistische Partei sich ganz zu Unrecht auf die SDAPR beruft. Ebenso wenig ist daran zu zweifeln, daß die PPS, als sie die „Aktion“ vom 2. (15.) August organisierte, weder die Zweckmäßigkeit dieser Aktion erwogen noch mit der Stimmung der breiten Massen oder mit den Bedingungen der Arbeiterbewegung gerechnet hat. Es liegt auf der Hand, daß allen diesen Umständen Rechnung getragen werden muß, was auch im bolschewistischen Entwurf der Resolution über die Partisanenaktionen in einem besonderen Punkt hervorgehoben wird. Zu verurteilen ist jedoch unserer Meinung nach lediglich die *Entstellung* der Taktik der Partisanenaktionen, die sich die PPS hat zuschulden kommen lassen, und nicht diese „Taktik“ überhaupt. Eine Partisanenaktion wie die Demolierung der Schwarzhunderter-Teestube „Twer“⁶¹ durch die Petersburger Arbeiter im vorigen Jahr würden unsere Genossen von der polnischen Sozialdemokratie sicherlich gutheißen.

„Proletari“ Nr. 3,
8. September 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

DIE VEREINIGUNG DES „BUND“ MIT DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI RUSSLANDS

Vor kurzem tagte der 7. Kongreß des „Bund“, der Organisation der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter Rußlands. Die Gesamtzahl der Mitglieder des „Bund“ beläuft sich nach den Berichten dieses Kongresses auf 33 000 in 257 Organisationen. Die Vertretung auf dem Kongreß erfolgte nach demokratischen Prinzipien, je ein Delegierter auf 300 Parteimitglieder. An den Wahlen beteiligten sich rund 23 000 Mitglieder, die dann auch 68 Delegierte mit beschließender Stimme zum Kongreß entsandten.

Die Hauptfrage, die auf dem Kongreß zur Entscheidung stand, war die Vereinigung des „Bund“ mit der SDAPR. Bekanntlich sprach sich der Vereinigungsparteitag der SDAPR für die Vereinigung aus und legte die Bedingungen für diese Vereinigung fest. Nunmehr hat der 7. Kongreß des „Bund“ diese Bedingungen angenommen. Mit 48 gegen 20 Stimmen wurde die Vereinigung mit der SDAPR beschlossen. So ist also endlich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands zu einer wirklich ganz Rußland umfassenden, einheitlichen Partei geworden. Die Zahl der Mitglieder unserer Partei beträgt jetzt *über 100 000*: 31 000 waren auf dem Vereinigungsparteitag vertreten, dann rund 26 000 polnische Sozialdemokraten, rund 14 000 lettische und 33 000 jüdische.

Vertreter des ZK des „Bund“ traten in das ZK der SDAPR ein. Jetzt steht die nicht leichte Aufgabe bevor, die Vereinigung der Organisationen des „Bund“ mit den Organisationen der SDAPR in den einzelnen Orten durchzuführen.

Die zweite Frage, die auf dem Kongreß des „Bund“ zur Diskussion stand, war die gegenwärtige politische Lage. In einer mit großer Stimmenmehrheit angenommenen ausführlichen Resolution hat der 7. Kongreß

des „Bund“ die *Einberufung der konstituierenden Versammlung* als taktische Losung anerkannt, wobei er alle diese Losung abschwächenden Klauseln, wie etwa „durch die Duma“ usw., zurückwies. Der Boykott der Duma wurde bedingt abgelehnt, d. h., die Notwendigkeit einer Beteiligung an den Wahlen wurde anerkannt für den Fall, daß die Partei des Proletariats imstande sein wird, die Wahlkampagne selbständig durchzuführen.

Die dritte Frage betraf die „Partisanenaktionen“, wobei man zwischen „Expropriationen“ und terroristischen Aktionen keinen Unterschied machte. Mit erdrückender Mehrheit wurde eine Resolution *gegen die Partisanenaktionen* angenommen.

Die letzte Frage war die der Organisation des „Bund“. Es wurde ein Organisationsstatut angenommen.

Indem wir uns vorläufig auf diese kurze Notiz beschränken, hoffe wir, unsere Leser in nächster Zukunft mit den Beschlüssen des 7. Kongresses des „Bund“ näher bekannt machen zu können.

Geschrieben im September 1906.

*Zuerst veröffentlicht 1937
im Lenin-Sammelband XXX.*

Nach dem Manuskript.

SOZIALREVOLUTIONÄRE MENSCHEWIKI

Schon Anfang 1905 haben die Sozialdemokraten erklärt, der Programm-entwurf der Partei der „Sozialrevolutionäre“ sei ein Merkmal ihrer ein-
deutigen Entwicklung „von der Volkstümlerrichtung zum Marxismus“.*
Daß aber eine Partei, die eine solche Entwicklung durchmacht, von innen
heraus zerfallen mußte, lag klar auf der Hand.

Heute ist dieser Prozeß des ideologischen und politischen Zerfalls der
Partei der Sozialrevolutionäre in vollem Gange. Die „Protokolle des ersten
Parteitag der Sozialrevolutionäre“, die in diesem Jahr in Paris in Buch-
form erschienen sind, zeigten klar die verschiedenen Linien, auf denen
sich dieser Zerfall vollzieht. Die politische Tagesliteratur der „Maximali-
sten“ und der Vertreter der in Entstehung begriffenen „Volkssozialisti-
schen Arbeitspartei“ hat diesen Zerfall endgültig und in seinem ganzen
Umfang gezeigt.

Die beiden großen Spaltungen in den Reihen der Sozialdemokratie –
die Spaltung in „Ökonomisten“ und Anhänger der alten „Iskra“ in den
Jahren 1900 bis 1903 und die Spaltung in „Menschewiki“ und „Bolsche-
wiki“ in den Jahren 1903 bis 1906 – wurden hervorgerufen durch den
scharfen Kampf der zwei Richtungen, die in der gesamten internationalen
sozialistischen Bewegung festzustellen sind: der opportunistischen Rich-
tung und der revolutionären Richtung in ihrer spezifischen, der jeweiligen
Periode der russischen Revolution entsprechenden Form. Dagegen ist die
Partei der Sozialrevolutionäre gleich beim ersten Versuch, einigermaßen
offen und einigermaßen parteimäßig aufzutreten, in *drei Richtungen* zer-
fallen: 1. die Linke – die „Maximalisten“, 2. das Zentrum – die Sozial-

* Siehe Werke, Bd. 8, S. 70–77. *Die Red.*

revolutionäre alten Schlages, und 3. die Rechte — die Opportunisten (mit anderen Worten: die „Legalisten“, „Volksozialisten“ u. dgl. m.), mit denen wir uns in diesem Artikel befassen werden. Aus den Protokollen des I. Parteitags der Sozialrevolutionäre sind die Umrisse aller drei Richtungen klar erkennbar. Wir besitzen heute auch bereits klare literarische Manifestationen der beiden Richtungen, die sich vom „Zentrum“ getrennt haben (oder sich trennen?). Die Maximalisten haben „Geradewegs zum Ziel“ und die ausführliche programmatische Broschüre des Herrn Tag-in⁶² „Prinzipien der Arbeitstheorie“ veröffentlicht. Die sozialrevolutionären Opportunisten haben in den Abhandlungen der Herren Peschechonow und Co. schon nahezu alles gesagt. Der Vertreter des „Zentrums“, Herr Tschernow, hat die Maximalisten in der „Mysl“ (oder auch im „Golos“, „Delo Naroda“⁶³ usw.) mit vollem Recht „Vulgärsocialisten“ genannt, über die sozialrevolutionären Opportunisten aber hat er, wenn wir nicht irren, in der Presse bisher geschwiegen. Anscheinend ist das Konkubinat des sozialrevolutionären „Sumpfs“ mit der sozialrevolutionären „äußersten Rechten“ in den obengenannten Zeitungen nicht billig zu stehen gekommen.

Der Zerfall der Anhänger des „Arbeitsprinzips“, der Verehrer Lawrows und Michailowskis, in drei Richtungen ist eine wichtige politische Tatsache in der Geschichte des russischen kleinbürgerlichen Radikalismus. Dieser Tatsache, die mittelbar auch die politische Richtung beleuchtet, in der das Denken der erwachenden russischen Bauernschaft reift, müssen die Marxisten ernste Beachtung schenken.

Der grundlegende Widerspruch in der ganzen programmatischen Stellung der Sozialrevolutionäre ist das Schwanken zwischen Volkstümlichkeit und Marxismus. Der Marxismus verlangt eine klare Scheidung zwischen Maximalprogramm und Minimalprogramm. Das Maximum, das ist die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft, die ohne Aufhebung der Warenproduktion *unmöglich* ist. Das Minimum, das sind die Umgestaltungen, die noch im Rahmen der Warenproduktion möglich sind. Die Vermengung des einen mit dem andern führt unweigerlich zu allen möglichen kleinbürgerlichen und opportunistischen oder anarchistischen Entstellungen des proletarischen Sozialismus, *verdunkelt* unweigerlich die Aufgabe der sozialen Revolution, die mittels der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat vollzogen wird.

Vom Standpunkt der alten russischen Volkstümlerrichtung, der Grundsätze Lawrows, W. W.s, Michailowskis und Co., ist die Scheidung zwischen Maximalprogramm und Minimalprogramm unnötig und unverständlich, da die Theorie der Volkstümlerbewegung die Anwendbarkeit der Gesetze und Kategorien der Warenproduktion auf die russische Bauernwirtschaft leugnet. Jeder einigermaßen folgerichtige Anhänger Lawrows und Michailowskis (wie auch W. W.s und Nikolai-ons⁶⁴, die man ganz zu Unrecht vergißt, da es eine *andere* Quelle *ökonomischer* Gedanken bei den Volkstümlern von heute *nicht gibt*) mußte unweigerlich gegen die marxistische Teilung des Programms in Maximum und Minimum *rebellieren*. Und der erste Versuch der Sozialrevolutionäre, vom Zirkelwesen zum Auftreten als Partei überzugehen, offenbarte sogleich die Kraft und die Richtung dieser Rebellion. Die Anhänger der revolutionären Bestrebungen der Volkstümlerbewegung erklärten: Warum sollen wir nur die Sozialisierung des Grund und Bodens verlangen? Wir verlangen genauso die Sozialisierung der Fabriken und Werke! Nieder mit dem Minimalprogramm! Wir sind Maximalisten! Nieder mit der Theorie der Warenproduktion!

Ihrem Wesen nach verschmilzt diese maximalistische Strömung, wie auch zu erwarten stand, fast vollständig mit dem Anarchismus.

Die Anhänger der opportunistischen Strömungen in der Volkstümlerrichtung, die Volkstümler der achtziger Jahre, stimmten ein Zetergeschrei an: Wozu ein Minimalprogramm, wozu all die Diktaturen des Proletariats? Der Sozialismus ist eine weit in die Zukunft reichende Perspektive! Wozu die *für die Massen* schreckenerregende Bezeichnung: „Sozialrevolutionäre“? Wozu die Forderung „Republik“? Wozu eine illegale Partei? Nieder damit! Nieder mit dem Maximalprogramm! Nieder mit den „gefährlichen“ Stellen des Minimalprogramms! Anstatt eines wie immer gearteten Programms — die „Plattform“ einer offenen, legalen, nicht-republikanischen „Volkssozialistischen Arbeitspartei“!*

Die Sozialrevolutionäre des Zentrums, die alten Sozialrevolutionäre,

* Siehe im besonderen die Artikel des Herrn Peschechonow im Juliheft und Augustheft des „Russkoje Bogatstwo“⁶⁵ sowie die Zeitungsnotizen über die Bildung der „Volkssozialistischen Arbeitspartei“, über die Sitzung ihrer Organisationskommission oder ihres Petersburger Komitees usw.

können sich gegen diese beiden Strömungen nur dadurch verteidigen, daß sie sich auf die Gesetze der Warenproduktion berufen, nur dadurch, daß sie sich *im Grunde genommen* auf den Standpunkt des Marxismus stellen. Durchaus berechtigt war es daher, wenn dem sozialrevolutionären Zentrum auf dem I. Parteitag der Sozialrevolutionäre sowohl von rechts als auch von links Marxismus, der Wunsch, mit den Sozialdemokraten zu wetteifern, es den Sozialdemokraten nachzumachen, vorgeworfen wurde. Der Übertritt dieses Zentrums zu den Sozialdemokraten ist jetzt nur eine Frage der Zeit. Und je eher die revolutionären Parteien völlig offen bestehen können, um so eher wird diese Zeit kommen. Keinerlei Vorurteile gegen den marxistischen „Dogmatismus“ werden der unerbittlichen Logik der Ereignisse standhalten.

In der kurzen Zeit des Bestehens der kadettischen Duma betraten zum erstenmal die Vertreter der Bauernmassen die politische Arena Rußlands. Unbedingt mußten die Sozialrevolutionäre eine Annäherung mit diesen Vertretern anstreben und versuchen, sie politisch um *ih*r Programm zu organisieren. Hierbei stellte es sich heraus, daß die Sozialdemokraten verhältnismäßig schnell eine sozialdemokratische *Parteifraktion* bildeten. Die Sozialrevolutionäre hingegen konnten die ganze Zeit über nur hinter dem Rücken der Trudowiki vorgehen. Es zeigte sich sofort, daß die Fähigkeit des Kleinproduzenten zu politischem Zusammenschluß unvergleichlich geringer ist als die der Arbeiterklasse. Nicht genug damit: sogar hinter dem Rücken der Trudowiki waren die Sozialrevolutionäre außerstande, eine *einheitliche* politische Kampagne durchzuführen. In der Bodenfrage, die für die Bauernschaft die Kernfrage ist, offenbarte sich die Spaltung zwischen den opportunistischen und den zentristischen Sozialrevolutionären sehr bald. Die ersten siegten in der Arena der „parlamentarischen“ Aktion vor den Vertretern der Massen: sie gewannen 104 Trudowiki für den opportunistischen Agrarentwurf, während für den Agrarentwurf, der dem Programm der Sozialrevolutionären Partei nahesteht, später nur 33 Trudowiki (von denselben 104) eintraten.

Diese Spaltung in einer offenen politischen Aktion vor dem ganzen Volk mußte zwangsläufig zu einer Systematisierung der Meinungsverschiedenheiten anspornen, die die Spaltung hervorgerufen hatten. Herr Peschechonow, einer der Führer der sozialrevolutionären Opportunisten, ging in dieser Systematisierung weiter als alle anderen. Hier seine An-

sichten, die von ihm geschilderten „Umriss und Ausmaße der Plattform“... der bäuerlichen Kadetten:

„Die revolutionären Forderungen und ihre Ausmaße müssen mit den revolutionären Kräften im Einklang stehen“ (S. 194 des „Russkoje Bogatstwo“ Nr. 8). Deswegen darf man die „Linie ‚Land und Freiheit‘“ nicht „zu weit vorrücken“. An Stelle des Maximalprogramms und des Minimalprogramms „der beiden sozialistischen Parteien: der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre“, braucht der Kleinbürger eine einheitliche „Plattform“ als „Plan einer Kampagne, der nicht auf eine lange Periode, bis hin zum Sozialismus, sondern nur auf die nächste Zeit berechnet ist“. Der Rest des Weges bis zum Endziel ist eine „weit in die Zukunft reichende Perspektive“ (S. 196). Deshalb muß die Republik aus der „Plattform“ entfernt werden: „Wir müssen mit dem psychologischen Faktor rechnen... Der Gedanke der Monarchie ist zu fest im Volksbewußtsein verankert“... „Tausend Jahre sind nicht spurlos vergangen“... „Mit dieser Mentalität der breiten Massen muß man unbedingt rechnen“... „Die Frage der Republik erfordert äußerste Vorsicht“ (198). Ebenso die nationale Frage. „Wir müssen wiederum mit der Mentalität des Volkes rechnen, die ein Ergebnis seiner tausendjährigen Geschichte ist“... „Daher halten wir es für notwendig, nicht mit der Losung der Unabhängigkeit der Nationalitäten“ (und ihrer Selbstbestimmung, wie der Verfasser an einer anderen Stelle ergänzt) „in die Massen zu gehen, sondern mit der Forderung, die das Leben stellt — mit der Forderung ihrer Autonomie.“ Mit einem Wort, Herr Peschekonow stellt direkt die Frage: „Darf man die ganze Freiheit nehmen?“ und antwortet rundweg: *Nein*.

Er stellt weiter die Frage: „Darf man den ganzen Grund und Boden nehmen?“ und antwortet ebenfalls: *Nein*. Vorsicht, Vorsicht, Vorsicht, meine Herren! Die Bauerndeputierten in der Duma sagten Herrn Peschekonow: „Wir sind hierher geschickt worden, um Land zu erhalten, nicht aber, um es abzugeben.“ Die Bauern wollen gegenwärtig weder die Sozialisierung (Ausgleichung) noch die Nationalisierung des Grund und Bodens. Sie fürchten das. Sie wollen nur *mehr* Land. „Es wäre daher zweckmäßiger, die Linie des ‚Landes‘ in der Plattform nicht bis zu Ende zu führen.“ (206 ff.) „Ich halte es für gefährlich, gegenwärtig die Frage der allgemeinen Ausgleichung auch nur aufzuwerfen.“ (205.) „Bodenanteile und private Ländereien sind in den Grenzen der Arbeitsnorm den gegenwärtigen

Besitzern zu belassen“ — entsprechend dem Entwurf der 104 —, die Überführung des gesamten Bodens aber in das Gemeineigentum des Volkes muß hinausgeschoben werden — offenbar ebenfalls als eine „weit in die Zukunft reichende Perspektive“.

Vorsicht, Mäßigung und Akkuratess sind sowohl in den Kampfmitteln als auch in den Organisationsmethoden erforderlich. Bewaffneter Aufstand? „Ich (Peschechonow) sage immer wieder: Laß diesen Kelch an uns vorübergehen!... Allzu betrüblich wäre es, sollte sich irgend jemand den Aufstand nicht nur als traurige Möglichkeit, sondern auch als vom Schicksal verhängte Notwendigkeit vorstellen“... „Es ist gefährlich... davon unvorsichtig Gebrauch zu machen... das kann der ganzen Bewegung das Rückgrat brechen.“ (Nr. 7, S. 177/178.) Die Hauptaufgabe des Tages ist die Organisierung „der Volkskräfte“. „Ich glaube nicht daran, daß die beiden bei uns bestehenden sozialistischen Parteien diese Aufgabe einigermaßen zufriedenstellend lösen könnten. Es ist an der Zeit zu erkennen, daß eine konspirative Organisation nicht die Massen erfassen kann. Auch die Kadettenpartei hat gezeigt, daß sie dieser Aufgabe nicht gewachsen ist. Offenbar muß diese Aufgabe irgend jemand anderes in Angriff nehmen, und deshalb, glaube ich, brauchen wir eine legale sozialistische Partei.“ (Nr. 7, S. 179/180.)

Wie der Leser sieht, läßt sich nicht bestreiten, daß die Ansichten des Herrn Peschechonow logisch konsequent und in sich geschlossen sind. Vom offiziellen Programm der Sozialrevolutionäre ist bei diesem Verfechter der Monarchie, bei diesem politischen Kannegießer, der die Knute mit der Begründung rechtfertigt, daß sie eine tausendjährige Geschichte hat, nicht viel übriggeblieben. Und wenn die Herren „echten“ Sozialrevolutionäre* in der ganzen Dumaperiode *solche* Meinungsverschiedenheiten geschickt zu verbergen vermochten, wenn sie sich zu diesem Zweck sogar zu gemeinsamer Arbeit in ein und denselben Zeitungen einzurichten vermochten, so zeigt uns das nur, wie weit *politische Heuchelei* gehen kann.

Worin besteht die sozialökonomische, die klassenmäßige Grundlage des sozialrevolutionären Opportunismus? Darin, daß die Herren Peschechonow und Co. *sich den Interessen des „tüchtigen“ Bauern anpassen, den Sozialismus seinen Interessen entsprechend zurechtstutzen.*

* Mit all ihren lärmenden revolutionären Phrasen.

Man nehme die Kernfrage, die Bodenfrage. Herr Peschechonow wiederholt zweimal mit ganz besonderem Wohlgefallen den Ausspruch der Trudowiki-Bauern: „Wir sind hierher geschickt worden, um Land zu erhalten, nicht aber, um es abzugeben.“ In der Tat, das sind äußerst bemerkenswerte Worte. Aber diese Worte widerlegen völlig die kleinbürgerlichen Illusionen der Volkstümlerbewegung und bestätigen alle Behauptungen der Marxisten. Diese Worte zeigen anschaulich, daß die Eigentümerinstinkte des Mittelbauern schon erwachen. Und man muß schon keine Ahnung haben von politischer Ökonomie und von der Geschichte Westeuropas, um nicht zu wissen, daß diese Instinkte sich um so mehr festigen und entwickeln, je ausgedehnter die politische Freiheit und die Volksherrschaft ist.

Welche Schlußfolgerung mußte jeder, für den der Sozialismus nicht eine hohle Phrase ist, aus diesen Worten eines vernünftigen, von der „Masse“ gewählten, „tüchtigen“ Bauern ziehen? Augenscheinlich die Schlußfolgerung, daß eine solche Klasse von Kleinbesitzern nicht Träger des Sozialismus sein kann; daß die Sozialisten die Klasse der Kleinbesitzer in ihrem Kampf gegen die Gutsbesitzer einzig und allein um der bürgerlich-demokratischen Bedeutung und der bürgerlich-demokratischen Ergebnisse dieses Kampfes willen unterstützen können und unterstützen müssen; daß ein Sozialist verpflichtet ist, den Gegensatz nicht zu verwischen, sondern aufzudecken, der zwischen den Interessen der gesamten Arbeitermasse und den Interessen dieser Kleinbesitzer besteht, die ihre Lage als Besitzer stärken und festigen wollen und jedem Gedanken, den Grund und Boden oder irgend etwas anderes der Masse der Besitzlosen, der Armen, der Habenichtse „abzugeben“, feind sein werden. „Wir wollen Land erhalten, nicht aber Land abgeben!“ Kann es einen treffenderen Ausdruck für kleinbürgerliche Eigentümerinstinkte und -bestrebungen geben?

Der Sozialdemokrat zieht hieraus den Schluß: Wir müssen diese Kleinbesitzer in dem Kampf, den sie gegen die Gutsbesitzer und die Selbstherrschaft führen, wegen des revolutionären bürgerlich-demokratischen Charakters dieses Kampfes unterstützen. Ihr Sieg wird die Lage des gesamten Volkes verbessern, verbessern jedoch in Richtung einer Verbesserung und Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Deshalb dürfen wir nicht den Eigentümer- oder Besitzerinstinkten dieser Klasse schmeicheln, sondern müssen im Gegenteil unverzüglich den Kampf gegen diese

Instinkte aufnehmen, müssen dem Proletariat ihre Bedeutung klarmachen, das Proletariat warnen und es zu einer selbständigen Partei organisieren. Unser Agrarprogramm: den Kleinbesitzern helfen, auf revolutionärem Wege die Fronherren abzuschütteln, ihnen die Bedingungen zeigen, unter denen die Nationalisierung des Grund und Bodens, die beste im Kapitalismus mögliche Agrarordnung, verwirklicht werden kann, und alle Unterschiede klarstellen zwischen den Interessen des Proletariats und denen des Kleinbesitzers.

Der Sozialismus des kleinen Krämers kommt zu einer anderen Schlussfolgerung: Wir müssen mit der Mentalität der „Masse“ (der Masse der Kleinbesitzer und nicht der Masse der Besitzlosen) „rechnen“, wir müssen uns sklavisch dem Wunsch der Kleinbesitzer beugen, etwas vom Gutsbesitzer zu „erhalten“, nicht aber dem Proletariat etwas „abzugeben“, wir müssen dem Kleinbesitzer zuliebe den Sozialismus in eine nebelhafte „Zukunft“ verschieben, müssen das Bestreben des Kleinbesitzers *anerkennen*, seine Lage als Besitzer zu *festigen*; mit einem Wort, „Sozialismus“ müssen wir die Liebedienerei vor dem engstirnigen Eigennutz der Kleinbesitzer und die lakaienhafte Respektierung ihrer Vorurteile nennen.

Monarchistische Gefühle sind ein Vorurteil. Vielleicht denkt jemand, es sei die Aufgabe der Sozialisten, Vorurteile zu bekämpfen? Er irrt: der „Arbeitssozialismus“ muß sich den Vorurteilen anpassen.

Vielleicht nimmt jemand an, die monarchistischen Vorurteile müßten, weil sie so lange bestehen und so „fest“ (??) sind, besonders schonungslos bekämpft werden? Er irrt: der „Arbeitssozialismus“ leitet aus der langen Existenz der Knute nur die Notwendigkeit eines „äußerst vorsichtigen“ Verhaltens zur Knute ab.

Der gegen die Kadetten kämpfende — angeblich kämpfende — Herr Peschechonow wiederholt zwar von Anfang bis zu Ende genau dieselben Argumente, die die Kadetten zugunsten der Monarchie anführen. Aber was ist schon dabei? Hat man wirklich bisher nicht gewußt, daß der bürgerliche Radikale gegen den bürgerlichen Liberalen *nur* deswegen Krieg führt, weil er seinen Platz einnehmen will, keineswegs aber, weil er dessen Programm durch ein wesentlich anderes Programm ersetzen will? Hat man wirklich die Geschichte der französischen Trudowiki-Sozialisten... wollte sagen, Radikalsozialisten, vergessen, die gegen die französischen Kadetten „Krieg führten“, um dann, zu Ministerposten gelangt, ganz

genauso zu handeln wie die französischen Kadetten? Sieht man wirklich nicht, daß sich Herr Peschechonow um kein Haar mehr von Herrn Struve unterscheidet als Bobtschinski von Dobtschinski*?

Herrn Peschechonow schwant vielleicht, daß zwischen dem Wunsch, „Land zu erhalten, *nicht aber es abzugeben*“, und der *Monarchie* ein gewisser *materieller* Zusammenhang besteht. Wenn man „nicht abgeben“ will, muß man *verteidigen*. Die Monarchie aber bedeutet gerade den gedungenen polizeilichen Schutz derer, die „nicht abgeben“ wollen, gegen die, die *imstande* sind, zu nehmen.** Die Kadetten brauchen die Monarchie zum Schutz der Großbourgeoisie. Die „Arbeitssozialisten“ brauchen die Monarchie zum Schutz der „tüchtigen“ Bauern.

Es versteht sich von selbst, daß sich aus einer solchen Weltanschauung der „Arbeitssozialisten“ unweigerlich ein pedantenhaft jämmerliches Verhalten zum Aufstand ergibt („traurige Möglichkeit“; man vergleiche die im Sommer 1905 im „Oswoboshdenije“ erschienenen Artikel Herrn Struves über die „wahnwitzige und verbrecherische Propagierung des Aufstands“). Hieraus folgt auch die dünkelfhafte Verachtung der „konspirativen Organisation“ und das Geseufze — im August 1906 — nach einer „legalen sozialistischen Partei“. An die objektiven geschichtlichen Bedingungen, die den Aufstand *unvermeidlich* machen, die der unaufgeklärten Masse, ungeachtet all ihrer Vorurteile, um ihrer eigenen dringlichsten Interessen willen den Kampf eben gegen die Monarchie aufzwingen, die das Manilowsche Geseufze nach einer „legalen sozialistischen Partei“ zum Wasser auf die Mühle der Herren Uschakow⁶⁶ werden lassen — an diese objektiven geschichtlichen Bedingungen denken die Herren Peschechonow nicht. Die Verehrer Lawrows und Michailowskis müssen mit der Mentalität der verschüchterten Masse rechnen, nicht mit den objektiven Bedingungen, die die Mentalität der *kämpfenden* Masse *umgestalten*.

* Figuren aus Gogols „Revisor“. *Der Übers.*

** Ein anderes Werkzeug polizeilichen Schutzes der Eigentümer heißt *stehendes Heer*. Und siehe da, Herr Peschechonow schreibt: „Die demokratische Republik begreift in sich... *doch wohl* die Bewaffnung des Volkes an Stelle des stehenden Heeres.“ (Nr. 8, S. 197.) Seid so gut, ihr Herren Verehrer Lawrows und Michailowskis, uns *offen* zu erklären, was dies prachtvolle „*doch wohl*“ bedeutet.

Fassen wir zusammen. Wir wissen jetzt, was es heißt, volkssozialistischer Arbeitsparteiener zu sein. *Arbeitsparteiener*, das heißt: vor den Interessen der Kleinbesitzer, die „erhalten, nicht aber abgeben“ wollen, auf dem Bauche kriechen. *Volkssozialist*, das heißt: auf dem Bauche kriechen vor den monarchistischen Vorurteilen des Volkes, vor der chauvinistischen Furcht, einige Nationalitäten könnten sich von Rußland lösen. *Sozialist*, das heißt: den Sozialismus für eine weit in die Zukunft reichende Perspektive erklären und das enge, doktrinäre, für die politischen Kannegießer beschwerliche Programm durch eine breite, freie, biegsame, bewegliche, leichte, leichtgekleidete und sogar ganz entkleidete „Plattform“ ersetzen. Es leben die „volkssozialistischen Arbeitsparteiener“!

Die Herren Peschechonow sind die ersten Schwalben der beginnenden sozialen Reaktion in der russischen Bauernschaft. Der liebe Gott hat die Peschechonow auf die Erde gesandt, um den marxistischen Satz von der zwiespältigen Natur jedes Kleinproduzenten zu veranschaulichen. Der Bauer hat ein Urteil und ein Vorurteil, hat die revolutionären Fähigkeiten des ausgebeuteten Menschen und die reaktionären Bestrebungen des Kleinbesitzers, der „erhalten, nicht aber abgeben“ will. Die Herren Peschechonow sind die geistigen Dolmetscher der reaktionären Seiten des bäuerlichen Kleinbesitzers. Die Herren Peschechonow betrachten die „Rückseite“ des russischen Bäuerleins. Die Herren Peschechonow besorgen *geistig* dieselbe Arbeit, die die Herren Gurko und Stischinski *grob materiell* besorgen, indem sie die bäuerlichen Bourgeois durch den Verkauf von Apanage- und Staatsländereien bestechen.

Aber es ist noch eine große Frage, ob es durch solche Mittelchen gelingt, den Zusammenstoß, der in dem scharfen Kampf zwischen den Massen und ihren Ausbeutern unvermeidlich ist, einigermaßen wirkungsvoll abzuschwächen. Es ist noch eine große Frage, ob es dem traditionellen und durch alle möglichen Opportunisten aufgefrischten bäuerlichen Vorurteil gelingt, des im Feuer der Revolution entstehenden Urteils der bäuerlichen Armut Herr zu werden. Auf jeden Fall werden die Sozialdemokraten ihre Pflicht erfüllen und das *revolutionäre* Selbstbewußtsein der Bauernschaft stärken und läutern.

Dem rechten Flügel der Sozialdemokratie aber mögen die Herren Peschechonow als Warnung dienen. In unserer Kritik der volkssozialisti-

schen Arbeitsparteiern könnten wir manchmal gewissen menschwistischen Sozialdemokraten sagen: *mutato nomine de te fabula narratur* (unter anderem Namen wird in der Fabel von dir erzählt). Auch bei uns gibt es Leute, die nach einer legalen Partei seufzen, die bereit sind, das Programm durch eine Plattform zu ersetzen und sich der zurückgebliebenen Masse anzupassen. Bei uns gibt es einen Plechanow, der das berühmte Urteil über den Dezemberaufstand gefällt hat: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen.“ Bei uns gibt es den Mitarbeiter der „Otkliki Sowremenosti“⁸⁷, Malischewski, der (obschon *nicht* in den „Otkliki Sowremenosti“) die Republik aus dem Programm gestrichen wissen wollte. Es würde diesen Leuten gar nichts schaden, sich die Herren Peschechonow in ihrer ganzen „natürlichen Schönheit“ recht genau anzuschauen.

„Proletari“ Nr. 4,
19. September 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

EIN NEUER STAATSTREICH IN SICHT!

Der Brief Gutschkows an Trubezkoi hat unsere politische Presse — wenn man die Reptilienblätter und die wenigen übriggebliebenen liberalen Zeitungen so nennen darf — lange beschäftigt und beschäftigt sie zum Teil noch immer. Dieser Brief hat in der Tat eine gewisse Bedeutung. Er zeugt von einem weiteren bedeutenden Schritt in der Entwicklung der konterrevolutionären Richtung innerhalb breiter Schichten der russischen Großbourgeoisie. Für diese Schichten stellte bereits der politische Streik vom Oktober einen entscheidenden Wendepunkt dar. Sofort nach dem 17. Oktober sagte der Großbourgeois: „Genug!“ Daher ist es auch ein eigentümlicher — und sehr bezeichnender — Zug der russischen Revolution, daß gerade die großbürgerlichen Elemente, die sich auf die Seite der Zarenregierung stellten — der Zarenregierung, die daranging, die neue Konstitution der Selbstherrschaft anzupassen —, das Datum des Konstitutionsmanifestes zum Namen ihrer Partei gemacht haben. Der Oktober ist der Monat des einzigen Teilsieges, den die Revolution in Rußland bisher errungen hat. Oktobristen nennt sich bei uns die Partei der konterrevolutionären Großbourgeoisie.

Die Klassengegensätze der russischen Revolution kommen in diesem Paradoxon anschaulich zum Ausdruck. Eine Erklärung dafür gibt die marxistische Auffassung von der gegenwärtigen Revolution in Rußland. Es ist dies eine bürgerliche Revolution. Jedenfalls säubert sie den Boden für eine breitere und schnellere Entwicklung des Kapitalismus. Einen völligen Triumph der revolutionären Bauernschaft im Kampf um das Land als Sieg des „Arbeitsprinzips“, als Übergang zur „Sozialisierung“ zu betrachten, ist eine ausgesprochen kleinbürgerliche Illusion. Jedoch kann sich

die unvermeidliche Säuberung des Bodens für den Kapitalismus auf zwei Hauptlinien vollziehen. Die Umwandlung des Rußlands der Leibeigenschaft in ein bürgerliches ist möglich unter Bedingungen, die eine Gewähr bieten für den größtmöglichen unter dem Kapitalismus denkbaren Wohlstand der Masse der Bauernschaft und des Proletariats. Sie ist auch unter Bedingungen möglich, die vor allem den Interessen der besitzenden Klassen, der Gutsbesitzer und der Kapitalisten, entsprechen. Bis jetzt geht unsere Revolution den zweiten Weg. Und wenn sie keinen einzigen großen Sieg mehr erringt, so werden zweifellos die konterrevolutionären Bourgeois, die Oktobristen, die Testamentsvollstrecker der russischen Revolution sein, ebenso wie der Junker Bismarck der Testamentsvollstrecker der halben deutschen Revolution von 1848 war.

Herr Gutschkow ist kein ganz dummer Mensch. Er kostet schon im voraus das Vergnügen aus, nach der endgültigen Niederlage der Revolution die Zügel der Regierung in die Hände zu nehmen und seinen praktischen, bürgerlichen Geschäftemacher „liberalismus“ mit rücksichtsloser militärisch-polizeilicher Unterdrückung der unzufriedenen „unteren Schichten“ zu verbinden. Als praktischer bürgerlicher Geschäftemacher ohne Ideale hat Herr Gutschkow die wirkliche politische Lage besser erfaßt als viele Philosophen und Schönredner unserer bürgerlichen Intelligenz. (*L'ignorance est moins éloignée de la vérité que le préjugé!* – Die Unwissenheit ist weniger weit von der Wahrheit entfernt als das Vorurteil.) Herr Gutschkow stellt die bürgerlichen Ideale der Kadetten auf den Boden der Wirklichkeit. In dieser Hinsicht ist die folgende Stelle seines Briefes, deren Bedeutung in unserer sklavischen Presse keine Würdigung gefunden hat, besonders bemerkenswert:

„Jetzt ist es unzweifelhaft“, schreibt Gutschkow an Trubezkoi, „daß ein Sieg der Revolution oder auch nur eine neue Verschärfung der revolutionären Krise sowohl unsere junge politische Freiheit als auch die Reste unserer Kultur und unseres Wohlstands begraben wird.“

Vom Standpunkt der Interessen eines Kapitalisten und Gutsbesitzers ist das eine bemerkenswert richtige und bemerkenswert treffende Bewertung der heutigen politischen Lage. Herr Gutschkow packt den Stier bei den Hörnern. Es ist wirklich die Kernfrage der heutigen politischen Lage, ob uns eine *neue Verschärfung der revolutionären Krise* bevorsteht. Wir danken Ihnen für Ihre Offenheit, Herr Gutschkow! Wir verstehen durch-

aus, daß Ihre Entschlossenheit, Geradheit, Schnelligkeit und Ihr Temperament, Ihre Fähigkeit — entschuldigen Sie den vulgären Ausdruck —, „herauszuplatzen“, den bürgerlichen Professoren und Diplomaten aus der „Retsch“ nicht gefällt, wir Sozialisten aber sind von dieser Fähigkeit außerordentlich erbaut. Sie kommt uns gerade recht.

Wer also die Frage der gegenwärtigen politischen Lage ernsthaft behandeln will, muß seine Stellung zu einer *neuen Verschärfung der revolutionären Krise* ganz klar bestimmen. Das tut Herr Gutschkow auch. „Ich bin dagegen“, erklärt er durch seinen ganzen Brief. Ich stelle alles zurück, wenn es um den Kampf gegen eine solche Verschärfung, um die Unterdrückung all dessen geht, was zu ihr führt. Der Grund ist klar. Eine neue Verschärfung droht mit dem *Sieg der Revolution*, der seinerseits die „Reste“ ... der Güter der Herren Gutschkow, Romanow, Stolypin und der übrigen Bande von Pogromhelden, die „Reste“ der bürgerlichen Privilegien, die Schutz bieten können vor dem weiteren Kampf des Proletariats, mit einem Wort „die Reste *unseres* (der Gutschkow, Romanow, Stolypin) Wohlstands“ bedroht.

Herr Gutschkow urteilt richtig, viel richtiger und folgerichtiger als die Kadetten, die jetzt gegen ihn zetern, aber in Person der Winogradow, Struve, Isgojew, Berdjajew, Miljukow usw. hundertemal darüber gejammert haben, daß der Triumph des „rasenden Wahnwitzes“ „Freiheit und Kultur“ zu Grabe tragen würde.

Und auch den Revolutionären kann es nicht schaden, von der Reaktion zu lernen, wie man die Frage der gegenwärtigen politischen Lage, *das heißt der „neuen Verschärfung der revolutionären Krise“*, konsequent behandelt. Diese Verschärfung wird unweigerlich eine noch größere Massenaktion als früher auslösen, die um die Erfahrungen des großen Jahres der großen russischen Revolution reicher ist. Die Erfahrungen dieses Jahres aber, vom Oktoberstreik über den Dezemberaufstand, über die friedliche Duma und ihre Auseinanderjagung, führen zum offensiven bewaffneten Aufstand in ganz Rußland, mit dem Streik als ergänzendes und unterstützendes Kampfmittel.

Die Regierung hat ihre ganze Politik auf diese von jedermann erwartete neue Verschärfung der revolutionären Krise eingestellt. Sie hat bewußt keinen Zeitpunkt für die Wahlen zur neuen Duma angesetzt, zweifellos um freie Hand zu behalten, um den Kampf der Volksmassen, sollte

er sich bedeutend verschärfen, dadurch zersplittern zu können, daß sie unvermittelt Wahlen ausschreibt. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Regierung jetzt vom gleichen Standpunkt aus aufs aufmerksamste die Frage studiert, ob sie eine neue Duma einberufen und ob sie das alte Wahlgesetz in Kraft lassen soll. Sich zu dieser Frage leichtfertig zu verhalten, ist die Sozialdemokratie am allerwenigsten berechtigt.

Die Regierung steht vor dem Dilemma: noch einmal zu versuchen, auf Grund des geltenden Wahlgesetzes, unter Verstärkung der Repressalien, des Druckes auf die Wahlen, der Organisation der Schwarzhunderter die Duma einzuberufen — oder vor Einberufung der zweiten Duma das Wahlgesetz so zu ändern, daß eine sichere Gewähr für eine „arbeitsfähige“, d. h. eine Schwarzhunderterduma gegeben ist. Die Reaktion in den Kreisen der Gutsbesitzerklasse, die Siege der Schwarzhundertergutsbesitzer im Semstwo, das sichtliche Anschwellen der Unzufriedenheit im Volke — das alles macht es der Regierung geradezu zum Gebot, das geltende Wahlgesetz unverzüglich abzuschaffen, das Wahlrecht im Geiste einer Rückkehr von der Witteschen zur Bulyginschen Duma oder vielleicht noch schlimmer zu beschränken oder einfach Semstwovertreter in die zweite Duma zu berufen. Unsere Reptilienpresse läßt bereits verlauten, daß solche Pläne in den „höheren Sphären“, d. h. unter der Hofkamarilla, erwogen werden, und bereitet dafür den Boden vor, indem sie sich nachzuweisen bemüht, daß die Selbstherrschaft das „Recht“ habe, ohne Duma ein neues Wahlgesetz zu erlassen.

Untersuchen wir, welcher dieser „Kurse“ der Regierungspolitik der wahrscheinlichere ist. Für die Beibehaltung des Wahlgesetzes vom 11. Dezember sprechen konstitutionelle „Gesetzlichkeit“, politische Vorsicht und Loyalität. Das sind, wie man sieht, alles „ideelle“ Erwägungen, auf die die Romanow und Pobedonoszew zu spucken gewohnt sind. In der Tat wäre es ja auch lächerlich zu glauben, daß Leute, die vom Kopf bis zu den Füßen mit Blut und Schmutz besudelt sind, die im letzten, verzweifelten Kampf ihre Sklavenhalterrechte verteidigen, sich von solchen Erwägungen leiten lassen könnten. Es wäre lächerlich zu glauben, das zaristische Gelichter ließe sich von der „Gesetzlichkeit“ beeindrucken, wo es sich nicht geniert hat, eben das Gesetz vom 11. Dezember, das Gesetz vom 20. Februar⁶⁸ usw. zu erlassen, noch vor der jetzigen Politik zurückscheut, die ein einziger Hohn auf das „Gesetz“ ist. Nein, alle diese Argumente sind kläglich!

Die Meinung Europas? Die Notwendigkeit, eine Anleihe zu erhalten? Ja, das ist die allerdringendste Notwendigkeit, und das europäische Kapital wird nur unter der Bedingung Geld hergeben, daß die „Ordnung“ gesichert ist. Was für eine „Ordnung“ das aber ist, ist dem Kapital gleichgültig, ja, die Friedhofsordnung gefällt ihm sogar am besten. Dabei verheißt doch eine zweite kadettische Duma (oder, Gott bewahre, eine noch linkere Duma!) neue Enthüllungen über die Finanzen, neue „Unordnung“! Nein, gerade vom Standpunkt einer europäischen Anleihe ist es für die Regierung am klügsten, das jetzige Wahlgesetz aufzuheben, um so die Gewähr für eine Schwarzhunderterduma zu haben, die alle und jede Anleihen gutheißen würde.

Man darf natürlich nicht vergessen, daß sich ein Übereinkommen zwischen der Selbstherrschaft und der liberal-monarchistischen Bourgeoisie nach der Lage der Dinge mit zwingender Notwendigkeit aus tiefsten wirtschaftlichen und politischen Ursachen heraus ergeben muß. Der Mißerfolg des ersten Versuchs — über die erste Duma zu einem Übereinkommen zu gelangen — zeugt durchaus noch nicht davon, daß alle solche Versuche scheitern müßten, und kann nicht davon zeugen; es wird noch viele, sehr viele solcher Versuche geben. Aber es ist jetzt nicht besonders wahrscheinlich, daß gerade über eine kadettische Duma ein solches Übereinkommen zustande kommt (und auch die Selbstherrschaft kann das nicht für besonders wahrscheinlich erachten).

Die Revolutionäre lernen aus den Erfahrungen der Revolution, aber auch die Selbstherrschaft lernt daraus, und zwar sehr aufmerksam. Es ist sehr wenig Aussicht vorhanden, daß die neue Duma bei dem jetzigen Wahlgesetz aus weiter rechts stehenden Elementen zusammengesetzt sein wird — das sieht jedermann. Der Zeitpunkt für die Einberufung der zweiten Duma fällt gerade auf das Ende des Winters, wo Hunger, Arbeitslosigkeit und die Not der breiten Volksmassen gewöhnlich besonders fühlbar werden. Die Parteien, die links von den Kadetten stehen, werden jetzt zweifellos sehr viel weniger als früher geneigt sein, sich von der liberal-monarchistischen Bourgeoisie ins Schlepptau nehmen zu lassen. Sie werden jetzt viel eher zu selbständigen, entschlossenen und aktiven politischen Handlungen fähig sein. Nein! Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben, dürfen uns den Feind nicht als ganz und gar unvernünftig, ahnungslos und unvorsichtig vorstellen. Wir dürfen nicht daran zweifeln, daß

die „Recken des Geistes und der Tat“ aus der Schwarzhunderterregierung jetzt alle Kräfte anspannen, um eine Wiederholung der Erfahrungen, die sie mit der kadettischen Duma gemacht haben, unmöglich zu machen.

Die Auseinanderjagung der Duma hat der Regierung gezeigt, daß es zu einem sofortigen Aufstand, einem breiten und allgemeinen Volksaufstand, nicht gekommen ist. Der in aller Stille und im geheimen vorbereitete coup d'état (Staatsstreich) hat den „höheren Sphären“ gefallen. Sie sind aufs stärkste beeindruckt durch das, was ihnen als geglückter und kühner Angriff auf die Revolution erscheint. Und so können sie jetzt nicht umhin, *beizeiten* über die Wiederholung eines solchen Angriffs nachzusinnen, eines Angriffs, der einer „neuen Verschärfung der revolutionären Krise“ vorbeugen soll. Die Clique vom Zarenhof besteht aus Militärs. Zum Angriff übergehen, die Initiative zu Kriegshandlungen in die Hände nehmen — die Vorzüge einer solchen Taktik verstehen sie ausgezeichnet. Soll man einen Aufstand fürchten? Aber in dem einen oder andern Maße ist er unausbleiblich — die Streiks der Arbeiter, die Soldaten- und Bauernaufstände haben das ein ganzes Jahr lang *bewiesen*. Eine zweite kadettische Duma wird dem Volk eine noch vorteilhaftere Situation für den Aufstand bringen: die Politik des „Standgerichts-Liberalismus“ wird endgültig zusammenbrechen, die Bevölkerung wird der Repressalien müde sein usw. usf. Ist eine „neue Verschärfung der revolutionären Krise“ unvermeidlich, dann müssen *wir* als erste angreifen — so urteilt Ignatjew; ganz sicher urteilt er so. Und er wird angreifen — unmittelbar vor den Wahlen wird der Zar das Wahlgesetz vom 11. Dezember außer Kraft setzen und ein neues Gesetz erlassen, das ihm eine Schwarzhunderterduma *gewährleistet*.

Wir erheben keinen Anspruch darauf, Propheten zu sein und alle möglichen Auswege aus der jetzigen, sehr komplizierten politischen Lage vor auszusehen. Doch ist die Sozialdemokratie verpflichtet, die Tendenzen aller in der Politik wirkenden Kräfte genau abzuwägen, damit sie ihre Taktik klug festlegen kann. Ein solches Abwägen führt zu dem Schluß, den wir mit aller Entschiedenheit ziehen müssen: Arbeiter! Bereitet euch darauf vor, daß die Regierung ein Schwarzhunderterwahlgesetz erläßt, sobald die Zeit der Wahlen herannaht! Bauern! Wißt, daß die Regierung sich den Plan überlegt, die Wahlordnung so zu ändern, daß die Bauerndeputierten, daß die Trudowiki *nicht* in die Duma kommen *können*!

Wir dürfen nicht zulassen, daß die Regierung uns überrumpelt. Wir müssen in den Massen aufs energischste unsere Agitation entfalten und sie über die drohende Gefahr aufklären, — wir müssen den naiven Glauben an die Unantastbarkeit des Wahlgesetzes als einer „konstitutionellen“ Einrichtung zerstören, — wir müssen die konstitutionellen Illusionen zerstören, — wir müssen an die Beispiele der europäischen Revolutionen, in denen so häufig die Wahlgesetze geändert wurden, erinnern, — wir müssen mit allen Kräften das Bewußtsein stärken, daß die Krise, die sich jetzt verschärft, nicht eine parlamentarische, nicht eine konstitutionelle, sondern eine revolutionäre Krise ist, die nur durch Gewalt gelöst, nur durch den siegreichen bewaffneten Aufstand entwirrt werden kann.

*„Proletari“ Nr. 5,
30. September 1906.*

Nach dem Text des „Proletari“.

DER PARTISANENKRIEG

Die Frage der Partisanenaktionen hat in unserer Partei und in den Arbeitermassen starkes Interesse geweckt. Wir haben diese Frage schon wiederholt gestreift und wollen jetzt die versprochene zusammenfassendere Darstellung unserer Ansichten geben.

I

Beginnen wir von vorn. Welches sind die Grundforderungen, die jeder Marxist bei der Untersuchung der Frage der Kampfformen stellen muß? Erstens unterscheidet sich der Marxismus von allen primitiven Formen des Sozialismus dadurch, daß er die Bewegung nicht an irgendeine bestimmte Kampfform bindet. Er erkennt die verschiedensten Kampfformen an, und zwar „erfindet“ er sie nicht, sondern faßt nur die im Verlauf der Bewegung von selbst entstehenden Formen des Kampfes der revolutionären Klassen verallgemeinernd zusammen, organisiert sie und verleiht ihnen Bewußtheit. Der Marxismus lehnt alle abstrakten Formeln, alle doktrinären Rezepte entschieden ab und fordert ein aufmerksames Eingehen auf den sich tatsächlich abspielenden *Massenkampf*, der mit der fortschreitenden Entwicklung der Bewegung, mit dem wachsenden Bewußtsein der Massen, mit der Verschärfung der ökonomischen und politischen Krisen immer neue und mannigfaltigere Methoden der Verteidigung und des Angriffs hervorbringt. Deshalb denkt der Marxismus gar nicht daran, ein für allemal irgendwelche Kampfformen abzulehnen. Der Marxismus be-

schränkt sich keineswegs nur auf die Kampfformen, die im gegebenen Augenblick allein möglich sind und angewandt werden, sondern hält es für *unvermeidlich*, daß bei Änderung der jeweiligen sozialen Situation neue, in der gegebenen Periode unbekanntere Kampfformen aufkommen. Der Marxismus *lernt* in dieser Beziehung, wenn man sich so ausdrücken darf, aus der Massenpraxis und ist weit davon entfernt, darauf Anspruch zu erheben, die Massen Kampfformen zu *lehren*, die von Stuben „systematikern“ ertüfelt werden. Wir wissen, sagte zum Beispiel Kautsky, als er die Formen der sozialen Revolution untersuchte, daß die kommende Krise uns neue Kampfformen bringen wird, die wir jetzt nicht voraussehen können.

Zweitens fordert der Marxismus unbedingt ein *historisches* Herangehen an die Frage der Kampfformen. Diese Frage außerhalb der historisch-konkreten Situation behandeln heißt das A b c des dialektischen Materialismus nicht verstehen. In verschiedenen Augenblicken der ökonomischen Evolution, in Abhängigkeit von den verschiedenen politischen, national-kulturellen Bedingungen, den Lebensverhältnissen usw. treten verschiedene Kampfformen in den Vordergrund, werden zu Hauptformen des Kampfes, und im Zusammenhang hiermit erfahren wiederum auch die zweitrangigen Kampfformen, die Kampfformen von untergeordneter Bedeutung, eine Veränderung. Zu versuchen, die Frage der Anwendbarkeit eines bestimmten Kampfmittels zu bejahen oder zu verneinen, ohne eingehend die konkrete Situation der gegebenen Bewegung auf der gegebenen Stufe ihrer Entwicklung zu untersuchen, heißt den Boden des Marxismus völlig verlassen.

Das sind die beiden grundlegenden theoretischen Leitsätze, die wir zur Richtschnur nehmen müssen. Die Geschichte des Marxismus in Westeuropa gibt uns eine Unmenge von Beispielen, die das Gesagte bestätigen. Die europäische Sozialdemokratie hält gegenwärtig den Parlamentarismus und die Gewerkschaftsbewegung für die Hauptformen des Kampfes. Sie hat früher den Aufstand anerkannt und ist durchaus bereit, ihn auch in der Zukunft bei Änderung der Situation anzuerkennen — entgegen der Meinung der liberalen Bourgeois vom Schlage der russischen Kadetten und Besaglawzen⁶⁹. Die Sozialdemokratie hat in den siebziger Jahren den Generalstreik als ein soziales Allheilmittel, als Mittel zum sofortigen Sturz der Bourgeoisie auf unpolitischem Wege, abgelehnt — aber die Sozialdemokratie

erkennt den politischen Massenstreik (besonders nach der Erfahrung Rußlands von 1905) als eines der Kampfmittel, das unter bestimmten Bedingungen notwendig ist, durchaus an. Die Sozialdemokratie hat in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts den Straßen- und Barrikadenkampf anerkannt, sie hat ihn auf Grund bestimmter Voraussetzungen am Ende des 19. Jahrhunderts abgelehnt — und sie hat ihre völlige Bereitschaft erklärt, diese letztere Ansicht zu revidieren und nach den Erfahrungen Moskaus, das nach den Worten K. Kautskys eine neue Barrikadentaktik hervorgebracht hat, den Barrikadenkampf als zweckmäßig anzuerkennen.

II

Nachdem wir diese allgemeinen Leitsätze des Marxismus festgestellt haben, wollen wir zur russischen Revolution übergehen. Erinnern wir uns an die geschichtliche Entwicklung der Kampfformen, die sie hervorgebracht hat. Zuerst wirtschaftliche Streiks der Arbeiter (1896 bis 1900), dann politische Demonstrationen der Arbeiter und Studenten (1901 und 1902), Bauernunruhen (1902), der Beginn von politischen Massenstreiks in verschiedenartigen Verbindungen mit Demonstrationen (Rostow 1902, die Sommerstreiks von 1903, der 9. Januar 1905), der politische Generalstreik in ganz Rußland mit Barrikadenkämpfen an einzelnen Orten (Oktober 1905), Barrikadenmassenkampf und bewaffneter Aufstand (Dezember 1905), friedlicher parlamentarischer Kampf (April bis Juni 1906), Teilaufstände in der Armee und in der Flotte (Juni 1905 bis Juli 1906), Teilaufstände der Bauern (Herbst 1905 bis Herbst 1906).

Das war der Stand der Dinge bis zum Herbst 1906 vom Standpunkt der Kampfformen schlechthin. Die Kampfform, mit der die Selbstherrschaft „antwortete“, war der Schwarzhunderterpogrom, angefangen vom Kischinjower Pogrom im Frühjahr 1903 und endend mit dem Sedlezer Pogrom vom Herbst 1906. In dieser ganzen Zeit macht die Organisation der Schwarzhunderterpogrome und der blutigen Ausschreitungen gegen Juden, Studenten, Revolutionäre und klassenbewußte Arbeiter immer weitere Fortschritte, wird immer mehr vervollkommnet, zu den Gewalttätigkeiten eines gekauften Mobs gesellen sich die Gewalttätigkeiten von Schwarzhundertertruppen, es kommt zum Einsatz von Artillerie in Dör-

fern und Städten, Strafexpeditionen werden unternommen, auf den Bahnstrecken kursieren Strafzüge usw.

Das ist der allgemeine Hintergrund des Bildes. Von diesem Hintergrund hebt sich — zweifellos als ein einzelner Zug, als etwas Zweitrangiges, Untergeordnetes — die Erscheinung ab, deren Untersuchung und Bewertung der vorliegende Aufsatz gewidmet ist. Was ist das für eine Erscheinung? welches sind ihre Formen? ihre Ursachen? Zeit der Entstehung und Grad der Verbreitung? ihre Bedeutung im allgemeinen Gang der Revolution? ihre Beziehung zu dem von der Sozialdemokratie organisierten und geleiteten Kampf der Arbeiterklasse? Das sind die Fragen, zu denen wir jetzt übergehen müssen, nachdem wir den allgemeinen Hintergrund des Bildes entworfen haben.

Die Erscheinung, die uns hier interessiert, ist der *bewaffnete Kampf*. Er wird von einzelnen Personen und kleinen Gruppen geführt. Teils gehören sie revolutionären Organisationen an, teils (in manchen Gegenden Rußlands zum *größten* Teil) gehören sie keiner revolutionären Organisation an. Der bewaffnete Kampf verfolgt zwei *verschiedene* Ziele, die man *streng* auseinanderhalten muß: dieser Kampf hat erstens die Tötung von einzelnen Personen, Vorgesetzten und Subalternen im Polizei- und Heeresdienst, zweitens die Beschlagnahme von Geldmitteln sowohl bei der Regierung als auch bei Privatpersonen zum Ziel. Die beschlagnahmten Mittel fließen teils der Partei zu, teils werden sie speziell zur Bewaffnung und zur Vorbereitung des Aufstands, teils für den Unterhalt der Personen verwandt, die den von uns geschilderten Kampf führen. Die Mittel, die bei großen Expropriationen erbeutet wurden (mehr als 200 000 Rubel bei der kaukasischen, 875 000 Rubel bei der Moskauer Expropriation), flossen in erster Linie den revolutionären Parteien zu — kleinere Expropriationen dienen vor allem, manchmal aber auch ausschließlich, dem Lebensunterhalt der „Expropriateure“. Einen besonderen Aufschwung und große Verbreitung erlangte diese Kampfform zweifellos erst im Jahre 1906, d. h. nach dem Dezemberaufstand. Die Verschärfung der politischen Krise bis zum bewaffneten Kampf und insbesondere die Verschärfung der Not, des Hungers und der Arbeitslosigkeit in Stadt und Land spielten unter den Ursachen, die den geschilderten Kampf hervorriefen, eine große Rolle. Als hauptsächliche und sogar *ausschließliche* Form des sozialen Kampfes wurde diese Kampfform von den deklassierten Elementen der Bevölke-

nung, von Lumpenproletariern und anarchistischen Gruppen aufgegriffen. Als Kampfform, mit der die Selbstherrschaft „antwortete“, sind der Ausnahmezustand, der Einsatz neuer Truppen, die Schwarzhunderterpogrome (Sedlez) und die Standgerichte zu betrachten.

III

Die Bewertung, die man dem hier betrachteten Kampf gewöhnlich zuteil werden läßt, läuft auf folgendes hinaus: das sei Anarchismus, Blanquismus, der alte Terror, es handle sich um Aktionen von Einzelpersonen, die von den Massen losgelöst sind, solche Aktionen demoralisierten die Arbeiter, stießen weite Kreise der Bevölkerung von ihnen ab, desorganisierten die Bewegung, schaden der Revolution. Beispiele, die eine solche Bewertung zu bestätigen scheinen, lassen sich mit Leichtigkeit in den Ereignissen finden, über die die Zeitungen tagtäglich berichten.

Sind diese Beispiele aber beweiskräftig? Zur Prüfung diene ein Gebiet, in dem die geschilderte Kampfform die relativ *größte* Verbreitung erlangt hat — das lettische Gebiet. Da beklagt sich zum Beispiel das „Nowoje Wremja“ (in seinen Nummern vom 9. und 12. September) über die Tätigkeit der Lettischen Sozialdemokratie. Die Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (ein Teil der SDAPR) gibt ihre Zeitung regelmäßig in einer Auflage von 30 000 Exemplaren heraus. Im offiziellen Teil werden Listen von Spitzeln veröffentlicht, deren Vernichtung jedem ehrlichen Menschen zur Pflicht gemacht wird. Wer der Polizei Hilfe leistet, wird zum „Feind der Revolution“ erklärt und ist dem Tode verfallen, außerdem verantwortet er mit seinem Eigentum. Die Sozialdemokraten weisen die Bevölkerung an, Geld für die Partei nur gegen abgestempelte Quittungen auszuhändigen. In der letzten Abrechnung der Partei werden unter den 48 000 Rubel Jahreseinnahmen 5600 Rubel von der Libauer Abteilung angeführt, die für den Erwerb von Waffen durch Expropriation beschafft wurden. „Nowoje Wremja“ schäumt natürlich vor Wut über diese „revolutionäre Gesetzgebung“, diese „Schreckensherrschaft“.

Niemand wird wagen, diese Tätigkeit der lettischen Sozialdemokraten als Anarchismus, Blanquismus oder Terrorismus zu bezeichnen. Weshalb? Weil hier die Verbindung der neuen Kampfform mit dem Aufstand, der

im Dezember stattgefunden hat und der von neuem heranreift, klar ist. Nimmt man Rußland als Ganzes, so ist diese Verbindung nicht so klar ersichtlich, aber sie ist vorhanden. Es ist unzweifelhaft, daß der „Partisanenkampf“ gerade nach dem Dezember Verbreitung erlangt hat, daß er mit der Verschärfung nicht nur der ökonomischen, sondern auch der politischen Krise im Zusammenhang steht. Der alte russische Terrorismus war eine Sache von Verschwörern aus der Intelligenz; jetzt wird der Partisanenkampf in der Regel von Arbeitern aus den Kampfgruppen oder einfach von erwerbslosen Arbeitern geführt. Auf den Gedanken, dies wäre Blanquismus und Anarchismus, verfallen leicht Leute, die zur Schablonenhaftigkeit neigen; in der Situation des Aufstands, wie sie im lettischen Gebiet so klar hervortritt, sind solche auswendig gelernten Schlagworte jedoch ganz augenscheinlich nicht zu gebrauchen.

Am Beispiel der Letten kann man besonders deutlich erkennen, wie völlig unrichtig, unwissenschaftlich und unhistorisch es ist, den Partisanenkrieg, wie es bei uns gewöhnlich getan wird, unabhängig von der Situation des Aufstands zu analysieren. Man muß diese Situation in Betracht ziehen, muß bedenken, welche Eigenarten die Übergangszeit zwischen großen Aufstandsaktionen aufweist, muß begreifen, welche Kampfformen hierbei unvermeidlich entstehen, und darf nicht mit ein paar auswendig gelernten Worten wie Anarchismus, Raub, Ausschreitungen des Pöbels darüber hinweggehen, Worten, die den Kadetten wie den Leuten vom „Nowoje Wremja“ gleichermaßen geläufig sind.

Man sagt, die Partisanenaktionen desorganisieren unsere Arbeit. Untersuchen wir, wieweit dies Urteil auf die Situation nach dem Dezember 1905, auf die Epoche der Schwarzhunderterpogrome und des Belagerungszustands zutrifft. Was desorganisiert die Bewegung in einer solchen Epoche mehr: das Fehlen eines Widerstands oder ein organisierter Partisanenkampf? Man vergleiche Zentralrußland mit den westlichen Randgebieten, mit Polen und dem lettischen Gebiet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Partisanenkampf in den westlichen Randgebieten bedeutend weiter verbreitet und höher entwickelt ist. Und es unterliegt ebenso keinem Zweifel, daß die revolutionäre Bewegung überhaupt und die sozialdemokratische Bewegung im besonderen in Zentralrußland *desorganisierter* ist als in den westlichen Randgebieten. Es fällt uns natürlich gar nicht ein, hieraus den Schluß zu ziehen, die polnische und die lettische sozialdemo-

kratische Bewegung wären *dank* dem Partisanenkrieg weniger desorganisiert. Nein. Hieraus folgt nur, daß der Partisanenkrieg an der Desorganisation der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Rußland im Jahre 1906 nicht schuld ist.

Man weist hier nicht selten auf die Besonderheit der nationalen Bedingungen hin. Dieser Hinweis aber offenbart ganz besonders deutlich die Schwäche der landläufigen Argumentation. Wenn die nationalen Bedingungen das Ausschlaggebende sind, dann handelt es sich eben nicht um Anarchismus, Blanquismus oder Terrorismus — um allgemein russische oder sogar speziell russische Sünden —, sondern um etwas anderes. Untersucht dies andere *konkret*, meine Herren! Ihr werdet dann sehen, daß die nationale Unterdrückung oder der nationale Antagonismus rein gar nichts erklären, denn diese hat es in den westlichen Randgebieten stets gegeben, den Partisanenkampf aber hat erst die gegebene historische Periode hervorgebracht. Es gibt viele Gebiete, wo es nationale Unterdrückung und nationalen Antagonismus gibt, aber nicht Partisanenkampf, der sich manchmal ohne jede nationale Unterdrückung entfaltet. Eine konkrete Untersuchung der Frage wird zeigen, daß nicht die nationale Unterdrückung, sondern die Bedingungen des Aufstands das Entscheidende sind. Der Partisanenkampf ist eine unvermeidliche Kampfform in einer Zeit, wo die Massenbewegung in der Praxis schon an den Aufstand heranreicht und mehr oder minder große Pausen zwischen den „großen Schlachten“ des Bürgerkriegs eintreten.

Desorganisiert wird die Bewegung nicht durch Partisanenaktionen, sondern durch die Schwäche der Partei, die es nicht versteht, diese Aktionen *in die Hand zu nehmen*. Deshalb verbindet sich auch mit den bei uns Russen üblichen Bannflüchen gegen Partisanenaktionen die Tatsache, daß es geheime, zufällige, unorganisierte Partisanenaktionen gibt, die die Partei wirklich desorganisieren. Sind wir unfähig zu begreifen, welche geschichtlichen Bedingungen diesen Kampf hervorrufen, so sind wir auch unfähig, seine schlechten Seiten auszumerzen. Der Kampf aber nimmt nichtsdestoweniger seinen Fortgang. Gewichtige wirtschaftliche und politische Ursachen rufen ihn hervor. Wir sind nicht imstande, diese Ursachen und diesen Kampf zu beseitigen. Unsere Klagen über den Partisanenkampf, das sind Klagen über die Schwäche unserer Partei hinsichtlich des Aufstands.

Was wir über die Desorganisation gesagt haben, gilt auch für die Demoralisierung. Nicht der Partisanenkrieg demoralisiert, sondern die *Unorganisiertheit*, die Systemlosigkeit der Partisanenaktionen, der Umstand, daß sie nicht von der Partei geleitet werden. Von dieser *ganz unzweifelhaften* Demoralisierung können wir uns auch nicht im geringsten dadurch frei machen, daß wir die Partisanenaktionen verurteilen und verfluchen, denn diese Urteile und Bannflüche sind durchaus nicht imstande, einer Erscheinung Einhalt zu gebieten, die durch tiefe wirtschaftliche und politische Ursachen hervorgerufen ist. Man wird entgegen: Wenn wir nicht die Kraft haben, einer anormalen und demoralisierenden Erscheinung Einhalt zu gebieten, so ist das gar kein Argument dafür, daß die *Partei* zu anormalen und demoralisierenden Kampfmitteln übergeht. Ein solcher Einwand aber wäre bereits rein liberal-bürgerlich und nicht marxistisch, denn der Marxist kann den Bürgerkrieg oder den Partisanenkrieg als eine seiner Formen nicht für *schlechthin* anormal und demoralisierend halten. Der Marxist steht auf dem Boden des Klassenkampfes und nicht des sozialen Friedens. In bestimmten Perioden scharfer ökonomischer und politischer Krisen entwickelt sich der Klassenkampf zum unmittelbaren Bürgerkrieg, d. h. zum bewaffneten Kampf zwischen zwei Teilen des Volkes. In solchen Perioden ist der Marxist *verpflichtet*, auf dem Standpunkt des Bürgerkriegs zu stehen. Jede moralische Verurteilung des Bürgerkriegs ist vom Standpunkt des Marxismus völlig unzulässig.

In der Epoche des Bürgerkriegs ist das Ideal der Partei des Proletariats eine *kriegführende Partei*. Das ist ganz unbestreitbar. Wir geben durchaus zu, daß man vom Standpunkt des Bürgerkriegs die *Unzweckmäßigkeit* dieser oder jener Formen des Bürgerkriegs in diesem oder jenem Augenblick zu beweisen suchen und in der Tat beweisen kann. Eine Kritik der verschiedenen Formen des Bürgerkriegs vom Standpunkt der *militärischen Zweckmäßigkeit* halten wir für durchaus richtig und erklären uns unbedingt damit einverstanden, daß die entscheidende Stimme in einer *solchen* Frage den sozialdemokratischen Praktikern jeder einzelnen Gegend zusteht. Im Namen der Grundsätze des Marxismus verlangen wir aber unbedingt, daß man sich nicht mit abgenutzten und schablonenhaften Phrasen von Anarchismus, Blanquismus und Terrorismus um eine Analyse der Bedingungen des Bürgerkriegs drückt, daß man sinnlose Methoden bei Partisanenaktionen, wie sie von dieser oder jener Organisation der

PPS in diesem oder jenem Augenblick angewandt worden sind, nicht zum Abschreckungsmittel gegen die Beteiligung der Sozialdemokraten am Partisanenkrieg überhaupt macht.

Die Hinweise auf eine Desorganisation der Bewegung durch den Partisanenkrieg muß man kritisch betrachten. Jede neue Kampfform, die mit neuen Gefahren und neuen Opfern verbunden ist, wird unweigerlich die Organisationen, die auf diese neue Kampfform nicht vorbereitet sind, „desorganisieren“. Unsere alten Propagandistenzirkel wurden durch den Übergang zur Agitation desorganisiert. Unsere Komitees wurden späterhin durch den Übergang zu Demonstrationen desorganisiert. Jede Kampfhandlung in jedem beliebigen Krieg trägt eine gewisse Desorganisation in die Reihen der Kämpfenden. Hieraus darf man aber nicht folgern, daß man nicht Krieg führen dürfe. Hieraus muß man folgern, daß man *lernen* muß, Krieg zu führen. Und weiter nichts.

Wenn ich Sozialdemokraten sehe, die stolz und selbstzufrieden erklären: Wir sind keine Anarchisten, keine Diebe, keine Räuber, wir sind darüber erhaben, wir lehnen den Partisanenkrieg ab, dann frage ich mich: Begreifen diese Leute, was sie reden? Im ganzen Lande finden bewaffnete Zusammenstöße und Kämpfe zwischen der Schwarzhunderterregierung und der Bevölkerung statt. Auf der gegebenen Entwicklungsstufe der Revolution ist diese Erscheinung durchaus unvermeidlich. Die Bevölkerung reagiert auf diese Erscheinung spontan, unorganisiert — und gerade deshalb häufig in unzweckmäßigen und *üblen* Formen —, ebenfalls mit bewaffneten Handstreichern und Überfällen. Ich verstehe, daß wir infolge der Schwäche und mangelnden Vorbereitung unserer Organisation in einer bestimmten Gegend und in einem bestimmten Augenblick von der Führung *dieses* spontanen Kampfes durch die Partei Abstand nehmen können. Ich verstehe, daß diese Frage von den örtlichen Praktikern entschieden werden muß, daß die Umgestaltung der schwachen und nicht vorbereiteten Organisationen keine leichte Sache ist. Wenn ich aber bei einem sozialdemokratischen Theoretiker oder Publizisten nicht Betrübniß über diese mangelnde Vorbereitung, sondern stolze Selbstzufriedenheit und selbstgefällig-begeisterte Wiederholung in früher Jugend auswendig gelernter Phrasen über Anarchismus, Blanquismus und Terrorismus sehe, dann kränkt mich diese Erniedrigung der allerrevolutionärsten Doktrin der Welt.

Man sagt, der Partisanenkrieg bringt das klassenbewußte Proletariat den heruntergekommenen Trunkenbolden und Lumpenproletariern nahe. Das ist richtig. Hieraus folgt aber nur, daß die Partei des Proletariats den Partisanenkrieg niemals als einziges oder gar wichtigstes Kampfmittel betrachten darf; daß dies Mittel anderen Mitteln untergeordnet, mit den wichtigsten Kampfmitteln in Einklang gebracht und durch den aufklärenden und organisierenden Einfluß des Sozialismus veredelt werden muß. Ohne diese *letzte* Bedingung bringen in der bürgerlichen Gesellschaft *alle*, entschieden alle Kampfmittel das Proletariat verschiedenen über oder unter ihm stehenden nichtproletarischen Schichten nahe und werden, überläßt man sie dem spontanen Gang der Ereignisse, verdorben, verunstaltet, prostituiert. Streiks, die dem spontanen Gang der Ereignisse überlassen werden, sinken zu „Alliances“ – Vereinbarungen der Arbeiter mit den Unternehmern *gegen* die Konsumenten – herab. Das Parlament entartet zum Bordell, in dem eine Bande von bürgerlichen Politikastern en gros und en detail mit „Volksfreiheit“, „Liberalismus“, „Demokratie“, Republikanismus, Antiklerikalismus, Sozialismus und allen sonstigen gangbaren Waren handelt. Die Zeitung verwandelt sich in eine feile Kupplerin, in ein Werkzeug zur Korrumpierung der Massen, das den niedrigsten Instinkten der Menge grob schmeichelt usw. usw. Die Sozialdemokratie kennt keine universalen Kampfmittel, keine, die das Proletariat wie durch eine chinesische Mauer von den Schichten trennen, die etwas über oder etwas unter ihm stehen. Die Sozialdemokratie wendet in verschiedenen Epochen verschiedene Mittel an, wobei sie ihre Anwendung *stets* von *streng* festgelegten ideologischen und organisatorischen Bedingungen abhängig macht.*

* Die bolschewistischen Sozialdemokraten werden häufig einer leichtsinnig-parteiischen Stellungnahme zu den Partisanenaktionen beschuldigt. Es ist daher nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß im Entwurf der Resolution über die Partisanenaktionen (Nr. 2 der „Partinyje Iswestija“ und Lenins Bericht über den Parteitag) der *Teil* der Bolschewiki, der sie verteidigt, für ihre Anerkennung folgende Bedingungen aufgestellt hat: Expropriationen von Privateigentum wurden überhaupt für unzulässig erklärt; Expropriationen von staatlichem Eigentum wurden nicht empfohlen, sondern nur unter der Bedingung *für* *zulässig* erklärt, daß sie *der Kontrolle der Partei* unterstehen und daß die erbeuteten Mittel *für Aufstandszwecke* verwandt werden. Terroristische Partisanen:

IV

Die Kampfformen der russischen Revolution unterscheiden sich von denen der bürgerlichen Revolutionen Europas durch ihre riesige Mannigfaltigkeit. Kautsky hat das zum Teil vorausgesagt, als er im Jahre 1902 davon sprach, daß die kommende Revolution (er fügte hinzu: *vielleicht* mit Ausnahme Rußlands) nicht so sehr ein Kampf des Volkes gegen die Regierung als ein Kampf des einen Teils des Volkes gegen den anderen sein wird. In Rußland sehen wir zweifellos eine breitere Entfaltung dieses *zweiten* Kampfes als in den bürgerlichen Revolutionen des Westens. Im Volk gibt es nur wenig Feinde unserer Revolution, aber sie organisieren sich mit der Verschärfung des Kampfes immer mehr und erhalten die Unterstützung der reaktionären Schichten der Bourgeoisie. Es ist daher durchaus natürlich und unvermeidlich, daß in einer *solchen* Epoche, in der Epoche der das ganze Volk erfassenden politischen Streiks, der *Aufstand* nicht die alte Form von Einzelaktionen annehmen kann, die sich auf eine sehr kurze Zeitspanne und auf ein sehr kleines Gebiet beschränken. Es ist ganz natürlich und unvermeidlich, daß der Aufstand die höheren und komplizierteren Formen eines langwierigen, das ganze Land erfassenden Bürgerkriegs, d. h. des bewaffneten Kampfes des einen Teils des Volkes gegen den anderen, annimmt. Einen solchen Krieg kann man sich nur vorstellen als eine Reihe von wenigen, durch verhältnismäßig große Zeitabstände voneinander getrennten großen Schlachten und eine Menge von kleineren Scharmützeln im Verlauf dieser Zwischenzeiten. Wenn das so ist — und zweifellos ist es so —, dann muß die Sozialdemokratie unbedingt ihre Aufgabe darin sehen, Organisationen zu schaffen, die in möglichst hohem Maße dazu befähigt sind, die Massen sowohl in diesen großen

aktionen gegen Vertreter des Gewaltregimes und *aktive* Schwarzhunderter *wurden empfohlen*, jedoch unter folgenden Bedingungen: 1. daß man der Stimmung der breiten Massen Rechnung trägt; 2. daß die Bedingungen der Arbeiterbewegung in der betreffenden Gegend in Betracht gezogen werden; 3. daß dafür gesorgt wird, daß die Kräfte des Proletariats nicht unnütz vergeudet werden. Der praktische Unterschied zwischen der Resolution, die auf dem Vereinigungsparteitag angenommen wurde, und diesem Entwurf besteht *einzig und allein* darin, daß Expropriationen von staatlichem Eigentum für unzulässig erklärt wurden.

Schlachten als auch, nach Möglichkeit, in diesen kleineren Scharmützeln zu führen. Die Sozialdemokratie muß sich in einer Epoche, in der sich der Klassenkampf zum Bürgerkrieg verschärft hat, die Aufgabe stellen, an diesem Bürgerkrieg nicht nur teilzunehmen, sondern auch die führende Rolle in ihm zu spielen. Die Sozialdemokratie muß ihre Organisationen dazu erziehen und vorbereiten, daß sie wirklich als *kriegsführender Teil* handeln, der keine Gelegenheit unbenutzt läßt, die Kräfte des Gegners zu schwächen.

Das ist fraglos eine schwierige Aufgabe. Sie kann nicht mit einem Schlage gelöst werden. Wie das ganze Volk im Verlauf des Bürgerkriegs im Kampfe umerzogen wird und im Kampfe lernt, so müssen auch unsere Organisationen erzogen und auf Grund der gesamten Erfahrungen so umgebildet werden, daß sie dieser Aufgabe gerecht werden.

Wir erheben nicht den geringsten Anspruch darauf, den Genossen, die in der praktischen Arbeit stehen, irgendeine ausgeklügelte Kampfform aufzudrängen oder gar vom Schreibtisch aus die Frage zu entscheiden, welche Rolle die einen oder anderen Formen des Partisanenkriegs im Gesamtverlauf des Bürgerkriegs in Rußland spielen sollen. Uns liegt der Gedanke fern, in der konkreten Beurteilung der einen oder anderen Partisanenaktion die Frage einer *Richtung* in der Sozialdemokratie zu sehen. Aber wir sehen unsere Aufgabe darin, nach Maßgabe unserer Kräfte zu einer richtigen *theoretischen* Beurteilung der neuen Kampfformen beizutragen, die das Leben hervorbringt; wir sehen unsere Aufgabe darin, rücksichtslos die Schablonen und Vorurteile zu bekämpfen, die die bewußten Arbeiter daran hindern, diese neue und schwierige Frage in der richtigen Weise zu stellen und richtig an ihre Lösung heranzugehen.

„Proletari“ Nr. 5,
30. September 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

ZUR FRAGE DES PARTISANENKRIEGS⁷⁰

Wir halten diese Resolution für grundsätzlich richtig und verweisen darauf, daß sie mit den Gedanken übereinstimmt, die wir in dem Artikel „Der Partisanenkrieg“ entwickelt haben. Im Text der Resolution würden wir nur einige Abänderungen und Ergänzungen von untergeordneter Bedeutung vorschlagen. In Punkt 3 der Begründung würden wir sagen: „Obwohl die Revolution *im gegenwärtigen Augenblick* nicht die Kraft besitzt“ usw. In dem eigentlichen beschließenden Teil würden wir entsprechend dem Beschluß des Parteitags die Ablehnung der Expropriationen hinzufügen, ferner den Hinweis darauf, daß die Partisanenaktionen der Stimmung der breiten Massen und den Bedingungen der Arbeiterbewegung Rechnung tragen müssen. Übrigens ist es klar, daß die Moskauer Genossen das für selbstverständlich halten.

„Proletari“ Nr. 5,
30. September 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

VERSUCH EINER KLASSIFIZIERUNG DER RUSSISCHEN POLITISCHEN PARTEIEN

Der Vereinigungsparteitag der SDAPR ist bekanntlich der Aufgabe ausgewichen, eine klassenmäßige Analyse der politischen Parteien in Rußland zu geben und das Verhältnis des Proletariats zu ihnen zu bestimmen. Die allgemeine Bestätigung der Amsterdamer Resolution ist nichts anderes als eine Form des Ausweichens. Indessen aber verlangt die Revolution von uns immer dringender die Anwendung der marxistischen Methode und der marxistischen Theorie zur Klärung des tiefgreifenden und außerordentlich interessanten Prozesses der Bildung von Parteien, der sich in Rußland aus begreiflichen Gründen rascher und stürmischer vollzieht als anderswo.

Natürlich ist dieser Prozeß bei weitem noch nicht zum Abschluß gekommen und hat noch keine wirklich stabilen Ergebnisse gezeitigt. Und dieser Prozeß kann auch in der kapitalistischen Gesellschaft *niemals* zum Abschluß kommen, „stabile“ Ergebnisse könnten sich nur im Falle des Stillstands der Revolution ergeben, die ja die jähe Zerstörung des ganzen alten politischen Überbaus bedeutet. Wir dürfen daher keinesfalls zögern, die Aufgabe einer Analyse der bürgerlichen Parteien in Angriff zu nehmen, um so mehr, als einerseits die Periode der Oktoberfreiheiten und andererseits die Periode der ersten Duma zweifellos schon *wichtige* Ergebnisse gezeitigt haben, denen man Rechnung tragen muß. Sowohl der offene revolutionäre Kampf in der Form des Streiks, des Aufstands usw. als auch die neue Wahlkampagne erfordern, daß unsere Partei klar und deutlich ihr Verhältnis zu den verschiedenen Parteien bestimme; das aber kann nur auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Analyse, d. h. einer Analyse des Klassencharakters dieser Parteien geschehen.

Beginnen wir mit der Aufzählung aller nur irgendwie bedeutsamen politischen Parteien (oder auch *Typen** von Parteien), von den „Rechten“ bis zu den „Linken“. 1. Bund des russischen Volkes, Monarchisten u. dgl. m., 2. Partei der Rechtsordnung, 3. Oktobristen, 4. Friedliche Erneuerer, 5. Partei demokratischer Reformen, 6. Kadetten, 7. Freidenker, Radikale, Bessaglawzen u. dgl. m., 8. Volkssozialisten, 9. Sozialrevolutionäre, 10. Maximalisten, 11. Sozialdemokraten — Menschewiki und Bolschewiki. Die Anarchisten zählen wir nicht mit, denn es wäre zu gewagt, sie (und eigentlich wohl auch die Maximalisten) als politische Partei zu bezeichnen.

In diesem bunten Reigen treten *fünf* Grundtypen unserer politischen Parteien deutlich hervor: 1. die Schwarzhunderter, 2. die Oktobristen, 3. die Kadetten, 4. die Trudowiki und 5. die Sozialdemokraten. Die Richtigkeit einer solchen Gruppierung wird durch die Untersuchung der Klassennatur der einen oder andern Partei bewiesen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Sozialdemokratie als besonderer Typus behandelt werden muß. Es ist das ein gesamteuropäischer Typus. Sie ist die einzige *Arbeiterpartei* in Rußland, die Partei des *Proletariats* sowohl ihrer Zusammensetzung als auch ihrem konsequent proletarischen Standpunkt nach.

Nicht weniger augenscheinlich ist ferner die Notwendigkeit, die *Trudowiki* als besonderen Typus zu behandeln. Zu ihnen gehören: die „Volkssozialistische Arbeitspartei“, die eigentlichen Sozialrevolutionäre und schließlich die Maximalisten. Sie alle stehen auf dem grundsätzlichen Standpunkt des „Arbeitsprinzips“. Ihnen allen ist das Bestreben eigen, Proletarier und Kleinproduzenten zu einer „Gruppe der Arbeit“ zu vereinigen und zu verschmelzen. Sie wollen sich vorwiegend auf die Bauern-

* Wir sprechen von *Typen* von Parteien, erstens, weil es unmöglich ist, über alle kleinen Splitterparteien stets auf dem laufenden zu sein — und sie sind auch unwichtig (z. B. besteht zwischen einer Progressiv-Industriellen Partei oder dem Diskus⁷¹ und der Partei der Rechtsordnung nur ein winziger Unterschied) —, zweitens, weil es falsch wäre, nur mit Parteien zu rechnen, die auch formal als Parteien auftreten, politische Richtungen aber, die sich bereits ganz deutlich abzeichnen, außer acht zu lassen. Es genügt die geringste Veränderung der politischen Atmosphäre, und diese Richtungen nehmen im Laufe von einigen Wochen die Form von *Parteien* an.

schaft stützen. Und die Reichsduma, in der sich die Mehrheit der Bauernabgeordneten zu einer Trudowikigruppe zusammengeschlossen hat, hat in der Tat bewiesen, daß es den genannten Richtungen wirklich gelungen ist (in dem einen oder andern Grade), den Grund zu einer politischen Organisation der Bauernschaft zu legen.

Freilich ist bei den politischen Parteien von diesem Typus der Entstehungsprozeß noch nicht abgeschlossen, haben sie bei weitem noch nicht solch fest umrissene Form angenommen wie die Sozialdemokratie. Nominell gibt es keine Partei der Maximalisten, obwohl ihre Abspaltung von den Sozialrevolutionären eine vollendete Tatsache ist, die sich in der Selbständigkeit sowohl ihres literarischen als auch ihres terroristischen Auftretens dokumentiert. In der Reichsduma haben die Sozialrevolutionäre keine eigene Fraktion gebildet und wirken hinter dem Rücken eines Teiles der Trudowiki. Die „Volkssozialistische Arbeitspartei“ schiebt sich gleichfalls eben erst an, geboren zu werden, obwohl sie literarisch bereits nicht mehr allein im Block mit den reinen Sozialrevolutionären, sondern auch völlig selbständig auftritt; auch in der Duma sind ihre Führer teils gemeinsam mit den Sozialrevolutionären, teils unabhängig von ihnen vorgegangen. Die „Protokolle des ersten Parteitags der Sozialrevolutionäre“ (Paris 1906) zeigen ebenfalls, daß die Volkssozialisten als besondere „Gruppe“ auftraten, die eine von der Partei der Sozialrevolutionäre unabhängige Haltung einnimmt. Mit einem Wort, wir sehen in diesem Lager 1. eine konspirative Partei (die Sozialrevolutionäre), die absolut unfähig ist, eine einigermaßen stabile und irgendwelche Massen umfassende Organisation zu schaffen, eine Partei, die weder in der Reichsduma noch in der Literatur der Periode der Freiheiten selbständig unter eigenem Banner aufzutreten vermochte; 2. eine in Entstehung begriffene legale Partei (die Volkssozialisten), die auf dem Parteitag der Sozialrevolutionäre (Dezember 1905) als Gruppe auftrat, bisher aber nicht imstande war, die Schaffung einer Massenorganisation auch nur in Angriff zu nehmen, und in der Literatur wie in der Reichsduma größtenteils im Block mit den Sozialrevolutionären auftritt.

Die Tatsache, daß sich die Trudowiki nach den beiden Perioden relativer Freiheit (der „Oktober“periode und der „Duma“periode) noch immer nicht zu einer politischen Partei konstituiert haben, kann natürlich nicht mit einem Zufall erklärt werden. Zweifellos wirkt sich hierbei aus, daß das Klein-

bürgertum (besonders auf dem Lande) der Organisation weniger zugänglich ist als das Proletariat. Zweifellos spiegelt der ideologische Wirrwarr der Trudowiki auch die äußerst unbeständige Lage des Kleinproduzenten in der heutigen Gesellschaft wider: der äußerste rechte Flügel der Trudowiki (die „Volkssozialistische Arbeitspartei“ mit den Herren Peschechonow an der Spitze) unterscheidet sich sehr wenig von den Kadetten, denn er streicht aus seinem Programm sowohl die Republik als auch die Forderung nach Übergabe des ganzen Bodens an die Bauern; der äußerste linke Flügel der Trudowiki, die Maximalisten, unterscheidet sich sehr wenig von den Anarchisten.

Diese beiden äußersten Gruppen bezeichnen sozusagen die Weite der politischen Schwankungen des werktätigen Kleinbürgertums. Ökonomisch ist es durchaus erklärlich, daß gerade das Kleinbürgertum eine solche Unbeständigkeit bekundet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die nächste Zukunft der russischen Revolution diese Unbeständigkeit eher steigern als mildern wird. Jedoch dürfen wir, wenn wir diese Unbeständigkeit feststellen und erklären, selbstverständlich nicht die große politische Bedeutung vergessen, die den Parteien vom Typus der Trudowiki zukommt. Eine wirkliche politische Freiheit wird *vor allem gerade diese* Parteien stärken, weil sie, solange es keine politische Freiheit gibt, über eine geringere Fähigkeit zur Organisation verfügen als die Bourgeoisie und auch das Proletariat. Andererseits ist in einem solchen vorwiegend kleinbürgerlichen und bäuerlichen Lande wie Rußland die Bildung von ideologisch schwankenden und politisch unbeständigen, aber sehr großen kleinbürgerlichen oder „Trudowiki“parteien absolut unvermeidlich.

In einem Lande wie Rußland hängt der Ausgang der bürgerlichen Revolution vor allem von der politischen Haltung der Kleinproduzenten ab. Daß die Großbourgeoisie Verrat üben wird, das unterliegt keinem Zweifel (sie hat schon zu zwei Dritteln Verrat geübt). Daß das Proletariat der treueste Kämpfer sein wird, das braucht man, was den russischen Arbeiter betrifft, nach den Oktober- und den Dezembertagen nicht erst zu beweisen. Das Kleinbürgertum aber ist eben die veränderliche Größe, die den Ausgang bestimmen wird. Sein jetziges politisches Schwanken zwischen der loyalen Erbärmlichkeit der Kadetten und dem kühnen, schonungslosen revolutionären Kampf müssen die Sozialdemokraten daher ganz besonders aufmerksam verfolgen. Und natürlich müssen sie diesen Prozeß nicht

nur verfolgen, sondern auch nach Kräften im proletarischen Geist beeinflussen.

Gehen wir weiter. Daß die Kadetten als besonderer Typus behandelt werden müssen, unterliegt keinem Zweifel. Die rechts von ihnen stehende Partei demokratischer Reformen und die Freidenker, Radikalen u. dgl. m. zu ihrer Linken aber sind nichts weiter als völlig bedeutungslose Abzweigungen. In der gegenwärtigen politischen Epoche sind die Kadetten ein selbständiger politischer Typus. Der Unterschied zwischen diesem und den Trudowiki liegt auf der Hand. Der typische Trudowik, das ist der bewußte Bauer. Er ist nicht abgeneigt, mit der Monarchie zu paktieren, sich im Rahmen der bürgerlichen Ordnung auf *seiner* Scholle zufriedenzugeben, gegenwärtig aber verwendet er seine Hauptkraft auf den Kampf mit den Gutsbesitzern um Grund und Boden, auf den Kampf mit dem frönherrschaftlichen Staat um Demokratie. Sein Ideal ist die Beseitigung der Ausbeutung; nur stellt er sich dies kleinbürgerlich vor, und deshalb ergibt sich aus seinen Bestrebungen *in der Praxis* nicht der Kampf gegen jede Ausbeutung, sondern nur der Kampf gegen die Ausbeutung durch die Gutsbesitzer und die Großfinanz. Der Kadett, das ist der typische bürgerliche Intellektuelle, und teils sogar der liberale Gutsbesitzer. Pakt mit der Monarchie, Abbruch der Revolution, das ist sein Hauptstreben. Völlig unfähig zu kämpfen, ist der Kadett ein echter Makler. Sein Ideal ist die Verewigung der bürgerlichen Ausbeutung in geregelten, zivilisierten, parlamentarischen Formen. Seine politische Stärke ist die Vereinigung großer Massen von bürgerlichen Intellektuellen, die in jeder kapitalistischen Gesellschaft benötigt werden, aber natürlich ganz unfähig sind, irgendwie ernsthaft auf eine wirkliche Veränderung der Zustände in dieser Gesellschaft Einfluß zu nehmen.

Der typische Oktobrist ist nicht der bürgerliche Intellektuelle, sondern der Großbourgeois. Er ist nicht der Ideologe der bürgerlichen Gesellschaft, sondern ihr unmittelbarer Herr. Aufs unmittelbarste an der kapitalistischen Ausbeutung interessiert, verachtet er jede Theorie, spuckt er auf die Intelligenz und verwirft er jedwede den Kadetten eigene Präntension auf „Demokratismus“. Er ist der Geschäftsmann. Er erstrebt, ebenso wie der Kadett, einen Pakt mit der Monarchie, aber er versteht unter diesem Pakt nicht dieses oder jenes politische System, nicht den Parlamentarismus, sondern eine Vereinbarung von einigen Leuten oder Führern mit der Hof-

kamarilla, eine Vereinbarung, die den schwerfälligen, bornierten und asiatisch bestechlichen russischen Bürokraten unmittelbar der herrschenden Bourgeoisie unterordnen soll. Der Oktobrist, das ist der Kadett, der im geschäftlichen Leben seine bürgerlichen Theorien anwendet. Der Kadett, das ist der Oktobrist, der in den Stunden, in denen er nicht damit beschäftigt ist, die Arbeiter und Bauern auszuplündern, von einer idealen bürgerlichen Gesellschaft träumt. Der Oktobrist wird noch ein bißchen parlamentarische Umgangsformen, politische Heuchelei und Demokratiespielen lernen. Der Kadett wird noch ein bißchen sachliche-bürgerliche Geschäftemacherei lernen — und sie werden sich verschmelzen, sie werden sich unweigerlich und unbedingt verschmelzen, ganz unabhängig davon, ob es gerade im jetzigen Augenblick und gerade den jetzigen „friedlichen Erneuerern“ gelingt, diese Verschmelzung zu vollziehen.

Aber wir wollen nicht von der Zukunft reden. Unsere Aufgabe ist es, die Gegenwart verstehen zu lernen. Solange die Hofkamarilla ihre Macht im vollen Umfang aufrechterhält, ist es ganz natürlich, daß allein schon die demokratischen Redensarten der Kadetten und ihre „parlamentarische“ Opposition *in der Praxis* in allererster Linie den Elementen zustatten kommen, die links von den Kadetten stehen. Natürlich ist auch, daß der Oktobrist, der diesen Elementen unmittelbar feindlich gegenübersteht, zornig von den Kadetten abbrückt und (wie bei den Wahlen zur ersten Duma) die Schwarzhunderter der Regierung unterstützt.

Die Schwarzhunderter sind der letzte Typus unserer politischen Parteien. Sie wollen nicht wie die Herren Gutschkow die „Konstitution des 17. Oktober“, sondern die Erhaltung und die förmliche Wiederherstellung der Selbstherrschaft. Sie sind interessiert an dem ganzen Schmutz, an der Unwissenheit und der Bestechlichkeit, die unter der Allmacht des vergötterten Monarchen so prächtig gedeihen. Sie vereint der wütende Kampf für die Privilegien der Kamarilla, dafür, nach wie vor Raub und Gewalttaten verüben und ganz Rußland knebeln zu können. Sie verteidigen um jeden Preis die jetzige Zarenregierung und verschmelzen so häufig mit den Oktobristen, weshalb sich von Menschen wie den Rechtsordnungsleuten so schwer sagen läßt, wo der Schwarzhunderter aufhört und wo der Oktobrist anfängt.

So hat die russische Revolution in kürzester Zeit ausgeprägte Typen von politischen Parteien hervorgebracht, die den Hauptklassen der russi-

schen Gesellschaft entsprechen. Wir haben eine Partei des bewußten, sozialistischen Proletariats; Parteien des radikalen oder sich radikal gebärdenden Kleinbürgertums, und zwar in erster Linie des ländlichen Kleinbürgertums, d. h. der Bauernschaft; bürgerlich-liberale Parteien; reaktionäre bürgerliche Parteien. Das Mißverhältnis zwischen den politischen Gebilden und den ökonomischen, klassenmäßigen Scheidungen besteht nur darin, daß den beiden letzten Gruppen nicht zwei, sondern drei Gruppen von politischen Parteien gegenüberstehen: die Kadetten, die Oktobristen und die Schwarzhunderter. Dies Mißverhältnis erklärt sich jedoch ganz aus den vorübergehenden Besonderheiten des gegenwärtigen Zeitpunkts, in dem der revolutionäre Kampf sich außerordentlich verschärft hat, in dem es praktisch äußerst schwer ist, die Verteidigung der Selbstherrschaft zu trennen von der Verteidigung der Monarchie um jeden Preis, in dem die Gruppierung nach ökonomischen Kennzeichen (für den progressiven oder für den reaktionären Kapitalismus) sich natürlich mit der politischen Gruppierung (für die jetzige Regierung oder gegen sie) kreuzt. Indessen ist die Verwandtschaft der Kadetten und der Oktobristen zu augenscheinlich, und es kann wohl kaum jemand bestreiten, daß die Herausbildung einer großen und „praktischen“ bürgerlich-liberalen Partei unvermeidlich ist.

Das Fazit: Der Prozeß der Herausbildung der politischen Parteien in Rußland liefert die glänzendste Bestätigung der marxistischen Theorie.

PS. Der Aufsatz wurde vor der Spaltung des Verbandes vom 17. Oktober geschrieben. Jetzt stellen der Austritt Schipows und die bevorstehende Gründung einer gemäßigt liberalen Partei (linke Oktobristen, friedliche Erneuerer und rechte Kadetten) endgültig die Reduzierung aller russischen politischen Parteien auf die vier Grundtypen eines jeden kapitalistischen Landes in Aussicht.

„Proletari“ Nr. 5,
30. September 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

NOTIZEN
ZU NR. 1 DES „SOZIALDEMOKRAT“⁷²

Der Artikel „Partisanenaktionen“ in dem soeben in unseren Besitz gelangten „Sozialdemokrat“ Nr. 1 (*herausgegeben* vom ZK der SDAPR) hat, wie es besser nicht möglich wäre, bestätigt, was wir in Nr. 5 des „Proletari“ über das Schablonenhafte und Unhistorische der landläufigen spießbürgerlichen Betrachtungen zu diesem Thema gesagt haben.* Der Autor wettet über Plündereien, Anarchismus, Blanquismus, Tkatschowismus⁷³, Wegelagerei („*doroshnye rasboiniki*“, wie die schlechte Übersetzung aus dem Deutschen lautet); er wettet ganz genauso, wie es die Liberalen tun. Die Liberalen bleiben sich selber treu, wenn sie *jeden* bewaffneten Kampf gegen die Regierung als „Anarchie“ ablehnen. Ein Sozialdemokrat aber, der in Worten einen solchen Kampf nicht negiert, in der Tat aber die Frage nicht *von diesem Standpunkt aus* untersucht, geht faktisch auf die Position des Liberalismus über. Hier ein charakteristisches Beispiel. „Insofern revolutionäre Parteien selber die Anarchie begünstigen, lenken sie die Erbitterung der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Klassen gegen sich und arbeiten damit der Reaktion in die Hände.“ Also entweder den *anarchischen* bewaffneten Kampf begünstigen oder sich des bewaffneten Kampfes überhaupt enthalten! Einen anderen Ausweg gibt es nach der Meinung des Autors nicht. Einen organisierten, planmäßigen, von einer Idee getragenen, politisch erzieherischen bewaffneten Kampf *kennt er nicht*. Wie armselig ist bei ihm doch die Auswahl!

„Eine bestimmte Art von Partisanenaktionen der Revolutionäre, die Expropriation von Privat- und Staatseigentum, ist bereits durch das Leben zu Grabe getragen.“ Das ist doch aber die direkte Unwahrheit, Genosse!

* Siehe den vorliegenden Band, S. 202–213. *Die Red.*

Es kann nicht sein, daß Sie nicht *menschewistische* Organisationen kennen, die *nach* dem Vereinigungsparteitag direkt oder indirekt an Expropriationen von Staatseigentum, an der „*Verwertung*“ der Beute usw. beteiligt waren. Wenn bei einem Sozialdemokraten Wort und Tat auseinandergehen, dann ist das schon ganz schlecht. Das führt zur Heuchelei. Das beruht entweder auf schlechtem Gewissen (einer solchen Erklärung schließen wir uns nicht an) oder auf einer nicht durchdachten, nicht schlüssigen Theorie.

Genosse Axelrod antwortet uns im „Sozialdemokrat“ recht aufgebracht auf eine Notiz im „Proletari“ Nr. 1*. Anderthalb Spalten in Kleindruck strotzen von Ausdrücken des Befremdens, Ausrufen, Beteuerungen und Vorwürfen an unsere Adresse, weil wir von seiner Agitation für einen Arbeiterkongreß gesagt haben, sie werde „hinter dem Rücken“ der Partei betrieben. Axelrod kann durchaus nicht begreifen, was das soll. Und gleichzeitig sagt er selber: „In nächster Zukunft werde ich sie (die Möglichkeiten, über die ich verfüge) *benutzen*, um die Frage des Arbeiterkongresses *in die Arena der politischen Diskussion* zu bringen.“ (Hervorhebungen von uns.) Nun, das hätte schon längst geschehen sollen! Man hätte damit *beginnen* müssen, „die Frage in die Arena der *politischen Diskussion*“ — und nicht des Zirkelgetuschels — „zu bringen“. Dann wäre Ihre Agitation parteigemäß, offen und der revolutionären Klasse würdig gewesen. Dann hätte die bürgerliche Presse keine Verwirrung in die Sozialdemokratie tragen und ihr Prestige nicht herabsetzen können, indem sie sensationelle Notizen über dieses Zirkelgetuschel brachte und so tausenderlei Zweifel wachrief. Es ist äußerst betrüblich, daß Axelrod selbst jetzt in seinem verspäteten und außerordentlich weitschweifigen „Brief an die Redaktion“ den Kern der Frage *umgeht* und *kein Wort* darüber sagt, was für einen Kongreß, wann, auf welcher Grundlage, durch wen einzuberufen, zu welchem Zweck er denn eigentlich vorschlägt. Axelrod sucht darüber hinwegzugehen mit Phrasen wie die folgende: die Vorbereitungsarbeit zum Kongreß werde eine belebende Wirkung auf die Sozialdemokratie ausüben „eben in dem Maße, in dem diese Arbeit mit wirklich sozialdemokratischem Inhalt erfüllt sein wird, d. h. insoweit dabei Zirkelinteressen und fraktionelle Händel durch sozialpolitische Fragen und Auf-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 156. *Die Red.*

gaben verdrängt sein werden, die in unmittelbarster Beziehung zu den Lebensinteressen der Arbeiterklasse stehen.“

Aber ich bitte Sie, Genosse! Das ist doch einfach ein in klingende Worte gehüllter Nonsens. Die Vorbereitung des Kongresses wird die Sozialdemokratie eben in dem Maße beleben, in dem sie wirklich sozialdemokratisch sein wird! Das ist wirklich neu und weise. Die „fraktionellen Händel“ sollen verdrängt werden durch die sozialpolitischen Fragen und Aufgaben— aber die unterschiedlichen Auffassungen über diese Fragen und Aufgaben haben doch gerade die Partei in Fraktionen gespalten! Wahrhaftig, wenn man nicht mehr weiter kann, dann fängt man wieder von vorne an.

Und dazu noch Plechanow mit seinen plumpen und abgeschmackten Insinuationen hinsichtlich der Motive des Kampfes für einen Parteitag und seinem ebenso plumpen Lob für den „glücklichen Gedanken“ Axelrods, „so schnell wie möglich“ einen Arbeiterkongreß einzuberufen. Ja, ja... was kann denn auch in der Tat glücklicher sein als der Gedanke, daß eine wirklich sozialdemokratische Arbeit die Sozialdemokratie beleben wird?

Im redaktionellen Leitartikel des „Sozialdemokrat“ lesen wir: „Heute sind, wie auch nach dem II. Parteitag, beide Fraktionen (die Bolschewiki und die Menschewiki) wahrscheinlich zahlenmäßig gleich stark“, und etwas weiter unten ein zweites Mal: „Heute haben, wie auch nach dem II. Parteitag, beide Fraktionen den gleichen Einfluß in der Partei.“ Der Gedanke des Autors ist klar. In einem Leitartikel des offiziellen „Organs des ZK“ gewinnt er besonders große Bedeutung. Die Partei der Arbeiterklasse muß genau wissen, aus wem ihre „Fraktionen“ bestehen und wie stark sie sind. Worauf ist nun die Meinung über ihre Gleichheit begründet?

Eins von beiden: Entweder hat der Autor nur den russischen Teil der Partei (plus den Kaukasus) im Auge, oder er schließt die Polen, die Letten und den „Bund“ ein. Hält man sich an die erste Deutung, so heißt das, der Autor gibt eine gewaltige Verstärkung der „Mehrheit“ auf Kosten der „Minderheit“ nach dem IV. Parteitag (dem Vereinigungsparteitag) zu, denn auf diesem Parteitag waren rund 13 000 Bolschewiki und rund 18 000 Menschewiki vertreten. Eine solche Deutung aber ist unwahrscheinlich, denn die nationalen sozialdemokratischen Parteien haben sich schon seit über einem Monat sämtlich mit der SDAPR vereinigt. Also muß man

die zweite Deutung nehmen. Dann ist offensichtlich, daß der Verfasser die Polen und Letten zu den Bolschewiki, den „Bund“ aber zu den Menschewiki zählt. Rechnen wir nach den Angaben der letzten Kongresse der nationalen sozialdemokratischen Parteien rund 40 000 Polen und Letten sowie rund 33 000 Mitglieder des „Bund“, dann erhalten wir wirklich eine annähernde Gleichheit beider Fraktionen.

Aber es fragt sich, ist es richtig, den „Bund“ den Menschewiki zuzurechnen? Natürlich, wenn das ZK das behauptet, müssen wir ihm glauben. Jedoch ist es notwendig, sich über die Bedeutung einer solchen Gruppierung klarzuwerden. Was die Taktik anbelangt, wird diese Gruppierung durch die letzten Resolutionen des „Bund“, nimmt man diese in ihrer Gesamtheit, nicht bestätigt. Die Erklärung muß folglich in der *organisatorischen* Position des „Bund“ gesucht werden. Offensichtlich stellt das Organ des ZK als eine *reale* Tatsache den Umstand in Rechnung, daß der „Bund“ keinen außerordentlichen Parteitag fordert. Wer wirklich die Politik der Partei als Ganzes, d. h. die Politik des ZK, ändern will, der muß einen Parteitag fordern; wer ihn nicht fordert, der will keine ernste Änderung — das ist das Wesen dieses Gedankengangs.

Diese Argumentation ist nicht zu widerlegen, und wir halten es für unsere Pflicht, zu ihrer Klarstellung und richtigen Einschätzung durch alle Organisationen unserer Partei beizutragen. Tatsächlich ist in einer demokratischen Organisation Neutralität fast unmöglich, und Enthaltung kommt häufig einem Handeln gleich. Das Ergebnis dieses „Handelns“ liegt auf der Hand. Das Organ des ZK propagiert die verworrensten Ideen in bezug auf einen „Arbeiterkongreß“ und bezieht bestimmt und konsequent die menschewistische Position in der Taktik. Welche Folgen hierdurch der ganzen Partei bei einer Wahlkampagne oder bei neuen Aufrufen zu Aktionen drohen, das haben die „Losungen“ des ZK zur Zeit der Duma und nach ihrer Auseinanderjagung zur Genüge gezeigt. Durch seine jetzige „Enthaltung“ hat sich der „Bund“ tatsächlich zum Mitbeteiligten an der menschewistischen Taktik und Politik des ZK gemacht.

Geschrieben Anfang Oktober 1906.

*Zuerst veröffentlicht 1934
im Lenin-Sammelband XVI.*

Nach dem Manuskript.

DER AFTERKLUGE RUSSISCHE RADIKALE⁷⁴

Der „Towarischtsch“ vom 20. September bringt ein außerordentlich lehrreiches „Gespräch“ eines Kadetten mit einem weiter links stehenden Politiker (einem Trudowik?), der den Standpunkt des Herrn W. W. Ch-ow⁷⁵, eines Mitarbeiters dieser Zeitung, vertritt. Der Radikale liest dem Kadetten die Leviten:

„Ist es nicht gerade umgekehrt?“ fragt er den Kadetten, nachdem dieser sich darüber ausgelassen hat, daß nur die Überzeugung vom eigenen Recht Kraft schaffen könne. „Gibt nicht die Kraft die Überzeugung von der Unantastbarkeit des Rechts?“ „Das Wirken eurer Partei... halte ich für politische Donquichotterie... Ihr habt Fiktionen gestärkt“... „Schuld sind eure konstitutionellen Illusionen... Durch das, was ihr gesagt habt und durch die Art und Weise, wie ihr es gesagt habt, wurde ein übertriebener Glaube an die Allmacht der Duma geschaffen. Das aber hat die Sammlung der gesellschaftlichen Kräfte nicht gefördert... Stets, wenn ich eure Reden innerhalb und außerhalb der Duma hörte, wünschte ich, ihr möchtet aufhören, die Duma als konstitutionelles Organ anzusehen, und in ihr nur ein Organ des gesellschaftlichen Willens erblicken, der mit einem andern Willen kämpft... Die Lage der Dinge erforderte vor allem die Organisation der eigenen Kräfte... Die Duma hätte alle ihre Kräfte darauf verwenden müssen, selbst einen Apparat zu schaffen, den ihr das Gesetz nicht gegeben hatte... Ihr entblößt eure Achillesferse — eure konstitutionellen Illusionen... Ich überzeuge mich nur immer wieder von neuem davon, wie fest sich die konstitutionellen Fiktionen in eurer Partei festgesetzt haben... Ich tadle euch (euch, Kadetten), denn ihr habt aufgehört, euch als kämpfende Seite zu fühlen, und wart zuzusagen Liquidatoren des Kampfes. Unter anderm habt ihr etwas vor-

geschlagen, was in andern Ländern erst das Resultat des Kampfes der beteiligten Seiten war."

Lehrreiche Reden, nicht wahr? Nur hat unser braver Bernsteinianer ganz zu Unrecht einen gar zu dummen Kadetten „vorgeführt“, um ihn in dem „Gespräch“ zu schlagen. Immerhin gibt es klügere Kadetten. Es gibt Kadetten, die die menschwistische Literatur und insbesondere die Schriften Plechanows aufmerksam verfolgen. Ein solcher Kadett würde seinem Gesprächspartner anders antworten.

Er würde sagen: Mein lieber Radikaler, qui prouve trop, ne prouve rien. Wer zuviel beweist, beweist nichts. Sie aber beweisen vom Standpunkt Ihrer eigenen Position zweifellos zu viel. Seid ihr es denn nicht gewesen, die uns bei den Dumawahlen unterstützt und die Boykottisten bekämpft haben? Aber Wahlen *verpflichteten* doch wohl. Diese Wahlen standen *voll und ganz* im Zeichen dessen, was Sie jetzt „konstitutionelle Illusionen“ nennen. (Pfui! Pfui! Haben Sie vielleicht zuviel bolschewistische Schriften gelesen?) Sehen Sie, mein bester Radikaler, ich könnte Ihnen eine Stelle — und nicht nur eine! — in Ihrer eigenen Zeitung „Towarischtsch“ zeigen, wo Sie (nicht unbedingt Sie persönlich, aber Ihre Gesinnungsgenossen) dem vertrauensseligen russischen Spießbürger versichert haben, die schlechten Minister müßten abdanken, wenn die Partei der „Volksfreiheit“ bei den Wahlen siegt. Nun? Was? Sie haben das vergessen, mein lieber Radikaler? Wir aber erinnern uns daran, wir erinnern uns sehr gut daran. Man hätte nicht wählen können, Verehrtester, wenn man nicht das Versprechen gab, loyal zu sein, wenn man nicht schwor, nur konstitutionelle Kampfmethoden anzuwenden. Wir aber, wir, die Partei der Volksfreiheit, wir geben Versprechen nur, einzig und allein nur, um sie zu erfüllen!

Sie sagen, wir hätten zu sehr an die Allmacht der Duma geglaubt, das habe nicht die Sammlung der „eigenen“ Kräfte gefördert? Aber so lesen Sie, um Gottes willen, was Plechanow, ein Autor, der Ihr unbedingtes Vertrauen genießt, geschrieben hat. Gerade Sie und Ihre Gesinnungsgenossen, und durchaus nicht etwa die Kadetten, erklären doch so gern in vertraulichen Gesprächen, daß sie eigentlich durchaus, wirklich durchaus Sozialdemokraten seien und sich als solche bekennen würden, wenn... wenn sich die Sozialdemokratie voll und ganz auf den Standpunkt Plechanows stelle. Hat denn nicht aber Plechanow auf dem Vereinigungspartei-

tag der SDAPR gesagt, nur Anarchisten könnten ein Geschrei über konstitutionelle Illusionen anstimmen? Hat denn nicht Plechanow eine Resolution eingebracht, in der die Duma nicht nur als *Macht* bezeichnet wurde — und diese Bezeichnung wurde von dem Vereinigungsparteitag der Sozialdemokratie bestätigt!! —, sondern noch dazu als eine Macht, die „vom Zaren selbst ins Leben gerufen und durch das Gesetz verbrieft“ ist? Hat nicht Plechanow in dem ehrenwerten Organ der Menschewiki geschrieben — ihr aber wart es ja, ihr Herren von der „Nascha Shisn“, die diese Tendenzen der Menschewiki stets gepriesen haben! —, daß die organische Arbeit in der Duma die größte agitatorische Bedeutung habe? Und ihr habt Plechanow Beifall geklatscht, eure Presse war von seiner „Mannhaftigkeit“ (ja! ja! so habt ihr euch ausgedrückt!) im Kampf gegen den „Blanquismus“ begeistert! Ihr habt im buchstäblichen Sinne des Wortes noch nicht einmal die Schuhsohlen abgelaufen, seitdem das alles geschehen ist, und nun wiederholt ihr schon selber die traurigen blanquistischen Verirrungen!!

Würde sich der Kadett so verteidigen, so wäre seine Verteidigung ein Angriff, und der Radikale würde vernichtend geschlagen...

Dieser Radikale erinnert mit seiner diesmaligen Partisanenaktion gegen die konstitutionellen Illusionen an den Helden aus dem Volksmärchen, der beim Anblick eines Leichenbegängnisses ausrief: „Mögen euch immer so glückliche Tage beschieden sein!“ Überlegt doch nur: Wann war der Kampf gegen die konstitutionellen Illusionen notwendig und lebenswichtig? Offenbar in ihrer Blütezeit, als sie *großen* Schaden anrichten konnten und in der Tat auch anrichteten, als sie alle möglichen „Kleinen“ verführten. Mit anderen Worten: als es der breiten Masse scheinen konnte und scheinen *mußte*, daß es eine Konstitution gäbe, während es in Wirklichkeit gar keine Konstitution gab. Das aber war eben in der Periode der Wahlen zur ersten Duma und während der Tagungen der Duma, d. h. im März—Juni 1906, der Fall. Eben in dieser Zeit haben die konstitutionellen Illusionen *großen* Schaden angerichtet. Damals aber sind nur die bolschewistischen Sozialdemokraten gegen den Strom geschwommen, haben nur sie systematisch gegen die konstitutionellen Illusionen gekämpft. Damals haben die Herren Ch-ow und andere Publizisten von der „Nascha Shisn“ diese Illusionen *unterstützt*, haben sie die Bolschewiki „bekriegt“ und sie wegen ihrer scharfen Kritik an den Kadetten getadelt.

Jetzt ist die Duma auseinandergejagt. Die Kadetten sind geschlagen. Niemandem scheint es auch nur, daß es eine Konstitution gäbe. Jetzt können sogar nicht sehr edle Tiere den Kadetten Tritte versetzen („ich tadle sie“ — siehe das „Gespräch“) und mit jedem zweiten Wort die konstitutionellen Illusionen verfluchen. Ach, ihr Herren Radikalen! Spät seid ihr aufgestanden!...

Die Herren Ch-ow und Co. sind ein Musterbeispiel dafür, wie Leute, die sich für gebildete Politiker und sogar für Freidenker oder Radikale halten, hilflos und prinzipienlos, rückgratlos und kraftlos mit dem Strome schwimmen. Im März—Juni 1906 fördern sie die konstitutionellen Illusionen, indem sie die Duma als Macht bezeichnen, marschieren sie im Schlepptau der Kadetten und rümpfen voll Abscheu die Nase über die erbarungslose Kritik an dieser Partei, die damals in der Mode war. Im September 1906 „tadeln“ sie die Kadetten und „bekriegen“ die konstitutionellen Illusionen, ohne zu verstehen, daß sie wiederum zu spät gekommen sind, daß das jetzt schon nicht mehr genügt, daß jetzt der direkte Aufruf zu einer bestimmten (durch die vorhergehende geschichtliche Entwicklung bestimmten) Form des revolutionären Kampfes notwendig ist.

Es wäre gut, wenn die russische Intelligenz, die eine Menge solcher Jammerlappen hervorbringt, am Beispiel dieser Herren lernte, den ganzen Schaden des Opportunismus zu erkennen. Ganz zu Unrecht hält man bei uns nicht selten dies Wort für ein „bloßes Schimpfwort“, ohne sich zu überlegen, was es bedeutet. Der Opportunist verrät seine Partei nicht, wird ihr nicht abtrünnig, verläßt sie nicht. Aufrichtig und eifrig fährt er fort, ihr zu dienen. Aber typisch und charakteristisch für ihn ist, daß er jeder Augenblicksstimmung erliegt, daß er unfähig ist, der Mode zu widerstehen, daß er politisch kurzsichtig und charakterlos ist. Opportunismus heißt die dauernden und lebenswichtigen Interessen der Partei ihren Augenblicksinteressen, vorübergehenden, zweitrangigen Interessen zum Opfer bringen. Ein gewisser industrieller Aufschwung, ein verhältnismäßiges Aufblühen des Handels, eine leichte Belebung des bürgerlichen Liberalismus — und schon schreit der Opportunist: erschreckt nicht die Bourgeoisie, haltet euch nicht abseits von ihr, hört auf mit den „Phrasen“ von der sozialen Revolution! Die Duma ist zusammengetreten, ein polizeilich-konstitutionelles „Frühlingslüftchen“ weht — und schon bezeichnet der Opportunist die Duma als Macht, beeilt sich, den „verhängnisvollen“

Boykott zu verdammen, beeilt sich, die Losung: Unterstützung der Forderung eines Duma-, d. h. eines Kadettenkabinetts auszugeben. Die Woge brandet zurück — und der Opportunist beginnt ebenso aufrichtig und ebenso unzeitgemäß die Kadetten zu „tadeln“ und die konstitutionellen Illusionen in Grund und Boden zu verdammen.

Eine konsequente Politik, wie sie einer wahrhaft revolutionären Klasse würdig ist, eine Politik, die beharrlich über alle kleinen Abweichungen und Schwankungen hinweg zur Vorbereitung eines entscheidenden, aufopfernd kühnen Feldzugs gegen den Feind führt, ist unter der Herrschaft solcher Intellektuellenstimmungen unmöglich. Deshalb muß sich das klassenbewußte Proletariat kritisch zu verhalten wissen gegenüber den Intellektuellen, die auf seine Seite treten, muß es lernen, den Opportunismus in der Politik schonungslos zu bekämpfen.

*Veröffentlicht am 18. Oktober 1906
in der Zeitschrift „Westnik Sbisni“ Nr. 12.
Unterschrift: N. Lenin.*

Nach dem Text der Zeitschrift.

ZU DEN ERGEBNISSEN DES PARTEITAGS DER KADETTEN

Schon des öfteren haben wir gezeigt, daß der Kampf der Selbstherrschaft gegen die proletarisch-bäuerliche Revolution unbedingt auch die liberale Opposition in Mitleidenschaft zieht. Schweigt erst einmal das Proletariat, so wird die Regierung der Pogromhelden sich natürlich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, auch den Kadetten an der Gurgel zu packen. Im Moment würgt sie den friedlichen Erneuerer. Selbst auf den Oktoberisten wirft sie jetzt nicht besonders gnädige Blicke. Und wenn auch dank der Standgerichtsjustiz zeitweilig das Krachen der Brownings und der Bomben verstummen, das Echo des klassischen „Hände hoch!“ verhallen sollte — so ist das natürlich durchaus keine Bürgschaft dafür, daß der Kadett und der friedliche Erneuerer endlich die ersehnte Ruhe des legalen, konstitutionellen Kampfes erlangen.

Es konnte scheinen, das Wüten der Reaktion würde die führenden Kreise der liberalen Opposition weit nach links werfen. Die Auflösung der Duma hat die konstitutionellen Illusionen an der Wurzel getroffen. Es gibt heute keinen Mitarbeiter des „Towarischtsch“ oder der „Stolitschnaja Potschtsa“⁷⁶, der das nicht begreifen würde. Das traurige Ende der Kadettenpresse (ihrer gesamten Provinzpresse und eines erheblichen Teils ihrer hauptstädtischen Presse), das Verbot ihres Parteitags, die Ablehnung der Legalisierung der Kadettenpartei, die Einleitung eines Verfahrens gegen alle, die den Wiborger Aufruf unterzeichnet haben — das alles mußte, wie es schien, die Kadetten zwingen, ihren Standpunkt der Organisation der öffentlichen Meinung aufzugeben und endlich zum Standpunkt der Organisation der gesellschaftlichen Kräfte überzugehen. Und

weiter schien es, wenn es den Kadettenführern an der heroischen Entschlossenheit mangeln sollte, stolz in die Illegalität zu gehen, daß dann ihre Armee unverzüglich, auf der Stelle, diesen Führern den Rücken kehren würde.

Der Parteitag der Kadetten hat gezeigt, daß derartige Erwartungen, einstweilen jedenfalls, falsch sind. Der Parteitag hat — obschon nicht sehr bereitwillig — jenen „Schritt auf der Stelle“ oder, richtiger gesagt, „keinen Schritt von der Stelle“ gutgeheißen, den ihm das Zentralkomitee vorgeschlagen hat. Der Parteitag hat eine Resolution über die Organisation der gesellschaftlichen Kräfte angenommen, die jedoch völlig platonisch ist, niemand auch nur im geringsten zu irgend etwas verpflichtet und nicht einmal die Sache auch nur erwähnt, um derentwillen und in der diese Kräfte sich organisieren können und sollen. Der Parteitag hat — obschon mit einer verhältnismäßig geringen Mehrheit — den berühmten vierten Punkt der taktischen Resolution angenommen, der den passiven Widerstand der Partei gegen jenen passiven Widerstand verkündet, zu dem die unteren Schichten des Volkes spontan übergehen und den der Wiborger Aufruf empfiehlt. Der Parteitag endete als Parteitag der einigen, ungeteilten „Partei der Volksfreiheit“.

Und so mußte es zweifellos auch sein. Die Stunde der Spaltung der Kadettenpartei hat noch nicht geschlagen. Haben die Klassengegensätze auch schon breite Schichten der Großbourgeoisie unwiderruflich in den Rahmen der offenen Konterrevolution pressen können, so haben sie es jedoch noch nicht vermocht, die breiten Schichten der mittleren Bourgeoisie und des Kleinbürgertums, die bei den Wahlen für die Kadetten gestimmt haben, in genügendem Maße zu zersetzen. Einstweilen sind noch keine objektiven Anzeichen dafür vorhanden, daß die kleinbürgerliche Provinz angesichts der Revolution von der bourgeoisen Angst ergriffen wird, die die „scharfrichterlichen Humanisten“ vom Schlage eines Gutschkow bereits samt und sonders ergriffen hat.

Diese Zersetzung schreitet schnell voran. Und die Kadettenführer sind natürlich selbst nicht überzeugt, daß der von ihnen geschaffene buntscheckige Block der „Volksfreiheit“ in dem sich verschärfenden sozialpolitischen Kampf die Probe bestehen wird.

In der russischen Revolution wird es zweifellos eine Grenzscheide geben, nach deren Überschreiten die Spaltung dieses Blocks schon ganz

unvermeidlich wird. Diese Grenze wird dann erreicht und überschritten werden, wenn die breitesten Schichten des Kleinbürgertums und teilweise auch der *mittleren* städtischen Bourgeoisie unwiderrüflich in den Strudel des proletarisch-bäuerlichen Aufstands gezogen sind. Dann, erst dann wird von dem riesigen Block der Kadetten wirklich nur die besitzende mittlere Bourgeoisie übrigbleiben, der es unzweifelhaft vorausbestimmt ist, letzten Endes die bourgeoise Angst des Herrn Gutschkow zu teilen. Dann wird das Trugbild der nationalen Revolution zerrinnen, das jetzt noch immer so stark ist und viele daran hindert, in vollem Maße zu erkennen, welche wirklich gigantische schöpferische Rolle den Klassengegensätzen in der russischen Revolution zukommt. An dieser Grenze wird sich die riesengroße politische Partei, die sich auf die Organisierung der öffentlichen *Meinung* stützt, als ein längst überlebter Anachronismus erweisen, während alle Träger der wirklichen Massenbewegung, sowohl von rechts als auch von links, der Gewalt, der nackten materiellen Gewalt jene große nicht nur zerstörende, sondern auch schöpferische Rolle zuweisen werden, ohne die natürlich eine wirkliche Vollendung der Revolution undenkbar ist. Dort aber, wo die materielle Gewalt von ihren Hoheitsrechten Besitz ergreift, dort ist kein Platz für die kadettisch-bürgerliche Hegemonie. Das bezeugt die ganze Vergangenheit unseres Kampfes; man braucht kein Prophet zu sein, um unfehlbar vorauszusagen, daß sich dasselbe ereignen wird, wenn es uns bevorsteht, einen neuen Aufschwung der Revolution zu erleben. Der Kadett spielt die Rolle eines „legitimen“ Teilnehmers an der Teilung der Beute der Revolution — und weiter nichts.

Deshalb hatten auch jene Kadettenführer objektiv recht, die vorschlugen, den Wiborger Aufruf einfach für einen Fehler, zu dem man sich habe hinreißen lassen, zu erklären, insofern dieser Aufruf *unmittelbar* zur Taktik des passiven Widerstands auffordert. Denn bei dem jetzigen angespannten Kampf gibt es keinen passiven Widerstand der Massen — und kann es keinen geben —, der nicht unmittelbar zur aktiven Offensive übergehen würde. Herr Struve hat völlig recht, wenn er sagt, daß eine solche zivilisierte Kampfmethod (im Gegensatz, wie man zu sehen beliebt, zu der rein revolutionären, offensiven Methode) nur gegen eine zivilisierte, konstitutionelle Regierung am Platze ist. Wer kann auch nur einen Augenblick daran zweifeln, daß die Stolypinsche Bande bei den ersten Anzeichen eines massenweisen Steuerstreiks und einer massenweisen Weigerung,

Rekruten zu stellen, zu Strafexpeditionen schreiten wird? Wer aber wird dann die Bevölkerung davon zurückhalten, zur Verteidigung, zur aktiven Offensive mit der Waffe in der Hand überzugehen?

Der Wiborger Aufruf aber war selbst im Augenblick seiner Unterzeichnung in rein kadettischem Sinn bestenfalls eine Drohung an die Adresse der Regierung, daß man zu einer solchen Offensive übergehen würde, keinesfalls jedoch eine praktische Lösung. Und die Herren Miljukow und Struve sind im gegebenen Fall keineswegs für die politische Naivität jener Kadetten aus der Provinz verantwortlich, die diesen Aufruf für eine praktische Lösung hielten. Das Schicksal, das dieser Aufruf in der Provinz gehabt hat, zeugt davon. Die terrorisierte Presse sprach sehr wenig und sehr gedämpft von diesem Schicksal; das aber, was sie sagte, zeigt, wie uns scheint, daß die Partei der „Volksfreiheit“ als Partei den durch diesen Aufruf verkündeten Grundsatz des passiven Widerstands in erster Linie auf den Aufruf selbst angewandt hat. Wenn dem aber so ist, so konnte sich der Parteitag darauf beschränken, diese Position der Kadetten zu fixieren. Die Minderheit des Parteitags, die sich anfänglich gegen eine solche Festlegung auflehnte, streckte schließlich die Waffen und blieb in der Partei.

Aus dem Innern des Landes aber kommen jeden Tag Meldungen, daß der Gedanke des passiven Widerstands Widerhall unter den Volksmassen gefunden hat. Der Steuerstreik, die Weigerung, Rekruten zu stellen, der Boykott der Behörden beginnen tatsächlich zu einer praktischen Lösung zu werden. Niemand verschließt die Augen vor den ungeheuren organisatorischen Mängeln, unter denen diese Bewegung heranwächst. Niemand leugnet die Unvermeidlichkeit des Chaos in dieser Bewegung. Dieses Chaos aber schafft Ordnung — die Ordnung der Revolution, diese höchste Stufe der chaotischen, spontanen Erhebungen des Volkes. Der Haß, der jetzt unter dem ungeheuren Druck der Standgerichtsverfassung in den Volksmassen gärt, muß unvermeidlich zum Durchbruch kommen und führt tatsächlich bald hier, bald dort zu Ausbrüchen des offenen bewaffneten Kampfes. Wir verfügen nicht über Material, auf Grund dessen man unfehlbar voraussagen könnte, daß es im Augenblick der Einziehung der Rekruten und der Steuereintreibung zum allgemeinen Volksaufstand, sei es auch nur in der Form eines rein passiven Widerstands, kommen werde — daß aber dieser Kampf in der einen oder anderen Form in Erscheinung

treten wird, ist unvermeidlich. Und die Kadetten treten beizeiten zur Seite. „Das Gewissen erlaubt uns nicht, dieses gefährliche Experiment zu sanktionieren“, erklärte der Kadettenparteitag durch den Mund der Frau Tyrkowa, eines Mitglieds des Zentralkomitees der Partei.

Aber die Berufung auf das Gewissen ändert natürlich nichts an der Sache. Sogar wenn die nahenden Ereignisse mit mathematischer Genauigkeit den baldigen Triumph der Volksrevolution verkündeten, würden sich die führenden Kreise der Kadetten nicht anders verhalten. Die ganze Vergangenheit der Kadettenpartei bürgt dafür, und die Verhandlungen, die sie mit den Pogromhelden um die Ministerposten geführt haben, waren der Höhepunkt in der Geschichte der Kadettenpartei; sie waren für sie objektiv unvergleichlich bezeichnender als der Wiborger Aufruf. Einer der prominentesten Vertreter der Partei, Professor Gredeskul, beweist uns das aufs schlagendste („Retsch“ Nr. 180): „Wir lebten mit unserem Volk“, sagt er, „wir teilten sein Ungestüm.“ Aber das war eine Zeit „der stürmischen, heißblütigen Jugend“; jetzt ist die Zeit „der standhaften und beharrlichen Reife“ gekommen. Das Palladium dieser Reife aber ist die Wahlkampagne, mitsamt der Plattform, mit der die Duma die Thronrede beantwortet hat.

Das „Ungestüm“ des Volkes hat die Kadettenpartei niemals geteilt und konnte sie niemals teilen — der ehrenwerte Professor hat hier nur eine rhetorische Phrase gebraucht. Aber die Kadettenpartei, verkörpert in ihrem Parteitag, ist auch nicht nach rechts gegangen. Sie ist auf der Stelle stehen geblieben. Nach wie vor beabsichtigt sie, sich an der gegenwärtigen revolutionären Krise nur insoweit zu beteiligen, als sie zu einer *rein parlamentarischen* Krise entarten kann.

Wir können die Bestimmtheit, die Klarheit, die der Parteitag seinen Beschlüssen in diesem Sinne verliehen hat, nur begrüßen. Er muß natürlich all jene stark enttäuschen, die im Wiborger Aufruf den „Beginn einer Linksschwenkung“ der Kadetten und ein klares Zeichen für den sich herausbildenden nationalen Charakter der russischen Revolution erblickt haben.

Der Parteitag hat erklärt, daß er sich die Revolution nur als parlamentarischen Kampf denke, und stellt damit die breite Masse der Demokratie kategorisch vor die Frage des offenen Kampfes um die Macht. Der ganze Gang der russischen Revolution zeugt davon, daß die Demokratie diese

Frage nicht auf kadettische Art beantworten wird, und die Sozialdemokratie muß sich rüsten, damit die armen Bevölkerungsschichten in Stadt und Land in dem Augenblick, in dem diese Antwort erteilt wird, eben in ihr, in der Sozialdemokratie, ihren natürlichen Hegemon in der Periode der Revolution finden.

„Proletari“ Nr. 6,
29. Oktober 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

SPIESSBURGERLICHKEIT IN DEN REIHEN DER REVOLUTIONÄRE

Konterrevolutionäre Perioden sind unter anderm dadurch gekennzeichnet, daß konterrevolutionäre Ideen nicht nur in grober und unumwundener, sondern auch in verfeinerter Form Verbreitung erlangen: es erstarken die spießbürgerlichen Stimmungen in den revolutionären Parteien. Unter dieser letzteren Bezeichnung vereint Genosse Martow in seiner neuen Broschüre „Die politischen Parteien Rußlands“ die Sozialdemokratische Partei und die Partei der Sozialrevolutionäre. Wir hoffen, ein anderes Mal auf diese beachtenswerte Broschüre zurückkommen zu können, in der Martow mit einer in der menschewistischen Literatur ungewohnten Offenheit und Bestimmtheit Kritik an den Kadetten übt, gleichzeitig aber eine völlig falsche, unmarxistische Klassifizierung unserer politischen Parteien gibt: er verfällt in den Grundfehler des Menschewismus, indem er Parteien vom Typus der Oktobristen zu den Parteien des „Zentrums“ zählt.

Das jedoch nebenbei. Gegenwärtig interessieren uns einige andere neue Erscheinungen in der Literatur der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre. Wir wollen die hervorstechendsten Äußerungen oder, richtiger, Widerspiegelungen konterrevolutionärer Stimmungen in diesen Kreisen verzeichnen. Nach der Niederlage des Dezemberaufstands war der hervorstechendste Ausdruck konterrevolutionärer Stimmungen in der Demokratie die Schwenkung der Kadetten, die die Losung „Konstituierende Versammlung“ über Bord warfen und in den Spalten der „Poljarnaja Swesda“ und ähnlicher Publikationen die Teilnehmer und Ideologen des bewaffneten Aufstands in jeder Art und Weise verunglimpften und mit Schmutz bewarfen. Nach der Auseinanderjagung der Duma und dem Mißerfolg der Massenaktionen vom Juli war das Neue — was die konterrevolutionären Stimmungen in der Demokratie anbelangt — die endgültige Abspaltung des rechten Flügels der Sozialrevolutionäre, die Bildung einer halbkadettischen, „volkssozialistischen“ Partei. Nach dem ersten und gro-

ßen Aufschwung in den Monaten Oktober—Dezember fielen die Kadetten von der aktiven, streitbaren Demokratie ab. Nach dem zweiten, kleinen Aufschwung in den Monaten Mai—Juni begannen die Volkssozialisten von ihr abzufallen.

In Nr. 4 des „Proletari“⁷⁷ haben wir die Hauptzüge der ideologisch-politischen Physiognomie dieser Volkssozialisten geschildert.* Seit dieser Zeit sind sie bereits in aller Form aufgetreten, haben sie das Programm der (volkssozialistischen) „Arbeitspartei“ — eine Abwandlung des revolutionären Programms der Sozialrevolutionäre in ein opportunistisches, kleinbürgerlich-legales Programm — veröffentlicht und die Zusammensetzung des Organisationskomitees der neuen Partei bekanntgegeben. Allerdings, unter den 17 Mitgliedern dieses Organisationskomitees (die Herren Annenski, Jelpatjewski, Mjakotin, Peschechonow u. a.) befindet sich alles in allem nur *ein* früheres Dumamitglied aus der „Trudowiki-gruppe“, Herr Krjukow, ein Realschullehrer und Tagesschriftsteller. Kein einziger *echter* „Trudowik“ mit einem halbwegs bekannten Namen ist unter den Gründern der neuen Trudowikipartei zu finden! Da nimmt es nicht wunder, daß manch einer die Volkssozialisten als falsche Trudowiki bezeichnet. Da nimmt es nicht wunder, daß in den Zeitungen bereits Nachrichten über andere Trudowikiparteien aufgetaucht sind. Wie der „Towarischtsch“ mitteilte, ist Herr Sedelnikow, ein „Trudowik“, der natürlich viel bedeutender und dem Volke aus seiner Dumatätigkeit viel bekannter ist als der ganz unbekannt Herr Krjukow, dabei, eine Partei der *Volksarbeit* zu gründen. In einer stark besuchten Versammlung, über die der „Towarischtsch“ berichtete, verteidigte Herr Sedelnikow offen und geradeheraus seine Ansichten, wobei er auf den Namen eines Sozialisten keinen Anspruch erhob und das Banner der „demokratischen Monarchie“ entfaltete. Die Geradheit und Offenheit des Trudowiks aus dem Volke rief nach demselben Bericht den größten Zorn des Trudowiks der Presse, des Herrn Mjakotin, hervor, der in seiner Erwiderung die Ansichten der Volkssozialisten vertrat.

Die Einzelheiten dieses Familienstreits gehen uns nichts an. Wir halten es lediglich für wichtig, die verschiedenen Erscheinungsformen opportunistischer Tendenzen unter den gestrigen Sozialrevolutionären und unter einigen „Trudowiki“ festzustellen. Die größten „Fortschritte“ macht in

* Siehe den vorliegenden Band, S. 184—194. *Die Red.*

dieser Hinsicht (die Sozialrevolutionäre haben bedeutend kühnere „fortschrittliche Neuerer“ als wir) Herr Peschechonow. Im Septemberheft des „Russkoje Bogatstwo“ geht er Schritt für Schritt weiter auf seinem Wege von den Revolutionären zu den Kadetten. Er bemüht sich, den Unterschied zwischen dem revolutionären „nehmen“ und dem kadettischen „erhalten“ zu verwischen. Nachdem er im August „bewiesen“ hatte, daß man weder die ganze Freiheit noch das ganze Land nehmen könne, „beweist“ er jetzt, daß es nicht angängig sei, „die Freiheit von unten her zu nehmen“. Ce n'est que le premier pas qui coûte*. Oder auf russisch: Das erste Gläschen Schnaps bleibt im Halse stecken, das zweite rutscht schon schnell hinunter, und die übrigen gehen wie Öl ein. Der neukadettische [Publizist] wettet in den Spalten einer legalen Zeitschrift gegen die Idee des bewaffneten Aufstands, gegen die Idee der provisorischen revolutionären Regierung, wobei er selbstverständlich die Dinge nicht direkt bei ihren Namen nennt, das von ihm „widerlegte“ Manifest der revolutionären Parteien nicht vollständig wiedergibt und im Vollgenuß der Legalität die Gedanken derjenigen entstellt und versimpelt, die in der illegalen Presse die Idee des Aufstands, die Idee der provisorischen revolutionären Regierung vertreten haben. In der Tat, nicht umsonst haben die Herren Volkssozialisten ihre Partei legalisiert! Selbstverständlich haben sie sie nicht legalisiert, um die Idee des Aufstands zu verteidigen, sondern um sie zu widerlegen!

In der Literatur der Sozialdemokraten war im Hinblick auf die Widerspiegelung konterrevolutionärer Stimmungen die Moskauer Wochenschrift „Nasche Delo“ [Unsere Sache] die große Neuheit. Die Kadettenpresse hat diesen neuen und großen „Fortschritt“ der Menschewiki schon in alle Welt hinausposaunt; — bekanntlich schreiten sie von den Revolutionären zu den Kadetten fort. Die „Retsch“ brachte einen besonderen Begrüßungsartikel, der „Towarischtsch“ wiederholte begeistert die Hauptgedanken des „Nasche Delo“, die „Retsch“ wiederholte die Äußerungen des „Towarischtsch“, der „Towarischtsch“ berief sich zur Bekräftigung seiner Ansichten auf die „Retsch“ — mit einem Wort, die aufgeklärte Gesellschaft der gebildeten Verräter der russischen Revolution geriet in höchste Begeisterung. Die „Retsch“ erfuhr sogar von irgend jemand, daß an der Spitze des „Nasche Delo“ prominente Menschewiki, die Herren Maslow, Tscherewanin, Groman und Walentinow, stehen.

* Nur der erste Schritt ist schwer. Die Red.

Wir wissen nicht, ob diese Mitteilungen der „Retsch“ richtig sind, ob schon sie gewöhnlich Anspruch erhebt, über alle menschwewistische Angelegenheiten gut unterrichtet zu sein. Aber wir kennen den Leitartikel Tscherewanins in Nr. 1 des „Nasche Delo“. Es verlohnt sich, die Stelle anzuführen, die den Kadetten solche Freude bereitet hat:

„Es wäre Unsinn und Wahnwitz, wollte das Proletariat — wie es gewisse Leute vorschlagen — zusammen mit der Bauernschaft sowohl gegen die Regierung als auch gegen die Bourgeoisie den Kampf für eine machtvolle und vom ganzen Volke zu wählende konstituierende Versammlung aufnehmen.“ (S. 4.) „Wir müssen darauf bestehen, daß die neue Duma einberufen wird.“ Das Kabinett muß aus der Dumamehrheit gebildet werden. „Auf mehr kann man bei der völligen Unorganisiertheit und der schrecklichen Unwissenheit, unter denen jetzt die Bauernschaft leidet, auch schwerlich rechnen.“ (S. 6.) Das ist, wie man sieht, offenerzig . . . bis zur heiligen Einfalt. Genosse Tscherewanin, der in der revolutionären Partei verbleibt, ist viel weiter nach rechts gegangen als Herr Peschekonow, der eine neue „legale Partei“ gegründet hat. Herr Peschekonow sagt sich *noch nicht* von der Losung „Konstituierende Versammlung“ los und kritisiert *noch immer* die Forderung eines Dumakabinetts als unzulänglich.

Wir wollen unsere Leser nicht beleidigen und werden natürlich nicht darangehen, die Ansichten Tscherewanins zu widerlegen. Er ist ohnehin schon bei allen Sozialdemokraten ohne Unterschied der Fraktionen zum „Gesprächsstoff“ geworden. Wir fordern die Leser aber auf, sich aufs ernsteste zu überlegen, welche Ursachen dieser unglaublich raschen Verwandlung eines bekannten und verantwortlichen Menschewiks in einen Liberalen zugrunde liegen. Es ist nicht schwer, ein augenscheinliches „Extrem“, einen „Exzeß“ des Opportunismus zu verurteilen und abzulehnen. Viel wichtiger aber ist es, die Quelle dieser Fehler aufzudecken, die einem Sozialdemokraten die Schamröte ins Gesicht treiben. Wir fordern die Leser auf, darüber nachzudenken, ob der Unterschied zwischen Tscherewanin und unserem ZK tatsächlich größer ist als der zwischen Sedelnikow und Peschekonow.

Den Bestrebungen dieses ganzen „Quartetts“ liegen ein und dieselben Ursachen zugrunde. Leute vom Typus der Spießbürger, der Kleinbürger sind der Revolution müde. Besser eine dürftige, armselige, dafür aber

ruhige Gesetzlichkeit als ein jäher Wechsel von revolutionären Ausbrüchen und konterrevolutionärer Raserei. In den revolutionären Parteien äußert sich diese Bestrebung in dem Wunsch, diese Parteien umzumodeln. Mag der Spießbürger zum Hauptkern der Partei werden: „Die Partei muß eine Massenpartei sein.“ Nieder mit der Illegalität! Nieder mit der Konspiration, die den konstitutionellen „Fortschritt“ hemmt! Die alten revolutionären Parteien müssen legalisiert werden. Und deshalb ist eine gründliche Reform ihrer Programme in zwei Hauptrichtungen notwendig: der politischen und der ökonomischen. Man muß die Forderung nach der Republik und der Konfiskation des Bodens über Bord werfen, die unzweideutige, unversöhnlich-schroffe, leicht faßliche Darstellung des sozialistischen Zieles hinauswerfen und den Sozialismus als eine „weit in die Zukunft reichende Perspektive“ darstellen, wie das Herr Peschechonow mit unvergleichlicher Eleganz ausgedrückt hat.

Die verschiedenen Repräsentanten des obenerwähnten „Quartetts“ bringen aus verschiedenen Anlässen in verschiedener Form eben diese Bestrebungen zum Ausdruck. Die demokratische Monarchie Sedelnikows; — der „Fortschritt“ von den Trudowiki zu den Kadetten bei der „volkssozialistischen“ Partei; — die Absetzung des revolutionären Kampfes für die konstituierende Versammlung bei Tscherewanin; — der Arbeiterkongreß Axelrods und Plechanows; — die Losung „Für die Duma“ bei unserem ZK; — die Betrachtungen in Nr. 1 des von eben diesem ZK herausgegebenen „Sozialdemokrat“ über den konservativen Charakter der Konspiration und der illegalen Arbeit, über den fortschrittlichen Charakter des Übergangs zu der „gesamtnationalen bürgerlichen Revolution“ — das alles sind Erscheinungsformen ein und derselben allgemeinen Grundbestrebung, das alles ist dieselbe Spießbürgerlichkeit, die in den Reihen der revolutionären Parteien ihr Haupt erhebt.

Vom Standpunkt der Legalisierung der Partei, ihrer „Annäherung“ an die Massen, einer Verständigung mit den Kadetten, des Anschlusses an die gesamtnationale bürgerliche Revolution hat Tscherewanin *durchaus logisch* den Kampf für die konstituierende Versammlung als „unsinnig und wahnwitzig“ bezeichnet. Wir haben bereits in Nr. 1 des „Proletari“ erklärt,* daß es ein schreiender Widerspruch ist, wenn unser ZK in seinen berühmten „Briefen an die Parteiorganisationen“ (Nr. 4 und 5) das Bünd-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 136—152. *Die Red.*

nis mit der mittleren Bourgeoisie, den Offizieren usw. propagiert und gleichzeitig die für sie *unannehmbare* Losung „Konstituierende Versammlung“ ausgibt. Tscherewanin ist in dieser Hinsicht konsequenter und urteilt richtiger oder ehrlicher, aufrichtiger als die Herren Peschechonow oder unser ZK. Der „Sozialdemokrat“ des ZK treibt entweder ein hinterhältiges Spiel oder bekundet erstaunlichen Unverstand, wenn er einerseits „die Marschrouten, die das Proletariat vom Weg der gesamt nationalen Bewegung ablenken“, „es zu politischer Isolierung verurteilen“, in Grund und Boden verdammt, andererseits aber die Losung „Konstituierende Versammlung“ unterstützt und erklärt: „Man muß zum Aufstand rüsten.“

Man nehme den Arbeiterkongreß. Vor kurzem (am 6. Oktober) hat die Kadettenzeitung „Towarischtsch“ endlich das Geheimnis dieses Kongresses ausgeplaudert. Hier, was nach den Mitteilungen dieser Zeitung „einer der ältesten Führer der Sozialdemokratie, der die Frage des Arbeiterkongresses aufwarf“, vor einigen Tagen in einem Referat sagte: „Sie (die Mitglieder des Arbeiterkongresses) könnten sich dem gesamten Programm der Sozialdemokraten — vielleicht mit einigen Abänderungen — anschließen, und dann wird die Partei aus ihrer Illegalität herauskommen.“ Die Sache ist klar. Die ältesten Führer genießen sich, offen zu sagen, daß sie das Programm der Partei ändern möchten, um sie zu legalisieren. Also man werfe die Republik, die konstituierende Versammlung und die Erwähnung der sozialistischen Diktatur des Proletariats hinaus, man füge hinzu, daß die Partei nur mit gesetzlichen Mitteln kämpft (wie es im Programm der deutschen Sozialdemokraten bis zum Sozialistengesetz stand) u. dgl. m. „Dann wird die Partei aus ihrer Illegalität herauskommen“ — träumen die „ältesten Führer“, dann wird der Übergang von der „konservativen“ illegalen Arbeit, von der revolutionären Tätigkeit, von der Illegalität zur „progressiven“ konstitutionellen Gesetzmäßigkeit vollendet sein. Das eben ist der schamhaft verborgene wahre Sinn des Arbeiterkongresses. Der Arbeiterkongreß ist Chloroform, das die ältesten Führer den „konservativen“ Sozialdemokraten verschreiben, um an ihnen schmerzlos jene Operation vornehmen zu können, die die Herren Peschechonow an der Partei der Sozialrevolutionäre vorgenommen haben. Der Unterschied besteht nur darin, daß die Herren Peschechonow praktisch und nüchtern denkende Leute sind und wissen, wohin sie gehen, während es eine Sünde wäre, dies von unseren ältesten Führern zu sagen. Sie begreifen nicht, daß

der Arbeiterkongreß in der gegenwärtigen politischen Lage ein leeres Wort ist: wenn diese Lage einem revolutionären Aufschwung Platz macht, wird der Arbeiterkongreß durchaus nicht den Sieg der spießbürgerlich-geruhsamen Gesetzlichkeit mit sich bringen, falls nicht überhaupt das Wachstum der revolutionären sozialdemokratischen Partei den Arbeiterkongreß dann überflüssig macht; wenn aber die gegenwärtige Lage eine Änderung im Sinne eines völligen und dauerhaften Sieges der Reaktion erfährt, dann kann der Arbeiterkongreß das sozialdemokratische Programm in einem Umfang *beschneiden*, der sogar Axelrod in Schrecken versetzen wird.

Daß die Kadettenpresse die Idee eines Arbeiterkongresses mit allen Kräften unterstützt, ist durchaus verständlich, denn sie spürt sehr wohl die spießbürgerlichen und opportunistischen Tendenzen dieses Vorhabens. Nicht umsonst ist Herr Portugalow — ein Kadett, der sich für einen parteilosen Sozialisten hält — von der „klugen Haltung“ Axelrods begeistert, nicht umsonst greift er seine verächtlichen Worte von der Partei als einer „Zirkelorganisation“ auf (ein „Zirkel“ — von 100 000—150 000 Mitgliedern, das bedeutet nach europäischem Maßstab ein bis anderthalb Millionen Stimmen bei den Wahlen!) und fragt mit gewichtiger Miene: „Ist die Klasse für die Partei da oder die Partei für die Klasse?“ Wir antworten auf diese tiefsinnige Frage ebenfalls mit einer Frage an die bürgerlichen Schriftsteller: Ist der Kopf für den Bauch da oder der Bauch für den Kopf?

Man nehme schließlich die Betrachtungen des ZK-Blattes „Sozialdemokrat“. Derselbe Herr Portugalow hat ihren wahren Sinn richtig begriffen, wenn er eine Stelle zitiert, die nicht weniger ruhmwürdig ist als die Erklärungen Tscherewanins. „Sie (die menschewistische Richtung) war bestrebt, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß der illegale revolutionäre Kampf der auf die fortgeschrittenen Schichten des Proletariats gestützten Intelligenz sich unvermeidlich in die gesamt nationale bürgerliche Revolution verwandeln muß.“ Herr Portugalow kommentiert: „Noch vor kurzem wurden solche Drohungen (? Druckfehler? solche Ideen?) unverzüglich für Ketzerei ‚bürgerlich-demokratischer‘ Herkunft erklärt. Heutzutage haben die ‚bürgerlichen Demokraten‘ diesen Bemerkungen nichts hinzuzufügen.“

Herr Portugalow hat recht. Ebenso wie noch vor kurzem werden auch jetzt und stets die Betrachtungen des Leitartiklers des „Sozialdemokrat“

für eine Frucht bürgerlich-demokratischer Ideen erklärt werden. In der Tat, man denke einmal über diese Betrachtungen nach. Der illegale Kampf kann sich in einen offenen Kampf verwandeln, der Kampf der Intellektuellen in einen Volks- oder Massenkampf, der Kampf der fortgeschrittenen Schichten der Klasse in einen Kampf der gesamten Klasse; die Umwandlung des illegalen revolutionären Kampfes aber in die gesamt nationale bürgerliche Revolution ist purer Unsinn. Der reale Sinn dieser Betrachtung jedoch liegt in dem Bestreben, den Standpunkt des Proletariats durch den Standpunkt der bürgerlichen Demokratie zu ersetzen.

„Zwei Jahre Bürgerkrieg haben bei uns eine nationale Revolution geschaffen. Das ist eine Tatsache...“, sagt der Leitartikler des „Sozialdemokrat“. Das ist keine Tatsache, sondern eine Phrase. Der Bürgerkrieg in Rußland — wenn man dies Wort in seinem wahren Sinne nimmt — zählt keine zwei Jahre. Im September 1904 gab es keinen Bürgerkrieg. Den Begriff des Bürgerkriegs übermäßig zu erweitern, ist nur für jene von Vorteil, die die *besonderen* Aufgaben der Arbeiterpartei in der Periode des *wirklichen* Bürgerkriegs ignorieren. Die russische Revolution war vor dem 17. Oktober 1905 in viel höherem Maße eine gesamt nationale Revolution, als sie es jetzt ist. Man braucht nur darauf zu verweisen, daß die Gutsbesitzer auf die Seite der Reaktion übergegangen sind. Man braucht nur an die Entstehung konterrevolutionärer Parteien vom Typus der „Oktoberisten“ sowie an die Tatsache zu denken, daß die Kadetten vom Sommer 1906 zweifellos ausgeprägtere konterrevolutionäre Züge aufweisen als die „Oswoboshdenije“-Leute vom Sommer 1905. Die „Oswoboshdenije“-Leute sprachen vor einem Jahr nicht davon, daß man der Revolution Einhalt gebieten müsse, und konnten nicht davon sprechen; Struve stellte sich auf die Seite der Revolution. Die Kadetten erklären jetzt unverhohlen, daß es ihr Ziel ist, der Revolution ein Ende zu setzen.

Worauf läuft also in Wirklichkeit diese Umwandlung des illegalen revolutionären Kampfes in die gesamt nationale bürgerliche Revolution hinaus? Auf die Ignorierung oder Vertuschung der Klassengegensätze, die bereits durch den Gang der russischen Revolution aufgedeckt sind. Auf die Umwandlung des Proletariats aus der kämpfenden Vorhut, die eine *selbständige* revolutionäre Politik betreibt, in ein Anhängsel derjenigen Fraktion der bürgerlichen Demokratie, die am stärksten im Vordergrund steht, die am stärksten auf die Vertretung der „gesamt nationalen“

Bestrebungen Anspruch erhebt. Hieraus erklärt sich auch, weshalb der bürgerliche Liberale sagen mußte: Wir haben dem nichts hinzuzufügen, wir sind völlig einverstanden, wir wollen gerade die Umwandlung des proletarischen Kampfes in den gesamt nationalen Kampf. In den gesamt nationalen Kampf (oder in die gesamt nationale Revolution — was dasselbe ist) verwandeln heißt das nehmen, was den Kadetten und anderen links von ihnen stehenden Parteien gemeinsam ist, und dies Gemeinsame für verbindlich erklären, alles übrige aber entfernen, da es „das Proletariat zu politischer Isolierung verurteilt“. Mit andern Worten: sich den Forderungen der Kadetten anschließen, da alle andern Forderungen schon nicht mehr „gesamt nationale“ Forderungen sein werden. Hieraus ergeben sich ganz natürlich die Losungen des halbschlächtigen sozialdemokratischen Opportunismus: „Für die Duma als Machtorgan, das eine konstituierende Versammlung einberuft“, oder für die Duma als „Hebel zur Durchsetzung der konstituierenden Versammlung“ (Nr. 1 des „Sozialdemokrat“). Hieraus ergibt sich die Losung des konsequenten sozialdemokratischen Opportunismus: Es ist Unsinn und Wahnwitz, für die konstituierende Versammlung zu kämpfen, denn diese Forderung „verurteilt das Proletariat zu politischer Isolierung“, geht über den Rahmen der „gesamt nationalen bürgerlichen Revolution“ hinaus u. dgl. m.

Die revolutionären Sozialdemokraten müssen anders urteilen. Anstatt allzu allgemeine Redensarten von der „gesamt nationalen bürgerlichen Revolution“ zu machen, Redensarten, die nur zu leicht von der Bourgeoisie entstellt werden können, müssen wir die konkrete Lage analysieren, in der sich ganz bestimmte Klassen und Parteien in den verschiedenen Augenblicken der Revolution befunden haben. In den Jahren 1900 und 1901 sprachen die alte „Iskra“ und die „Sarja“ [Die Morgenröte] mit vollem Recht von der Sozialdemokratie als der Trägerin der Ideen der gesamt nationalen Befreiung, als der kämpfenden Vorhut, die alle, bis hin zu den liberalen Adelsmarschällen, auf ihre Seite zieht. Damals war das richtig, denn die Politik der Regierung enthielt noch nichts, absolut nichts, was geeignet gewesen wäre, auch nur den allerbescheidensten bürgerlichen Liberalismus zu befriedigen. Der gesamt russische Oktoberstreik bewies, daß diese Auffassung richtig war, denn der proletarische Kampf wurde damals zum Mittelpunkt, der alles anzog, der sogar den allerbescheidensten, bürgerlichen Liberalismus anzog.

Nach dem 17. Oktober wurde das anders und mußte das anders werden. Die liberal-monarchistische Bourgeoisie (ganz grundlos bezeichnet sie Genosse Martow als „liberal-demokratisch“) mußte sich zur Verteidigung der Monarchie und des Großgrundbesitzes erheben, und zwar unmittelbar (die Oktobristen) oder mittelbar (die Kadetten), denn weitere Siege der Revolution wären eine ernste und unmittelbare Bedrohung dieser reizenden Institutionen. In einen groben Fehler verfällt, wer vergißt, daß mit dem Fortschritt der Revolution, mit dem Anwachsen ihrer Aufgaben sich auch die Zusammensetzung der Klassen und der Elemente des Volkes ändert, die fähig sind, am Kampf für die Verwirklichung dieser Aufgaben teilzunehmen. Das Proletariat geht durch die bürgerliche Revolution zum Sozialismus. Deshalb muß es in der bürgerlichen Revolution immer mehr revolutionäre Schichten des Volkes zum revolutionären Kampf mobilisieren und in ihn einbeziehen. Im Jahre 1901 weckte das Proletariat die Semstwoliberalen. Jetzt ist es kraft der objektiven Bedingungen seine Hauptaufgabe geworden, die revolutionäre Bauernschaft zu wecken, aufzuklären und in den Kampf einzubeziehen, sie mit allen Mitteln von der ideologischen und politischen Bevormundung nicht nur durch die eigentlichen Kadetten, sondern auch durch die Trudowiki vom Typus Peschekonows zu befreien. Wenn die Revolution siegen kann, dann *ausschließlich* dank dem Bündnis des Proletariats mit der wirklich revolutionären — und nicht opportunistischen — Bauernschaft. Wenn wir daher allen Ernstes sagen, daß wir für die Revolution sind (und nicht nur für die Konstitution), wenn wir im Ernst von „einem neuen revolutionären Aufschwung“ reden, dann müssen wir entschlossen jeden Versuch bekämpfen, die Losung „Konstituierende Versammlung“ überhaupt fallenzulassen oder jedenfalls zu schwächen, indem man sie unbedingt mit der Duma verknüpft (die Duma als Machtorgan, das eine konstituierende Versammlung einberuft, oder die Duma als Hebel zur Durchsetzung der konstituierenden Versammlung u. dgl. m.), indem man die Aufgaben des Proletariats in den Rahmen einer Kadettenrevolution oder angeblich gesamtnationalen bürgerlichen Revolution zwingt. Von der bäuerlichen Masse wird allein die wohlhabende und die mittlere Bauernschaft unbedingt opportunistisch und später sogar reaktionär sein. Aber das ist die Minderheit der Bauernschaft. Die bäuerliche Armut und das Proletariat bilden zusammen die erdrückende Mehrheit des Volkes, der Nation. *Diese Mehrheit kann und wird*

in der bürgerlichen Revolution den vollen Sieg erringen, *d. h. die ganze Freiheit und den ganzen Boden nehmen* und das Maximum des in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt möglichen Wohlstands der Arbeiter und Bauern verwirklichen. Wenn man will, kann man eine solche Revolution der Mehrheit der Nation eine gesamt nationale bürgerliche Revolution nennen, aber für jedermann ist klar, daß diese Worte im gewöhnlichen Gebrauch eine ganz andere Bedeutung haben, daß ihr wirklicher Sinn gegenwärtig ein kadettischer ist.

Wir sind „konservative“ Sozialdemokraten in dem Sinne, daß wir für die alte revolutionäre Taktik eintreten. „Das Proletariat muß die demokratische Umwälzung zu Ende führen, indem es die Masse der Bauernschaft an sich heranzieht, um den Widerstand der Selbstherrschaft mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bourgeoisie zu paralisieren.“ (Zwei Taktiken.)* Das wurde im Sommer 1905 geschrieben. Jetzt ist der Einsatz im Kampf größer, die Aufgabe schwieriger, eine heißere Schlacht steht bevor. Es gilt, die schwankende Haltung einer jeden Bourgeoisie, und zwar auch der bürgerlichen Intellektuellen und der bäuerlichen Bourgeoisie, zu paralisieren. Es gilt, die Masse der zu entschlossenem revolutionärem Kampf fähigen bäuerlichen Armut mit dem Proletariat zu vereinen. Nicht unsere Wünsche, sondern die objektiven Bedingungen *werden* „dem neuen Aufschwung der Revolution“ *gerade diese* hohen Aufgaben zuweisen. Das klassenbewußte Proletariat muß seine Pflicht bis zu Ende erfüllen.

PS. Der vorliegende Artikel war schon in Druck gegeben, als wir den Brief des Genossen Martow im „Towarischtsch“ lasen. L. Martow rückt von Tscherewanin in der Frage des Blocks mit den Kadetten ab. Das ist sehr gut. Verwunderlich aber und äußerst traurig ist, daß L. Martow von der Tscherewaninschen Entdeckung: „Unsinn und Wahnwitz ist es, für eine konstituierende Versammlung zu kämpfen“ *nicht abrückt*, obwohl er aus der von ihm angeführten Nr. 73 des „Towarischtsch“ diese Entdeckung *kennen mußte*. Ist etwa auch Martow schon bis zu Tscherewanin fortgeschritten?

„Proletari“ Nr. 6,
29. Oktober 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

* Siehe Werke, Bd. 9, S. 90. Die Red.

MARTOW UND TSCHEREWANIN IN DER BÜRGERLICHEN PRESSE⁷⁸

Wie gewisse Sozialdemokraten die bürgerlichen, kadettischen Zeitungen vom Schlage des „Towarischtsch“ und auf dem Wege über ihn auch den „Nowy Put“⁷⁹ zur Verbreitung von Lügen-
nachrichten über die revolutionäre Sozialdemokratie benützen. —
Widerlegung. — Bewertung. — Schlußfolgerungen

EINE UNWAHRHEIT, DIE L. MARTOW DURCH DIE BÜRGERLICHE PRESSE VERBREITET

Die bürgerliche, kadettische Zeitung „Towarischtsch“ vom 12. Oktober (Nr. 85) bringt ohne jeden Kommentar die Worte der ebenfalls kadettischen Zeitung „Nowy Put“ zum Abdruck: „Wir (der ‚Nowy Put‘) können nicht umhin festzustellen, daß sie (die Bolschewiki), wenn sie sich für einen ständigen Block mit der äußersten Linken einsetzen (wir erfahren hiervon aus dem Brief des Herrn Martow), folgerichtiger handeln als Herr Martow selbst.“

Der „Nowy Put“ beruft sich also, um seine Lügenmeldung über die Bolschewiki zu bekräftigen, direkt auf L. Martow.

Hier muß erst einmal der wahre Sachverhalt wiederhergestellt werden.

In Nr. 1 des „bolschewistischen“ „Proletari“ wurde in dem Artikel „Über den Boykott“ gesagt (S. 3): „Wir werden den V. Parteitag einberufen; wir werden dort beschließen, daß im Falle von Wahlen für einige Wochen ein Wahlabkommen mit den Trudowiki geschlossen werden soll (ohne Einberufung des V. Parteitags ist eine einheitliche Wahlkampagne unmöglich, und alle ‚Blocks mit anderen Parteien‘ sind durch einen Beschluß des IV. Parteitags unbedingt verboten). Und wir werden dann die Kadetten aufs Haupt schlagen.“*

Das ist *alles*, was sich bislang in der uns bekannten sozialdemokratischen Literatur über die Stellung der Bolschewiki zu den Wahlabkommen findet.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 131/132. *Die Red.*

Es ist klar, daß der „Nowy Put“ von L. Martow in die Irre geführt worden ist. Die Bolschewiki haben sich *niemals* für einen „ständigen Block mit den äußersten Linken“ eingesetzt, sie haben einen solchen nicht einmal erwähnt. Das zum ersten. Zweitens: „Blocks“ *jeder Art* machten die Bolschewiki von einer *Revision* des bestehenden Beschlusses auf einem neuen Parteitag abhängig. Davon hätten diejenigen nicht schweigen dürfen, die ein neuer Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei *in Schrecken versetzt*. Davon hätten auch die bürgerlichen Zeitungen nicht schweigen dürfen, die ihren Lesern Lügenmeldungen vorsetzen oder jedenfalls den falschen Eindruck erwecken, als wären den Sozialdemokraten *nicht* in aller Form Blocks *jeder Art* verboten.

Drittens: Der in bürgerlichen Zeitungen schreibende L. Martow sucht absichtlich oder aus Fahrlässigkeit oder aus Unwissenheit über die Kadettenzeitung „Towarischtsch“ den Lesern den Gedanken einzufloßen, die Bolschewiki erachteten Abkommen auch *im untersten* Stadium der Wahlen, d. h. bei der Agitation *unter den Massen*, für zulässig, während er, L. Martow, selbst nur „Teilabkommen in den höheren Stadien unseres mehrstufigen Wahlsystems“ für zweckmäßig hält.

Irgendwelche Unterlagen für diese Behauptung hat Martow *nicht*. L. Martow verbreitet durch Vermittlung der bürgerlichen Presse eine *Unwahrheit*, denn *nur* für die höheren Stadien haben die Bolschewiki ein Abkommen vorgeschlagen, und zwar *nur* mit den Trudowiki, und nur auf einige Wochen, und *nur* mit Zustimmung des V. Parteitags.

Zur Verbreitung dieser *Unwahrheit* — die, bei der allgemein bekannten Bereitschaft der Kadettenzeitungen, mit den Menschewiki mitzuempfinden und wohlwollend alles abzudrucken, was diese über die Bolschewiki zusammenzulügen für gut befinden, leicht in die Massen dringen kann — bediente sich L. Martow einer „verkürzten“ Wiedergabe der Ansichten des „Proletari“. Obwohl alle diese Ansichten auf ganzen fünf Druckzeilen dargelegt sind, die wir oben im vollen Wortlaut anführen, hielt es Martow doch für notwendig, sie zu *kürzen* und noch dazu *mit eigenen Worten wiederzugeben*. Und der Leser sieht, daß die verkürzte Wiedergabe L. Martows einer *völligen Entstellung* gleichkommt.

In den fünf Zeilen des „Proletari“ wird die Frage nur gestreift. Weder die unteren noch die höheren Stufen oder Stadien der Wahlen werden dort besonders erwähnt. Vielleicht wird man mir daher entgegen, auch

ich hätte keine Unterlagen für die Behauptung, daß in diesen fünf Zeilen von Abkommen im ersten Stadium keine Rede sei? Einen solchen Einwand könnte jedoch nur machen, wer sich an den Buchstaben klammern und den offensichtlichen Sinn der Meinungsäußerung eines andern entstellen möchte.

Zweifellos ist die Frage in diesen fünf Zeilen nur sehr unvollständig behandelt; erlaubt jedoch der allgemeine Geist des Artikels und sein ganzer Inhalt das, was unausgesprochen bleibt, im verallgemeinernden (im Hinblick auf die Abkommen) und nicht im einschränkenden Sinne zu deuten?

Ja auch der „Buchstabe“ des angeführten Zitats (wenn man es nicht à la L. Martow „kürzt“) spricht unbedingt gegen eine verallgemeinernde Auslegung, denn jeder, der auch nur ein bißchen von den Wahlen weiß, begreift, daß ein Abkommen im *ersten Stadium* sich *nicht* auf „einige Wochen“ beschränken *kann*, sondern *Monate* erfordert. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß man in Petersburg *schon jetzt* Parteien nennt, die bei den Wahlen mit den Kadetten einen Block zu bilden wünschen, *schon jetzt* angibt, wie sich die auf die Stadt Petersburg entfallenden Abgeordnetenmandate annähernd auf die Kadetten und die anderen Parteien verteilen werden. Wie man sagt, sollen die Wahlen für den 17. Dezember angesetzt werden. Schon zwei Monate vorher beginnen Leute, die tatsächlich ein Abkommen im unteren Stadium wünschen, sich unmittelbar oder durch Mittelsmänner zu verständigen. Man ziehe ferner die Dauer der Wahlen selbst in Betracht, rechne die Zeit hinzu, die *die Parteien* benötigen, um in der Frage eine Entscheidung zu fällen, um die Direktiven der zentralen Parteikörperschaften in ganz Rußland zu verbreiten – und man erkennt, daß Abkommen zwischen Parteien im unteren Stadium der Wahlen *Monate* erfordern, während in „einigen Wochen“ nur gerade ein Abkommen in den höheren Stadien realisiert werden kann, d. h. ein Abkommen über die Verteilung der Mandate nach dem Wahlkampf auf Grund des Kräfteverhältnisses, das sich bei der unmittelbaren Stimmabgabe der Wähler selbst herausgestellt hat.

Nachdem man mich einmal gezwungen hat, in der Presse zu dieser Frage Stellung zu nehmen, halte ich es schließlich für unangebracht, auf die Darlegung meiner persönlichen Meinung zu verzichten. In der gegebenen politischen Situation würde ich auf dem V. Parteitag folgendes ver-

treten: Irgendwelche Blocks und Abkommen mit irgendwelchen andern Parteien sind für die Sozialdemokraten im unteren Stadium der Wahlen unbedingt unzulässig. Wir müssen bei den Wahlen vor den Massen absolut selbständig auftreten. In den höheren Stadien sind Abkommen mit den Trudowiki, und zwar Abkommen, die ausschließlich die proportionelle Verteilung der Mandate betreffen, zulässig, wobei wir aus den parteilosen Trudowiki eine Partei der Trudowiki „machen“ müssen, indem wir die Opportunisten unter ihnen und die Halbkadetten (Volkssozialisten, „Volkssozialistische Partei“ usw.) den revolutionären bürgerlichen Demokraten gegenüberstellen.

MARTOW UND TSCHEREWANIN

L. Martow berichtete im „Towarischtsch“ Tscherewanin, der von einem Abkommen mit den Kadetten gesprochen hat. Tscherewanin klärt jetzt in demselben „Towarischtsch“ das „Mißverständnis“ auf. Aus diesen Erklärungen geht hervor, daß Tscherewanin in Nummer 1 des „Nasche Delo“ eigentlich nichts wirklich Bestimmtes darüber gesagt hat, ob er Abkommen auf einer unteren Stufe oder auf den höheren Stufen für zulässig halte. Dem Wesen der Sache nach aber spricht er sich dafür aus, daß Abkommen auch auf den unteren Stufen — sowohl auf dem Lande als auch in der Stadt — zuzulassen sind. Mit welchen Parteien seiner Meinung nach Abkommen getroffen werden können, darüber äußert sich Tscherewanin nicht. Für ihn (wie offenbar auch für Martow) gibt es keinen Unterschied zwischen der revolutionären und der opportunistischen Bourgeoisie, zwischen den Sozialrevolutionären und den Kadetten, zwischen den Trudowiki vom Typus der „33“ Dumamitglieder und den Trudowiki vom Typus der „Volkssozialisten“ usw. Darüber hinaus hält es Tscherewanin sogar für zulässig, auf den unteren Stufen für bürgerliche Kandidaturen zu votieren, ohne daß ein Abkommen besteht!

Der Standpunkt Tscherewanins ist somit völlig klargestellt. Dieser nicht nur angesehene (wie es ihm die bürgerliche Presse bescheinigt hat), sondern auch verantwortliche Menschewik, der überdies die Wochenschrift „Nasche Delo“ leitet, billigt jeden Block, billigt sogar, daß Sozialdemokraten für bürgerliche Kandidaturen stimmen. Die Bolschewiki hatten

folglich vollauf und unbedingt recht, wenn sie erklärten, daß die Menschewiki die Arbeiterklasse in ein Anhängsel der liberal-monarchistischen Bourgeoisie verwandeln, die Sozialdemokratie zu einem Nachbeter der Kadetten degradieren.

Mag sich jetzt niemand mehr einer Täuschung hingeben über die wahre Bedeutung der landläufigen menschewistischen Losung: Für die *Duma* als Organ oder Hebel oder Werkzeug usw. der Revolution. Um die Revolution zu unterstützen, unterstützen die Menschewiki die „*Duma*“ schlechthin. Um aber die *Duma* schlechthin zu unterstützen, sind sie bereit, sogar ohne ein Abkommen für die Kandidaturen der Kadettenpartei zu votieren, die der Revolution ein Ende setzen will!

Man denke an die französischen Sozialisten vom Schlage Millerands, Vivianis, Briands, die jetzt mit Clemenceau an der Spitze wohlbehalten das erzbourgeoise Frankreich regieren, Militär gegen streikende Arbeiter aufbieten usw. Um den Sozialismus zu unterstützen, riefen sie auf, die Republik schlechthin, die Republik als solche zu unterstützen. Um die Republik zu unterstützen, stimmten sie — sowohl mit als auch ohne Abkommen — für gewöhnliche bürgerliche Politikaster, für Opportunisten. Auf diese Weise sind sie, allmählich und unablässig, dahin gelangt, daß sie sich selbst in ebensolche gewöhnliche Anhänger der bourgeoisen Unterdrückung verwandelt haben.

Auf einem breiten, einem ausgetretenen Weg sind Tscherewanin und seinesgleichen gelandet!

Und Martow? Er ist gegen Abkommen auf den unteren Stufen. Er hat Tscherewanin berichtigt. Das ist im höchsten Grade erfreulich. Nur... nur man sehe sich an, *wie* er ihn berichtigt hat. Jeder vernünftige Politiker ordnet stets seine Wahltaktik seiner allgemeinen politischen Taktik unter. Die Taktik Tscherewanins ist jetzt dank der Dienstfertigkeit der Kadettenzeitungen jedermann bekannt: „Es wäre Unsinn und Wahnwitz, wollte das Proletariat — wie es gewisse Leute vorschlagen — zusammen mit der Bauernschaft sowohl gegen die Regierung als auch gegen die Bourgeoisie den Kampf für eine machtvollkommene und vom ganzen Volke zu wählende konstituierende Versammlung aufnehmen.“ Dieser berühmte Satz Tscherewanins wurde ebenfalls in der Nummer des „*Towarischtsch*“ zitiert, auf die L. Martow „erwiderte“. Und siehe da, L. Martow, der die Wahltaktik Tscherewanins berichtigt, läßt *nicht ein einziges Wort*

gegen diesen Grundsatz der *ganzen* politischen Taktik Tscherewanins ver-lauten.

Wer von den beiden ist nun konsequenter? Wer steht fester auf den Füßen? Für die Duma oder für die Revolution? Für die Duma schlecht-hin, das bedeutet: für die Kadetten, das bedeutet: gegen die konstituierende Versammlung. Für die Revolution, das bedeutet: nur für einen bestimmten Teil der Duma unter bestimmten Bedingungen, das bedeutet: gegen die Kadetten, das bedeutet: es ist Unsinn und Wahnwitz, jetzt die Losung „Konstituierende Versammlung“ aufzugeben oder auch nur abzuschwächen.

SOZIALDEMOKRATEN IN BÜRGERLICHEN ZEITUNGEN

Ist es angängig, daß ein Sozialdemokrat an bürgerlichen Zeitungen mit-arbeitet?

Nein. Sowohl theoretische Erwägungen als auch der politische Anstand wie auch die Praxis der europäischen Sozialdemokratie sprechen gegen eine solche Mitarbeit. Es ist bekannt, daß auf einem der letzten Partei-tage der deutschen Sozialdemokraten diese Frage aufgeworfen und er-örtert wurde. Es ist bekannt, daß unsere deutschen Genossen die Betei-ligung von Sozialdemokraten an der bürgerlichen Presse *streng verurteilen* und entschieden dafür eintreten, daß die Partei des revolutionären Prole-tariats auch auf diesem Gebiet weder Blocks noch Abkommen zulasse, sondern ihre Selbständigkeit wahre, daß die Schriftsteller der Arbeiter-partei *in der Tat*, und nicht nur in Worten, organisiert, einer Kontrolle unterstellt, mit einem Wort, streng in den Rahmen der Partei eingegliedert seien.

Haben wir das Recht, bei uns in Rußland von diesen Regeln abzugehen?

Man wird uns erwidern: Keine Regel ohne Ausnahme. — Das ist un-bestreitbar. Man kann einen in der Verbannung lebenden Genossen nicht verurteilen, der sich an eine beliebige Zeitung wendet. *Manchmal* ist es schwer, einen Sozialdemokraten zu verurteilen, der des Verdienstes wegen in irgendeiner untergeordneten Abteilung einer bürgerlichen Zeitung ar-beitet. Man kann die Veröffentlichung einer dringlichen und sachlichen Richtigstellung usw. u. dgl. m. rechtfertigen.

Aber seht einmal, was bei uns geschieht. Unter dem Vorwand der Berichtigung von „Mißverständnissen“, die das sozialdemokratische „Nasche Delo“ verursacht hat, füllt L. Martow fast zwei Spalten in einer Kadettenzeitung, wobei er in aller Ruhe die Ansichten der einen Sozialdemokraten vorträgt, gegen andere Sozialdemokraten polemisiert, die Ansichten der ihm nicht genehmen Sozialdemokraten entstellt, ohne sich im geringsten über das Vergnügen Sorgen zu machen, das er allen Feinden des Proletariats durch seinen literarischen „Block“ mit den Kadetten bereitet. Die Kadettenzeitungen greifen den Artikel L. Martows in der Kadettenpresse auf, preisen ihn, fügen von sich aus einiges zu der Lüge hinzu, die Martow über die revolutionären Sozialdemokraten in Umlauf gesetzt hat, klopfen Martow auf die Schulter („Retsch“) usw. Das verlockt Tscherewanin. Wenn Martow im „Towarischtsch“ die „Mißverständnisse“ Tscherewanins berichtigt und hierbei von tausenderlei Dingen und vielem anderem spricht, warum sollte sich dann nicht auch Tscherewanin eben im „Towarischtsch“ mit der Berichtigung der „Mißverständnisse“ L. Martows befassen? Ja, warum sollte man eigentlich nicht diesen Fall dazu benutzen, in der Kadettenpresse (in der sozialdemokratischen Presse wäre es vielleicht doch anstößig!) mit der Erörterung der Frage zu beginnen, ob nicht die Sozialisten auch ohne ein Abkommen für bürgerliche Kandidaturen votieren sollen?*

Und siehe da, in den Kadettenzeitungen wird eine besondere Rubrik eröffnet: literarische Familienkorrespondenz sozialdemokratischer Opportunisten. Da diese Korrespondenz die Zulässigkeit von Blocks mit den Kadetten und sogar der Stimmenabgabe für Kadetten zum Gegenstand hat, so räumen die Kadetten den obdachlosen „progressiven“ Sozialdemokraten, die sich von den „konservativen“ Regeln der revolutionären Sozialdemokratie abwenden, gern ein Plätzchen ein.

Die menschewistische Literaturgenerale richten sich zwei Haushaltungen ein. Im Vorderhaus unterhalten sie sich mit den vornehmen Herren über Blocks mit den Kadetten und reißen nebenbei Witze über die revolutionären Sozialdemokraten. Im Hinterhaus — in irgendeiner Arbeiterzeitung oder einer sozialdemokratischen Zeitschrift oder etwa in einer Flugschrift — präsentieren sie den Arbeitern den „parteilosen Arbeiterkongreß“

* Th. Dan ist nicht einmal, um „Mißverständnisse“ zu berichtigen, sondern einfach so, zur Gesellschaft, in den „Towarischtsch“ übersiedelt.

und klären sie über die Unsinnigkeit und den Wahwitz eines Kampfes für die konstituierende Versammlung auf. Mögen die Arbeiter ein bißchen warten, sich ein bißchen gedulden: wenn erst in der Kadettenzeitung „Towarischtsch“ die sozialdemokratische Diskussion über Blocks von Sozialisten mit der Bourgeoisie beendet sein wird, dann werden auch die Arbeiter irgend etwas erfahren... Und nach der Lebensregel eines Turgenjewschen Helden schreiben unsere Anhänger des Arbeiterkongresses Brief um Brief an den „Towarischtsch“ und murmeln dabei: Unsere Partei ist eine Partei von Intellektuellen...

Werden sich die sozialdemokratischen Arbeiter wirklich nicht einmischen, um diesem Unfug ein Ende zu bereiten? Ist das wirklich allen Mitgliedern unserer Partei schlechthin gleichgültig?

Geschrieben im Oktober 1906.

*Veröffentlicht im Oktober 1906
als Broschüre im Verlag
„Proletarskoje Delo“ (Die proletarische Sache).*

Nach dem Text der Broschüre.

ÜBER DIE EINBERUFUNG EINES AUSSERORDENTLICHEN PARTEITAGS⁸⁰

Beide Nummern des vom Zentralkomitee herausgegebenen „Sozialdemokrat“ enthalten Artikel gegen die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags, die der Feder Plechanows und Martows entstammen. Diese Artikel sind in einem so aufgebrachten, böartigen Ton geschrieben, sind so voller Bitterkeit und Gereiztheit, voller persönlicher Anwürfe und Verdächtigungen, daß sie mit einem Schlage die Atmosphäre der schlimmsten Zeit des Emigrantengezänks wiederaufleben lassen. Das ZK unserer Partei veröffentlicht in *seinem* Organ diese — und *nur* diese — Artikel über den Parteitag und bringt sich so in eine Lage, die geradezu beschämend ist. Man überlege sich nur: das verantwortliche Ministerium einer demokratisch organisierten Arbeiterpartei gerät angesichts der Agitation für einen neuen Parteitag ganz aus dem Häuschen, verliert jede Selbstbeherrschung! Das ist doch geradezu ungebührlich, Genossen. Gerade euer Ärger und euer Geschimpfe über eine Agitation für die Revision *eurer* Vollmachten und *eurer* Taktik bedeutet doch, daß ihr selbst das schärfste Urteil über euch fällt. Vom Standpunkt der Schadenfreude könnte sich mancher Anhänger des Parteitags nichts Besseres wünschen als eine Neuaufgabe und möglichst weite Verbreitung der Artikel Plechanows und Martows!

Es fragt sich, warum wenden sich im Namen des ZK Leute gegen den Parteitag, die nur in gekränktem Ton und kaum anders als mit Tränen in den Augen reden können? Deshalb, weil die beiden grundlegenden Tatsachen, die die Agitation für den neuen Parteitag unvermeidlich gemacht haben, gar zu klar und offensichtlich sind. Eine dieser Tatsachen betrifft die Zusammensetzung der Partei, die andere ihre Taktik.

Ihrer Zusammensetzung nach umfaßte unsere Partei zur Zeit des Vereinigungsparteitags 13 000 Bolschewiki und 18 000 Menschewiki. Das ZK und noch mehr die Redaktion des Zentralorgans verkörpern den Willen von 18 000 Mitgliedern. Jetzt sind der Partei 14 000 Letten, 26 000 Polen und 33 000 Bundisten beigetreten.* Im Leitartikel der Nr. 1 des „Sozialdemokrat“ wird zweimal, und zwar ganz kategorisch, erklärt, daß nunmehr die beiden Fraktionen in der Partei ungefähr gleich stark sind. Diese Meinung gründet sich offenbar darauf, daß die Polen und die Letten zu den Bolschewiki gerechnet werden, der „Bund“ aber zu den Menschewiki. Nehmen wir an, es wäre richtig, den „Bund“ zu den Menschewiki zu rechnen. Selbst dann ist es offenkundig ein schreiendes Mißverhältnis, daß das menschewistische ZK unsere ganze Partei vertritt (dem ZK gehören sieben Menschewiki, drei Bolschewiki, ein Lette, zwei Bundisten an; einem Polen stehen die Rechte eines Mitglieds des Zentralorgans zu; an der Entscheidung aller politischen Fragen nehmen weiter mit beschließender Stimme fünf Menschewiki, Redakteure des Zentralorgans, teil).

Was die Taktik anbelangt, so hat die Partei während der fünf bis sechs Monate nach dem Parteitag zwei bedeutsame Abschnitte unserer Revolution durchlaufen: die Dumaperiode und das „Kabinett der Dumaauflösung“. Die Dumataktik unseres ZK lief darauf hinaus, die Duma (die kadettische Duma) als Ganzes zu unterstützen. Diese Taktik wurde durch die Losung gekrönt, die Forderung eines Duma- (d. h. eines Kadetten-) Kabinetts und seine Einsetzung zu unterstützen. Daß die Mehrheit der Partei diese Taktik und diese Losung nicht anerkannt hat, ist eine Tatsache. Während der Dumaperiode hat die Sozialdemokratische Partei die Taktik ihres ZK bekämpft. Diese Tatsache zu kommentieren und auf ihre Bedeutung hinzuweisen, erübrigt sich.

Später, nach der Auseinanderjagung der Duma, sprach sich das ZK dafür aus, einzelne Bekundungen des Massenprotestes zu organisieren. Zur Losung der allgemeinen Taktik wurde: Für die Duma als Machtorgan, das eine konstituierende Versammlung einberuft. Wiederum ist es eine un-

* Der „Towarischtsch“ vom 11. Oktober veröffentlicht — angeblich nach Materialien des ZK — neue Zahlen, die jedoch prinzipiell nichts an dem Verhältnis ändern. Laut diesen Zahlen hat unsere Partei jetzt etwa 150 000 Mitglieder. Davon sind ungefähr 33 000 Bolschewiki, 43 000 Menschewiki, 13 000 Letten, 28 000 Polen und 33 000 Mitglieder des „Bund“.

bestreitbare geschichtliche Tatsache, daß die Partei in ihrer überwiegenden Mehrheit weder die konkrete Losung noch die allgemeine Taktik ihres ZK akzeptiert hat. Wer aber die Nummern 1 und 2 des „Sozialdemokrat“ aufmerksam liest, der muß erkennen, daß diese allgemeine Taktik in ihnen verteidigt, gerechtfertigt und begründet wird (für die Duma als Hebel zur Einberufung einer konstituierenden Versammlung; die Kadetten sind die im Vergleich zur Bauernschaft fortschrittliche städtische Bourgeoisie usw.).

Hieraus folgt, daß der Partei bei einer neuen Dumakampagne der Kampf gegen die Dumalösungen des ZK bevorsteht, beim Herannahen revolutionärer Aktionen aber würden die Kräfte zersplittert und der Kampf desorganisiert werden, weil das ZK nicht den Willen der Mehrheit der Partei vertritt. Jede Verzögerung eines neuen Parteitags bedeutet also jetzt nicht nur eine direkte Verletzung des ganzen Geistes und des ganzen Sinnes der demokratischen Organisation der Partei, sondern auch ein überaus gefährliches Hindernis für den bevorstehenden Wahlkampf und den allgemein-revolutionären Kampf des Proletariats.

PS. Die Nummern 3 bis 5 des „Sozialdemokrat“, die nach der Niederschrift dieser Notiz erschienen sind, bestätigen alle unsere Feststellungen noch mehr. In der Frage der Wahlabkommen sind die Menschewiki, wie sich zeigt, völlig gespalten, und ihr ZK schwankt von Martow zu Tscherewanin. Martow hat öffentlich Tscherewanin berichtet. Plechanow wurde Mitarbeiter einer Kadettenzeitung, um Tscherewanin zu unterstützen. Der Leitartikel in Nr. 4 des „Sozialdemokrat“ beweist, daß das ZK bereits Anstalten trifft, gegen den Willen der Partei wieder seine alten Lösungen — Unterstützung der Duma als Ganzes und Unterstützung der Forderung nach Einsetzung eines Dumakabinetts — aufzustellen.

„Proletari“ Nr. 7,
10. November 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

WIE MAN GESCHICHTE SCHREIBT...

Es handelt sich um eine alte Geschichte: um den Boykott der Reichsduma. In Nr. 3 des „Sozialdemokrat“ sieht diese Geschichte in der Darstellung eines menschwistischen Genossen folgendermaßen aus (siehe den Artikel „Situation oder Position?“):

„Als die Geschichte uns den Entwurf der Bulyginschen Duma bescherte, empfahlen wir vom Standpunkt unserer allgemeinen grundsätzlichen Stellung aus die Organisation von parallelen selbständigen Wahlen zu einer Volksduma — als Gegengewicht zur Bulyginschen Duma, zu der wir keinen Zutritt hatten. Als wir aber nach dem Dezemberaufstand...“

Halt, verehrter Geschichtsschreiber — einen Augenblick! Daß Sie über die Tatsachen hinweg von dem Bulyginschen Entwurf zum Dezemberaufstand springen, hat noch wenig zu sagen, das ist nur ein chronologischer Sprung. Daß Sie aber über Ihre Taktik und „grundsätzliche Stellung“ hinwegspringen, das ist schon etwas anderes, das ist zumindest ein... diplomatischer Sprung. Ihr habt *nur* „selbständige Wahlen“ empfohlen? Eure Einstellung zur Bulyginschen Duma wurde *nur* dadurch bestimmt, daß ihr zu dieser „keinen Zutritt hattet“? Ihr beabsichtigtet also im Namen eurer eigenen Duma, der Volksduma, die Bulyginsche Duma zu boykottieren? oder sie zu ignorieren? Aber habt ihr nicht damals gewisse Boykottisten bekämpft? Habt ihr nicht auf eine positive Beteiligung an der erwarteten „Bulyginschen“ Wahlkampagne bestanden? Habt ihr nicht gefordert, daß die Partei bei den Wahlen die linken Liberalen unterstütze usw.? Haben Sie das alles vergessen?

„Als wir nach dem Dezemberaufstand...“ Halt, Sie haben noch eine

Kleinigkeit vergessen. Rußland hat die Bulyginsche Duma erfolgreich boykottiert, aber eine Volksduma gibt es auch heute noch nicht... Nun, habt ihr etwa eure damalige Taktik für falsch erklärt? Nein, ihr habt den Boykottisten geantwortet, daß eure Taktik gegenüber der Bulyginschen Duma gut gewesen sei und daß nur die Revolution sie daran gehindert habe, sich im vollen Glanz zu offenbaren... Jetzt, nachdem Sie sich an *all dies* erinnern haben, können Sie Ihre Geschichte weiterschreiben.

„Als wir aber nach dem Dezemberaufstand vor der Tatsache der Einberufung einer neuen, der Witteschen Duma standen, schlugen wir eine Beteiligung an den ersten Stadien der Wahlen vor, da wir mit zwei Möglichkeiten rechneten: entweder wird schon die Tatsache unserer Beteiligung einen revolutionären Aufschwung hervorrufen, der die Wittesche Duma hinwegfegt...“

Halt, verehrter Geschichtsschreiber, halt, was geht mit Ihnen vor? „Die Tatsache unserer Beteiligung wird einen revolutionären Aufschwung *hervorrufen*...“ Nein, Sie haben sicherlich nur scherzen wollen! Ihr habt stets uns Bolschewiki der naiven Überschätzung unserer Kräfte beschuldigt, und jetzt wollt ihr im Ernst davon reden, daß ein revolutionärer Aufschwung — und dazu noch einer, „der hinwegfegt...“ usw. — *hervorgerufen* werden könnte „durch die Tatsache unserer Beteiligung“? Nein, das ist natürlich nicht ernst gemeint.

Also: „...entweder wird schon die Tatsache unserer Beteiligung einen revolutionären Aufschwung hervorrufen, der die Wittesche Duma hinwegfegt und eine für uns günstigere Vertretungskörperschaft ins Leben ruft, oder aber es kommt nicht unmittelbar zu einem revolutionären Aufschwung — und dann werden wir nicht nur die Möglichkeit haben, dann werden wir durch die ganze Lage der Dinge gezwungen sein, in die Duma zu gehen, wie das im Moskauer Bezirk Lefortowo geschehen ist.“

Mit Verlaub, von diesem „oder“ habt ihr, wenn wir uns recht erinnern, damals nichts gesagt?

Ja, davon haben wir nichts gesagt — antwortet unser Geschichtsschreiber.

„Wir haben allerdings in einer von der vereinigten Redaktion herausgegebenen Broschüre erklärt, daß wir nicht empfehlen, unmittelbar zur Duma zu wählen. Aber wir haben das getan und uns von vornherein die Hände gebunden allein um eines Kompromisses willen, allein weil wir hofften, daß irgendeine Vereinbarung mit den Boykottisten über die Ausarbeitung einer einheit-

lichen Taktik zustande kommen würde. Das war unsererseits ‚Opportunismus‘, nämlich bewußte Anpassung an die rückständigen und kurzsichtigen Anschauungen der Genossen Boykottisten, und das bereuen wir aufrichtig.“

Das also ist des Pudels Kern! Ihr habt eines gesagt und etwas anderes gedacht. Und das im Angesicht des Proletariats und des gesamten revolutionären Volkes... Ihr „bereut“ es! Kennt ihr aber das Sprichwort: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht!“? Was nun, wenn eure „Reue“ ebenfalls auf der „Anpassung“ an irgend jemandes „rückständige“ oder „kurzsichtige“ Anschauungen beruht? Wo sind die Grenzen für einen solchen „Opportunismus“, für solche „Kompromisse“? Wie soll man eine beliebige eurer Losungen aufnehmen, wenn ihr selbst erklärt, daß eure Losung in einer der wichtigsten taktischen Fragen unaufrichtig war? Ja, könnte da nicht der eine oder der andere jetzt glauben, daß ihr euch auch nur zur „Anpassung an rückständige und kurzsichtige Anschauungen“ des revolutionären Proletariats als Sozialdemokraten bezeichnet?

Nein, ich muß doch für euch eintreten. In der Hitze der Polemik habt ihr euch selbst verleumdet. Ihr wart aufrichtige Boykottisten im dritten Stadium der Wahlen, wie wir aufrichtige Boykottisten in allen Stadien waren. Aber *Boykottisten* waren wir gemeinsam. Mitgefangen, mitgehungen. Jetzt möchtet ihr uns „hängen“, weil wir Boykottisten waren. Dann müßt ihr aber, werte Genossen, auch euch selbst hängen: Ihr seid mitgefangen. „Aber wir haben bereut!“ — erklärt ihr. Nun wohl, das mildert wirklich eure Schuld. Aber das rechtfertigt euch nicht und befreit euch nicht von der Strafe. Nun, man wird euch nicht hängen, sondern vielleicht verprügeln. Wollt ihr darauf hinaus?

Wir aber bekunden noch immer keine Reue. Wir haben gesagt und wir sagen: Boykott, Nicht-Boykott — das ist eine Frage nicht des Prinzips, sondern der Zweckmäßigkeit. Der Boykott der ersten Duma war zweckmäßig. Er zeigte den Volksmassen in lebendiger, konkreter Form, daß das Proletariat die Duma als eine Institution bewertet, die außerstande ist, die Grundfragen der Revolution zu lösen. Jetzt hat die Auseinanderjagung der Duma und alles, was ihr folgte, die Richtigkeit dieser Bewertung bestätigt; die Volksmassen sehen klar, daß das Proletariat auch hier ihr natürlicher Führer in der Revolution war, der sie von vornherein vor der Unfruchtbarkeit konstitutioneller Illusionen warnte. Der Boykott zog die Aufmerksamkeit und die Kräfte der Regierung auf sich und trug damit

zum Wahlsieg der bürgerlichen Opposition bei. Der Boykott schweißte die breiten proletarischen Massen zu einem einzigen revolutionären Protestakt zusammen. Er war von größter agitatorischer und organisatorischer Bedeutung.

Der Boykott hat ein großes Werk vollbracht — aber er *hat* es bereits vollbracht. Die Bewertung der Duma ist gegeben, den Dumaiillusionen ist ein entscheidender Schlag versetzt — es liegt kein Grund vor, das noch einmal zu tun. Die Kräfte der Regierung würde der Boykott jetzt nicht ablenken können — die Regierung hat es natürlich verstanden, aus den vergangenen Wahlen eine Lehre zu ziehen. Die agitatorische und organisatorische Arbeit kann sich auf dem Boden einer Beteiligung an den Wahlen ebensogut vollziehen wie auf dem Boden des Boykotts — wenn nur das Wahlgesetz nicht noch bedeutend verschlechtert wird. Sollte es dazu kommen, so wird man vielleicht von neuem zum Boykott greifen müssen. Und ebenso kann es sein, daß wir andere Sorgen haben werden als die Dumawahlen — wenn nämlich von neuem große revolutionäre Kämpfe beginnen.

Der Boykott bleibt also auch künftig für uns eine Frage der Zweckmäßigkeit. *Einstweilen* aber sehen wir keine ausreichenden Gründe für einen Boykott.

Wer sich schuldig fühlt, der mag Buße tun. Dann aber soll er Asche auf *sein* Haupt streuen und *sein* Gewand — und nicht das eines andern — zerreißen. Die Geschichte zu fälschen und im Überschwang der Buße Verleumdungen hervorzubringen — und sei es auch gegen sich selbst —, das geziemt sich nicht.

„Proletari“ Nr. 7,
10. November 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

NACHSCHRIFT ZU DEM ARTIKEL „DIE SOZIALDEMOKRATIE UND DIE WAHLKAMPAGNE“

Dieser Artikel war bereits geschrieben, als in der Zeitung „Towarischtsch“ G. W. Plechanows „Offener Brief an die klassenbewußten Arbeiter“ erschien. In diesem Brief „manövriert“ Plechanow zwischen dem linken Flügel der Bourgeoisie und dem rechten Flügel der Sozialdemokratie und bricht endgültig sowohl mit den Grundsätzen der internationalen revolutionären Sozialdemokratie als auch mit den Beschlüssen des Vereinigungsparteitags. Der Parteitag hat in aller Form Blocks jeder Art mit bürgerlichen Parteien verboten. Der klassenbewußte, organisierte Proletarier bezeichnet in seinen Parteiversammlungen jegliche Blocks mit der Bourgeoisie als „Verrat an der Sache des Proletariats“; L. Martow nimmt in seinem Artikel im „Towarischtsch“ und in dem Brief an die Parteiorganisationen einen bolschewistischen, d. h. einen konsequent revolutionären Standpunkt ein und spricht sich entschieden gegen jegliche Blocks im ersten Stadium der Wahlen aus. „In der ersten Frage (‘Blocks‘ oder Abkommen im Verlauf der Wahlen)“, schreibt Martow, „würde ich empfehlen, gestützt auf die Parteitagsresolution, im ersten Stadium der Wahlen, d. h. dort, wo wir vor den Massen auftreten, in unserer Wahlkampagne *völlige Selbständigkeit* zu wahren.“ Eine solche Fragestellung aber hält Plechanow für den Ausdruck einer „falsch verstandenen Unversöhnlichkeit“. „Dort, wo wir nicht vom Siege unseres Kandidaten überzeugt sein können“, schreibt Plechanow, „sind wir verpflichtet, Abkommen mit anderen Parteien zu treffen, die gewillt sind, gegen unsere alte Ordnung zu kämpfen*.“ Plechanow hält also entgegen dem Beschluß des Parteitags Vereinbarungen mit bürgerlichen Parteien für zulässig, sieht jedoch in seiner

* Hervorgehoben von Plechanow.

„politischen Weisheit“ Fälle voraus, in denen wir solche Vereinbarungen nicht zu treffen brauchen. „Dort“, schreibt er, „wo es keinem Zweifel unterliegt, daß es uns gelingen wird, *unsern eigenen Kandidaten durchzubringen**, können und müssen wir *unabhängig* von anderen Parteien vorgehen.“ Eine erstaunliche „politische Weisheit“! Wo wir überzeugt sind, daß wir unsern eigenen Kandidaten selbst durchbringen, dort werden wir ihn selbst durchbringen. Wo wir nicht davon überzeugt sind, dort wenden wir uns um Hilfe... an diejenigen, „die gewillt sind, gegen die alte Ordnung zu kämpfen“, oder dort helfen wir diesen „gewillt Seienden“, ihren Kandidaten durchzubringen. Werden aber diejenigen, „die gewillt sind zu kämpfen“, dort, wo sie überzeugt sind, daß sie ihre Kandidaten selbst durchbringen — was glauben Sie, o Mitarbeiter der Kadettenzeitungen, Plechanow —, Vereinbarungen mit uns anstreben? Wenn schon von Abkommen die Rede ist, so ist es jedem politischen Säugling klar, daß man Abkommen nur in solchen Fällen braucht, wo eine Partei nicht davon überzeugt ist, daß sie ihre Kandidaten mit eigenen Kräften durchbringt. Wir sind jedoch auch in solchen Fällen gegen jegliche Abkommen. G. W. Plechanow aber, als wahrer Ritter der Freiheit, läutet im kadettischen „Towarischtsch“ die Sturmglocke und ruft alle, „die gewillt sind zu kämpfen“. Willkommen, alle, „die ihr gewillt seid“! Das Proletariat kämpft, ihr „seid gewillt“ zu kämpfen! Ausgezeichnet... Und wenn das dem Proletarier nicht genügt, dann ist er natürlich ein „Feind der Freiheit“.

So sinkt allmählich Stufe um Stufe der bei den Kadetten beliebte Führer der Menschewiki, der vergessen hat, was er nach der Auseinandergangung der Duma sagte, zu... Tscherewanin hinab... Mit der ihm eigenen „Schnelligkeit, Zielstrebigkeit und Weitsicht“ wendet sich Plechanow den Rechtsten von unserm rechten Flügel zu. Weit zurück bleibt Martow, und der „Sozialdemokrat“ vermag kaum Schritt zu halten mit seinem geistigen Führer. Schon schlägt uns das Organ des Zentralkomitees nach langschweifigen Betrachtungen über den Klassencharakter unserer Wahlkampagne ein verwickeltes System von Vereinbarungen vor und baut eine Leiter, auf der die Sozialdemokratie zu den Kadetten hinabsteigen soll. Zuerst schlägt der „Sozialdemokrat“ ein selbständiges, d. h. klassenmäßiges Auftreten dort vor, wo wir Aussichten auf Erfolg haben; wenn wir keine Aussichten auf Erfolg haben, vereinigen wir uns mit bürger-

* Hervorgehoben von Plechanow.

lichen Parteien, „die zusammen mit uns die Einberufung der konstituierenden Versammlung erstreben“; wollen diese Parteien die konstituierende Versammlung nicht — um so schlimmer (das ist die letzte, dritte, gegen die Klasse und gegen die Demokratie gerichtete Stufe) —, dann werden wir uns nichtsdestoweniger mit ihnen vereinigen. Wie es das Zentralkomitee, das vom Parteitag zur Durchführung der Beschlüsse des Parteitags gewählt wurde, fertigbringt, diese Beschlüsse zu verletzen, das ist sein Geheimnis. Tatsache ist, daß sich gegenwärtig vor unseren Augen — in der Redaktion ein und desselben führenden, zentralen Organs — das schmachvollste Schauspiel abspielt, das für die Sozialdemokratie denkbar ist: „nach oben zerrt der Schwan, der Krebs strebt nur zurück...“* in einer für uns so wichtigen Frage wie der Wahltaktik herrscht nicht nur in der Partei, sondern sogar in der „führenden“ Fraktion weder Einheit des Denkens noch Einheit des Handelns. Welche sozialistische Partei in welchem Lande, abgesehen von den alleropportunistischsten Parteien, würde wohl eine solche politische Zerfahrenheit dulden? Und besonders bemerkenswert ist, daß gerade alle diese Krebse, Hechte und Schwäne, diese sich in den Haaren liegenden Martow und Plechanow, daß gerade sie die allererbittertste Kampagne gegen die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags führen, der uns jetzt mehr denn je not tut.

„Proletari“ Nr. 7,
10. November 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

* Aus der Krylowschen Fabel „Schwan, Hecht und Krebs“. Der Übers.

SOZIALDEMOKRATIE UND WAHLABKOMMEN⁸¹

*Geschrieben Ende Oktober 1906.
Veröffentlicht im November 1906
als Broschüre im Verlag „Wperjod“.*

Nach dem Text der Broschüre.

Die Wahlkampagne zur zweiten Duma ist eine Sache, die jetzt die Arbeiterpartei sehr stark beschäftigt. Besonders große Aufmerksamkeit wird hierbei den „Blocks“, d. h. ständigen oder zeitweiligen Wahlabkommen der Sozialdemokratie mit anderen Parteien, gewidmet. Die bürgerliche, kadettische Presse — „Retsch“, „Towarischtsch“, „Nowy Put“, „Oko“ usw. — sucht die Arbeiter auf alle mögliche Art und Weise von der Notwendigkeit eines „Blocks“ (eines Wahlabkommens) zwischen Sozialdemokraten und Kadetten zu überzeugen. Die menschewistischen Sozialdemokraten sprechen sich teils für solche Blocks aus (Tscherewanin im „Nasche Delo“ und im „Towarischtsch“), teils wenden sie sich gegen sie (Martow im „Towarischtsch“). Die bolschewistischen Sozialdemokraten sprechen sich gegen die Blocks aus und halten es lediglich für zulässig, daß auf den höheren Stufen der Wahlkampagne Teilabkommen über die Verteilung der Dumasitze entsprechend dem Kräfteverhältnis der revolutionären und der oppositionellen Parteien beim ersten Wahlgang getroffen werden.

Wir wollen versuchen, diesen letzten Standpunkt kurz zu begründen.

I

Die Sozialdemokratie betrachtet den Parlamentarismus (Beteiligung an den Repräsentativversammlungen) als eines der Mittel zur Aufklärung, zur Erziehung und Organisierung des Proletariats zu einer selbständigen Klassenpartei, als eines der Mittel des politischen Kampfes für die Befreiung der Arbeiter. Diese marxistische Auffassung trennt die Sozial-

demokratie entschieden einerseits von der bürgerlichen Demokratie und andererseits vom Anarchismus. Die bürgerlichen Liberalen und Radikalen sehen im Parlamentarismus die „natürliche“ und einzig normale, einzig berechnete Methode zur Führung der Staatsgeschäfte überhaupt, sie leugnen den Klassenkampf und den Klassencharakter des modernen Parlamentarismus. Die Bourgeoisie bemüht sich mit allen Kräften, mit allen möglichen Mitteln und bei jeder sich bietenden Gelegenheit, den Arbeitern Scheuklappen umzuhängen, damit sie nicht sehen, wie der Parlamentarismus ein Werkzeug der bourgeoisen Unterdrückung ist, damit sie die wirkliche, geschichtlich bedingte Bedeutung des Parlamentarismus nicht erkennen. Die Anarchisten vermögen gleichfalls nicht, den Parlamentarismus nach seiner geschichtlich bestimmten Bedeutung zu beurteilen, und lehnen ein solches Kampfmittel überhaupt ab. Die Sozialdemokraten in Rußland bekämpfen daher entschieden sowohl den Anarchismus als auch das Bestreben der Bourgeoisie, der Revolution durch einen Pakt mit der alten Staatsmacht auf dem Boden des Parlaments so schnell wie möglich ein Ende zu setzen. Sie unterstellen ihre gesamte parlamentarische Tätigkeit uneingeschränkt und bedingungslos den allgemeinen Interessen der Arbeiterbewegung und den besonderen Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen, bürgerlich-demokratischen, Revolution.

Hieraus ergibt sich vor allem, daß die Beteiligung der Sozialdemokraten an der Dumakampagne durchaus nicht den gleichen Charakter trägt wie die Beteiligung der anderen Parteien. Im Gegensatz zu ihnen messen wir dieser Kampagne keinerlei selbständige oder gar vorrangige Bedeutung bei. Im Gegensatz zu ihnen ordnen wir diese Kampagne den Interessen des Klassenkampfes unter. Im Gegensatz zu ihnen machen wir zur Losung dieser Kampagne nicht den Parlamentarismus um parlamentarischer Reformen willen, sondern den revolutionären Kampf für die konstituierende Versammlung, und zwar den Kampf in seinen höchsten Formen, wie sie sich aus der geschichtlichen Entwicklung der Kampfformen in den letzten Jahren ergeben.*

* Wir gehen hier nicht auf die Frage des Boykotts ein, weil das nicht zum Thema dieser Schrift gehört. Wir wollen nur bemerken, daß man über den Boykott nicht außerhalb der konkreten geschichtlichen Situation urteilen darf. Der Boykott der Bulyginschen Duma war *erfolgreich*. Der Boykott der Witteschen Duma war notwendig und *richtig*. Die revolutionäre Sozialdemokratie muß als

II

Welche Schlußfolgerung ergibt sich aus dem Obengesagten für die Wahlabkommen? Vor allem diese: Unsere wichtigste, entscheidende Aufgabe ist die Stärkung des Klassenbewußtseins und der selbständigen Klassenorganisation des Proletariats als der einzigen wirklich revolutionären Klasse, als des einzig möglichen Führers einer siegreichen bürgerlich-demokratischen Revolution. Eine selbständige Klassenpolitik in der ganzen Wahlkampagne und der ganzen Dumakampagne ist deshalb unsere wichtigste allgemeine Aufgabe. Das bedeutet nicht, daß wir andere Aufgaben, Teilaufgaben, ablehnen, jedoch müssen sie stets dieser wichtigsten Aufgabe untergeordnet sein, mit ihr in Einklang stehen. Diesen allgemeinen Satz, der sowohl durch die Theorie des Marxismus als auch durch die gesamte Erfahrung der internationalen Sozialdemokratie bestätigt wird, müssen wir unbedingt zum Ausgangspunkt nehmen.

Es könnte scheinen, daß die besonderen Aufgaben, die das Proletariat in der russischen Revolution zu erfüllen hat, diesen allgemeinen Satz von vornherein über den Haufen werfen. Hat doch die Großbourgeoisie in Gestalt der Oktobristen die Revolution bereits verraten bzw. (in Gestalt der Kadetten) es sich zur Aufgabe gemacht, die Revolution durch die Konstitution zum Stillstand zu bringen; der Sieg der Revolution ist nur dann möglich, wenn das Proletariat von dem fortgeschrittensten und bewußtesten Teil der Bauernmassen unterstützt wird, die ihre objektive Lage zum Kampf und nicht zu einem Pakt, zur Vollendung und nicht zur Abstumpfung der Revolution treibt. Hieraus ergibt sich — könnte man folgern — für die Sozialdemokraten die Verpflichtung, für die Dauer der gesamten Wahlen Abkommen mit der bäuerlichen Demokratie einzugehen.

Jedoch darf man aus dem durchaus richtigen Satz, daß der volle Sieg unserer Revolution nur als revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft möglich ist, noch keineswegs einen solchen Schluß ziehen. Es gilt erst zu beweisen, daß vom Standpunkt des gebebe-

erste den Weg des entschlossensten und unmittelbarsten Kampfes betreten und als letzte zu Methoden greifen, die mehr mittelbar den Zwecken des Kampfes dienen. Der Boykott der Stolypinschen Duma aber ist in der alten Form unmöglich und wäre nach den Erfahrungen mit der ersten Duma ein Fehler,

nen Verhältnisses zwischen den Parteien (die bäuerliche Demokratie wird jetzt bereits bei uns nicht durch eine, sondern durch verschiedene Parteien vertreten) und vom Standpunkt des gegebenen Wahlsystems ein Block mit der bäuerlichen Demokratie für die ganze Zeit der Wahlen möglich und vorteilhaft ist. Es gilt erst zu beweisen, daß wir durch einen Block mit der einen oder andern Partei die Interessen der wirklich revolutionären Bauernschaft besser zum Ausdruck bringen und besser vertreten werden, als wenn unsere Partei sich uneingeschränkt vorbehält, an *dieser oder jener* bäuerlich-demokratischen Partei Kritik zu üben, bestimmte Elemente der bäuerlichen Demokratie anderen *gegenüberzustellen*. Aus dem Satz, daß Proletariat und revolutionäre Bauernschaft in unserer Revolution einander am nächsten stehen, ergibt sich unbedingt die allgemeine politische „Linie“ der Sozialdemokraten: Zusammen mit der bäuerlichen Demokratie gegen die verräterische großbürgerliche „Demokratie“ (die Kadetten). Ob sich aber hieraus die Notwendigkeit ergibt, *jetzt* einen Wahlblock mit den Volkssozialisten oder den Sozialrevolutionären zu bilden, das kann man nicht sagen, ehe man nicht untersucht hat, wodurch sich *diese* Parteien voneinander und von den Kadetten unterscheiden, wenn man nicht das *jetzige* Wahlsystem in all seinen Stufen untersucht hat. Hieraus ergibt sich unmittelbar und *unbedingt* nur eins: keinesfalls können wir uns in unserer Wahlkampagne auf eine nackte und *abstrakte* Gegenüberstellung des Proletariats und der bürgerlichen Demokratie schlechthin beschränken. Wir müssen im Gegenteil unsere ganze Aufmerksamkeit darauf richten, den Unterschied zwischen der liberal-monarchistischen und der revolutionär-demokratischen Bourgeoisie oder, konkreter gesagt, den Unterschied zwischen den Kadetten, Volkssozialisten und Sozialrevolutionären, so wie er aus den *geschichtlichen Gegebenheiten* unserer Revolution hervorgeht, genau herauszuarbeiten. Nur wenn wir diesen Unterschied in Rechnung stellen, werden wir unsere nächsten „Bundesgenossen“ mit größtmöglicher Richtigkeit ermitteln können. Wir werden hierbei erstens nicht vergessen, daß die Sozialdemokraten *jeden* Bundesgenossen aus der bürgerlichen Demokratie wie einen Feind im Auge behalten müssen. Zweitens werden wir noch besonders untersuchen, was für uns vorteilhafter ist: uns die Hände zu binden durch einen *allgemeinen* Block mit irgendwelchen Volkssozialisten (beispielsweise) oder völlige Selbständigkeit zu bewahren, um im entscheidenden Augenblick stets die Möglichkeit

zu haben, die parteilosen „Trudowiki“ in Opportunisten (Volkssozialisten) und Revolutionäre (Sozialrevolutionäre) aufzuspalten, den ersten die zweiten *gegenüberzustellen* usw.

Die Erwägung, daß unsere Revolution proletarisch-bäuerlichen Charakter trägt, berechtigt also noch nicht zu der Schlußfolgerung, daß Abkommen mit der einen oder der anderen bäuerlich-demokratischen Partei auf der einen oder anderen Stufe der Wahlen zur zweiten Duma notwendig seien. Diese Erwägung berechtigt noch keineswegs, die selbständige proletarische Klassenpolitik in den Wahlen überhaupt einzuschränken, geschweige denn auf sie zu verzichten.

III

Wenn wir der Lösung unserer Aufgabe näher kommen wollen, müssen wir erstens feststellen, wie sich im wesentlichen die Parteien bei den Wahlen zur zweiten Duma gruppieren werden, und zweitens müssen wir in die Eigenarten des heute geltenden Wahlsystems eindringen.

Wahlabkommen werden zwischen Parteien geschlossen. Welche Haupttypen der Parteien werden nun in den Wahlkampf treten? Die Schwarzhunderter werden sich zweifellos noch fester zusammenschließen als bei den Wahlen zur ersten Duma. Die Oktobristen und die „friedlichen Erneuerer“ werden sich entweder ihnen oder den Kadetten anschließen oder (was am wahrscheinlichsten ist) zwischen den Schwarzhundertern und den Kadetten hin und her schwanken. Jedenfalls ist es ein Grundfehler, die Oktobristen als „Partei des Zentrums“ zu betrachten (wie es L. Martow in der neuen Broschüre „Die politischen Parteien Rußlands“ tut): in dem *wirklichen* Kampf, der endgültig den Ausgang unserer Revolution entscheiden muß, sind das *Zentrum* die *Kadetten*. Die Kadetten sind eine organisierte Partei, die selbständig in die Wahlen geht; überdies sind sie von ihrem Erfolg bei den Wahlen zur ersten Duma berauscht. Aber die Disziplin dieser Partei ist nicht die strengste und ihre Geschlossenheit nicht die festeste. Die linken Kadetten sind unzufrieden über die Niederlage in Helsingfors und schmollen. Ein Teil von ihnen (wie kürzlich in Moskau Herr Alexinski) wandert zu den Volkssozialisten ab. In der ersten Duma waren solche „außergewöhnlich seltenen“ Kadetten anzutreffen,

die sogar den Entwurf der „33“ über die Aufhebung jeglichen Privateigentums am Grund und Boden unterzeichneten (Badamschin, Subtschenko, Loshkin). Man darf also die Hoffnung nicht aufgeben, daß es möglich sein wird, ein wenn auch kleines Teilchen dieses „Zentrums“ abzuspalten und den Linken anzuschließen. Die Kadetten fühlen sehr wohl ihre Schwäche in den Volksmassen (vor kurzem mußte der kadettische „Towarischtsch“ das selbst zugeben) und wären gern zu Blocks mit den Linken bereit. Nicht umsonst haben die Kadettenzeitungen freudig gerührt den Sozialdemokraten Martow und Tscherewanin ihre Spalten zur Behandlung der Frage eines Blocks der Sozialdemokraten mit den Kadetten zur Verfügung gestellt. Natürlich werden wir niemals vergessen und die Massen in der Wahlkampagne darüber aufklären, daß die Kadetten in der ersten Duma ihre Versprechen nicht gehalten haben, daß sie den Trudowiki Steine in den Weg legten, sich mit allen möglichen Konstitutionsspielereien beschäftigten usw. usw. — bis zum völligen Schweigen über das Vierpunktwahlssystem⁸², bis zu den Zuchthausgesetzentwürfen usw.

Dann folgen die „Trudowiki“. Die Parteien dieses Typus, d. h. kleinbürgerliche und vorwiegend bäuerliche Parteien, zerfallen in die *parteilose* „Trudowikigruppe“ (die vor kurzem ihren Kongreß abgehalten hat), die Volkssozialisten und die Sozialrevolutionäre (die PPS — „Polnische Sozialistische Partei“ — und ähnliche Parteien entsprechen mehr oder weniger den Sozialrevolutionären). *Einigermaßen konsequente und unterschiedene* Revolutionäre und Republikaner sind allein die Sozialrevolutionäre. Die Volkssozialisten sind viel schlimmere Opportunisten als unsere Menschewiki, strenggenommen sind sie halbe Kadetten. Die parteilose „Trudowikigruppe“ hat vielleicht in der Bauernmasse größeren Einfluß als die einen und die anderen, aber es ist schwer zu bestimmen, wie weit ihre Entschlossenheit im Kampf um die Demokratie reicht, obschon sie zweifellos viel weiter links steht als die Kadetten und offenbar zur revolutionären Demokratie gehört.

Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die ungeachtet ihrer Zwi-
stigkeiten bei den Wahlen wirklich diszipliniert auftreten wird, die eine ganz bestimmte, klar abgegrenzte Klassenbasis hat — die alle sozialdemokratischen Parteien aller Völker Rußlands vereinigt.

Wie aber soll man mit den Trudowiki bei der oben geschilderten *Zusammensetzung* der Parteien dieses Typus einen gemeinsamen Block ein-

gehen? Wo ist die Gewähr für die Haltung der *parteilosen* Trudowiki? Ist überhaupt ein Block der Partei mit Parteilosen möglich? Wie können wir wissen, ob die Herren Alexinski nicht morgen von den Volkssozialisten zu den Kadetten zurückkehren?

Es ist klar, daß ein Abkommen mit den Trudowiki auf *wirklicher* Parteigrundlage *unmöglich* ist. Es ist klar, daß wir keinesfalls zu einer Vereinigung der opportunistischen Volkssozialisten und der revolutionären Sozialrevolutionäre beitragen dürfen, sondern sie aufspalten und sie einander gegenüberstellen müssen. Es ist klar, daß es angesichts des Vorhandenseins einer parteilosen Trudowikigruppe für uns in jeder Hinsicht vorteilhafter ist, volle Selbständigkeit zu wahren, die uns erlaubt, diese in unbedingt revolutionärem Geist zu beeinflussen, als wenn wir uns die Hände binden und die Unterschiede zwischen Monarchisten und Republikanern usw. verwischen. Ein solches Verwischen ist für die Sozialdemokraten *absolut unstatthaft*, und allein schon aus dieser Erwägung heraus ist ein Block unbedingt abzulehnen, wenn die *vorhandene* Gruppierung der Parteien parteilose Trudowiki, Volkssozialisten und Sozialrevolutionäre vereinigt.

Ist ihre Vereinigung wirklich möglich und vereinigen sie sich tatsächlich? Ihre Vereinigung ist unbedingt möglich, da sie ein und dieselbe kleinbürgerliche Klassenbasis haben. Und sie haben sich wirklich in der ersten Duma, in den Zeitungen der Oktoberperiode, in den Zeitungen der Dumaperiode und bei den Abstimmungen unter den Studenten vereinigt (*si licet parva componere magnis* — wenn man Kleines mit Großem vergleichen darf). In der Tat, es ist ein kleines, aber in Verbindung mit anderen bezeichnendes Symptom, daß bei den Abstimmungen der „autonomen“ Studentenschaft häufig drei Listen aufeinanderstießen: die Kadetten, der Block der Trudowiki, Volkssozialisten, Sozialrevolutionäre und PPS und schließlich die Sozialdemokraten.

Vom Standpunkt des Proletariats ist Klarheit über die Klassengruppierung der Parteien das Wichtigste, und eine selbständige Beeinflussung der parteilosen (oder zwischen den Volkssozialisten und den Sozialrevolutionären hin und her schwankenden) Trudowiki ist offensichtlich vorteilhafter als alle Versuche eines Abkommens der Partei mit Parteilosen. Geht man von den *Parteien* aus, so gelangt man unwillkürlich zu dem Schluß: auf keinen Fall Abkommen im untersten Stadium, in der Agitation unter

den Massen; in den höheren Stadien gilt es alle Kräfte darauf zu richten, bei der Verteilung der Abgeordnetensitze die Kadetten durch ein Teilabkommen der Sozialdemokraten und Trudowiki, die Volkssozialisten durch ein Teilabkommen der Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre zu schlagen.

Man wird uns entgegenen: Während ihr unverbesserlichen bolschewistischen Utopisten davon träumt, die Kadetten zu schlagen, werden die Schwarzhunderter euch alle schlagen, denn ihr *zersplittert die Stimmen!* Sozialdemokraten, Trudowiki und Kadetten zusammen würden sicherlich die Schwarzhunderter aufs Haupt schlagen, bei getrenntem Auftreten aber kann es geschehen, daß ihr dem gemeinsamen Feind zu einem leichten Siege verhelft. Angenommen, die Schwarzen hätten 26 von 100 Stimmen, die Trudowiki und Kadetten je 25, die Sozialdemokraten 24. Gewählt wird der Schwarzhunderter, wenn nicht ein Block der Sozialdemokraten, Trudowiki und Kadetten zustande kommt.

Dieses Argument wird oft ernst genommen, es muß daher sorgfältig untersucht werden. Zu diesem Zweck aber ist es nötig, näher auf das *gegebene*, d. h. das jetzige russische Wahlsystem einzugehen.

IV

Die Dumawahlen sind bei uns nicht direkt, sondern mehrstufig. Bei mehrstufigen Wahlen ist Stimmenzersplitterung nur auf der untersten Stufe gefährlich. Nur dann, wenn die Urwähler zur Wahl gehen, wissen wir nicht, wie sich die Stimmen spalten werden; nur in der Agitation unter den Massen tappen wir „im dunkeln“. In den höheren Stadien, bei den Wahlen durch die Wahlmänner, ist die Hauptschlacht schon geschlagen; es bleibt nur noch übrig, die Abgeordnetensitze auf Grund eines Teilabkommens der Parteien, die die genaue Zahl ihrer Kandidaten und ihrer Stimmen *kennen*, zu verteilen.

Die unterste Stufe der Wahlen ist die Wahl der Wahlmänner in den Städten, die Wahl der Zehnhofvertreter in den Dörfern, die Wahl der Bevollmächtigten in der Arbeiterkurie.

In den Städten treten wir in jeder einzelnen Wahlinheit (Wahlbezirk usw.) vor einer großen Wählermasse auf. Es ist nicht zu bestreiten, daß

die Gefahr der Stimmenzersplitterung besteht. Unbestreitbar ist, daß in den Städten hier und da Wahlmänner der Schwarzhunderter *ausschließlich* deshalb durchkommen können, weil es keinen „Linksblock“ gibt, ausschließlich deshalb, weil beispielsweise die Sozialdemokraten den Kadetten einen Teil der Stimmen entziehen. Wenn ich mich recht erinnere, hat Gutschkow in Moskau ungefähr 900 Stimmen, die Kadetten ungefähr 1400 Stimmen erhalten. Es hätte genügt, daß die Sozialdemokraten den Kadetten 501 Stimmen abgenommen hätten, und Gutschkow wäre Sieger geblieben. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß der städtische Durchschnittsbürger dies einfache Rechenexempel anstellt, daß er eine Zersplitterung der Stimmen fürchtet und schon allein deshalb geneigt sein wird, seine Stimme dem Gemäßigtesten aus der Opposition zu geben. Es tritt das ein, was man in England „Dreieckwahlen“ nennt, wenn nämlich der kleine Mann in den Städten aus Furcht, er könne dem Liberalen Stimmen fortnehmen und dadurch dem Konservativen zum Siege verhelfen, nicht für den Sozialisten stimmt.

Welches Mittel gibt es gegen diese Gefahr? Nur eins: ein Abkommen im untersten Stadium, d. h. eine *gemeinsame Liste* der Wahlmänner, in der die Kandidaten der Parteien in einem bestimmten Zahlenverhältnis aufgestellt sind, das *vor dem Kampf* durch einen Vertrag zwischen den Parteien festgelegt wird. Alle Parteien, die diesem Abkommen beigetreten sind, fordern dann die gesamte Masse der Wähler auf, eben für diese eine gemeinsame Liste zu stimmen.

Untersuchen wir die Gründe, die für und gegen ein solches Verfahren sprechen.

Die Gründe für ein solches Verfahren: Die Agitation kann durchaus im Rahmen der Parteigrundsätze geführt werden. Mögen die Sozialdemokraten die Kadetten vor der Masse kritisieren, soviel sie wollen, wenn sie nur hinzufügen: Trotz alledem sind sie besser als die Schwarzhunderter, und wir haben uns auf eine gemeinsame Liste geeinigt.

Die Gründe gegen ein solches Verfahren: Die gemeinsame Liste wird in schreiendem Widerspruch zu der ganzen selbständigen Klassenpolitik der Sozialdemokratie stehen. Wenn wir der Masse eine gemeinsame Liste der Kadetten und Sozialdemokraten empfehlen, werden wir unvermeidlich die Klarheit der klassenmäßigen und der politischen Scheidungen vollständig verwischen. Wir untergraben die prinzipielle und allgemein

revolutionäre Bedeutung unserer Kampagne, um für einen Liberalen ein Plätzchen in der Duma zu gewinnen! Wir unterordnen die Klassenpolitik dem Parlamentarismus, anstatt den Parlamentarismus der Klassenpolitik unterzuordnen. Wir begeben uns der Möglichkeit, *unsere* Kräfte zu zählen. Wir verlieren das, was bei allen Wahlen als dauernder und fester Gewinn gebucht werden kann: die Entwicklung des Bewußtseins und des Zusammenschlusses des sozialistischen Proletariats. Wir gewinnen etwas, was vorübergehend, bedingt und unsicher ist: das Übergewicht des Kadetten über den Oktobristen.

Und weswegen sollen wir die zielstrebige sozialistische Erziehungsarbeit gefährden? Wegen der Gefahr von Schwarzhunderterkandidaturen? Auf sämtliche Städte Rußlands entfallen indessen nur 35 von den 524 Dumamandaten (St. Petersburg 6, Moskau 4, Warschau und Taschkent je 2, die übrigen 21 Städte je ein Mandat). An und für sich können also die Städte das politische Gesicht der Duma keineswegs erheblich verändern. Außerdem aber darf man sich doch nicht auf die rein formale Erwägung beschränken, inwieweit eine Stimmenzersplitterung als rechnerisch möglich erscheint. Man muß untersuchen, ob die politische Wahrscheinlichkeit einer solchen Zersplitterung groß ist. Eine solche Untersuchung zeigt, daß die Schwarzhunderter selbst bei den Wahlen zur ersten Duma eine verschwindende Minderheit bildeten, daß Fälle wie der oben angeführte „Gutschkow“-Fall Ausnahmen sind. Laut den Angaben des „Westnik“ der Kadettenpartei⁸⁸ (1906, 19. IV., Nr. 7) waren in 20 Städten, die 28 Deputierte in die Duma entsandten, von 1761 Wahlmännern 1468 Kadetten, 32 Progressisten und 25 Parteilose. 128 waren Oktobristen, 32 Vertreter der Handels- und Industriepartei und 76 Rechte, d. h., insgesamt gab es 236 oder weniger als 15 Prozent Rechte. In 10 Städten wurde *nicht ein einziger* Wahlmann der Rechten gewählt, in 3 Städten nicht mehr als je 10 Wahlmänner der Rechten (von insgesamt 80 Wahlmännern). Ist es unter solchen Bedingungen vernünftig, aus übertriebener Furcht vor den Schwarzhundertern auf den Kampf für die eigenen, klassenmäßigen Kandidaturen zu verzichten? Wird sich eine solche Politik, abgesehen von ihrer Grundsatzlosigkeit, nicht auch durch Kurzsichtigkeit, sogar vom rein praktischen Standpunkt aus gesehen, versündigen?

Und ein Block mit den Trudowiki gegen die Kadetten? — wird man uns entgegenen. Wir haben jedoch bereits die eigenartigen Parteiverhältnisse

der Trudowiki aufgezeigt, die einen solchen Block als unerwünscht und *unzweckmäßig* erscheinen lassen. In den Städten, in denen die Arbeiterbevölkerung am meisten konzentriert ist, dürfen wir *ohne äußerste Not* niemals auf völlig selbständige sozialdemokratische Kandidaturen verzichten. Diese äußerste Not aber liegt nicht vor. Etwas weniger, etwas mehr Kadetten oder Trudowiki (besonders vom Typus der Volkssozialisten!), das hat keine ernsthafte politische Bedeutung, denn die Duma selbst vermag bestenfalls nur eine untergeordnete, zweitrangige Rolle zu spielen. Die politisch entscheidende Bedeutung für den Ausgang der Dumawahlen kommt der Bauernschaft, kommt den Gouvernementsversammlungen der Wahlmänner und nicht den Städten zu.* In den Gouvernementsversammlungen der Wahlmänner aber werden wir unser allgemein-politisches Bündnis mit den Trudowiki gegen die Kadetten viel besser und richtiger, und ohne die strenge Prinzipientreue irgendwie zu verletzen, verwirklichen können als im untersten Stadium der Wahlen auf dem Lande. Wir gehen nunmehr zu den Wahlen auf dem Lande über.

V

In den Großstädten hat die parteipolitische Organisiertheit bekanntlich hier und da eine der Wahlstufen beseitigt. Nach dem Gesetz waren die Wahlen zweistufig. In der Praxis wurden die Wahlen manchmal zu direk-

* Selbstverständlich beeinflussen die Kleinstädte auf dem Wege über die städtischen Wählerversammlungen auch die Zusammensetzung der Gouvernementswahlversammlungen. Die Kadetten und die Progressisten hatten auch hier ein erdrückendes Übergewicht: so waren z. B. von den 571 Wahlmännern der städtischen Wählerversammlungen 424 Kadetten und Progressisten, 147 Rechte („Westnik“ der Kadettenpartei, 1906, Nr. 5 vom 28. III.). In den einzelnen Städten waren die Schwankungen natürlich sehr erheblich. Bei einer solchen Lage der Dinge wäre es uns wahrscheinlich in sehr vielen Fällen gelungen, den Kadetten selbständige Schlachten zu liefern, ohne daß wir zufällige Stimmenzersplitterungen zu fürchten brauchten und ohne daß wir uns in die Abhängigkeit von irgendeiner nicht sozialdemokratischen Partei begeben hätten. — Von Blocks im untersten Stadium der Wahlen in der Arbeiterkurie wird vermutlich kein Sozialdemokrat im Ernst auch nur sprechen wollen. In der Arbeitermasse ist die völlige Selbständigkeit der Sozialdemokraten ganz besonders notwendig.

ten oder zu fast direkten Wahlen, denn die Wähler waren sich über den Charakter der kämpfenden Parteien, ja in einzelnen Fällen sogar über die *Personen*, die die betreffende Partei in die Duma zu bringen beabsichtigte, durchaus im klaren. In den Dörfern hingegen gibt es so viele Stufen, sind die Wähler so verstreut, die Hemmnisse für ein offenes Auftreten der Parteien so ungeheuer groß, daß die Wahlen zur zweiten Duma in derselben außerordentlichen „Undurchsichtigkeit“ vor sich gehen werden wie die Wahlen zur ersten Duma. Mit andern Worten: Sehr oft, ja in den meisten Fällen, wird die Parteiagitation hier von Parteien schlechthin sprechen und *vorsätzlich*, mit Rücksicht auf die Polizei, über Personen Stillschweigen bewahren. Absichtlich werden sich radikale und revolutionäre Bauern (und nicht allein Bauern) unter dem Deckmantel der Parteilosigkeit verbergen. Bei den Wahlen der Zehnhofvertreter wird es den Ausschlag geben, wie weit man diesen oder jenen Menschen kennt, ihm persönlich vertraut, wie weit man mit *seinen* sozialdemokratischen Reden sympathisiert. Wir werden hier nur sehr wenig Sozialdemokraten haben, die sich auf eine *örtliche* Parteiorganisation stützen. Sozialdemokraten aber, die die Zustimmung der örtlichen Landbevölkerung gewinnen, wird es vielleicht unvergleichlich mehr geben, als man auf Grund der Angaben über unsere unteren Parteizellen annehmen könnte.

Kleinbürgerliche Romantiker vom Schlage der Volkssozialisten, die unter unseren Verhältnissen von einer legalen sozialistischen Partei träumen, begreifen nicht, wie sehr das Ansehen und der Einfluß einer konspirativen Partei gestärkt werden durch ihren zielbewußten, allen Kompromissen fremden Kampfgeist und zugleich durch eine Organisation, die sich allen Zugriffen zu entziehen weiß und ihren Einfluß auf die Massen bei weitem nicht allein durch die Parteimitglieder ausübt. Eine wirklich revolutionäre, im Feuer gestählte illegale Partei, die an die Herren Plehwe gewöhnt ist und sich durch keinerlei Maßregeln der Herren Stolypin aus dem Gleichgewicht bringen läßt, kann in der Epoche des Bürgerkriegs weit mehr befähigt sein, einen breiten Einfluß auf die Massen auszuüben, als manche legale Partei, die fähig ist, „mit grünschnabeliger Naivität“ den „streng konstitutionellen Weg“ zu betreten.

Die Sozialdemokraten, die der Partei angehören, wie die Sozialdemokraten, die ihr nicht angehören, werden bei den Wahlen der Zehnhofvertreter und der Bevollmächtigten große Aussichten auf Erfolg haben. Für

den Erfolg in diesen Stadien der Wahlen auf dem Lande wird ein Block mit den Trudowiki oder eine gemeinsame Liste ganz unwichtig sein. Einerseits sind die Wahleinheiten hier zu klein. Andererseits wird man hier sehr selten Trudowiki finden, die wirklich parteimäßig organisiert sind oder auch nur irgendwelche parteimäßigen Verbindungen unterhalten. Die streng parteimäßige Organisation der Sozialdemokraten, ihre bedingungslose Unterordnung unter die Partei, die Jahre hindurch illegal zu bestehen vermochte, die einen Mitgliederbestand von 100 000 bis 150 000 Parteimitgliedern aller Nationalitäten erreicht hat, die als einzige Partei der äußersten Linken in der ersten Duma geschlossen, eben als Parteifraktion auftrat — diese Organisiertheit der Partei wird eine ungeheure Empfehlung und Gewähr in den Augen all derer sein, die den entschlossenen Kampf nicht fürchten, sondern ihn von ganzem Herzen erstreben, die aber nicht genug Vertrauen in die eigene Kraft haben, sich fürchten, selbst die Initiative zu ergreifen, sich fürchten, offen aufzutreten. Diese Vorzüge einer straffen, „illegalen“ Organisation der Partei müssen wir auf jede Art und Weise ausnützen, und wir haben gar kein Interesse daran, sie durch irgendeinen ständigen Block auch nur irgendwie zu schwächen. Der einzige ebenfalls parteimäßig organisierte, ebenfalls entschieden und rücksichtslos revolutionäre Konkurrent könnten hier nur die Sozialrevolutionäre sein. Ein Block mit ihnen im ersten Stadium der Wahlen auf dem Lande wäre jedoch auf einer wirklich parteimäßigen Grundlage nur ausnahmsweise möglich: man braucht sich nur die realen und konkreten Bedingungen der Wahlen auf dem Lande zu vergegenwärtigen, um sich davon zu überzeugen.* Insofern sich aber die parteilosen revolutionären Bauern in ihrem Handeln absichtlich keiner bestimmten Partei anschließen werden, ist es für uns in jeder Beziehung vorteilhafter, sie unter Wahrung strenger Parteilichkeit in dem uns erwünschten Sinne zu beeinflussen. Die Parteilosigkeit der Verbände und der Agitation kann den in der Partei organisierten Sozialdemokraten nicht stören, da die revolutionären Bauern ihn

* Natürlich ist es kein Zufall, daß die Sozialrevolutionäre in der ersten Duma durchaus nicht als Partei aufzutreten vermochten — weniger weil sie es nicht gewollt hätten, sondern eher weil sie es in der Tat nicht vermochten. Und die Sozialrevolutionäre in der Duma hielten es ebenso wie die Sozialrevolutionäre in der Universität für vorteilhafter, sich hinter den *parteilosen* Trudowiki zu verstecken oder mit ihnen einen Block zu bilden.

niemals werden ausschließen wollen und ihm zudem die Resolution des Vereinigungsparteitags über die Unterstützung der Bauernbewegung eine Beteiligung an den parteilosen revolutionären Verbänden ausdrücklich gestattet. Während wir also unseren Charakter als Partei wahren, ihn voll und ganz aufrechterhalten und daraus gewaltigen moralischen und politischen Nutzen ziehen, können wir uns zugleich auch durchaus der Arbeit unter den parteilosen revolutionären Bauern, in den parteilosen revolutionären Verbänden, Zirkeln und Versammlungen, der auf parteilos-revolutionäre Verbindungen gestützten Arbeit usw. anpassen. Anstatt mit den Sozialrevolutionären, die nur einen ganz geringen Teil der revolutionären Bauernschaft organisatorisch erfassen, einen Block einzugehen, der unsere streng parteimäßige Haltung einschränken und einengen würde, werden wir sowohl unsere Stellung als Partei als auch alle Vorteile der Arbeit unter den parteilosen „Trudowiki“ noch umfassender und freier ausnützen.

Hieraus ergibt sich, daß wir in den unteren Stadien der Wahlkampagne auf dem Lande, d. h. bei den Wahlen der Zehnhofvertreter und Bevollmächtigten (wahrscheinlich wird manchmal die Wahl der Bevollmächtigten praktisch gleichbedeutend sein mit der *ersten* Wahlstufe), *keinerlei* Wahlabkommen brauchen. Es gibt so wenig Menschen mit einem klaren politischen Standpunkt, die geeignet sind, als Zehnhofvertreter oder Bevollmächtigte zu kandidieren, daß die Sozialdemokraten, die das Vertrauen und die Achtung der Bauern erworben haben (ohne diese Bedingung aber ist eine ernsthafte Kandidatur überhaupt undenkbar), alle Aussicht haben, fast *ausnahmslos* als Zehnhofvertreter und Bevollmächtigte gewählt zu werden, ohne daß sie irgendwelche Abkommen mit anderen Parteien benötigten.

In der Versammlung der Bevollmächtigten nun wird man sich bereits auf die genauen Ergebnisse der ersten Wahlschlachten stützen können, die das Ganze im voraus entscheiden. Möglich und notwendig sind hier... natürlich nicht Blocks, nicht feste und ständige Abkommen, sondern Teilabkommen über die Verteilung der Mandate. Hier, und in noch höherem Maße in den Versammlungen der Wahlmänner, in denen die Dumaabgeordneten gewählt werden, müssen wir im Verein mit den Trudowiki die Kadetten, im Verein mit den Sozialrevolutionären die Volkssozialisten schlagen usw.

VI

Die Analyse des geltenden Wahlsystems zeigt also, daß in den Städten Blocks in den unteren Stadien der Wahlen besonders unerwünscht und nicht notwendig sind. In den Dörfern sind Blocks in den unteren Stadien (d. h. bei den Wahlen der Zehnhofvertreter und der Bevollmächtigten) sowohl unerwünscht als auch gänzlich unnötig. Entscheidende politische Bedeutung haben die Kreisversammlungen der Bevollmächtigten und die Gouvernementsversammlungen der Wahlmänner. Hier, d. h. in den höheren Stadien, sind Teilabkommen notwendig und ohne unerwünschte Verletzung des Parteicharakters möglich, da der vor den Massen geführte Kampf abgeschlossen ist, da es in diesem Fall nicht erforderlich ist, vor dem Volk die Parteilosigkeit unmittelbar oder mittelbar zu verteidigen (oder auch nur für zulässig zu erklären), da der selbständigen, streng klassenmäßig begründeten Politik des Proletariats nicht die geringste Gefahr einer Verdunklung droht.*

Wir wollen jetzt zunächst vom formalen, sozusagen rechnerischen Standpunkt aus untersuchen, welcher Art diese Teilabkommen in den höheren Stadien der Wahlen sein werden.

Nehmen wir die allgemeinen Prozentzahlen, d. h. die Verteilung von je 100 Wahlmännern (und Bevollmächtigten, die wir in unserer weiteren Darstellung stets mit einbeziehen) auf die einzelnen Parteien. Für den Sieg eines bestimmten Kandidaten sind in der Versammlung der Wahlmänner mindestens 51 von 100 Stimmen erforderlich. Hieraus ergibt sich

* Es ist interessant, daß es auch in der Praxis der internationalen Sozialdemokratie Beispiele für eine unterschiedliche Behandlung der Wahlabkommen im untersten Stadium und in den oberen Stadien gibt. In Frankreich sind die Wahlen der Senatoren zweistufig: die Wähler wählen die Departements-(Gouvernements-)Wahlmänner, diese wählen die Senatoren. Die revolutionären französischen Sozialdemokraten, die Guesdisten, haben jegliche Abkommen, jegliche gemeinsamen Listen im untersten Stadium stets für unzulässig gehalten, während sie im oberen Stadium, d. h. bei der Verteilung der Mandate in den Versammlungen der Departementswahlmänner, Teilabkommen für zulässig hielten. Die Opportunisten, die Jaurèsisten, waren für Abkommen auch im untersten Stadium.

folgende allgemeine Regel für die Taktik der sozialdemokratischen Wahlmänner: Wir müssen uns bemühen, so viel bürgerlich-demokratische Wahlmänner, die den Sozialdemokraten besonders nahe stehen oder einer Unterstützung besonders wert sind, auf unsere Seite zu ziehen, daß wir zusammen mit ihnen die übrigen Wahlmänner schlagen und infolgedessen teils den sozialdemokratischen, teils den besten der bürgerlich-demokratischen Wahlmänner zum Siege verhelfen.*

Wir wollen diese Regel durch einige einfache Beispiele veranschaulichen. Angenommen, von 100 Wahlmännern sind 49 Schwarzhunderter, 40 Kadetten, 11 Sozialdemokraten. Um alle Kandidaten einer gemeinsamen Liste der Dumadeputierten durchzubringen, ist ein Teilabkommen zwischen Sozialdemokraten und Kadetten erforderlich — natürlich auf der Grundlage einer proportionellen Verteilung der Dumasitze nach der Zahl der Wahlmänner (d. h., in diesem Beispiel würden die Sozialdemokraten den fünften Teil der Dumamandate des ganzen Gouvernements, sagen wir zwei von zehn, die Kadetten vier Fünftel, d. h. acht von zehn, erhalten). Wenn es 49 Kadetten, 40 Trudowiki und 11 Sozialdemokraten sind, so müssen wir ein Abkommen mit den Trudowiki erstreben, um die Kadetten zu schlagen und den fünften Teil der Mandate für uns, vier Fünftel für die Trudowiki zu erobern. In einem solchen Fall hätten wir eine vortreffliche Möglichkeit, zu prüfen, wie folgerichtig und entschieden die Trudowiki die Sache der Demokratie verfechten: werden sie bereit sein, sich voll und ganz von den Kadetten abzuwenden und sie im Verein mit den Wahlmännern der Arbeiterpartei zu schlagen, oder aber werden sie den einen oder anderen Kadetten „retten“ wollen, werden sie vielleicht sogar einen Block nicht mit den Sozialdemokraten, sondern mit den Ka-

* Der Einfachheit halber nehmen wir an, daß die Wahlmänner sich eindeutig und ausschließlich auf die verschiedenen Parteien verteilen. In Wirklichkeit wird es natürlich viele parteilose Wahlmänner geben. Dann besteht die Aufgabe der sozialdemokratischen Wahlmänner darin, soweit als möglich die politische Physiognomie aller Wahlmänner, besonders der bürgerlich-demokratischen, festzustellen und eine „linke Mehrheit“ der sozialdemokratischen und der den Sozialdemokraten am meisten erwünschten bürgerlichen Kandidaten zu organisieren. Über die Hauptmerkmale, die die Bestrebungen der verschiedenen Parteien erkennen lassen, werden wir weiter unten sprechen.

detten anstreben? Wir haben hier die Möglichkeit und die Pflicht, dem ganzen Volk in der Praxis zu beweisen und zu zeigen, in welchem Maße diese oder jene Kleinbürger zur monarchistischen Bourgeoisie oder zum revolutionären Proletariat tendieren.

Im letzten Beispiel zahlt es sich für die Trudowiki aus, einen Block mit den Sozialdemokraten und nicht mit den Kadetten zu schließen, da sie dann vier Fünftel, im zweiten Fall aber nur vier Neuntel sämtlicher Mandate erhalten. Noch interessanter wäre daher der umgekehrte Fall: 11 Kadetten, 40 Trudowiki, 49 Sozialdemokraten. Der unmittelbare Vorteil würde in einem solchen Fall die Trudowiki zu einem Block mit den Kadetten treiben: Dann würden „wir“, könnten sie meinen, mehr Sitze in der Duma für uns erhalten. Wollen sie jedoch der Sache der Demokratie und den Interessen der wirklich werktätigen Massen grundsätzlich treu bleiben, so würden sie unbedingt — selbst um den Preis einiger Dumasitze — einen Block mit den Sozialdemokraten eingehen müssen. Die Vertreter des Proletariats müssen alle solche und ähnliche Fälle aufmerksam im Auge behalten und sowohl den Wahlmännern als auch dem gesamten Volk (es ist notwendig, die Ergebnisse, die die Abkommen in den Versammlungen der Bevollmächtigten und Wahlmänner gezeitigt haben, zur allgemeinen Kenntnis zu bringen) die *prinzipielle* Bedeutung dieser Wahlarithmetik klarmachen.

Im letzten Beispiel sehen wir ferner einen Fall, wo sowohl der unmittelbare Vorteil als auch prinzipielle Erwägungen die Sozialdemokraten dazu treiben, die Trudowiki zu spalten. Angenommen, es gäbe unter ihnen zwei wirklich parteigebundene Sozialrevolutionäre, dann müssen wir alle unsere Anstrengungen darauf richten, sie zum Anschluß an uns zu bewegen, um mit 51 Stimmen alle Kadetten und alle übrigen, *weniger revolutionären* Trudowiki zu schlagen. Wenn von den Trudowiki 2 Sozialrevolutionäre und 38 Volkssozialisten sind, dann hätten wir die Möglichkeit, zu prüfen, ob die Sozialrevolutionäre wirklich den Interessen der Demokratie und den Interessen der werktätigen Massen ergeben sind: Für die republikanischen Demokraten, würden wir sagen, gegen die Volkssozialisten, die die Monarchie für zulässig erachten; für die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien, gegen die Volkssozialisten, die die Ablösung für zulässig erachten; für die Anhänger der Bewaffnung des ganzen Volkes, gegen die Volkssozialisten, die ein stehendes Heer für zulässig er-

achten. Und wir würden sehen, wen die Sozialrevolutionäre vorziehen: die Sozialkadetten* oder die Sozialdemokraten.

Wir sind somit zur prinzipiellen politischen Seite und Bedeutung dieser Wahlarithmetik gekommen. Hier ist es unsere Pflicht, der Jagd nach Parlamentssitzen die beharrliche und folgerichtige Verteidigung des Standpunkts des sozialistischen Proletariats und alles dessen, was im Interesse des vollen Sieges unserer bürgerlich-demokratischen Revolution liegt, entgegenzustellen. Keinesfalls und unter keinen Bedingungen dürfen unsere sozialdemokratischen Bevollmächtigten und Wahlmänner unsere *sozialistischen* Ziele, unsere streng klassenmäßig bedingte Stellung als *proletarische* Partei verschweigen. Aber es genügt nicht, immer wieder das Wort „Klasse“ zu gebrauchen, um zu beweisen, daß das Proletariat in der *gegenwärtigen* Revolution die Vorhut ist. Es genügt nicht, unsere sozialistische Lehre und die allgemeine Theorie des Marxismus darzulegen, um zu beweisen, daß das Proletariat die führende Rolle spielt. Man muß außerdem noch bei der Behandlung der brennenden Fragen der *gegenwärtigen* Revolution *in der Praxis* zu zeigen verstehen, daß die Mitglieder der Arbeiterpartei die Interessen *dieser* Revolution, die Interessen ihres vollen Sieges konsequenter, richtiger, entschlossener, geschickter als alle anderen Parteien vertreten. Das ist keine leichte Aufgabe, und sich auf sie vorzubereiten, das ist die wichtigste, die vornehmste Pflicht eines jeden Sozialdemokraten, der in die Wahlkampagne geht.

Die verschiedenen Parteien und Parteischattierungen auf den Versammlungen der Bevollmächtigten und der Wahlmänner (wie selbstverständlich auch in der gesamten Wahlkampagne) unterscheiden zu lernen, wird eine kleine, aber nicht nutzlose praktische Aufgabe sein. Hierbei wird übrigens das Leben selbst viele strittige Fragen entscheiden, die die Sozialdemokratische Arbeiterpartei bewegen. Ihr rechter Flügel, von den äußersten Opportunisten des „Nasche Delo“ bis zu den gemäßigten Opportunisten des „Sozialdemokrat“, läßt nichts unversucht, um den Unterschied

* So hat „Das aufgeklärte Rußland“⁸⁴ die Volkssozialisten genannt. Übrigens haben uns die beiden ersten Folgen dieser Schrift außerordentliches Vergnügen bereitet. Die Herren Tschernow, Wadimow u. a. zerpflücken *vortrefflich* sowohl Peschechonow als auch Tag-in. Besonders gut ist die Abfuhr, die Tag-in vom Standpunkt der Theorie der sich über den Kapitalismus zum Sozialismus entwickelnden Warenproduktion aus erteilt wird.

zwischen Trudowiki und Kadetten zu verwischen und verzerrt darzustellen, ohne anscheinend eine neue äußerst wichtige Erscheinung zu bemerken: die Teilung der Trudowiki in Volkssozialisten, Sozialrevolutionäre und solche, die zu den einen oder den anderen tendieren. Natürlich hat schon die Geschichte der ersten Duma und ihrer Auseinanderjagung dokumentarische Beweise dafür geliefert, daß es unbedingt erforderlich ist, Kadetten und Trudowiki unterschiedlich zu behandeln, daß die letzteren die Demokratie konsequenter und entschiedener vertreten. Die Wahlkampagne vor der zweiten Duma muß dies noch anschaulicher, exakter, erschöpfender beweisen und zeigen. Die Wahlkampagne selbst wird, wie wir uns an den Beispielen zu zeigen bemühten, die Sozialdemokraten *lehren*, die einzelnen bürgerlich-demokratischen Parteien richtig voneinander zu *unterscheiden*, und wird durch die Praxis die von Grund aus falsche Meinung, die Kadetten seien die Hauptvertreter oder auch nur überhaupt ernsthafte Vertreter unserer bürgerlichen Demokratie, widerlegen oder, richtiger gesagt, beiseite schieben.

Wir wollen noch bemerken, daß es die Sozialdemokraten verstehen müssen, in der Wahlkampagne überhaupt wie auch im Hinblick auf den Abschluß von Wahlabkommen in den höheren Stadien einfach und klar, in einer der Masse verständlichen Sprache zu reden, daß sie ein für allemal der schweren Artillerie der hochgelehrten Termini, der Fremdwörter, der auswendig gelernten, fertigen, der Masse aber noch nicht verständlichen, noch unbekanntenen Losungen, Definitionen, Schlußfolgerungen entsagen müssen. Wir müssen verstehen, ohne Phrasen und ohne jedes Geschrei, mit Tatsachen und Zahlen in der Hand, die Fragen des Sozialismus und die Fragen der gegenwärtigen russischen Revolution *begreiflich zu machen*.

Hierbei werden zwei Grundfragen dieser Revolution von selbst in den Vordergrund treten: die Frage der Freiheit und die Frage des Bodens. Diese beiden Grundfragen, die das ganze Volk bewegen, müssen den Maßstab bilden sowohl für die rein sozialistische Propaganda — für die Unterscheidung des Standpunkts des Kleinbesitzers vom Standpunkt des Proletariats — als auch für die Unterscheidung der verschiedenen um den Einfluß im Volke ringenden Parteien. Die Schwarzhunderter, bis zu den Okto- bristen einschließlich, sind gegen die Freiheit, gegen die Übergabe des Bodens an das Volk. Sie wollen der Revolution durch *Gewalt*, Bestechung, Betrug *Einhalt gebieten*. Die liberal-monarchistischen Bourgeois, die

Kadetten, sind *ebenfalls* bestrebt — und zwar durch eine Reihe von Zugeständnissen —, der Revolution *Einbalt zu gebieten*. Sie wollen dem Volke *weder* die ganze Freiheit *noch* den ganzen Boden geben. Sie wollen den Großgrundbesitz durch die Ablösung und die Schaffung von örtlichen Bodenkomitees, die nicht auf der Grundlage der allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahl gewählt werden, *erhalten*. Die Trudowiki — d. h. das Kleinbürgertum, besonders das ländliche — wollen den ganzen Boden und die ganze Freiheit erlangen, aber sie schreiten zu diesem Ziel nicht entschlossen, nicht bewußt, unsicher, sie schwanken dabei zwischen dem Opportunismus der Sozialkadetten (Volkssozialisten), die die Vorherrschaft der liberalen Bourgeoisie über die Bauernschaft zu rechtfertigen suchen und zur Theorie erheben, und dem Utopismus des Ausgleichs, der unter der Warenproduktion möglich sein soll. Die Sozialdemokratie muß konsequent den Standpunkt des Proletariats vertreten und das *revolutionäre* Bewußtsein der Bauernschaft vom volkssozialistischen Opportunismus und vom Utopismus reinigen, der die wirklich dringlichen Aufgaben der *gegenwärtigen* Revolution nicht klar erkennen läßt. Die Arbeiterklasse ebenso wie das ganze Volk können nur beim *vollen* Sieg der gegenwärtigen Revolution *tatsächlich*, rasch, kühn, frei und großzügig die Hauptaufgabe der gesamten zivilisierten Menschheit *in Angriff nehmen*: die Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals.

Die Frage der *Kampfmittel* werden wir in der Wahlkampagne und beim Abschluß von Teilabkommen zwischen den Parteien ebenfalls sorgfältig behandeln. Wir werden klarstellen, was die konstituierende Versammlung ist und warum die Kadetten sie fürchten. Wir werden die liberalen Bourgeois, die Kadetten, fragen, welche Maßregeln sie zu vertreten und *selbständig zu verwirklichen* beabsichtigen, damit niemand mit den Volksvertretern ebenso umspringen könne, wie man mit den Abgeordneten des „ersten Aufgebots“ „umgesprungen“ ist. Wir werden es den Kadetten nicht vergessen und werden eine möglichst breite Masse darüber aufklären, welche niederträchtige und verräterische Haltung sie zu den Kampfformen des Oktober und Dezember vorigen Jahres eingenommen haben. Wir werden jeden einzelnen Kandidaten fragen, ob er seine gesamte Tätigkeit in der Duma voll und ganz den Interessen des Kampfes *außerhalb der Duma*, den Interessen der breiten Volksbewegung für Land und Freiheit *unterordnen* will. Wir müssen die Wahlkampagne zur *Organisierung der*

Revolution, d. h. zur Organisierung des Proletariats und der *wirklich* revolutionären Elemente der bürgerlichen Demokratie benützen.

Das ist der *positive* Inhalt, den wir der ganzen Wahlkampagne und insbesondere dem Abschluß von Teilabkommen mit anderen Parteien zu geben trachten müssen.

VII

Fassen wir zusammen.

Der Ausgangspunkt der allgemeinen Wahltaktik der Sozialdemokratie muß die völlige Selbständigkeit der Klassenpartei des revolutionären Proletariats sein.

Abweichungen von diesem allgemeinen Grundsatz sind nur im äußersten Fall und unter genau begrenzten Bedingungen möglich.

Die Eigenarten des russischen Wahlsystems sowie der politischen Gruppierungen in der überwiegenden Masse der Bevölkerung, in der Bauernschaft, führen nicht dazu, daß in den unteren Stadien der Wahlkampagne, d. h. bei den Wahlen der Wahlmänner in den großen Städten, der Zehnhofvertreter und der Bevollmächtigten in den Dörfern, ein solch äußerster Fall eintritt. In den großen Städten ist dieser äußerste Fall nicht gegeben, da hier die Bedeutung der Wahlen *durchaus* nicht in der Zahl der Dumadeputierten zu suchen ist, sondern im Auftreten der Sozialdemokraten vor den breitesten, besonders konzentrierten, ihrer ganzen Lage nach „besonders sozialdemokratischen“ Bevölkerungsschichten.

In den Dörfern führen die niedrige politische Entwicklungsstufe, die mangelnde politische Organisation der Massen, ihre Zersplitterung, die geringe Bevölkerungsdichte und die äußeren Bedingungen der Wahlen zu einer besonders weiten Verbreitung von parteilosen (und parteilos-revolutionären) Organisationen, Verbänden, Zirkeln, Versammlungen, Anschauungen und Bestrebungen. Unter solchen Bedingungen sind Blocks in den unteren Stadien ganz und gar unnötig. Ein streng parteimäßiges Auftreten der Sozialdemokraten ist hier in jeder Beziehung sehr viel richtiger und zweckmäßiger.

Der allgemeine Satz von der Notwendigkeit des Bündnisses zwischen Proletariat und revolutionärer Bauernschaft führt somit dazu, Teilabkommen (vom Typus der Abkommen mit den Trudowiki gegen die Kadetten)

nur in den höheren Stadien des Wahlsystems, d. h. in den Versammlungen der Bevollmächtigten und der Wahlmänner, als notwendig anzuerkennen. Die Eigenarten der politischen Gruppierungen unter den Trudowiki sprechen ebenfalls für eine solche Lösung der Frage.

Bei allen diesen Teilabkommen müssen die Sozialdemokraten die bürgerlich-demokratischen Parteien und die Schattierungen, die es unter ihnen gibt, nach dem Grad der Konsequenz und der Entschiedenheit ihres Demokratismus streng voneinander unterscheiden.

Der ideologisch-politische Inhalt der Wahlkampagne und der Teilabkommen wird die Erläuterung der Lehre des Sozialismus und der selbständigen Losungen der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Revolution sowohl im Hinblick auf ihre Aufgaben als auch auf die Mittel und Wege zur Verwirklichung dieser Aufgaben sein.

Die vorliegende Broschüre wurde vor dem Erscheinen der Nummer 5 des „Sozialdemokrat“ geschrieben. Bis zu dieser Nummer konnte unsere Partei mit vollem Grund hoffen, das ZK unserer Partei würde Abkommen mit bürgerlichen Parteien im ersten Stadium der Wahlen, Abkommen, die für einen Sozialisten unannehmbar sind, in keiner Weise billigen. Wir waren zu dieser Annahme verpflichtet, da ein so einflußreicher Menschewik wie Genosse L. Martow sich *entschieden* gegen *jedes* Abkommen im ersten Stadium ausgesprochen hatte — und zwar nicht nur im „Towarischtsch“, sondern auch in dem vom ZK an die Organisationen versandten Brief (Martows) über die Vorbereitung zur Wahlkampagne.

Jetzt stellt sich heraus, daß unser ZK zu Tscherewanin umgeschwenkt oder zumindest ins Schwanken geraten ist. Der Leitartikel in Nr. 5 des „Sozialdemokrat“ erklärt Blocks *im ersten Stadium* für *zulässig*, sogar ohne exakt anzugeben, mit *welchen* bürgerlichen Parteien! Der heutige (31. Oktober) Brief Plechanows, der zur Verteidigung des Blocks mit den Kadetten in die Kadettenzeitung „Towarischtsch“ übergesiedelt ist, zeigt allen, unter wessen Einfluß das ZK ins Schwanken geraten ist. Plechanow tut wie gewöhnlich Orakelsprüche kund; er verzapft die banalsten Gemeinplätze, übergeht vollständig die Klassenaufgaben des sozialistischen Proletariats (wohl aus Liebenswürdigkeit gegenüber der bürgerlichen Zeitung, die ihn bei sich aufgenommen hat) und versucht nicht einmal, die konkreten Tatsachen und Beweisgründe zu berühren.

Sollte wirklich diese „Zurechtweisung“ aus Genf genügen, um das ZK von Martow zu ... Tscherewanin abrutschen zu lassen?

Sollte wirklich der Beschluß des Vereinigungsparteitags, der jegliche Abkommen mit bürgerlichen Parteien verbietet, durch das auf dem Parteitag gewählte ZK sabotiert werden?

Der Geschlossenheit der sozialdemokratischen Wahlkampagne droht eine große Gefahr.

Der sozialistischen Arbeiterpartei droht die Gefahr, daß Abkommen mit bürgerlichen Parteien im ersten Stadium sie zersetzen und die selbständige Klassenpolitik des Proletariats zunichte machen.

Mögen sich alle revolutionären Sozialdemokraten zusammenschließen und den opportunistischen Wirren und Schwankungen den schonungslosen Kampf erklären!

BESONDERE MEINUNG DER DELEGIERTEN
DER SOZIALDEMOKRATIE POLENS, LETTLANDS,
ST. PETERSBURGS, MOSKAUS,
DES ZENTRALEN INDUSTRIEGEBIETS UND DES
WOLGAGEBIETS,
EINGEBRACHT AUF DER GESAMTRUSSISCHEN
KONFERENZ DER SDAPR⁸⁵

Die Taktik des Boykotts der Reichsduma, die dazu beigetragen hat, daß die Volksmassen die Machtlosigkeit und Unselbständigkeit dieser Körperschaft richtig bewertet haben, hat in der Komödie der gesetzgebenden Tätigkeit der Reichsduma und in ihrer gewaltsamen Auflösung ihre volle Rechtfertigung gefunden.

Indessen haben das konterrevolutionäre Verhalten der Bourgeoisie und die Paktierertaktik des russischen Liberalismus einen unmittelbaren Erfolg des Boykotts verhindert und das Proletariat gezwungen, den Kampf gegen die Konterrevolution der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie auch auf dem Boden der Dumakampagne aufzunehmen.

Diesen Kampf außerhalb der Duma und in der Duma selbst muß die Sozialdemokratie dazu nutzen, das Klassenbewußtsein des Proletariats zu stärken, die konstitutionellen Illusionen auch weiterhin vor dem ganzen Volke zu entlarven und die Revolution voranzutreiben.

Angesichts einer solchen Lage der Dinge und zu dem oben bezeichneten Zweck muß sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands aufs energischste an der gegenwärtigen Dumakampagne beteiligen.

Die wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Wahl- und Dumakampagne bestehen erstens darin, dem Volke klarzumachen, daß die Duma als Mittel zur Verwirklichung der Forderungen des Proletariats und des revolutionären Kleinbürgertums, insbesondere der Bauernschaft, völlig

untauglich ist. Zweitens gilt es, dem Volke klarzumachen, daß es unmöglich ist, die politische Freiheit auf parlamentarischem Wege zu erringen, solange die reale Macht in den Händen der Zarenregierung bleibt; gilt es, die Massen von der Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands, einer provisorischen revolutionären Regierung und einer konstituierenden Versammlung zu überzeugen, die aus allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlen hervorgeht. Drittens gilt es, Kritik an der ersten Duma zu üben und den Bankrott des russischen Liberalismus aufzuzeigen, insbesondere, wie gefährlich und verhängnisvoll es für die Sache der Revolution wäre, wenn die liberal-monarchistische Kadettenpartei in der Befreiungsbewegung eine überragende und führende Rolle spielte.

Als Klassenpartei des Proletariats muß die Sozialdemokratie in der ganzen Wahl- und Dumakampagne unbedingt ihre Selbständigkeit wahren, sie darf auch hier keinesfalls ihre Losungen oder ihre Taktik mit irgendeiner anderen oppositionellen oder revolutionären Partei verschmelzen.

Deshalb muß sie auf der ersten Stufe der Wahlkampagne, d. h. vor den Massen, in der Regel unbedingt selbständig auftreten und darf als Kandidaten nur Parteimitglieder aufstellen.

Ausnahmen von dieser Regel sind nur im äußersten Fall und nur in bezug auf Parteien zulässig, die die Hauptlosungen unseres unmittelbaren politischen Kampfes vollauf annehmen, d. h. die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands anerkennen und für die demokratische Republik kämpfen. Dabei dürfen sich solche Abkommen nur auf die Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatenliste erstrecken, sie dürfen keinesfalls die Selbständigkeit der politischen Agitation der Sozialdemokratie irgendwie beschränken.

In der Arbeiterkurie tritt die Sozialdemokratische Partei unbedingt selbständig auf, ohne Abkommen mit irgendeiner anderen Partei zu treffen.

In den höheren Wahlstufen, d. h. in den Versammlungen der Wahlmänner in den Städten, der Bevollmächtigten und der Wahlmänner auf dem Lande, sind Teilabkommen zulässig, sofern sie einzig und allein eine proportionelle Verteilung der Mandate entsprechend der Stimmenzahl der Parteien, die das Abkommen treffen, zum Inhalt haben. Hierbei unterscheidet die Sozialdemokratie unter dem Gesichtspunkt der demokrati-

schen Konsequenz und Entschiedenheit die folgenden Haupttypen bürgerlicher Parteien: a) Sozialrevolutionäre, PPS und ähnliche republikanische Parteien*; b) Volkssozialisten und Trudowiki ähnlicher Art**; c) Kadetten.

Geschrieben am 4. (17.) November 1906.

*Veröffentlicht am 23. November 1906
im „Proletari“ Nr. 8.*

Nach dem Text des „Proletari“.

* Hierzu gehören vielleicht auch die zionistischen Sozialisten.⁸⁶

** Hierzu gehören vielleicht bestimmte jüdische Demokraten. Wir fühlen uns jedoch nicht kompetent, ohne die jüdischen Sozialdemokraten über diese Fragen zu urteilen.

ENTWURF EINES AUFRUFS AN DIE WÄHLER

Genossen Arbeiter und alle Bürger Rußlands! Es naht die Zeit der Wahlen zur Reichsduma. Die Partei der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, fordert euch alle auf, euch an den Wahlen zu beteiligen, um zum Zusammenschluß der Kräfte beizutragen, die fähig sind, wirklich für die Freiheit zu kämpfen.

Die Volksmassen kämpfen in unserer Revolution gegen die Herrschaft der Beamten und der Polizei, der Gutsbesitzer und der Kapitalisten, vor allem aber gegen die autokratische Zarenregierung. Die Massen kämpfen für Land und Freiheit, für den Sturz der Bande von Pogromhelden und Henkern, die auf die Forderungen von Millionen und aber Millionen mit Bestechung, Betrug, bestialischen Gewaltakten, mit Gefängnis und Standgericht antwortet.

Durch den Oktoberstreik von 1905 haben die Arbeiter ganz Rußlands dem Zaren gewaltsam das Versprechen entrissen, Freiheit und gesetzgeberische Rechte der Duma zu gewähren. Die Zarenregierung hat diese Versprechen gebrochen. Das Wahlgesetz hat die Rechte der Bauern und der Arbeiter zugunsten der Gutsbesitzer und der Kapitalisten beschnitten. Von den Rechten der Duma selbst blieb so gut wie nichts übrig. Aber auch das ist noch nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist, daß alle Freiheiten und Rechte ein Fetzen Papier geblieben sind, denn die wirkliche Macht, die wirkliche Gewalt liegt nach wie vor voll und ganz in den Händen der Zarenregierung. Keine Duma kann und wird dem Volk Land und Freiheit geben, solange die wirkliche Macht in den Händen der Pogromhelden und der Henker der Freiheit verbleibt.

Deshalb haben die revolutionären Arbeiter im Verein mit der Mehrheit

der bewußten Freiheitskämpfer aus andern Volksschichten die Duma boykottiert. Der Boykott der Duma war ein Versuch, den Pogromhelden die Entscheidung über die Einberufung der Volksdeputierten aus der Hand zu nehmen. Der Boykott der Duma war eine Warnung an das Volk, nicht den Papierfetzen zu glauben, war eine Aufforderung zum Kampf um die wirkliche Macht. Der Boykott schlug fehl, weil die liberale Bourgeoisie die Sache der Freiheit verriet. Die Partei der „Volks“freiheit, die Kadetten, diese Partei der liberalen Gutsbesitzer und der „aufgeklärten“ bürgerlichen Schwätzer, hat dem heldenhaften Kampf des Proletariats den Rücken gekehrt, hat den Aufstand der Bauernschaft und des besten Teils des Heeres als Wahnwitz bezeichnet und ist zu den Wahlen gegangen, die die Pogromhelden veranstaltet haben. Infolge des Verrats der Kadettenbourgeoisie muß das gesamte Volk für eine gewisse Zeit den Gesetzen und den Wahlen Rechnung tragen, die von den Pogromhelden veranstaltet, von den Pogromhelden gefälscht, von den Pogromhelden zu einem Hohn auf das Volk gemacht wurden.

Wenn wir uns aber jetzt an den Wahlen beteiligen, so können und müssen wir dem Volk die Augen öffnen über die Notwendigkeit des Kampfes um die Macht, über die ganze Nichtigkeit der Konstitutionsspielerei der Kadetten. Bürger ganz Rußlands! Denkt an die Lehre, die uns die erste Duma erteilt hat!

Diejenigen, die für Freiheit und für Übergabe des Landes an die Bauern gekämpft hatten, wurden gemordet, verbannt, in die Gefängnisse geworfen. Die Mehrheit in der Duma hatten die Kadetten. Diese liberalen Bourgeois fürchteten den Kampf, fürchteten das Volk, beschränkten sich auf Reden und Fürsprachen, forderten zu geduldigem Abwarten auf und erstrebten eine Vereinbarung, einen Pakt mit der Regierung der Pogromhelden. Und als der Zar sah, daß er keine Kämpfer, sondern kriecherische Bourgeois vor sich hatte, warf er sie wegen mißliebiger Reden hinaus.

Arbeiter, Bauern und alle Werktätigen! Vergesst nicht diese wichtige Lehre! Erinnert euch: Als im Herbst 1905 die revolutionären Arbeiter an der Spitze des kämpfenden Volkes standen, als zum Streik der Arbeiter, zum Aufstand der Arbeiter die Aufstände der Bauern und der bewußten Soldaten hinzukamen — da ließ sich die Regierung zu Zugeständnissen herbei. Als aber im Frühjahr und Sommer 1906 die liberal-monarchistische Bourgeoisie an die Spitze des Volkes trat, die Kadetten, die Partei der

Schwankungen zwischen der Macht des Volkes und der Macht der Pogromhelden, da erhielten die Deputierten statt irgendwelcher Zugeständnisse einen Fußtritt von der Polizei, die die Duma auseinanderjagte.

Die Auseinanderjagung der Duma zeigt allen, wie nichtig und fruchtlos die Fürsprache der Kadetten, wie notwendig die Unterstützung des proletarischen Kampfes ist. Die Arbeiterklasse hat durch den Oktoberstreik das Versprechen der Freiheit errungen. Sie sammelt jetzt ihre Kräfte, um durch den allgemeinen Volksaufstand dem Feind wirklich die Freiheit zu entreißen, um die Zarenregierung zu stürzen, die Republik zu errichten, die Wählbarkeit ausnahmslos aller Behörden im Staate einzuführen und auf dem Wege über die provisorische revolutionäre Regierung eine das ganze Volk vertretende konstituierende Versammlung einzuberufen, die aus allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlen hervorgeht.

Im Kampf für die Freiheit strebt die Arbeiterklasse danach, daß die Freiheit nicht nur den Reichen und den Vornehmen, sondern dem ganzen Volk diene. Die Arbeiter brauchen die Freiheit, um einen umfassenden Kampf für die völlige Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals, für die Beseitigung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für die sozialistische Gestaltung der Gesellschaft zu entfalten. Keinerlei Gleichheit, auch nicht gleiches Recht der Kleinbesitzer, der Bauern, auf Nutzung des dem ganzen Volk gehörenden Bodens, wird — solange das Kapital herrscht — das Volk von der Armut, der Arbeitslosigkeit und der Unterdrückung befreien. Nur wenn sich alle Arbeiter zusammenschließen und von den Massen der Werktätigen unterstützt werden, ist es möglich, das Joch des Kapitals abzuwerfen, das auf den Arbeitern aller Länder lastet. In der sozialistischen Gesellschaft werden Freiheit und Gleichheit kein Betrug sein; die Werktätigen werden nicht durch kleine, voneinander isoliert arbeitende Betriebe zersplittert sein; der durch gemeinsame Arbeit aufgehäufte Reichtum wird der Masse des Volkes dienen, anstatt sie zu unterdrücken; die Herrschaft der Werktätigen wird jeder Unterdrückung irgendeiner Nationalität, Religion oder des einen Geschlechts durch das andere ein Ende setzen.

Genossen Arbeiter und alle Bürger Rußlands! Nutzt die Wahlen, um die wahren Kämpfer für Freiheit und Sozialismus zu stärken, um jedermann die Augen zu öffnen über die wirklichen Ziele und das wahre Wesen der verschiedenen Parteien!

Außer den Sozialdemokraten beteiligen sich folgende drei Hauptgruppen von Parteien an den Wahlen: die Schwarzhunderter, die Kadetten und die Trudowiki.

Die Schwarzhunderter, das sind die Parteien, die die Regierung unterstützen. Sie treten für die autokratische Monarchie, für die Polizeigewalt, für die Erhaltung des gesamten Gutsbesitzerlandes ein. Das sind die Partei der Monarchisten, der Bund des russischen Volkes, die Partei der Rechtsordnung, die Handels- und Industriepartei, der Verband vom 17. Oktober, die Partei der friedlichen Erneuerung. Das alles sind erklärte Feinde des Volkes, offene Verteidiger der Regierung der Pogromhelden, der Regierung, die die Duma auseinanderjagt hat, der Regierung der Standgerichte.

Die Kadetten (Konstitutionelle Demokraten oder „Partei der Volksfreiheit“) — das ist die Hauptpartei der liberal-monarchistischen Bourgeoisie. Die liberalen Bourgeois schwanken zwischen dem Volk und der Regierung der Pogromhelden. In Worten sind sie gegen die Regierung; in der Praxis aber fürchten sie nichts so sehr wie den Kampf des Volkes; in der Praxis erstreben sie einen Pakt mit der Monarchie, d. h. mit den Pogromhelden, gegen das Volk. Die Kadetten haben in der Duma Zuchthausgesetze gegen die Presse- und Versammlungsfreiheit eingebracht. Die Kadetten haben sich in der Duma dagegen gewandt, die Behandlung der Bodenfrage örtlichen Komitees zu übergeben, die in allgemeiner, direkter und geheimer Wahl gewählt werden. Die Kadetten, das sind die liberalen Gutsbesitzer, die fürchten, die Bauern könnten die Bodenfrage auf ihre Weise lösen. Wer nicht will, daß die Polizeigewalt die Volksdeputierten auseinanderjagen kann, wer nicht will, daß den Bauern Ablösungszahlungen aufgezwungen werden, die sie ebenso zugrunde richten wie 1861 — der mag dafür Sorge tragen, daß die zweite Duma nicht wiederum eine kadettische Duma werde.

Die Trudowiki, das sind die Parteien und Gruppen, die die Interessen und Anschauungen der Kleinbesitzer, vor allem der kleinen Bauern zum Ausdruck bringen. Die zaghafteste unter diesen Parteien ist die „Volksozialistische Arbeitspartei“; sie ist nur um ein geringes besser als die Kadetten. Dann kommt die „Trudowikigruppe“ der Duma, deren beste Mitglieder — wie Onipko — nach der Auseinanderjagung der Duma dem aufständischen Volk zu Hilfe geeilt sind. Die revolutionärste unter

den Trudowikiparteien ist die Partei der „Sozialrevolutionäre“. Die Trudowiki sind geneigt, im Kampfe für Land und Freiheit die Interessen der Bauernmassen entschlossen — manchmal bis zum Aufstand — zu verteidigen, aber sie vermögen sich bei weitem nicht immer vom Einfluß der liberalen Bourgeois und von bürgerlichen Auffassungen in ihrer gesamten Tätigkeit zu lösen. Der Kleinbesitzer steht in dem großen Weltkampf zwischen Arbeit und Kapital an dem Scheideweg: soll er danach trachten, es im bürgerlichen Sinne „zu etwas zu bringen“, selbst Unternehmer zu werden, oder soll er dem Proletariat helfen, die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen? Wir Sozialdemokraten werden die Wahlen benutzen, um den Bauernmassen und allen Freunden der Bauernschaft zu sagen: Die Bauern werden nur dann Land und Freiheit erringen können, wenn ihre Aktivität nicht in Fürbitten, sondern im Kampf bestehen wird, wenn sie nicht dem Zaren und den Versprechungen der liberalen Bourgeois vertrauen, sondern der Kraft des Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse geführten Kampfes.

Die Partei der Sozialdemokraten ist die Partei des bewußten und kämpfenden Proletariats. Sie vertraut keinerlei Versprechungen der Bourgeoisie, sie sucht die Rettung aus Armut und Not nicht in der Stärkung des Kleinbetriebs, sondern im geschlossenen Kampf aller Werktätigen für den Sozialismus.

Genossen Arbeiter und alle, die ihr dem Kapital front! Ihr alle habt gesehen, daß die Bourgeoisie in dem Augenblick, wo die Regierung die ersten Keime der Freiheit zerstörte, daranging, den Arbeitern alle ihre Errungenschaften wegzunehmen, den Arbeitstag wieder zu verlängern, den Lohn zu kürzen, die Geldstrafen zu erhöhen, alle möglichen Schikanen zu verstärken, die klassenbewußten Arbeiter zu drangsalieren oder aus den Betrieben zu werfen. Nur durch den Sieg der Freiheit können Arbeiter und Angestellte ihre Errungenschaften gegen die Bourgeoisie behaupten und den Achtstundentag, höheren Lohn und erträgliche Lebensbedingungen erringen. Und nur durch geschlossenen, einträchtigen, mutigen und hingebenden Kampf an der Spitze der gesamten werktätigen Massen kann die Arbeiterklasse die wirkliche Freiheit für das ganze Volk erringen.

Genossen Arbeiter und alle Bürger Rußlands! Stimmt für die Kandidaten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands! Sie kämpft für die

volle Freiheit, für die Republik, für die Wählbarkeit der Beamten durch das Volk. Sie kämpft gegen jede nationale Unterdrückung. Sie kämpft für die Übergabe des *gesamten* Bodens an die Bauern, *ohne irgendwelche Ablösung*. Sie unterstützt alle Forderungen der bewußten Matrosen und Soldaten und tritt für die Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Bewaffnung des Volkes ein.

Genossen Arbeiter und alle Bürger Rußlands! Stimmt für die Kandidaten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands!

„Proletari“ Nr. 8,
23. November 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

UBER BLOCKS MIT DEN KADETTEN

Die Menschewiki haben auf der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR mit Hilfe der Bundisten einen Beschluß zur Annahme gebracht, wonach Blocks mit den Kadetten für zulässig erklärt werden. Die Kadettenpresse jubelt und posaunt die gute Kunde in die Welt hinaus, wobei sie den Menschewiki einen leichten Stoß versetzt, auf daß sie noch eine Stufe hinuntersteigen, noch einen Schritt weiter nach rechts machen. Der Leser wird an anderer Stelle die Konferenzbeschlüsse, die Erklärung der revolutionären Sozialdemokraten und ihren Entwurf eines Aufrufs an die Wähler finden.* Hier wollen wir nur versuchen, die allgemeine und grundsätzliche politische Bedeutung der Blocks mit den Kadetten zu skizzieren.

Guten Stoff für eine solche Skizze liefert Nr. 6 des „Sozialdemokrat“ und insbesondere der redaktionelle Artikel „Der Block der äußersten Linken“. Beginnen wir mit einer der bezeichnendsten Stellen dieses Artikels.

Man sagt uns, schreibt der „Sozialdemokrat“, „die Menschewiki, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, die ganze Duma auf den revolutionären Weg zu bringen, hätten nach der gewaltsamen Auflösung der Duma ihren Standpunkt aufgegeben und einen Block mit den revolutionären Parteien und Gruppen geschlossen, was erstens in der Herausgabe von zwei gemeinsamen Aufrufen — an die Armee und an die Bauernschaft — und zweitens in der Gründung des Koordinierungskomitees anlässlich des bevorstehenden Streiks zum Ausdruck gekommen sei. Diese Berufung auf einen Präzedenzfall beruht auf einem großen Mißverständnis. In dem erwähnten Fall ist unsere Partei mit anderen revolutionären Parteien und Gruppen *nicht einen politischen Block, sondern ein Kampfabkommen eingegangen, das wir stets für zweckmäßig und notwendig gehalten haben.*“

* Siehe den vorliegenden Band, S. 292—300. *Die Red.*

Hervorgehoben vom „Sozialdemokrat“.

...Nicht einen *politischen* Block, sondern ein *Kampfabkommen*... Aber, aber, Genossen Menschewiki! Das ist doch fürwahr nicht nur sinnlos, sondern geradezu *analphabetisch*. Eins von beiden: Entweder versteht ihr unter einem Block nur parlamentarische Abkommen oder nicht nur parlamentarische. Im ersten Fall ist der Block ein Kampfabkommen für einen Kampf auf parlamentarischer Ebene. Im zweiten Fall ist das Kampfabkommen ein politischer Block, denn ein „Kampf“, der keine politische Bedeutung hat, ist kein Kampf, sondern einfach eine Schlägerei.

Genossen vom ZK! Gebt acht auf eure Redakteure, es tut wirklich not, sonst muß man sich noch der Sozialdemokratie schämen.

— Rührt nun der Unsinn, der dem Leser im Organ des ZK vorgesetzt wird, vielleicht von einem falschen Zungenschlag her? Von einer ungeschickten Formulierung?

— Durchaus nicht. Der Fehler des „Sozialdemokrat“ ist nicht, daß bei ihm ein Kuriosum herausgekommen ist, sondern umgekehrt, das Kuriosum ist herausgekommen, weil seine ganzen Erwägungen und seine ganze Stellung auf einem grundlegenden Fehler beruhen. Die sinnlose Verbindung der Worte „*nicht* ein politischer Block, *sondern* ein Kampfabkommen“* ist kein Zufall, sondern hat sich notwendiger- und unvermeidlicherweise aus dem grundlegenden „Nonsens“ im Menschewismus, aus dem Nichtverstehen der Tatsache ergeben, daß in Rußland jetzt der parlamentarische Kampf völlig, und zwar aufs unmittelbarste den Bedingungen und dem Charakter des außerparlamentarischen Kampfes untergeordnet ist. Mit andern Worten: Der einzelne logische Schnitzer ist ein Ausdruck des allgemeinen Unverständnisses, das die Menschewiki für die ganze Rolle und die ganze Bedeutung der Duma in der gegenwärtigen revolutionären Situation bekunden.

Wir werden natürlich die Methoden, die die Menschewiki und ihr Führer Plechanow in ihrer Polemik gegen uns in der Frage des „Kampfes“ und der „Politik“ anwenden, nicht nachahmen. Wir werden ihnen nicht vorwerfen, daß sie, die Führer des sozialdemokratischen Proletariats, fähig sind, ein *nicht politisches* Kampfabkommen zu schließen.

* Den Menschewiki, die uns immer vorgeworfen haben, wir stellten den „Kampf“ der „Politik“ entgegen, mußte das Unglück passieren, *selber alle ihre Erwägungen* gerade auf diese sinnlose Gegenüberstellung aufzubauen!

Wir lenken die Aufmerksamkeit auf die folgende Frage: *Weshalb* konnten unsere Menschewiki nach der Auseinanderjagung der Duma einen Block *nur mit revolutionären* Parteien und Gruppen eingehen? Natürlich nicht deswegen, weil das seit langem irgendein Anarchoblanquist namens Lenin (aus purem Haß gegen die Menschewiki) propagiert hatte. Die objektiven Bedingungen haben die Menschewiki *gezwungen*, entgegen all ihren Theorien gerade solch einen revolutionären, gegen die Kadetten gerichteten Block einzugehen. Die objektiven Bedingungen haben unabhängig vom Willen und *unabhängig vom Bewußtsein* der Menschewiki dazu geführt, daß die dialektische Entwicklung den friedlichen parlamentarischen Kampf in der ersten Duma *in einigen wenigen Tagen* in einen ganz und gar unfriedlichen und unparlamentarischen Kampf verwandelte. Der den Menschewiki (wegen der kadettischen Scheuklappen vor ihren Augen) nicht zum Bewußtsein gekommene, formell nicht geschlossene *politische Block*, der seinen Ausdruck in der Gemeinsamkeit der Wünsche und aktuellen politischen Bestrebungen, in der Gemeinsamkeit der Mittel im Kampf für die nächsten politischen Ziele gefunden hat — dieser unbewußte „politische Block“ hat sich *kraft der Logik der Dinge* in ein „Kampf-abkommen“ verwandelt. Und unsere Neunmalweisen sind durch diese unerwartete Wendung, die Plechanow in seinen Briefen aus der Zeit der ersten Duma nicht vorausgesehen hat, so durcheinandergeraten, daß sie in den Ruf ausbrechen: „Das ist *kein* politischer Block, *sondern* ein Kampf-abkommen!“

Deswegen eben ist ja eure Politik, werte Genossen, keinen Pfifferling wert, weil ihr für *den* „Kampf“, der unwirksam, der fiktiv ist und der jeder entscheidenden Bedeutung entbehrt, Abkommen vorseht und es versäumt, die Bedingungen *des* „Kampfes“ in Rechnung zu stellen, der durch den ganzen Gang der russischen Revolution mit unwiderstehlicher Kraft in den Mittelpunkt des Geschehens rückt, der sogar aus Verhältnissen hervorwächst, die auf den ersten Blick als ganz und gar friedlich, parlamentarisch, konstitutionell, erscheinen mögen — sogar aus Verhältnissen, wie sie die Roditschew der Duma in ihren Reden über den vergötterten, nicht verantwortlichen Monarchen besungen haben.

Ihr begeht gerade den Fehler, den ihr ganz zu Unrecht den Bolschewiki vorwerft. Eure Politik ist keine kämpferische Politik. Euer Kampf ist kein wirklich politischer Kampf, sondern konstitutionelle Spielerei, ist parla-

mentarischer Kretinismus. Für den „Kampf“, den die Verhältnisse morgen schon erfordern können, habt ihr *eine* Linie der Abkommen, für die „Politik“ eine *andere*. Deshalb taugt ihr weder für den „Kampf“ noch für die „Politik“, sondern nur als Nachbeter der Kadetten.

In unserer Partei streitet man jetzt viel über die Bedeutung des Wortes „Block“. Die einen sagen: Der Block ist eine gemeinsame Liste. Die anderen sagen: Nein, der Block ist eine gemeinsame Plattform. Alle diese Streitereien sind dumm, sind scholastisch. Am Wesen der Sache ändert sich nicht das geringste, ob man nun engere oder weniger enge Abkommen als Block bezeichnet. Es geht in diesem Streit gar nicht darum, ob enge oder nicht enge Abkommen zulässig sind. Wer das annimmt, der bleibt im Sumpf der kleinen und kleinlichen parlamentarischen Technik stecken und vergißt den *politischen Inhalt* dieser Technik. Es geht in diesem Streit darum, *auf welcher Linie* das sozialistische Proletariat Abkommen mit der Bourgeoisie treffen muß, die, allgemein gesprochen, in der bürgerlichen Revolution unvermeidlich sind. In Teilfragen kann es unter den Bolschewiki Meinungsverschiedenheiten geben, beispielsweise, ob bei den Wahlen Abkommen mit der einen oder der anderen Partei der revolutionären Bourgeoisie nötig sind. Bei dem Streit zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki aber geht es keineswegs hierum. Es geht immer wieder darum: Soll das sozialistische Proletariat in der bürgerlichen Revolution der liberal-monarchistischen Bourgeoisie Gefolgschaft leisten, oder soll es an der Spitze der revolutionär-demokratischen Bourgeoisie marschieren?

Der Artikel „Der Block der äußersten Linken“ gibt eine Menge Musterbeispiele dafür, wie das Denken der Menschewiki von dem politischen Inhalt der Meinungsverschiedenheiten zu belanglosen Kleinigkeiten abirrt. Der Verfasser des Artikels selbst bezeichnet (Seite 2, Spalte 3) sowohl eine gemeinsame Plattform als auch eine gemeinsame Liste als Blocktaktik. Gleichzeitig behauptet er aber, wir verteidigten den „Block“ mit den Trudowiki und den Sozialrevolutionären, während die Menschewiki nicht einen Block, sondern nur „Teilabkommen“ mit den Kadetten verteidigen. Teure Genossen, das ist doch geradezu Kinderei und keine Argumentation!

Man vergleiche die Resolution der Menschewiki, die auf der Gesamtrussischen Konferenz angenommen worden ist, mit der Resolution der Bolschewiki. Diese stellt für Abkommen mit den Sozialrevolutionären

schärfere Bedingungen als jene — für Abkommen mit den Kadetten. Das ist unbestreitbar. Denn erstens haben die Bolschewiki Abkommen nur mit solchen Parteien zugelassen, die für die Republik kämpfen und die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands anerkennen, die Menschewiki aber Abkommen mit „oppositionellen demokratischen Parteien“ schlechthin. Die Bolschewiki haben also den Begriff revolutionäre Bourgeoisie durch klare politische Merkmale bestimmt, während die Menschewiki an Stelle einer politischen Definition nur ein Wort der parlamentarischen Technik gegeben haben. Republik und bewaffneter Aufstand sind bestimmte politische Kategorien. Opposition ist nur ein parlamentarischer Terminus. Dieser Terminus ist so unklar, daß er sowohl Oktobristen wie „friedliche Erneuerer“ und alle mit der Regierung Unzufriedenen umfaßt. Zwar trägt das Beiwort „demokratisch“ ein politisches Moment hinein, aber es ist unbestimmt. Man versteht darunter die Kadetten. Und gerade das ist falsch. Als „demokratisch“ eine monarchistische Partei bezeichnen, eine Partei, die ein Oberhaus für zulässig erachtet, eine Partei, die Zuchthausgesetze gegen die Versammlungs- und Pressefreiheit vorgeschlagen hat, eine Partei, die aus der Antwortadresse das direkte, gleiche und geheime Wahlrecht hinausgeworfen hat, eine Partei, die Bodenkomitees, die vom ganzen Volk gewählt werden, abgelehnt hat — eine solche Partei als demokratisch bezeichnen heißt *das Volk betrügen*. Das ist ein sehr schroffes Wort, aber es ist gerecht. Die Menschewiki betrügen das Volk, wenn sie die Kadetten als demokratisch bezeichnen.

Zweitens lassen die Bolschewiki Abkommen mit bürgerlichen Republikanern nur als „Ausnahme“ zu. Die Menschewiki verlangen nicht, daß Blocks mit den Kadetten nur eine Ausnahme seien.

Drittens verbieten die Bolschewiki unbedingt alle wie immer gearteten Abkommen in der Arbeiterkurie („mit irgendeiner anderen Partei“). Die Menschewiki lassen auch Blocks in der Arbeiterkurie zu, denn sie verbieten hier nur Abkommen mit Gruppen und Parteien, „die nicht auf dem Standpunkt des Klassenkampfes des Proletariats stehen“. Das ist kein Zufall, denn obgleich es auf der Konferenz Menschewiki mit proletarischem Klassengefühl gab, die sich gegen diese unsinnige Formulierung wandten, wurden sie von der Mehrheit der Menschewiki überstimmt. Es kam etwas ganz Unbestimmtes und Nebelhaftes heraus, das allem möglichen Abenteuerturn Tür und Tor öffnet. Und überdies ist dabei der für einen

Marxisten ganz unmögliche Gedanke herausgekommen, neben der Sozialdemokratischen Partei *könnte* eine andere Partei „auf dem Standpunkt des Klassenkampfes des Proletariats“ stehen.

Wie soll man es danach nicht zumindest als Kinderei bezeichnen, wenn zu beweisen versucht wird, daß die Bolschewiki unter dem Block mit der republikanischen Bourgeoisie, den Sozialrevolutionären, einen *engeren* Block verstehen als die Menschewiki unter dem Block mit der monarchistischen Bourgeoisie, den Kadetten??

Die vollkommen verlogene Betrachtung über die engeren oder weniger engen Blocks dient nur zur Vertuschung der politischen Frage, *mit wem und zu welchem Zweck* Blocks zulässig sind. Man nehme den „Entwurf einer Wahlplattform“, der in Nr. 6 des „Sozialdemokrat“ veröffentlicht ist. Dieser Entwurf ist eines jener zahllosen Dokumente menschewistischer Politik, die das Vorhandensein eines *ideologischen* Blocks der Menschewiki mit den Kadetten beweisen. Die Resolution der Konferenz über notwendige „Korrekturen“ an diesem Entwurf einer Wahlplattform zeigt dies mit aller Klarheit. Man bedenke nur: die Konferenz der Sozialdemokraten mußte ihr ZK daran erinnern, daß man in einem illegalen Dokument nicht die Losung der Republik fortlassen darf, daß man sich nicht auf allgemeine nebelhafte Worte über Fürsprache und Kampf beschränken darf, sondern daß es notwendig ist, die verschiedenen Parteien genau zu bezeichnen und vom proletarischen Standpunkt aus zu charakterisieren, daß es erforderlich ist, auf die Notwendigkeit des Aufstands hinzuweisen, den Klassencharakter der Sozialdemokratie zu betonen! Daß das ZK der Sozialdemokratischen Partei an die Notwendigkeit erinnert werden mußte, im *ersten* Wahlauf Ruf der Partei ihren Klassencharakter zu betonen — nur ein absolut anormaler Zustand, ein grundlegender Fehler in den Anschauungen des ZK konnten etwas Derartiges möglich machen.

Es ist noch ungewiß, ob und in welchem Umfang man bei uns praktische Abkommen mit den Kadetten schließen wird. Ein ideologisches Abkommen aber, einen ideologischen Block gibt es bereits: in dem Entwurf der Wahlplattform wird der Unterschied zwischen dem Standpunkt des Proletariats und dem Standpunkt der liberal-monarchistischen Bourgeoisie vertuscht.* In dem bolschewistischen Entwurf des Wähleraufrufs hingegen

* Das ist nicht der erste Fehler der Menschewiki. In der berühmten Duma-deklaration der SDAPR haben sie denselben Fehler begangen. Sie haben die

finden wir einen Hinweis nicht nur auf diesen Unterschied, sondern auch auf den Unterschied zwischen dem Standpunkt des Proletariats und dem Standpunkt der Klasse der Kleinbesitzer.

In der Frage der Wahlblocks muß gerade diese grundsätzliche, ideologische Seite in den Vordergrund gerückt werden. Vergebens sind alle Rechtfertigungsversuche der Menschewiki: Wir werden in der Wahlagitatio schon selbständig sein, wir werden sie in nichts beschneiden, und erst in der letzten Minute werden wir unsere Kandidaten auf die Wahlliste der Kadetten setzen!

Das ist eine Unwahrheit. Wir sind natürlich davon überzeugt, daß die Besten unter den Menschewiki dies aufrichtig wünschen. Aber bestimmend sind nicht ihre Wünsche, sondern die objektiven Bedingungen des gegenwärtigen politischen Kampfes. Diese Bedingungen führen dazu, daß schon jetzt jeder Schritt der Menschewiki in ihrer Wahlkampagne durch Kadettengeist verunreinigt, durch Verdunkelung des Standpunkts der Sozialdemokraten gekennzeichnet ist. Wir haben das am Beispiel des Entwurfs der Wahlplattform gezeigt und werden es sofort an Hand einer ganzen Reihe anderer Dokumente und Betrachtungen zeigen.

Das Hauptargument der Menschewiki ist die Schwarzhundertergefahr. Dieses Argument ist in erster Linie und hauptsächlich deshalb falsch, weil man die Schwarzhundertergefahr nicht mit kadettischer Taktik und kadettischer Politik bekämpfen kann. Das Wesen dieser Politik ist die *Aussöhnung* mit dem Zarismus, das heißt mit der Schwarzhundertergefahr. Die erste Duma hat zur Genüge gezeigt, daß die Kadetten die Schwarzhundertergefahr nicht bekämpfen, sondern unglaublich schändliche Reden halten über die Unschuld und Nichtverantwortlichkeit des Monarchen, *des offenkundigen Führers der Schwarzhunderter*. Wenn daher die Menschewiki Kadetten in die Duma bringen, so bekämpfen sie nicht die Schwarzhundertergefahr, sondern streuen im Gegenteil dem Volk Sand

Bolschewiki sozialrevolutionärer Anschauungen beschuldigt, selbst aber haben sie den Unterschied zwischen den Auffassungen der Sozialdemokraten und der Trudowiki soweit verwischt, daß die sozialrevolutionären Zeitungen in der Dumaepoche die Dumadeklaration der Sozialdemokraten als ein Plagiat sozialrevolutionärer Gedanken bezeichneten! Dagegen war in unserem Gegenentwurf zur Dumadeklaration⁸⁷ klar aufgezeigt, was uns von den Kleinbürgern unterscheidet.

in die Augen, verdunkeln die wirkliche Bedeutung der Schwarzhundertergefahr. Die Schwarzhundertergefahr dadurch zu bekämpfen, daß man Kadetten in die Duma bringt, ist dasselbe, als wollte man die Pogrome nach dem Rezept des Lakaïen Roditschew bekämpfen: „Es ist eine Frechheit, den Monarchen für den Pogrom verantwortlich zu machen.“

Der zweite Fehler dieses landläufigen Arguments besteht darin, daß die Sozialdemokraten die Vorherrschaft im Kampf für die Demokratie stillschweigend den Kadetten überlassen. Warum sollen an einer Stimmenzersplitterung, die den Schwarzhundertern den Sieg sichert, *wir* die Schuld tragen, weil wir nicht für die Kadetten gestimmt haben, und nicht die *Kadetten*, weil sie nicht für uns gestimmt haben?

— Wir sind in der Minderheit — erwidern die Menschewiki, erfüllt von christlicher Demut. Die Kadetten sind in der Mehrzahl. Die Kadetten können sich doch nicht für Revolutionäre erklären.

— Ja! Aber das ist kein Grund für die Sozialdemokraten, sich für Kadetten zu erklären. Nirgends in der Welt haben jemals bei einer auf halbem Wege stehengebliebenen bürgerlichen Revolution die Sozialdemokraten gegenüber den bürgerlichen Demokraten die Mehrheit gehabt, und das konnte auch nicht sein. Und *überall*, in allen Ländern, stieß das erste selbständige Auftreten der Sozialdemokraten in der Wahlkampagne auf das Geschrei und Gebelfer der Liberalen, *die den Sozialisten vorwarfen, Helfersbelfer der Schwarzhunderter zu sein.*

Wir nehmen daher das übliche Geschrei der Menschewiki: Die Bolshewiki verhelfen den Schwarzhundertern zum Siege, mit größter Ruhe hin. Das haben *alle Liberalen allen Sozialisten* vorgeworfen. Wenn ihr auf den Kampf gegen die Kadetten verzichtet, überlaßt ihr die Massen der proletarischen und halbproletarischen Elemente, die fähig sind, mit den Sozialdemokraten zu gehen, dem ideologischen Einfluß der Kadetten.* Wenn nicht heute, so werdet ihr morgen — wenn ihr nicht aufhören wollt, Sozialisten zu sein — ungeachtet der Schwarzhundertergefahr den selbständigen Kampf aufnehmen müssen. Heute aber ist es dringlicher und

* Die Kadetten selber geben bereits zu, daß ihnen bei den Wahlen eine *Gefahr von links* droht (buchstäblich die Worte der „Retsch“ in dem Bericht über das Petersburger Gouvernement). Mit ihrem Gezeter über die Schwarzhundertergefahr führen die Kadetten die Menschewiki an der Nase herum, um die Gefahr von links von sich abzuwenden!!

leichter, den richtigen Schritt zu tun, als morgen. In der dritten Duma (wenn eine solche nach der zweiten Duma einberufen wird) wird es für euch noch schwieriger sein, den Block mit den Kadetten zu brechen, ihr werdet euch noch mehr in euren widernatürlichen Beziehungen zu den Verrätern der Revolution verstricken. Die *wirkliche* Schwarzhundertergefahr aber, das wiederholen wir, sind gar nicht die schwarzen Dumamandate, sondern die Pogrome, die Standgerichte. Ihr erschwert dem Volke den Kampf gegen diese wirkliche Gefahr, indem ihr ihm kadettische Scheuklappen umbindet.

Der dritte Fehler des landläufigen Arguments: die falsche Einschätzung der Duma und ihrer Rolle. In dem reizenden Artikel „Der Block der äußersten Linken“ mußten die Menschewiki widerrufen, was sie immer wieder beteuert hatten, mußten sie eingestehen, daß es nicht um technische Abkommen, sondern um einen grundlegenden politischen Unterschied zwischen zwei Taktiken geht.

In diesem Artikel lesen wir:

„Die Taktik des ‚Blocks‘ ist, bewußt oder unbewußt, darauf berechnet, in der nächsten Duma eine festgefügte revolutionäre Minderheit verwaschen sozialdemokratischer Färbung zu schaffen, die ebenso systematisch den Kampf gegen die Dumamehrheit wie gegen die Regierung führen und in einem bestimmten Augenblick die Duma stürzen und sich zur provisorischen Regierung proklamieren würde. Die Taktik der Teilabkommen zielt darauf ab, nach Möglichkeit die Duma als Ganzes, d. h. die Dumamehrheit, für den Kampf gegen das autokratische Regime auszunützen und hierbei in der Duma stets den extremen Standpunkt der selbständig auftretenden sozialdemokratischen Fraktion zu wahren.“

Hinsichtlich der „verwaschenen Färbung“ haben wir bereits gezeigt, daß eben die Menschewiki, sowohl was die Wahlen in der Arbeiterkurie als auch die weiter gehende Zulassung von Blocks und die ideologische Ersetzung des Sozialdemokratismus durch den Kadettismus anbelangt, diesen Vorwurf verdienen. Was die „Proklamierung“ der provisorischen Regierung anbelangt, so ist die Behauptung der Menschewiki genauso lächerlich, denn sie vergessen, daß es nicht auf die Proklamierung, sondern auf den ganzen Verlauf und den Erfolg des *Aufstands* ankommt. Eine provisorische Regierung, die nicht Organ des Aufstands ist, ist ein leeres Wort oder ein leeres Abenteuer.

Doch dem Kern der Sache nach haben die Menschewiki in dem angeführten Zitat ungewollt ein wahres Wort ausgesprochen. In der Tat, es läuft alles eben darauf hinaus, ob wir wegen einer „durch und durch“ liberalen Duma („die Duma als Ganzes“) die *Selbständigkeit* der sozialdemokratischen Wahlkampagne *opfern oder nicht*. In der Tat, für die Bolschewiki ist die volle Selbständigkeit der Wahlkampagne, der volle (und nicht halbkadettische) sozialdemokratische Geist unserer Politik und unserer Fraktion wichtiger. Für die Menschewiki aber ist eine durch und durch kadettische Duma mit einer großen Anzahl von Sozialdemokraten wichtiger, die als Halbkadetten in die Duma gekommen sind. Es geht um zwei Dumatypen: 200 Schwarze, 280 Kadetten, 20 Sozialdemokraten — oder 400 Kadetten und 100 Sozialdemokraten. Wir ziehen den ersten Typus vor und halten es für eine Kinderei, die Beseitigung der Schwarzen aus der Duma als Beseitigung der schwarzen Gefahr zu betrachten.

Für uns gibt es überall nur eine Linie: sowohl im Wahlkampf als auch im Kampf in der Duma und im Straßenkampf, im Kampf mit der Waffe in der Hand. Überall kämpft die Sozialdemokratie zusammen mit der revolutionären Bourgeoisie gegen die verräterischen Kadetten. Die Menschewiki aber führen den „Duma“kampf zusammen mit den Kadetten (Unterstützung der Duma als Ganzes und eines kadettischen Kabinetts), während sie für den Fall des Aufstands ihre Politik ändern und „*nicht* einen politischen Block, *sondern* ein Kampfabkommen“ eingehen. Deshalb hatte der Bolschewik recht, der auf der Konferenz sagte: Die Bundisten, die für Blocks mit den Kadetten eingetreten sind, haben als Konterbande die Unterstützung eines kadettischen Kabinetts eingeschmuggelt.

Das oben von uns angeführte Zitat ist eine vortreffliche Bestätigung dafür, wie Blocks mit den Kadetten die schönen Worte in eine hohle Phrase verwandeln, die sich in der menschewistischen Resolution über die Losungen der Wahlkampagne finden: „...die Kräfte der Revolution innerhalb der Duma organisieren“ (und nicht ein Kadettenanhängsel organisieren, indem man die wirklichen Kräfte der Revolution desorganisiert?), „die Ohnmacht der Duma aufdecken“ (und nicht die Ohnmacht der Kadetten vor den Massen verbergen?), „den Massen klarmachen, daß die Hoffnungen auf einen friedlichen Ausgang des Kampfes illusorisch sind“ (und nicht den Einfluß der Kadettenpartei, die solche Illusionen züchtet, in den Massen stärken?).

Und die Kadettenpresse hat die *politische* Bedeutung der menschewistischen Blocks mit den Kadetten vorzüglich erkannt. Wir haben oben gesagt: im Gefolge der Liberalen oder an der Spitze der Revolutionäre. Um dies zu bekräftigen, berufen wir uns auf unsere politische Presse.

Gibt es einigermaßen ernsthafte oder allgemeingültige Beweise dafür, daß sich die Bolschewiki im Gefolge von bürgerlichen Revolutionären befinden, daß sie von ihnen abhängig sind? Es ist lächerlich, davon auch nur zu reden. Die ganze Presse Rußlands zeigt anschaulich, und alle Feinde der Revolutionäre müssen es zugeben, daß eben die Bolschewiki eine selbständige politische Linie verfolgen, wobei sie einzelne Gruppen und die besten Elemente der bürgerlichen Revolutionäre mit sich reißen.

Und die bürgerlichen Opportunisten? Sie besitzen zehnmal mehr Presseorgane als alle sozialdemokratischen und sozialrevolutionären Zeitungen zusammengenommen. Und eben sie verfolgen eine selbständige politische Linie, wobei sie die Menschewiki und Volkssozialisten in einfache Nachbeter verwandeln.

Aus den Resolutionen der Menschewiki bringt die *gesamte* Kadettenpresse *nur* die Stellen über die Blocks, läßt aber die „Ohnmacht der Duma“, die „Organisation der Kräfte der Revolution innerhalb der Duma“ und sonstige Dinge *fort*. Und die Kadetten lassen diese Dinge nicht nur *fort*, sondern *schmähen* sie auch *direkt*, indem sie bald von „Phrasen“, bald von „Inkonsequenz“ der Menschewiki, bald von „Unbeständigkeit der Losungen des Menschewismus“, bald von „verderblichem Einfluß der Bolschewiki auf die Menschewiki“ sprechen.

Was bedeutet das? Es bedeutet, daß sich im politischen Leben unabhängig von unserem Willen und entgegen den Wünschen der Besten unter den Menschewiki die *kadettische Handlungsweise* der Menschewiki auswirkt, während ihre *revolutionären Phrasen* beiseite geschoben werden.

Der Kadett steckt die Hilfe der Menschewiki in die Tasche, klopft Plechanow für die Blockpropaganda auf die Schulter und schreit zur gleichen Zeit verächtlich und grob, wie ein Krämer, der sich am errafften Profit vollgefressen hat: Zuwenig, meine Herren Menschewiki! Es bedarf noch der ideologischen Annäherung! (Siehe die Artikel des „Towarischtsch“ zum Brief Plechanows.) Zuwenig, ihr Herren Menschewiki, ihr müßt noch die Polemik einstellen oder jedenfalls ändern! (Siehe im *linkskadettischen* „*Wek*“ [Das Jahrhundert] den Leitartikel über die Resolutionen

unserer Konferenz.) Ich spreche schon gar nicht von der „Retsch“, die den nach den Kadetten schmach tenden Menschewiki kurz und bündig erklärt: „Wir gehen in die Duma, um *gesetzgeberisch zu wirken*“, und nicht, um Revolution zu machen!

Arme Menschewiki, armer Plechanow! Ihre Liebesbotschaften an die Kadetten wurden mit Vergnügen gelesen, aber man läßt sie noch nicht weiter als bis ins Vorzimmer.

Seht euch Plechanows Auftreten in der bürgerlichen kadettischen Zeitung „Towarischtsch“ an. Mit welchem Entzücken haben ihn Herr Prokopowitsch und Frau Kuskowa begrüßt, dieselben, die Plechanow 1900 aus der Sozialdemokratischen Partei hinausgeworfen hat, weil sie diese im bürgerlichen Sinne zu korrumpieren versuchten. Jetzt hat Plechanow die Taktik des berühmten Prokopowitsch und Kuskowaschen „Credo“* akzeptiert — und die Bernsteinianer werfen ihm ungeniert Kußhände zu und rufen dabei: Wir *bürgerlichen Demokraten* haben das immer gesagt!

Plechanow aber mußte, um ins Vorzimmer der Kadetten zu gelangen, *seine gestrigen Erklärungen* vor dem ganzen Volk *widerrufen*.

Hier die Tatsachen.

In Nr. 6 des „Dnewnik“, im Juli 1906, nach der Auseinanderjagung der Duma, schrieb Plechanow, daß die Parteien, die an der Bewegung *teilnehmen*, sich miteinander verständigen müßten. Um vereint zu schlagen, müsse man *sich vorher verständigen*. „Die Parteien, die unserem alten Regime feindlich gegenüberstehen, müssen sich... hinsichtlich des Grundgedankens dieser Propaganda miteinander verständigen. Nach der Auseinanderjagung der Duma aber kann ein solcher Gedanke nur der Gedanke der konstituierenden Versammlung sein“...

... „Nur“ der Gedanke der konstituierenden Versammlung, das war der Plan des politischen Blocks und des Kampfabkommens, den Plechanow im Juli 1906 vertrat.

Fünf Monate später, im November 1906, ändert Plechanow die Linie des Abkommens. Weshalb? Haben sich etwa seit dieser Zeit die Beziehungen zwischen den Parteien, die die konstituierende Versammlung fordern, und denen, die sie nicht fordern, geändert?

Die Kadetten sind seit dieser Zeit, wie allgemein zugegeben wird, noch

* Glaubensbekenntnis, Programm, Darlegung einer Weltanschauung. *Die Red.*

weiter nach rechts gegangen. Und Plechanow *geht* in die Kadettenpresse und *schweigt* von der konstituierenden Versammlung, von der man in liberalen Vorzimmern nicht sprechen darf.

Ist es nicht offensichtlich, daß dieser Sozialdemokrat ausgerutscht ist?

Nicht genug damit. In derselben Nr. 6 des „Dnewnik“ sprach Plechanow *direkt* von den Kadetten. Plechanow hat *damals* (lang, lang ist's her!) auseinandergesetzt, daß das Mißtrauen der Kadetten gegenüber dem Gedanken der konstituierenden Versammlung selbststüchtigen Klasseninteressen entspringe. Plechanow schrieb damals über die Kadetten buchstäblich das Folgende:

„Wer unter dem einen oder anderen Vorwand auf die Propagierung dieses Gedankens (der konstituierenden Versammlung) verzichtet, der gibt klar zu verstehen, daß er eigentlich auf die Taten der Herren Stolypin und Co. gar keine gebührende Antwort geben will, daß er sich, wenn auch schweren Herzens, *mit diesen Taten aussöhnt*, daß er sich *nur in Worten, nur zum Schein* gegen sie wendet.“ (Hervorgehoben von uns.)

Nachdem Plechanow nunmehr in die Kadettenzeitung übersiedelt ist, hat er die Propagierung des Wahlblocks mit der Verwirklichung des ideologischen Blocks begonnen. In der Kadettenzeitung hat Plechanow dem Volke nicht sagen wollen, daß sich die Kadetten mit der Stolypinschen Bande *aussöhnen*, daß sie sich *nur zum Schein* auflehnen.

Warum will Plechanow im November 1906 nicht wiederholen, was er im Juli 1906 gesagt hat?

Das eben ist die Bedeutung der „technischen“ Blocks mit den Kadetten, und deshalb führen wir einen rücksichtslosen Kampf gegen jene Sozialdemokraten, die diese Blocks zulassen.

Jubelt ihr nicht zu früh, ihr Herren Kadetten? Die Sozialdemokraten im Kaukasus und im Ural, in Polen und in Lettland, im zentralen Moskauer Gebiet und wahrscheinlich auch in Petersburg werden ohne Blocks wählen.

Keine Blocks mit den Kadetten! Keine Versöhnung mit jenen, die sich mit der Stolypinschen Bande aussöhnen!

„Proletari“ Nr. 8,
23. November 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

DER KAMPF GEGEN DIE KADETTISIERENDEN SOZIALDEMOKRATEN UND DIE PARTEIDISZIPLIN

Daß die Menschewiki Blocks mit den Kadetten zulassen, hat sie endgültig als opportunistischen Flügel der Arbeiterpartei ausgewiesen. Gegen Blocks mit den Kadetten führen wir den rücksichtslosesten ideologischen Kampf auf breiter Grundlage, und wir müssen das tun. Dieser Kampf ist am besten geeignet, die Massen des revolutionären Proletariats, die in unserer *selbständigen* Wahlkampagne (selbständig nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat, d. h. ohne Blocks mit den Kadetten) neues Material für die Entwicklung ihres Klassenbewußtseins erhalten, zu erziehen und zusammenzuschweißen.

Es fragt sich nun, wie dieser rücksichtslose ideologische Kampf mit der Parteidisziplin des Proletariats zu vereinbaren ist. Diese Frage muß offen gestellt und unverzüglich und restlos geklärt werden, damit es in der praktischen Politik der revolutionären Sozialdemokratie *keinerlei* Mißverständnisse und *keinerlei* Schwankungen gebe.

Untersuchen wir zunächst die grundsätzliche und dann die praktische, jedermann unmittelbar interessierende Seite dieser Frage.

Grundsätzlich haben wir schon wiederholt unsere Ansichten über die Bedeutung der Disziplin und den Begriff Disziplin in der Arbeiterpartei dargelegt. *Einheit der Aktion, Freiheit der Diskussion und der Kritik* — so lautet unsere Definition. Nur eine solche Disziplin ist der demokratischen Partei der fortgeschrittensten Klasse würdig. Die Kraft der Arbeiterklasse ist die Organisation. Ohne Organisation der Massen ist das Proletariat nichts. Organisiert ist es alles. Organisiertheit ist Einheit der Aktion, ist Einheit des praktischen Handelns. Selbstverständlich sind aber

alle Aktionen und alles Handeln nur deshalb und nur insoweit von Wert, als sie vorwärtsbringen und nicht zurückwerfen, als sie das Proletariat ideologisch zusammenschweißen, es heben und nicht herabdrücken, nicht korrumpieren, nicht schwächen. Organisation ohne ideologischen Inhalt ist ein Unfug, der die Arbeiter in der Praxis in klägliche Nachläufer der machthabenden Bourgeoisie verwandelt. Deshalb erkennt das Proletariat keine Einheit der Aktion ohne Freiheit der Diskussion und der Kritik an. Deshalb dürfen klassenbewußte Arbeiter niemals vergessen, daß es so ernsthafte Verletzungen der Prinzipien geben kann, daß der Bruch aller organisatorischen Beziehungen zur Pflicht wird.

Damit nicht irgendein literarischer Draufgänger meine Worte entstelle, werde ich sofort von der allgemeinen zur konkreten Behandlung der Frage übergehen. Erfordert nicht die Tatsache, daß Sozialdemokraten Blocks mit den Kadetten zulassen, den völligen Bruch der organisatorischen Beziehungen, d. h. die Spaltung? Wir glauben, das ist nicht der Fall, und alle Bolschewiki denken so. Erstens sind die Menschewiki eben erst, unsicheren Schritts noch und unentschlossen, dabei, den Weg des praktischen Opportunismus en grand* zu betreten. Die Tinte ist noch nicht trocken geworden, mit der Martow schrieb, daß er von Tscherewanin abrücke, der sich für die Zulassung von Blocks mit den Kadetten erklärt hatte — das zu einer Zeit, als noch nicht aus Genf die Kadettenparole gegeben war.⁸⁸ Zweitens, und das ist noch viel wichtiger, ist die objektive Situation des proletarischen Kampfes in Rußland gegenwärtig so, daß sie mit unwiderstehlicher Kraft zu *bestimmten* entscheidenden Schritten treibt. Ob die Revolution zu einem großen Aufschwung schreitet (wie wir angenommen haben) oder zum völligen Zusammenbruch (wie gewisse Sozialdemokraten annehmen, obwohl sie fürchten, es zu sagen), in *beiden* Fällen wird die Taktik der Blocks mit den Kadetten unvermeidlich, und zwar in nicht sehr ferner Zeit, Schiffbruch erleiden. Deshalb sind wir *verpflichtet*, und wir werden nicht in intelligenzlerische Nervosität verfallen, jetzt die Einheit der Partei zu wahren, wobei wir auf die Standhaftigkeit des revolutionären Proletariats, auf seinen gesunden Klasseninstinkt vertrauen. Drittens schließlich sind in der gegenwärtigen Wahlkampagne die örtlichen Organisationen durch den Beschluß der Menschewiki und des ZK zugunsten von Blocks praktisch nicht gebunden, der Beschluß zwingt nicht

* in großem Maßstab. *Die Red.*

unserer Partei als Ganzem diese schmäbliche Taktik der Blocks mit den Kadetten auf.

Jetzt zur konkreten Seite der Frage. Inwieweit sind die Beschlüsse der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR — und die Direktiven des ZK — verbindlich? und inwieweit sind die örtlichen Parteiorganisationen autonom?

Diese Fragen hätten unzweifelhaft in unserer Partei endlose Streitigkeiten hervorgerufen, wenn nicht die Konferenz selbst sie entschieden hätte. Alle Konferenzteilnehmer stimmten darin überein, daß die Beschlüsse der Konferenz *nicht bindend* seien und niemand eine Verpflichtung auferlegten, weil die Konferenz eine beratende und nicht eine beschließende Körperschaft war. Die Delegierten wurden nicht auf demokratischem Wege gewählt, sondern vom ZK in einer von ihm festgesetzten Anzahl aus von ihm bestimmten Organisationen ausgesucht. *Deshalb* haben die Bolschewiki, die Letten und die Polen auf der Konferenz keine Zeit damit verloren, die menschwistische Resolution über die Blocks umzuarbeiten, haben sie nicht Kompromisse ausgearbeitet (wie die Anerkennung der Richtigkeit des Boykotts *neben* der Zulassung von Blocks mit der monarchistischen Bourgeoisie!), sondern ihr ihre eigene Plattform, ihre eigenen Losungen, ihre eigene Taktik in der Wahlkampagne direkt *entgegengestellt*. Gerade ein solches Verhalten der Bolschewiki war unbedingt notwendig auf einer beratenden Konferenz, die den Parteitag nicht ersetzen, sondern vorbereiten, die Frage nicht entscheiden, sondern klarer und genauer formulieren, den innerparteilichen Kampf nicht unterdrücken, nicht verwischen, sondern ihn lenken, ihn zielstrebig und prinzipieller machen sollte.

Gehen wir weiter. Die Beschlüsse der Konferenz werden (mit diesen oder jenen Abänderungen) zu Direktiven des ZK. Direktiven des ZK sind für die ganze Partei verbindlich. In welchen Grenzen nun sind sie in der gegebenen Frage verbindlich?

Selbstverständlich in den Grenzen der Parteitagsbeschlüsse und in den Grenzen der vom Parteitag anerkannten Autonomie der örtlichen Parteiorganisationen. Über diese Grenzen könnte es wiederum endlose und nicht beizulegende Streitigkeiten geben (verbietet doch die Resolution des Vereinigungsparteitags in der Wahlkampagne jedwede Blocks mit bürgerlichen Parteien), wenn nicht die Konferenz *mit Einverständnis sowohl der*

Menschewiki als auch der Bolschewiki und der Mitglieder des ZK eine Resolution angenommen hätte, die sich vor den anderen Resolutionen der Konferenz dadurch auszeichnet, daß sie noch am wenigsten kautschukartig ist. Die Tatsache, daß es bei der Abstimmung über diese Resolution zu keiner fraktionellen Trennung kam, ist ein wichtiges Unterpfand für die Einheit und Kampffähigkeit der Arbeiterpartei.

Hier der Wortlaut dieser Resolution:

„Die Konferenz gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß im Rahmen ein und derselben Organisation alle ihre Mitglieder verpflichtet sind, alle die Wahlkampagne betreffenden Beschlüsse, die von den kompetenten Organen der örtlichen Organisationen angenommen sind, im Rahmen der allgemeinen Direktiven des ZK durchzuführen, wobei das ZK den örtlichen Organisationen untersagen kann, nicht rein sozialdemokratische Listen aufzustellen, aber sie nicht verpflichten soll, nicht rein sozialdemokratische Listen aufzustellen.“

Die von uns hervorgehobenen Stellen räumen endlose Streitigkeiten aus dem Wege und werden, wie man hoffen kann, unerwünschte und gefährliche Reibungen beseitigen. Die allgemeinen Direktiven des ZK können nicht über eine Anerkennung der *Zulässigkeit* von Blocks mit den Kadetten hinausgehen. Alle Sozialdemokraten ohne Unterschied der Fraktion haben hierbei erklärt, daß Blocks mit den Kadetten trotz alledem nicht gerade etwas sehr Anständiges sind, denn wir alle haben es dem ZK freigestellt, Blocks zu verbieten, geben ihm aber nicht das Recht, solche vorzuschreiben.

Der Schluß, der sich hieraus ergibt, ist klar. Der Partei liegen zwei Plattformen vor. Die eine ist die Plattform von 18 Konferenzdelegierten, Menschewiki und Bundisten. Die andere ist die von 14 Delegierten, Bolschewiki, Polen und Letten. Die kompetenten Organe der örtlichen Organisationen können nach freiem Ermessen unter diesen Plattformen wählen, können sie abändern, ergänzen oder durch neue ersetzen. *Nachdem* ein Beschluß der kompetenten Organe gefaßt ist, werden wir *alle*, die wir Parteimitglieder sind, *wie ein Mann handeln*. Der Bolschewik in Odessa wird einen Zettel mit dem Namen eines Kadetten in die Urne werfen, wenngleich ihm dabei auch übel werden mag. Der Menschewik in Moskau wird einen Zettel, der nur Namen von Sozialdemokraten trägt, in die Urne werfen, wenngleich seine Seele nach den Kadetten lechzen mag.

Aber die Wahlen finden nicht heute oder morgen statt. Mögen sich also alle revolutionären Sozialdemokraten fester zusammenschließen und den breitesten, rücksichtslosesten ideologischen Kampf führen gegen die Blocks mit den Kadetten, die die Revolution hemmen, den proletarischen Klassenkampf schwächen und das staatsbürgerliche Bewußtsein der Massen korrumpieren!

*„Proletari“ Nr. 8,
23. November 1906.*

Nach dem Text des „Proletari“.

WIE FÜHREN DIE ARMAWIRER SOZIALDEMOKRATEN DIE WAHLKAMPAGNE?

Bei den Wahlen zur ersten Duma schlossen die Armawirer Sozialdemokraten Blocks mit den Kadetten. Die „Wolna“⁸⁹ hat seinerzeit darüber berichtet und die Armawirer scharf gerügt. Aus demselben Anlaß hat damals auch das ZK unserer Partei nach Armawir geschrieben und den dortigen Genossen vorgehalten, daß sie die Direktiven des Vereinigungsparteitags verletzen.

Man darf also annehmen, daß die Armawirer Genossen nunmehr aus eigener Erfahrung wissen, was Blocks mit den Kadetten bedeuten. Jedenfalls propagieren sie in ihren neuesten Parteipublikationen keine Blocks mit den Kadetten, sondern im Gegenteil, sie sprechen *offen und unverhüllt die ganze Wahrheit* über die Kadetten aus. Wir wollen hier nicht die literarische Form der Armawirer Publikationen bekritteln — das wäre engherzig und kleinlich. Wir wollen nur einige Stellen anführen, die die Taktik der Armawirer besonders deutlich zeigen.

Uns liegt Nr. 1 der vom Armawirer Komitee der SDAPR herausgegebenen Zeitung „Armawirski Proletari“ [Der Armawirer Proletarier] vom Oktober 1906 vor, die in einer Auflage von 5000 Exemplaren erschien.

Im Leitartikel lesen wir:

„Mögen die Kadetten, Kaufleute, Beamten, Gutsbesitzer, Liberalen nach der Pfeife der Regierung tanzen, das Proletariat wird nicht seinen Nacken beugen, wird nicht Frieden schließen!“

In dem nächsten Artikel, der speziell dazu aufruft, sich auf die Wahlen vorzubereiten, heißt es:

„Schließt euch zusammen, beteiligt euch an den Wahlen, erobert die Duma! Lange genug haben die Herren Kadetten auf den Samtsesseln des Taurischen

Palastes gegessen. Es ist an der Zeit, daß die Arbeiter mit ihren schwieligen Fäusten diese Schwätzer und Nichtstuer hinauswerfen!“

„Beeilt euch, euren proletarischen Platz in der Duma zu sichern, um aus der Kadettenschwatzbude ein revolutionäres Schlachtfeld zu machen zum Kampf gegen die Henker des Volkes, gegen die verfluchte Selbstherrschaft.“

In dem Flugblatt „An die Wähler“, das vom November 1906 datiert und in einer Auflage von 3000 Exemplaren erschienen ist, schreibt das Armawirer Komitee:

„Das Volk hat begriffen, daß es nur mit Gewalt, nur mit Macht das nehmen kann, was ihm die verendende Selbstherrschaft nicht freiwillig gibt, was ihm die machtlose Kadettenduma nicht gegeben hat.. Machen wir unsere Revolution über sie, über diese Duma, lassen wir in Person unserer Deputierten die Macht des Volkes in den Taurischen Palast einziehen, lassen wir in der neuen Duma durch die Hände unserer Deputierten die helle Flamme der Revolution auflodern und fachen wir sie mit dem stürmischen Atem des ganzen proletarischen und revolutionären Rußlands an. Auf in die neue Duma!! Auf in die neue Duma!!

... Genossen und Bürger! Unsere künftige Duma wird keine Schwarzhundertduma, wird auch keine kadettische Duma sein — sie wird eine proletarische und bäuerliche, sie wird unsere Duma, eine machtvollkommene Duma sein.“

Wir wiederholen, es wäre kleinlich, die Form oder Einzelheiten dieser Aufrufe zu bekritteln.

Wichtig ist ihr Geist. Wichtig ist die selbständige Politik der Armawirer Sozialdemokraten, die durch das Fegefeuer der Blocks mit den Schwätzern und Nichtstuern gegangen sind.

Hier habt ihr eure Hoffnungen auf die Sozialdemokraten, ihr Herren von der „Retsch“ und vom „Towarischtsch“, vom „Wek“ und von den „Russkije Wedomosti“⁹⁰! Hier habt ihr die „Gefahr von links“, von der dieser Tage die „Retsch“ gesprochen hat!

Auf zum Kampf denn, revolutionäre Sozialdemokraten! Auf zum Kampf gegen die Blocks mit den Kadetten! Die Genossen Menschewiki werden ebenso wie die Armawirer durch das Fegefeuer der Blocks mit den Opportunisten der Bourgeoisie hindurchgehen und zur revolutionären Sozialdemokratie zurückkehren.

WEN SOLL MAN IN DIE REICHSDUMA WÄHLEN?⁹¹

Bürger! Tut alles, damit das ganze Volk klar erkennt, welche Hauptparteien sich bei den Wahlen in St. Petersburg einander gegenüberstehen und was jede Partei erstrebt!

WELCHES SIND DIE DREI HAUPTPARTEIEN?

Die Schwarzhundert — das sind der Bund des russischen Volkes, die Monarchisten, die Partei der Rechtsordnung, der Verband vom 17. Oktober, die Handels- und Industriepartei, die Partei der friedlichen Erneuerung.

Die Kadetten — das sind die Partei der „Volks“freiheit oder die konstitutionell-„demokratische“ (in Wirklichkeit liberal-monarchistische) Partei, die Partei „demokratischer“ Reformen, die Radikalen u. a.

Die Sozialdemokraten. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands. Das ist die Partei der klassenbewußten Arbeiter aller Nationalitäten Rußlands, der Russen, Letten, Polen, Juden, Kleinfürstlichen, Armenier, Georgier, Tataren u. a.

WESSEN INTERESSEN VERTRETEN DIESE DREI HAUPTPARTEIEN?

Die Schwarzhundert verteidigen die heutige zaristische Regierung. Sie sind für die Gutsbesitzer, für die Beamten, für die Macht

Die Kadetten verteidigen die Interessen der liberalen Bourgeois, der liberalen Gutsbesitzer, Kaufleute und Kapitalisten. Die Kadetten sind

Die Sozialdemokratie ist die Partei der Arbeiterklasse, die die Interessen aller Werktätigen und Ausgebeuteten vertritt.

der Polizei, für die Standgerichte, für die Pogrome.	die Partei der bürgerlichen Advokaten, Zeitungsschreiber, Professoren und dergleichen.
--	--

WAS ERSTREBEN DIE DREI HAUPTPARTEIEN?

Die Schwarzhundert-er erstreben die Auf-rechterhaltung der alten Selbstherrschaft, der Rechtlosigkeit des Vol-kes, der unbeschränkten Herrschaft der Gutsbesitzer, der Beamten und der Polizei über das Volk.	Die Kadetten erstre-ben den Übergang der Macht in die Hände der liberalen Bourgeoisie. Die Monarchie soll un-ter Aufrechterhaltung der Polizei- und Mili-tärmacht das Recht der Kapitalisten auf die Ausplünderung der Ar-beiter und Bauern schützen.	Die Sozialdemokra-ten erstreben den Über-gang der ganzen Macht in die Hände des Vol-kes, d. h. die demokratische Republik. Die volle Freiheit brauchen die Sozialdemokraten, um für den Sozialismus, für die Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals zu kämpfen.
---	---	---

WELCHE FREIHEIT WOLLEN DIE DREI HAUPTPARTEIEN DEM VOLK GEBEN?

Die Schwarzhunder-ter geben dem Volke überhaupt keine Frei-heit und keine Macht. Die ganze Macht gehört der Zarenregierung. Die Rechte des Volkes be-stehen darin, Steuern und Abgaben zu zah-len, für die Reichen zu	Die Kadetten wollen eine „Volksfreiheit“, die untergeordnet werden soll 1. einem Ober-haus, d. h. den Gutsbesitzern und Kapitali-sten; 2. der Monarchie, d. h. dem Zaren mit einer nicht verantwort-lichen Polizei- und Mi-	Die Sozialdemokra-ten wollen die volle Freiheit und die ganze Macht für das Volk, die Wählbarkeit aller Be-amten, die Befreiung der Soldaten vom Zucht-hausregime der Kaserne und die Aufstellung einer freien Volkswehr.
---	---	---

arbeiten und im Kittchen zu sitzen.	litärgewalt. Ein Drittel der Macht dem Volk, ein Drittel den Kapitalisten, ein Drittel dem Zaren.
-------------------------------------	---

WIE STEHEN DIE DREI HAUPTPARTEIEN
ZU DEN FORDERUNGEN DER BAUERN NACH LAND?

Die Schwarzhundertter verteidigen die Interessen der Gutsbesitzer, der Fronherren. Kein Land der Bauernschaft. Nur der Reiche soll von den Gutsbesitzern nach freier Ueberkunft Land kaufen können.	Die Kadetten wollen den Grundbesitz der Gutsherren auf dem Wege von Zugeständnissen aufrechterhalten. Sie schlagen den Bauern eine Ablösung vor, die diese schon einmal, 1861, ruiniert hat. Die Kadetten sind nicht damit einverstanden, daß die Landfrage von örtlichen Komitees gelöst wird, die aus allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlen hervorgehen.	Die Sozialdemokraten wollen die Aufhebung des Grundbesitzes der Gutsbesitzer. Der ganze Grund und Boden soll an die Bauern übergehen, und zwar unbedingt ohne Ablösung. Die Landfrage soll von örtlichen Komitees gelöst werden, die aus allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlen hervorgehen.
---	--	---

WAS KÖNNEN DIE DREI HAUPTPARTEIEN
IM FALLE EINES VOLLEN ERFOLGES
IHRES KAMPFES ERREICHEN?

Die Schwarzhundertter, die mit allen Mitteln kämpfen, können	Die Kadetten, die nur mit „friedlichen“ Mitteln kämpfen, können	Die Sozialdemokraten, die mit allen Mitteln, einschließlich des
--	---	---

erreichen, daß das Volk endgültig an den Bettelstab gebracht wird, daß ganz Rußland durch Standgerichte und Pogrome endgültig in die Barbarei versinkt.

erreichen, daß die Regierung der Pogromhelfer durch Groschenzugeständnisse die Großbourgeoisie und die Dorfreichen besticht, während die liberalen Schwätzer auseinandergejagt werden, weil ihre Reden über den vergötterten, nicht verantwortlichen, unantastbaren, konstitutionellen Monarchen noch nicht lakaienhaft genug sind.

Aufstands, kämpfen, können mit Hilfe der bewußten Bauernschaft und der armen Schichten der Stadtbevölkerung die volle Freiheit und den Übergang des ganzen Grund und Bodens an die Bauernschaft erreichen. In der Freiheit aber und mit Hilfe der klassenbewußten Arbeiter ganz Europas können die russischen Sozialdemokraten raschen Schritts zum Sozialismus schreiten.

Bürger! Stimmt bei den Wahlen für die Kandidaten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands!

Die Sozialdemokratie und die Trudowikparteien

Bürger! Wer bewußt an den Wahlen zur Reichsduma teilnehmen will, der muß vor allen Dingen die grundlegenden Unterschiede zwischen den drei Hauptparteien verstehen. Die *Schwarzbunderter* sind für die Pogrome und die Gewalttaten der zaristischen Regierung. Die *Kadetten* vertreten die Interessen der liberalen Gutsbesitzer und Kapitalisten. Die *Sozialdemokraten* vertreten die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen und Ausgebeuteten.

Wer bewußt die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen verfechten will, der muß wissen, welche Partei wirklich fähig ist, diese Interessen am konsequentesten und entschlossensten zu verteidigen.

WELCHE PARTEIEN ÜBERNEHMEN ES,
DIE INTERESSEN DER ARBEITERKLASSE
UND ALLER WERKTÄTIGEN ZU VERTRETEN?

Die Partei der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, die auf dem Standpunkt des Klassenkampfes des Proletariats steht.

Die Trudowikiparteien, d. h. Parteien, die auf dem Standpunkt des Kleinbesitzers stehen:

Die Partei der Sozialrevolutionäre.

Die (volkssozialistische) Arbeitspartei und die parteilosen Trudowiki.

WESSEN INTERESSEN
VERTRETEN DIESE PARTEIEN IN WIRKLICHKEIT?

Die Interessen der Proletarier, die kraft ihrer Lebensverhältnisse, die ihnen jede Hoffnung nehmen, selber Unternehmer zu werden, die völlige Änderung aller Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erstreben.

Die Interessen der Kleinbesitzer, die gegen das Joch des Kapitals kämpfen, aber kraft ihrer ganzen Lebensverhältnisse danach trachten, zum Unternehmer aufzusteigen, ihren Kleinbetrieb zu stärken und durch Handel und Beschäftigung von Lohnarbeitern zu Wohlstand zu gelangen.

INWIEWEIT SIND DIESE PARTEIEN
IN DEM GROSSEN INTERNATIONALEN KAMPF
DER ARBEIT GEGEN DAS KAPITAL KONSEQUENT?

Die Sozialdemokratie kann keinerlei Versöhnung der Arbeit mit

Die Trudowikiparteien träumen von der Aufhebung der Herrschaft des Kapitals, aber infolge der Lebensverhältnisse des Kleinbesitzers schwan-

dem Kapital zulassen. Sie organisiert die Lohnarbeiter zum schonungslosen Kampf gegen das Kapital, zur Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

ken sie unvermeidlich zwischen dem Kampf gegen das Kapital gemeinsam mit den Lohnarbeitern und dem Bestreben, die Arbeiter und die Kapitalisten zu versöhnen durch Verwandlung aller Werktätigen in Kleinbesitzer, denen ausgleicher Bodenbesitz zugeteilt wird oder Kredite gewährt werden und dergleichen mehr.

WAS KÖNNEN DIESE PARTEIEN BEI RESTLOSER VERWIRKLICHUNG IHRER ENDZIELE ERREICHEN?

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in eine gesellschaftliche sozialistische Großproduktion.

Die Verteilung des gesamten Grund und Bodens zu gleichen Teilen unter den Kleinbesitzern, den Kleinbauern, wobei unvermeidlich unter ihnen wieder der Kampf entbrennen und eine neue Scheidung in Reiche und Arme, in Arbeiter und Kapitalisten erfolgen wird.

WELCHE FREIHEIT FÜR DAS VOLK ERSTREBEN DIESE PARTEIEN IN DER GEGENWÄRTIGEN REVOLUTION?

Volle Freiheit und volle Macht für das Volk, d. h. die demokratische Republik, die Wählbarkeit der Beamten, Ersetzung des ste-

Volle Freiheit und volle Macht für das Volk, d. h. die demokratische Republik, die Wählbarkeit der Beamten, Ersetzung des ste-

Vereinigung der Demokratie, d. h. der unumschränkten Macht des Volkes, mit der Monarchie, d. h. mit der Macht des Zaren, der

henden Heeres durch die allgemeine Bewaffnung des Volkes.	henden Heeres durch die allgemeine Bewaffnung des Volkes.	Polizei und der Beamten. Das ist ein ebenso unsinniger Wunsch und eine ebenso verräterische Politik wie bei den liberalen Gutsbesitzern, den Kadetten.
---	---	--

WIE STEHEN DIESE PARTEIEN
ZU DER FORDERUNG DER BAUERN NACH LAND?

Die Sozialdemokraten fordern den Übergang des ganzen Grund und Bodens der Gutsbesitzer an die Bauern ohne jegliche Ablösung.	Die Sozialrevolutionäre fordern den Übergang des ganzen Grund und Bodens der Gutsbesitzer an die Bauern ohne jegliche Ablösung.	Die Trudowiki fordern den Übergang des ganzen Grund und Bodens der Gutsbesitzer an die Bauern, lassen aber die Ablösung zu. Die Ablösung zulassen, die die Bauern an den Bettelstab bringt, ist eine ebenso verräterische Politik wie die der liberalen Gutsbesitzer, der Kadetten.
--	---	---

**Bürger! Stimmt bei den Wahlen für die Kandidaten
der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands!**

*Veröffentlicht am 23. November 1906
als Flugschrift in Form einer Beilage
zu der Zeitung „Proletari“ Nr. 8.*

Nach dem Text der Flugschrift.

EINE NEUE SENATSERLAUTERUNG

In Situationen eines halbwegs offenen politischen Kampfes wird jeder taktische Schritt außerordentlich rasch einer bemerkenswert eindeutigen Prüfung durch das Leben unterzogen. Wahrscheinlich sind noch nicht einmal alle Delegierten der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR nach Hause zurückgekehrt, haben noch nicht den Parteiorganisationen Bericht erstattet, und schon ist die Streitfrage der Blocks mit den Kadetten in ein ganz neues Licht gerückt. Diese Frage aber steht jetzt im Mittelpunkt aller politischen Tagesfragen.

Auf der Konferenz der SDAPR ist keiner der Delegierten auch nur auf den Gedanken gekommen, die Sozialdemokraten könnten ihre selbständigen taktischen Losungen in der Wahlkampagne irgendwie abschwächen oder gar überhaupt ändern. In aller Form, in der Resolution, die vom ZK der Partei vorgeschlagen und mit 18 gegen 14 Stimmen (Bolschewiki, Polen und Letten) angenommen wurde, wurde die völlige Selbständigkeit der Plattform und der Losungen der SDAPR in den Mittelpunkt gestellt. Irgendwelche mehr oder minder beständige Bündnisse mit anderen Parteien auf der Basis einer noch so geringen „Abschwächung“ unserer Plattform wurden für absolut unzulässig erklärt. Und der ganze Streit zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Sozialdemokratie ging ausschließlich darum, ob die rechten Sozialdemokraten in der Praxis diesen grundsätzlichen Standpunkt innehalten, ob sie nicht in Widerspruch zu ihm geraten, wenn sie Blocks mit den Kadetten zulassen, ob die Scheidung in „technische“ und ideologische Abkommen nicht künstlich, fiktiv, nur eine Scheidung in Worten ist.

Aber... auch in unserer Partei, das heißt in ihrer realen „Konstitu-

tion", gibt es offenbar eine Einrichtung in der Art eines Senats, gibt es die Möglichkeit, mittels Senatserläuterungen Partei, „gesetze“, Beschlüsse offizieller Parteiorgane, in ihr gerades Gegenteil zu verkehren. Die neue Senatserläuterung zu den Beschlüssen der SDAPR kam, wie zu erwarten stand, aus Genf. Sie wurde in der Kadettenzeitung „Towarischtsch“ als „Offenes Antwortschreiben“ (ganz wie bei Lassalle!⁹²) G. Plechanows an einen Leser dieser Zeitung veröffentlicht, „der sich weder für einen Bourgeois noch für einen Sozialdemokraten hält“. Der Beinahe-Lassalle unserer Partei eilte dem Leser einer Zeitung zu Hilfe, die faktisch ein Organ der Renegaten der Sozialdemokratie ist.

Der Leser des „Towarischtsch“ hatte G. Plechanow unter anderem gefragt, „wie nach seiner Meinung eine gemeinsame Wahlplattform der linken und der äußersten linken Parteien beschaffen sein könnte“. G. Plechanow antwortete: „Auf diese Frage gibt es keine andere Antwort und kann es keine geben als die beiden Worte: *machtvollkommene Duma*.“

„Gibt es keine andere Antwort und kann es keine geben...“ Diesen Worten unseres Beinahe-Lassalle ist es wahrscheinlich beschieden, „Geschichte“ zu werden, zumindest im Gogolschen Sinne des Wortes. G. Plechanow hat seinerzeit geruht, einen Bericht darüber entgegenzunehmen, daß es ein gewisses ZK der SDAPR gibt, daß so etwas wie eine Gesamtrussische Konferenz dieser Partei zusammentritt, daß sowohl das ZK als auch diese Konferenz ihre Antwort auf Fragen ausarbeiten, die nicht nur Frau Kuskowa und Herrn Prokopowitsch, die jetzigen Mitarbeiter G. Plechanows, sondern auch die sozialistischen Arbeiter Rußlands interessieren. Ohne sich dadurch im geringsten beirren zu lassen, verkündet nun G. Plechanow: „Es gibt keine andere Antwort und es kann keine andere geben als meine.“ Und diese allergnädigsten Worte werden in der Kadettenzeitung gerade in einem Augenblick veröffentlicht, wo das ganze lesende Rußland schon eine *andere* Antwort kennt, die von *allen* Vertretern sowohl der Gebietskörperschaften als auch der zentralen Körperschaft der gesamten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gegeben worden ist.

Fürwahr eine „Geschichte“, die ganz und gar denen ähnelt, in denen Nosdrjow* mehr als einmal die Heldenrolle gespielt hat.

* Nosdrjow — Gestalt aus dem Roman „Die toten Seelen“ von N. W. Gogol. Der Übers.

Wenden wir uns aber dem Wesen der in ihrer Art einzigartigen und unnachahmlichen Antwort unseres unnachahmlichen G. Plechanow zu.

Vor allem sehen wir, daß er nicht einmal den Gedanken zuläßt, im ersten Stadium der Wahlen wären Abkommen ohne gemeinsame Wahlplattform möglich. Uns Bolschewiki gefällt diese Ansicht außerordentlich. Den Menschewiki aber erweist G. Plechanow damit einen Bärendienst. Wir haben auf der Konferenz in Diskussionen mit den Menschewiki und den Bundisten — wie auch in Nr. 8 des „Proletari“* — ständig darauf hingewiesen, daß Abkommen im ersten Stadium das Auftreten unserer Partei vor den Massen unvermeidlich beeinflussen, daß derartige Abkommen folglich auch entgegen unseren Wünschen und Plänen unvermeidlich und unausbleiblich mit einer gewissen ideologischen Annäherung, einer gewissen Verdunkelung, Abschwächung, Abstumpfung der politischen Selbständigkeit der Sozialdemokratie verbunden sein werden. G. Plechanow nun hat mit dem ihm eigenen Geschick und Parteitakt unsere Attacke gegen die Menschewiki unterstützt. Ja, er hat sogar mehr zugegeben als das, was wir immer gesagt haben, indem er eine *gemeinsame Plattform*, d. h. einen direkten *ideologischen* Block mit den Kadetten anerkennt.

Wie man sieht, kompromittieren Senatserläuterungen nicht nur im russischen Staate, sondern auch in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands denjenigen, zu dessen Gunsten sie geschrieben werden.

Weiter. Mag der Leser über den wahren Sinn der Plechanowschen „kadettisch-sozialdemokratischen“ Losung „Machtvollkommene Duma“ nachdenken — ganz abgesehen davon, wie die verschiedenen Parteien zu dieser Losung stehen. Die Worte „machtvollkommene Duma“ bedeuten die Forderung nach unumschränkter Macht für die Duma. Für welche Duma? Offenbar für jene, zu der jetzt Rußlands Bürger auf Grund des Gesetzes vom 11. Dezember und der Senatserläuterungen Deputierte wählen werden. Für *diese* Duma schlägt G. Plechanow vor, unumschränkte Macht zu verlangen. Offenbar ist er davon überzeugt, daß diese Duma nicht eine Schwarzhunderterduma sein wird, da er für eine Schwarzhunderterduma nicht unumschränkte Macht verlangen könnte. Die Losung „Machtvollkommene Duma“ herausgeben und gleichzeitig von der ersten Gefahr einer Schwarzhunderterduma schreien heißt sich selbst

* Siehe den vorliegenden Band, S. 307. *Die Red.*

ohrfeigen. Es heißt die Meinung der Bolschewiki bestätigen, daß es in Wirklichkeit keine ernste Gefahr einer Schwarzhunderterduma gibt und daß die Kadetten diese Gefahr zu eigennützigen Zwecken erfinden oder — in einzelnen Fällen — übertreiben, und zwar, um den Glauben der Arbeiter und der ganzen revolutionären Demokratie an die eigene Kraft zu schwächen, um von der Kadettenpartei die ihr wirklich drohende „Gefahr von links“ abzuwenden. Die „Retsch“ selbst, das offizielle Organ der Kadetten, hat in dem Bericht der Kadetten über die Situation in der Wahlkampagne im Petersburger Gouvernement zugegeben, daß diese Gefahr besteht.

Wenden wir uns dem wirklichen politischen Inhalt der Plechanowschen Losung zu. Ihr Erfinder ist von ihr begeistert. „Diese allgemeine Formel“, schreibt er, „bringt in ihrer algebraischen Form ganz genau die politische Aufgabe zum Ausdruck, die jetzt sowohl für die Linken als auch für die äußersten Linken die allerwichtigste ist“, wobei sie ihnen gestattet, alle ihre übrigen Forderungen ungekürzt, uneingeschränkt aufrechtzuerhalten. „Die Kadetten können sich die machtvollkommene Duma nicht so vorstellen, wie sie sich die Sozialdemokraten vorstellen müssen. Aber sowohl diese als auch jene brauchen eine machtvollkommene Duma. Deshalb sind sowohl diese als auch jene verpflichtet, um sie zu kämpfen.“

Wie aus den Worten Plechanows hervorgeht, erkennt er selbst, daß diese Losung von den Kadetten unvermeidlich anders verstanden werden muß als von den Sozialdemokraten. Es ist die gleiche „gemeinsame“ Losung, aber die Kadetten können sich die Bedeutung dieser Losung nicht so „vorstellen“ wie die Sozialdemokraten.

Es fragt sich, wozu dann eine gemeinsame Losung? und wozu muß man vor den Massen überhaupt Losungen und Plattformen aufstellen?

Um den äußeren Schein zu wahren? um etwas zu verhüllen, worüber die Massen nicht aufgeklärt werden dürfen? um hinter dem Rücken des Volkes ein parlamentarisches Manöver auszuführen, das alle möglichen Vorteile verheißt? oder um das Klassenbewußtsein der Massen zu heben und ihnen ihre wahren politischen Aufgaben wirklich klarzumachen?

Jedermann weiß, daß die bürgerlichen Kannegießer stets und allerorts vor dem Volk alle möglichen Losungen, Programme und Plattformen aufstellen, um das Volk zu betrügen. Die bürgerlichen Kannegießer nennen sich stets, besonders aber vor den Wahlen, sowohl Liberale und Fort-

schrittler als auch Demokraten und sogar „Radikalsozialisten“ nur, um Stimmen zu fangen und das Volk zu betrügen. Das ist zweifellos eine allgemeine Erscheinung in allen kapitalistischen Ländern. Marx und Engels sprachen daher sogar von bürgerlichen Abgeordneten, die das Volk vertreten und zertreten*.⁹³

Und nun stellt der „älteste“ russische Sozialdemokrat, der Begründer der Sozialdemokratie, für die erste allgemeine Wahlkampagne der Partei eine Plattform auf, die, wie man von vornherein weiß, die Kadetten in einem, die Sozialdemokraten in einem anderen Sinne deuten werden! Was soll das? Wie ist das möglich?

Wenn sich die Kadetten und die Sozialdemokraten unter der machtvollkommenen Duma nicht ein und dasselbe vorstellen können, dann kann es doch auch in den breiten Volksmassen von ihr keine einheitliche Vorstellung geben, da ja sowohl die Kadetten als auch die Sozialdemokraten bestimmte Interessen dieser oder jener Klassen, bestimmte Bestrebungen oder Vorurteile dieser Klassen zum Ausdruck bringen. Plechanow hält offenbar die Vorstellung, die die Kadetten von der machtvollkommenen Duma haben, für falsch; jede falsche Vorstellung von politischen Aufgaben aber schadet dem Volke. Folglich gibt Plechanow die Losung in einer Form heraus, die, wie man von vornherein weiß, dem Volke Schaden bringt, da sie gewisse falsche Vorstellungen nicht richtigstellt und nicht aufdeckt. Geradeheraus gesagt bedeutet das, die Arbeiter und das ganze Volk um des Scheines der Einheit zwischen Kadetten und Sozialdemokraten willen zu betrügen.

Warum sind die Vorstellungen, die sich die Kadetten von einer machtvollkommenen Duma machen, falsch? Plechanow schweigt darüber. Dieses Schweigen beweist erstens, daß Plechanow die Wahlkampagne (die Herausgabe einer Wahlplattform ist schon ein Schritt in der Wahlkampagne) nicht benutzt, um das Bewußtsein des Volkes zu heben, sondern um es zu trüben. Zweitens verliert durch dieses Schweigen die Plechanowsche Schlußfolgerung: „Sowohl die Kadetten als auch die Sozialdemokraten brauchen eine machtvollkommene Duma“ jeglichen Sinn. Es ist einfach ein durch Floskeln getarnter Unsinn, zu sagen, daß zwei verschiedene Parteien ein und dieselbe Sache brauchen, die von ihnen verschieden verstanden wird! Es ist also nicht ein und dieselbe Sache! Jeder

* „die das Volk vertreten und zertreten“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

erstbeste ertappt Plechanow bei einem logischen Fehler. Schließlich könnte man ja auch sowohl die autokratische Monarchie wie die demokratische Republik mit dem Buchstaben „a“ bezeichnen und sagen, daß verschiedene Parteien ganz nach Belieben verschiedene arithmetische Größen in diese allgemeine algebraische Formel einsetzen können. Das wird dann eine rein Plechanowsche Logik oder, richtiger gesagt, Plechanowsche Sophistik sein.

Im Grunde genommen sagt Plechanow *offenkundig die Unwahrheit*, wenn er erklärt, daß sowohl den Kadetten als auch den Sozialdemokraten eine machtvollkommene Duma not tue oder darüber hinaus: eine machtvollkommene Volksvertretung, von der in der zweiten Hälfte seines Artikels ständig die Rede ist. Eine machtvollkommene Volksvertretung ist die konstituierende Versammlung, und zwar eine konstituierende Versammlung nicht neben dem Monarchen, sondern *nach dem Sturz* der Zarenregierung. Wenn Plechanow diese Binsenwahrheit vergessen hat, so raten wir ihm, das Programm der SDAPR durchzulesen und besonders den letzten Absatz, wo eben hiervon die Rede ist.

Die Kadetten brauchen keine solche wirklich machtvollkommene Volksvertretung, sie ist für sie gefährlich und für die von ihnen vertretenen Interessen verhängnisvoll. Sie schließt die ihrem Herzen so nahestehende und der bürgerlichen Tasche so wichtige Monarchie aus. Sie raubt ihnen ihre Hoffnungen auf Ablösungsgelder für die Gutsbesitzerländereien. Das ist in so hohem Maße richtig, daß *sogar* Plechanow in Nr. 6 seines „Dnewnik“ davon gesprochen hat, daß die Kadetten aus selbstsüchtigen Klasseninteressen dem Gedanken der konstituierenden Versammlung mißtrauisch gegenüberstehen, daß sie aus Furcht vor der konstituierenden Versammlung sich mit der Stolypinschen Bande *aussöhnen*.

In Nr. 8 des „Proletari“ haben wir diese Stellen aus Nr. 6 des Plechanowschen „Dnewnik“* bereits zitiert und darauf hingewiesen, daß Plechanow jetzt seine gestrigen Erklärungen widerrufen muß. Sein Satz: „Auch die Kadetten brauchen eine machtvollkommene Duma“ ist gerade eine solche *Widerrufung* seiner eigenen Worte.

Aus der hauptsächlichlichen *Unwahrheit* Plechanows ergibt sich mit logischer Unvermeidlichkeit eine Reihe anderer Unwahrheiten. Es ist *unwahr*, daß „die machtvollkommene Volksvertretung selbst die Vorbedingung

* Siehe den vorliegenden Band, S. 313. *Die Red.*

für die Verwirklichung aller übrigen... Forderungen aller fortgeschrittenen Parteien ist", daß „ohne sie keine einzige dieser Forderungen verwirklicht werden wird“, daß der Kampf der Linken und der äußersten Linken beginnt, wenn „sie (die machtvollkommene Volksvertretung) geschaffen sein wird“. Die machtvollkommene Volksvertretung ist der Abschluß der Revolution, ist die Vollendung der Revolution, ist ihr voller Sieg. Die Kadetten aber wollen der Revolution Einhalt gebieten, wollen sie durch kleine Zugeständnisse zum Abschluß bringen und sprechen das auch offen aus. Wenn Plechanow den Arbeitern und dem gesamten Volk den Glauben einflößt, die Kadetten seien fähig, für den vollen Sieg der Revolution zu kämpfen, betrügt er dreimal die Volksmassen.

„Einstweilen haben wir nur den machtvollkommenen Herrn Stolypin“, schreibt Plechanow. Wir wissen nicht, ist das ein falscher Zungenschlag oder ebenfalls eine Kadettenimitation („machtvollkommene Duma = Zarenduma mit vom Zaren eingesetzten Ministern aus der Dumamehrheit“) oder ein Manöver zur Täuschung der Zensur? Stolypin verfügt über keinerlei Machtvollkommenheit, sondern ist ein ganz kläglicher Lakai des Zaren und der Schwarzhunderterbande am Hofe. Wenn die in der Duma vorgetragene Enthüllungen über die Pogrome Plechanow hiervon nicht überzeugt haben, so mag er in den liberalen Zeitungen über den allmächtigen Einfluß des Bundes des russischen Volkes nachlesen.

„Jetzt“, sagt Plechanow, „sind sowohl die linken als auch die äußersten linken Parteien verpflichtet, gemeinsam gegen jene aufzutreten, die keine machtvollkommene oder vielleicht sogar überhaupt keine Volksvertretung wollen.“

Also, sie sind verpflichtet, gegen die Kadetten aufzutreten, die *keine* machtvollkommene Volksvertretung wollen.

Plechanow hat es glücklich fertiggebracht, sich selbst zu ohrfeigen, und uns unter der Flagge des Kampfes gegen den Doktrinarismus ein Musterbeispiel schlimmsten, jesuitischen Doktrinarismus gegeben. Vom fraktionellen Standpunkt aus könnten sich die Bolschewiki über seine Äußerungen freuen, da man sich einen stärkeren Schlag gegen die menschwistische Taktik gar nicht vorstellen kann. Als Mitglieder der einheitlichen SDAPR aber empfinden wir Scham über sein Auftreten.

Das offizielle Organ der Kadetten, die „Retsch“, hat Plechanow in einer Art geantwortet, daß jetzt vielleicht sogar die lammfrommsten Sozial-

demokraten von ihren opportunistischen Illusionen geheilt werden. Die erste Antwort der „Retsch“, der Leitartikel in Nr. 226 (25. November), ist eine offene Verhöhnung Plechanows, der den Kadetten seine Hand reicht, eine Verhöhnung von seiten eines Liberalen, der nicht vergessen hat, wie Plechanow und seine Kollegen in der „Iskra“ den Opportunismus der Liberalen angegriffen haben. „Auch in diesem Falle“, spottet das Kadettenorgan über Plechanow, „macht Herr Plechanow eine jeder Achtung und Anerkennung werthe Anstrengung, um seine Genossen von der allerrechtsten Stellung, die sie bezogen haben, noch ein wenig weiter nach rechts zu drängen.“ Aber... wir müssen nichtsdestoweniger Einwände erheben.

Und die Einwände des Kadetten sind die typische Antwort eines Fabrikanten an einen Arbeiter, der sich, getrennt von seinen Arbeitskollegen, die gemeinsame Forderungen erheben und ihnen durch einen Streik Nachdruck verleihen, an ihn mit einer Bitte wendet. — Du bist mit einer Bitte gekommen? Das ist lobenswert. Aber was für einen Nutzen habe ich von dir, wenn deine unvernünftigen Kollegen nicht ebenso handeln wie du? Was für einen Nutzen habe ich von dir, wenn du nicht bis zu Ende gehst? Machtvollkommene Duma? Bewahre! Ich denke nicht daran, mich in den Augen der Männer der Ordnung zu kompromittieren. Es muß heißen: ein Kabinett aus der Dumamehrheit. Dann werden wir uns zu einer gemeinsamen Plattform mit den Sozialdemokraten bereit finden!

Das ist der eigentliche Inhalt der Antwort der „Retsch“, in die feiner Spott über die naive „Algebra“ Plechanows wie auch darüber eingestreut ist, daß er im November 1904 dem führenden Kollegium der Sozialdemokratie angehörte (Plechanow war damals Mitglied der Redaktion des Zentralorgans und Vorsitzender des Obersten „Rates“ der SDAPR), jenem Kollegium, das das „berühmte Pariser Abkommen“⁹⁴ mit der bürgerlichen Demokratie abgelehnt hat. Damals gab es gerade solch eine „algebraische Formel“, ironisiert die „Retsch“, und zwar: „demokratisches Regime“. Wir verstanden darunter die konstitutionelle Monarchie. Die Sozialrevolutionäre, die sich dem Abkommen anschlossen, die demokratische Republik. Sie, G. W. Plechanow, haben damals abgelehnt! Sind Sie jetzt klüger geworden? Wir Kadetten loben Sie, *um der Sache willen* aber müssen Sie noch weiter nach rechts gehen.

Und die „Retsch“ gibt offen zu, daß die Kadetten auch mit der Losung

„Konstituierende Versammlung“ das Volk an der Nase herumgeführt haben. Wir Kadetten wollten die konstituierende Versammlung „unter Beibehaltung der Prerogative (d. h. der Rechte) des Monarchen“ und durchaus nicht eine republikanische konstituierende Versammlung. Es war vorteilhaft für uns, durch diesen Betrug die Sympathien der Massen zu gewinnen, jetzt aber ist es für uns wichtiger, die Sympathie der Zarenkamarilla zu gewinnen. Deshalb: Nieder mit der „gefährlichen“, „zweideutigen“, „aussichtslosen“, „schädlichen revolutionären Illusionen schmeichelnden“ Losung „Machtvollkommene Duma“. Wir verlangen von den Sozialdemokraten ihre frühere Losung, die Losung des ZK: Unterstützung eines Kabinetts aus der Dumamehrheit, und zwar „mit den Konsequenzen“, die sich aus dieser Losung ergeben. Diese Konsequenzen aber bestehen darin, die Kadettenmehrheit in der Duma nicht zu schwächen, sondern zu stärken (sic!).

In der nächsten Nummer der „Retsch“ erklärt der Leitartikel (unter dem Schein, Plechanow in dieser Frage aufklären zu wollen) der zaristischen Schwarzhunderterkamarilla ausdrücklich, daß die Kadetten eine „machtvollkommene“ Duma nicht brauchen. Die Duma für machtvollkommen erklären ist ein Staatsstreich. Dazu werden sich die Kadetten niemals bereit finden. „Eine machtvollkommene Duma setzen wir Kadetten uns durchaus nicht zum Ziel, und wir sind auch keineswegs verpflichtet, das zu tun.“ „Hat Herr Plechanow — entgegen seinem gewöhnlichen Scharfsinn — diese Lehre wirklich nicht aus dem Gang der Ereignisse gezogen?“

Ja, die Ironie der Kadetten über den gewöhnlichen Scharfsinn Plechanows trifft den Nagel auf den Kopf. Aus dem ganzen Gang der Ereignisse der russischen Revolution hat Plechanow nicht gelernt, die Kadetten zu verstehen. Er wird nach Verdienst bestraft, bestraft dadurch, daß die Kadetten mit Verachtung die Hand zurückweisen, die ihnen ein Sozialdemokrat reicht, der unabhängig von seiner Partei und gegen den Willen seiner Partei handelt.

Die Antwort der „Retsch“ an Plechanow hat auch allgemeine politische Bedeutung. Die Kadetten gehen nicht von Tag zu Tag, sondern von Stunde zu Stunde weiter nach rechts. Sie genieren sich nicht zu sagen, daß sie mit der Schwarzhundertermonarchie einen Pakt abschließen und die „schädlichen revolutionären Illusionen“ zertrümmern werden.

Die Arbeiter ganz Rußlands werden, wie wir überzeugt sind, aus dieser Lehre nicht wenig Nutzen ziehen. Anstatt Blocks mit den Kadetten einzugehen, werden sie ihre Wahlkampagne selbständig durchführen, die revolutionäre Bourgeoisie auf ihre Seite herüberziehen und die Bande bürgerlicher Kannegießer, die das Volk mit Phrasen über „Volksfreiheit“ betrügen, endgültig auf den Misthaufen des politischen Verrats werfen.

„Proletari“ Nr. 9,
7. Dezember 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

DIE KRISE DES MENSCHEWISMUS

Die Propaganda für einen parteilosen Arbeiterkongreß und für Blocks mit den Kadetten kennzeichnet zweifellos eine gewisse Krise in der Taktik der Menschewiki. Da wir zu den grundsätzlichen Gegnern ihrer gesamten Taktik überhaupt gehören, hätten wir natürlich nicht selber darüber entscheiden können, inwieweit diese Krise genügend ausgereift ist, um sozusagen nach außen hin in Erscheinung zu treten. Genosse J. Larin ist uns in seiner neuen, höchst lehrreichen Broschüre „Eine breite Arbeiterpartei und der Arbeiterkongreß“ (Moskau 1906, Auslieferung beim Verlag „Nowy Mir“ [Neue Welt]) zu Hilfe gekommen.

Genosse J. Larin spricht nicht selten im Namen der Mehrheit der Menschewiki. Er bezeichnet sich, und das mit vollem Recht, als verantwortlichen Vertreter des Menschewismus. Er hat sowohl im Süden als auch im „allermenschewistischsten“ Petersburger Bezirk, dem Wiborger Bezirk, gearbeitet. Er hat als Delegierter am Vereinigungsparteitag teilgenommen. Er war ständiger Mitarbeiter des „Golos Truda“ und der „Otkliki Sowremennosti“. Das alles ist von äußerster Wichtigkeit für die Bewertung der Broschüre, deren Bedeutung in der Aufrichtigkeit des Verfassers und nicht in seiner Logik, in den von ihm geschilderten Tatsachen und nicht in seinen Betrachtungen liegt.

I

Betrachtungen über die Taktik muß der Marxist die Bewertung des objektiven Ganges der Revolution zugrunde legen. Die Bolschewiki versuchten das bekanntlich in der Resolution zur gegenwärtigen Lage⁹⁵ zu

tun, die sie dem Vereinigungsparteitag vorlegten. Die Menschewiki zogen selber ihre Resolution zu diesem Punkt zurück. Genosse Larin fühlt nun offenbar, daß man solche Fragen nicht fallenlassen darf, und macht den Versuch, den Gang unserer bürgerlichen Revolution zu analysieren.

Er unterscheidet zwei Perioden. Die erste, die das ganze Jahr 1905 umfaßt, ist die Periode der offenen Massenbewegung. Die zweite, die mit dem Jahre 1906 beginnt, ist die Periode der qualvoll-langsamem Vorbereitung „des tatsächlichen Triumphes der Sache der Freiheit“, „der Verwirklichung der Volksbestrebungen“. Bei dieser Vorbereitung spielt die Hauptrolle das Dorf, ohne dessen Hilfe „die isolierte Stadt niedergeworfen wurde“. Wir erleben ein „inneres, dem äußeren Anschein nach sozusagen passives Wachstum der Revolution“.

„Das, was als agrarische Bewegung bezeichnet wird — ständige Gärung, die nicht in allgemeine Versuche übergeht, zum aktiven Angriff zu schreiten, Kleinkrieg mit der örtlichen Obrigkeit, mit den Gutsbesitzern, Zurückhaltung der Steuern, Strafexpeditionen —, all das ist ein Weg, der für das Dorf vom Standpunkt wenn nicht der Ökonomie seiner Kräfte, was zweifelhaft ist, so doch seiner Resultate der vorteilhafteste ist. Dieser Weg erschöpft das Dorf nicht vollständig, bringt ihm im allgemeinen mehr Erleichterungen als Niederlagen und untergräbt die Stützen der alten Staatsmacht so sehr, daß die Bedingungen entstehen, unter denen die alte Staatsmacht unbedingt kapitulieren oder zusammenbrechen muß, sobald sie zu gegebener Zeit auf die erste ernste Probe gestellt wird.“ Und der Verfasser erklärt, daß sich in zwei bis drei Jahren Polizei und Heer in ihrem Bestand verändert haben und von Elementen aus dem unzufriedenen Dorf durchsetzt sein werden; „unsere Söhne werden bei den Soldaten sein“, sagte dem Verfasser ein Bauer.

Genosse Larin zieht zwei Schlüsse: 1. Bei uns „kann das Dorf nicht zur Ruhe kommen. Das österreichische 1848 kann sich bei uns nicht wiederholen.“ 2. „Die russische Revolution geht nicht wie die nordamerikanische oder die polnische den Weg des allgemeinen bewaffneten Volksaufstands im eigentlichen Sinne des Wortes.“

Verweilen wir bei diesen Schlüssen. Der erste wird vom Verfasser allzu feuilletonistisch begründet und zu ungenau formuliert. Im wesentlichen aber kommt der Verfasser der Wahrheit nahe. Der Ausgang unserer Revolution hängt wirklich vor allem von der Ausdauer ab, die die Mil-

lionenmassen der Bauernschaft im Kampfe bekunden. Unsere Großbourgeoisie fürchtet die Revolution mehr als die Reaktion. Das Proletariat allein hat nicht die Kraft zu siegen. Die armen Schichten der Stadt vertreten weder selbständige Interessen, noch sind sie im Vergleich mit dem Proletariat und der Bauernschaft ein selbständiger Machtfaktor. Die entscheidende Rolle kommt dem Dorfe zu, nicht in dem Sinne, daß es die Führung des Kampfes übernehmen würde (wovon keine Rede sein kann), sondern im Sinne der Sicherung des Sieges.

Wenn Genosse Larin seine Schlußfolgerungen zu Ende dächte und in Verbindung brächte mit dem ganzen Entwicklungsgang der in der Frage unserer bürgerlichen Revolution von der Sozialdemokratie vertretenen Ideen, so würde er auf den alten Satz des ihm verhaßten Bolschewismus stoßen: Ein siegreicher Ausgang der bürgerlichen Revolution in Rußland ist nur als revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft möglich. Dem Wesen nach ist Larin eben zu dieser Ansicht gelangt. Das offen zuzugeben, hindert ihn nur jene Eigenschaft der Menschewiki, die er selbst geißelt: Unsicherheit und Zaghaftigkeit des Denkens. Man braucht nur die Betrachtungen, die Larin über das genannte Thema anstellt, mit denen des Organs des ZK, des „Sozialdemokrat“, zu vergleichen, um sich davon zu überzeugen, daß Larin sich in dieser Frage den Bolschewiki nähert. Hat sich doch der „Sozialdemokrat“ zu der Behauptung verstiegen, die Kadetten seien die städtische nichtständische Bourgeoisie, die fortschrittliche Bourgeoisie, während die Trudowiki die dörfliche ständische, die nicht fortschrittliche Bourgeoisie repräsentierten! Der „Sozialdemokrat“ hat unter den Kadetten die Gutsbesitzer und die konterrevolutionären Bourgeois, unter den Trudowiki die nichtständische städtische Demokratie (die untersten Schichten der armen Bevölkerung in den Städten) nicht bemerkt!

Weiter. Das Dorf kann nicht zur Ruhe kommen, sagt Larin. Hat er das bewiesen? Nein. Er hat die Rolle der bäuerlichen Bourgeoisie, die systematisch von der Regierung bestochen wird, in keiner Weise in Rechnung gestellt. Er hat sich auch nicht sehr den Kopf darüber zerbrochen, daß die „Erleichterungen“, die die Bauern erhalten (Senkung der Pacht, „Beschränkung“ der Gutsbesitzer und der Polizei usw.), den Zerfall des Dorfes in konterrevolutionäre Reiche einerseits und die Masse der Armut andererseits *verstärken*. Solche wichtigen Verallgemeinerungen darf man

sich nicht auf Grund so dürftiger Unterlagen erlauben: das riecht nach Schablone.

Ist der Satz aber überhaupt beweisbar: „Das Dorf kann nicht zur Ruhe kommen“? Ja und nein. Ja — insofern eine solide begründete Analyse der wahrscheinlichen Folgen gegeben wird. Nein — insofern diese Folgen für die gegebene bürgerliche Revolution nicht völlig unzweifelhaft sein können. Auf der Goldwaage läßt sich nicht abwägen, wie sich die neuen konterrevolutionären und die neuen revolutionären Kräfte des Dorfes, die wachsen und sich miteinander verflechten, das Gleichgewicht halten werden. Endgültig wird das *erst die Erfahrung* zeigen. Revolution im engen Sinne des Wortes ist scharfer Kampf, und erst im Kampf selbst, in seinem Ausgang tritt die wirkliche Kraft aller Interessen, aller Bestrebungen, aller Ansätze in Erscheinung und wird voll erkannt.

Es ist die Aufgabe der fortgeschrittensten Klasse in der Revolution, die *Richtung* des Kampfes richtig zu erkennen und *alle* Möglichkeiten, *alle* Chancen für den Sieg auszuschöpfen. Diese Klasse muß als *erste* den unmittelbar-revolutionären Weg beschreiten und darf ihn erst als *letzte* verlassen, um andere, „alltäglichere“ Wege, „Umwege“ zu beschreiten. Diese Wahrheit hat Genosse Larin, der sehr viel und (wie wir weiter unten sehen werden) sehr unklug von spontanen Ausbrüchen und planmäßiger Aktion redet, überhaupt nicht begriffen.

Kommen wir zu dem zweiten Schluß — über den bewaffneten Aufstand. Hier macht sich Larin noch größerer Zaghaftigkeit des Denkens schuldig. Sein Denken folgt sklavisch alten Mustern: dem nordamerikanischen und dem polnischen Aufstand. Außer ihnen will er keinen Aufstand „im eigentlichen Sinne des Wortes“ kennen. Er sagt sogar, daß sich unsere Revolution nicht auf dem Wege eines „formalen“ (!) und „förmlichen“ (!!) bewaffneten Aufstands vollzieht.

Merkwürdig: Ein Menschewik, der sich im Krieg gegen den Formalismus die Sporen verdient hat, ist dabei gelandet, von einem formalen bewaffneten Aufstand zu reden! Sie sind selbst daran schuld, Genosse Larin, wenn Ihr Denken durch Formales und Förmliches in einen so engen Rahmen gezwängt wird. Die Bolschewiki sahen und sehen diese Dinge anders. Lange vor dem Aufstand, auf dem III. Parteitag, d. h. im Frühjahr 1905, haben sie in einer besonderen Resolution die *Verbindung von Massenstreik und Aufstand* betont.⁹⁶ Die Menschewiki lieben es, darüber mit

Stillschweigen hinwegzugehen. Es nützt ihnen nichts. Die Resolution des III. Parteitags ist ein tatsächlicher Beweis dafür, daß wir die besonderen Merkmale des Volkskampfes vom Ausgang des Jahres 1905, soweit das überhaupt möglich war, annähernd richtig vorausgesehen haben. Und wir stellten uns den Aufstand durchaus nicht „nach dem Muster“ Nordamerikas oder Polens vor, wo von Massenstreiks keine Rede sein konnte.

Nach dem Dezember wiederum haben wir (im Resolutionsentwurf für den Vereinigungsparteitag⁹⁷) auf die Änderung des Verhältnisses zwischen Streik und Aufstand, auf die Rolle der Bauernschaft und des Heeres, auf die Unzulänglichkeit militärischer Revolten und auf die Notwendigkeit einer Verständigung mit den revolutionär-demokratischen Elementen des Heeres hingewiesen.

Und die Ereignisse haben noch einmal, im Laufe der Dumaperiode, bestätigt, daß der Aufstand im russischen Freiheitskampf unvermeidlich ist.

Larins Betrachtungen über den formalen Aufstand offenbaren seine für einen Sozialdemokraten höchst ungehörliche Unkenntnis der Geschichte unserer Revolution oder aber die Ignorierung dieser Geschichte mit ihren besonderen Formen des Aufstands. Larins These „Die russische Revolution geht nicht den Weg des Aufstands“ spricht den Tatsachen hohn, denn *beide* Perioden der Freiheiten in Rußland (sowohl die Oktoberperiode als auch die Dumaperiode) haben gerade den „Weg“ des *Aufstands* gezeigt, natürlich nicht des amerikanischen oder polnischen, sondern des russischen Aufstands, des Aufstands in der Epoche des 20. Jahrhunderts. Wenn Larin „allgemein“ über geschichtliche Beispiele von Aufständen in Ländern mit überwiegend ländlichen oder städtischen Elementen, über Amerika und Polen, spricht und selbst auf den bescheidensten Versuch verzichtet, die Besonderheiten des russischen Aufstands zu erforschen oder auch nur anzudeuten, so wiederholt er damit nur den Grundfehler des Menschewismus: „Unsicherheit und Zaghaftigkeit“ des Denkens.

Man denke sich einmal in seine Konstruktion der „passiven“ Revolution hinein. Zweifellos sind lang andauernde Perioden der Vorbereitung eines neuen Aufschwungs, eines neuen Ansturms oder neuer Formen der Bewegung durchaus möglich. Aber seid doch keine Doktrinäer, Herrschaf-

ten: überlegt doch einmal, was diese „ständige Gärung“ im Dorf *neben* dem „Kleinkrieg“, den „Strafexpeditionen“ und dem *Wechsel* in Polizei und Heer bedeutet. Ihr begreift ja selber nicht, was ihr redet. Die von euch geschilderte Lage ist nichts anderes als ein langwieriger *Partisanenkrieg*, unterbrochen von einer Reihe immer mehr an Umfang und Kraft gewinnender *Soldatenaufstände*. Ihr ergeht euch in heftigen Schimpfworten über „Partisanen“, „Anarchisten“, „anarcho-blanquistische Bolschewiki“ usw. und malt zugleich das Bild der Revolution in bolschewistischer Art! *Wechsel* in der Zusammensetzung des Heeres, Ersetzung durch „Elemente aus dem unzufriedenen Dorf“. Was bedeutet das? Muß denn diese „Unzufriedenheit“ des Dorfes, das man in Matrosen- und Soldatenröcke gesteckt hat, nicht zum Ausbruch kommen? Muß sie nicht zum Ausbruch kommen, wenn sich in unserem Lande das Heimatdorf dieser Matrosen und Soldaten in „ständiger Gärung“ befindet? wenn es in unserem Lande einerseits „Kleinkrieg“ und andererseits „Strafexpeditionen“ gibt? Und kann man sich in der Zeit der Schwarzhunderterpogrome, der Gewaltakte der Regierung und der Polizeiwillkür vorstellen, daß diese Unzufriedenheit der Soldaten *anders* zum Ausbruch kommt als in militärischen Aufständen?

Während ihr Kadettenphrasen nachplappert („unsere Revolution geht nicht den Weg des Aufstands“ — diese Phrase haben eben die *Kadetten* Ende 1905 in Umlauf gesetzt; siehe die Miljukowsche „*Narodnaja Swoboda*“⁹⁸), zeigt ihr gleichzeitig selber die Unvermeidlichkeit eines neuen Aufstands: „Die Staatsmacht wird zusammenbrechen, sobald sie auf die erste ernste Probe gestellt wird.“ *Glaubt* ihr, die Staatsmacht könnte in einer breiten, mannigfaltigen und verwickelten Volksbewegung auf eine ernste Probe gestellt werden, ohne daß eine Reihe von nicht ernstesten, von Teilproben vorausgegangen wäre? ein Generalstreik wäre möglich ohne eine Reihe von Teilstreiks? ein allgemeiner Aufstand ohne eine Reihe von zersplitterten, kleinen, nicht allgemeinen Aufständen?

Wenn im Heer das Element des unzufriedenen Dorfes wächst und wenn die Revolution im allgemeinen vorwärtsschreitet, so ist ein Aufstand in Form des *erbittertsten* Kampfes gegen die Schwarzhundertertruppen (denn auch die Schwarzhunderter organisieren sich und lernen — vergeßt das nicht! Vergeßt nicht, daß es soziale Elemente gibt, die ein bewußtes Schwarzhundertertum nähren!), des Kampfes sowohl des Vol-

kes als auch eines Teils des Heeres unvermeidlich. Also, man muß sich vorbereiten, muß die Massen vorbereiten, muß sich auf einen planmäßigeren, einmütigeren und offensiveren Aufstand vorbereiten — das ist es, was sich aus den Prämissen Larins, aus seinem Kadettenmärchen von der *passiven* (??) Revolution ergibt. Die Menschewiki „übertragen die eigene Trübsal und Verzagtheit auf den Gang der russischen Revolution“ (58), bekennt Larin. Durchaus richtig! Passivität, das ist eine Eigenschaft der kleinbürgerlichen Intelligenz und nicht der Revolution. Passiv sind diejenigen, die erklären, daß die Armee mit Elementen aus dem unzufriedenen Dorf durchsetzt wird, daß ständige Gärung und Kleinkrieg unvermeidlich sind — und zugleich wohlgemut wie Iwan Fjodorowitsch Schponka* die Arbeiterpartei trösten: „Die russische Revolution geht nicht den Weg des Aufstands.“

Und der „Kleinkrieg“? Sie, verehrter Larin, finden, er wäre „vom Standpunkt seiner Resultate für das Dorf der vorteilhafteste Weg“? Sie halten diese Meinung aufrecht, ungeachtet der Strafexpeditionen, ja, Sie schließen selbst diese Expeditionen in den vorteilhaftesten Weg ein? Haben Sie auch nur einen einzigen Augenblick darüber nachgedacht, wodurch der Kleinkrieg sich vom Partisanenkrieg unterscheidet? Durch nichts, verehrter Genosse Larin.

Über den schlechten Beispielen Amerikas und Polens übersahen Sie die besonderen Kampfformen, die der russische Aufstand hervorgebracht hat, der langwieriger und hartnäckiger ist und längere Pausen zwischen den großen Schlachten aufweist als die Aufstände vom alten Typus.

Genosse Larin ist völlig in Konfusion geraten und mit seinen Argumenten nicht mehr fertig geworden. Wenn die Revolution Boden im Dorfe hat, wenn die Revolution sich ausbreitet und neue Kräfte sammelt, wenn der unzufriedene Bauer die Armee durchsetzt und im Dorfe ständige Gärung und dauernder Kleinkrieg herrschen, so bedeutet das, daß die Bolschewiki, die dagegen kämpfen, daß die Frage des Aufstands von der Tagesordnung abgesetzt wird, recht haben. Wir propagieren keineswegs den Aufstand in jedem beliebigen Augenblick, unter allen Bedingungen. Wir fordern jedoch, daß das Denken der Sozialdemokraten nicht unsicher und zaghaft sei. Wenn Sie anerkennen, daß die Bedingungen für den Aufstand gegeben sind, so müssen Sie auch den Aufstand selbst anerken-

* Titelheld einer Erzählung von N. W. Gogol. *Der Übers.*

nen, müssen Sie die besonderen Aufgaben anerkennen, vor denen die Partei im Zusammenhang mit diesem Aufstand steht.

Den Kleinkrieg als „vorteilhaftesten Weg“ bezeichnen, d. h. als vorteilhafteste Form des Volkskampfes in einem besonderen Abschnitt unserer Revolution, und es gleichzeitig ablehnen, die *aktiven* Aufgaben der Partei der fortgeschrittensten Klasse auf dem Boden dieses „vorteilhaftesten Weges“ anzuerkennen, das bedeutet nicht denken können oder aber mehrlich denken.

II

„Theorie der Passivität“ — so könnte man die Betrachtungen Larins über die „passive“ Revolution nennen, die „den Zusammenbruch der alten Staatsmacht bei der ersten ernstesten Probe“ vorbereitet. Und diese „Theorie der Passivität“, ein natürliches Produkt der Zaghaftigkeit des Denkens, drückt der ganzen Broschüre unseres bußfertigen Menschewiks ihren Stempel auf. Er stellt die Frage: Warum ist unsere Partei bei ihrem ungeheuer großen ideologischen Einfluß organisatorisch so schwach? Nicht deshalb, antwortet Larin, weil unsere Partei eine Partei von Intellektuellen ist. Diese alte „schablonenhafte“ (ein Ausdruck Larins) Erklärung der Menschewiki ist keinen Schuß Pulver wert. Sondern deshalb, weil für den gegenwärtigen Zeitabschnitt objektiv keine andere Partei notwendig war und weil keine objektiven Voraussetzungen für eine andere Partei bestanden. Weil für eine „Politik der spontanen Ausbrüche“, wie es die Politik des Proletariats im Anfang unserer Revolution war, eine Partei überhaupt nicht notwendig war. Notwendig war nur ein „technischer Apparat im Dienst der spontanen Bewegung“ und der „spontanen Stimmungen“, für die propagandistisch-agitatorische Arbeit in der Zeit zwischen zwei Ausbrüchen. Das war keine Partei im europäischen Sinne des Wortes, sondern eine „enge Vereinigung von jungen konspirativ wirkenden Arbeitern — hundertzwanzigtausend von neun Millionen“; verheiratete Arbeiter gab es wenig; die Mehrzahl der Arbeiter, die zu gesellschaftlicher Tätigkeit bereit waren, stand außerhalb der Partei.

Die Zeit der spontanen Ausbrüche ist jetzt vorüber. An die Stelle einfacher Stimmungen tritt die Berechnung. An Stelle der „Politik der spontanen Ausbrüche“ entsteht eine „Politik der planmäßigen Aktion“.

Erforderlich ist „eine Partei von europäischem Typus“, „eine Partei objektiv-planmäßiger politischer Aktion“. An Stelle einer „Apparatspartei“ ist eine „Vorhutpartei“ notwendig, „ein Sammelbecken für alles, was die Arbeiterklasse an Kräften, die zu aktivem politischem Leben geeignet sind, hervorbringen kann“. Das ist der Übergang zu „einer europäischen Partei der Aktion auf der Grundlage der Berechnung“. Der „offizielle Menschewismus mit seiner halbschlächtigen und unsicheren Praxis, mit seiner Verzagtheit und seinem Unverständnis für die eigene Lage“ „wird abgelöst von dem gesunden Realismus der europäischen Sozialdemokratie“. „Seine Stimme erklingt ziemlich vernehmlich und nicht erst seit heute aus dem Munde Plechanows und Axelrods – eigentlich der einzigen Europäer in unserer ‚barbarischen‘ Umgebung“ ... Und, natürlich, wenn an Stelle der Barbarei Europäertum tritt, so verheißt das, daß an Stelle der Mißerfolge Erfolge treten. „Wo die Spontaneität herrscht, dort sind Fehler in der Einschätzung, Mißerfolge in der Praxis unausbleiblich.“ „Wo das Spontane herrscht – da herrscht Utopismus, wo Utopismus herrscht – da häufen sich die Mißerfolge.“

In diesen Larinschen Betrachtungen springt wiederum ein schreiendes Mißverhältnis zwischen dem winzigen Körnchen eines richtigen – wenn auch nicht neuen – Gedankens und dem ungeheuren Wust von geradezu reaktionärem Unverstand ins Auge. Ein Löffel Honig und ein Faß Teer.

Es ist ganz unzweifelhaft und unbestreitbar, daß die Arbeiterklasse aller Länder – im Maße der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus, im Maße der Anhäufung von Erfahrungen der bürgerlichen Revolution oder bürgerlicher Revolutionen wie auch mißglückter sozialistischer Revolutionen – wächst, sich entwickelt, lernt, sich bildet und sich organisiert. Mit andern Worten: Sie entwickelt sich von der Spontaneität zur Planmäßigkeit – aus einem Zustand, in dem sie sich nur von Stimmungen leiten läßt, zu einem Zustand, in dem sie sich von der objektiven Lage aller Klassen leiten läßt, von einzelnen Ausbrüchen zu konsequentem Kampf. Das alles ist richtig. Das alles ist ebenso alt wie die Welt und gilt ebensowohl für das Rußland des 20. wie für das England des 17. Jahrhunderts, das Frankreich der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts und das Deutschland am Ausgang des 19. Jahrhunderts.

Aber das ist gerade das Unglück Larins, daß er überhaupt nicht imstande ist, das Material zu verdauen, das unsere Revolution einem Sozial-

demokraten liefert. Die Ausbrüche des russischen Barbarentums der europäischen Planmäßigkeit gegenüberzustellen, das begeistert ihn ebenso sehr wie ein Kind ein neues Bild. Er spricht eine Binsenwahrheit aus, die überhaupt für alle Zeiten gilt, und begreift nicht, daß die naive Anwendung dieser Binsenwahrheit auf die Zeit des unmittelbar revolutionären Kampfes sich bei ihm unter der Hand in *Renegatentum* gegenüber der Revolution verwandelt. Das wäre tragikomisch, wenn nicht die Aufrichtigkeit Larins jeden Zweifel darüber ausschlosse, daß er *unbewußt* in den Chor der Renegaten der Revolution einstimmt.

Spontane Ausbrüche der Barbaren, planmäßige Aktion der Europäer... Das ist eine reine Kadettenformel und ein Kadettengedanke, ein Gedanke der Verräter der russischen Revolution, die sich berauschen am „Konstitutionalismus“ im Geiste Muromzews, der erklärte: „Die Duma ist ein Teil der Regierung“, oder des Lakaien Roditschew, von dem der Ausruf stammt: „Es ist eine Frechheit, den Monarchen für den Pogrom verantwortlich zu machen!“ Die Kadetten haben eine ganze Literatur der Renegaten (die Isgojew, Struve, Prokopowitsch, Portugalow et tutti quanti*) hervorgebracht, die die „*wahnwitzige Raserei*“, d. h. die Revolution, in den Staub ziehen. Der liberale Bourgeois ist wie das bekannte Tier in der Fabel nicht imstande, seinen Blick nach oben zu richten und zu verstehen, daß nur dank den „Ausbrüchen“ des Volkes bei uns wenigstens ein Schatten von Freiheit besteht.

Und Larin wandelt mit naiver Kritiklosigkeit in den Fußstapfen des Liberalen. Larin versteht nicht, daß die von ihm berührte Frage zwei Seiten hat: 1. die Gegenüberstellung von spontanem Kampf und planmäßigem Kampf gleichen Umfangs und gleicher Formen und 2. die Gegenüberstellung von (im engen Sinne des Wortes) revolutionärer Epoche und konterrevolutionärer oder „nur-konstitutioneller“ Epoche. Larins Logik ist keinen Pfifferling wert. Den spontanen politischen Streik stellt er nicht einem planmäßigen politischen Streik, sondern einer planmäßigen Beteiligung, sagen wir, an der Bulyginschen Duma, den spontanen Aufstand nicht einem planmäßigen Aufstand, sondern einem planmäßigen gewerkschaftlichen Kampf gegenüber. Und deshalb artet seine marxistische Analyse in eine kleinbürgerlich-platte Apotheose der Konterrevolution aus.

Die europäische Sozialdemokratie ist „eine Partei objektiv-planmäßiger

* und alle ihresgleichen. *Die Red.*

politischer Aktion“ — stammelt Larin begeistert. Wie kindlich! Er bemerkt nicht, daß er von der besonders engen „Aktion“ begeistert ist, auf die sich die Europäer in Perioden beschränken mußten, in denen es keinen unmittelbar revolutionären Kampf gab. Er bemerkt nicht, daß er von der Planmäßigkeit des *legalen* Kampfes begeistert ist und die Spontaneität des Kampfes *wegen der Kraft und der Macht* schmäht, die die Grenzen der „Legalität“ bestimmen. Er vergleicht den spontanen Aufstand der Russen im Dezember 1905 nicht mit dem „planmäßigen“ Aufstand der Deutschen im Jahre 1849, der Franzosen im Jahre 1871, sondern mit der Planmäßigkeit im Anwachsen der deutschen Gewerkschaften. Er vergleicht den spontanen und mißlungenen Generalstreik der Russen im Dezember 1905 nicht mit dem „planmäßigen“ und *mißlungenen* Generalstreik der Belgier im Jahre 1902⁹⁹, sondern mit einer planmäßigen Parlamentsrede Bebels oder Vanderveldes.

Deswegen versteht Larin nicht den weltgeschichtlichen Fortschritt im Massenkampf des Proletariats, den der Streik vom Oktober 1905 und der Aufstand vom Dezember 1905 bedeuten. Aber den *Rückschritt* der russischen Revolution (der seiner *eigenen* Ansicht nach ein *zeitweiliger* ist), der in der Notwendigkeit *legaler* Vorbereitungsarbeit (Gewerkschaften, Wahlen usw.) zum Ausdruck kommt, erhebt er zum *Fortschritt* von der Spontaneität zur Planmäßigkeit, von der Stimmung zur Berechnung usw.

An Stelle der Moral eines revolutionären Marxisten (anstatt spontanen politischen Streiks planmäßiger politischer Streik; anstatt spontanen Aufstands planmäßiger Aufstand) ergibt sich daher die Moral eines kadettischen Renegaten (anstatt der „wahnwitzigen Raserei“ — Streiks, Aufstände — planmäßige Unterordnung unter die Stolypinschen Gesetze und planmäßiges Paktieren mit der Schwarzhundertermonarchie).

Nein, Genosse Larin, wenn Sie sich den Geist des Marxismus zu eigen gemacht hätten und nicht nur die Worte, würden Sie den Unterschied zwischen dem revolutionären dialektischen Materialismus und dem Opportunismus der „objektiven“ Historiker kennen. Sie brauchen sich nur an das zu erinnern, was Marx über Proudhon gesagt hat. Der Marxist verwirft nicht den legalen Kampf, den friedlichen Parlamentarismus, die „planmäßige“ Einordnung in den Rahmen der geschichtlichen Wirksamkeit, der von den Bismarck und Bennisgen, den Stolypin und Miljukow bestimmt wird. Aber der Marxist, der *jeden*, sogar den reaktionären

Boden zum Kampf für die Revolution benutzt, sinkt nicht zur Apotheose der Reaktion hinab, vergift nicht den Kampf um den *bestmöglichen Boden für seine Tätigkeit*. Deshalb sieht der Marxist als *erster* das Nahen einer revolutionären Epoche voraus und beginnt das Volk zu wecken und Sturm zu läuten, während die Philister noch ihren sklavischen Untertanenschlaf schlafen. Deshalb betritt der Marxist als *erster* den Weg des direkten revolutionären Kampfes, geht dem unmittelbaren Zusammenstoß entgegen und entlarvt die versöhnlerischen Illusionen aller möglichen schwankenden sozialen und politischen Elemente. Deshalb verläßt der Marxist als *letzter* den Weg des unmittelbar revolutionären Kampfes, verläßt ihn erst dann, wenn alle Möglichkeiten erschöpft sind, wenn auch kein *Schimmer* einer Hoffnung auf einen kürzeren Weg geblieben ist, wenn die Aufforderung, sich auf Massenstreiks, auf den Aufstand usw. vorzubereiten, offenkundig jeden Boden verliert. Deshalb straft der Marxist mit Verachtung die zahllosen Renegaten der Revolution, die ihm zurufen: Wir sind „fortschrittlicher“ als du, wir haben uns früher von der Revolution losgesagt! Wir haben uns früher der monarchistischen Konstitution „untergeordnet“!

Eins von beiden, Genosse Larin. Glauben Sie, daß es schon keinen Boden mehr gibt für den Aufstand und für die Revolution im engen Sinne des Wortes überhaupt? Dann sagen Sie das offen und beweisen Sie es uns wie ein Marxist: durch ökonomische Analyse, durch Feststellung der politischen Bestrebungen der verschiedenen Klassen, durch Untersuchung der Bedeutung der ideologischen Strömungen. Haben Sie das bewiesen? Dann werden wir alle Reden über den Aufstand für Phrasendrescherei erklären. Dann werden wir sagen: Es *hat* bei uns keine große Revolution *gegeben*, sondern nur großes Maulheldentum. Arbeiter! Die Bourgeoisie und die Kleinbürger (einschließlich der Bauern) haben euch verraten und im Stich gelassen. Wir aber werden auf dem Boden, den *sie* entgegen *unsern* Bemühungen geschaffen haben, beharrlich, geduldig und zielstrebig für die *sozialistische* Revolution arbeiten, die nicht so voll Halbheiten und so dürftig, so reich an Phrasen und so arm an schöpferischer Tat sein wird wie die bürgerliche Revolution!

Oder glauben Sie wirklich an das, was Sie sagen, Genosse Larin? Glauben Sie, daß die Revolution voranschreitet, daß der Kleinkrieg und die dumpfe Gärung in zwei bis drei Jahren eine neue unzufriedene Armee

und eine neue „ernste Probe“ hervorbringen werden? daß „das Dorf nicht zur Ruhe kommen kann“? Dann müssen Sie zugeben, daß die „Ausbrüche“ die Kraft der Empörung des ganzen Volkes und nicht die Kraft des zurückgebliebenen Barbarentums offenbaren; daß es unsere Pflicht ist, den spontanen Aufstand in einen planmäßigen Aufstand umzuwandeln, indem wir zäh und beharrlich, im Laufe langer Monate oder vielleicht sogar Jahre an dieser Umwandlung arbeiten, nicht aber, uns vom Aufstand loszusagen, wie das alle möglichen Judasse tun.

Ihre jetzige Position aber, Genosse Larin, ist eben „Trübsal und Verzagtheit“, „Unsicherheit und Zaghaftigkeit“ des Denkens und ein Abwälzen der eigenen Passivität auf unsere Revolution.

Das und nichts anderes hat es zu bedeuten, wenn Sie triumphierend den Boykott für einen Fehler erklären. Dieser Triumph ist kurzsichtig und abgeschmackt. Wenn die Ablehnung des Boykotts „fortschrittlich“ ist, so sind die rechten Kadetten von den „Russkije Wedomosti“, die gegen den Boykott der Bulyginschen Duma Sturm gelaufen sind, die die Studenten aufgefordert haben, „zu studieren und nicht zu rebellieren“, die allerfortschrittlichsten Leute. Wir beneiden die Renegaten nicht um diese Fortschrittlichkeit. Wir glauben, es heißt den Materialismus des revolutionären Kämpfers durch den „Objektivismus“ eines Professors ersetzen, der vor der Reaktion auf dem Bauche liegt, wenn man den Boykott der Witteschen Duma (an deren Einberufung drei bis vier Monate zuvor niemand glaubte) für einen „Fehler“ erklärt und den Fehler jener verschweigt, die zur Beteiligung an der Bulyginschen Duma aufgerufen haben. Wir glauben, daß die Position derer, die als *letzte*, nachdem sie wirklich alles auf dem Wege des direkten Kampfes erprobt hatten, in die Duma gingen, einen Umweg beschritten, besser ist als die Position derer, die als erste, unmittelbar vor dem Volksaufstand, der die Bulyginsche Duma hinwegfegte, zur Teilnahme an dieser Duma aufforderten.

Larin aber kann diese Kadettenphrase über die Fehlerhaftigkeit des Boykotts um so weniger verziehen werden, als er *ganz richtig* davon spricht, daß die Menschewiki „alle möglichen übergescheiten und allzu schlauen Dinge erfanden, vom Wahlprinzip und der Semstwokampagne bis zur Sammlung der Partei durch Teilnahme an den Dumawahlen zwecks Boykotts der Duma“ (57). Die Menschewiki riefen die Arbeiter zur Beteiligung an den Dumawahlen auf, ohne selbst daran zu glauben, daß

man in die Duma gehen könne. War nicht die Taktik jener richtiger, die nicht daran glaubten und die Duma boykottierten? die es für Volksbetrug erklärten, die Duma als „Machtorgan“ zu bezeichnen (diese Bezeichnung haben ihr die Menschewiki noch vor Muromzew in der Resolution des Vereinigungsparteitags gegeben)? die erst dann in die Duma gegangen sind, als die Bourgeoisie endgültig dem geraden Weg des Boykotts abschwor und uns zwang, einen Umweg zu beschreiten — jedoch nicht mit dem Ziel und nicht so wie die Kadetten?

III

Die Gegenüberstellung von Apparatpartei und Vorhutpartei, die Larin macht, oder der Partei der Kämpfer gegen die Polizei und der Partei der bewußten politischen Kämpfer scheint tiefgründig und von durchaus „rein proletarischem“ Geiste zu sein. In Wirklichkeit ist das genauso sehr intellektueller Opportunismus wie die entsprechende Gegenüberstellung, die 1899—1901 die Anhänger der „Rabotschaja Mysl“ und Akimows machten.¹⁰⁰

Einerseits ist — wenn die objektiven Voraussetzungen für den unmittelbar revolutionären Ansturm der Massen gegeben sind — die Tätigkeit „im Dienst der spontanen Bewegung“ die *höchste* politische Aufgabe der Partei. Eine *solche* revolutionäre Arbeit der „Politik“ gegenüberstellen heißt die Politik zur Kannegießerei erniedrigen, heißt die Politik des Dumakampfes anpreisen und sie über die Politik der Massen im Oktober und Dezember stellen, heißt also vom proletarisch-revolutionären zum intelligenzlerisch-opportunistischen Standpunkt übergehen.

Jede Kampfform erfordert eine entsprechende Technik und einen entsprechenden Apparat. Wenn kraft der objektiven Bedingungen der parlamentarische Kampf zur hauptsächlichen Kampfform wird, werden in der Partei unweigerlich die charakteristischen Züge des Apparats für den parlamentarischen Kampf stärker hervortreten. Wenn dagegen die objektiven Bedingungen den Massenkampf in Form von politischen Massentreiks und Aufständen auf die Tagesordnung setzen, *muß* die Partei des Proletariats „Apparate“ „im Dienst“ *eben dieser* Kampfformen haben, und es versteht sich von selbst, daß das besondere „Apparate“ sein

müssen, die anders geartet sind als die parlamentarischen Apparate. Eine organisierte Partei des Proletariats, die anerkennt, daß die Bedingungen für Volksaufstände gegeben sind, und nicht für einen entsprechenden Apparat sorgt, wäre eine Partei von intellektuellen Schwätzern; die Arbeiter würden von ihr zum Anarchismus, zum bürgerlichen Revolutionarismus usw. abwandern.

Andererseits hängt die Zusammensetzung der politisch führenden Vorhut jeder Klasse, einschließlich des Proletariats, ebenfalls sowohl von der Lage dieser Klasse als auch von der Hauptform ihres Kampfes ab. Larin beklagt sich zum Beispiel darüber, daß in unserer Partei die Arbeiterjugend überwiegt, daß wir wenig verheiratete Arbeiter haben, daß sie die Partei meiden. Diese Klage eines russischen Opportunisten erinnert mich an eine Stelle bei Engels (wenn ich nicht irre, in „Zur Wohnungsfrage“). Engels entgegnet einem trivialen bürgerlichen Professor, einem deutschen Kadetten, und schreibt: Ist es nicht natürlich, daß bei uns, in der Partei der Revolution, die Jugend überwiegt? Wir sind die Partei der Zukunft, die Zukunft aber gehört der Jugend. Wir sind die Partei der Neuerer, den Neuerern aber folgt stets die Jugend am liebsten. Wir sind die Partei des aufopfernden Kampfes gegen die alte Fäulnis, zum aufopferungsvollen Kampf aber ist stets die Jugend als erste bereit.

Nein, überlassen wir es lieber den Kadetten, „müde“ Greise von dreißig Jahren, „gescheiterte“ Revolutionäre und Renegaten der Sozialdemokratie aufzulesen. Wir werden stets die Partei der Jugend der fortgeschrittensten Klasse sein!

Larin selbst läßt sich das offenherzige Geständnis entschlüpfen, weshalb ihm die kampfmüden Familienväter so leid tun. Mehr solcher müden Leute in die Partei aufzunehmen, das würde sie „schwerfälliger machen und dem politischen Abenteuerertum den Boden entziehen“ (S. 18).

Das ist schon besser, mein guter Larin! Wozu sich verstellen und sich selbst betrügen. Was Sie brauchen, das ist keine Vorhutpartei, sondern eine *Nachhutpartei*, die schwerfälliger wäre. Das sollten Sie auch offen aussprechen!

„...Dem politischen Abenteuerertum den Boden entziehen“ ... Niederlagen der Revolution hat es auch in Europa gegeben, es gab die Junitage von 1848, die Maitage von 1871, Sozialdemokraten aber, Kommunisten, die ihre Aufgabe darin gesehen hätten, die Aktionen der Massen in der

Revolution zu „Abenteuern“ zu erklären, das hat es noch nicht gegeben. Dazu war es erst notwendig, daß sich (hoffentlich nicht für lange) charakterlose und feige russische Kleinbürger, die nicht an sich selbst glauben und bei jeder Wendung der Ereignisse zur Reaktion hin den Kopf hängenlassen, Leute, die, mit Verlaub zu sagen, als „Intelligenz“ bezeichnet werden, für revolutionäre Marxisten ausgeben.

„... Dem Abenteurertum den Boden entziehen“! Wenn dem aber so ist, so ist Larin selbst der erste *Abenteurer*, denn er bezeichnet den „Kleinkrieg“ als den *vorteilhaftesten* Weg der Revolution, er flößt den *Massen* den Glauben an den *Fortschritt der Revolution* ein, den Glauben, daß die Armee in zwei bis drei Jahren mit unzufriedenen Elementen aus dem Dorfe durchsetzt sein wird, den Glauben an den nahenden „Zusammenbruch der alten Staatsgewalt“ bei der „ersten ernstesten Probe“!

Larin ist jedoch ein Abenteurer auch noch in einem andern, viel schlimmeren und schäbigeren Sinne. Er ist ein Verteidiger des Arbeiterkongresses und der „parteilosen Partei“ (sein Ausdruck!). An Stelle der Sozialdemokratie sei eine „Gesamtrussische Arbeiterpartei“ erforderlich — deshalb eine „Arbeiter“partei, weil man kleinbürgerliche Revolutionäre, die Sozialrevolutionäre, die PPS, die belorussische *Hromada*¹⁰¹ u. dgl. m. in sie aufnehmen soll.

Larin ist ein Verehrer Axelrods. Aber er hat ihm einen Bärenienst erwiesen. Er hat seine „jugendliche Energie“, seinen „echten Mut des wahren Parteigenossen“ im Kampf für den Arbeiterkongreß derart gepriesen, er hat ihn so heiß umarmt, daß er ihn... in seinen Armen erwürgt hat! Axelrods nebelhafte „Idee“ eines Arbeiterkongresses wurde von dem naiven und wahrheitsliebenden Praktiker totgeschlagen, der sofort, ohne sich lange zu besinnen, all das ausschwatzte, was man im Interesse einer erfolgreichen Propaganda für den Arbeiterkongreß hätte verschweigen sollen. Arbeiterkongreß bedeutet „das Aushängeschild herunternehmen“ (S. 20 bei Larin, für den der Sozialdemokratismus nur ein Aushängeschild ist), bedeutet *Verschmelzung mit den Sozialrevolutionären* und mit den Gewerkschaften.

Richtig, Genosse Larin! Besten Dank, zumindest für die Aufrichtigkeit! Der Arbeiterkongreß bedeutet wirklich all dies. Sogar gegen den Willen seiner Einberufer würde er zu nichts anderm führen. Und eben deshalb ist der Arbeiterkongreß jetzt ein armseliges opportunistisches Abenteuer.

Armselig, weil ihm kein einziger großer Gedanke, sondern nur die Müdigkeit des Intellektuellen zugrunde liegt, der des hartnäckigen Kampfes um den Marxismus überdrüssig ist. Opportunistisch — aus demselben Grunde und deshalb, weil man Tausenden von Kleinbürgern, die noch lange nicht eine endgültige, bestimmte Stellung eingenommen haben, Einlaß in die Arbeiterpartei gewährt. Ein Abenteuer, weil ein solcher Versuch unter den gegenwärtigen Bedingungen keinen Frieden, keine positive Arbeit, keine Zusammenarbeit der Sozialrevolutionäre mit den Sozialdemokraten, denen Larin liebenswürdig die Rolle von „Propagandaver-einen innerhalb der breiten Partei“ (S. 40) zuweist, bringen würde, sondern eine maßlose Ausdehnung des Kampfes, der Streitigkeiten, der Spaltungen, der ideologischen Verwirrung und der praktischen Desorganisation.

Eins ist es, vorauszusagen, daß das sozialrevolutionäre „Zentrum“ nach dem Abfall der Volkssozialisten und Maximalisten zu den Sozialdemokraten kommen *muß*.* Etwas anderes ist es, auf einen Apfelbaum zu klettern, um eine Frucht zu pflücken, die erst reift, aber noch nicht reif ist. Entweder werden Sie sich das Genick brechen, Verehrtester, oder sich den Magen mit unreifem Obst verderben.

Larin argumentiert „gestützt auf Belgien“ — genauso wie im Jahre 1899 R. M. (der Redakteur der „Rabotschaja Mysl“) und Herr Prokopowitsch (als er den „spontanen Aufschwung“ eines Sozialdemokraten durchlebte und noch nicht so „geseit geworden“ war, „planmäßig handelnder“ Kadett zu werden). Dem Larinschen Büchlein liegt hübsch sauber eine hübsch saubere Übertragung des Statuts der belgischen Arbeiterpartei bei! Der gute Larin hat nur vergessen, die industriellen Bedingungen und die Geschichte Belgiens nach Rußland zu übertragen. *Nach* einer Reihe von bürgerlichen Revolutionen, *nach* Jahrzehnten des Kampfes gegen den kleinbürgerlichen Quasi-Sozialismus Proudhons, *angesichts* einer riesenhaften Entwicklung des industriellen Kapitalismus — vielleicht der höchsten in der Welt — waren der Arbeiterkongreß und die Arbeiterpartei in Belgien ein Übergang vom nichtproletarischen zum proletarischen Sozialismus. In Rußland, mitten in der bürgerlichen Revolution, die *unvermeidlich* kleinbürgerliche Ideen und kleinbürgerliche Ideologen hervorbringt, *angesichts* einer wachsenden „Trudowiki“-strömung in den Zwischenschichten der Bauernschaft und des Proletariats, *angesichts* des

* Siehe den vorliegenden Band, S. 186/187. *Die Red.*

Bestehens der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* mit einer nahezu zehnjährigen Geschichte ist der Arbeiterkongreß ein schlechter Einfall, ist die Verschmelzung mit den Sozialrevolutionären (vielleicht sind es 30 000, vielleicht aber auch 60 000, man kann es nicht genau wissen — sagt Larin in seiner Einfalt) eine Intellektuellengrille.

Ja, ja, die Geschichte versteht sich auf Ironie! Jahr um Jahr haben die Menschewiki geschrien, die Bolschewiki näherten sich den Sozialrevolutionären. Und siehe da, die Bolschewiki lehnen den Arbeiterkongreß unter anderm *gerade deshalb* ab, weil er den Unterschied zwischen dem Standpunkt der Proletarier und dem der kleinen Eigentümer verdunkeln würde (siehe die Resolution des Petersburger Komitees¹⁰² in Nr. 3 des „Proletari“). Der *Menschewik* aber tritt bei der Verteidigung des Arbeiterkongresses für die *Verschmelzung mit den Sozialrevolutionären* ein. Das ist wirklich einzigartig.

— Ich will nicht die Partei in der Klasse aufgehen lassen — rechtfertigt sich Larin. Ich will nur die Vorhut, 900 000 von 9 Millionen, vereinen. (S. 17 und S. 49.)

Nehmen wir die offiziellen Zahlen der Fabrik- und Werkstatistik für das Jahr 1903. Insgesamt gibt es 1 640 406 Arbeiter in Fabriken und Werken. Davon sind 797 997 in Betrieben mit über 500 Arbeitern, 1 261 363 in Betrieben mit über 100 Arbeitern beschäftigt. Die Zahl der Arbeiter in den Großbetrieben (800 000) ist ein wenig niedriger als die Zahl, die Larin für die mit den Sozialrevolutionären vereinigte Arbeiterpartei angibt!

Larin hegt also nicht die Hoffnung, daß wir in Rußland, wo wir heute schon zirka 150 000 bis 170 000 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei zählen, wo wir 800 000 Arbeiter in den Großbetrieben und dazu noch die Großbetriebe im Bergbau und Hüttenwesen haben (die in diese Zahl nicht eingehen), wo wir eine Masse rein proletarischer Elemente im Handel, in der Landwirtschaft, im Verkehrswesen usw. haben — daß wir bei alledem binnen kurzem für die Sozialdemokratie 900 000 *Proletarier* als Parteimitglieder gewinnen könnten?? Das ist ungeheuerlich, aber es ist eine Tatsache.

Aber der Unglaube Larins ist nur die Zaghaftheit im Denken des Intellektuellen.

Wir glauben durchaus, daß diese Aufgabe verwirklicht werden kann.

Gegen das Abenteuer des „Arbeiterkongresses“ und der „parteilosen Partei“ stellen wir die Losung auf: unsere *Sozialdemokratische Partei* zu *verfünffachen* und zu *verzehnfachen*, jedoch in erster Linie und *fast ausschließlich* durch rein proletarische Elemente und ausschließlich unter dem ideologischen Banner des revolutionären Marxismus.*

Jetzt, nachdem ein Jahr der großen Revolution verflossen ist, wo sich rasch alle möglichen Parteien entwickeln, schließt sich das Proletariat schneller als je zuvor zu einer selbständigen Partei zusammen. Die Duma-wahlen werden dazu beitragen (selbstverständlich nur, wenn wir uns nicht auf opportunistische Blocks mit den Kadetten einlassen). Der Verrat der Bourgeoisie im allgemeinen und des Kleinbürgertums (der *Volkssozialisten*) im besonderen wird die revolutionäre Sozialdemokratie stärken.

Wir werden das Larinsche „Ideal“ (900 000 Parteimitglieder) verwirklichen — wir werden dies Ideal sogar übertreffen durch beharrliche Arbeit auf dem einmal beschrittenen Wege, nicht aber durch Abenteuer. Es ist jetzt wirklich erforderlich, die Partei durch *proletarische* Elemente zu erweitern. Es ist anormal, daß wir in Petersburg nur 6000 Parteimitglieder haben (es gibt im Gouvernement St. Petersburg 81 000 Arbeiter in Betrieben mit 500 und mehr Arbeitern; insgesamt 150 000 Arbeiter), daß wir im zentralen Industriegebiet nur 20 000 Parteimitglieder haben (377 000 Arbeiter in Betrieben mit 500 und mehr Arbeitern; insgesamt 562 000 Arbeiter). Man muß es *verstehen*, in solchen Zentren fünf- und zehnmal mehr Arbeiter in die Partei einzureihen**. Hierin hat Larin

* Die Gewerkschaften in die Partei aufzunehmen, wie Larin es vorschlägt, ist unrationell. Das würde die Arbeiterbewegung und ihre Basis nur einengen. Zum Kampf gegen die Unternehmer werden wir stets eine bedeutend größere Zahl von Arbeitern vereinigen als für die sozialdemokratische Politik. Deshalb sind wir (im Gegensatz zu der *unrichtigen* Behauptung Larins, daß die Bolschewiki sich gegen parteilose Gewerkschaften ausgesprochen hätten) für parteilose Gewerkschaften, wie *bereits im Jahre 1902* der Verfasser der „jakobinischen“ (nach Meinung der Opportunisten jakobinischen) Broschüre „Was tun?“ für parteilose Gewerkschaften eingetreten ist. (Siehe Werke, Bd. 5, S. 468/469. *Die Red.*)

** Wir sagen: „verstehen einzureihen“, denn die Zahl der sozialdemokratischen Arbeiter übersteigt in solchen Zentren die Zahl der Parteimitglieder zweifellos um ein Vielfaches. Bei uns hat sich eine gewisse Routine herausgebildet,

durchaus und unbedingt recht. Aber wir dürfen nicht in intelligenzlerischen Kleinmut und in intelligenzlerische Nervosität verfallen. Wir werden das auf unserm sozialdemokratischen Wege, ohne Abenteuer erreichen.

IV

Die einzige „erfreuliche Erscheinung“ in der Broschüre des Genossen Larin ist sein scharfer Protest gegen Blocks mit den Kadetten. In einem andern Artikel der vorliegenden Nummer unserer Zeitung, der die Schwankungen des Menschewismus in dieser wichtigen Frage behandelt, findet der Leser ausführliche diesbezügliche Zitate.

Hier aber interessiert uns die allgemeine Kennzeichnung des Menschewismus durch einen solchen „autoritativen“ Zeugen, wie es der Menschewik Larin ist. Er protestiert anlässlich der Frage der Blocks mit den Kadetten gegen einen „versimpelt-schablonenhaften Menschewismus“. Der „schablonenhafte Menschewismus“, schreibt er, ist fähig, „eine selbstmörderische Vereinigung mit den Gegnern der Sozialdemokratie aus dem bürgerlichen Lager“ anzustreben. Wir wissen nicht, ob Larin bei der Verteidigung seiner Ansichten gegen Plechanow mehr Charakter wird bekunden können als Martow. Indessen wendet sich Larin gegen den „offiziellen“ und „schablonenhaften“ Menschewismus nicht nur im Hinblick auf die Blocks mit den Kadetten. „Alles sich Überlebende“, sagt Larin z. B. an die Adresse des Menschewismus gerichtet, „nimmt das Gepräge des Schablonenhaften an“!! (S. 65.) Der Menschewismus überlebt sich und macht dem „europäischen Realismus“ Platz. „Hieraus ergibt sich die ewige Trübsal, Halbheit und Unsicherheit des Menschewismus.“ (S. 62.) Über das Gerede vom Arbeiterkongreß schreibt er: „Alle diese Gespräche tragen irgendwie den Stempel des Unausgesprochenen, der Zaghaftigkeit des Denkens, das sich vielleicht einfach nicht laut auszusprechen entschließt, was im Innern schon ausgereift ist“ (S. 6) usw.

wir müssen sie bekämpfen. Wir müssen es verstehen, dort, wo es notwendig ist, für unsere Zwecke lose Organisationen auszunutzen — proletarische Organisationen, die freier, breiter und leichter zugänglich sind. Unsere Losung lautet: Erweiterung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, gegen den parteilosen Arbeiterkongreß und die parteilose Partei!

Wir wissen bereits, was hinter dieser Krise des Menschewismus, dieser seiner Entartung zur Schablone steckt*: der Zweifel des kleinbürgerlichen Intellektuellen an der Möglichkeit des weiteren revolutionären Kampfes einerseits, die Furcht, die Revolution für abgeschlossen zu erklären, die Furcht, zu erklären, daß die Reaktion endgültig gesiegt habe, andererseits. „Der Menschewismus war nur eine instinktive halb spontane Sehnsucht nach einer Partei“, sagt Larin. Der Menschewismus ist die spontane Sehnsucht des Intellektuellen nach einer gestutzten Konstitution und friedlichem Legalismus, sagen wir. Der Menschewismus ist eine quasi-objektive, aus revolutionärem Milieu kommende Apologie der Reaktion.

Die Bolschewiki haben von Anfang an — bereits im Genfer „Wpe-rjod“¹⁰³ (Januar bis März 1905) und in der Broschüre „Zwei Taktiken“^{**} (Juli 1905) — die Frage ganz anders gestellt. Sie waren sich des widerspruchsvollen Charakters der Interessen und der Aufgaben der verschiedenen Klassen in der bürgerlichen Revolution durchaus bewußt und haben schon damals geradeheraus erklärt: Möglicherweise wird die russische Revolution mit einer konstitutionellen Fehlgeburt enden. Als Anhänger und Ideologen des revolutionären Proletariats werden wir unsere Pflicht bis zu Ende erfüllen, wir werden ungeachtet allen Verrats und aller Nieder-

* Wieder eine Ironie der Geschichte! Die Menschewiki schrien seit 1903 über den „Formalismus“ und „Bürokratismus“ der Bolschewiki. Seit dieser Zeit waren die „bürokratischen“ und „formalen“ Prärogative in bezug auf die Gesamtpartei ununterbrochen in ihren Händen. Und jetzt stellt ein *Menschewik* fest, daß der Menschewismus zur *Schablone* entartet. Eine bessere Rehabilitierung könnten sich die Bolschewiki gar nicht wünschen. Larin sucht jedoch das Schablonenhafte im Menschewismus nicht dort, wo es wirklich wurzelt. Die Quelle des Schablonenhaften ist der Opportunismus, den Axelrod und Plechanow den Menschewiki unter der Flagge des Europäertums einimpfen. Es gibt auch keine Spur von Europäertum in ihrer Ideologie und ihren Gewohnheiten, die die Widerspiegelung der Ideologie und der Gewohnheiten des Schweizer Spießbürgers sind. Die spießbürgerliche Schweiz ist nur das Dienstbotenzimmer des wirklichen Europas, des Europas der revolutionären Traditionen und des verschärften Klassenkampfes der breiten Massen. Insbesondere ist das Schablonenhafte z. B. in der Plechanowschen Stellung der Frage des Arbeiterkongresses (Arbeiterkongreß gegen Parteitag), gegen die Larin so scharf und aufrichtig protestiert, klar zum Ausdruck gekommen.

** Siehe Werke, Bd. 9, S. 1–130. *Die Red.*

trächtigkeiten der Liberalen, aller Schwankungen, der ganzen Zaghaftigkeit und aller Zweifel der Kleinbürger unsere revolutionären Losungen vertreten, wir werden *alle* revolutionären Möglichkeiten wirklich bis zu Ende ausschöpfen, wir werden stolz darauf sein, daß wir als *erste* den Weg des Aufstands beschritten haben und diesen Weg als *letzte* verlassen, erst wenn es wirklich unmöglich geworden ist, ihn fortzusetzen. Gegenwärtig aber sind wir noch sehr, sehr weit davon entfernt, alle revolutionären Möglichkeiten und Perspektiven für erschöpft zu halten. Unverhohlen und offen propagieren wir den Aufstand und die hartnäckige, beharrliche, langwierige Vorbereitung zum Aufstand.

Wenn wir zu der Ansicht gelangen sollten, daß die Revolution abgeschlossen ist, werden wir das offen und unverhohlen sagen. Wir werden vor dem gesamten Volk alle unsere unmittelbar revolutionären Losungen (wie die konstituierende Versammlung) aus unserer Plattform streichen. Wir werden weder uns noch andere mit jesuitischen Sophismen (wie die Plechanowsche „machtvollkommene Duma“ für die Kadetten)* betrügen. Wir werden die Reaktion nicht rechtfertigen, werden reaktionären Konstitutionalismus nicht als Boden für einen gesunden Realismus bezeichnen. Wir werden dem Proletariat sagen und beweisen, daß der Verrat der Bourgeoisie und die Schwankungen der Kleinbesitzer die bürgerliche Revolution zugrunde gerichtet haben und daß das Proletariat jetzt selbst eine neue, sozialistische Revolution vorbereiten und durchführen wird. Auf dem Boden des Verfalls der Revolution, d. h. des völligen Verrats der Bourgeoisie, werden wir daher keinesfalls irgendeinen Block mit der opportunistischen, ja nicht einmal mit der revolutionären Bourgeoisie eingehen, denn der Verfall der Revolution würde bedeuten, daß der bürgerliche Revolutionarismus zur leeren Phrase wird.

Deshalb lassen uns die zornigen Worte völlig kalt, mit denen uns Larin überhäuft, wenn er ein Geschrei anstimmt über die nahende Krise des Bolschewismus, der sich erschöpft habe, darüber, daß wir stets hinter den Menschewiki einhergehinkt seien usw. Alle diese Anrempelungen und Sticheleien lassen uns nur mitleidig lächeln.

Einzelne Personen sind von den Bolschewiki abgefallen und werden von ihnen abfallen, aber eine Krise *kann es* in unserer Richtung *nicht geben*. Haben wir doch von Anfang an erklärt (siehe „Ein Schritt vorwärts,

* Siehe den vorliegenden Band, S. 329. *Die Red.*

zwei Schritte zurück“*): Wir rufen keine besondere „bolschewistische“ Richtung ins Leben, wir verteidigen nur überall und stets den Standpunkt der *revolutionären Sozialdemokratie*. In der Sozialdemokratie aber wird es bis hin zur sozialen Revolution unvermeidlich einen opportunistischen und einen revolutionären Flügel geben.

Man braucht nur einen flüchtigen Blick auf die Geschichte des „Bolschewismus“ zu werfen, um sich davon zu überzeugen.

1903–1904. Die Menschewiki propagieren den Demokratismus in der Organisation. Die Bolschewiki bezeichnen das — solange die Partei nicht offen auftreten kann — als intelligenzlerische Phrase. Der menschewistische „Arbeiter“ gibt in seiner Genfer Broschüre (1905) zu, daß es bei den Menschewiki in Wirklichkeit keinen Demokratismus gab. Der Menschewik Larin gibt zu, daß ihr „Gerede vom Prinzip der Wählbarkeit“ ein „ausgeklügelter“ Versuch war, „die Geschichte zu überlisten“, und daß es in Wirklichkeit in der menschewistischen „St.-Petersburger Gruppe noch im Herbst 1905 keine Wählbarkeit gab“ (S. 62). Nach der Oktoberrevolution aber haben die Bolschewiki als *erste* sofort in der „Nowaja Shisn“¹⁰⁴ den *praktischen* Übergang zum Demokratismus in der Partei proklamiert.**

Ende 1904. Die Semstwokampagne. Die Menschewiki laufen den Liberalen nach. Die Bolschewiki lehnen (entgegen der häufig verbreiteten Fabel) „gute Demonstrationen“ vor den Semstwoleuten nicht ab, wohl aber die „schlechten Betrachtungen der Intellektuellen“***, die erklärten, in der Kampfarena gebe es *zwei* Kräfte (den Zaren und die Liberalen), und ein Auftreten vor den Semstwoleuten sei eine Demonstration von höherem Typus. Jetzt gibt der Menschewik Larin selbst zu, daß die Semstwokampagne eine „ausgeklügelte“ (S. 62), eine „übergeseite und allzu schlaue“ Sache war (S. 57).

Anfang 1905. Die Bolschewiki stellen offen und direkt die Frage des Aufstands, der Vorbereitung zum Aufstand. In der Resolution des

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 197–430. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 10, S. 13–23. *Die Red.*

*** In Nr. 1 des Genfer „Wperjod“ (Januar 1905) trug der Artikel, der der Kritik des „Plans der Semstwokampagne“ gewidmet war, die Überschrift „Über gute Demonstrationen der Proletarier und schlechte Betrachtungen einiger Intellektueller“. (Siehe Werke, Bd. 8, S. 14–20. *Die Red.*)

III. Parteitags sagen sie die *Vereinigung von Streik und Aufstand* voraus. Die Menschewiki drehen und wenden sich, weichen den Aufgaben des Aufstands aus, reden davon, daß man die Massen mit dem brennenden Bedürfnis nach Selbstbewaffnung ausrüsten müsse.

August — September 1905. Die Menschewiki (Parvus in der neuen „Iskra“) rufen zur Beteiligung an der Bulyginschen Duma auf. Die Bolschewiki rufen zu ihrem aktiven Boykott, zur unmittelbaren Propagierung des Aufstands auf.

Oktober — Dezember 1905. Der Volkskampf, in Form von Streiks und Aufständen, fegt die Bulyginsche Duma hinweg. Der Menschewik Larin gibt in einer schriftlichen Erklärung an den Vereinigungsparteitag zu, daß die Menschewiki in der Periode des höchsten Aufschwungs der Revolution bolschewistisch handelten. An den embryonalen Organen der provisorischen Regierung nehmen wir Sozialdemokraten zusammen mit der revolutionären Bourgeoisie und neben ihr teil.

Anfang 1906. Die Menschewiki blasen Trübsal. Sie glauben nicht an die Duma und glauben nicht an die Revolution. Sie fordern die Teilnahme an den Dumawahlen zwecks Boykotts der Duma (*Larin*, S. 57). Die Bolschewiki erfüllen ihre Pflicht als Revolutionäre und unternehmen alles, was in ihren Kräften steht, um die zweite Duma, an die in revolutionären Kreisen *niemand* glaubt, zu boykottieren.

Mai — Juni 1906. Die Dumakampagne. Infolge des Verrats der Bourgeoisie ist der Boykott mißlungen. Die Bolschewiki leisten ihre revolutionäre Arbeit auf einem neuen, wenn auch schlechteren Boden. In der Zeit der Duma hebt sich unsere Taktik, die Taktik der revolutionären Sozialdemokraten, in den Augen des gesamten Volkes noch klarer vom Opportunismus ab: Kritik an den Kadetten in der Duma, Kampf um die Befreiung der Trudowiki vom Einfluß der Kadetten, Kritik der Dumillusionen, Propagierung der revolutionären Annäherung der linken Dumagruppen.

Juli 1906. Auseinanderjagung der Duma. Die Menschewiki sind in hellem Aufruhr, treten für einen sofortigen Demonstrationstreik und für Teilaktionen ein. Die Bolschewiki protestieren. *Larin verschweigt in seiner Darstellung dieser Ereignisse den für die Parteimitglieder veröffentlichten Protest der drei ZK-Mitglieder*. Was Larin über diesen Zwischenfall sagt, ist unwahr. Die Bolschewiki verweisen auf die Unsinnigkeit einer Demon-

stration und setzen sich für den Aufstand zu einem *späteren* Zeitpunkt ein.* Die Menschewiki unterzeichnen zusammen mit der revolutionären Bourgeoisie Aufrufe zum Aufstand.

Ende 1906. Die Bolschewiki erkennen, daß der Verrat der Bourgeoisie dazu zwingt, einen Umweg zu beschreiten und in die Duma zu gehen. Nieder mit allen Blocks! Nieder insbesondere die Blocks mit den Kadetten! Die Menschewiki sind für Blocks.

Nein, Genosse Larin, wir brauchen uns eines solchen Verlaufs des Kampfes zwischen dem revolutionären und dem opportunistischen Flügel der russischen Sozialdemokratie nicht zu schämen!

„Proletari“ Nr. 9,
7. Dezember 1906.

Nach dem Text des „Proletari“.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 115–117. *Die Red.*

DAS PROLETARIAT UND SEIN ALLIIERTER IN DER RUSSISCHEN REVOLUTION

So hat K. Kautsky das letzte Kapitel seines in den letzten Heften der „Neuen Zeit“¹⁰⁵ erschienenen Artikels „Triebkräfte und Aussichten der russischen Revolution“ überschrieben. Ohne Zweifel wird dieser Artikel, ebenso wie andere Arbeiten Kautskys, bald in russischer Übersetzung erscheinen. Alle Sozialdemokraten müssen diesen Artikel unbedingt kennenlernen — nicht weil man von einem *deutschen* Theoretiker des Marxismus eine Antwort auf die brennenden Fragen *unserer* Taktik erwarten könnte (das wären schlechte russische Sozialdemokraten, die solche Antworten aus der Ferne erwarten), sondern weil Kautsky mit ausgezeichneter Logik die *Grundlagen* der gesamten sozialdemokratischen Taktik in der bürgerlichen russischen Revolution untersucht. Für alle Mitglieder unserer Partei, für alle klassenbewußten Arbeiter, die mit der Kleinarbeit des Alltags überhäuft sind, denen die abgedroschenen Plattheiten prinzipienloser bürgerlich-liberaler Schreiberlinge in den Ohren dröhnen, sind solche Arbeiten besonnener, wissender und erfahrener Sozialdemokraten besonders wichtig, ermöglichen sie es doch, sich über den Alltag zu erheben, in die Grundfragen der Taktik des Proletariats einzudringen, klarere Vorstellungen zu gewinnen über die prinzipiellen Tendenzen und überhaupt die Denkmethode in den verschiedenen Strömungen der Sozialdemokratie.

Der neueste Artikel Kautskys ist in dieser Hinsicht von ganz besonderer Bedeutung, da er die Möglichkeit gibt, den *Charakter* der Fragen, die Plechanow Kautsky (und anderen ausländischen Sozialisten) gestellt hat, mit der *Methode* zu vergleichen, die Kautsky bei der Beantwortung einiger dieser Fragen anwendet.

Plechanow, den der Kadett Melgunow heute (10. Dezember) im „*Towarischtsch*“ so treffend als den „*früheren Führer und Theoretiker der russischen Sozialdemokratie*“ bezeichnet hat, befragte Kautsky 1. über den „*allgemeinen Charakter*“ der russischen Revolution: ob sie eine bürgerliche oder eine sozialistische Revolution sei, 2. über die Stellung der Sozialdemokratie zur bürgerlichen Demokratie und 3. über die Taktik der Sozialdemokratie bei den Dumawahlen.

Der Führer der russischen Opportunisten wollte von Kautsky eine Billigung der Blocks mit den Kadetten erschleichen. Der Führer der deutschen revolutionären Sozialdemokraten durchschaute die Absicht des Fragestellers, ihm eine Antwort zu entlocken auf etwas, wovon in den Fragen nicht direkt gesprochen wird, und zog es vor, Plechanow mit einer ruhigen, ausführlichen und propagandistisch geschriebenen *Erläuterung* zu antworten, in der er auseinandersetzt, wie ein Marxist Fragen der bürgerlichen Revolution und der bürgerlichen Demokratie überhaupt *stellen* muß. Sehen wir uns diese Erläuterung Kautskys etwas aufmerksamer an.

Es wäre oberflächlich, in der russischen Revolution eine Bewegung zum Sturze des Absolutismus zu sehen. Man muß sie als ein Erwachen der breiten Volksmassen zu selbständiger politischer Tätigkeit betrachten. Das ist der Grundgedanke, von dem Kautsky ausgeht.

Das bedeutet folgendes: Oberflächlich wäre eine Analyse der Aufgaben der Sozialdemokratie, die sich darauf beschränken würde, auf die Erringung der politischen Freiheit (den Sturz des Absolutismus) und auf die „*Gemeinsamkeit*“ dieser Aufgabe für verschiedene Klassen hinzuweisen. Man muß die Lage der *Massen* betrachten, ihre objektiven Lebensbedingungen, den Klassenunterschied in diesen Massen, den *realen Inhalt* der Freiheit, die sie *tatsächlich* erstreben. Nicht aus einer allgemeinen Phrase muß man die Gemeinsamkeit der Interessen ableiten, nicht von der „*politischen Freiheit*“ *überhaupt* auf den gemeinsamen Kampf verschiedener Klassen schließen — sondern umgekehrt, aus der genauen Analyse der Lage und der Interessen der verschiedenen Klassen muß man folgern, inwieweit und worin ihr Kampf für die Freiheit, ihr Streben nach Freiheit wesensgleich sind oder zusammenfallen (und ob sie zusammenfallen). Nicht kadettisch, nicht liberal muß man urteilen, nicht so wie die Herren Prokopowitsch und Co., sondern *marxistisch*.

Ferner, wenn der Ausgangspunkt die Interessen der Massen sind, so ist

der Angelpunkt der russischen Revolution die *Agrarfrage* (die *Bodenfrage*). Auf Niederlage oder Sieg der Revolution darf man nicht schließen auf Grund von Gewaltakten der Regierung oder von Äußerungen der „Reaktion“ (die die Aufmerksamkeit vieler kadettenähnlicher Sozialdemokraten ganz und gar in Anspruch nimmt), zugrunde legen muß man vielmehr die Lage der Massen im Kampf um den Boden.

Die Landwirtschaft ist die Grundlage der Volkswirtschaft Rußlands. Die Landwirtschaft verkommt, die Bauern sind ruiniert. Sogar die Liberalen (Kautsky zitiert die Kadetten Petrunkewitsch und Manuilow) erkennen das. Kautsky, der darauf hinweist, daß die Liberalen und die Sozialisten *diese* Ansicht miteinander gemein haben, begnügt sich jedoch damit nicht. Er erlaubt sich nicht, hieraus den kadettischen Schluß zu ziehen: „Also müssen die Sozialdemokraten die Kadetten unterstützen.“ Er geht sofort zur Analyse der *Klasseninteressen* über und zeigt, daß die Halbheit der Liberalen in der Agrarfrage *unvermeidlich* ist. Die Liberalen geben zwar den Verfall der Landwirtschaft im allgemeinen zu, begreifen jedoch nicht den kapitalistischen Charakter der Landwirtschaft und die sich daraus ergebende Frage, aus welchen besonderen Ursachen heraus sich gerade die kapitalistische und nicht irgendeine andere Evolution verzögert hat.

Und Kautsky untersucht ausführlich eine dieser besonderen Ursachen, nämlich den Kapitalmangel in Rußland. Das ausländische Kapital spielt bei uns eine besonders hervorragende Rolle. Dies hemmt die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft. Kautsky folgert: „Das Verkommen der Landwirtschaft, das ist neben dem Aufkommen des industriellen Proletariats die Hauptursache der jetzigen russischen Revolution.“

Man sieht: Kautsky studiert aufmerksam und vorsichtig den besonderen Charakter der bürgerlichen Revolution in Rußland; im Gegensatz zu den Kadetten und den kadettenähnlichen Sozialdemokraten umgeht er diese Besonderheiten nicht mit einem doktrinären Hinweis auf den „allgemeinen“ Charakter jeder bürgerlichen Revolution.

Weiter untersucht Kautsky die Lösung der Agrarfrage. Er begnügt sich auch hier nicht mit der abgedroschenen liberalen Phrase: Auch die kadettische Duma will den Bauern Land geben! (Siehe die Schriften Plechanows.) Nein. Er zeigt, daß eine Vergrößerung des Bodenanteils sinnlos ist, wenn den Bauern nicht gleichzeitig größte finanzielle Hilfe zuteil wird.

Der Absolutismus ist nicht imstande, der Bauernschaft wirklich zu helfen. Und die Liberalen? Sie verlangen die Ablösung. Die Ablösung aber muß die Bauern zugrunde richten. „Nur bei *Konfiskation* des großen Grundbesitzes“ (hervorgehoben von Kautsky) ist es möglich, den Bodenanteil des Bauern erheblich zu vergrößern, ohne ihm neue Lasten aufzubürden. Die Liberalen aber sträuben sich aufs entschiedenste gegen die Konfiskation.

Es verlohnt sich, bei diesem Gedankengang Kautskys zu verweilen. Wer näher mit den Parteischattierungen in den revolutionären Kreisen Rußlands vertraut ist, weiß, daß die Opportunisten *beider* revolutionären Parteien gerade in der Frage der Ablösung nicht nur mit der liberalen Ansicht infiziert sind, sondern noch dazu Kautsky entstellt haben. Unsere Menschewiki haben sowohl auf dem Vereinigungsparteitag als auch in einer ganzen Reihe von Versammlungen in Petersburg (z. B. Dan in Berichten über den Parteitag, die er im Sommer vor Petersburger Arbeitern erstattete) darauf hingewiesen, daß jener Punkt des Agrarprogramms falsch sei, der auf Betreiben der Bolschewiki angenommen wurde, die verlangten, unbedingt an Stelle der „Enteignung“ (siehe den ursprünglichen Entwurf Maslows) die Konfiskation zu setzen. Unsere Menschewiki erklärten, daß das falsch sei, daß nur vulgärer Revolutionarismus auf Konfiskation bestehen könne, daß es für den sozialen Umsturz unwichtig sei, ob es eine Ablösung geben würde oder nicht, und beriefen sich hierbei auf Kautskys Broschüre „Die soziale Revolution“, in der Kautsky in bezug auf die sozialistische Revolution überhaupt die Zulässigkeit der Ablösung auseinandersetzt. Die sozialrevolutionären Menschewiki, die halbkadettischen Volkssozialisten, verteidigten ihre Schwenkung zum Liberalismus in der Frage der Ablösung ganz genauso (in einem der Hefte der „Narodno-Sozialistischeskoje Obosrenije“¹⁰⁶) und beriefen sich ebenfalls auf Kautsky.

Kautsky kennt wahrscheinlich weder die Haltung der Menschewiki in dieser Frage noch die Bedeutung der Politik der Volkssozialisten und ihrer Gruppe. Durch die Art aber, wie er die Frage der Ablösung in der russischen Revolution stellte, hat er wiederum allen unseren Opportunisten eine vorzügliche Lehre darüber erteilt, wie man nicht urteilen darf. Man darf nicht aus *allgemeinen* Prämissen über die Beziehung von Ablösung und Konfiskation in verschiedenen Revolutionen oder in der sozialistischen

Revolution schlechthin auf die Ablösung im *Rußland der Jahre 1905—1906* schließen. Man muß umgekehrt verfahren. Man muß untersuchen, welche Klassen bei uns in Rußland ein spezifisches Herangehen an die Frage der Ablösung notwendig gemacht haben, man muß aus den Interessen dieser Klassen die politische Bedeutung der gegebenen Frage in der gegebenen Revolution ableiten und darf erst dann über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Auffassungen der verschiedenen Parteien urteilen.

Es versteht sich von selbst, daß Kautsky, der diesen Weg beschritt, nicht zur *Vertuschung* des Unterschieds zwischen den Liberalen und den Revolutionären in der Ablösungsfrage gelangte (wie stets die Anhänger Plechanows und die Volkssozialisten), sondern zur Klarstellung der *Größe* dieses Unterschieds. Als Plechanow Kautsky seine Fragen stellte, verhüllte er dadurch, daß er die konkreten Fragen umging, den Unterschied zwischen der „oppositionellen“ und der „revolutionären“ Bewegung. Kautsky riß diese Plechanowschen Hüllen herunter, zog die wichtige Ablösungsfrage ans Tageslicht und zeigte Plechanow, daß nicht nur die Schwarzhunderter, sondern auch die Liberalen „auf ihre Weise“ gegen die revolutionäre Bewegung der Bauern kämpfen.

„Ohne Aufhebung des stehenden Heeres“, schreibt Kautsky, „der Flottenrüstungen, ohne Konfiskation des gesamten Vermögens der kaiserlichen Familie, der Klöster, ohne Staatsbankrott, ohne Konfiskation der großen Monopole, soweit sie noch privat betrieben werden—Eisenbahnen, Petroleumquellen, Bergwerke, Eisenhütten und dergleichen—, werden die ungeheuren Summen nicht aufgebracht werden können, deren die russische Landwirtschaft bedarf, soll sie aus ihrer furchtbaren Verkommenheit herausgerissen werden.“

Man erinnere sich der üblichen menschwistischen Reden über den Utopismus und die Phantasterei der Bolschewiki, z. B. an Plechanows Reden auf dem Parteitag über die Forderung, Radikalismus in der Agrarfrage mit politischem Radikalismus zu vereinen (Aufhebung des stehenden Heeres, Wählbarkeit der Beamten durch das Volk usw.). Plechanow machte sich lustig über die Aufhebung des stehenden Heeres und die Wählbarkeit der Beamten durch das Volk! Die Plechanowsche „Sowremennaja Shisn“¹⁰⁷ billigt die Richtung des „Nasche Delo“, wobei sie politischen Opportunismus als „politischen Materialismus“ (??) bezeichnet und diesen der „revolutionären Romantik“ entgegensetzt.

Es zeigt sich, daß der vorsichtige Kautsky *viel weiter geht* als der radikalste Bolschewik, daß er *im Zusammenhang mit der Agrarfrage* viel „utopischere“ und „romantischere“ (vom Standpunkt des Opportunisten) Forderungen stellt!

Kautsky fordert nicht nur die Konfiskation des großen Grundbesitzes, nicht nur die Aufhebung des stehenden Heeres, sondern auch die *Konfiskation der großen kapitalistischen Monopole!*

Und Kautsky bemerkt ganz folgerichtig sofort nach der oben angeführten Stelle: „Daß aber die Liberalen vor so riesenhaften Aufgaben, vor so einschneidenden Umwälzungen der bestehenden Eigentumsverhältnisse zurückschrecken, ist klar. Im Grunde wollen sie nichts als die bestehende Politik weiterführen, ohne die Grundlagen der Ausbeutung Rußlands durch das ausländische Kapital anzutasten. Sie halten fest am stehenden Heere, das allein in ihren Augen die Ordnung sichern und *ihre Eigentum retten kann...*“

Plechanow wird protestieren: man hat ihm unrecht getan; er hat Kautsky nur über die Unterstützung von oppositionellen Parteien bei den Dumawahlen befragt, aber man antwortet ihm nicht zum Thema! Dumawahlen und — Aufhebung des stehenden Heeres! Welche Absonderlichkeit des anarchistischen Denkens eines Phantasten, welche revolutionäre Romantik an Stelle des von dem Opportunisten geforderten „politischen Materialismus“!

Kautsky jedoch ist „taktlos“ genug, als Antwort auf die Frage nach den Dumawahlen die Liberalen weiter zu kritisieren. Er wirft ihnen vor, daß sie für den Militarismus und für die Verzinsung der Staatsschuld nach wie vor eine Milliarde Rubel jährlich aus dem russischen Volke herauspumpen wollen. „Sie (die Liberalen) glauben, die Einrichtung einer Duma genüge, um Milliarden aus dem Boden zu zaubern.“ „Ebensowenig wie der Zarismus vermag dies (den russischen Bauern zu befriedigen) der Liberalismus.“ Der Klarstellung der Beziehungen des Liberalismus zur Sozialdemokratie widmet Kautsky ein besonderes Kapitel. Er weist darauf hin, daß es in Rußland eine bürgerliche Demokratie nach der alten Schablone, in der das städtische Kleinbürgertum die führende Stellung einnahm, nicht gibt. Im Gegensatz zu Westeuropa wird in Rußland das städtische Kleinbürgertum „eine sichere Stütze der revolutionären Parteien nicht bilden“.

„So fehlt in Rußland das feste Rückgrat einer bürgerlichen Demokratie.“ Diese Folgerung Kautskys gründet sich auf eine Analyse der besonderen Lage des städtischen Kleinbürgertums und berücksichtigt ferner die Tatsache, daß der Klassenantagonismus zwischen den Kapitalisten und dem Proletariat in Rußland unvergleichlich stärker entwickelt ist als in den Perioden der bürgerlichen Revolutionen „alter Schablone“. Die Bedeutung dieser Folgerung ist kolossal. Gerade in diesem Punkt liegt das Schwergewicht der ganzen „Korrektur“, die Kautsky an Plechanows Fragestellung vorgenommen hat — einer Korrektur, die einer grundlegenden Änderung gleichkommt.

Plechanow operiert in seinen Fragen mit der *alten Schablone* der bürgerlichen Demokratie, nichts mehr. Er gebraucht ein abgedroschenes Wort und vergißt dabei vollständig, auf Grund der *russischen* Gegebenheiten zu bestimmen, in welchem *Grad* die *verschiedenen Schichten*, die gegenwärtig in Rußland als bürgerliche Demokratie auftreten, demokratisch sind, wie *fest* dieser Demokratismus ist usw. Das Verdienst Kautskys besteht darin, daß er diese Hauptsünde Plechanows erkannt hat und daran gegangen ist, ihm praktisch die *Methode* zu erklären, mit der man zu einem wirklichen Verständnis der bürgerlichen Demokratie in Rußland gelangt. Und die gediegene Analyse Kautskys läßt aus der alten abgewetzten Schablone die Umriss der *lebendigen* gesellschaftlichen Kräfte Rußlands hervortreten: des städtischen Kleinbürgertums, der Klasse der Grundbesitzer, die für einen Sechser liberal tun und für einen Taler die Konterrevolution der Schwarzhunderter unterstützen, der Kapitalisten, die das Proletariat mehr als das Feuer fürchten — und schließlich der Bauernschaft.

Die nebelhafte Frage der Stellung zur „bürgerlichen Demokratie“ (vom französischen Typus der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts?) ist verschwunden. Der Nebel wurde zerstreut. Aber gerade mit Hilfe dieses Nebels haben unsere Prokopowitsch, Kuskowa, Isgojew, Struve und andere Liberale, denen Plechanow in die Hände arbeitet, das Volk irreführt. An Stelle des Nebels der alten Schablonen hat uns eine wirklich marxistische Analyse das ganz besondere Wechselverhältnis im Demokratismus der verschiedenen Schichten und Elemente der russischen Bourgeoisie gezeigt.

Mit Hilfe dieser Analyse bestimmt Kautsky jenes besondere Verhält-

nis zwischen dem russischen Liberalismus und der revolutionären Haltung der Bauern, das die Kadetten bewußt verheimlichen und viele Sozialdemokraten in ihrer Blindheit nicht sehen! „Indes, je revolutionärer der Bauer wird, desto reaktionärer der Großgrundbesitzer; desto mehr verliert der Liberalismus in ihm die Stütze, die er bisher besaß, desto haltloser werden die liberalen Parteien, desto mehr schwenken auch die liberalen Professoren und Advokaten der Städte nach rechts, um nicht völlig die Fühlung mit ihrer bisherigen Stütze aufzugeben.“ Dieser Prozeß „beschleunigt nur den Bankrott des Liberalismus“.

Erst nachdem Kautsky die Wurzeln dieses *Bankrotts des Liberalismus* in der gegenwärtigen russischen Revolution aufgedeckt hat, kommt er zur unmittelbaren Beantwortung der Fragen Plechanows. Bevor man auf die Frage antwortet, ob die „Opposition“ unterstützt werden soll, muß man (setzt Kautsky auseinander) zu begreifen verstehen, wie die Klassengrundlage und die Klassennatur dieser „Opposition“ (oder des russischen Liberalismus) beschaffen sind und in welchem Verhältnis die Entwicklung der Revolution und der revolutionären Klassen zur Lage und zu den Interessen des Liberalismus steht. Nachdem Kautsky vor allem dies klargestellt hat, gelangt er *zunächst* zum Bankrott des Liberalismus, und erst dann klärt er den Leser über die Plechanow interessierende Frage auf: Soll die Opposition bei den Dumawahlen unterstützt werden? Es nimmt nicht wunder, daß Kautsky zwei Drittel der Plechanowschen Fragen gar nicht zu beantworten brauchte...

Dafür aber werden die Antworten Kautskys, die Plechanow nicht befriedigen mögen, der großen Masse der russischen Sozialdemokraten helfen, richtig zu urteilen.

1. Ist die Revolution in Rußland eine bürgerliche oder eine sozialistische Revolution?

Man darf die Frage nicht so stellen, sagt Kautsky. Das ist eine alte Schablone. Die russische Revolution ist natürlich keine sozialistische Revolution. Von einer sozialistischen Diktatur des Proletariats (seiner „Alleinherrschaft“) kann gar keine Rede sein. Aber diese Revolution ist auch keine bürgerliche Revolution, denn „die Bourgeoisie gehört... nicht zu den Triebkräften der heutigen revolutionären Bewegung Rußlands“. „Wo aber das Proletariat selbständig auftritt, hört die Bourgeoisie auf, eine revolutionäre Klasse zu sein.“

Und Kautsky erklärt mit einer Entschiedenheit, die die gewöhnlichen bolschewistischen „Taktlosigkeiten“ gegenüber den Liberalen übertrifft, daß unsere Bourgeoisie die Revolution mehr fürchtet als die Reaktion, daß sie den Absolutismus haßt, weil sie in ihm die Grundursache der Revolution sieht, daß sie nach politischer Freiheit verlangt, um der Revolution ein Ende zu machen! (Plechanow aber hat in seinen Fragen naiv den Kampf der Opposition gegen das alte Regime gleichgesetzt mit dem Kampf gegen die Versuche der Regierung, die revolutionäre Bewegung zu zer schlagen!)

Diese erste Antwort Kautskys ist die glänzendste Bestätigung der gesamten entscheidenden Grundlage der Taktik des Bolschewismus. Bereits in den Genfer Zeitungen „Wperjod“ und „Proletari“ und dann in der Broschüre „Zwei Taktiken“ haben die russischen Bolschewiki stets die Grundlage ihres Kampfes gegen den Menschewismus darin gesehen, daß die rechten Sozialdemokraten den Begriff „bürgerliche Revolution“ entstellen. Hundertmal haben wir erklärt und an Hand zahlloser Äußerungen der Menschewiki nachgewiesen, daß es eine Vulgarisierung des Marxismus ist, wenn man die Kategorie „bürgerliche Revolution“ in dem Sinne versteht, daß man der Bourgeoisie die Hegemonie und die führende Rolle in der russischen Revolution zuerkennt. Bürgerliche Revolution trotz der Unbeständigkeit der Bourgeoisie, mittels *Paralisierung* der Unbeständigkeit der Bourgeoisie – so formulierten die Bolschewiki die Grundaufgabe der Sozialdemokratie in der Revolution.

Die Analyse Kautskys befriedigt uns voll und ganz. Was wir für uns in Anspruch nahmen – die Verteidigung der Positionen der revolutionären Sozialdemokratie gegen den Opportunismus, keineswegs aber die Schaffung irgendeiner „originellen“ bolschewistischen Richtung –, hat Kautsky vollauf bestätigt, und diese Bestätigung ist um so wertvoller, als Kautsky nicht einfach wie ein General der einen oder anderen Fraktion seine „Billigung“ ausspricht, sondern das *Wesen der Sache* darstellt.

2. Kautsky hält es nicht nur für „sehr wohl möglich“, daß „im Fortgange der Revolution der Sieg der sozialdemokratischen Partei zufällt“, sondern erklärt es auch für eine Pflicht der Sozialdemokraten, „ihre Anhänger mit dieser Siegeszuversicht zu erfüllen, denn man kann nicht erfolgreich kämpfen, wenn man von vornherein auf den Sieg verzichtet“.

Diese Folgerung Kautskys ist eine zweite glänzende Bestätigung der

Taktik des Bolschewismus. Wer auch nur einigermaßen mit der Literatur der beiden Richtungen in der Sozialdemokratie vertraut ist, der muß wissen, daß die Menschewiki *mit allen Kräften* die Möglichkeit und die Zweckmäßigkeit eines Sieges der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen russischen Revolution bestritten haben. Die Menschewiki haben schon auf ihrer Konferenz im Frühjahr 1905 (unter Mitwirkung Plechanows, Axelrods u. a.) eine Resolution angenommen, laut der die Sozialdemokratische Partei *nicht* nach Eroberung der Macht streben soll. Und seitdem zieht sich dieser Gedanke — die Sozialdemokraten können in der bürgerlichen Revolution nicht den *Sieg* der Sozialdemokratie anstreben — wie ein *roter* (oder schwarzer?) Faden durch die *gesamte* Literatur und die *gesamte* Politik des Menschewismus.

Diese Politik ist Opportunismus. Der *Sieg* der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen russischen Revolution ist *sehr wohl möglich*. Wir sind verpflichtet, alle Anhänger der Arbeiterpartei mit *dieser* Siegeszuversicht zu erfüllen. Man kann nicht erfolgreich kämpfen, wenn man von vornherein auf den *Sieg* verzichtet.

Diese einfachen und klaren Wahrheiten, die durch die Plechanowsche Sophistik und Scholastik verunreinigt sind, muß unsere gesamte Partei durchdenken und sich zu eigen machen.

3. Annehmen, daß „alle jene Klassen und Parteien, die die politische Freiheit anstreben, einfach zusammenzuwirken hätten, um sie zu erlangen“ — heißt „*nur die politische Oberfläche in Betracht ziehen*“.

Das ist die dritte Bestätigung des Bolschewismus. Man darf nicht lediglich daraus, daß die Kadetten „auf ihre Weise für die Freiheit kämpfen“, folgern, daß man mit ihnen zusammenwirken müsse. Das gehört zum *Abc* des Marxismus, das nur zeitweilig durch Plechanow und Axelrod und ihre Verehrer verunreinigt worden ist.

4. Welches ist nun die Klasse, die dem sozialdemokratischen Proletariat helfen kann, in der gegenwärtigen Revolution zu siegen, die es zu unterstützen, die die Grenzen der sofort zu verwirklichenden Umwandlungen zu bestimmen vermag? Diese Klasse ist nach Meinung Kautskys die *Bauernschaft*. „*Eine solide (ökonomische) Interessengemeinschaft für die ganze Zeit des revolutionären Kampfes*“ besteht *nur* zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft. „In der Interessengemeinschaft zwischen dem industriellen Proletariat und der Bauernschaft liegt die revolutionäre Kraft der

russischen Sozialdemokratie begründet und die Möglichkeit ihres Sieges, zugleich aber auch die Grenze der Möglichkeit seiner Ausbeutung.“

Das bedeutet: nicht sozialistische Diktatur des Proletariats, sondern demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Kautsky hat mit anderen Worten den alten Grundsatz der ganzen Taktik formuliert, die die revolutionären Sozialdemokraten im Gegensatz sowohl zu Opportunisten als auch zu „Heißspornen“ befolgen. Jeder wirkliche und volle Sieg der Revolution kann nur die Diktatur sein, sagte Marx¹⁰⁸, wobei er natürlich die Diktatur (d. h. die durch nichts begrenzte Herrschaft) der Masse über eine kleine Minderheit und nicht umgekehrt im Auge hatte. Uns aber ist selbstverständlich nicht die eine oder andere Formulierung wichtig, die die Bolschewiki ihrer Taktik geben, sondern das *Wesen* dieser Taktik, das von Kautsky *voll und ganz* bestätigt wird.

Wer über die Rolle des Proletariats in unserer Revolution, über seinen möglichen und notwendigen „Alliierten“ marxistisch und nicht kadettisch urteilen will, der muß zu den Auffassungen der revolutionären und nicht der opportunistischen Sozialdemokratie über die Grundlagen der proletarischen Taktik gelangen.

Geschrieben am 10. (23.) Dezember 1906.

*Veröffentlicht am 20. Dezember 1906
im „Proletari“ Nr. 10.*

Nach dem Text des „Proletari“.

ZU EINEM ARTIKEL IM ORGAN DES „BUND“

Als illegales Unternehmen ist unsere Zeitung der Möglichkeit beraubt, die in Rußland in anderen Sprachen erscheinenden sozialdemokratischen Organe halbwegs regelmäßig zu verfolgen. Ohne engen und ständigen Kontakt der Sozialdemokraten aller Nationalitäten Rußlands indessen kann unsere Partei nicht wirklich zu einer Partei ganz Rußlands werden.

Wir wenden uns daher an alle Genossen, die Lettisch, Finnisch, Polnisch, Jiddisch, Armenisch, Georgisch oder andere Sprachen verstehen und in diesen Sprachen erscheinende sozialdemokratische Zeitungen erhalten, mit der dringenden Bitte, uns behilflich zu sein, die russischen Leser über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung und über die taktischen Auffassungen der nichtrussischen Sozialdemokraten zu informieren. Diese Hilfe kann darin bestehen, daß uns die betreffenden Genossen Übersichten über die sozialdemokratische Literatur zu einer bestimmten Frage zukommen lassen (analog den im „Proletari“ veröffentlichten Artikeln über die Polemik der polnischen Sozialdemokraten mit der PPS und über die Ansichten der Letten über den Partisanenkampf), aber auch darin, daß sie uns Übersetzungen einzelner Artikel oder auch nur besonders prägnanter Stellen aus dem einen oder anderen Artikel einsenden.

Vor kurzem übersandte uns ein Genosse die Übersetzung eines Artikels: „Die Plattform der Wahlkampagne“, der mit der Unterschrift M. in Nr. 208 (vom 16. November) des Organs des „Bund“ („Volkszeitung“) veröffentlicht ist. Es entzieht sich unserer Beurteilung, inwieweit dieser Artikel die Ansichten der gesamten Redaktion zum Ausdruck bringt, jedenfalls aber spiegelt er gewisse Strömungen unter den jüdischen Sozial-

demokraten wider. Und die russischen Sozialdemokraten, die nur an die bolschewistische oder die menschewistische Fragestellung gewöhnt sind, müssen solche Strömungen kennenlernen. Wir lassen die Übersetzung dieses Artikels folgen:

„Die Energie, die unsere Partei bei den Wahlen zu entfalten, und der Einfluß, den sie zu gewinnen vermag, hängen vor allem von der Klarheit und Bestimmtheit unserer Position und unserer Losungen ab. Wir stehen vor wichtigen Fragen des Staats und der Gesellschaft, und unsere Aufgabe ist es, diese Fragen so klar und bestimmt zu formulieren, daß auf sie nur *eine* Antwort gegeben werden kann, und zwar eben unsere Antwort. Wenn unsere Position nicht genügend bestimmt sein wird, dann werden uns keine noch so vervollkommenen organisatorischen Apparate helfen. Die Bedeutung unserer Plattform der Wahlkampagne ist ganz und gar abhängig von der Klarheit unserer Position.

Der VII. Kongreß des ‚Bund‘ hat in allgemeinen Zügen unsere Taktik festgelegt. Sie besteht in folgendem: Die Auseinanderjagung der Duma hat breiten Schichten der Bevölkerung klar gezeigt, daß auch nicht die geringste Möglichkeit besteht, auf friedlichem Wege Land und Freiheit zu erlangen, und daß der einzige Ausweg der bewaffnete Aufstand ist. Das bedeutet keineswegs, daß die Wahlen zur neuen Duma die revolutionäre Taktik in eine friedlich-konstitutionelle Taktik umwandeln, denn diese Wahlen erfolgen in einer Situation, in der man sich der *Notwendigkeit* der revolutionären Taktik *bewußt* ist; der Wähler wird von seinem Abgeordneten die Verwandlung der Duma in ein revolutionäres Organ der Volksmassen fordern. Unsere Aufgabe bei den Wahlen besteht darin, den Wählern diese Lage zu erklären, die es notwendig macht, die Wahlen zur Kampfarena für die Mobilisierung der revolutionären Volksmassen zu machen.

In der Periode der Dumatagungen und um so mehr seit der Auseinanderjagung der Duma hat das Land in der Entwicklung seines politischen Bewußtseins einen mächtigen Schritt vorwärts getan, weshalb auch die revolutionären Parteien auf einen Wahlerfolg rechnen. Bei den ersten Wahlen hat der kleinbürgerliche Wähler seine Stimme den Kadetten gegeben und damit seinen flammenden Protest gegen die Greuelthaten der Regierung zum Ausdruck gebracht. Noch immer voller konstitutioneller Illusionen, war dieser Wähler überzeugt, daß die Kadetten ihm Land und Freiheit verschaffen würden. Die Dumataktik hat seine Illusionen zerschlagen und ihn davon überzeugt, daß Land und Freiheit nur durch Kampf und keinesfalls auf friedlichem Wege erungen werden können. Der Wähler ist vor die Frage gestellt, wie der Kampf geführt werden soll und wer fähig ist, diesen Kampf zu führen: die Kadetten mit ihrem diplomatischen Parlamentarismus und bestenfalls mit ihrer Waffe des

„passiven Widerstands“ oder die revolutionären Parteien mit ihrer Kampftaktik. Wenn aber die Wähler vor der Frage stehen, wie die wirkliche Freiheit zu erlangen ist, werden sie natürlich erkennen, daß allein die revolutionären Parteien, und nicht etwa die konstitutionellen, diesen Kampf zu führen vermögen.

Das haben die Kadetten begriffen, und sie bemühen sich aus Leibeskräften, alle Lehren in Vergessenheit geraten zu lassen, die ihnen das Leben erteilt hat; sie bemühen sich, die Entwicklung des politischen Bewußtseins im Lande wieder auf die Stufe hinunterzudrücken, auf der es sich vor den ersten Wahlen befand. „Keinen Schritt weiter!“ ist ihre Losung, „vergeßt, was euch die Geschichte gelehrt hat“; die Aufgabe der neuen Wahlen, schreiben sie, besteht darin, die politischen Bedingungen wiederherzustellen, unter denen die erste Duma gearbeitet hat. Das Volk muß die frühere Dumamehrheit in die Duma entsenden und wird dadurch in der politischen Lage des Landes wieder die Situation herbeiführen, in der ein verantwortliches Ministerium der Dumamehrheit der einzige Ausweg war („Retsch“ Nr. 189). „Wenn Rußland eine wirkliche Konstitution braucht“, erklärt die „Retsch“ in Nummer 196, „und eine wirkliche Volksvertretung, dann wird das Volk in die Duma Vertreter entsenden, die das wiederholen, was die erste Duma in ihrer Antwortadresse auf die Thronrede ausgesprochen hat, die das in Angriff nehmen, was man der ersten Duma nicht zu tun erlaubte.“ Unwillkürlich taucht die Frage auf: Was wird geschehen, wenn man auch der zweiten Duma „nicht zu tun erlaubt“, was die erste Duma zu tun gedachte? Auf diese Frage antworten die Kadetten, „die Regierung wird dem festen, friedlich und gesetzlich zum Ausdruck gebrachten Willen der Wähler nachgeben müssen“ („Retsch“ Nr. 195). Die Kadetten begreifen sehr wohl, daß ihre Stärke auf den konstitutionellen Illusionen beruht, und sind daher mit allen Kräften bemüht, den Wählern jene Meinung einzupflanzen, die vor den ersten Wahlen herrschte, und den Glauben an die Allmacht des „festen, friedlich und gesetzlich zum Ausdruck gebrachten Willens der Wähler“ zu verbreiten. Die Stärke der revolutionären Parteien besteht nicht in dem Glauben der Wähler „an die Allmacht des festen, friedlich und gesetzlich zum Ausdruck gebrachten Willens der Wähler“, sondern gerade umgekehrt darin, daß sie an diese Macht nicht glauben, daß sie klar die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes begreifen.

Unsere Aufgabe dem Wähler gegenüber besteht folglich darin, ihm in der allerentschiedensten Form die Frage vorzulegen: Wünschst du, daß in der zukünftigen Duma wieder die frühere Mehrheit herrscht, mit ihrer geschmeidigen Taktik, die nicht fähig war, auch nur irgend etwas durchzusetzen? wünschst du, daß die zukünftige Duma nur das „wiederholt“, was die erste Duma gesagt hat, oder wünschst du, daß die zukünftige Duma sich nicht auf leere Redensarten beschränkt und wirksamere Kampfmittel zur Anwendung bringt? Soll die

neue Duma wieder ‚die politische Lage‘ vom Juni und Juli ‚herbeiführen‘, die keinerlei Ergebnisse gezeitigt hat, oder soll sie einen Schritt vorwärts tun auf dem Wege zum wirklichen Siege des Volkes?

Diese Frage muß uns als Plattform des Wahlkampfes dienen. Wir müssen um die Kadettenpartei eine Atmosphäre des allergrößten Mißtrauens in bezug auf ihre Fähigkeit schaffen, Land und Freiheit zu erlangen; wir müssen energisch und schonungslos die Kampfweise des passiven Widerstands kritisieren, die die Kadetten in Helsingfors ersonnen haben, und dem Volk die Augen darüber öffnen, wie ohnmächtig und inkonsequent ihre Kampfmethoden sind.

Nur unter dieser unerläßlichen Voraussetzung wird die Periode der zweiten Duma gegenüber der Periode der ersten Duma einen Schritt vorwärts bedeuten.“

Wenn wir diesen Artikel aufmerksam lesen, sehen wir, daß sich darin ziemlich genau die Ansichten widerspiegeln, die die Delegation des „Bund“ auf der letzten Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR vertreten hat. Diese Delegation stimmte bekanntlich einerseits mit den Menschewiki für die Zulässigkeit von Blocks mit den Kadetten, anderseits aber mit den Bolschewiki für eine gründliche Korrektur des vom Zentralkomitee vorgelegten „Entwurfs einer Wahlplattform“ (zusätzliche Aufnahme der Losung Republik, Hinweis auf den Aufstand, genaue Charakterisierung der Parteien, Abänderung im Sinne einer bestimmteren Definition des Klassencharakters der Sozialdemokratischen Partei usw.; siehe die Resolution der Konferenz: „Abänderungsantrag“ zur Plattform, in Nr. 8 des „Proletari“¹⁰⁹).

Der von uns zitierte Artikel des Genossen M. erweckt eben deshalb den *Anschein* eines bolschewistischen Artikels, weil wir hier nur die linke Hand des „Bund“ sehen, während sich seine rechte Hand in den Artikeln verbirgt, die Blocks mit den Kadetten verteidigen.

Jedenfalls stehen die Bundisten Blocks mit den Kadetten nicht in menschewistischer Weise gegenüber. An ihrem Beispiel zeigt sich besonders anschaulich die Wahrheit des bekannten Ausspruchs: *Si duo faciunt idem, non est idem* — „wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe“. Zwischen diesen zweien besteht ein gewisser Unterschied, und dieser Unterschied muß unweigerlich in ihrer Art, dasselbe zu tun, in ihren Methoden, in den Ergebnissen ihres „Ein-und-dasselbe-Tun“ usw. zum Ausdruck kommen. Blocks mit den Kadetten bei den Menschewiki und Blocks mit

den Kadetten bei den Bundisten sind nicht ein und dasselbe. Bei den Menschewiki stehen Blocks mit den Kadetten im vollen Einklang mit ihrer allgemeinen Taktik, bei den Bundisten ist das nicht der Fall. Das führt dazu, daß Artikel wie der oben zitierte besonders deutlich die mangelnde Konsequenz und Festigkeit der Bundisten aufdecken, die gestern einen Boykott durchgeführt haben, heute den Boykott der Witteschen Duma als richtig bezeichnen und gleichzeitig Blocks mit den Kadetten für zulässig erklären. Bei den Menschewiki sind Blocks mit den Kadetten ganz natürlich und ungezwungen ideologische Blocks. Bei den Bundisten sollen diese Blocks nur „technische“ Blocks sein.

Die Politik aber hat ihre eigene objektive Logik, unabhängig von den Absichten dieser oder jener Personen oder Parteien. Der Bundist denkt, der Block werde nur ein technischer Block sein, die politischen Kräfte des ganzen Landes aber lenken so, daß dabei ein ideologischer Block herauskommt. Nach dem Jubel, den die menschewistische Entschließung der Konferenz bei den Kadetten hervorgerufen hat, nach dem berühmten Herostraten-Brief Plechanows im „Towarischtsch“ über die „machtvollkommene Duma“ braucht man dies wohl kaum noch zu beweisen.

Man überlege sich einmal gründlich die Behauptung des Artikelschreibers: „Die Kadetten begreifen sehr wohl, daß ihre Stärke auf den konstitutionellen Illusionen beruht, und sind daher mit allen Kräften bemüht“, diese Illusionen „den Wählern einzuimpfen“.

„Die Stärke der Kadetten beruht auf den konstitutionellen Illusionen“... Ist das richtig, und was bedeutet das eigentlich? Wenn das nicht richtig ist, wenn die Stärke der Kadetten darauf beruht, daß sie hervorragende Vertreter der bürgerlichen Demokratie in der russischen bürgerlichen Revolution sind, dann ist die allgemeine taktische Linie des Menschewismus oder der Sozialdemokraten des rechten Flügels richtig. Wenn das aber richtig ist, wenn die Stärke der Kadetten nicht in der Stärke der bürgerlichen Demokratie, sondern in der Stärke der *Illusionen* des Volkes besteht, dann ist die allgemeine taktische Linie des Bolschewismus oder der Sozialdemokraten des linken Flügels richtig.

In der bürgerlichen Revolution können die Sozialdemokraten nicht umhin, die bürgerliche Demokratie zu unterstützen, das ist der oberste Grundsatz Plechanows und seiner Getreuen; aus diesem Grundsatz zieht man *direkt und unmittelbar* den Schluß, die Kadetten seien zu unterstützen.

Wir aber sagen, die Prämisse ist richtig, die Schlußfolgerung aber ist keinen Pfifferling wert, denn es muß erst einmal untersucht werden, welche Parteien oder Strömungen im gegebenen Augenblick wirklich die *kampffähige Kraft* der bürgerlichen Demokratie verkörpern. Sowohl die Kadetten als auch die Trudowiki und die Sozialrevolutionäre, sie alle sind vom marxistischen Standpunkt, d. h. vom Standpunkt der einzig wissenschaftlichen Analyse, „bürgerliche Demokratie“. Die „Stärke“ der Kadetten ist nicht die Kampfkraft der bürgerlichen Volksmasse (Bauernschaft, städtisches Kleinbürgertum), ist nicht die ökonomische und finanzielle Kraft der Gutsbesitzerklasse (Schwarzhunderter) und der Kapitalistenklasse (Oktobristen): es ist die „Stärke“ der bürgerlichen Intelligenz, die keine *selbständige* ökonomische Klasse ist und daher keine *selbständige* politische Kraft darstellt; es ist also eine „Stärke“, die *usurpiert* ist, die von dem Einfluß der bürgerlichen Intelligenz auf andere Klassen abhängt, soweit diese es noch nicht vermocht haben, eine klare, selbständige politische Ideologie zu entwickeln, soweit sie sich der ideologischen Führung der bürgerlichen Intelligenz unterordnen; es ist vor allem die „Stärke“ der *verkehrten Ansichten* über das Wesen der Demokratie und über die Methode des Kampfes für die Demokratie — der Ansichten, die von der bürgerlichen Intelligenz in der bürgerlichen Volksmasse verbreitet und kultiviert werden.

Dies leugnen heißt sich mit kindischer Einfalt an dem Klang der Worte „Partei der Volksfreiheit“ berauschen, heißt die Augen verschließen vor der allbekannten Tatsache, daß weder die Masse noch die maßgebenden Vertreter der gutsherrlichen und der kapitalistischen Elemente hinter den Kadetten stehen.

Dies anerkennen heißt den Kampf gegen den Einfluß der Kadetten auf das Volk als *Tagesaufgabe* der Arbeiterpartei anerkennen, heißt diesen Kampf anerkennen, nicht etwa weil wir von einer bürgerlichen Revolution ohne bürgerliche Demokratie träumen (ein Unsinn, den uns die Sozialdemokraten des rechten Flügels zuschreiben), sondern weil die Kadetten die Entfaltung und Auswirkung der *wirklichen Kraft* der bürgerlichen Demokratie *behindern*.

Der Partei der Kadetten gehört die Minderheit der Gutsbesitzer Rußlands (die Masse der Gutsbesitzer sind Schwarzhunderter), die Minderheit der Kapitalisten an (ihre Masse sind Oktobristen). Nur von der

bürgerlichen Intelligenz gehört die Mehrzahl, die Masse der Partei der Kadetten an. Daher die Effekthascherei in der Politik der Kadetten, die politische Säuglinge oder politisch kraftlose Greise verführt, ihr markt-schreierisches Tamtam, der Triumph billiger Erfolge, ihre Vorherrschaft in der liberalen Presse, in der bürgerlichen Wissenschaft usw. Daher auch die *Hohlheit* dieser Partei, die das Volk durch ihre verräterische Propaganda eines Übereinkommens mit der Monarchie korrumpiert, aber nicht die Kraft hat, irgendein Übereinkommen wirklich herbeizuführen.

Die Kadetten sind nicht die bürgerliche Demokratie, sondern der verkörperte Verrat der Bourgeoisie an der Demokratie, ebenso wie beispielsweise die französischen Radikalsozialisten oder die deutschen Sozialliberalen keine sozialistischen Intellektuellen, sondern der verkörperte Verrat der Intelligenz am Sozialismus sind. Wenn man also die bürgerliche Demokratie unterstützen will, dann muß man die ganze Hohlheit des Quasi-Demokratismus der Kadetten entlarven.

Daher wird der Revolution und der Sache der Arbeiterklasse gewaltiger Schaden durch die Plechanowleute zugefügt, die uns immer wieder zurufen: Man muß gegen die Reaktion und nicht gegen die Kadetten kämpfen!

Liebwerte Genossen! Darin besteht ja gerade eure Beschränktheit, daß ihr die *Bedeutung* unseres Kampfes gegen die Kadetten nicht begreift. Was ist der Kern und das Wesen dieses Kampfes? Etwa, daß die Kadetten Bourgeois sind? Natürlich nicht. Der Kern und das Wesen dieses Kampfes bestehen darin, daß die Kadetten leere Schwätzer sind, die das Wort Demokratie im Munde führen, während sie die kämpfende Demokratie verraten.

Weiter: Üben die Kadetten Einfluß auf die Volksmasse, auf die bürgerlich-demokratische Volksmasse aus? Selbstverständlich, und zwar einen sehr ausgedehnten Einfluß, durch eine Menge von Zeitungen usw. usf. Nun überlegt einmal: Kann man die bürgerlich-demokratische Volksmasse zum Kampf gegen die Reaktion aufrufen, *ohne* die gegenwärtigen ideologischen Führer dieser Masse, die der Sache der bürgerlichen Demokratie *schaden*, zu *entlarven*? Das ist unmöglich, liebe Genossen.

Gegen die Reaktion kämpfen heißt vor allem, die Massen ideologisch von der Reaktion losreißen. Die Stärke und Zählebigkeit des ideologischen

Einflusses der „Reaktion“ auf die Massen aber besteht durchaus nicht im Einfluß der Schwarzhunderter, sondern *eben im Einfluß der Kadetten*. Das ist kein Paradoxon. Der Schwarzhunderter ist ein offener und grob dreinschlagender Feind, der brandschatzen, morden und zerstören kann, aber nicht einmal einen unwissenden Bauern zu überzeugen vermag. Der Kadett aber *überzeugt* sowohl den Bauern als auch den Kleinbürger, und zwar wovon? Davon, daß der Monarch nicht verantwortlich sei, daß man auf friedlichem Wege (d. h. indem man der Monarchie die Macht beläßt) die Freiheit erringen könne, daß die Ablösung nach dem Rezept der Gutsbesitzer die vorteilhafteste Art der Übergabe des Bodens an die Bauern sei usw. usf.

Deshalb kann man weder den naiven Bauern noch den naiven Kleinbürger von der Notwendigkeit eines ernsten Kampfes überzeugen, wenn man nicht den Einfluß der Kadettenphrasen und der Kadettenideologie auf sie gebrochen hat. Wer aber sagt: „Man muß gegen die Reaktion *und nicht* gegen die Kadetten kämpfen“, der begreift nicht die *ideologischen* Aufgaben des Kampfes, für den ist das Wesen des Kampfes nicht die Überzeugung der Massen, sondern die physische Einwirkung, der versteht den Kampf im vulgären Sinne: „Schlagt“ die Reaktion, die Kadetten braucht man nicht zu „schlagen“.

Natürlich, mit der Waffe in der Hand werden wir einstweilen nicht die Kadetten und nicht einmal die Oktobristen schlagen, sondern *nur* die Regierung und ihre direkten Diener — und wenn wir sie wirklich geschlagen haben werden, dann werden die Kadetten sich für Geld ebenso für die republikanische Demokratie ins Zeug legen, wie sie sich jetzt (für das Monatsgehalt eines Professors oder ein Advokatenhonorar) für die monarchistische Demokratie ins Zeug legen. Wenn man aber die Reaktion wirklich schlagen will, dann muß man die Massen vom ideologischen Einfluß der Kadetten befreien, die sie belügen und ihnen völlig falsche Vorstellungen von den Aufgaben und dem Wesen des Kampfes gegen die Reaktion vermitteln.

Kehren wir zu den Bundisten zurück. Kann man glauben, daß sie noch immer nicht sehen, wie die von *ihnen* zugelassenen „technischen“ Blocks mit den Kadetten in Wirklichkeit *schon* ein wirkungsvolles Mittel zur Stärkung des Vertrauens der Volksmassen zu den Kadetten (und nicht zur Schaffung einer Atmosphäre des Mißtrauens) *geworden sind*? Das

können nur Blinde nicht sehen. Der ideologische Block aller menschenwristischen Sozialdemokraten — einschließlich der Bundisten — mit den Kadetten ist eine Tatsache, Artikel hingegen, wie der des Genossen M., sind schöne, aber naive, platonische Träumereien.

*„Proletari“ Nr. 10,
20. Dezember 1906.*

Nach dem Text des „Proletari“.

DIE VERFÄLSCHUNG DER DUMA
DURCH DIE REGIERUNG
UND DIE AUFGABEN DER SOZIALDEMOKRATIE

Die Zarenregierung setzt ihre „Bemühungen“, die Duma zu verfälschen, unbeirrt fort. Wir haben die vertrauensseligen russischen Bürger davor gewarnt, sich konstitutionellen Illusionen hinzugeben, und bereits vor Beginn dieser Manöver darauf hingewiesen (Nr. 5 des „Proletari“ vom 30. September 1906), daß ein neuer Staatsstreich — die Änderung des Wahlgesetzes vom 11. Dezember 1905 vor dem Zusammentritt der zweiten Duma — vorbereitet wird. „Es unterliegt keinem Zweifel“, schreiben wir damals, „daß die Regierung jetzt aufs aufmerksamste die Frage studiert, . . . ob sie das alte Wahlgesetz in Kraft lassen soll.“*

Ja, die Regierung des Zaren hat diese Frage studiert, studiert sie und ist sich wohl auch schon darüber schlüssig geworden. Sie hat es vorgezogen, das Wahlgesetz durch Senatserläuterungen zu ändern. Jetzt unternimmt sie neue Schritte zur Beschränkung der Agitationsfreiheit (wenn es überhaupt möglich ist, die russische Freiheit *noch* mehr zu beschränken) und zur Fälschung der Wahlen. Vor einigen Tagen ist eine *Instruktion* erschienen, die verbietet, nicht legalisierten Parteien Wahlzettel auszuhändigen. Die Zeitungsverbote tragen immer mehr den Charakter des Standrechts. Die Verhaftungen nehmen immer größeren Umfang an. Haussuchungen und Razzien mit dem nur zu durchsichtigen Zweck, die Namen von Wahlmännern und einflußreichen Wählern zu ermitteln und die einen wie die anderen „auszuschalten“, sind an der Tagesordnung. Mit einem Wort, die Wahlkampagne ist in vollem Gange — wie der russische Bürger sarkastisch sagt.

Wie weit die Regierung mit ihrer standrechtlichen Verfälschung der

* Siehe den vorliegenden Band, S. 198. *Die Red.*

Duma gehen wird, das kann niemand wissen. Warum sollte man nicht Wahlmänner auch am Wahltag und *nach den Wahlen* verhaften? Im Gesetz — es gibt in Rußland immer noch dieses dumme Wort! — ist von der Unantastbarkeit der Dumadeputierten die Rede, von der Unantastbarkeit der Wahlmänner aber steht dort kein Wort. Unsere Presse hat bereits bei den Wahlen zur ersten Duma darauf hingewiesen. Damals „versagte Witte“, wie die zaristische Schwarzhunderterkamarilla glaubt, in Wirklichkeit aber war nach dem Dezemberaufstand die Regierung noch zu schwach, um schon die nächste der Befestigungslinien der Revolution einnehmen zu können. Jetzt hat die Konterrevolution Kräfte gesammelt, und sie handelt von ihrem Standpunkt aus ganz richtig, wenn sie die Konstitution (der nur naive Kadetten Glauben schenken konnten) zerschlägt. Die Reaktionäre sind nicht Leute vom Schlage der liberalen Balalaikin*. Sie sind praktische Männer. Sie sehen und wissen aus Erfahrung, daß in Rußland auch die aller kleinste Freiheit unvermeidlich zu einem Aufschwung der Revolution führt. Daher sind sie *gezwungen*, immer weiter und weiter zurückzugehen, die Oktober-Konstitution immer mehr zu zerschlagen und das politische Ventil, das ein wenig geöffnet worden war, mehr und mehr zu schließen.

Man muß schon so grenzenlos borniert wie ein russischer Kadett oder ein parteilos-progressiver Intellektueller sein, um deshalb über den Unverstand der Regierung zu jammern und ihr zuzureden, sie möchte sich auf den konstitutionellen Weg begeben. Die Regierung *kann nicht anders handeln*, wenn sie die Zarenherrschaft und die Gutsbesitzerländereien vor dem verdeckten, niedergehaltenen, aber nicht vernichteten Druck von unten retten will. Und wir erklären der Regierung: Wohlan! Schließt die Luftklappen, stopft die Ventile, die ein wenig geöffnet wurden, wieder zu. Solange die Ventile ein wenig geöffnet waren, schürte die frische Luft das Feuer unter dem Kessel. Wenn ihr nun die Ventile schließt, kann es zu einer Explosion kommen, wie wir sie uns gar nicht besser wünschen können. Unsere Sache ist es, die vorzügliche Stolypinsche Agitation, die vorzüglichen Stolypinschen Erläuterungen des „Wesens der Konstitution“ so weit wie möglich für unsere Arbeit unter den Massen des Volkes auszunutzen.

* Gestalt aus M. J. Saltykow-Schtschedrins Werk „Eine zeitgenössische Idylle“. *Der Übers.*

Hier aber zeigt sich der ganze abgrundtiefe Unterschied zwischen der Taktik der liberal-monarchistischen Bourgeoisie und der Taktik des sozialistischen Proletariats. Die Sozialdemokratie propagiert den Kampf, macht dem Volk an Hand all der Lehren der Geschichte klar, daß der Kampf unvermeidlich ist, rüstet sich zum Kampf und beantwortet die Verstärkung der Reaktion durch verstärkte revolutionäre Agitation. Die Liberalen können den Kampf nicht propagieren, denn sie fürchten ihn. Auf die Verstärkung der Reaktion antworten sie mit konstitutionellem Geklammer, das das Bewußtsein des Volkes korrumpiert, und — mit verstärktem Opportunismus. Die Liberalen handeln so, wie es der Trudowik Sedelnikow in der Versammlung im Hause der Panina am 9. Mai so treffend und anschaulich geschildert hat. Schimpft man den Liberalen, so sagt er: Gott sei Dank, daß man mich nicht geschlagen hat. Schlägt man ihn, so dankt er Gott, daß man ihn nicht erschlagen hat. Erschlägt man ihn, so wird er Gott dafür danken, daß man seine unsterbliche Seele von der vergänglichen irdischen Hülle befreit hat.

Als die Stolypinsche Schwarzhunderterkamarilla die Kadetten anführte und einen Feldzug gegen ihr revolutionäres Getue eröffnete, erhoben die Kadetten ein Wehgeschrei: Es ist nicht wahr, wir sind keine Revolutionäre, wir sind loyal! Nieder mit dem Wiborger Aufruf! Nieder mit den Blocks mit den Linken! Nieder mit der Losung „Machtvollkommene Duma“! — der Losung Plechanows, des Rechtsten der rechten Sozialdemokraten. Nieder mit den schädlichen revolutionären Illusionen! Wir gehen in die Duma, um gesetzgeberisch zu wirken. Als die Schwarzhunderterkamarilla erklärte, man würde den Kadetten als einer nicht legalisierten Partei keine Wahlzettel ausfolgen, schrien sie: das „ändert die Frage der Wahlabkommen“ (Leitartikel in der „Retsch“ vom 13. Dezember)! „Das verstärkt die Bedeutung der einzigen registrierten Partei der Opposition, der Partei der friedlichen Erneuerung.“ „Bei den Wahlabkommen muß man das in Betracht ziehen!“ Wenn man nun einen Wahlmann der Kadetten, der auf allen vieren in die Liste der friedlichen Erneuerer gekrochen ist, ins Polizeirevier schleppen wird, werden die Kadetten Gott dafür danken, daß man uns immerhin die Konstitution noch nicht ganz genommen hat. Die einzige völlig ungefährliche Partei sind die Oktobristen — werden dann unsere Ritter des Rechts erklären —, und haben wir denn nicht immer gesagt, daß wir auf dem Boden des Manifests vom 17. Oktober stehen?

Wie denken darüber die Genossen Menschewiki? Wäre es nicht an der Zeit, schleunigst eine neue Parteikonferenz einzuberufen und Abkommen mit den friedlichen Erneuerern oder vielleicht auch mit den Oktobristen für zulässig zu erklären? Sie wollen doch auch eine „halbe Freiheit“, wie heute, den 14. Dezember, der ganz und gar konfus gewordene Plechanow in der Zeitung der früheren Sozialdemokraten argumentiert!

Die Frage der friedlichen Erneuerer ist bei den Kadetten nicht zufällig aufgetaucht. Sie wurde schon früher, noch vor den Instruktionen über die Ausfolgung der Wahlzettel, gestellt. Sogar die linken Kadetten vom „Towarischtsch“ (die von einigen Witzbolden als „Beinahe-Sozialisten“ bezeichnet werden) rechneten bereits in der Nummer vom 5. Dezember auch die friedlichen Erneuerer zu den fortschrittlichen Parteien, und zwar zählten sie insgesamt sechs fortschrittliche Parteien (Kadetten, Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten, die Partei demokratischer Reformen und die friedlichen Erneuerer). In der gleichen Nummer des „Towarischtsch“ fielen die früheren Sozialdemokraten wutschnaubend über das Plakat über die drei *Hauptparteien* her, das der Nummer 8 des „Proletari“* beilag. Es sei „eine politische Gewissenlosigkeit“ — zeternten die Freunde Plechanows —, Heyden zu den Schwarzhundertern zu rechnen!

Es freut uns sehr, daß wir die Renegaten der Sozialdemokratie gezwungen haben, einen gestrigen Oktobristen zu verteidigen, der nach der Auseinandersetzung der Duma gegen den Wiborger Aufruf protestierte und mit Stolypin über ein Ministerium verhandelte.

Ihr hättet ihn nur etwas geschickter verteidigen sollen — ihr Herren Mitarbeiter Plechanows! Jedermann weiß, daß bei den ersten Wahlen die Oktobristen (unter ihnen Heyden und Schipow) einen Block mit den Schwarzen eingegangen waren. Ihr seid bereit, das zu vergessen, weil der Name der Partei ein anderer ist? Indes lesen wir auf der gleichen (vierten) Seite des „Towarischtsch“ vom 5. Dezember, daß im Verband vom 17. Oktober eine Strömung vorhanden ist, die für ein Abkommen mit der Partei der friedlichen Erneuerung eintritt, und daß diese Strömung in der Petersburger Filiale des Verbandes sogar das Übergewicht hat. Etwas weiter unten wird dann mitgeteilt, daß der „Hauptvorstand des Vereinigten Russischen Volkes“ einen Block mit den Oktobristen zuläßt, aus welchem

* Siehe den vorliegenden Band, S. 321—327. *Die Red.*

Grunde der „Towarischtsch“ sich denn auch weigert, die Oktobristen als Konstitutionalisten anzuerkennen.

Sehr schön, nicht wahr? Wir lehnen es ab, die Oktobristen als Konstitutionalisten zu bezeichnen, weil die Schwarzen einen Block mit ihnen zulassen. Die friedlichen Erneuerer aber bezeichnen wir als fortschrittlich, obwohl doch die Oktobristen einen Block mit ihnen zulassen.

Oh, neunmalweise Gründlinge von der hochberühmten fortschrittlichen „Intelligenz“!

Die Verteidigung der friedlichen Erneuerer durch die intellektuellen Radikalen, die Schwenkung des Zentralorgans der Kadettenpartei zur friedlichen Erneuerung, gleich nachdem die Instruktionen über die Ausfolgung der Wahlzettel erlassen worden waren — das alles sind Musterbeispiele der liberalen Taktik. Tut die Regierung einen Schritt nach rechts, so tun wir zwei Schritte nach rechts! Und schon wieder sind wir legal und friedlich, taktvoll und loyal; wir werden auch ohne Wahlzettel auskommen, werden uns stets jeder Niedertracht anpassen.

Das ist für die liberale Bourgeoisie reale Politik. Auf diesen kriechenden Realismus (nach dem vortrefflichen Ausdruck eines Sozialdemokraten) sind sie stolz, halten ihn für den Gipfel politischen Feingefühls und diplomatisch-weiser Taktik. In Wirklichkeit aber ist das nicht nur die dümmste und verräterischste, sondern auch die fruchtloseste Taktik, dank der die deutschen Kadetten, von den Frankfurter Schwätzern bis zu den vor Bismarck auf dem Bauch kriechenden Nationalliberalen¹¹⁰, über ein halbes Jahrhundert lang nach der bürgerlichen Revolution die Staatsgewalt in den Händen der Junker (auf russische Verhältnisse übertragen: der Schwarzhunderter-Gutsbesitzer, der Dorrer, Bulazel, Purischkewitsch) und in den Händen des „mit parlamentarischen Formen verbrämten Militärdespotismus“¹¹¹ stärkten.

Auch unsere Menschewiki, die von dieser Politik der Kadetten entzückt sind und sie übernehmen, sollten endlich einmal begreifen, daß real im guten, nicht im banalen Sinne des Wortes einzig und allein die Politik des revolutionären Marxismus ist. Die Winkelzüge und die Schwenkungen der Reaktion muß man beantworten nicht damit, daß man sich nach rechts hin anpaßt, sondern damit, daß man die revolutionäre Propaganda in den proletarischen Massen vertieft und erweitert und den Geist des revolutionären Klassenkampfes und die revolutionären Klassenorganisationen

zur vollen Entfaltung bringt. So und nur so stärkt ihr die Kraft derjenigen, die einzig und allein den Kampf gegen die Reaktion führen, welche Schwenkungen sie auch vollführen und welcher Winkelzüge sie sich auch bedienen mag. Wenn ihr aber die reaktionären Machenschaften der Regierung damit beantwortet, daß ihr eure Taktik nach rechts hin anpaßt, werdet ihr damit die einzige kampffähige Kraft, die Kraft der revolutionären Klassen, zersplittern und schwächen und ihr revolutionäres Bewußtsein durch den Schwindel eurer kannegießerischen „Manöver“ trüben.

Die Menschewiki waren zunächst gegen Abkommen mit den Kadetten. Die Abkommen wurden von Martow verurteilt. Entrüstet lehnte sie J. Larin ab. Sie wurden nicht einmal von Nik. J-ski¹¹² gebilligt. Unter dem Einfluß der Senatserläuterungen (unserer reaktionären Senate in Genf und in Petersburg) haben sich Martow und Co. nach rechts hin angepaßt. Sie sind für Blocks mit den Kadetten, aber beileibe nicht mit Parteien, die weiter rechts als die Kadetten stehen! Mit den „oppositionell-demokratischen Parteien“ (Resolution der Gesamtrussischen Konferenz, die mit 18 gegen 14 Stimmen auf Vorschlag des ZK angenommen wurde) — nicht weiter rechts!

Nun aber vollziehen die Kadetten eine Wendung zu den friedlichen Erneuerern. Und ihr auch, Genossen Menschewiki? Als Antwort auf die Senatserläuterungen — Blocks mit den Kadetten, als Antwort auf die Entziehung der Wahlzettel — Blocks mit den friedlichen Erneuerern? Und was werdet ihr als Antwort auf die Verhaftung von Wahlmännern tun??

Euer Verzicht auf eine wirklich revolutionäre Propaganda unter den Massen ist schon zur Tatsache geworden. Ihr kämpft schon nicht mehr gegen die Illusionen des friedlichen Weges und gegen die Träger dieser Illusionen, die Kadetten. Ihr seid nur mit der Schwarzhundertergefahr beschäftigt. Eure „geschickten Manöver“ aber — gemeinsame Listen mit den Kadetten — sind auf Sand gebaut. Ihr schwächt den realen Inhalt der revolutionären sozialdemokratischen Arbeit unter den Massen, der Gewinn dieser Kannegießerei aber wird nicht euch zufallen, vielleicht nicht einmal den Kadetten, vielleicht nicht einmal den friedlichen Erneuerern — sondern den Oktobristen! Auf die Verfälschung der Duma antwortet ihr mit einer Verfälschung der revolutionär-sozialdemokratischen Taktik —

ihr werdet dadurch weder die Duma verbessern noch den Sozialismus stärken oder die Revolution voranbringen.

Die Politik des prinzipienlosen Praktizismus ist die allerunpraktischste Politik.

Die Verfälschung der Duma muß die Arbeiterklasse beantworten nicht mit einer Abstumpfung, sondern mit einer Verschärfung ihrer revolutionären Agitation, muß sie damit beantworten, daß sie sich in ihrer Wahlkampagne von den traurigen Verrätern, den Kadetten, trennt.

Geschrieben am 14. (27.) Dezember 1906.

Veröffentlicht am 20. Dezember 1906
im „Proletari“ Nr. 10.

Nach dem Text des „Proletari“.

DIE POLITISCHE LAGE UND DIE AUFGABEN DER ARBEITERKLASSE¹¹³

Nach der Auseinanderjagung der Duma vermochte die Regierung die Empörung im Lande nur mit Hilfe des militärischen Terrors niederzuhalten. Verstärkte und außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen, Verhaftungen ohne Ende, Standgerichte und Strafexpeditionen, das alles zusammen kann man nur als militärischen Terror bezeichnen.

Bei dieser militärischen Unterdrückung der Befreiungsbewegung erprobte die Regierung ihre Kraft. Reicht unsere Kraft, so werden wir überhaupt keine Duma einberufen, so werden wir die Wünsche des Bundes des russischen Volkes und ähnlicher „echt-russischer“ Schwarzhunderterparteien unverzüglich erfüllen. Reicht unsere Kraft nicht, so werden wir noch einmal eine Duma einberufen, werden wir uns bemühen, das Wahlgesetz umzumodeln, das Zustandekommen einer Schwarzhunderterduma zu gewährleisten oder aber, sollte es eine kadettische Duma sein, diese zu zähmen. So dachte die Regierung.

Die für diese schonungslose Unterdrückung eingesetzte militärische Kraft hat, bisher wenigstens, nur ausgereicht, um vermittels der Senats-erläuterungen, entgegen dem Gesetz, Tausenden und Zehntausenden Arbeitern, besitzlosen Bauern und Eisenbahnern das Wahlrecht zu rauben. Die finanziellen Schwierigkeiten der Regierung haben sich außerordentlich verstärkt. Einstweilen ist es nicht gelungen, eine Anleihe zu bekommen. Es droht der sichere Bankrott. Im Lande selbst kann sich die Regierung auf keine einzige Partei stützen, sie schwankt zwischen den Banden der Hooligans (echt-russische Leute) und den Oktobristen. Ja, sie konnte nicht einmal mit den Oktobristen vollends handelseinig werden.

Unter solchen Bedingungen beginnt die Wahlkampagne zur zweiten Duma. Der Spießbürger ist eingeschüchtert. Die Standgerichte haben auf ihn deprimierend gewirkt. Er ist beeindruckt von den Prahlereien der Regierung, die Duma werde ihr gefügiges Werkzeug sein. Er läßt sich von seiner Stimmung fortreißen und ist bereit, den Kadetten alle Fehler

ТЕРНИИ ТРУДА

24 декабря 1906 года.

КОНТОРА и РЕДАКЦИЯ: Николаевская ул., кв. 34.

Прiemъ по дѣламъ редакцiи по средамъ и субботамъ отъ 3 до 5 час. дня.

Политическое положенiе и задачи рабочаго класса.

Послѣ разгона Думы правительство слерживало возмущенiю страны только посредствомъ военнаго террора. Усиленные и чрезвычайныя окрапы, аресты безъ конца, военно-полевые суды, карательныя акцидции, все это, вѣсть взлето, нельзя назвать иначе, какъ военнымъ терроромъ.

Правительство испытывало свою силу на этомъ военномъ подавленii освободительнаго движенiя. Хватитъ силы, — вовсе не созовемъ Думы, сразу удовлетворимъ желанiя союза русскаго народа и тому подобныя «истинно-русскихъ» партiи черносотенцевъ. Не хватитъ силы, — созовемъ еще разъ, попытаемся переделать избирательный законъ, попытаемся обезпечить черносотенную Думу или укротить кадетскую Думу. Такъ разуждало правительство.

Военной силы безпопиднаго подавленiя хватало до сихъ поръ по крайней мѣрѣ, только на то, чтобы посредствомъ сенатскихъ разъясненiй отнять, вопреки закону, избирательное право у тысячъ и десятковъ тысячъ рабочихъ, нижушихъ крестьянъ, жельзно-дорожниковъ. Финансовыя затрудненiя правительства чрезвычайно усилились. Займа пока не удается добыть. Грозитъ неминуемое банкротство. Внутри страны правительство не можетъ опереться ни на одну партiю, колеблется между шайками хултановъ (истинно-русские люди) и октябристами. Вплотнъ сдѣться оно не могло даже и съ октябристами.

При такихъ условiяхъ начинается избирательная кампанiя во вторую Думу. Обыватель запуганъ. На него уручающо повлалы военно-полевые суды. Онъ находится подъ впечатлѣнiемъ правительственнаго хвастовства, что Дума будетъ послушной. Онъ подается настроенiю и готовъ прощитъ всѣ ошибки кадетамъ, готовъ выбросить за борть все то, чему научила его первая Дума и голосовать за кадета, акиш бы не прошелъ черносотенецъ.

Со стороны обывателя такое поведеие понятнo. Обыватель никогда не руководитъ тсрдными миро-созерцанiемъ, принципами цѣльной партiйной тактики. Онъ всегда плыветъ по теченiю, сядло отда-

ваясь настроенiю. Онъ не можетъ разуждать иначе, какъ противопоставляя черной сотнѣ самую скромную изъ оппозиционныхъ партiй. Онъ не въ состоянii самостоятельно обдумать опытъ первой Думы.

Но то, что естественно для обывателя, непростительно для партiйнаго человета и совѣтъ уже неприлично для социалдемократа. Прислушайтесь, въ самомъ дѣлѣ, въ доводамъ тѣхъ социалдемократовъ, которые зовутъ социалистовъ рабочихъ *полосотами* и *кадетовъ* (все равно, за однихъ ли только кадетовъ тамъ, гдѣ социалдемократы отказались вовсе выставлять своего кандидата, или за кадета вѣсть съ социалдемократомъ, гдѣ есть общiй списокъ). Вѣсть доводовъ вы услышите одинъ только припѣвъ, одинъ крикъ страха и отчаянiя: какъ бы не пропала черносотенцы! голосуйте всѣ за кадетами! составляйте общiе списки съ кадетами!

Социалдемократъ, членъ рабочей партiи, не можетъ опускаться до такой обывательщины. Онъ долженъ дать себѣ ясный отчетъ въ томъ, какiя действительныя общественныя силы ведутъ борьбу, какое действительное значенiе имѣетъ Дума вообще и господствовавшая въ первой Думѣ партiя кадетовъ въ особенности. Кто разуждаетъ о современном политикѣ пролетариата, не обдумавъ всѣхъ этихъ вопросовъ, тотъ никогда не можетъ прийти къ сколько-нибудь вѣрнымъ выводамъ.

За что идетъ теперь борьба въ Россiи? За свободу т. е. за власть народныхъ представителей въ государствѣ, а не стараго правительства. За землю для крестьянъ. Правительство всѣми силами борется противъ этихъ стремленiй, отстаиваетъ свою власть, свою землю (ибо самые богатые помѣщики принадлежатъ къ числу самыхъ знатныхъ и наиболее высокопоставленныхъ лицъ въ государствѣ). Правительство имѣетъ противъ себя рабочихъ и массу крестьянской бѣдности, а также, разумеется, и городской бѣдности, о которой не къ чему говорить отдѣльно, ибо у нея нтъ особыхъ интересовъ въ отличiе отъ основныхъ интересовъ пролетариата и крестьянства.

Какъ относится къ борьбѣ высше классы, помещики и буржуазии? Сначала, до 17-го октября, большая часть ихъ были либеральны, т. е. сочувствовали свободѣ, даже помогали такъ или иначе борьбѣ рабочихъ. Буржуазия была недовольна самодержавнымъ порядкомъ управленiя и требовала себѣ тоже

Erste Seite der Wochenschrift „Ternii Truda“ Nr. 1
vom 24. Dezember 1906 mit dem Leitartikel W. I. Lenins
„Die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse“

Verkleinert

zu verzeihen, ist bereit, alles das, was ihn die erste Duma gelehrt hat, über Bord zu werfen und für die Kadetten zu stimmen, nur um nicht die Schwarzhunderter durchkommen zu lassen.

Seitens des Spießbürgers ist ein solches Verhalten verständlich. Der Spießbürger läßt sich niemals von einer festen Weltanschauung, von Prinzipien einer einheitlichen Parteitaktik leiten. Er schwimmt stets mit dem Strom und gibt sich blind seiner Stimmung hin. In seinen Betrachtungen wird er zwangsläufig den Schwarzhundertern die allerbescheidenste der oppositionellen Parteien entgegenstellen. Er ist außerstande, die Lehren der ersten Duma selbständig zu überdenken.

Was aber für den Spießbürger natürlich ist, ist für einen Parteimenschen unverzeihlich und für einen Sozialdemokraten schon ganz und gar unstatthaft. Man höre sich nur einmal die Argumente jener Sozialdemokraten an, die die sozialistischen Arbeiter auffordern, *für die Kadetten zu stimmen* (gleichviel, ob für die Kadetten allein, wo die Sozialdemokraten überhaupt verzichtet haben, eigene Kandidaten aufzustellen, oder für Kadetten und Sozialdemokraten zusammen, wo eine gemeinsame Liste aufgestellt worden ist). An Stelle von Argumenten wird man nur *einen* Kehrreim hören, *einen* Ruf des Schreckens und der Verzweiflung: Wenn nur keine Schwarzhunderter durchkommen! Stimmt alle für die Kadetten! Stellt gemeinsame Listen mit den Kadetten auf!

Ein Sozialdemokrat, ein Mitglied der Arbeiterpartei, darf nicht zu diesem Spießbürgertum hinabsinken. Er muß sich ganz klar Rechenschaft darüber ablegen, welche gesellschaftlichen Kräfte den Kampf wirklich führen, welche Bedeutung der Duma im allgemeinen und der Partei der Kadetten, die in der ersten Duma das Heft in der Hand hatte, im besonderen wirklich zukommt. Wer über die gegenwärtige Politik des Proletariats urteilt, ohne alle diese Fragen durchdacht zu haben, der wird niemals zu einigermaßen richtigen Schlüssen gelangen können.

Worum geht gegenwärtig der Kampf in Rußland? Um die Freiheit, das heißt darum, daß die Macht im Staate den Volksvertretern und nicht der alten Regierung gehöre. Um Land für die Bauern. Die Regierung bekämpft mit allen Kräften diese Bestrebungen, verteidigt ihre Macht und ihren Bodenbesitz (gehören doch die reichsten Gutsbesitzer zu den vornehmsten und höchstgestellten Persönlichkeiten im Staate). Die Regierung hat gegen sich die Arbeiter und die Massen der armen Bauern wie natür-

lich auch der armen städtischen Schichten, von denen man gar nicht gesondert zu reden braucht, da sie keine besonderen Interessen haben, die sich von den Grundinteressen des Proletariats und der Bauernschaft unterscheiden würden.

Welche Stellung nehmen die oberen Klassen, die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie, diesem Kampf gegenüber ein? Anfangs, bis zum 17. Oktober, war ein großer Teil von ihnen liberal, d. h., ein großer Teil der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie sympathisierte mit der Freiheit und unterstützte sogar in der einen oder anderen Weise den Kampf der Arbeiter. Die Bourgeoisie war mit dem autokratischen Regierungssystem unzufrieden und forderte ihre Beteiligung an den Staatsgeschäften. Die Bourgeoisie bezeichnete sich als demokratisch, d. h., sie gab vor, für die Volksfreiheit einzutreten, um im Volke Unterstützung für ihre Bestrebungen zu finden. Nach dem 17. Oktober jedoch gab sie sich mit dem zufrieden, was sie erhalten hatte, d. h. mit der Beteiligung der Gutsbesitzer und Kapitalisten an den Staatsgeschäften und mit den Freiheitsversprechungen der unverehrt gebliebenen alten Macht. Die Bourgeoisie schreckte der selbständige Kampf des Proletariats und der Bauernschaft, und sie verkündete: Genug mit der Revolution!

Vor dem 17. Oktober gab es eine breite bürgerlich-liberale Partei der Semstwoleute, die zu ihren berühmten halblegalen Tagungen zusammenkamen und im Ausland die Zeitschrift „Oswoboshdenije“ herausbrachten. Nach dem 17. Oktober spalteten sich die Teilnehmer der Semstwotagungen: die kapitalistischen Geschäftsleute und die größeren oder auf der Grundlage der Fronwirtschaft wirtschaftenden Gutsbesitzer gingen in die Partei der Oktobristen, d. h. schnurstracks ins Lager der Regierung. Der übrige Teil, insbesondere Advokaten, Professoren und sonstige bürgerliche Intellektuelle, gründete die Partei der Kadetten (Konstitutionelle Demokraten). Diese Partei machte ebenfalls Front gegen die Revolution, erschrak ebenfalls über den Kampf der Arbeiter, verkündete ebenfalls: Genug! Aber sie wollte und will dem Kampf durch feinere Mittel Einhalt gebieten, durch kleine Zugeständnisse an das Volk, durch die Ablösung für die Bauern usw. Die Kadettenpartei versprach dem Volke Freiheit und den Bauern Land, wenn das Volk die Kadetten in die Duma wählt. Die Sozialdemokraten wußten, daß dies ein Volksbetrug war, und boykottierten daher die Duma. Die unwissenden Bauern und die verschüchtern

Spießbürger brachten jedoch die Kadetten in die Duma. Anstatt nun den Kampf für die Freiheit aufzunehmen, begannen die Kadetten von der Duma aus das Volk zur Ruhe zu mahnen, selbst aber betrieben sie ihre Berufung zu Ministern der Zarenregierung. Und die Duma wurde wegen ungebührlicher Reden auseinandergejagt, auseinandergejagt, weil die Sozialdemokraten und andere kühnere Deputierte sich von der Duma-tribüne aus an das Volk wandten und es zum Kampfe riefen.

Jetzt muß auch der Blindeste oder Unwissendste begreifen, was die Kadettenpartei ist. Das ist keine Partei von Volkskämpfern, sondern von bürgerlichen Fürsprechern, von Mittelsleuten und Schacherern. Die Arbeiter und die bewußten Bauern werden erst dann in der Lage sein, ihre Ziele zu verwirklichen, wenn die Masse aufhört, der Kadettenpartei Vertrauen zu schenken, wenn sie die Notwendigkeit des selbständigen Kampfes erkennt. Für die Kadetten zu stimmen und die Wahl von Kadetten zu propagieren, bedeutet daher, das Bewußtsein der Massen, ihre Geschlossenheit und ihre Kampfbereitschaft zu schwächen.

Die klassenbewußten Arbeiter sind jetzt vor eine ganz andere Aufgabe gestellt. Gegen die spießbürgerliche Verwirrung und Prinzipienlosigkeit müssen sie in der Wahlkampagne mit einer folgerichtigen, klaren und einheitlichen sozialistischen Propaganda auftreten.

Die nächste Aufgabe der klassenbewußten Arbeiter ist es, der gesamten Masse des Proletariats und allen fortschrittlichen Vertretern der Bauernschaft klarzumachen, worum der wirkliche Kampf geht, welches die wirkliche Stellung der verschiedenen Klassen in diesem Kampfe ist.

Während unserer Revolution sind die Arbeiter mehr vorangekommen als alle anderen Klassen. Die Masse der Arbeiterschaft drängt jetzt zur Sozialdemokratie. Hier ist natürlich eine verstärkte, breitere Arbeit erforderlich, aber der Weg für diese Arbeit ist bereits geebnet. Am wichtigsten und schwierigsten ist die Arbeit unter der Bauernschaft. Die Bauern sind eine Klasse von Kleinbesitzern. Im Kampf für Freiheit und Sozialismus stößt diese Klasse auf viel ungünstigere Bedingungen als die Arbeiterklasse. Die Bauern sind nicht in Großbetrieben zusammengefaßt, sondern durch den Kleinbetrieb, durch die Einzelwirtschaft zersplittert. Die Bauern haben keinen so offenen, klar sichtbaren, einheitlichen Feind vor sich wie die Arbeiter im Kapitalisten. Die Bauern sind zum Teil selbst Besitzer und Eigentümer; darum tendieren sie stets zur Bourgeoisie, wollen ihr nach-

eifern und träumen von der Entwicklung und Festigung ihres kleinen Privateigentums und nicht vom allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Klasse der Kapitalisten.

Aus diesem Grunde ist die ganze Masse der bäuerlichen Armut stets und in allen Ländern im Kampf für Freiheit und Sozialismus weniger standhaft gewesen als die Arbeiter. Aus diesem Grunde haben auch bei uns in Rußland die Bauerndeputierten in der Duma, die Trudowiki, ungeachtet aller Lehren aus dem Verrat der Kadetten, es noch nicht vermocht, sich vom Einfluß der liberalen Bourgeoisie zu befreien, von ihren Ansichten, ihren Vorurteilen, ihren Methoden in der Politik — Methoden, die scheinbar schlau und geschickt sind und aus schönen „Manövern“ bestehen, in Wirklichkeit aber dumm und nutzlos und für jeden wahren Kämpfer schmachvoll sind.

Klassenbewußte Arbeiter! Nutzt die Wahlkampagne, um dem Volke endgültig die Augen zu öffnen! Schenkt den Beteuerungen jener wohlmeinenden, aber schwachen und schwankenden Leute kein Gehör, die euch zur Listengemeinschaft mit den Kadetten auffordern, die wollen, daß ihr das Bewußtsein der Massen durch gemeinsame Losungen mit den Kadetten trübt. Geht an das landläufige Geschrei, Gejammer und Wehklagen über die Schwarzhundertergefahr kritisch heran. Die wirkliche, die Hauptgefahr für die russische Revolution ist die Rückständigkeit der Bauernmassen, ihre Unbeständigkeit im Kampfe, die Tatsache, daß sie die ganze Hohlheit und den ganzen Verrat des bürgerlichen Liberalismus nicht erkennen. Kämpft gegen diese Gefahr, sagt dem ganzen Volk offen und rückhaltlos die ganze Wahrheit. So werdet ihr es dem Einfluß der kadettischen Phrasenhelden entziehen und für die Unterstützung der Sozialdemokratie gewinnen. So und nur so werdet ihr die wirkliche Schwarzhundertergefahr niederringen können. Und keine Senatserläuterungen, keine Hinrichtungen, keine Verhaftungen werden eine *solche* Arbeit unter dem Volk verhindern können, eine Arbeit, die gerichtet ist auf die Erhöhung des staatsbürgerlichen Bewußtseins und des Klassenbewußtseins der Massen, auf ihre Organisierung für selbständige und nicht bürgerlich-liberale Kampfaufgaben.

Veröffentlicht am 24. Dezember 1906
in der Wochenschrift „Ternii Truda“ Nr. 1.

Nach dem Text der
„Ternii Truda“.

DIE AUFGABEN DER ARBEITERPARTEI UND DIE BAUERNSCHAFT¹¹⁴

Das Wolgagebiet ist eines der größten Zentren der Bauernbewegung. Im Wolgagebiet ist die Arbeiterpartei besonders nachdrücklich vor die Aufgabe gestellt, eine selbständige Klassenpolitik des Proletariats zu treiben und dabei der Bauernmasse ständig klarzumachen, daß sie Land und Freiheit nur erringen kann, wenn sie mit ihren gewohnten Führern aus den Reihen der kadettischen liberalen Gutsbesitzer bricht, nur wenn sie sich dem revolutionären Proletariat anschließt.

Eben dieser Aufgabe muß auch die Wahlkampagne der Arbeiterpartei voll und ganz untergeordnet sein. Eben darum sind im Wolgagebiet Blocks mit den Kadetten, die auf Grund der ganzen prinzipiellen Position der Sozialdemokratie als der den Klassenkampf des Proletariats führenden Partei überhaupt unzulässig sind, besonders schädlich. Um das möglichst anschaulich zu zeigen, nehmen wir als Beispiel einen Bauerndeputierten aus dem Wolgagebiet in der ersten Duma. Dieser Deputierte ist Herr I. Shilkin, ein im Gouvernement Saratow gewählter Trudowik.

Heute schreibt der Trudowik Shilkin in der Petersburger kadettischen Zeitung „Towarischtsch“ und verteidigt Blocks mit den Kadetten. Man sehe sich an, *wie* er diese Blocks verteidigt. Im „Towarischtsch“ vom 17. Dezember berichtet er über die Wahlen zur ersten Duma im Gouvernement Saratow. Die Bauern wählten ihre eigenen Leute, da sie instinktiv — auf Grund des richtigen Instinkts der Werktätigen und Ausgebeuteten — dem liberalen Gutsbesitzer und dem bürgerlichen Advokaten nicht trauten. Als die Wahlmänner zur Wahl der Dumadeputierten zusammentraten, stellten die Bauern rund zwei Fünftel aller Wahlmänner im Gouvernement.

(Es sei daran erinnert, daß die Gesamtzahl der Wahlmänner im Gouvernement Saratow 150 betrug. Davon 64 der Bauern, 51 der Grundbesitzer und 35 der Städter. Herr Shilkin gibt die Zahl der Wahlmänner mit 152 an, wobei er möglicherweise die Arbeiterkurie hinzurechnet.)

Die bäuerlichen Wahlmänner trafen im Gouvernement auf „prominente“ Kadetten nach Art des „am Zentralkomitee der Partei der Kadetten beteiligten“ Herrn N. N. Lwow. Unter den Wahlmännern aus den Kreisstädten traten Leute in Erscheinung, die linker waren als die Kadetten. Und sehr schnell, fast ganz von selbst bildete sich ein linker Block, der „Bund der Werktätigen“, der Keim der künftigen Trudowikigruppe in der Duma.

Es begann der Handel mit den Kadetten um die Dumasitze. Die Kadetten forderten $\frac{2}{3}$ der Sitze für sich, die „Werktätigen“ desgleichen. Man wurde nicht einig. Die Kadetten glaubten nicht an die Stärke und den Zusammenhalt des Bundes der Werktätigen. In der letzten Versammlung vor den Wahlen stellte sich jedoch heraus, daß von den 152 Stimmen die Kandidaten des Bundes 78 bis 89 Stimmen erhielten. „Die Hauptkandidaten der Kadetten erhielten 50 bis 67.“

Daraufhin kapitulierten die Kadetten. Sie erklärten sich damit einverstanden, daß ihre Partei in die Duma eine Minderheit entsende. „Das Komitee des Bundes der Werktätigen gab sein Einverständnis, zwei Kandidaten kadettischer Richtung durchzubringen, nämlich N. N. Lwow und S. A. Kotljarewski. Und es ist charakteristisch“, schreibt Herr Shilkin, „daß diese Kandidaten, die eben erst bei der Zettelabgabe 59 und 67 Stimmen erhalten hatten, bei der Ballotage 111 Stimmen erhielten.“

Jawohl, das ist sehr, sehr charakteristisch. Nur begreift der Trudowik Shilkin leider nicht die *Bedeutung* der von ihm mitgeteilten Tatsachen.

Man überlege bloß: Der linke Bund der Werktätigen, der über 78–89 Stimmen von 152, d. h. *über die Mehrheit* verfügte, verhalf N. N. Lwow in die Duma. Und darum verteidigt Herr Shilkin, der Trudowik, die Blocks mit den Kadetten.

Wißt ihr, Arbeiter und Bauern, wer N. N. Lwow ist? Das ist ein Gutsbesitzer, einer der Gründer des „Bundes der Befreiung“, d. h. einer der Gründer der Kadettenpartei. Sieben Jahre lang war er Adelsmarschall. In der Duma gehörte er zu den extrem rechten Kadetten. Mit andern Worten, er kämpfte nicht nur gegen die sozialdemokratischen Arbeiterdepu-

tierten und gegen die Trudowiki, sondern er fand sogar, daß die ganze Kadettenpartei zu weit nach links gehe! Er fand, daß die kadettischen Zucht-hausgesetze gegen die Versammlungs- und Pressefreiheit zu liberal wären, daß die ruinierende Ablösung, die die kadettischen Gutsbesitzer den Bauern vorschlugen, eine für die Bauern zu großzügige Reform sei. Die Kadetten wollten den Bauern das Land auf Grund einer gerechten Abschätzung verkaufen, wobei diese gerechte Abschätzung von Vertretern der Bauernschaft in gleicher Anzahl mit Vertretern der Gutsbesitzer und unter Hinzuziehung von Regierungsvertretern vorgenommen werden sollte. Ein Bauer, ein Gutsbesitzer, ein Polizeibeamter — nicht wahr, wie großartig war die Gerechtigkeit der Kadetten? Dem Herrn Gutsbesitzer Lwow schien das viel zu liberal. Der Herr Gutsbesitzer wollte offenbar in den örtlichen Bodenkomitees mehr Polizeibeamte haben.

Und darum hielt Herr Lwow in der Duma Reden *gegen* die Landforderungen der Bauern. Zur Zeit der Duma drang Herr Lwow über die Hintertreppe zu den Machthabern vor, um mit ihnen um Ministersessel für die liberalen Gutsbesitzer zu schachern, die dafür die Trudowiki und die Sozialdemokraten in der Duma „zügeln“ wollten. So sieht der liberale Gutsbesitzer Lwow aus, den die Trudowiki in die Duma brachten. Und nach der Auseinanderjagung der Duma unterhandelte der Gutsbesitzer Lwow mit Stolypin über den Eintritt in dessen Ministerium!!

Um mit Stolypin freier unterhandeln zu können, verließ Lwow die Kadetten und gründete die Partei der friedlichen Ausplünderung. *Mit dieser Partei gehen die Kadetten jetzt einen Block ein.* Diese Partei nennt die Zeitung „Towarischtsch“, in der Herr Shilkin schreibt, eine progressive und keine Schwarzhunderterpartei!

Aber wichtig für uns ist, daß Lwow Kadett war, als er in die Duma kam. Wichtig ist, daß der kadettische Gutsbesitzer die Bauern auf das gemeinste verriet, indem er in der Duma gegen ihre Forderungen kämpfte und selbst nach der Auseinanderjagung der Duma mit Leuten um einen Ministersessel schacherte, die die Bauern in Massen haben niederschießen und mißhandeln lassen.

So sehen sie aus, die kadettischen Gutsbesitzer, die die Trudowiki in die Duma brachten!

Nehmen wir an, Herr Shilkin und die anderen Trudowiki wußten *damals* nicht, was Lwow für ein Vogel ist. Nehmen wir an, Herr Shilkin und

Co. hätten sich geirrt. Eines Irrtums wegen soll man niemanden verurteilen.

Gut. Aber ist es etwa möglich, daß Herr Shilkin heute nicht weiß, wie kadettische Gutsbesitzer vom Schlage Lwows von der „Volksfreiheit“ zum Stolypinschen Standgerichtskabinett hinüberzuwechseln pflegen? Herr Shilkin weiß das, und *trotzdem* rät er den Trudowiki und den sozialdemokratischen Arbeitern zu Blocks mit der Partei der liberalen Gutsbesitzer und der bürgerlichen Advokaten, mit der Kadettenpartei.

Lwow ist ein Musterbeispiel für den kadettischen Verräter, ein Musterbeispiel für die Gutsbesitzerpartei der Liberalen.

Shilkin ist ein Musterbeispiel für den nicht bewußten, unbeständigen Trudowik, der im Nachtrab der „liberalen“ Gutsbesitzer einhertrottet und nicht versteht, dem Bauern die Augen zu öffnen, nicht versteht zu siegen, selbst wenn er die Mehrheit hat, nicht versteht, den Bauern zum selbständigen Kampf aufzurufen.

Mögen denn alle klassenbewußten Arbeiter, alle Sozialdemokraten im Wolgagebiet das Volk am Beispiel Lwows und Shilkins belehren.

Arbeiter! Wollt ihr dabei helfen, Kadetten vom Schlage des Gutsbesitzers Lwow, der heute große Reden über die Volksfreiheit schwingt, morgen aber auf die Seite Stolypins überläuft, in die Duma zu bringen?

Wollt ihr das nicht, dann lehnt alle Blocks mit den Kadetten, mit dieser Partei der „liberalen“ Gutsbesitzer ab. Ruft die Bauern auf, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und nicht die Kadettenpartei zu unterstützen.

Bauern! Wollt ihr noch einmal „liberale“ Gutsbesitzer vom Schlage des Kadetten Lwow in die Duma bringen, der euch vor der Duma Ströme von Milch und Honig versprach, aber in der Duma eine gerechte Abschätzung der Gutsbesitzerländereien durch Beamte beantragte, die eben von der Gutsbesitzerregierung eingesetzt sind? Wollt ihr die Verteidigung der Bauernforderungen liberalen Gutsbesitzern oder bürgerlichen Advokaten anvertrauen?

Wollt ihr das nicht, dann stimmt für die Sozialdemokraten, d. h. für die Arbeiterpartei. Nirgendwo in der Welt hat die Sozialdemokratische Arbeiterpartei die Interessen der ruinierten, notleidenden, schwer arbeitenden und ausgebeuteten Bauernschaft verraten. Überall in der ganzen Welt hat die liberale Bourgeoisie die um Land und Freiheit kämpfenden Bauern

ebenso betrogen, wie sie bei uns von den kadettischen Lwows betrogen werden.

Es gibt kein anderes Mittel gegen die Unbeständigkeit der Trudowiki und kann keines geben als eine starke, bewußte, vom Klassenstandpunkt nicht ablassende Arbeiterpartei. Die Bauern können Land und Freiheit nur erlangen, wenn sie Seite an Seite mit den klassenbewußten Arbeitern gehen.

28. Dezember 1906

Zuerst veröffentlicht am 21. Januar 1935
in der Zeitung „Wolskaja Kommuna“
(Wolga-Kommune) Nr. 19.
Unterschrift: *N. Lenin.*

Nach dem Manuskript.

VORWORT ZUR RUSSISCHEN AUSGABE
DER BROSCHÜRE: W. LIEBKNECHT
„KEIN KOMPROMISS, KEIN WAHLBÜNDNIS!“

Die Broschüre Liebknechts, die dem russischen Leser in einer Übersetzung vorgelegt wird, erweckt besonderes Interesse in der gegenwärtigen Zeit, am Vorabend der Wahlen zur zweiten Duma, in einem Augenblick, da die Frage der Wahlabkommen sowohl die Arbeiterpartei als auch die öffentliche Meinung der liberalen Bourgeoisie lebhaft interessiert.

Wir werden hier nicht auf die allgemeine Bedeutung der Broschüre Liebknechts eingehen. Um diese Bedeutung klar zu erkennen und einzelne Stellen der Broschüre, die Mißdeutungen zulassen, wenn man sie außerhalb der Situation betrachtet, in der sie geschrieben wurden, richtig zu verstehen, wird der Leser zu Franz Mehrings Werk über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und zu einer Reihe anderer Schriften unserer deutschen Genossen greifen müssen.

Hier kommt es uns darauf an, die *Methoden* von Liebknechts Beweisführung aufzuzeigen. Es kommt uns darauf an, zu zeigen, wie er an die Frage der Abkommen *heranging*, um so dem russischen Leser zu helfen, selbständig an die Lösung der uns interessierenden Frage der Blocks mit den Kadetten heranzugehen.

Liebknecht bestreitet durchaus nicht, daß Abkommen mit bürgerlich-oppositionellen Parteien „nützlich“ sind, sowohl vom Standpunkt der „Parlamentsmandate“ als auch vom Standpunkt der Einreihung des „Bundesgenossen“ (sogenannten Bundesgenossen) in die Front gegen den gemeinsamen Feind, die Reaktion. Der wirklich politische Verstand und erprobte Sozialdemokratismus des Veteranen der deutschen Sozialisten aber zeigt sich gerade darin, daß er sich *nicht* auf diese Erwägungen *beschränkt*. Er untersucht, ob der „Bundesgenosse“ nicht ein verkappter Feind ist, den

in die eigenen Reihen aufzunehmen ganz besonders gefährlich wäre. Er untersucht, ob dieser Bundesgenosse wirklich gegen den gemeinsamen Feind kämpft und wie er gegen ihn kämpft, ob nicht Abkommen, die vom Standpunkt einer Vergrößerung der Zahl der Parlamentsmandate nützlich sein mögen, vom Standpunkt der weniger unmittelbaren und ernsteren Aufgaben der proletarischen Partei schädlich sind.

Nehmen wir einmal die drei soeben von mir angeschnittenen Fragen und sehen wir, ob z. B. ein solcher Verteidiger von Abkommen der russischen Sozialdemokraten mit den Kadetten wie Plechanow die Bedeutung dieser Fragen *begreift*. Wir werden sehen, daß Plechanow die Frage der Abkommen unglaublich eng stellt. Die Kadetten wollen gegen die Reaktion kämpfen, also... Abkommen mit den Kadetten! Weiter geht Plechanow nicht, eine weitere Untersuchung der Frage betrachtet er als Doktrinarismus. Es nimmt nicht wunder, daß ein Sozialdemokrat, der die Erfordernisse der sozialdemokratischen Politik so sehr vergessen hat, in die Nachbarschaft solcher Renegaten der Sozialdemokratie wie der Herren Prokopowitsch und anderer Publizisten des „Towarischtsch“ gerät und mit ihnen zusammenarbeitet. Es nimmt nicht wunder, daß sogar die grundsätzlichen Gesinnungsgenossen eines solchen Sozialdemokraten, die Menschewiki, entweder betroffen schweigen, da sie nicht wagen, laut auszusprechen, was sie von Plechanow denken, und in Arbeiterversammlungen von ihm abrücken, oder ihn offen auslachen wie die Bundisten in der „Volkszeitung“ und in der „Nascha Tribuna“¹¹⁵.

Liebknecht lehrt uns, daß der Sozialdemokrat es verstehen muß, bei einem jeden Bundesgenossen aus dem Lager der Bourgeoisie die gefährlichen Seiten aufzudecken, daß er sie nicht verheimlichen darf. Bei uns aber schreien die Menschewiki, man müsse nicht die Kadetten, sondern die Schwarzhundertergefahr bekämpfen! Wie nützlich wäre es für solche Leute, sich die Worte Liebknechts einzuprägen: „Die dumm-brutalen Gewaltstreiche der Polizeipolitiker, die Attentate des Sozialistengesetzes, des Umsturzgesetzes, des Zuchthausgesetzes konnten uns nur Gefühle mitleidiger Verachtung entlocken — der Feind aber, der uns die Hand zum Wahlbündnis hinstreckt und sich als Freund und Bruder uns aufdrängt — ihn, und ihn allein haben wir zu fürchten.“

Man sieht: Gewaltakte der Polizei, Gesetze der Schwarzhunderter läßt auch Liebknecht nicht außer acht. Und dennoch sagt er den Arbeitern

kühn: nicht diesen Feind, sondern ein Wahlabkommen mit einem falschen Freund muß man fürchten. Warum war Liebknecht dieser Ansicht? Weil er die Kraft der Kämpfer stets nur dann als wirkliche Kraft ansah, wenn es die Kraft der *klassenbewußten* Arbeitermassen war. Das Bewußtsein der Massen aber wird nicht durch Gewaltakte und Zuchthausgesetze getrübt, sondern durch die *falschen Freunde* der Arbeiter, die liberalen Bourgeois, die die Massen durch hohle Phrasen über den Kampf vom wirklichen Kampf *ablenken*. Unsere Menschewiki und Plechanow begreifen nicht, daß der Kampf gegen die Kadetten ein Kampf ist für die Befreiung des Bewußtseins der Arbeitermassen von den verlogenen Ideen und Vorurteilen der Kadetten, die glauben machen wollen, daß die Volksfreiheit und die alte Macht miteinander vereinbar seien.

Daß diese von den falschen Freunden drohende Gefahr größer ist als die, die von den offenen Feinden droht, hat Liebknecht so scharf betont, daß er sagt: „Die Annahme eines neuen Sozialistengesetzes wäre ein kleineres Übel gewesen als die Verwischung des Klassengegensatzes und der Parteigrenzen durch ein Landtagswahlbündnis...“

Man übersetze diesen Satz Liebknechts in die Sprache der russischen Politik am Ende des Jahres 1906: „Eine Schwarzhunderterduma wäre ein kleineres Übel als eine Verwischung der Klassengegensätze und der Parteigrenzen durch Wahlabkommen mit den Kadetten.“ Was für ein wüstes Geschrei würden die vom Sozialismus zu den Liberalen übergelaufenen Autoren des „Towarischtsch“ und ähnlicher Zeitungen wegen eines solchen Satzes gegen Liebknecht erheben! Wie oft sind wir in Arbeiterversammlungen und in den Spalten menschewistischer Blätter auf Stimmen gestoßen, die die Bolschewiki wegen ähnlicher Gedanken ebenso „tadeln“, wie Liebknecht „getadelt“ wurde (S. 54 der vorliegenden Broschüre). Aber die Bolschewiki fürchten solches Geschrei und solche Urteilssprüche ebensowenig, wie Liebknecht sie gefürchtet hat. Nur schlechte Sozialdemokraten können den Schaden bagatellisieren, den die liberalen Verräter der Volksfreiheit, die sich bei den Arbeitermassen durch Wahlabkommen einschleichen, den Arbeitermassen bringen.

Hierbei einige Worte über diesen Verrat des Liberalismus. Unsere Opportunisten, darunter Plechanow, zetern: Es ist taktlos, bei uns auch jetzt vom Verrat des Liberalismus zu reden. Plechanow hat sogar eine ganze Broschüre geschrieben, um die taktlosen sozialistischen Arbeiter höflichen

Umgang mit den Kadetten zu lehren. Wie wenig originell die Plechanowschen Gedanken sind, wie sehr bereits die deutschen liberalen Bourgeois die Plechanowschen Phrasen abgeleiert haben, das zeigt Liebknechts Broschüre ganz besonders klar. Es stellt sich heraus, daß Plechanow als „Trumpf“ gegen die revolutionären Sozialdemokraten *dasselbe* Kindermärchen vom Wolf und dem Schäfer ausspielt, mit dem die deutschen Opportunisten auch Liebknecht einzuschüchtern versuchten: Ihr gewöhnt jedermann so sehr an euer Geschrei „Der Wolf! Der Wolf!“, daß niemand euch glauben wird, wenn der Wolf tatsächlich kommt. Liebknecht hat den zahlreichen deutschen Gesinnungsgenossen des Plechanow von heute treffend geantwortet: „Jedenfalls wird das Interesse der Partei von den Warnern nicht schlechter behütet als von den Lachern.“

Nehmen wir die zweite Frage, die wir oben genannt haben: Kämpft unsere liberale Bourgeoisie, d. h. die Kadetten, wirklich gegen die Schwarzhundertergefahr, und wie kämpft sie? Plechanow versteht es weder, diese Frage zu stellen, noch sie durch eine sorgfältige Untersuchung der Politik der Kadetten im revolutionären Rußland zu beantworten. Plechanow leitet, gegen das Abc des Marxismus verstößend, das konkrete Verhältnis der russischen Sozialdemokraten zu den Kadetten aus dem „allgemeinen Begriff“ der bürgerlichen Revolution ab, anstatt den allgemeinen Begriff der Beziehungen zwischen Bourgeoisie, Proletariat und Bauernschaft im heutigen Rußland aus dem Studium der realen Besonderheiten der russischen bürgerlichen Revolution abzuleiten.

Liebknecht lehrt uns anders urteilen. Als man ihm den Kampf vorhielt, den die liberale Bourgeoisie gegen die Reaktion führe, antwortete er damit, daß er untersuchte, *wie* sie gekämpft hat. Und er zeigte — in der vorliegenden Broschüre und in vielen anderen Artikeln —, daß die deutschen Liberalen (genauso wie unsere Kadetten) „die Freiheit verraten“, daß sie sich den „Junkern (Gutsbesitzern) und Pfaffen“ annähern, daß sie es nicht vermocht haben, in einer revolutionären Epoche revolutionär zu sein.

„Von dem Augenblicke an“, sagt Liebknecht, „wo das Proletariat als vom Bürgertum losgelöste und ihm interessenfeindliche Klasse auftritt, hört das Bürgertum auf, demokratisch zu sein.“

Unsere Opportunisten aber titulieren der Wahrheit zum Hohn die Kadetten (sogar in Resolutionen sozialdemokratischer Parteikonferenzen) als Demokraten, obwohl die Kadetten in ihrem Programm den Demokra-

tismus ablehnen, ein Oberhaus und dergleichen anerkennen, obwohl sie in der Reichsduma Zuchthausgesetze gegen die Versammlungsfreiheit beantragt und dagegen gekämpft haben, daß ohne Erlaubnis der Obrigkeit örtliche Bodenkomitees auf Grund allgemeiner, direkter, gleicher und geheimer Wahl gebildet werden!

Liebknecht hat es mit vollem Recht verurteilt, wenn man das Wort Revolution als hohle Phrase gebraucht. Wenn er von der Revolution sprach, glaubte er wirklich an sie, untersuchte er wirklich alle Fragen und alle taktischen Schritte nicht nur vom Standpunkt des Augenblicksinteresses, sondern auch vom Standpunkt der grundlegenden Interessen der ganzen Revolution. Liebknecht mußte ebenso wie die russischen revolutionären Sozialdemokraten schwere Zeiten des Übergangs vom unmittelbar revolutionären Kampf zur armseligen, schändlichen, niederträchtigen Schwarzhunderterkonstitution miterleben. Liebknecht hat es verstanden, sich diesen schweren Übergangszeiten anzupassen, hat es verstanden, auf jedem, selbst dem schlechtesten Boden für das Proletariat zu arbeiten. Aber er hat nicht frohlockt, wenn er, statt weiter gegen eine niederträchtige Konstitution zu kämpfen, auf dem Boden dieser Konstitution arbeiten mußte, hat nicht über jene gelächelt, die *alles* getan hatten, um das *Zustandekommen* einer solchen „Konstitution“ zu verhindern. „Vorsicht“ hat Liebknecht nicht darin gesehen, der niedergehenden (wenn auch nur zeitweilig niedergehenden) Revolution so schnell wie möglich einen Fußtritt zu versetzen, um sich so schnell wie möglich einer kümmerlichen Konstitution anzupassen. Nein, der alte Veteran der Revolution hat die „Vorsicht“ des proletarischen Führers darin erblickt, später als alle kleinmütigen und feigen Bourgeois dazu überzugehen, „Zugeständnisse“ an die Verhältnisse zu machen, die aus zeitweiligen Niederlagen der Revolution entstehen. „Die praktische Politik“, sagt Liebknecht, „zwang uns zu Zugeständnissen an Einrichtungen der Gesellschaft, in der wir leben; allein jeder Schritt weiter auf der Bahn des Zugeständnisses an die heutige Gesellschaftsordnung fiel uns schwer, wurde *nur mit Zögern* getan. Es ist darüber gespottet worden von diesem und jenem. *Allein der, welcher Furcht hat vor einem Schritt zur schiefen Ebene hin, ist jedenfalls ein zuverlässigerer Genosse als der, welcher die Schale des Spottes über die Zögernden ausgießt.*“

Prägt euch diese goldenen Worte ein, Genossen Arbeiter, die ihr die Wittesche Duma boykottiert habt. erinnert euch so oft wie möglich an

diese Worte, wenn sich jämmerliche Pedanten vor euch über den Boykott der Duma lustig machen und dabei vergessen, daß unter dem Banner des Boykotts der Bulyginschen Duma die erste (und bislang einzige — aber, wir sind überzeugt, nicht die letzte) Volksbewegung gegen solche Einrichtungen zur Entfaltung kam. Mögen die Verrat übenden Kadetten darauf stolz sein, daß sie sich als erste bereit gefunden haben, freiwillig vor den Gesetzen der Konterrevolution auf dem Bauche zu liegen. Das klassenbewußte Proletariat wird darauf stolz sein, daß es am längsten mit hocherhobenem Banner ausharrte und in den offenen Kampf zog, es wird darauf stolz sein, daß es erst unter schweren Schlägen im Kampfe unterlegen ist, daß es am längsten den Versuch gemacht hat, das Volk dazu aufgefordert hat, sich noch einmal zu erheben, in Massen vorwärtszustürmen und den Feind zu erdrosseln.

*

Kommen wir schließlich zur dritten und letzten der von uns genannten Fragen. Schädigen nicht die Wahlabkommen das, was uns besonders teuer ist: „die Reinheit der Grundsätze“ des Sozialdemokratismus? O weh! Auf diese Frage hat die russische politische Wirklichkeit bereits geantwortet, geantwortet mit Tatsachen, die den klassenbewußten Arbeitern die Schamröte ins Gesicht treiben.

Die Menschewiki haben in Resolutionen versichert, in Versammlungen hoch und heilig geschworen, daß sie sich nur auf technische Abkommen einlassen, daß sie den ideologischen Kampf gegen die Kadetten fortsetzen, daß sie um keinen Preis, um gar keinen Preis, auch nur um Haaresbreite von ihrem sozialdemokratischen Standpunkt, von ihren rein proletarischen Losungen abrücken werden.

Und was sehen wir? Kein anderer als Plechanow hat sich in das Vorzimmer der Kadettenzeitungen begeben, um dem Volke eine „mittlere“ Losung aufzutischen, eine Losung, die weder kadettisch noch sozialdemokratisch ist, die allen genehm ist und niemandem weh tut, die Losung „Machtvollkommene Duma“. Es tut nichts, daß diese Losung das Volk direkt betrügt, ihm Sand in die Augen streut — wenn nur ein Abkommen mit den liberalen Gutsbesitzern zustande kommt! Aber die Kadetten haben Plechanow mit Verachtung davongejagt, die Sozialdemokraten haben sich von ihm abgewandt, die einen betroffen, die anderen voll Ent-

rüstung. Jetzt ist er allein geblieben und entläßt seinen Zorn: die Bolschewiki schilt er wegen „Blanquismus“, die Publizisten des „Towarischtsch“ wegen „Unbescheidenheit“, die Menschewiki wegen undiplomatischen Verhaltens, er schilt alle, nur sich selbst nicht! Armer Plechanow! Wie grausam haben sich an ihm die offenen und klaren, stolzen und entschiedenen Worte Liebknechts bewahrheitet, daß Abkommen grundsätzlich Schaden bringen!

„Genosse“ Wassiljew aber (der sich ebenfalls von der Schweizer Küche aus die Revolution anschaut) hat im „Towarischtsch“ (vom 17. Dezember) unter direkter Berufung auf Plechanow vorgeschlagen, die Sozialdemokratische Partei ganz einfach aufzulösen und sich zeitweilig — nur zeitweilig! — mit den Liberalen zu verschmelzen. Ja, nicht von ungefähr hat Liebknecht gesagt, daß auch bei ihnen in der Partei wohl kaum jemand „von den Parteigrundsätzen“ abweichen wollte. Es kommt nicht auf das Wollen an, sondern darauf, wohin *die Logik der Dinge* die Partei infolge eines falschen Schrittes führt. Auch Plechanow wollte das Allerbeste: friedlich und schiedlich mit den Kadetten gegen die Schwarzhundertergefahr — herausgekommen ist dabei für die Sozialdemokratie nur Schimpf und Schande.

Genossen Arbeiter! Lest die Broschüre Wilhelm Liebknechts aufmerksam durch und seht euch genau die Leute an, die euch dazu raten, für das Proletariat und für die Sache der Freiheit verhängnisvolle Abkommen mit den Kadetten einzugehen!

N. Lenin

Dezember 1906

Veröffentlicht 1907 in der Broschüre:
W. Liebknecht, „Kein Kompromiß,
kein Wahlbündnis!“, Verlag
„Nowaja Duma“ (Neue Duma).

Nach dem Text der Broschüre.

VORWORT ZUR RUSSISCHEN AUSGABE
DER BROSCHÜRE: K. KAUTSKY,
„TRIEBKÄRFTEN UND AUSSICHTEN DER RUSSISCHEN
REVOLUTION“

Die fortgeschrittenen russischen Arbeiter kennen K. Kautsky seit langem als *ihren* Schriftsteller, der die theoretische Lehre des revolutionären Marxismus nicht nur zu begründen und zu erklären, sondern auch mit Sachkenntnis und bei gründlicher Analyse der Tatsachen auf die komplizierten und verworrenen Fragen der russischen Revolution anzuwenden versteht. Und jetzt, wo die Aufmerksamkeit der Sozialdemokraten manchmal fast vollständig von dem geistlosen Wortgeprassel der liberalen Kasperle und ihrer freiwilligen und unfreiwilligen Nachbeter in Anspruch genommen wird, wo die grundsätzlichen Fragen des proletarischen Klassenkampfes für viele durch die Kleinlichkeiten der „parlamentarischen“ Technik verdunkelt werden, wo Mißmut auf Schritt und Tritt sogar anständige Leute ergreift und ihre geistigen und politischen Fähigkeiten beeinträchtigt — jetzt ist es für alle Sozialdemokraten Rußlands ganz besonders wichtig, aufmerksam auf Kautskys Meinung über die Grundfragen der russischen Revolution zu hören. Und dabei kommt es nicht einmal so sehr darauf an, Kautskys Meinung zu hören, als vielmehr, sich in seine Fragestellung hineinzudenken — denn Kautsky ist nicht so leichtsinnig, um über ihm wenig bekannte konkrete Fragen der russischen Taktik zu schwatzen, und in den russischen Dingen nicht so unerfahren, um sich mit Gemeinplätzen oder kritikloser Wiederholung des letzten Modeschreis zu begnügen.

Kautsky beantwortet Fragen, mit denen sich Plechanow an eine Reihe ausländischer Sozialisten gewandt hat. Und bei der Beantwortung dieser Fragen oder, richtiger gesagt, indem er aus diesen unklug gestellten Fragen das herauschält, worüber sich Sozialisten aller Länder mit Nutzen

für die Sache unterhalten können, macht Kautsky zunächst einen bescheidenen Vorbehalt: „...so fühle ich mich doch den russischen Genossen gegenüber in der Stellung des *Lernenden*, wenn es sich um russische Dinge handelt.“ Diese Bescheidenheit ist nicht das verlogene Bescheidenseinwollen eines „Generals“ der Sozialdemokratie, der sich zuerst wie ein Spießbürger ziert, um sich schließlich wie ein Bourbone zu gebärden. Nein, Kautsky hat sich *in der Tat* nur darauf beschränkt, solche Fragen zu beantworten, durch deren Behandlung er den denkenden Sozialdemokraten Rußlands helfen kann, die konkreten Aufgaben und Losungen des Tages selbständig zu untersuchen. Kautsky lehnt es ab, den General zu spielen, der kommandiert: rechts um oder links um! Er zieht es vor, weiter als fernstehender, dafür aber ernsthaft denkender Genosse aufzutreten, der zeigt, auf welche Art und Weise wir uns selbst eine Antwort suchen müssen.

Plechanow hat Kautsky erstens über den „allgemeinen Charakter“ der russischen Revolution befragt: ist sie eine bürgerliche oder eine sozialistische? Die zweite Frage betrifft die Stellung der Sozialdemokratie zur bürgerlichen Demokratie. Die dritte die Unterstützung oppositioneller Parteien durch die Sozialdemokratische Partei bei den Dumawahlen.

Auf den ersten Blick scheint dies sehr „fein“ eingefädelt zu sein. Aber nicht umsonst lautet das Sprichwort: „Die feinsten Fäden reißen am leichtesten.“ Der Witz ist der, daß jeder einigermaßen mit den Tatsachen vertraute und aufmerksame Mensch in diesen Fragen sofort einen feinen ... *Trick* erkennt. Erstens ist es ein Trick in dem Sinne, daß wir es hier mit einem Musterbeispiel von Metaphysik zu tun haben, gegen die Plechanow hochtrabend zu deklamieren liebt, ohne es zu verstehen, sie aus seinen eigenen konkret geschichtlichen Betrachtungen auszumerzen. Zweitens ist es ein Trick in dem Sinne, daß der Befragte künstlich in eine enge, eine geradezu kümmerlich enge Umzäunung hineinmanövriert wird. Nur bei völliger, man kann wohl sagen jungfräulicher Unschuld in den Fragen der Politik kann man übersehen, daß Plechanow absichtlich weit ausholt, um den Befragten ganz sachte in eine Rechtfertigung der ... Blocks mit den Kadetten hineinzumanövrieren!

Einen naiven Gesprächspartner in eine Rechtfertigung von Blocks mit einer bestimmten Partei hineinmanövrieren, ohne diese Partei zu nennen; von der revolutionären Bewegung reden, ohne zu unterscheiden zwischen

der revolutionären und der oppositionellen bürgerlichen Demokratie; andeuten, daß die Bourgeoisie *auf ihre Weise*, d. h. anders als das Proletariat, „kämpft“, ohne klar und deutlich zu sagen, worin in Wirklichkeit hierbei der Unterschied besteht; mit dem Köder der Amsterdamer Resolution, die dazu dienen soll, dem Ausländer den wirklichen Inhalt der Streitfragen der russischen Sozialdemokratie zu *verbergen*, den Gesprächspartner wie eine junge Dohle einfangen zu wollen; konkrete Thesen über eine bestimmte Taktik in einem bestimmten Fall, über die Stellung zu den verschiedenen Parteien der bürgerlichen Demokratie, aus der allgemeinen *Phrase*, aus dem „allgemeinen Charakter“ der Revolution ableiten, anstatt diesen „allgemeinen Charakter der russischen Revolution“ aus der genauen Analyse der konkreten Interessen und der Lage der verschiedenen Klassen in der russischen Revolution abzuleiten — ist das nicht ein Trick? Ist das nicht ein offener Hohn auf den dialektischen Materialismus von Marx?

Ja, ja, nein, nein; was drüber ist, das ist vom Übel! Entweder bürgerliche oder sozialistische Revolution, den Rest kann man aus der grundsätzlichen „Lösung“ mittels einfacher Syllogismen „ableiten“!

Es ist das große Verdienst Kautskys, daß er bei der Beantwortung solcher Fragen sofort verstanden hat, worum es sich handelt und welchen Fehler schon die Formulierung der Fragen selbst in sich birgt. Kautsky hat die Plechanowschen Fragen *eigentlich dadurch* beantwortet, daß er die Plechanowsche Fragestellung *beiseite geschoben* hat! Kautsky hat Plechanow dadurch geantwortet, daß er die Plechanowsche Fragestellung *korrigiert* hat. Kautskys Kritik an der Plechanowschen Fragestellung ist dabei um so vernichtender ausgefallen, je milder und vorsichtiger er den Initiator der Enquete korrigiert hat. „Wir tun gut, uns mit dem Gedanken vertraut zu machen“, schreibt Kautsky, „daß wir da völlig neuen Situationen und Problemen entgegengehen, auf die keine bisherige Schablone paßt.“

Das trifft genau den Kern dessen, was gegen die Plechanowsche Fragestellung: Haben wir es, nach dem allgemeinen Charakter der Revolution zu urteilen, mit einer bürgerlichen oder einer sozialistischen Revolution zu tun? — zu sagen ist. Das ist eine alte Schablone, sagt Kautsky. Man darf die Frage nicht so stellen. Das ist nicht marxistisch. Die Revolution in Rußland ist keine bürgerliche, denn die Bourgeoisie gehört nicht zu den Triebkräften der heutigen revolutionären Bewegung Rußlands. Die Revo-

lution in Rußland ist aber auch keine sozialistische, denn sie kann das Proletariat *auf keinen Fall* zur *Alleinherrschaft* oder zur Diktatur bringen. Die Sozialdemokratie kann in der russischen Revolution siegen und *muß* nach diesem Sieg streben. Der Sieg der jetzigen Revolution aber kann nicht der Sieg nur des Proletariats ohne Hilfe anderer Klassen sein. Welche Klasse ist nun kraft der objektiven Bedingungen der jetzigen Revolution der Bundesgenosse des Proletariats? *Die Bauernschaft*: „Eine solide Interessengemeinschaft für die ganze Zeit des revolutionären Kampfes besteht aber nur zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft.“

Alle diese Thesen Kautskys bestätigen aufs glänzendste die Richtigkeit der Taktik des revolutionären Flügels der russischen Sozialdemokratie, d. h. der Taktik der Bolschewiki. Diese Bestätigung ist um so wertvoller, als Kautsky alle konkreten und praktischen Fragen beiseite schiebt und seine ganze Aufmerksamkeit auf eine systematische Darstellung der *allgemeinen Grundlagen* der sozialistischen Taktik in unserer Revolution konzentriert. Er zeigt, daß Plechanows abgegriffene Argumentationsmethode: „die Revolution ist eine bürgerliche Revolution — wir müssen die Bourgeoisie unterstützen“ mit dem Marxismus nichts gemein hat. Er hat somit den Grundfehler unseres sozialdemokratischen Opportunismus, d. h. des Menschewismus — einen Fehler, den die Bolschewiki bereits seit Anfang 1905 bekämpfen —, als einen solchen bestätigt.

Ferner hat die Analyse Kautskys, der nicht von allgemeinen Phrasen, sondern von einer Untersuchung der Lage und der Interessen bestimmter Klassen ausgeht, die Schlußfolgerung bestätigt, die unsere Kadettennachbeter als „taktlos“ empfunden haben: die Bourgeoisie fürchtet in Rußland die Revolution mehr als die Reaktion, sie haßt den Absolutismus, weil sie in ihm die Grundursache der Revolution sieht, sie will die politische Freiheit, um der Revolution Einhalt zu gebieten. Man vergleiche das mit dem naiven Glauben an die Kadetten bei unserm Plechanow, der in seinen Fragen den Kampf der Opposition gegen das alte Regime unversehens gleichgesetzt hat mit dem Kampf gegen die Versuche der Regierung, die revolutionäre Bewegung zu zerschlagen! Zum Unterschied von den schablonenhaften Ansichten der Menschewiki über die „bürgerliche Demokratie“ hat Kautsky die revolutionären und die nichtrevolutionären Elemente der bürgerlichen Demokratie aufgezeigt, hat er den Bankrott des Liberalismus, die Unvermeidlichkeit einer Rechtsschwenkung der Liberalen auf-

gezeigt, die um so rascher erfolgt, je selbständiger und bewußter die Bauernschaft wird. Die bürgerliche Revolution, die vom Proletariat und der Bauernschaft trotz der Unbeständigkeit der Bourgeoisie vollbracht wird — diese Grundthese der bolschewistischen Taktik hat Kautsky restlos bestätigt.

Kautsky zeigt, daß im Fortgang der Revolution der Sieg sehr wohl der Sozialdemokratischen Partei zufallen kann und daß diese Partei ihre Anhänger mit Siegeszuversicht erfüllen *muß*. Die menschwistische Furcht vor dem Sieg der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Revolution wird wiederum durch Kautskys Schlußfolgerung vollständig widerlegt. Und Plechanows lächerliche Anstrengungen, die Aufgaben unserer Revolution „der Amsterdamer Resolution anzupassen“, wirken gegenüber Kautskys klarem und einfachem Satz: „Man kann nicht erfolgreich kämpfen, wenn man von vornherein auf den Sieg verzichtet“, ganz besonders komisch.

Noch deutlicher tritt der grundlegende Unterschied zwischen den *Methoden* Kautskys und den Methoden des Führers unserer heutigen Opportunisten, Plechanows, hervor, wenn wir bei ersterem lesen: annehmen, daß „alle jene Klassen und Parteien, die die politische Freiheit anstreben, einfach zusammenzuwirken hätten, um sie zu erringen“, heißt „*nur die politische Oberfläche in Betracht ziehen*“. Das klingt, als ob Kautsky eben die ehrenwerte Gesellschaft von Sozialdemokraten im Auge gehabt habe, die zu den Liberalen übergelaufen sind, die Portugalow, Prokopowitsch, Kuskowa, Bogutscharski, Isgojew, Struve u. a., die ja gerade den Fehler begehen, auf den Kautsky hinweist (wobei sich Plechanow in ihrem Schlepptau befindet). Der Umstand, daß Kautsky die Schriften dieser Herrschaften nicht kennt, verstärkt nur die Bedeutung seiner *theoretischen* Schlußfolgerung.

Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, daß Kautsky die grundlegenden Thesen *aller* russischen Sozialdemokraten — der *nichtsozialistische* Charakter der Bauernbewegung, die Unmöglichkeit der Entstehung des Sozialismus aus der bäuerlichen Kleinproduktion usw. — *vollkommen* teilt. Für die Sozialrevolutionäre, die gern versichern, daß sie „ebenfalls mit Marx einverstanden sind“, wird es sehr lehrreich sein, über diese Worte Kautskys nachzudenken.

Zum Schluß einige Worte über die „Autoritäten“. Die Marxisten können nicht auf dem üblichen Standpunkt des radikalen Intellektuellen

stehen, der scheinrevolutionär verallgemeinernd erklärt: „Keine Autoritäten“.

Nein. Die Arbeiterklasse, die in der ganzen Welt einen schweren und hartnäckigen Kampf für die volle Befreiung führt, braucht Autoritäten, aber selbstverständlich nur in dem Sinne, in dem junge Arbeiter der Erfahrung alter *Kämpfer* gegen Unterdrückung und Ausbeutung bedürfen, der Kämpfer, die in vielen Streiks gestanden und an einer Reihe Revolutionen teilgenommen haben, die sich revolutionäre Traditionen angeeignet und einen breiten politischen Gesichtskreis erworben haben. Die Autorität des internationalen Kampfes des Proletariats brauchen die Proletarier eines jeden Landes. Die Autorität der Theoretiker der internationalen Sozialdemokratie brauchen wir, um uns klarzuwerden über Programm und Taktik unserer Partei. Aber diese Autorität hat natürlich nichts mit den offiziellen Autoritäten der bürgerlichen Wissenschaft und der Politik des Polizeiregimes gemein. Diese Autorität ist die Autorität eines vielseitigeren Kampfes in denselben Reihen der internationalen sozialistischen Armee. So wichtig diese Autorität für die Erweiterung des Gesichtskreises der Kämpfer ist, so unzulässig wäre es in einer Arbeiterpartei, darauf Anspruch zu erheben, praktische und konkrete Fragen der Tagespolitik von außerhalb, von weit her entscheiden zu wollen. Der Kollektivgeist der fortgeschrittenen, klassenbewußten Arbeiter jedes einzelnen Landes, die unmittelbar den Kampf führen, wird stets die größte Autorität in allen diesen Fragen sein.

Das ist unsere Ansicht darüber, welche Autorität den Meinungen Kautskys und Plechanows zukommt. Die theoretischen Arbeiten des letzteren, hauptsächlich die Kritik an den Volkstümlern und den Opportunisten, sind eine bleibende Errungenschaft der Sozialdemokratie ganz Rußlands, und kein „Fraktionsgeist“ wird einen Menschen, der auch nur über ein ganz klein wenig „physische Geisteskraft“ verfügt, so sehr verblenden können, daß er die große Bedeutung dieser Errungenschaften vergißt oder leugnet. Aber als politischer Führer der russischen Sozialdemokraten in der bürgerlichen Revolution Rußlands; als Taktiker hält Plechanow keinerlei Kritik stand. Er hat auf diesem Gebiet einen Opportunismus bekundet, der den russischen sozialdemokratischen Arbeitern hundertmal mehr geschadet hat als der Opportunismus Bernsteins den deutschen Arbeitern. Und gegen diese kadettenähnliche Politik Plechanows, der in die

Arme der Herren Prokopowitsch und Co. zurückgekehrt ist, die er in den Jahren 1899/1900 aus der Sozialdemokratischen Partei hinausgeworfen hat, müssen wir den rücksichtslosesten Kampf führen.

Daß dieser taktische Opportunismus Plechanows die Grundlagen der marxistischen Methode gänzlich verleugnet, wird der Leser am besten aus der *Methode der Argumentation* Kautskys in dem hier vorgelegten Artikel ersehen.

Geschrieben im Dezember 1906.

*Veröffentlicht 1907 in der Broschüre:
K. Kautsky, „Triebkräfte und
Aussichten der russischen Revolution“,
Verlag „Nowaja Epocha“
(Die neue Epoche).*

Nach dem Text der Broschüre.

WIE STEHEN DIE BÜRGERLICHEN PARTEIEN UND DIE ARBEITERPARTEI ZU DEN DUMAWÄHLEN?

Die Zeitungen sind voll von Nachrichten über die Vorbereitungen zu den Wahlen. Fast jeden Tag hören wir bald von einer neuen „Erläuterung“ der Regierung, die eine Kategorie von unzuverlässigen Bürgern nach der anderen aus den Wählerlisten streicht, bald von neuen Verfolgungen, Versammlungsverboten, Zeitungsverboten, Verhaftungen mutmaßlicher Wahlmänner und Kandidaten. Die Schwarzhunderter haben ihr Haupt erhoben. Sie heulen und hetzen frecher denn je.

Auch die der Regierung nicht genehmen Parteien rüsten zu den Wahlen. Diese Parteien sind – und zwar mit vollem Recht – überzeugt, daß die *Masse* der Wähler ein gewichtiges Wort sprechen und durch die Wahlen ihre wirkliche Meinung zum Ausdruck bringen wird – ungeachtet aller Machenschaften und Schikanen, aller kleinen und großen Behinderungen, denen die Wähler ausgesetzt sind. Diese Überzeugung beruht darauf, daß die wütendsten Verfolgungen und die unerträglichsten Schikanen höchstens Hunderte, Tausende, sagen wir auch Zehntausende von Wählern in ganz Rußland ausschalten werden. Die Stimmung der *Massen* und ihre Stellung zur Regierung aber wird sich deshalb nicht ändern. Man kann beispielsweise in Petersburg 10000–20000 Wähler aus den Wählerlisten streichen, aber die Masse der 150000 hauptstädtischen Wähler wird hierdurch nur enger zusammengedrängt, besinnt sich auf sich selbst, hält sich zurück, verstummt auf eine gewisse Zeit, verschwindet aber nicht und ändert nicht ihre Stimmung; wenn sie diese aber ändert, so natürlich nicht zugunsten der Regierung. Solange daher das Wahlgesetz nicht von Grund aus geändert ist, solange nicht die letzten Reste der Wahllegalität vollends

zertreten sind (das kann noch durch eine systematische Verhaftung der Wahlmänner geschehen: von Stolypin muß man das Schlimmste erwarten!), solange bleibt unzweifelhaft, daß die Stimmung der Massen das Wahlergebnis entscheiden wird — und natürlich nicht zugunsten der Regierung und ihrer Schwarzhunderter.

Alle, die nicht auf seiten der Regierung stehen, hoffen auf die Wählermassen. Untersucht man aber näher, was eigentlich diese Hoffnung auf die Massen beinhaltet, wie sich die einen oder die anderen Parteien zur Masse verhalten, so wird man gewahr werden, daß zwischen den bürgerlichen Parteien und der Partei des Proletariats eine abgrundtiefe Kluft besteht.

Die Kadetten stehen an der Spitze der bürgerlich-liberalen Parteien. Bei den Wahlen zur ersten Duma haben sie an der Sache des Kampfes schändlichen Verrat geübt, haben den Boykott abgelehnt, sind selbst gehorsam zu den Wahlen gegangen und haben die unaufgeklärte Masse hinter sich hergezogen. Jetzt hoffen sie auf die Trägheit dieser Masse, auf die Behinderungen der Agitation und der Wahlkampagne der linken Parteien. Die Hoffnung, die die Kadetten auf die Masse setzen, ist eine Hoffnung auf die Unaufgeklärtheit und Verschüchterung der Masse: die Masse, meinen sie, wird sich in unserem Programm und unserer Taktik nicht zurechtfinden, wird nicht weitergehen als bis zu einem friedlichen und legalen, ganz friedlichen und ganz schüchternen Protest — nicht, weil sie das nicht möchte, sondern weil man es nicht zulassen wird. Die Massen werden für uns stimmen, denn die Linken haben weder Zeitungen noch Versammlungen noch Flugblätter noch Garantien gegen willkürliche Verhaftungen und Verfolgungen — so denkt der Kadett. Und er erhebt stolz seine Augen gen Himmel: Ich danke dir, Gott, daß ich nicht bin wie jene „Extremen“! Ich bin kein Revolutionär, ich werde mich anzupassen, mich aufs ergebenste und untertänigste beliebigen Maßregeln anzupassen verstehen, ich werde mir sogar Wahlzettel* von den friedlichen Erneuerern beschaffen.

Die gesamte Wahlkampagne der Kadetten ist daher darauf gerichtet, die Massen mit der Schwarzhundertergefahr einzuschüchtern, sie einzuschüchtern durch den Hinweis auf die Gefahr, die von den Parteien der

* Siehe den vorliegenden Band, S. 385/386. *Die Red.*

extremen Linken drohe, dem Spießertum, der Feigheit und der Schlappheit des Kleinbürgers zu willfahren, ihn zu überzeugen, daß die Kadetten die ungefährlichste, bescheidenste, gemäßigtste und anständigste Partei seien. Du bist erschrocken, Spießbürger? fragen jeden Tag die Kadettenzeitungen den Leser. — Verlaß dich auf uns! Wir werden dir keinen Schrecken einjagen, wir sind gegen Gewalttätigkeiten, wir sind der Regierung ergeben, verlaß dich nur auf uns, und wir werden „nach Maßgabe des Möglichen“ alles für dich tun! Hinter dem Rücken der eingeschüchterten Spießbürger aber lassen die Kadetten alle ihre Künste spielen, um die Regierung von ihrer Loyalität, die Linken von ihrer Freiheitsliebe, die friedlichen Erneuerer von ihrer Sympathie für ihre Partei und ihre Wahlzettel zu überzeugen.

Keine Aufklärung der Massen, keine Agitation, die die Massen mobilisiert, keine Erläuterung konsequent demokratischer Losungen, aber Mandatsschacher hinter dem Rücken des eingeschüchterten Spießbürgers — das ist die Wahlkampagne aller Parteien der liberalen Bourgeoisie, von den Parteilosen (vom „Towarischtsch“) bis zur Partei demokratischer Reformen.

Die Stellung der Arbeiterpartei zur Masse ist dem direkt entgegengesetzt. Nicht darauf kommt es uns an, uns durch Kuhhandel ein paar Sitze in der Duma zu sichern. Im Gegenteil, diese Sitze sind nur deshalb und nur insoweit von Wichtigkeit, als sie dazu dienen können, das Bewußtsein der Massen zu entwickeln, ihr politisches Niveau zu *heben* und sie zu *organisieren* — nicht um spießbürgerlicher Wohlfahrt willen, nicht um der „Ruhe“, der „Ordnung“ und des „friedlichen (bürgerlichen) Wohlstands“, sondern um des *Kampfes* willen, des Kampfes für die völlige Befreiung der Arbeit von jeder Ausbeutung und Unterdrückung. Nur deshalb und nur insoweit sind die Sitze in der Duma und die *ganze* Wahlkampagne für uns von Wichtigkeit. Die Arbeiterpartei setzt alle ihre Hoffnungen auf die Masse, aber nicht auf die eingeschüchterte, sich passiv unterordnende Masse, die ergeben ihr Joch trägt, sondern auf die bewußte, fordernde, kämpfende Masse. Mit Verachtung muß die Arbeiterpartei die übliche liberale Methode zurückweisen: den Spießbürger mit dem Gespenst der Schwarzhundertergefahr einzuschüchtern. Die ganze Aufgabe der Sozialdemokraten besteht darin, den Massen zum *Bewußtsein* zu bringen, worin die wirkliche Gefahr und worin die wirkliche

Kampfaufgabe jener Kräfte besteht, die nicht in der Duma wurzeln, nicht in den Dumadebatten vollen Ausdruck finden und nicht in der Duma die Frage der Zukunft Rußlands lösen werden.

Die Arbeiterpartei warnt daher die Massen vor den Wahlmachten, die die Kadettenbourgeoisie hinter den Kulissen betreibt, sie warnt vor ihrem das Bewußtsein lähmenden Geschrei: Vertraut uns, den Advokaten, Professoren und aufgeklärten Gutsbesitzern, den Kampf gegen die Schwarzhundertergefahr an!

Vertraut nur eurem sozialistischen Bewußtsein und eurer sozialistischen Organisation — erklärt die Arbeiterpartei den Massen. Den Vorrang im Kampf und das Recht auf die Führung den liberalen Bourgeois anvertrauen heißt die Sache der Freiheit für Phrasengeklingel, für den Firlefnaz modischer und greller Aushängeschilder preisgeben. Keine wie immer geartete Schwarzhundertergefahr in der Duma wird solchen Schaden anrichten wie die Demoralisierung des Bewußtseins der Massen, die der liberalen Bourgeoisie, ihren Losungen, ihren Kandidatenlisten und ihrer Politik blinden Glauben schenken.

Unter den Massen, an die sich die Arbeiterpartei wendet, überwiegen zahlenmäßig die Bauern und alle möglichen Schichten des Kleinbürgertums. Sie sind entschlossener als die Kadetten, ehrlicher als sie und tausendmal kampffähiger, in der Politik aber lassen sie sich zu häufig von den kadettischen Schwätzern am Gängelband führen. Sie schwanken auch heute zwischen dem kämpfenden Proletariat und der kompromißlerischen Bourgeoisie.

Die Propagandisten von Blocks mit den Kadetten schaden nicht nur dem Proletariat und der ganzen Sache der Freiheit, sie schaden auch der Entwicklung des Bewußtseins der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Armut. Sie erfüllen nicht ihre unmittelbare Pflicht: diese vom Einfluß der liberalen Bourgeoisie zu befreien. Schaut euch die Trudowiki, die „Volkssozialisten“ und die Sozialrevolutionäre an. Sie schwanken und beschäftigen sich gleichfalls vorwiegend mit Projekten von Abmachungen mit den Kadetten. Die Führer der Trudowiki, die es nicht fertiggebracht haben, eine eigene Partei zu gründen, verzehnfachen ihre in der Duma gemachten Fehler, indem sie die Massen auffordern, für die Kadetten zu stimmen (Anikin in Zeitungsinterviews, Shilkin im „Towarischtsch“ usw.). Das ist direkter Verrat am Kampf der Bauernschaft, eine direkte Auslieferung

des Bauern an den liberalen Gutsbesitzer, der die Bauern durch die Ablösung auf Grund einer „gerechten“ Abschätzung ebenso ausplündern wird, wie seine Vorfahren den Bauern im Jahre 1861 ausgeplündert haben. Und die „Volkssozialisten“? Sie werden sogar von den Kadetten spöttisch als „Kadetten des zweiten Aufgebots“ bezeichnet (Miljukow in der „Retsch“). Ihre Führer (Annenski u. a.) rufen gleichfalls zu Blocks mit den Kadetten auf. Ihre Zwergpartei (die nach Angaben des ihnen wohlwollenden „Towarischtsch“ schwächer ist als selbst die Partei der friedlichen Ausplünderung—insgesamt etwa 2000 Mitglieder in ganz Rußland!) ist nicht mehr als ein Anhängsel der Kadetten. Auch die Sozialrevolutionäre nehmen eine zweideutige Haltung ein: sowohl in der Oktoberperiode als auch in der Zeit der ersten Duma suchten sie die Tatsache der Abspaltung der Volkssozialisten zu verbergen, gingen mit ihnen zusammen, gaben ein und dieselben Zeitungen heraus. Heute führen sie keinerlei offenen und selbständigen Kampf, wenden sich nicht genügend umfassend, offen und scharf gegen die „Kadetten des zweiten Aufgebots“, liefern den Massen kein erschöpfendes Material für die Kritik an dieser Partei und enthalten sich jeder prinzipiellen Bewertung der ganzen Wahlkampagne und der Wahlabkommen überhaupt.

Die große geschichtliche Pflicht der Arbeiterpartei ist es, die Schaffung einer *selbständigen* politischen Partei der Arbeiterklasse zu fördern. Diese Sache schädigt, wer Blocks mit den Kadetten propagiert.

Die zweite große Pflicht ist es, die Massen der ausgepöbelten, notleidenden und zugrunde gehenden Kleinbürger und Bauern von dem Einfluß der Ideen und der Vorurteile der liberalen Bourgeoisie zu befreien. Diese Sache schädigt ebenfalls, wer Blocks mit den Kadetten propagiert. Solche Leute reißen nicht den Bauern von dem Liberalen los, sondern festigen diese widernatürliche, für die Sache der Freiheit und für die Sache des Proletariats verhängnisvolle Verbindung. Sie warnen nicht die bäuerlichen Massen vor der hinter den Kulissen betriebenen Politik der Liberalen (oder, richtiger, vor dem Politikastertum mit seinem Schacher um die Dumasitze), sondern sanktionieren dieses Politikastertum durch die eigene Beteiligung.

Nieder mit allen Blocks! Die Arbeiterpartei muß in ihrer Wahlkampagne in der Tat und nicht nur in Worten selbständig sein. Sie muß dem ganzen Volk und besonders der ganzen proletarischen Masse das Beispiel

einer grundsätzlichen, standhaften und mutigen Kritik geben. So und nur so werden wir die Massen für die wirkliche Teilnahme am Kampf um die Freiheit gewinnen und nicht für den Kasperleliberalismus der kadettischen Verräter an der Sache der Freiheit.

*Veröffentlicht am 31. Dezember 1906 in
der Wochenschrift „Ternii Truda“ Nr. 2.*

*Nach dem Text der
„Ternii Truda“.*

PLECHANOW UND WASSILJEW

Das Verhalten, das die menschowistische sozialdemokratische Presse gegenüber den bekannten herostratischen Äußerungen Plechanows im „Towarischtsch“ an den Tag legt, verdient die Aufmerksamkeit der ganzen Partei der Arbeiterklasse. Der prominenteste Vertreter der menschowistischen Richtung, der Führer der Menschewiki, wie ihn offen und ständig alle liberalen Zeitungen nennen, tritt öffentlich mit dem Vorschlag einer *gemeinsamen Plattform* von Sozialdemokraten und Kadetten hervor.

Und die Menschewiki schweigen!

Als hätten sie keine Zeitungen, keine Zeitschriften, keine Mitteilungsblätter, keine Körperschaften, keine Kollegien, keine einzige Parteiorganisation. Als ginge es sie nichts an, was vor ganz Rußland *ihr* Führer über *ihre* Politik spricht...

Wir alle aber wissen sehr gut, daß die Menschewiki sowohl Organisationen — sogar solch einflußreiche Körperschaften wie das ZK — als auch alle möglichen Presseorgane haben. Deshalb beweist ihr Schweigen ein übriges Mal die ganze Verlogenheit ihrer Stellung. Nur die Bundisten heben sich von der menschowistischen Masse ab. Sie haben sich in ihrer den Russen leider fast unbekanntem „Volkszeitung“ gegen die Losung „Machtvollkommene Duma“ gewandt. Sie haben Plechanow auch in ihrer in russischer Sprache erscheinenden Zeitschrift „Nascha Tribuna“ verspottet. Sie haben dadurch wenigstens bewiesen, daß sie den Mut zu einer eigenen Meinung haben, daß sie den Mut haben, in der Tat, und nicht nur in Worten, zu *ihrer* Parteiorganisation zu stehen, die *verpflichtet* ist, klar und offen zu allen politischen Fragen Stellung zu nehmen, die *verpflichtet* ist, ihre politische Verantwortung vor dem Proletariat über persönliche Freundschaft, Gevatterschaft und Personenverehrung zu stellen...*

* Wir haben soeben erst einen Auszug aus dem georgischen sozialdemokratischen Organ der Tifliser *Menschewiki*, dem „Zin“ („Vorwärts“) vom 8. De-

Was für eine empörende Erscheinung in einer Arbeiterpartei! Die in der Partei überwiegende Richtung, die das ZK in ihren Händen hat, wagt es nicht, über die Fehler *eines* ihrer Mitglieder zu sprechen. In allen Versammlungen, bei jeder Auseinandersetzung vor den Arbeitern, bei jeder Diskussion mit den Bolschewiki versichern die Menschewiki hoch und heilig, daß sie mit Plechanow nicht einverstanden seien. In der Presse aber schweigen sie: keine einzige *offizielle* Erklärung auch nur irgendeiner Parteizelle. Was soll das heißen? Im stillen abrücken und durch offizielles Schweigen bestätigen? Hinter dem Rücken schimpfen und in Gegenwart des ... Herrn schweigen. So handeln nur ... ratet selbst, Verehrteste, wer so handelt!

Den Arbeitern aber und der gesamten Partei sagen wir: Man darf nicht politischen Führern trauen, die mitsamt all ihren Kollegien von der Bildfläche verschwinden, sobald nur irgend jemand einen Husarenritt unternimmt. Man darf ihnen nicht trauen. Bei jeder definitiven Entscheidung werden alle diese „Führer“ *nicht so* handeln, wie sie reden, sondern so, wie ein anderer *für sie* redet.

Nebenbei. Das Verhalten Plechanows und der Menschewiki bei diesem Zwischenfall ist eine gute Illustration zu dem landläufigen Gerede über den intelligenzlerischen Charakter unserer Partei. Ja, der Einfluß, den bei uns die nichtproletarischen Intellektuellen auf das Proletariat haben, ist übermäßig groß, das ist richtig. Wenn dem nicht so wäre, könnte dann zember erhalten. Die Tifliser Menschewiki treten Plechanow entschieden entgegen und erklären, daß seine Argumente für die Losung „Machtvollkommene Duma“ falsch seien, daß die Sozialdemokraten unter dieser Losung *nicht* die konstituierende Versammlung verstehen können. Die Losung „Machtvollkommene Duma“, schreiben sie, „würde eine Verstümmelung unseres Programms bedeuten“. Weiter wird nachgewiesen, daß auch für die Kadetten diese Losung nicht annehmbar ist und daß überhaupt von einer gemeinsamen Plattform von Sozialdemokraten und Kadetten keine Rede sein kann. Eine gemeinsame Plattform „heißt der Selbständigkeit unserer Partei die Flügel stutzen, den Unterschied in den Anschauungen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien vertuschen“.

Richtig, Genossen Menschewiki von Tiflis! Mit Vergnügen stellen wir fest, daß sich im Gegensatz zum ZK und zur Mehrheit der russischen Menschewiki die Bundisten und die Kaukasier nicht ihrer Pflicht entzogen haben, die Auffassung Plechanows und sein ganzes Auftreten offen als Fehler zu bezeichnen.

eine proletarische Partei auch nur eine Woche lang die Streiche Plechanows und das Verhalten der Menschewiki zu diesen Streichen dulden? Wie anschaulich offenbart sich hier der wahre Sinn des Geredes über den *parteilosen* Arbeiterkongreß. Träte an die Stelle unserer Partei eine legale Arbeiterpartei (einfach Arbeiterpartei, nicht sozialdemokratische Arbeiterpartei) — wie es Larin und die Publizisten des „Nasche Delo“ und der „Sowremennaja Shisn“ wünschen —, ja, dann würden einem Auftreten wie dem Plechanows Tür und Tor geöffnet sein. Schreibe in beliebigen Zeitungen, gehe beliebige literarische oder allgemein politische Blocks, mit wem du willst, ein, schlage in deinem eigenen Namen, ohne auf irgendeine Parteiorganisation Rücksicht zu nehmen, *deine eigenen* Losungen vor! Volle Freiheit für die individualistische Natur des Intellektuellen bei vollständiger organisatorischer Formlosigkeit der parteilosen Arbeitermasse. Ist das nicht das Ideal des alten „Credos“* Prokopowitschs (wegen dessen wir 1899/1900 gemeinsam mit Plechanow über Prokopowitsch hergefallen sind und ihn samt all seinen Getreuen aus der Sozialdemokratischen Partei hinausgeworfen haben)? Das „Credo“ — diese Quintessenz des sozialdemokratischen Opportunismus — propagierte unpolitische, parteilose Arbeiterverbände für den wirtschaftlichen Kampf und einen liberalen politischen Kampf. Blocks mit den Kadetten und parteiloser Arbeiterkongreß — das ist nichts anderes als das „Credo“ von 1899 in der Neuauflage von 1906/1907.

Plechanows Auftreten im „Towarischtsch“ bedeutet nichts anderes als eine Verwirklichung des Larinschen Vorschlags: freie Propagandavereine aller möglichen „Sozialisten“ — mit Verlaub zu sagen, Sozialisten — auf der Basis parteiloser Arbeiterorganisationen. *In der Tat* ist Plechanow im „Towarischtsch“ nicht als Mitglied der Partei, nicht als Mitglied einer Parteiorganisation aufgetreten. Das ist eine Tatsache, die durch keine Sophismen aus der Welt geschafft wird, vor der kein „Schweigen“ des menschewistischen ZK eine gewisse Fraktion unserer Partei retten wird. In der Tat hat Plechanow eben auf Larinsche Art gehandelt, hat als *außerparteilicher* Sozialist in einem außerparteilichen „sozialistischen“ Blatt einen außerparteilichen, *nichtsozialistischen*, und sogar *antisozialistischen* Vorschlag gemacht.

Wassiljew ist in die Fußstapfen Plechanows getreten. Die Schweiz ist

* Glaubensbekenntnis, Programm, Darlegung einer Weltanschauung. *Die Red.*

frei von den Überlieferungen des russischen revolutionären Proletariats und versorgt uns deshalb mit immer „fortschrittlicheren“ Opportunisten.

Wassiljew ist ein bekannter Menschewik. Er hat mit den Menschewiki, und zwar nicht mit irgendwelchen zufälligen Menschewiki in irgendeinem Krähwinkel, sondern mit den bekanntesten und den verantwortlichsten Menschewiki, zusammengearbeitet. Darum haben die Menschewiki *kein* Recht, ihn geringschätzig zu behandeln.

Und Wassiljew beruft sich ausdrücklich auf Plechanow. Ja, noch mehr: er *stützt sich* geradezu auf ihn. Er nennt das Auftreten Plechanows in der Kadettenpresse, das die Sozialdemokratische Partei mit Schande bedeckt, seinen Vorschlag einer gemeinsamen Plattform mit den Kadetten, einen „mannhaften Appell“. Er „bedauert“, daß „sich in den anderen Parteien keine Plechanows finden“.

An Eifer gebricht es Wassiljew nicht, dafür aber an Verstand. Er will Plechanow loben und platzt ihm zum Lobe heraus: „Leider finden sich in den anderen Parteien keine Plechanows.“ Das ist unübertrefflich! Der gute Wassiljew, er gebraucht als erster das Wort „Plechanows“ als *Gattungsnamen*, als Bezeichnung für Politiker, die auf eigene Faust und unabhängig von ihrer Partei handeln. Von nun an wird man wahrscheinlich sagen: „Die Plechanows im Wassiljewschen Sinne des Wortes.“

Die Wassiljews klopfen den „Plechanows“ auf die Schulter und setzen den Punkt auf das i. Die Verfasser des „Credos“ von 1899, die Herren Prokopowitsch und Co., haben von einer reinen Arbeiterbewegung ohne den revolutionären Bazillus gesprochen. Die Wassiljews sprechen von einer Revolution, die eine „Konstitution“ gebären soll, nur das, und zwar ohne *jeden* Geburtshelfer, ohne die Revolutionäre. *Ohne* Geburtshelfer, ohne die Revolutionäre, ohne das revolutionäre Volk — das ist die Losung Wassiljews.

Schtschedrin hat einmal in klassischer Weise das Frankreich, das die Kommunarden füsilierte, das Frankreich der vor den russischen Tyrannen im Staube kriechenden Bankiers als eine Republik ohne Republikaner verspottet.¹¹⁶ Es wäre an der Zeit, daß ein neuer Schtschedrin käme, Wassiljew und die Menschewiki zu verspotten, die die Revolution verteidigen mit der Losung: „ohne“ Revolutionäre, „ohne“ Revolution.

Haben wir das Recht, das „Auftreten“ Wassiljews *so* zu deuten? Haben wir das Recht, die Menschewiki in einem Atemzug mit ihm zu nennen?

Natürlich! Der ganze Artikel, alle Gedanken, alle Vorschläge Wassiljews sind durch und durch von dem „Plan“ durchdrungen, die Konstitution gebären zu helfen durch Tötung der Revolution. Alle Programme schlechthin „eine Zeitlang beiseite stellen“, alle Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre usw. mit den Kadetten zu einer liberalen Partei verschmelzen, alle vereinigen im Kampfe für die „politische Konstitution“, „ohne gleichzeitige Lösung der ökonomischen Programme“ (eben so steht es schwarz auf weiß: ohne Lösung der Programme. Die Schweizer Ratgeber des russischen Proletariats können mitunter nicht russisch sprechen) — ist das etwa nicht der Wunsch, die Konstitution durch Verzicht auf die Revolution zu retten?

Die Revolution in der wirklichen, ersten Bedeutung des Wortes ist *undenkbar* ohne die „Lösung der ökonomischen Programme“. Die Revolution können nur die Massen machen, die von tiefer *ökonomischer* Not getrieben werden. Der Sturz des Absolutismus in Rußland, sein *wirklicher* Sturz, würde *unweigerlich* eine *ökonomische* Umwälzung sein. Nur Leute von wahrhaft jungfräulicher Unschuld im Sozialismus können das nicht begreifen. Ökonomische Programme über Bord werfen heißt die ökonomischen Grundursachen der Revolution über Bord werfen, heißt die ökonomischen Interessen über Bord werfen, die die Massen des geduckten, verschüchternen und unaufgeklärten Volkes in einen großen, beispiellos aufopferungsvollen Kampf treiben. Das heißt die Massen über Bord werfen, eine Bande von intellektuellen Phrasendreschern übriglassen und sozialistische Politik durch liberale Phrasendrescherei ersetzen.

„Was für einen Nutzen haben die Bauern davon, daß ihre Sache von der Duma aufgeworfen wurde, die ja hauptsächlich eben wegen der Agrarfrage aufgelöst worden ist?“ Ist diese Betrachtung nicht wert, daß man Wassiljew für seinen nirgends in der Welt übertroffenen sozialistischen Opportunismus zu Lebzeiten ein Denkmal setze?

Und ist das nicht (wir gehen zu der zweiten der beiden oben aufgeworfenen Fragen über) eine menschewistische Betrachtung?

Zusammen mit den Kadetten in einem Wagen bis Twer fahren, ohne sich gegenseitig zu stören, sagt Plechanow. Zusammen mit den Kadetten in die Duma fahren, sich mit einer nichtrevolutionären Partei (eine Zeitlang! „für eine kurze Zeit!“ ergänzt Wassiljew die Menschewiki) zu revolutionären Zwecken vereinigen, sagen die Menschewiki. Zusam-

men fahren bis zu einem Kadettenministerium, sagte vor kurzem unser ZK.

Wenn schon, denn schon, beeilt sich Wassiljew beizupflichten. Fahren wir, „ohne einander zu stoßen, ohne einander Schrecken einzujagen“. „Jetzt aber, im gegebenen Augenblick, ist er (der Kampf der Klassen und Gruppen) selbstmörderisch und verbrecherisch.“

Der Klassenkampf ist verbrecherisch; die Konstitution durch revolutionäre Forderungen (wie machtvollkommene Duma, konstituierende Versammlung usw.) zu schädigen ist ein Verbrechen. Sosehr auch die Menschewiki von Wassiljew abrücken mögen (bis jetzt haben sie das allerdings noch nicht getan), sie werden die Tatsache niemals aus der Welt schaffen, daß gerade dieser Gedanke den Blocks mit den Kadetten, der Unterstützung der Forderung nach einem Dumakabinett, allen gemeinsamen Reisen bis Twer usw. usf. zugrunde liegt.

Wassiljew ist natürlich ein Unikum. Aber auch Naturerscheinungen, die einzig in ihrer Art sind, gibt es nur in einer bestimmten Umgebung, entstehen nur in einer bestimmten Umwelt. Wassiljew ist natürlich ein Montblanc des Opportunismus. Montblancs aber gibt es nicht in der Steppe. Montblancs gibt es nur in den Alpen. Die Wassiljews bieten sich der Welt nur Seite an Seite mit den „Plechanows“, Tscherewanins und tutti quanti* bis zu Prokopowitsch dar.

Dank den „Plechanows im Wassiljewschen Sinne“ aber kann Herr Struve erklären — wie er es am 27. Dezember in einer Versammlung in Soljanoi Gorodok getan hat („Towarischtsch“ vom 28. Dezember) —, daß „alle jetzigen Gegner der Kadetten in Bälde selbst Kadetten sein werden. Den ‚Towarischtsch‘ bezeichnet man schon als Kadettenzeitung. Die Volkssozialisten bezeichnet man als Sozialkadetten, die Menschewiki als Halbkadetten. G. W. Plechanow halten viele für einen Kadetten, und tatsächlich können die Kadetten vieles von dem, was Plechanow heute sagt, nur begrüßen. Schade ist nur, daß er das nicht gesagt hat, als die Kadetten allein dastanden. Unverbesserlich dürften wohl allein die Bolschewiki sein, und deshalb ist ihr Los — ins Geschichtsmuseum zu kommen.“

Wir danken für das Kompliment, ungeschickter Herr Struve! Ja, wir werden in das Geschichtsmuseum kommen, das den Namen trägt: „Ge-

* allen ihresgleichen. Die Red.

schichte der russischen Revolution“. Unsere bolschewistischen Losungen, der bolschewistische Boykott der Bulyginschen Duma, die bolschewistischen Aufrufe zum Massenstreik und zum Aufstand (schon auf dem III. Parteitag) sind *unlöslich und für immer* mit der russischen Oktoberrevolution verbunden. Und diesen Platz im *Museum* werden wir auch (schlimmstenfalls) im Laufe vieler langer Jahre oder Jahrzehnte der Reaktion dazu benützen, das Proletariat im Geiste des Hasses gegen die verräterische oktobristisch-kadettische Bourgeoisie, im Geiste der Verachtung des intelligenzlerischen Geschwätzes und der kleinbürgerlichen Rückgratlosigkeit zu erziehen. Diesen Platz im *Museum* werden wir dazu benützen, unter allen, selbst unter den schlimmsten politischen Bedingungen den Arbeitern den unversöhnlichen Klassenkampf zu predigen, sie zu lehren, sich zur *neuen* Revolution zu rüsten, einer Revolution, die, unabhängiger von der Halbheit und Schlappeit der Bourgeoisie, der sozialistischen Revolution des Proletariats näher sein wird.

Ihr Platz im *Museum* aber, verehrtester Herr Struve, ist der Platz derjenigen, die in Augenblicken des Triumphes der Konterrevolution jubeln und sich müßigem Geschwätz hingeben. In solchen Augenblicken werden Sie stets Anlaß haben, zu jubeln — zu jubeln, weil die Revolutionäre im Kampfe gefallen sind und weil die Arena den Liberalen gehört, die freiwillig niedergefallen sind, die sich dem Feind zu Füßen geworfen haben und, sich „der Niedertracht anpassend“, im Staube kriechen.

Wenn es der Revolution, entgegen unseren Erwartungen, nicht beschieden ist, sich noch einmal zu erheben, wenn es ihr nicht beschieden ist, der Zarenbande die Macht zu entreißen — werden Sie lange Zeit ein Held der Konterrevolution sein, wir aber werden *einen* „Platz im *Museum*“ haben, und zwar einen guten Platz: den Platz des *Oktoberkampfes des Volkes*. Wenn aber die Revolution, wie wir glauben, sich noch einmal erheben wird, so wird innerhalb einer Woche von den jämmerlichen Kadetten auch die letzte Spur verschwunden sein, wird der Kampf der Massen des Proletariats und der ruinierten Bauernschaft wieder unter bolschewistischen Losungen geführt werden. Unter der Hegemonie der Kadetten kann die Revolution nur im Staube liegen. Siegen kann sie nur unter der Hegemonie der bolschewistischen Sozialdemokratie.

DIE WAHLKAMPAGNE DER ARBEITERPARTEI IN PETERSBURG¹¹⁷

Zum drittenmal — innerhalb des letzten Jahres — hat eine Konferenz der gesamten Petersburger Organisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands¹¹⁸ stattgefunden. Die erste Konferenz, im Februar 1906, beschäftigte sich mit der Frage der Wahlen zur Witteschen Duma, die zweite, im Juni 1906, mit der Frage, ob die Forderung nach einem Dumakabinett unterstützt werden sollte, die dritte, im Januar 1907, mit der Wahlkampagne zur zweiten Duma.

Die großen politischen Fragen werden von den bürgerlichen Parteien von Fall zu Fall entschieden, durch einfachen Beschluß dieser oder jener Partei „instanz“, die hinter den Kulissen verschiedene Politikasterrezepte für das Volk ausarbeitet. Nur die Sozialdemokratische Arbeiterpartei verwirklicht in ihrer Organisation tatsächlich die Demokratie — trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, ja der schweren Opfer, mit denen das für eine illegale Partei verbunden ist. Nur die Sozialdemokratische Arbeiterpartei erwägt vor jedem bedeutenden politischen Schritt seine *prinzipielle* Bedeutung, ohne einem Augenblickserfolg nachzujagen, sie ordnet ihre praktische Politik dem Endziel, der völligen Befreiung der Arbeit von jeder Ausbeutung, unter. Nur die Arbeiterpartei verlangt, wenn sie in den Kampf geht, von allen ihren Mitgliedern eine durchdachte, klare und bestimmte Antwort auf die Frage, ob ein bestimmter Schritt getan und wie er getan werden soll.

Auch die letzte Konferenz der Petersburger Organisation beruhte auf der demokratischen Vertretung aller Parteimitglieder. Dabei mußte der Wahl der Delegierten die allen Wählern vorgelegte Frage zugrunde liegen, wie sie zu einem Abkommen mit den Kadetten stehen. Ohne eine bewußt

gegebene Antwort auf eine so brennende Frage unserer Taktik wäre der Demokratismus der Wahlen zur Konferenz eine müßige und des Proletariats unwürdige Spielerei gewesen.

Hier die von der Konferenz angenommene Resolution:

In der Erwägung, 1. daß die Sozialdemokratie als die Klassenpartei des Proletariats die Wahlkampagne unbedingt selbständig führen muß, wenn keine ganz besonderen und außerordentlichen Bedingungen vorliegen; 2. daß die St.-Petersburger Sozialdemokratie mit dem Petersburger Komitee an der Spitze bis jetzt die Wahlkampagne völlig selbständig geführt hat und dabei ihren Einfluß auf alle Schichten der werktätigen Bevölkerung ausübte — sowohl auf diejenigen, die einen konsequent proletarischen Standpunkt einnehmen, als auch auf diejenigen, die sich noch nicht völlig zu einem solchen Standpunkt durchgerungen haben; 3. daß sich gegenwärtig, zwei Wochen vor den Wahlen, bereits klar abzeichnet, daß die Rechtsparteien in St. Petersburg nur geringe Aussichten haben, während die Aussichten der Kadetten (hauptsächlich kraft der Tradition) als gut angesehen werden; daß also der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands die besonders dringliche Aufgabe erwächst, alle Kräfte anzuspannen, um die Hegemonie der Kadetten in der Hauptstadt, auf die die Aufmerksamkeit ganz Rußlands gerichtet ist, zu brechen; 4. daß sich in breiten Schichten der armen werktätigen städtischen Bevölkerung, die noch nicht auf dem proletarischen Standpunkt stehen und die den Ausgang der Wahlen in der städtischen Kurie beeinflussen können, ein Schwanken bemerkbar macht zwischen dem Bestreben, für die Parteien zu stimmen, die links von den Kadetten stehen, d. h. sich von der Führung der verräterischen liberal-monarchistischen Bourgeoisie zu befreien, und dem Bestreben, sich durch einen Block mit den Kadetten wenigstens einige Trudowikiabgeordnete in der Duma zu sichern; 5. daß sich in den schwankenden Trudowikiparteien das Bestreben bemerkbar macht, einen Block mit den Kadetten zu rechtfertigen, falls sie einen oder jedenfalls nicht mehr als zwei von den sechs Sitzen der Hauptstadt erhalten, damit zu rechtfertigen, daß die Sozialdemokraten unter keinen Umständen bereit seien, Abkommen mit den nichtsozialdemokratischen Schichten der armen städtischen Bevölkerung gegen die liberale Bourgeoisie einzugehen — beschließt die Konferenz: 1. dem St.-Petersburger Komitee der Partei der Sozialrevolutionäre und dem Komitee der Trudowikigruppe unverzüglich mitzuteilen, daß das Petersburger Komitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands bereit ist, ein Abkommen mit ihnen zu treffen, unter der Bedingung, daß sie keine Abkommen mit den Kadetten eingehen; 2. die Bedingungen des Abkommens lauten: völlige Selbständigkeit der das Abkommen schließenden Parteien im Hinblick auf Lösungen, auf Programme und auf die Taktik überhaupt. Die

sechs Dumamandate werden folgendermaßen verteilt: zwei Mandate stehen der Arbeiterkurie zu, zwei den Sozialdemokraten, ein Mandat den Sozialrevolutionären und eins den Trudowiki; 3. mit der Führung der Verhandlungen beauftragt die Konferenz ihren Vollzugsausschuß; 4. im Gouvernement sind, auf der Grundlage der gleichen prinzipiellen Erwägungen, örtliche Abkommen mit den Sozialrevolutionären und den Trudowiki zulässig.

Anmerkung: Bezüglich der Partei der VS (Volkssozialistische oder Arbeiterpartei) beschließt die Konferenz: Angesichts der Tatsache, daß diese Partei in den Grundfragen des Kampfes außerhalb der Duma einen ausweichenden Standpunkt einnimmt, hält die Konferenz ein Abkommen mit den Sozialrevolutionären und den Trudowiki nur unter der Bedingung für zulässig, daß kein Abkommen zwischen diesen und der Partei der Volkssozialisten besteht.

Wenn man diese Resolution betrachtet, treten drei Hauptpunkte hervor: 1. unbedingte Ablehnung aller Abkommen mit den Kadetten; 2. unerschütterliche Entschlossenheit der Sozialdemokraten, unter allen Umständen mit selbständigen Listen aufzutreten, und 3. Zulässigkeit von Abkommen mit den Sozialrevolutionären und den Trudowiki.

Die Ablehnung eines Abkommens mit den Kadetten war für die Arbeiterpartei eine selbstverständliche Pflicht. Sobald die Wahlversammlungen in Petersburg begannen, konnte jedermann erkennen, wie recht die revolutionären Sozialdemokraten hatten, als sie erklärten: Mit dem Geschrei über die Schwarzhundertergefahr haben unsere Liberalen Hohlköpfen und prinzipienlosen Leuten den Kopf verwirrt, um die wirkliche Gefahr, die ihnen von links droht, von sich abzulenken. Die kleinlichen Polizeischikanen der Regierung, der Diebstahl an den armen Schichten der Wähler durch die Senatserläuterungen — das alles vermochte nicht die Stimmung der Wählermassen (gleich, ob 100 000, 120 000 oder 150 000 Wähler) zu ändern. Diese Stimmung der Massen aber zeigt sich deutlich in den Versammlungen, sie stehen links von den Kadetten.

Natürlich, eine Schwarzhundertergefahr kann bestehen, aber nicht darin, daß die Wählermassen für die Schwarzhunderter stimmen, sondern darin, daß die Schwarzhunderterpolizei linke Wähler und Wahlmänner verhaftet. Spricht man doch schon allgemein davon, daß die gegenwärtige relative „Freiheit“ (man darf ein wenig Luft schöpfen — das nennt man in Rußland schon Freiheit!) der Wahlversammlungen eine Provokation der Regierung sei, die beabsichtige, bekannte Redner und Wahlmänner

zu verhaften. Aber es ist nicht schwer zu verstehen, daß gegen eine solche Schwarzhundertergefahr durchaus nicht Blocks mit den Kadetten erforderlich sind, daß es der Bereitschaft der Massen zum Kampf bedarf, zu einem Kampf, der sich nicht in den Rahmen des sogenannten Parlamentarismus einfügt.

Zweitens. Die Konferenz hat, wie zu erwarten stand, beschlossen, daß die Sozialdemokraten in der Hauptstadt unter allen Umständen eine selbständige Wahlkampagne führen. Sie können einer anderen Partei das eine oder andere Abkommen vorschlagen, auf völlige Selbständigkeit aber haben wir uns früher vorbereitet und sind auch jetzt dazu gerüstet. Vom Standpunkt der Wahlkampagne als Ganzes genommen ist unter diesen Umständen ein Abkommen in Wirklichkeit eine Ausnahme; die Selbständigkeit der Sozialdemokratie ist die Regel.

Drittens. Die Konferenz hat den Sozialrevolutionären und den Trudowiki ein Abkommen vorgeschlagen unter der Bedingung, daß sie sich von den Kadetten und den kadettischen Volkssozialisten trennen und daß weitere zwei Mandate der Arbeiterkurie zur Verfügung gestellt und die übrigen vier Mandate zu gleichen Teilen geteilt werden.

Dieser Vorschlag geht von der prinzipiellen Erwägung aus, daß die verschiedenen Parteien gemäß ihrer Stellung zum Kampf außerhalb der Duma behandelt werden müssen, der morgen schon auf die Tagesordnung treten kann. Die Sozialdemokratie macht eine Vereinbarung mit anderen Parteien von prinzipiellen Bedingungen abhängig und liefert damit der Propaganda und Agitation unter den Massen Material über den wahren Charakter der verschiedenen Parteien. Die Sozialdemokratie trägt den besonderen Umständen der Lage in Petersburg Rechnung, wo die Kadetten die Massen des städtischen Kleinbürgertums, die „trudowikisch“ gestimmt sind, am Gängelband haben. Unter diesen Bedingungen dürfen wir nicht die Aufgabe vernachlässigen: diese Hegemonie der Kadetten zu brechen, dem werktätigen Volk zu helfen, einen Schritt — einen kleinen natürlich, aber von zweifellos politischer Bedeutung — zu entschlossenerem Kampfe, zu klareren politischen Auffassungen und zu einem deutlicher ausgeprägten Klassenbewußtsein zu tun.

Dieses Ergebnis werden wir durch unsere Agitation und durch die ganze Führung unserer Wahlkampagne erreichen, wir werden es unter allen Umständen erreichen, wie immer auch die Antwort der Trudowiki und

der Sozialrevolutionäre auf unseren Vorschlag lauten mag. Wir brauchen nicht Erwägungen darüber anzustellen, ob eine bejahende oder eine ablehnende Antwort wahrscheinlich ist. Unser Augenmerk kann nicht darauf gerichtet sein. Wichtig für uns ist die grundsätzliche Politik des Proletariats, die bei den einen wie den anderen gegebenen Möglichkeiten unverändert bleibt: den trügerischen Illusionen eines friedlichen Kampfes und konstitutioneller Spielereien stellen wir die klare Analyse der Aufgaben des Kampfes außerhalb der Duma entgegen, der kraft des Ganges der Ereignisse heranreift. Den kleinbürgerlichen Schichten des werktätigen Volkes in Stadt und Land sagen wir: Es gibt nur ein Mittel, der Unbeständigkeit und den Schwankungen des Kleinbesitzers ein Ende zu machen. Dieses Mittel ist die selbständige Klassenpartei des revolutionären Proletariats.

*Veröffentlicht am 14. Januar 1907
in der Zeitung „Prostyje
Retschi“ Nr. 1.*

*Nach dem Text der
„Prostyje Retschi“.*

SOZIALDEMOKRATIE UND DUMAWAHLEN¹¹⁹

*Geschrieben am 13./14.
(26./27.) Januar 1907.
Veröffentlicht im Januar 1907
als Broschüre im Verlag
„Nowaja Duma“.*

Nach dem Text der Broschüre.

DIE SOZIALDEMOKRATIE UND DIE WAHLEN IN PETERSBURG

Die Konferenz der Petersburger sozialdemokratischen Organisation hat den Beschluß gefaßt, keinen Block mit den Kadetten einzugehen, den Trudowiki und den Sozialrevolutionären aber ein Abkommen vorzuschlagen. Die Menschewiki haben aus formalen Gründen mehrmals Verwahrung eingelegt und, als sie in der Minderheit blieben, die Konferenz verlassen.

Die liberalen Zeitungen machen von diesem Ereignis bereits viel Aufhebens. Sie prophezeien eine Spaltung der Sozialdemokratischen Partei und beeilen sich, eine ganze Reihe politischer Schlußfolgerungen zu ziehen. In Anbetracht all dessen ist es außerordentlich wichtig, daß sich jeder klassenbewußte Arbeiter volle Rechenschaft darüber ablegt, was eigentlich in der sozialdemokratischen Organisation Petersburgs vorgeht und wie er sich zu diesen Vorgängen verhalten soll.

Wir beabsichtigen daher, die Hauptfragen zu untersuchen, die durch dieses Ereignis aufgeworfen werden, und zwar: 1. die Zusammensetzung der Konferenz; 2. den unmittelbaren Anlaß für den Auszug der Menschewiki — den Versuch des ZK, die Konferenz in zwei Teile, in eine Stadt- und eine Gouvernementskonferenz, zu spalten, und 3. die Bedeutung des ganzen Ereignisses, insbesondere im Hinblick auf die Wahlkampagne in Petersburg.

I

DIE BEDINGUNGEN DER EINBERUFUNG
UND DIE ZUSAMMENSETZUNG
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN KONFERENZ

Die Konferenz der Petersburger Organisation sollte in der heute wichtigsten politischen Frage einen endgültigen Beschluß fassen: ob man im ersten Stadium der Dumawahlen Abkommen mit den Kadetten eingehen soll oder nicht.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands ist demokratisch organisiert. Das bedeutet, daß ausnahmslos alle Parteiangelegenheiten — unmittelbar oder durch Vertreter — von allen Parteimitgliedern gleichberechtigt wahrgenommen werden, wobei alle leitenden Funktionäre, alle führenden Kollegien, alle Parteinstanzen wählbar, rechenschaftspflichtig und absetzbar sind. Die Geschäfte der Petersburger Organisation besorgt das gewählte Petersburger Komitee der SDAPR. Die oberste Körperschaft der Petersburger Organisation aber ist, da es unmöglich wäre, sämtliche Parteimitglieder (etwa 6000) in einer Versammlung zusammenzufassen, die *Vertreterkonferenz* der Organisation. *Sämtliche* Mitglieder der Organisation haben das Recht, zu dieser Konferenz Vertreter zu entsenden: je einen Delegierten auf eine bestimmte Anzahl von Parteimitgliedern, z. B. je einen Delegierten auf 50 Parteimitglieder, wie es für die letzte Konferenz beschlossen wurde. Diese Vertreter müssen von allen Parteimitgliedern *gewählt* werden, und der Beschluß der Vertreter ist für die gesamte Lokalorganisation die höchste und endgültige Entscheidung einer Frage.

Aber das ist noch nicht alles. Um eine Frage wirklich demokratisch zu entscheiden, genügt es nicht, gewählte Vertreter der Organisation zusammentreten zu lassen. Es ist erforderlich, daß *alle* Mitglieder der Organisation bei der Wahl ihrer Vertreter zugleich *selbständig und jeder für sich* zu der strittigen Frage Stellung nehmen, die die gesamte Organisation interessiert. Demokratisch organisierte Parteien und Verbände können grundsätzlich nicht auf eine solche Befragung ausnahmslos aller Mitglieder verzichten — zumindest nicht in den wichtigsten Fällen, und besonders dann nicht, wenn es sich um eine politische Aktion handelt, bei der die *Masse* selbständig auftritt, z. B. bei einem Streik, bei Wahlen, bei dem Boykott irgendeiner wichtigen örtlichen Körperschaft usw.

Warum muß man es in solchen Fällen als ungenügend ansehen, Vertreter zu entsenden? Warum ist die Befragung *aller* Parteimitglieder oder das sogenannte „Referendum“ erforderlich? Eben deswegen, weil für den Erfolg von Massenaktionen die bewußte und freiwillige Beteiligung jedes einzelnen Arbeiters erforderlich ist. Streiks können nicht einmütig, Wahlen nicht zielbewußt durchgeführt werden, wenn nicht *jeder einzelne Arbeiter* wirklich bewußt und aus freien Stücken für sich selbst die Frage entschieden hat: Streiken oder nicht? Für die Kadetten stimmen oder nicht? Es ist unmöglich, alle politischen Fragen durch Befragung sämtlicher Parteimitglieder zu entscheiden; das würde eine endlose, ermattende und fruchtlose Abstimmerei sein. Besonders wichtige Fragen aber, solche, die unmittelbar mit einer bestimmten Aktion der *Massen selbst* verbunden sind, müssen, will man wirklich demokratisch handeln, nicht nur durch Entsendung von Vertretern, sondern auch durch die Befragung aller Parteimitglieder entschieden werden.

Aus diesem Grunde hatte das Petersburger Komitee beschlossen, daß die Delegierten zur Konferenz unbedingt erst gewählt werden sollen, *nachdem* die Parteimitglieder die Frage erörtert haben, ob man ein Abkommen mit den Kadetten eingehen soll, *nachdem* alle Parteimitglieder über diese Frage abgestimmt haben. Wahlen sind eine Angelegenheit, an der die Masse unmittelbar teilnimmt. Die Sozialisten halten das Bewußtsein der Massen für die wichtigste Kraft. *Jedes* Parteimitglied muß also bewußt die Frage entscheiden, ob man bei den Wahlen für die Kadetten stimmen soll oder nicht. Erst nach einer offenen Erörterung dieser Frage durch alle versammelten Parteimitglieder hat jedes einzelne Parteimitglied die Möglichkeit, bewußt und definitiv den einen oder den anderen Entschluß zu fassen. Allein auf Grund eines solchen Entschlusses wird die Wahl der Vertreter zur Konferenz nicht mehr eine Angelegenheit sein, die auf Vetternwirtschaft, persönlichem Wohlwollen oder Gewohnheit beruht („Nun, wählen wir eben *unsern* Nikolai Nikolajewitsch oder Iwan Iwanowitsch!“), sondern eine Angelegenheit, bei der die „unteren“ Parteimassen *selbst* (d. h. *alle* Parteimitglieder) bewußt ihre eigene politische Linie festlegen.*

* Manche Leute sagen, daß selbst dann, wenn die Wähler nicht grundsätzlich über eine bestimmte Frage abstimmen, die Wahl der Vertreter sich auf die Kenntnis der *Ansichten* der betreffenden Vertreter stützen kann. Das ist jedoch

Die Dumawahlen, d. h. die erste und wichtigste Abstimmung, die Abstimmung über die Bevollmächtigten oder die Wahlmänner, werden nicht durch Vertreter, sondern durch jeden einzelnen Wähler selbst vollzogen. Wenn wir also in der Tat, und nicht nur in Worten, Sozialisten sein wollen, die in einer wirklich *demokratischen Arbeiterpartei* organisiert sind, dann müssen wir darauf dringen, daß sich *jeder Arbeiter* darüber klar werde, ob er für die Kadetten stimmen soll oder nicht. Es genügt nicht, die Vertretung dem alten Bekannten, Iwan Iwanytsch, oder dem guten Sidor Sidorytsch anzuvertrauen — die strittige Frage muß *bewußt* und *grundsätzlich* in den „unteren“ Parteimassen geklärt werden. Erst dann wird eine demokratische Entscheidung eine bewußt-demokratische Entscheidung der *Masse* und nicht nur eine Entscheidung von „aus Bekanntschaft“ entsandten Vertretern sein.

Das Petersburger Komitee ist der gewählte Führer der *gesamten* sozialdemokratischen Organisation Petersburgs und des St.-Petersburger Gouvernements. Wenn es in einer solchen Angelegenheit wie die Dumawahlen die *Masse* führen will, dann mußte es (wenn es nicht nur in Worten zur Demokratie steht) dahin wirken, daß sich die *gesamte Masse* bewußt an den Wahlen beteiligte. Sollte aber die *gesamte Masse* bewußt und geschlossen an den Wahlen teilnehmen, so mußten nicht nur die Vertreter der Partei, so mußte auch jedes einzelne Parteimitglied seinem Petersburger Komitee eine klare Antwort auf die Frage geben, ob es für ein Abkommen mit den Kadetten eintritt oder nicht.

Das ist die Bedeutung der „Diskussionen“, d. h. der *Erörterung* der eigentlichen Streitfrage vor den Wahlen der Vertreter. In jeder Mitgliederversammlung mußte vor den Wahlen der Vertreter zur Konferenz zunächst die strittige politische Frage *erörtert*, ein Referent des Petersburger Komitees, d. h. der führenden lokalen Körperschaft, gehört, aber auch Vertretern anderer Auffassungen das Wort erteilt werden. Nach der *Erörterung* stimmen *alle* Parteimitglieder darüber ab, ob sie für ein Abkom-

nur dann richtig, wenn es sich um die *Gesamtheit* der Ansichten des Vertreters handelt und nicht um eine spezielle Frage, die mit der Aktion der Masse selber verbunden ist. Auf eine Abstimmung über eine Plattform (für oder gegen Blocks mit den Kadetten) zu verzichten würde unter solchen Umständen bedeuten, daß der Wähler sich keine klare Meinung verschafft, daß er unentschlossen bleibt, daß er mit seinem Vertreter nicht völlig übereinstimmt.

men mit den Kadetten sind oder nicht. Das Abstimmungsergebnis wird von Mitgliedern der Kontrollkommission überprüft, in der (falls es in der Organisation in der gegebenen Frage zwei Strömungen gibt) beide Strömungen vertreten sind. Nur wenn diese Bedingungen eingehalten werden, kann das Petersburger Komitee wirklich die *bewußte* Meinung der *gesamten* Parteimitgliedschaft kennen, braucht es folglich bei der Leitung von Aktionen nicht im dunkeln zu tappen, sondern kann sich darauf stützen, daß die Masse in dieser Frage völlige Klarheit gewonnen hat.

Diese Erläuterung war deshalb nötig, weil es auf der Konferenz zu Streitereien über die „Diskussionen“ und die Befragung aller Parteimitglieder kam.

Daß solche Streitereien völlig unbegründet sind, ist für die Parteimitglieder um so augenscheinlicher, als sogar in dem Brief des ZK vom 10. November, der die Entscheidung dieser Frage (ob man ein Abkommen eingehen soll) durch die Lokalorganisationen zum Gegenstand hat, die „vorbergebende Erörterung“ dieser Frage durch alle Parteimitglieder direkt empfohlen wird.

Untersuchen wir nunmehr, wie die Konferenz zusammengesetzt war. Ursprünglich wurden alle in der einen oder anderen Organisation gewählten Vertreter zur Konferenz zugelassen, ohne daß man ihre Wahl überprüft hätte (d. h. ohne Prüfung der „Mandate“ oder Vollmachten). Insgesamt waren es 71 Vertreter oder Delegierte, davon 40 Bolschewiki und 31 Menschewiki. Hier ihre Verteilung auf die einzelnen Bezirke:

Bezirk	Wassilewski-Ostrow	7 Bolschewiki	6 Menschewiki	Insgesamt	13
Wiborger Bezirk	2	„	5	„	7
Stadtbezirk	5	„	7	„	12
Eisenbahner	1	„	2	„	3
Letten	2	„	—	„	2
Moskauer Bezirk	4	„	5	„	9
Narwaer Bezirk	—	„	—	„	—
Newski-Bezirk	2	„	1	„	3
Landbezirk	9	„	2	„	11
Handwerker (Handelsangestellte)	4	„	1	„	5
Petersburger Bezirk	3	„	2	„	5
Esten	—	„	—	„	—
Militärorganisation	1	„	—	„	1
<i>Insgesamt</i>	40	„	31	„	71

Es fehlten hierbei zwei Delegierte der Esten (beide Bolschewiki) und ein Delegierter der Letten (Menschewik). Mit ihnen würden es 42 Bolschewiki und 32 Menschewiki gewesen sein.

Hieraus ist ersichtlich, daß die Bolschewiki bereits *von vornherein*, vor jeder Prüfung der Vollmachten, das Übergewicht hatten. Infolgedessen bricht all und jedes Gerede über ein „künstliches“ Übergewicht der Bolschewiki von selbst in sich zusammen. Mit den Klagen darüber, daß die Bolschewiki nicht sämtliche Vollmachten bestätigt hätten, sind die Menschewiki jetzt sogar in die bürgerliche Presse gegangen. Sie haben nur vergessen, dieser Presse zu sagen, daß *auch vor* der Prüfung der Mandate, vor jeder Prüfung der Vollmachten, die Bolschewiki *ohnehin* die Mehrheit hatten!

Um diese Frage des Übergewichts auf der Konferenz noch klarer und ein für allemal zu entscheiden, wollen wir nicht die Zahl der Mandate (Vollmachten), sondern *die Gesamtzahl der Stimmen, die von den Parteimitgliedern abgegeben wurden*, nehmen.

Wir erhalten dann folgendes Bild:

Unangefochtene							
Stimmen	1848*	für die Bolschewiki	und	787	für die Menschewiki		
Angefochtene							
Stimmen	300	" "	" "	946	" "	" "	" "
<i>Stimmen insgesamt</i>	2148	" "	" "	1733	" "	" "	" "

An der Abstimmung beteiligten sich demnach insgesamt etwa 4000 Parteimitglieder (3881). Das Übergewicht der Bolschewiki *beträgt mehr als 400 Stimmen*.

Es unterliegt also keinem Zweifel, daß sogar dann, wenn *sämtliche* angefochtenen Stimmen für ordnungsgemäß befunden worden wären, die Bolschewiki doch ein starkes Übergewicht behalten hätten. Demnach betrafen alle Streitereien über die Gültigkeit oder Ungültigkeit des einen oder anderen Teils der Stimmen durchaus nicht die Frage des Übergewichts der Bolschewiki; gestritten wurde darüber, wie das Prinzip der demokratischen Vertretung in vollem Umfang zu verwirklichen sei.

* Hierzu gehören 185 Stimmen, die auf Beschluß der Konferenz für völlig einwandfrei erklärt wurden; ohne sie beträgt die Zahl der unangefochtenen Stimmen 1663.

Warum haben aber dann die Bolschewiki trotzdem einen Teil der Vollmachten (Mandate) für ungültig erklärt? Weil die *angefochtenen* Mandate nicht als ordnungsgemäß anerkannt werden konnten. Nicht ordnungsgemäße Mandate aber können nicht mit ordnungsgemäßen Mandaten, die von niemand angefochten werden, in einen Topf geworfen werden.

Welche Mandate wurden angefochten? Die Mandate der Delegierten, bei deren Wahl nicht ordnungsgemäß verfahren worden war; wenn also beispielsweise die Mitglieder der Kontrollkommission keine Kontrolle ausübten, vor der Abstimmung keine Diskussion (Erörterung) stattfand und die Abstimmung nicht „nach Plattformen“ vorgenommen wurde (d. h. nicht *sämtliche* Abstimmenden darüber befragt wurden, ob sie für oder gegen ein Abkommen mit den Kadetten seien). Die Wahl solcher Delegierter konnte nicht als demokratisch bezeichnet werden.

Nun fragt es sich, wie sollte mit den angefochtenen Mandaten verfahren werden? Jeden Fall einzeln zu untersuchen war unmöglich. Zu diesem Zwecke hätte die Konferenz einen weiteren Tag gebraucht, während die Zeit, die ihr zur Verfügung stand, äußerst *knapp* bemessen war: kaum war die Konferenz beendet, so *mußten* sich die Arbeiter schon zur Wahl der Bevollmächtigten begeben (7. Januar).

Es blieb nur ein Ausweg: die „Vertretungsnorm“ für *alle angefochtenen* Mandate zu erhöhen, d. h. hierbei nicht auf je 50, sondern auf je 75 Stimmen ein Mandat zu rechnen. Zu diesem Verfahren entschloß man sich aus dreierlei Gründen: 1. es schloß jede Willkür und beiderseitige Verärgerung bei der Beurteilung der einzelnen strittigen Mandate aus; 2. es stellte an die Mandate die gleichen Bedingungen, gleichviel ob sie von der einen oder der anderen Seite angefochten wurden; 3. es stützte sich auf einen Beschluß des Petersburger Komitees, der lange Zeit vor der Konferenz angenommen worden war, und zwar hatte das Petersburger Komitee beschlossen, daß in den Fällen, in denen sich demokratische Wahlen zur Konferenz als gänzlich unmöglich erweisen (wenn es z. B. aus polizeilichen Gründen unmöglich ist, Versammlungen einzuberufen), auch Vertreter zugelassen werden sollen, die nicht völlig demokratisch gewählt worden sind, daß jedoch dabei die Vertretungsnorm *erhöht* werden soll, d. h., es sollte nicht ein Vertreter auf 50 Stimmen zugelassen werden, sondern auf 75, auf 100 usw.

Man nehme nun die Zahl der angefochtenen und der unangefochtenen

Stimmen. Bei den unangefochtenen Stimmen erhalten wir, einen Delegierten auf 50 Stimmen gerechnet, 37 Bolschewiki und 16 Menschewiki. Bei den angefochtenen Stimmen erhalten wir, einen Delegierten auf 75 Stimmen gerechnet, 4 Bolschewiki und 12 Menschewiki. Insgesamt also: 41 Bolschewiki (plus 1 Bolschewik von der Militärorganisation, wo demokratische Wahlen unmöglich sind) und 28 Menschewiki.

Auf die einzelnen Bezirke verteilen sich diese endgültig bestätigten 70 Mandate wie folgt:

Bezirk	Wassilewski-Ostrow	7 Bolschewiki	6 Menschewiki	Insgesamt	13
Wiborger Bezirk	2	"	4	"	6
Stadtbezirk	5	"	7	"	12
Eisenbahner	1	"	2	"	3
Letten	2	"	1	"	3
Moskauer Bezirk	4	"	4	"	8
Narwaer Bezirk	—	"	—	"	—
Newski-Bezirk	2	"	1	"	3
Landbezirk	9	"	1	"	10
Handwerker (Handelsangestellte)	4	"	—	"	4
Petersburger Bezirk	3	"	2	"	5
Esten	2	"	—	"	2
Militärorganisation	1	"	—	"	1
<i>Insgesamt</i>	42	"	28	"	70

Wie hieraus ersichtlich, entbehren die Klagen über die Zusammensetzung der Konferenz jeder Grundlage. Natürlich, wenn man vor einem nicht unterrichteten Publikum ein Geschrei über die Streichung dieses oder jenes Mandats, über die Nichtanerkennung dieser oder jener Vollmacht anhebt — so kann das für den Augenblick einen gewissen Eindruck machen, falls die Leute sich die Sache nicht überlegen. Aber das ist doch kein Streiten, sondern leeres Gezänk.

Man braucht sich nur mit den Unterlagen über die Zusammensetzung der Konferenz bekannt zu machen, um sofort klar zu erkennen, daß an der Erhöhung der Vertretungsnorm für *alle* angefochtenen Stimmen *nichts* Willkürliches war. Es ist doch wirklich kein Zufall, daß 2635 Stimmen unstrittige, von niemandem angefochtene Stimmen waren, während nur 1246 angefochten wurden! Man kann doch nicht ernstlich behaupten, daß

die *Masse* der angefochtenen Stimmen rein zufällig, ohne jeden Grund, angefochten wurde!

Man vergegenwärtige sich z. B., was eine Abstimmung „ohne Plattform“ bedeutet, wie sie so häufig von den Menschewiki vorgenommen wurde (und lediglich aus diesem Grunde haben sie es auf nahezu 1000 angefochtene Stimmen gebracht). Es bedeutet, daß eine Befragung *aller* Parteimitglieder darüber, ob sie für oder gegen ein Abkommen mit den Kadetten sind, nicht durchgeführt wird. Die Wahlen der Delegierten finden ohne eine solche Befragung und ohne Plattform statt. Die Konferenz kann also die Meinung der Parteimitglieder nicht *genau* kennen! Die *Masse selbst* wird also über die Streitfrage (die sich auf eine Aktion der Masse bezieht) nicht befragt. Können hierbei Unregelmäßigkeiten vermieden werden?

Kann ein *aufrichtiger* Anhänger der Demokratie in der Organisation wirklich solche Abstimmungen verteidigen? Die Demokratie besteht nicht darin, daß die Masse ihren einzelnen Vertretern Vertrauen schenkt, weil sie ihr bekannt sind, sondern darin, daß die Masse selbst bewußt und grundsätzlich zu den wichtigsten Fragen Stellung bezieht.

Schließlich müssen die Klagen über die Zusammensetzung der Konferenz noch aus dem Grunde für völlig grundlos erklärt werden, weil in Petersburg in der letzten Zeit eine *Reihe* ähnlicher Konferenzen stattgefunden hat. Vor einem Jahr fand eine Konferenz über die Boykottfrage statt. Das Übergewicht hatten die Bolschewiki. Zur Zeit der ersten Duma trat eine Konferenz zusammen, die die Frage behandelte, ob man die Forderung nach einem Dumakabinett (d. h. kadettischen Kabinett) unterstützen sollte. Das Übergewicht hatten die Bolschewiki.

Ist es nicht lächerlich, jetzt zu hören, daß das Übergewicht der Bolschewiki in der Frage der Wahlabkommen mit den Kadetten nur zufällig sei?

II

DIE FRAGE DER TEILUNG DER KONFERENZ

Das Zentralkomitee der Partei, in dem die Menschewiki das Übergewicht haben, richtete an die Petersburger Konferenz die Forderung, sich in eine Stadt- und eine Gouvernementskonferenz zu teilen. Die Men-

schewiki wollen sich nun auf die Nichterfüllung dieser Forderung berufen, um zu rechtfertigen, daß sie die Konferenz verlassen haben.

Prüfen wir, ob diese Forderung nach dem Parteistatut berechtigt war, ob die Konferenz sie annehmen mußte und ob sie überhaupt verwirklicht werden konnte.

Das Statut unserer Partei sieht ganz unzweideutig eine demokratische Organisation der Partei vor. Die gesamte Organisation baut sich von unten, nach dem Grundsatz der Wählbarkeit, auf. Die Lokalorganisationen gelten nach dem Parteistatut in ihrer örtlichen Tätigkeit als selbständig (autonom). Das Zentralkomitee vereinigt und leitet auf Grund des Statuts die gesamte Arbeit der Partei. Hieraus ist klar ersichtlich, daß es kein Recht hat, sich in die *Zusammensetzung* der Lokalorganisationen einzumischen. Wenn die Organisation sich von unten aufbaut, so würde es eine völlige Verletzung aller Grundsätze der Demokratie und des gesamten Parteistatuts bedeuten, wollte man sich von oben in ihre Zusammensetzung einmischen. Nehmen wir an, daß die Organisation aus diesen oder jenen Gründen verschiedenartige Teile umfaßt, zum Beispiel Stadt und Gouvernement. Bei demokratischem Parteaufbau kann diese Zusammenfassung nicht durch einen Befehl von oben aufrechterhalten (oder vorgeschrieben) werden. Eine Trennung kann also nur auf Wunsch von unten erfolgen: die Stadt kann sich von dem Gouvernement trennen, und niemand kann ihr das verbieten. Das Gouvernement kann sich von der Stadt trennen, und niemand kann es ihm verbieten. Wenn von unten kein einziger irgendwie bedeutender, irgendwie selbständiger Teil der Organisation die Forderung nach Trennung aufgestellt hat, so bedeutet das, daß das ZK *keinen einzigen* einflußreichen Teil der Organisation von der Notwendigkeit der Trennung *überzeugen* konnte! Versucht man unter solchen Umständen, von oben eine Trennung aufzuzwingen, so ist das ein Hohn auf die Demokratie, ein Hohn auf das Parteistatut. Es bedeutet nicht mehr und nicht weniger als den Versuch, die Macht des ZK zu mißbrauchen, d. h. sie nicht im Interesse der Parteieinheit, sondern im Interesse eines Teils der Partei (der Menschewiki), also zur Entstellung des Willens und des Beschlusses der lokalen Parteiarbeiter einzusetzen.

Das ZK hat die Unhaltbarkeit seiner Forderung selbst so deutlich empfunden, daß es sich in dem *schriftlich niedergelegten allgemeinen* Beschluß sehr vorsichtig ausgedrückt hat. Der allgemeine Beschluß des ZK *empfiehlt*

allen Parteiorganisationen, den Rahmen der Organisation „nach Möglichkeit“ (so heißt es wörtlich!) den Wahlkreisen anzupassen. Daß diese Empfehlung bindend sei, davon konnte keine Rede sein, und davon war keine Rede. Daß das ZK gerade in bezug auf Petersburg irgendwelche besonderen Ziele verfolgte, zeigt schon die Tatsache, daß es in keiner einzigen anderen Stadt Rußlands die Teilung einer Konferenz verlangt hat. So gehören z. B. in *Wilna* der Stadtkonferenz sozialdemokratische Vertreter auch solcher Unternehmungen an, die sich außerhalb der Stadtgrenze, d. h. in einem anderen Wahlkreis befinden. Dem ZK aber ist es gar nicht eingefallen, die Frage der Teilung der *Wilnaer* Konferenz zu stellen!

In *Odessa* tagte ebenfalls eine gemeinsame Konferenz, obwohl auch dort ein Teil der Unternehmen sich außerhalb der polizeilichen Stadtgrenze befindet. Ja, vermag man auch nur eine einzige größere Stadt zu nennen, wo der Rahmen der Organisation der polizeilichen Teilung in Stadt und Gouvernementsteil entspräche? Kann man im Ernst davon reden, in den größeren Städten, den Zentren der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die *Vorstädte*, die oftmals größten Fabriken, die proletarischsten „*Vororte*“ von den Städten zu trennen? Das ist ein so grober Hohn auf den gesunden Menschenverstand, daß nur Leute, die auf der Suche nach einem Anlaß zur Spaltung vor keinem Mittel zurückschrecken, sich an so etwas klammern können.

Schaut euch die Bezirke Petersburgs an, um euch davon zu überzeugen, daß es unmöglich war, der Forderung nach Teilung der Konferenz nachzukommen. Wenn man die Organisation überhaupt oder insonderheit die Konferenz in einen städtischen und einen Gouvernementsteil zerlegen will, dann muß man entweder die Adresse, den Wohnort jedes einzelnen Parteimitglieds kennen oder bereits fertige Zellen, Abteilungen, Bezirke haben, die nach dem territorialen Prinzip organisiert sind, d. h. Bezirke, die nach dem Wohnort der Parteimitglieder oder dem Standort einer Fabrik in dem einen oder anderen Polizeirevier festgelegt sind.

Wir sehen aber, daß in *St. Petersburg* (wie wahrscheinlich auch in der Mehrzahl der Städte Rußlands) die Bezirke, Unterbezirke und unteren Zellen nicht nur nach dem territorialen (örtlichen) Prinzip organisiert sind, sondern auch nach dem beruflichen Prinzip (dieses oder jenes Gewerbe, diese oder jene Beschäftigung der Arbeiter oder der Bevölkerung

überhaupt) und nach dem *nationalen* Prinzip (verschiedene Nationalitäten oder Sprachen).

Es gibt zum Beispiel in St. Petersburg einen *Eisenbahnerbezirk*. Er ist nach dem beruflichen Prinzip organisiert. Wie kann man ihn in einen städtischen Teil und einen Gouvernementeil zerlegen? Nach dem Wohnort jedes einzelnen Eisenbahners: Petersburg, Kolpino oder andere Stationen? Oder nach dem jeweiligen Aufenthaltsort der Züge, die zum Unglück für unser ZK die Gewohnheit haben, aus der „Stadt“ Petersburg „ins Gouvernementeil“ und sogar in verschiedene Gouvernements zu fahren?

Man versuche doch, den *lettischen* Bezirk zu teilen! Und dann gibt es noch den *estnischen* Bezirk und die Militärorganisation.

Sogar die territorialen Bezirke können nicht geteilt werden. Die Arbeiter haben auf der Konferenz selbst darauf hingewiesen. Es erhebt sich ein Arbeiter aus dem Moskauer Bezirk und erklärt: Ich kenne in unserem Bezirk Fabriken, die sich nicht weit von der Stadtgrenze befinden. Bei Arbeitsschluß sieht man sofort, daß ein Teil der Arbeiter sich in die „Stadt“, ein anderer Teil „ins Gouvernementeil“ begibt. Wie sollen wir nun hier eine Teilung vornehmen? Und die Arbeiter lachten geradezu über den Vorschlag des ZK.

Man muß schon sehr naiv sein, um nicht zu sehen, was hinter diesem durchsichtigen Manöver steckt. Man muß schon sehr naiv sein, um sagen zu können, es hätte immerhin versucht werden sollen, eine „ungefähre“ Teilung „nach Möglichkeit“ vorzunehmen.

Wenn man eine ungefähre Teilung durchführen will, muß man wohl oder übel eine gewisse *Willkür* zulassen, denn es ist *unmöglich*, den lettischen Bezirk, den Eisenbahnerbezirk und andere Bezirke exakt zu teilen. Jede Willkür aber würde neue endlose Proteste und Beschwerden, neue Beschlüsse des ZK hervorrufen und eine Unmenge von neuen Anlässen zur Spaltung bieten. Schaut euch die (obenstehende) Liste der Bezirke an — ihr werdet sehen, daß sich Leute finden könnten, die für rein städtisch, unzweifelhaft städtisch nur vier Bezirke erklären würden: den Wassilewski-Ostrow-Bezirk, den Stadtbezirk, den Wiborger und den Petersburger Bezirk. Warum nur diese? Weil sich hier ein *menschewistisches Übergewicht* ergeben würde. Wie ließe sich aber eine solche Willkür rechtfertigen?

Und wie will das ZK die Willkür rechtfertigen, daß es gar nicht daran gedacht hat, Wilna zu teilen, während es von St. Petersburg die Teilung verlangte? Wenn ihr aber gegen solche Willkür auftreten wollt, wer wird dann den Streit endgültig schlichten? Doch eben dasselbe ZK...

Auch die naivsten Leute werden jetzt begreifen, daß die Beschwerden über die Zusammensetzung der Konferenz und über ihre Weigerung, sich zu teilen, nur dazu dienen, die Aufmerksamkeit von etwas anderem abzulenken. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß die Menschewiki beschlossen haben, sich der Mehrheit der Petersburger Organisation nicht unterzuordnen und unmittelbar vor den Wahlen eine Spaltung durchzuführen, um von den sozialistischen Arbeitern zu den Kadetten hinüberzuwechseln.

III

WAS HAT ES ZU BEDEUTEN, DASS DIE MENSCHEWIKI DIE KONFERENZ VERLASSEN HABEN?

Der Schluß, den wir gezogen haben, mag dem einen oder andern Leser als zu schroff erscheinen. Wir denken jedoch, daß es eines Sozialisten unwürdig ist, in einer ernstesten politischen Angelegenheit die Wahrheit zu verheimlichen oder zu vertuschen. Man muß die Dinge bei ihrem Namen nennen. Man muß alle Ausflüchte und Spiegelfechtereien entlarven, damit sich die Arbeitermassen über die wahre Sachlage völlig klarwerden. Nur die bürgerlichen Parteien sehen in den Wahlen ein Spiel hinter den Kulissen und eine Teilung der Beute. Die Arbeiterpartei hingegen muß vor allem darauf hinarbeiten, daß das Volk sich über die Beziehungen zwischen den Parteien, über seine eigenen Interessen und Kampfaufgaben klar werde und daß es erkenne, was eigentlich hinter den Kulissen vor sich geht.

Wir haben gesehen, daß die Beschwerden über die Zusammensetzung der Konferenz der Petersburger Organisation der SDAPR, über ihre Weigerung, sich zu teilen, leere Ausflüchte sind. Wir wußten, daß es um eine ganz einfache Sache ging. Die Menschewiki wollten um jeden Preis ein Abkommen mit den Kadetten. Die Menschewiki wußten, daß die

Mehrheit der Mitglieder der Petersburger Organisation diese ihre Ansicht nicht teilt. Die Menschewiki hatten auf der Gesamtrussischen Konferenz beschlossen, sich in jedem einzelnen Ort dem Beschluß der Lokalorganisation unterzuordnen. Jetzt *haben sie ihr Versprechen gebrochen* und versucht, ihre Ziele vermittels der *Spaltung* durchzusetzen.

Die 31 Menschewiki, die die Konferenz verlassen haben, haben bereits heute (den 13. Januar) in den Petersburger Zeitungen erklärt, daß sie sowohl den Kadetten als auch sämtlichen Trudowikiparteien, und zwar nicht nur den Sozialrevolutionären und den Trudowiki (denen die Konferenz ein Abkommen vorgeschlagen hatte), sondern auch den „Volkssozialisten“ einen Block vorschlagen.

Die Sache ist also sonnenklar. Das klassenbewußte Proletariat hat beschlossen, die Wahlkampagne selbständig zu führen. Das Kleinbürgertum (einschließlich der Trudowiki) schwankt, stellt sich mal auf diese, mal auf jene Seite, ist durchaus imstande, ein Paktieren mit den Kadetten dem prinzipiellen Kampf vorzuziehen. Die Menschewiki sind der kleinbürgerliche Teil der Arbeiterpartei. In der letzten Minute nehmen sie irgendwelche Nichtigkeiten zum Vorwand, um das revolutionäre Proletariat zu verlassen und auf die Seite der Kadetten überzugehen.

Die Richtigkeit dieses Schlusses wird vor allem durch die Kadettenzeitungen bestätigt. Die Kadetten aber wird wohl niemand der Sympathie für die Anschauungen der Petersburger, d. h. der bolschewistischen Sozialdemokratie verdächtigen!

Schaut euch das Zentralorgan der Kadettenpartei, die „Retsch“, an. Jedermann weiß, daß die „Retsch“ im Verein mit dem „Towarischtsch“ die Menschewiki fortwährend zur Spaltung gedrängt hat, daß sie bemüht war, ihnen auf jede Weise Lob zu spenden, wobei sie sorgfältigst einen Trennungsstrich zwischen ihnen und den Bolschewiki zog. Kaum war bekannt geworden, daß die Menschewiki die Konferenz der Sozialdemokraten verlassen hatten, als die „Retsch“ auch schon (am 11. Januar) einen redaktionellen Artikel „Die sozialdemokratische Konferenz und die Wahlabkommen“ veröffentlichte. Dieser Artikel begrüßt unumwunden die „Entschlossenheit“ der Menschewiki, begrüßt die *Spaltung*, die sie begonnen haben. Dieser Artikel erklärt unumwunden, *die Menschewiki und die Volkssozialisten* (die gemäßigtste, halbkadettische Partei unter den kleinbürgerlichen Trudowikiparteien) blieben „außerhalb des Blocks der revo-

lutionären Parteien im engen Sinne des Wortes" (d. h. außerhalb des Kreises der Petersburger Sozialdemokraten und derer, denen sie ein Wahlabkommen vorgeschlagen haben, d. h. der Sozialrevolutionäre und des Komitees der Trudowikigruppe).

Und die Kadetten erklären offen heraus, sie seien bereit, die Verhandlungen mit diesen „beiden gemäßigt sozialistischen Parteien“ „wiederaufzunehmen“. Sie erklären offen heraus, „die Differenzierung (Scheidung), die innerhalb der sozialistischen Parteien stattgefunden hat, verheißt auch die Ansichten der gemäßigten Sozialisten über die Dumataktik unsern eigenen Ansichten (d. h. den Ansichten der Kadetten) bis zu einem gewissen Grade näherzubringen“.

Diese Worte des Hauptorgans der Kadetten sind außerordentlich wichtig. Die Kadetten bewerten nicht nur die praktischen Resultate der menschewistischen Schwenkung. Die Kadetten sehen klar, daß die Spaltung, die von den Menschewiki ins Werk gesetzt wird, grundsätzliche Bedeutung hat, d. h., daß diese Spaltung in der Tat die Stellung der Menschewiki zu den Grundauffassungen über den politischen Kampf und über die Aufgaben der Arbeiterklasse ändert. Die Kadetten haben sehr wohl begriffen, daß die Menschewiki nicht nur in dem Sinne eine Schwenkung vollzogen haben, daß sie Abkommen in der Praxis bejahen, sondern auch, daß sie eine Schwenkung vollzogen haben zu den Grundauffassungen der Bourgeoisie, daß sie sich von der proletarischen Politik entfernt und der bürgerlichen Politik genähert haben. Die „Retsch“ sagt offen heraus, daß die *gemäßigten Sozialisten* (d. h. die Menschewiki) sich der Kadettentaktik nähern, daß sie faktisch die Hegemonie und die Führung der Kadetten anerkennen. Obwohl die Kadetten noch nicht wissen, ob die Sozialrevolutionäre und die Trudowiki das Angebot der sozialdemokratischen Konferenz annehmen werden, rechnen sie *schon heute* mit einem ganz bestimmten politischen Kräfteverhältnis: die liberale Bourgeoisie führt das gemäßigte Kleinbürgertum und den kleinbürgerlichen Teil des Proletariats; das revolutionäre Proletariat geht selbständig vor und wird bestenfalls (d. h. bestenfalls für uns, schlimmstenfalls für die Kadetten) nur einen Teil des Kleinbürgertums mit sich fortreißen.

So wird die Lage von den Kadetten geschildert. Und man kann nicht leugnen, daß die Kadetten hierin durchaus recht haben. Wie die Sonne in einem kleinen Wassertropfen, so spiegelt sich in dem kleinen Petersbur-

ger Ereignis das ständige, allen kapitalistischen Ländern notwendigerweise eigentümliche Wechselverhältnis der Politik der liberalen Bourgeoisie, der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums wider. Überall und stets ist die liberale Bourgeoisie bestrebt, die wenig entwickelte Masse mit guten Pöstchen zu bestechen, um sie von der revolutionären Sozialdemokratie loszureißen. Die Kadetten beginnen in Rußland die „englische“ Kampfweise der Bourgeoisie gegen das Proletariat anzuwenden, eine Kampfweise, deren Mittel nicht die Gewalt ist, sondern Bestechung, Schmeichelei, Spaltung, Gewinnung der „Gemäßigten“, ihre Einsetzung als Minister, Abgeordnete, Wahlmänner usw.

Die Worte von der „Wiederaufnahme“ der Verhandlungen in der kadettischen „Retsch“ sind gleichfalls völlig klar. Solange die Sozialdemokraten einig waren und die Revolutionäre unter ihnen das Übergewicht hatten, waren die Verhandlungen unterbrochen. Jetzt, nachdem die „beiden gemäßigten sozialistischen Parteien“ sich von der Revolution abgespalten haben — jetzt erklären die Kadetten: „Die Verhandlungen könnten wieder aufgenommen werden.“

Sollte dem Leser der praktische Sinn dieser Worte nicht ganz verständlich sein, so wollen wir sie ihm erklären. Die Kadetten gestanden den Linken zwei Dumasitze (von sechs) zu, und zwar: einen Sitz der Arbeiterkurie und einen den Sozialisten schlechthin. Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Jetzt rufen die Kadetten die „gemäßigten Sozialisten“ wieder zurück: Kehre zurück, Käufer, wir könnten handelseinig werden! Entweder geben wir jetzt den einen Sitz einem Menschewik und den anderen einem „Volkssozialisten“, oder wir werden sogar freigebig drei Sitze zur Verfügung stellen.

Das ist der Sinn der Worte der Kadetten über die „Wiederaufnahme“ der Verhandlungen: Den *Linken* haben wir nichts zugestanden, den *Gemäßigten* aber unter den *Linken* werden wir etwas zugestehen!

Ein naiver oder ein in der Politik unerfahrener Mensch mag den Kopf schütteln, soviel er will, mag Zweifel, mag sein Bedauern ausdrücken usw. — das wird die Sache nicht ändern. Wichtig ist doch nicht, *wie* ein bestimmtes Ergebnis zustande gekommen ist, sondern das Ergebnis selbst (d. h., für die Kadetten ist das nicht wichtig, für die Arbeitermasse aber, die zur Politik *bewußt* Stellung nehmen will, sehr).

Wie die Verhandlungen zwischen Menschewiki und Kadetten geführt

wurden, wissen wir nicht, wir wissen nicht, ob sie schriftlich oder mündlich geführt wurden oder sich auch auf Andeutungen beschränkten. Es ist möglich, daß führende gemäßigte Menschewiki den Kadettenführern einfach *angedeutet* haben, daß eine Spaltung in der Sozialdemokratie wahrscheinlich sei, daß sie *bezirksweise* Abkommen für zulässig halten. Und die Kadetten haben natürlich diese Andeutung im Fluge aufgefangen: „sie“ werden die Petersburger Sozialdemokraten spalten, wir aber werden „sie“ in die Bezirksliste aufnehmen! „Sie“ helfen uns, wir helfen „ihnen“. Ist das etwa ein weniger reales, weniger praktisches, weniger solides Geschäft, als wenn „sie“ direkt zu Kutler, Miljukow oder Nabokow gegangen wären und offen heraus erklärt hätten: Wir werden für euch die Petersburger sozialdemokratische Konferenz spalten, ihr aber bringt uns auf irgendeiner Bezirksliste durch?

Es ist eine Tatsache, daß die Politik der liberalen Bourgeois und der opportunistischen Sozialdemokraten in *allen* konstitutionellen Ländern so und nicht anders geartet ist. Die russischen Arbeiter müssen *lernen*, sich in dieser Politik *auszukennen*, wenn sie nicht wollen, daß man sie mit Leichtigkeit an der Nase herumführe. Bereits Tschernyschewski hat gesagt: Wer fürchtet, sich die Hände schmutzig zu machen, soll sich nicht mit Politik beschäftigen.¹²⁰ Wer sich an den Wahlen beteiligt und Angst hat, sich die Hände schmutzig zu machen, wenn er den Dreck des bürgerlichen Politikastertums aufdeckt, der mag sich davonscheren. Naive Ästheten können in der Politik durch ihre Furcht, den Dingen gerade ins Auge zu sehen, nur Schaden bringen.

Eine andere Äußerung der bürgerlichen Presse, die vollauf bestätigt, daß *wir* die Spaltung richtig eingeschätzt haben, ist die Äußerung der Frau Kuskowa im „Towarischtsch“ (vom 10. Januar). Sie zollt ganz ebenso den Menschewiki Beifall, stachelt sie zur endgültigen Spaltung auf, rät ihnen, keine „Kompromisse“ mit den Bolschewiki einzugehen, und verspricht ihnen Hilfe im Namen der „Rabotscheje-Delo“-Leute.

Um diesen Artikel von Frau Kuskowa richtig zu verstehen, muß man wissen, wer sie ist. Wir wollen davon sprechen, da die Mehrheit der Arbeiter das nicht weiß.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands wurde im Jahre 1898 gegründet. Im Jahre 1899 waren Frau Kuskowa und Herr Prokopowitsch Mitglieder der Partei, und zwar Mitglieder ihrer Auslandsorganisation,

an deren Spitze zu jener Zeit Plechanow stand, der *damals* ein revolutionärer Sozialdemokrat war. Frau Kuskowa aber war schon damals, ebenso wie heute, eine Opportunistin, sie verfocht die kleinbürgerlichen Ansichten in der Sozialdemokratie, verfocht das Bernsteinianertum, d. h. letzten Endes die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die liberale Politik. Am klarsten hat Frau Kuskowa ihre Ansichten in dem berühmten „Credo“ (d. h. Glaubensbekenntnis, Programm, Darlegung einer Weltanschauung) ausgedrückt. In diesem „Credo“ wurde erklärt: die Arbeiter müssen den ökonomischen, die Liberalen aber den politischen Kampf führen. Die „Rabotscheje-Delo“-Leute (damalige Bezeichnung der Opportunisten in der Sozialdemokratie) neigten praktisch zu derselben Ansicht. Plechanow erklärte diesen Ansichten den Krieg auf Leben und Tod (wobei ihm die russischen revolutionären Sozialdemokraten halfen) *und spaltete* auf dieser Grundlage die Auslandsorganisation der SDAPR. Er veröffentlichte gegen die Opportunisten und insonderheit gegen Frau Kuskowa die Broschüre „Vademecum“ („Wegweiser“ für die „Rabotscheje-Delo“-Leute).

Damals wurde Frau Kuskowa aus der Sozialdemokratischen Partei hinausgeworfen. Im Verein mit Herrn Prokopowitsch ging sie zu den Liberalen, den Kadetten. Später verließ sie auch die Kadetten und wurde „parteilose“ Schriftstellerin in dem „parteilos“-kadettischen „Towarischtsch“.

Frau Kuskowa ist keine Einzelercheinung, sie ist die *typische* Verkörperung der kleinbürgerlichen Intelligenz, die in die Arbeiterpartei Opportunismus hineinträgt und von den Sozialdemokraten zu den Kadetten, von den Kadetten zu den Menschewiki usw. wandert.

Das sind die Leute, die die Trommel rühren und Hurra schreien aus Anlaß der Spaltung, die die Menschewiki unter den Petersburger Sozialdemokraten verursachen.

Das sind die Leute, denen Arbeiter, die den Menschewiki Gefolgschaft leisten, die Sache des Proletariats ausliefern.

IV
DIE POLITISCHEN PARTEIEN
UND DIE BEVORSTEHENDEN WAHLEN
IN PETERSBURG

Wie aber steht es nun heute um die Wahlen in Petersburg?

Es ist heute schon klar, daß bei den Wahlen die folgenden drei wichtigsten Kandidatenlisten vorliegen werden: die Schwarzhunderterliste, die Kadettenliste und die sozialdemokratische Liste.

Der ersten Liste werden sich die Oktobristen anschließen, der zweiten wahrscheinlich die Menschewiki und die Volkssozialisten und der dritten vielleicht die Trudowiki und die Sozialrevolutionäre, obwohl es durchaus möglich ist, daß diese schwankenden Parteien, die bis jetzt noch keine endgültige Antwort gegeben haben, ebenfalls (teilweise infolge der Spaltung der Sozialdemokraten) mit den Kadetten zusammengehen werden.

Gibt es in Petersburg eine Schwarzhundertergefahr, d. h. die Gefahr eines Wahlsiegs der Schwarzhunderter? Die Menschewiki, die jetzt von den Sozialisten zu den Kadetten überlaufen, bejahen dies.

Das ist eine himmelschreiende Unwahrheit.

Sogar in der kadettischen „Retsch“, in dieser vorsichtigen, diplomatischen Zeitung, die die Interessen der Liberalen bis auf die kleinsten Kleinigkeiten wahr, sogar in dieser „Retsch“ lesen wir bei Herrn Wergeshski, daß die Oktobristen in den Wahlversammlungen in keiner Weise aufgenommen können, daß der Wähler zwischen den Kadetten und den Sozialisten schwankt.

Alle Meldungen über die Wahlversammlungen, über den Eindruck, den die Lidwaliade¹²¹, die Gerichtsverhandlung gegen die Mörder Herzensteins¹²², die Enthüllungen über die Heldentaten der Schwarzhunderter usw. hervorgerufen haben, zeigen klar, daß die Rechtsparteien unter den Wählern keinerlei Ansehen genießen.

Wer jetzt noch von einer Schwarzhundertergefahr bei den Wahlen redet, der betrügt sich und die Arbeitermassen. Jetzt ist schon offensichtlich, daß das Geschrei über die Schwarzhundertergefahr nur ein Versuch der Kadetten ist, die wenig aufgeklärte Masse zu sich hinüberzuziehen.

Die Schwarzhundertergefahr besteht nicht in der Gefahr einer Stimm-

abgabe für die Schwarzhunderter, sondern in der Möglichkeit, daß die Regierung zu Gewaltmaßnahmen greift, daß sie Wahlmänner verhaften läßt usw. Die Mittel und Wege zur Bekämpfung *dieser* Gefahr aber darf man nicht in einem Abkommen mit den Kadetten suchen, man muß sie suchen in der Entwicklung des revolutionären Bewußtseins und der revolutionären Entschlossenheit der Massen. Gerade die Kadetten sind es jedoch, die die Entwicklung eines solchen Bewußtseins und einer solchen Entschlossenheit am meisten hemmen.

Ein wirklich ernsthafter Kampf wird in Petersburg zwischen den Kadetten und den Sozialdemokraten ausgetragen. Die Trudowikiparteien haben ihre Schwäche bewiesen, haben sie dadurch bewiesen, daß sie der allgemäßigtesten und halbkadettischen „volkssozialistischen“ Partei Gefolgschaft leisten, dadurch, daß sie ganz allgemein keinerlei Selbständigkeit und Festigkeit bekunden.

Wenn die Menschewiki nicht unmittelbar vor den Wahlen Verrat an den Sozialisten geübt hätten, so hätten die Trudowiki und die Sozialrevolutionäre unzweifelhaft *unsere* Bedingungen *angenommen*. Unzweifelhaft würde die *Masse* der Wähler, die sich in Petersburg wie überall aus den armen Bevölkerungsschichten zusammensetzt, den Sozialisten und den Trudowiki, nicht aber den Kadetten folgen. Den Wahlen in Petersburg käme dann die Bedeutung einer großen Schlacht zu, die vor ganz Rußland in klarer und unzweideutiger Form die *Grundfragen* der Zukunft der russischen Revolution aufrollt.*

Der Verrat der Menschewiki erschwert für uns die Wahlen, die grundsätzliche Bedeutung einer *selbständigen Kampagne der Sozialdemokraten*

* Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Wählerversammlung, die vor einigen Tagen in Kolomna stattgefunden hat. Der „Trudowik“ Wodowosow (der offenbar nur aus dem Grunde Trudowik geworden ist, um die Trudowiki ins Schlepptau der Kadetten zu bringen) bringt den Beschluß zur Annahme: in dem allgemeinen Linksblock den Kadetten zwei von sechs Dumasitzen zu geben. Welch kindliche Einfalt! Will man nur den kleineren Teil der Dumasitze abgeben, so muß man *zuerst* siegen, Herr Wodowosow, so darf man nicht hinter den Kadetten einhertrotten! Und sogar eine *solche* Versammlung mit einem *solchen* Vorsänger bewies durch ihre Abstimmung, daß die Masse links von den Kadetten steht. Eine solche Masse müssen wir vor die Entscheidung stellen: für die liberale Bourgeoisie oder für das revolutionäre Proletariat.

wird dadurch aber *noch größer*. Das Proletariat hat kein anderes Mittel gegen das Schwanken des Kleinbürgertums — und kann kein anderes haben —, als das Klassenbewußtsein und die Geschlossenheit der Massen zu fördern, als die Massen *am Beispiel* der politischen Entwicklung zu unterrichten.

Während die Trudowiki schwanken, während die Menschewiki kühn handeln, müssen wir mit aller Kraft eine selbständige Agitation betreiben. Mag jedermann wissen, daß die Sozialdemokraten fest entschlossen sind, unter allen Umständen eine eigne Liste aufzustellen. Und mögen alle armen Wählerschichten wissen, daß sie die Wahl haben werden zwischen den Kadetten und den Sozialisten.

Diese Entscheidung müssen sich die Wähler überlegen. Und diese Überlegungen werden für die Entwicklung des *Bewußtseins* der Massen jedenfalls ein großer Gewinn sein — ein Gewinn in einer wichtigeren Sache, als es die Erwerbung eines Dumasitzes für einen X oder Y aus den Händen der Kadetten ist. Wenn die Massen der armen Stadtbevölkerung nochmals den Versprechen der Kadetten Glauben schenken, sich nochmals durch das liberale Phrasengeklingel und die liberalen Luftschlösser eines „friedlichen“ Fortschritts, einer „friedlichen“ Gesetzgebung der Herren Gurko und der Herren Kutler-Miljukow betören lassen — so werden die Ereignisse bald ihre letzten Illusionen zertrümmern.

Die revolutionäre Sozialdemokratie muß den Massen die ganze Wahrheit sagen und unbeirrt ihren Weg fortsetzen. Wem die wirklichen Erregenschaften der russischen Revolution, die durch den proletarischen Kampf erfochten worden sind, teuer sind, wer den Instinkt des werktätigen und ausgebeuteten Menschen hat, der wird mit der Partei des Proletariats gehen. Und mit jeder Etappe der Entwicklung der russischen Revolution wird es den Massen immer klarer und klarer werden, daß die Ansichten dieser Partei richtig sind.

NACHWORT

Der Leitartikel der „Retsch“ vom 14. Januar bestätigt von neuem, was wir oben über die Bedeutung des Überlaufens der Menschewiki von den Sozialisten zur Bourgeoisie gesagt haben. Die „Retsch“ frohlockt darüber, daß sich ihre Prophezeiung bewahrheitet hat, daß sich die Menschewiki in Petersburg abspalten und eine separate Organisation aufbauen. „Es ist so gekommen, wie wir es vorausgesagt haben“, erklärt die Zeitung unter Hinweis auf ihre früheren Nummern. „Ein Teil der Sozialdemokratie, obzwar nicht der einflußreichste, der aber am meisten zur parlamentarischen Tätigkeit neigt, ist unseren Vorschlägen entgegengekommen.“

Ja, das ist wahr, die Menschewiki sind dem Bestreben der liberalen Bourgeois *entgegengekommen*, den opportunistischen Teil der Arbeiterpartei abzuspalten und unter die Führung der Kadetten zu bringen. Wir haben oben gesehen, daß die „Retsch“ bereits einen Trennungsstrich zwischen den Menschewiki und Volkssozialisten einerseits und den revolutionären Parteien anderseits gezogen hat, indem sie die ersten beiden als „gemäßigte Sozialisten“ bezeichnet. Jetzt geht die „Retsch“ einen Schritt weiter. Sie erklärt, daß wahrscheinlich auch die Sozialvolkstümmler (Volkssozialisten) einen Block mit den Kadetten vorziehen werden. Sie erklärt: „Die Menschewiki sind entschlossen der Schaffung eines *allgemeinen oppositionellen Blocks* entgegengekommen.“ „Es muß anerkannt werden, daß heute, nach der Weigerung der Bolschewiki, für einen oppositionellen Block der Kadetten, Menschewiki und Sozialvolkstümmler bedeutend größere Möglichkeiten bestehen.“

Die Kadetten haben also jetzt selbst zugegeben, daß es bei den Wahlen drei Blocks oder jedenfalls drei politische Hauptkräfte gibt: den Regie-

rungsblock, den oppositionellen Block und den revolutionären Block. Diese Einteilung ist durchaus richtig. Wir stellen fest, daß die Logik der Dinge die Kadetten dazu führt, als richtig anzuerkennen, worauf wir seit langem hartnäckig hingewiesen haben. Wir stellen außerdem fest, daß im revolutionären „Block“ einstweilen nur die revolutionäre Sozialdemokratie wirklich fest verankert ist. Die anderen Elemente, und insonderheit das revolutionäre Kleinbürgertum (die „Sozialrevolutionäre“), schwanken noch immer.

Es wird immer klarer und klarer, welche grundsätzliche Bedeutung das Überlaufen der Menschewiki zu den Kadetten hat. Die schönen Worte der menschewistischen Wahlplattformen und Grundsatzresolutionen (z. B. auf der Gesamtrussischen sozialdemokratischen Konferenz), das Gerede darüber, daß sie die Illusionen des friedlichen Weges bekämpfen werden, daß sie den Wählern raten, nicht Fürsprecher, sondern Kämpfer in die Duma zu wählen usw. usw. — alle diese Worte sind *nur Worte* geblieben. In Wirklichkeit haben die Menschewiki so gehandelt, daß die Kadetten sie ins Schlepptau, ins Schlepptau *ihrer* Politik genommen haben. In Wirklichkeit *sind* die Menschewiki in den „oppositionellen Block“ geraten, d. h. zu einem einfachen Anhängsel der Kadetten geworden.

Nicht genug damit. Der Leitartikel der „Retsch“ vom 14. Januar enthält auch, *welchen Preis* die Kadetten den Menschewiki für die Unterstützung der Kadetten und für ihren Eintritt in den oppositionellen Block zu zahlen gewillt sind. Dieser Preis ist ein Sitz in der Duma, *der der Arbeiterkurie weggenommen werden soll*. Man höre:

„Da sich gleichzeitig (d. h. mit der Bildung des oppositionellen Blocks aus Kadetten, Menschewiki und Volkssozialisten) die Zahl der Anwärter auf die Dumasitze verringert hat, so wird es sich vielleicht bei der neuen Kombination als möglich erweisen, den Vorschlag der Partei der Volksfreiheit anzunehmen und sich mit zwei von den sechs Sitzen zu begnügen. Natürlich wird man heute aller Wahrscheinlichkeit nach an diesem Vorschlag eine gewisse Änderung vornehmen müssen. *Der Dumasitz, der für einen von der Arbeiterkurie gewählten Deputierten bestimmt war, wird nach dem Konferenzbeschuß offenbar nicht mehr einem bolschewistischen Arbeiter zur Verfügung gestellt werden können*. Bei der neuen Zusammensetzung des Blocks könnten *die Menschewiki diesen Dumasitz als ihren rechtmäßigen Besitz betrachten*. Der andere von den beiden Sitzen,

die die Partei der Volksfreiheit abtritt, würde in diesem Falle dem volkssozialistischen Block zufallen.“

Ein glänzendes Geschäft! Man kann die Kadetten zu diesem billigen Kauf beglückwünschen! Für immer dieselben zwei „abzutretenden“ Dumasplätzchen sowohl sämtliche kleinbürgerliche Parteien als auch den kleinbürgerlichen Teil der Arbeiterpartei an sich zu bringen — und noch dazu *auf Kosten der Arbeiter!*

Die Arbeiter müssen das Recht auf ihren Vertreter der Arbeiterkurie *deswegen* verlieren, weil sich die Menschewiki von den Sozialdemokraten losgesagt haben, weil sie (laut dem Urteil der „Retsch“) eine gemäßigt sozialistische Partei geworden und in den oppositionellen Block eingetreten sind. Die Arbeiter Petersburgs verlieren das ihnen von den Kadetten zugesicherte Recht, über ihren Dumasitz zu verfügen, *weil* die Menschewiki nicht mit den revolutionären Sozialdemokraten, sondern mit den Kadetten zusammengehen. Für das „Geschäftchen“ mit den Kadetten erhalten die Menschewiki „ein kleines Zugeständnis“ nicht auf Kosten der Kadetten, sondern auf Kosten der Arbeiter... Welch ausgezeichnetes Beispiel von bürgerlichen Zugeständnissen an das „Volk“! Den Vorkämpfern des „Volkes“ ist die Bourgeoisie bereit ein Parlamentsplätzchen zu geben, wenn nur diese Vorkämpfer auf die Seite der Bourgeoisie überwechseln...

Die Bevollmächtigten und die Wahlmänner der Arbeiterkurie werden jetzt wohl einsehen, welche *Vorteile* — nicht nur grundsätzliche, sondern auch praktische — ihnen ein Abkommen mit den Kadetten bringt. Ist es nicht klar, daß die Kadetten der Arbeiterkurie einen Sitz nur *deswegen* zugestanden hatten (nicht zugestehen, sondern zugestanden hatten), weil sie aufrichtig mit der wirklichen Freiheit des wirklichen Volkes sympathisieren, und durchaus nicht, um die unaufgeklärte, notleidende Masse auf die Seite der Bourgeoisie hinüberzuziehen?

DER NARR ALS RICHTER

(Aus den Notizen eines sozialdemokratischen Publizisten)

Petersburg, 15. Januar 1907

Der bürgerlichen Presse gibt der Beschluß der Petersburger sozialdemokratischen Konferenz Anlaß zu allen möglichen Urteilen und Betrachtungen. Der ganze Chor der Liberalen — von der steifoffiziellen „Retsch“ bis zum Boulevard-Blättchen „Sewodnja“ [Heute] — frohlockt über die Spaltung, die die Menschewiki ins Werk setzten, triumphiert über die Rückkehr dieser verlorenen Söhne der „Gesellschaft“ in den Schoß des „oppositionellen Blocks“, triumphiert darüber, daß sie sich von dem Einfluß der „revolutionären Illusionen“ frei gemacht haben.

Die Sozialdemokraten, die wirklich auf der Seite des revolutionären Proletariats stehen, täten gut daran, die Frage zu stellen:

Und wer sind die Richter?

Nehmen wir einmal einen der besten Richter, die „Rodnaja Semlja“ [Heimaterde] in der Ausgabe vom 15. Januar. Diese Zeitung vertritt zweifellos eine weiter links stehende Richtung als die der Kadetten. Im großen und ganzen kann man diese Richtung als „trudowikisch“ bezeichnen. Zum Beweis für die Richtigkeit einer solchen politischen Einschätzung können wir darauf verweisen, daß Herr Tan¹²³ an dieser Zeitung mitarbeitet. Der Name des Herrn Tan steht in der veröffentlichten Liste der Mitglieder des Organisationskomitees der (volkssozialistischen) „Arbeitspartei“.

Die Richter sind also Trudowiki.

Sie verurteilen die Bolschewiki und billigen ebenso wie die Kadetten den Plan der Menschewiki. Nur wollen sie zum Unterschied von den Kadetten, daß in dem gemeinsamen Block aller linken Parteien den Kadetten nicht mehr als zwei oder drei Dumasitze zur Verfügung gestellt werden.

So lautet das Urteil. Sehen wir uns seine Begründung an.

„Im Mittelpunkt des Streites steht zweifellos die Frage, ob es in Petersburg eine Schwarzhundertergefahr gibt oder nicht.“

Das ist nicht wahr. Wenn ihr darangeht, in dem Leitartikel einer politischen Zeitung über die bolschewistische Sozialdemokratie zu urteilen, so habt ihr die *Pflicht*, euch in dem auszukennen, worüber ihr urteilt. Ihr selbst erklärt in demselben Leitartikel: „Der Streit, der gegenwärtig über die Resolutionen der (sozialdemokratischen) Konferenz entbrannt ist, erweckt zweifellos allgemeines Interesse.“ Wer erklärt, öffentlich an einem Streit teilnehmen zu wollen, der jedermann interessiert, und von Anfang an zeigt, daß er den „Mittelpunkt“ des Streites nicht kennt, der läuft Gefahr, mit einem nicht gerade schmeichelhaften Namen belegt zu werden...

Die revolutionäre Sozialdemokratie hat schon sehr oft, in all ihren zahlreichen politischen Erklärungen, erläutert und betont, daß man die Frage der sogenannten Schwarzhundertergefahr *nicht* als den „Mittelpunkt“ der Auseinandersetzungen über die Wahltaktik ansehen kann.

Warum nicht? Weil die Wahltaktik der Arbeiterpartei nur eine *Anwendung* der *allgemeinen Grundsätze* der sozialistischen Taktik des Proletariats auf einen speziellen Fall sein darf. Die Wahlen sind nur *eine* und dabei (besonders in einer revolutionären Epoche) bei weitem nicht die wichtigste, nicht die wesentlichste Sphäre des Kampfes, den das sozialistische Proletariat für Freiheit und Beseitigung jeder Ausbeutung führt. Außer dem Kampf mit Wahlzetteln gibt es noch einen Kampf anderer Art, der in revolutionären Epochen *unweigerlich* entbrennt. Diesen anderen Kampf zu vergessen sind Leute, die sich dünken, gebildete Intellektuelle zu sein, denen aber die Freiheitsliebe nichts als ein Lippenbekenntnis ist, nur allzu gern geneigt. Ihn zu vergessen sind die kleinen Eigentümer geneigt, die abseits stehen vom schärfsten Tageskampf gegen das Kapital und seine Helfershelfer. Der Proletarier aber vergißt diesen Kampf nicht.

Deshalb kann für den klassenbewußten Proletarier die Taktik während der Wahlen nur darin bestehen, seine allgemeine Taktik einem besonderen Kampf, dem Wahlkampf, anzupassen, keinesfalls aber darin, die Grundlagen seiner Taktik zu ändern, den „Mittelpunkt“ dieser Taktik zu verschieben.

Die Grundlage der sozialistischen Taktik in der Zeit der Revolution besteht darin, daß die fortgeschrittenste Klasse, das Proletariat, an der Spitze der Volksrevolution marschiert (die Revolution, die sich gegenwärtig in Rußland vollzieht, ist eine bürgerliche Revolution in dem Sinne, daß die Eroberung der ganzen Freiheit und des ganzen Bodens für das Volk uns durchaus nicht von der Herrschaft der Bourgeoisie erlösen wird; es ist aber klar, daß die Revolution ungeachtet dieses ihres sozialökonomischen Charakters eine Volksrevolution ist). Die fortgeschrittenste Klasse muß daher unermüdlich vor den breitesten Massen aufdecken, wie trügerisch alle Hoffnungen sind, die auf Verhandlungen und Abkommen mit der alten Staatsmacht im allgemeinen und insbesondere auf ein Abkommen in der Bodenfrage zwischen Gutsbesitzern und Bauern gesetzt werden. Die fortgeschrittenste Klasse muß selbständig den Weg des beharrlichen Kampfes gehen und darf dabei nur diejenigen unterstützen, die wirklich kämpfen, und nur in dem Maße, in dem sie kämpfen.

Das sind die Grundlagen der sozialistischen Taktik, die der Arbeiterpartei eine selbständige Klassenpolitik als Regel vorschreiben, Zusammenarbeit aber und Abkommen nur mit der revolutionären Bourgeoisie und nur als Ausnahme gestatten.

Die Liberalen begreifen diese Grundlagen der sozialdemokratischen Taktik nicht. Der Gedanke des Klassenkampfes ist ihnen fremd, es stößt sie ab, wenn man Kompromissen und Verhandlungen — die Volksrevolution entgegenstellt. Alle Sozialdemokraten aber, die Bolschewiki wie auch sogar die Menschewiki, erkennen im Prinzip die Grundlagen dieser Taktik an. Die Herren Trudowiki, die es unternehmen, eine politische Zeitschrift herauszugeben, ohne das Abc der gegenwärtigen taktischen Fragen des Sozialismus zu kennen, könnten darüber z. B. auch in der Wahlplattform der Sozialdemokratischen Partei — der Plattform der Menschewiki, die die Mehrheit im ZK haben — nachlesen.

„Bürger“, heißt es in dieser Plattform, „in die Duma müssen Leute gewählt werden, die nicht nur Freiheit für Rußland wollen, sondern auch bestrebt sind, der Volksrevolution zu helfen, um diese Freiheit zu eringen... Die Mehrheit der ersten Duma, die von der Partei der ‚Volksfreiheit‘ geführt wurde, hoffte, Freiheit und Land durch friedliche Verhandlungen mit der Regierung zu erhalten... Bürger, wählt also Kämpfer der Revolution, die zusammen mit euch das große Werk fortsetzen

werden, das im Januar, Oktober und Dezember des vorigen Jahres (1905) begonnen wurde."

Der „Mittelpunkt des Streites“, von dem unsere Trudowiki nichts begriffen haben, besteht darin, ob von diesem Gesichtspunkt aus Abkommen mit den Kadetten *grundsätzlich* zulässig sind. Diese Frage hat die Petersburger sozialdemokratische Konferenz, genau wie vorher die vierzehn Delegierten der Gesamtrussischen Konferenz (der SDAPR), verneint. Abkommen mit der Partei des Kuhhandels und der Verhandlungen mit der alten Macht sind unzulässig. Die Kadetten können in der „Volksrevolution“ keine Bundesgenossen sein. Ihr Anschluß an die „Kämpfer der Revolution“ stärkt die Kämpfer nicht, sondern schwächt sie, wird doch ihre Arbeit von den jetzt offen gegen den Kampf, gegen *jedliche* revolutionäre Losungen auftretenden Kadetten gehemmt.

Unsere Richter, die diese *grundsätzliche* Einstellung der bolschewistischen Sozialdemokratie zu den Kadetten nicht bemerkt haben, haben „den Elefanten“ übersehen.*

Diese Trudowiki stehen voll und ganz unter dem ideologischen Einfluß der liberalen Bourgeoisie. Für sie haben die Wahlen alles überschattet. Die Wahlergebnisse sind für sie wichtiger als die Aufklärung der *Massen* im Laufe der Wahlkampagne. Sie haben keinen Begriff davon, welche gewaltige Bedeutung völlige Klarheit, Bestimmtheit und Unzweideutigkeit der Wahlagitation für einen Sozialdemokraten haben, der seinen Grundsätzen treu ist, der seinem revolutionären Standpunkt treu bleibt, mag man ihn auch durch die Aussicht auf ein Plätzchen in der Duma zu verlocken suchen, mag man ihm auch mit der Aussicht bange zu machen suchen, in der Hauptstadt ohne Dumamandat zu bleiben. Die Trudowiki hingegen haben alle Grundsätze vergessen, haben alle Grundaufgaben der Revolution vergessen und sind auf das liberale Geplänkel hereingefallen: sie sehen nichts, begreifen nichts, sorgen sich um nichts und murmeln nur eines — „ein Sitz, zwei Sitze, drei Sitze!“

„... Der Mittelpunkt der Frage ... ob es in Petersburg eine Schwarzhundertgefahr gibt...“

Die Schwarzhundertgefahr seht ihr also nur in der Gefahr eines Schwarzhundertesieges bei den von der Regierung verfälschten Wahlen!

* Anspielung auf Krylows Fabel „Der Neugierige“. *Der Übers.*

So begreift doch, ihr Herren, wenn ihr die Frage so stellt, erkennt ihr an, daß die Regierung bereits endgültig gesiegt hat, daß die Sache der Freiheit, über die ihr schwatzt, bereits endgültig verloren ist! Ihr selbst seht nicht jene wirkliche Schwarzhundertergefahr und hindert die Volksmassen, sie zu sehen, die nicht in Abstimmungen, sondern in der Festlegung der Bedingungen für die Abstimmung (Senatserläuterungen und bevorstehende Aufhebung des Wahlgesetzes vom 11. Dezember), in der Beseitigung der Ergebnisse der Abstimmung (Auseinanderjagung der Duma) zum Ausdruck kommt. Ihr stellt euch vorbehaltlos auf den trivialen liberalen Standpunkt, wenn ihr eure Absichten — und die Absichten der Volksmassen, denen ihr den Kopf verwirrt — darauf beschränkt, den Kampf auf der Grundlage des Gesetzes zu führen, das verfälscht ist und weiter verfälscht wird. Die Schwarzhundertergefahr, die darin besteht, daß möglicherweise sämtliche Wahlmänner verhaftet werden, seht ihr nicht. Das, was von euch, und zwar voll und ganz von euch abhängt — das, was jedenfalls eine dauernde und wesentliche Errungenschaft der Revolution wäre: die Stärkung des revolutionären Bewußtseins der Massen durch eine wirklich grundsatzfeste Agitation — das verliert ihr. Das aber, was ihr allein im Sinne habt, hängt ab von den Machenschaften Stolypins, von einer neuen Senatserläuterung, von einer neuen polizeilichen Verletzung des Wahlgesetzes. Folglich kämpft ihr gegen die „Schwarzhundertergefahr“ ganz ebenso, wie die französischen bürgerlichen Republikaner die monarchistische Gefahr bekämpfen: durch Festigung der monarchischen Einrichtungen und der monarchischen Verfassung in der Republik. Denn wenn ihr dem Volke einredet, die Schwarzhundertergefahr bestehe in der Gefahr einer Stimmabgabe für die Schwarzhunderter, so bestärkt ihr die rückständigsten Massen in ihrer Unwissenheit über die wirkliche Quelle und das wirkliche Wesen dieser Gefahr.

Gehen wir aber weiter. Nehmen wir an, daß weitere Senatserläuterungen hinsichtlich der Wahlen und der Wahlmänner nicht erfolgen werden. Kommen wir zu der Frage, welche Parteien unter der gegenwärtigen Wahlordnung bei der Abstimmung in Petersburg siegen können.

Die Trudowiki können nicht leugnen, daß die Rechtsparteien stark kompromittiert sind, daß der Verband vom 17. Oktober Niederlagen erleidet, von denen eine schmachvoller ist als die andere, daß „in der letzten Zeit die Oktobristen, frappiert durch die schweren Schläge von links, ganz

kleinlaut geworden sind“, daß „die Gesellschaft eine Linksentwicklung durchgemacht hat“.

Aber ... Schtschedrin hat dies liberale russische „aber“ schon vor langem in eine gemeinverständliche Sprache übersetzt — die Ohren wachsen nicht über die Stirn hinaus, nein, das tun sie nicht! — *aber* „technische Schwierigkeiten“, „man befördert keine Literatur“, „man gibt uns keine Wahlzettel“, „die polizeilichen Schikanen“ ...

Da haben wir die Mentalität des russischen Intellektuellen. In Worten ist er ein tapferer Radikaler, in Taten ein schäbiger Beamter.

Gegen polizeiliche Schikanen sollen Blocks mit den Kadetten helfen! Weshalb nicht mit den Oktobristen, die eine Verfassung „wollen“ und die gegen „Schikanen“ gefeit sind? Fürwahr, eine echt russische politische Logik: Wahlabkommen als Kampfmittel gegen die Weigerung der Post, die Literatur zu befördern, gegen die Nichtausfolgung der Wahlzettel ... Wogegen kämpft ihr, Herrschaften?

— Gegen jene „Gesetze“, auf Grund deren polizeiliche Gemeinheiten verübt und bestimmte Parteien für „ungesetzlich“ erklärt werden und keine Wahlzettel erhalten. — Wie aber kämpft ihr?

— Nun, selbstverständlich mittels eines Abkommens mit der Partei, die Wahlzettel von den friedlichen Erneuerern erhält, die noch vor der Duma mit Stolypin handelseinig wird oder aber ebenfalls ohne Wahlzettel bleibt!

Der russische Beamte (der mit zwanzig Jahren Radikaler, mit dreißig Jahren Liberaler und mit vierzig Jahren Beamter schlechthin ist) ist gewohnt, in seinen vier Wänden den Liberalen zu spielen und die Faust in der Tasche zu machen. Die Wahlkampagne betrachtet er ebenfalls vom Standpunkt der Faust in der Tasche. Sollte man nicht auf die Massen einwirken? Dummes Zeug! Wo doch die Post unsere Literatur nicht befördert.

Wäre es nicht angebracht, Literatur herauszubringen und zu verbreiten, unabhängig von der „Post“ und ähnlichen Einrichtungen?

— Dummes Zeug! Das sind alte revolutionäre Illusionen, die mit einer „breiten“ verfassungsmäßigen Arbeit nicht in Einklang stehen. Die breite verfassungsmäßige Arbeit besteht darin, die Obrigkeit hinters Licht zu führen: „Sie“ werden mich bei den Sozialdemokraten oder den Sozialrevolutionären suchen, ich aber werde mich in der Kadettenliste so ver-

stecken, daß man mich nicht findet! Die Regierung wird mich als Revolutionär suchen, ich aber werde sowohl die Regierung als auch die Revolutionäre hinters Licht führen, ich werde zum „oppositionellen Block“ hinüberwechseln. So schlau bin ich!

— Wird sich dabei aber, verehrter Herr Politiker, nicht ergeben, daß ihr auch die Massen hinters Licht führt, die zwischen euch und der „Opposition“ der kniefälligen Liberalen länger keinen Unterschied machen werden?

— Dummes Zeug! Was heißt da: Massen... Nun, wir werden der Arbeiterkurie ein Dumaplätzchen zugestehen... Und dann, von einem bestimmten Standpunkt aus sind wir alle für die Freiheit... die Revolution ist zur Sache der gesamten Nation geworden... auch die Kadetten sind bereit, auf ihre Art zu kämpfen...

Es fragt sich, gibt es bei unseren Trudowiki außer den *polizeilichen* auch politische Erwägungen? Ja. Sie bestehen darin, daß man sich nicht dem energischen und beweglichen, sondern dem verschüchterten oder verschlafenen Wähler anpassen muß, der hinter dem Ofen sitzt. Hört, wie eine „linke“ Zeitung urteilt:

„Nach der Stimmung, die in den Versammlungen herrscht, darf man noch nicht über die Stimmung der gesamten Wählermasse urteilen... Zu den Versammlungen kommen nicht mehr als ein Zehntel aller Wähler — natürlich die energischsten, lebendigsten und beweglichsten Leute.“

Das ist wirklich ein ausreichender Grund, im Schlepptau der am wenigsten energischen, passivsten, unbeweglichsten Kadettenwähler zu schwimmen! Das ist die Tragödie des russischen Radikalen: Jahrzehntlang hat er nach Versammlungen, nach Freiheit geseufzt, in ihm loderte eine (in Worten) wilde Leidenschaft für die Freiheit — nun kommt er in eine Versammlung, sieht, daß die Stimmung radikaler ist als seine eigene, und erklärt traurig: „Es ist schwer zu urteilen“, „nicht mehr als ein Zehntel“, „man müßte vorsichtiger sein, Herrschaften!“ Ganz wie der feurige Turgenjewsche Held, der vor Asja davonläuft — und über den Tschernyschewski den Essay „Der Russe beim Rendezvous“ geschrieben hat.

Ach ihr, die ihr euch Anhänger der werktätigen Massen nennt! Wie solltet ihr zu einem Rendezvous mit der Revolution gehen — sitzt schon lieber zu Hause; es ist dort bestimmt ruhiger; und ihr werdet nichts mit

diesen gefährlichen „energischsten, lebendigsten und beweglichsten Leuten“ zu tun haben. Die unbeweglichen Spießbürger passen viel besser zu euch!

Vielleicht aber werdet ihr jetzt an diesem ganz einfachen Beispiel begreifen, welches der „Mittelpunkt des Streites“ um das Abkommen mit den Kadetten ist?

Der Mittelpunkt des Streites, Verehrtester, besteht eben darin, daß wir den Spießbürger aufrütteln und zu einem Bürger machen wollen. Zu diesem Zweck aber muß man ihn *zwingen*, die *Wahl* zu treffen zwischen der spießbürgerlichen Politik des Kadetten, der vor der „Konstitution“ (und was für einer!) im Staube kriecht, und der revolutionären Politik des sozialistischen Proletariats.

„Block aller Linksparteien“ — das bedeutet, „ein Zehntel, die energischsten, lebendigsten und beweglichsten Leute“ in der Masse der Gleichgültigen, Ruhigen und Verschlafenen *ertränken*, das bedeutet, alle diejenigen, die kämpfen wollen (und die im entscheidenden Augenblick die *Massen* mit sich fortzureißen vermögen), denjenigen *unterordnen*, die ebenso unanständig in Loyalität machen wollen wie die Kadetten in der ersten Duma, die ebenso mit Stolypin kuhhandeln und schmäählich auf seine Seite überlaufen wollen wie der Kadett Lwow.

Die Reaktion geht zur Offensive gegen euch über, sie hat dem Volke bereits ein gutes Drittel der Oktobererrungenschaften entrissen, sie droht, auch die restlichen zwei Drittel zu nehmen. Ihr aber gebärdet euch als Ordnungshüter, ihr verteidigt euch, indem ihr an die Spießbürgerseele appelliert: keine Angriffshandlungen, keine Revolution, wir gehen in die Duma, um gesetzgeberisch zu wirken, wir beschränken uns auf die *Verteidigung*, wir stehen auf dem Boden des Gesetzes!

Wann werdet ihr begreifen, daß man sich schon als moralisch geschlagen bekennt, wenn man sich auf die Verteidigung beschränkt? Und in der Tat, ihr seid moralisch geschlagene Leute. Ihr taugt nur dazu, eure Stimmen den Kadetten zu geben.

„Den Spießbürger *zwingen*, die *Wahl* zu treffen“, sagten wir. Jawohl, eben *zwingen*. Keine sozialistische Partei der Welt vermochte die Massen dem Einfluß der bürgerlichen liberalen oder radikalen Parteien, die sich auf die Mentalität des Spießbürgers stützen, zu entreißen, ohne den Massen einen gewissen Stoß zu versetzen, ohne einen gewissen Widerstand zu

überwinden, ohne das Wagnis des ersten Versuchs: Wer verteidigt wirklich die Freiheit, die Kadetten oder wir?

Wenn ein Abkommen mit den Kadetten besteht, *braucht* der Spießbürger *nicht* darüber nachzudenken. Das haben schon die Kannegießer aus den Reihen der radikalen Schwätzer und der sozialdemokratischen Opportunisten für ihn besorgt, sie haben schon darüber nachgedacht bei dem Rendezvous mit den Kadetten. Der Spießbürger ist radikaler geworden (nicht durch uns, nicht kraft der Propaganda unserer Partei, sondern kraft der eifrigen Bemühungen Stolypins), der Spießbürger ist radikaler geworden — was will man noch mehr? Er ist radikaler geworden, das heißt, er wird für einen „Block aller Linken“ eintreten! Die ganze Spießbürgermasse, und nicht nur irgendein Zehntel unruhiger... Verzeihung, beweglicher... Leute, wird dafür eintreten. Sowohl die Versammlungen als auch die gesamte Politik muß auf den Spießbürger abgestimmt werden, der es mit der Angst bekommen hat, *das ist der wahre Sinn des Blocks mit den Kadetten.*

Wir aber sagten: Nicht nur die Flugblätter und die Plattformen, nicht nur die Resolutionen und Reden, sondern auch die gesamte Politik und die ganze Wahlkampagne müssen darauf gerichtet sein, dem Spießbürger, der es mit der Angst bekommen hat, den entschlossenen Kämpfer *entgegenzustellen*. Das kann *nur* dadurch geschehen, daß *zwei verschiedene* Wahllisten einander gegenübergestellt werden: die Liste der Kadetten und die Liste der Sozialdemokraten. In der Hauptstadt, deren Presse über ganz Rußland verbreitet ist, in der Hauptstadt, wo sich die Zentralen aller Parteien befinden, in der Hauptstadt, die die geistige und politische Führung des ganzen Landes innehat, ist es tausendmal wichtiger, anstatt des Musters einer Politik spießbürgerlicher Friedfertigkeit das Musterbeispiel einer Politik zu geben, die des Oktoberkämpfers, der ein Stückchen Freiheit errungen hat, die des Proletariats würdig ist.

Unsere Erklärungen über die Notwendigkeit, die Fehler der „friedliebenden“ Kadettenduma zu erkennen, über die Notwendigkeit, einen Schritt weiter zu tun, werden leere Redensarten bleiben, wenn wir nicht *selbst einen Schritt weiter* gehen über den spießbürgerlichen, Oblomowschen* Gedanken „Block aller Linksparteien“ hinaus. Alle unsere Appelle, *vorwärtszuschreiten*, werden falsch klingen und die Herzen der Volks-

* Oblomow — Titelheld eines Romans von I. A. Gontscharow. *Der Übers.*

kämpfer nicht entzünden, wenn wir selbst, die „Leiter“, die „Führer“, in der Hauptstadt vor den Augen aller Völker Rußlands *auf der Stelle treten*: Arm in Arm mit denselben Kadetten, auf Grund einer „gütlichen“ Verteilung der Dumasitze — alles wird in Güte geregelt, alle halten zusammen, alle sind für ein und dasselbe, alle sind für die Freiheit... Was gibt es da noch zu klären? Und was ist das schon für ein Unglück, wenn der Menschewik Iwan Iwanjtsch dem Kadetten Iwan Nikiforytsch* früher mal eine Grobheit gesagt hat?

„...Zu den Versammlungen kommen nicht mehr als ein Zehntel aller Wähler...“ Nun wohl, Herr Radikaler. Glauben wir Ihnen einmal ausnahmsweise aufs Wort, machen wir Ihnen dies Zugeständnis, weil... weil Sie so ungeschickt argumentieren.

Ein Zehntel der Wähler, das macht für ganz Petersburg 13000 von 130000 Wählern. Diese 13000 energischsten, lebendigsten und beweglichsten Wähler stehen links von den Kadetten. Es fragt sich, ob ein Mensch, der seine fünf Sinne beisammen hat, *bestreiten* kann, daß die energischen Versammlungsbesucher eine gewisse Anzahl weniger energischer Wähler, die zu Hause sitzen, *mit sich reißen*? Jedermann begreift, daß man das *nicht* bestreiten kann, daß es in einer Stadt von eineinhalb Millionen Einwohnern außer Zeitungen und Versammlungen auch Tausende anderer Wege und Kanäle gibt, durch die die Stimmung der Vorhut in die breiten Massen dringt. Jedermann begreift — und die Wahlen in allen Ländern bestätigen es —, daß hinter jedem energischen Wähler, der die Versammlungen besucht, nicht ein, sondern mehrere Wähler stehen, die zu Hause sitzen.

Bei den vorigen Wahlen haben von 150000 Petersburger Wählern 60000 ihre Stimme abgegeben. Davon haben ungefähr 40000 für die Kadetten, ungefähr 20000 — in ganz Petersburg — für die Rechten gestimmt. Wir hörten von unserem Herrn Radikalen selbst, der kein „Optimist“ sein will... (Gott bewahre! Unsere Radikalen wollen „solide“ Leute sein... von der Art der deutschen Radikalen der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.) ... wir hörten von ihm, daß die Oktobristen ganz kleinlaut geworden sind, und *aus den Tatsachen* schließen wir auf ihre völlige Niederlage. Wir hören jetzt von 13000 energischen Wählern,

* Die beiden Helden aus Gogols Novelle „Geschichte des großen Krakeels zwischen Iwan Iwanowitsch und Iwan Nikiforowitsch“. *Der Übers.*

die links von den Kadetten stehen. Man vergegenwärtige sich, daß in den einzelnen Bezirken das Verhältnis zwischen diesen Zahlen stark variiert. Man vergegenwärtige sich, wieviel Wähler gewöhnlich hinter einem stehen, der die Versammlungen besucht.

Man wird dann klar erkennen, daß das Gerede von der Gefahr einer Schwarzhunderterabstimmung in Petersburg, der Gefahr, daß infolge der Zersplitterung der Stimmen der Kadetten und der Sozialisten Rechte in die Duma gewählt werden, ein *albernes Märchen* ist. Die Voraussetzung dafür, daß in Petersburg Rechte in die Duma gewählt werden, wäre doch, daß sich *in der Mehrzahl* der Wahlbezirke die Stimmen nicht nur überhaupt zersplittern, sondern daß sie sich ausgerechnet so zersplittern, daß *sowohl* die Kadetten *als auch* die Sozialisten, einzeln genommen, weniger Stimmen erhalten als die Liste der Schwarzen. Das ist offener Unsinn.

Deshalb erklären wir auch geradezu: Wenn die Schwarzhundertergefahr nicht von *außer* „konstitutioneller“ Seite kommt (in der Einschätzung eben *dieser* Seite ist vor allem der Unterschied in der Taktik der Kadetten und der Sozialisten begründet), dann *kann* eine Zersplitterung der Stimmen der Kadetten und der Sozialisten den Rechten in Petersburg *nicht* zum Siege verhelfen.

Das Gerede von der Gefahr eines *Wahlsiegs* der Schwarzhunderter in Petersburg ist ein *Volksbetrug*, den die Kadetten, die „Radikalen“ und alle möglichen Opportunisten begehen und der dem politischen *Spißbürgertum* dient. Das Märchen von *dieser* Schwarzhundertergefahr dient *in Wirklichkeit* den Interessen der Kadetten — es trägt dazu bei, sie gegen *die Gefahr von links* zu schützen — und dient zur *Verdummung* der Massen, die man nicht dazu zwingt, beim eigentlichen Wahlakt den „gesetzgeberischen“ Kadetten-Bourgeois von dem Sozialisten zu unterscheiden, der das Volk zum Kampfe führt.

Wenn daher die Liberalen, Trudowiki und sozialdemokratischen Opportunisten uns im Chor verkünden: Ihr seid isoliert! — so antworten wir ruhig: Wir sind sehr froh, daß wir uns vom Betrug isoliert haben. Wir sind sehr froh, daß wir uns von einer schmutzigen Sache isoliert haben. Denn es ist unbestreitbar eine schmutzige Sache, wenn man in Petersburg nach dem 9. Januar 1905, nach dem Oktober 1905, angesichts der Masse von 130000 Wählern die Kutler, Nabokow, Struve und Co. in die Duma zu bringen trachtet.

Den Trudowiki und den sozialdemokratischen Opportunisten, die jetzt schon darüber jubeln, daß die Kadetten sie und nicht die Bolschewiki in die Duma bringen werden, sagen wir voraus, daß sie, sollte die zweite Duma eine Kadettenduma sein, sich *schämen* werden, die Kadetten in die Duma gebracht zu haben. Jetzt werden sie *unmittelbar* die Verantwortung dafür tragen. Die Kadetten aber werden in der zweiten Duma so weit nach rechts abschwanken (das ist im letzten Jahr aus ihrer ganzen Haltung und aus ihrer ganzen politischen Literatur ersichtlich geworden), daß sogar die extremen Opportunisten sie zu entlarven gezwungen sein werden. In der ersten Duma schlug sich der Kadett Lwow zu den friedlichen Erneuerern und rechtfertigte schließlich die Auseinanderjagung der Duma durch die Schwarzhunderter. In der zweiten Duma werden (wenn die Geschichte uns nicht eine jähe Wendung bringt, die all den kleinen Geschäftchen mit den Kadetten und den Kadetten selbst den Garaus macht) die kadettischen Lwows nicht erst am Ende, sondern schon am Anfang ihr wahres Gesicht zeigen.

Nehmt denn, Herrschaften, ruhig eure Dumasitze von den Kadetten in Empfang! Wir beneiden euch nicht. Wir übernehmen es, die Arbeitermassen und die kleinbürgerlichen Massen der Hauptstadt zu warnen. Wir übernehmen es, in diesen Massen — nicht nur durch Reden, sondern auch durch die Wahlen selbst — das Bewußtsein zu entwickeln, daß zwischen den Kadetten und den Sozialisten ein *Abgrund* klappt.

Jedem das Seine, und „gibt es auch viele, denen's einerlei, dies beides zu verschmelzen — wir sind nicht dabei!“¹²⁴

„Sie“, sagt der Leitartikler der „Rodnaja Semlja“ von den Bolschewiki, „werden jetzt sogar noch mehr isoliert sein als früher, weil die früheren Boykottisten, die Sozialrevolutionäre, jetzt nicht nur zu den Wahlen gehen werden, sondern auch für einen Block mit den Kadetten eintreten.“

Das ist neu und interessant. Wir haben schon gelegentlich darauf hingewiesen, daß sich die Sozialrevolutionäre in der ganzen Frage der Wahlabkommen nicht wie eine politische Partei, sondern wie eine Clique von Intellektuellen benehmen, denn ein offenes politisches Auftreten ihrer *Organisationen* in dieser Frage haben wir bisher nicht gesehen. Wenn die Zeitung, in der Herr Tan schreibt, nicht einfach die Unwahrheit sagt und nicht ein unkontrolliertes Gerücht wiederholt, so werden wir einen weiteren Schluß ziehen — und zwar: die Sozialrevolutionäre handeln in der

Frage der Wahlabkommen *politisch unehrlich*, oder sie sind zumindest so wankelmütig, daß das einer politischen Gefahr gleichkommt.

Jedermann weiß, daß die Konferenz der Petersburger sozialdemokratischen Organisation einen Block mit den Kadetten abgelehnt und den Trudowiki und den Sozialrevolutionären ein Wahlabkommen *gegen die Kadetten* vorgeschlagen hat. Unsere Resolution wurde in allen Zeitungen veröffentlicht.

Verhandlungen zwischen dem Petersburger Komitee der SDAPR und den entsprechenden Körperschaften der Sozialrevolutionäre und des Komitees der Trudowikigruppe *haben bereits stattgefunden*. Meinungsverschiedenheiten bestanden nur über unsere Forderung nach Ausschließung der „Volkssozialisten“ und über die Verteilung der Sitze. Wenn *ungeachtet dessen* die Sozialrevolutionäre, die — *nach* unserer Erklärung, daß wir unbedingt entschlossen sind, den Kadetten in Petersburg eine Schlacht zu liefern — Verhandlungen mit uns *aufgenommen haben*, mit den Kadetten Verhandlungen über einen Block *beginnen* oder *fortsetzen*, dann ist es augenscheinlich, daß die Sozialrevolutionäre *politisch unehrlich* handeln.

Wir sagen offen: Wir gehen in den Kampf gegen die Kadetten. Wer ist für uns?

Und die Sozialrevolutionäre verhandeln *sowohl* mit uns *als auch* mit den Kadetten!

Wir wiederholen: Ob der Leitartikler der „Rodnaja Semlja“ die Wahrheit gesagt hat, wissen wir nicht. Aber wir können die bestimmte Behauptung eines Blattes, in dem ein Mitglied des Organisationskomitees der Partei der Volkssozialisten, Herr Tan, schreibt, nicht völlig unbeachtet lassen. Von dem Block der Sozialrevolutionäre und Volkssozialisten wissen wir sowohl aus den Zeitungen als auch aus den Mitteilungen, die uns die Sozialrevolutionäre bei den Verhandlungen gemacht haben (obwohl uns die Bedingungen dieses Blocks und sein wirklicher Charakter unbekannt sind: auch da wird hinter den Kulissen gespielt).

Infolgedessen haben wir die Pflicht, diese Frage offen und vor aller Augen aufzurollen, damit *jedermann* die Haltung einer solchen politischen Partei kenne. Bisher wurde bei uns das Verhältnis der Parteien zueinander nur auf Grund der Programme und der Literatur ermittelt — doch sind das letzten Endes nur Worte. Die erste Duma hat *einige* Parteien in ihrer *Wirksamkeit* gezeigt. Jetzt müssen und werden wir auch die *Wahlen*

unbedingt dazu benützen, die Massen über das *wirkliche* Wesen der Parteien gründlich aufzuklären.

Daß die Sozialrevolutionäre irgend etwas von ihren Beziehungen zu den Volkssozialisten *verheimlichen*, ist heute eine politische Tatsache. Daß die Sozialrevolutionäre sich praktisch im Schlepptau der opportunistischen Partei befinden, die sich von ihnen abgespalten hat, ist ebenfalls eine Tatsache. In Wirklichkeit steht es also um die Sozialrevolutionäre, was ihre revolutionäre Selbständigkeit und Entschlossenheit betrifft, viel schlechter, als es den Anschein hat. Und wenn sie sich auf einen Block mit den Kadetten einlassen — und nicht einmal wegen eines Dumaplätzchens für sich selbst, sondern für die Volkssozialisten —, dann werden wir einen vorzüglichen Agitationsstoff haben, mit dem wir den Petersburger Arbeitern die marxistische These von der völligen Unbeständigkeit und dem trügerischen Äußeren der kleinbürgerlichen (wenn auch revolutionären) Parteien erläutern können.

Sich von *solchen* Parteien zu „isolieren“, ist nach unserer Ansicht nicht nur Ehrensache für einen Sozialdemokraten, sondern auch die einzige richtig erwogene Politik. Nur gehen wir bei dieser Erwägung nicht von der Zahl der Dumasitze aus, sondern von den Interessen der Arbeiterbewegung als *Ganzes*, von den grundlegenden Interessen des Sozialismus.

Kehren wir aber zur „Rodnaja Semlja“ zurück. Wie weit der Leichtsinn dieser Zeitung reicht, zeigt folgender Satz:

„Überhaupt sind die Beschlüsse der Konferenz der Bolschewiki offenbar vorzeitig und unvorsichtig gefaßt worden. Inwiefern sind eigentlich die Trudowiki besser als die Volkssozialisten?“

Dies „eigentlich“ ist wahrhaft unübertrefflich. Der Autor ist ein solch völliger politischer Ignorant, daß er nicht einmal bemerkt, wie splitternaht er einhergeht, ganz wie ein australischer Wilder. Und das sind die gebildeten Politiker des Kleinbürgertums!

Nun, da bleibt uns nichts anderes übrig, als die „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“ eines Publizisten zu tun: den Brei nochmals durchzukauen und das A b c zu lehren.

Die Trudowiki, d. h. das Komitee der Trudowikigruppe, an das sich die St.-Petersburger sozialdemokratische Konferenz gewandt hat, sowie die Volkssozialisten sind aus der Trudowikigruppe der ersten Duma her-

vorgegangen. Diese Trudowikigruppe hatte zwei Flügel, einen opportunistischen und einen revolutionären. Der Unterschied zwischen ihnen kam am schlagendsten zum Ausdruck in dem Unterschied der zwei Agrarentwürfe der Trudowikigruppe: des Entwurfs der 104 und des Entwurfs der 33.

Gemeinsam haben beide Entwürfe 1., daß sie für den Übergang des Gutsbesitzerlandes an die Bauern eintreten, 2., daß sie ganz und gar vom Geiste der kleinbürgerlichen Utopie durchdrungen sind, von der Utopie der „Gleichstellung“ der Kleinbesitzer (zumindest in gewisser Beziehung) in einer Gesellschaft der Warenproduktion.

Der Unterschied zwischen den beiden Entwürfen besteht in folgendem. Der erste Entwurf ist eingegeben von der *Furcht* des kleinen Eigentümers, eine zu radikale Umwälzung herbeizuführen, zu große und zu arme Massen des Volkes in die Bewegung hineinzuziehen. Vortrefflich wurde dieser „Geist“ des Entwurfs der 104 von einem seiner Verfasser, einem Führer der Volkssozialisten, Herrn Peschechonow, zum Ausdruck gebracht, der sich auf die Erklärung berief, die die „tüchtigen Bauern“ in der Duma abgaben: „Wir sind hierher geschickt worden, um Land zu erhalten, nicht aber, um es abzugeben.“ Das bedeutet, daß bei diesem Flügel der Trudowiki neben der Utopie der kleinbürgerlichen Gleichstellung der *Eigenmutz* des *wohlhabenderen* Teils der Bauernschaft klar zum Ausdruck kommt, der fürchtet, unter Umständen „abgeben“ zu müssen (im Falle einer allgemeinen „Gleichstellung“ — wie sich der Kleinbürger den Sozialismus vorstellt). Beim Gutsbesitzer nehmen, dem Proletarier aber nichts geben — das ist die Losung der Partei der „tüchtigen Bauern“.

Der Entwurf der 33 aber schlägt die sofortige und völlige Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden vor. Die „Gleichstellungs“-Utopie ist auch hier, und zwar im gleichen Maße vorhanden, aber die Furcht, „abgeben“ zu müssen, fehlt. Das ist die Utopie nicht des opportunistischen, sondern des revolutionären Kleinbürgers, nicht des „tüchtigen“ Bauern, sondern des ruinierten Bauern, nicht der Traum, sich am Besitz des Gutsherrn auf Kosten des Proletariers zu bereichern, sondern der Traum, durch die Gleichstellung alle Menschen, einschließlich der Proletarier, zu beglücken. Hier sehen wir nicht die Furcht, die ärmsten und breitesten Massen in die Bewegung zu ziehen, sondern den Wunsch,

sie in den Kampf hineinzuziehen (ein Wunsch, der nicht von einer entsprechenden Fähigkeit und Sachkenntnis begleitet ist).*

Nach der Auflösung der Duma führte dieser Unterschied zwischen den beiden Richtungen der Trudowiki zur Bildung von zwei verschiedenen politischen Organisationen: des Komitees der Trudowikigruppe und der Partei der Volkssozialisten. Die erste Organisation hat sich durch ihre Juliaufrufe einen Ehrenplatz in der Geschichte der russischen Revolution erworben. Diesen ihren guten Ruf hat sie, soweit es der Öffentlichkeit bekannt ist, bislang noch nicht verscherzt, sie ist nirgends von ihren Aufrufen abgerückt und hat nicht in den Chor der Heulmeier, Miesmacher und Renegaten eingestimmt.

Die zweite Organisation aber hat gerade die Zeit der Dumaauflösung dazu benützt, sich unter dem Stolypinschen Regime zu legalisieren, um in der legalen Presse, d. h. geschützt vor der Kritik von links, die oben erwähnten Aufrufe zu verdammern, dem Volke zu empfehlen, „einstweilen“ bestimmte Einrichtungen der alten Macht nicht anzutasten usw. Die Konferenz der St.-Petersburger sozialdemokratischen Organisation hat sich daher über diese Partei noch zu gelinde ausgedrückt, als sie von dem „ausweichenden Standpunkt dieser Partei in den Grundfragen des Kampfes außerhalb der Duma“ sprach.

Die politischen *Tatsachen* waren also bisher die, daß die kleinbürgerlichen oder Trudowikiparteien sich deutlich in die Parteien des revolutionären Kleinbürgers (die Sozialrevolutionäre und das Komitee der Trudowikigruppe) und die Partei des opportunistischen Kleinbürgers (die Volkssozialisten) gespalten haben. Da für die Sozialdemokraten die Wahlkampagne eines der Mittel zur politischen Aufklärung der Massen ist, haben wir auch hier, indem wir zwei Trudowikiparteien von der dritten trennten, den Spießbürger *gezwungen*, sich zu *überlegen*, weshalb wir diesen Unterschied machen. Wenn er sich das aber überlegt und erkannt haben wird, worum es geht, wird er *bewußt* seine Wahl treffen.

Schließlich darf nicht unvermerkt bleiben, daß der naive und beschränkte Leitartikler der „Rodnaja Semlja“ sich zugleich zu ergötzlichen Sophismen versteigt, um seine Haltung zu rechtfertigen. Es dürfte nicht

* Diesen — wie auch anderen — kleinbürgerlichen Revolutionären könnten wir die Worte sagen, die ein anarchistischer Dichter an uns gerichtet hat: „Zerstören werden wir zusammen, aufbauen aber nicht.“

unnützlich sein, einen dieser Sophismen, der besonders danach angetan ist, die Philister zufriedenzustellen, näher zu untersuchen.

„Unrecht haben die Bolschewiki auch dann, wenn es keine Schwarzhundertergefahr gibt. In diesem Fall besteht nämlich keine Notwendigkeit, einen Block mit den Sozialrevolutionären und den Trudowiki zu bilden, und die Sozialdemokratische Partei kann mit großem Nutzen für die Reinheit ihres Klassengepräges bei den Wahlen völlig selbständig auftreten.“

Da, schaut einmal her, was wir für Leute sind — denkt dieser Radikale —, sogar über die Reinheit des Klassengepräges können wir urteilen!

Ja, der Zeitungsschreiber von heute „kann“ über alles urteilen, von der Sache aber versteht er nichts, und Wissen besitzt er keins. Es ist nicht wahr, daß die Notwendigkeit, die Reinheit der Klassenstellung zu bewahren, jedes Abkommen ausschliesse. Dies annehmen heißt die Anschauungen des Marxismus ad absurdum führen, sie in eine Karikatur verwandeln. Und ebensowenig wahr ist es, daß man keinen Block mit den Sozialrevolutionären einzugehen brauche, wenn es keine Schwarzhundertergefahr gibt.

Die völlige Selbständigkeit der Wahlkampagne der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist die allgemeine Regel. Ausnahmen jedoch muß jede lebendige Partei, jede Massenpartei zulassen — natürlich nur in einem vernünftigen und streng begrenzten Rahmen. In der Zeit der bürgerlichen Revolution haben *alle* Sozialdemokraten politische Vereinbarungen mit der *revolutionären* Bourgeoisie für zulässig erachtet, sowohl, als sie zusammen in den Sowjets der Arbeiter-, Bauern-, Soldaten-, Eisenbahner- und sonstigen Deputierten arbeiteten, wie auch, als sie das bekannte Manifest des Sowjets der Arbeiterdeputierten (Dezember 1905) oder die Julaufrufe (Juli 1906) unterzeichneten. Der Leitartikler der „Rodnaja Semlja“ kennt offenbar nicht einmal die allerbekanntesten Tatsachen, die die Rolle der verschiedenen Parteien in der russischen Revolution kennzeichnen. Die revolutionäre Sozialdemokratie lehnt prinzipienlose Abkommen ab, lehnt schädliche und unnötige Abkommen ab, aber sie denkt gar nicht daran, sich die Hände von vornherein und ein für allemal zu binden. Das wäre Kinderei. Die Plattform der 14 Delegierten der Gesamtrussischen sozialdemokratischen Konferenz hat das dokumentarisch bewiesen.

Weiter. Die „Notwendigkeit“, in Petersburg ein Abkommen mit den Sozialrevolutionären und den Trudowiki zu treffen, ergibt sich aus der Kadettengefahr. Wenn der Verfasser des Leitartikels in der „Rodnaja Semlja“ mit der Materie vertraut wäre, über die zu sprechen er unternommen hat, so würde er wissen, daß es sogar unter den Sozialdemokraten, die für ein Abkommen mit den Kadetten eintreten, sehr einflußreiche Organisationen (wie z. B. den „Bund“) gibt, die im Falle der Gefahr eines Wahlsiegs der Kadetten, wenn es keine Schwarzhundertergefahr gibt, die Notwendigkeit eines Blocks mit der revolutionären Bourgeoisie anerkennen. In Petersburg wäre es nicht nur möglich, die Wahlkampagne im Geiste einer revolutionären und sozialistischen Erziehung der Massen zu führen (das werden wir Sozialdemokraten in jedem Fall erreichen), sondern auch die Kadetten zu *besiegen*, wenn die Menschewiki nicht an der Sozialdemokratie Verrat geübt hätten, wenn *alle* revolutionären Trudowiki mit *allen* Sozialisten zusammengingen. Da wir nun einmal eine Wahlkampagne führen, haben wir nicht das Recht, auch nur eine einzige Möglichkeit des Sieges ungenutzt zu lassen, wenn nur die Grundsätze der sozialistischen Taktik nicht verletzt werden.

Daß in Petersburg ein ernsthafter Kampf *nur* zwischen Kadetten und Sozialdemokraten geführt wird, das ist durch die Wahlversammlungen *bewiesen* (dasselbe gilt für Moskau, wobei man hinzufügen kann, daß die Ergebnisse *aller* Einzelumfragen, wie sie z. B. von der Zeitung „Wek“ oder von der Gewerkschaft der Handelsangestellten „Einigkeit macht stark“ veranstaltet wurden, gleichfalls diese Feststellung bestätigt haben).¹²⁵

Daß ein Abkommen mit den Kadetten die ideologisch-politische Hegemonie der Kadetten über ihre Bundesgenossen bedeutet, das beweist sowohl die gesamte politische Presse als auch der ganze Charakter der Verhandlungen. Die Kadetten diktieren die Bedingungen. Die Kadetten verkünden *laut und deutlich*, welche *Bedeutung* den Abkommen zukommt (man denke an ihre Äußerungen über die Menschewiki und die Volkssozialisten: „gemäßigte sozialistische Parteien“, „oppositioneller Block“). Und bittet man die Kadetten um die gleiche Anzahl von Dumasitzen, so betrachtet man das bereits als das maximale Zugeständnis, das die Kadetten machen können.

Ebenso unzweifelhaft ist es, daß ein Abkommen der Sozialdemokraten mit den revolutionär-demokratischen Parteien die Hegemonie der Sozial-

demokraten über das Kleinbürgertum bedeutet. Die Presse der Sozialdemokraten hat offen, klar und umfassend *alle* ihre Ansichten entwickelt, während die Sozialrevolutionäre und das Komitee der Trudowikigruppe zur Frage der Abkommen überhaupt nicht selbständig Stellung genommen haben. Den Ton haben die Sozialdemokraten angegeben. Von einer Verstümmelung ihrer sozialistischen Ansichten, ihres Klassenstandpunkts ist keine Rede und kann keine Rede sein. Was die Verteilung der Dumasitze anbelangt, so wird auch da niemand daran denken, ihnen den kleineren Teil anzubieten. Ihre Wahlkampagne in der Arbeiterkurie wird durchaus selbständig geführt und zeugt von ihrem Übergewicht.

Es wäre einfach lächerlich, wollte man sich unter solchen Bedingungen fürchten, Bundesgenossen aus dem revolutionären Kleinbürgertum mit in den Kampf gegen die Kadetten zu führen. Unter solchen Bedingungen könnten wir sogar die Volkssozialisten ins Schlepptau nehmen, wenn es sich für die Sache als notwendig erweise. Die Grundsatztreue unserer Partei würde dadurch nicht die geringste Einbuße erleiden: die Linie bleibt dieselbe, der Kampf gegen die führende Partei der liberalen bürgerlichen Paktierer wird von uns nicht weniger energisch geführt. Kein vernünftiger Mensch wird behaupten, daß wir uns in der Gefolgschaft der Volkssozialisten befinden (wenn wir ihnen zusammen mit den Sozialrevolutionären und dem Komitee der Trudowikigruppe zwei von sechs Sitzen abtreten). Im Gegenteil, es würde bedeuten, daß die Sozialdemokraten ihre Kampagne *wirklich* selbständig führen, daß wir eines der kadettischen Anhängsel von den Kadetten *losreißen*. Ist es denn nicht klar, daß die Mobilisierung der halben Kadetten gegen die Kadetten, ihr Beitritt zu unserer Liste, dem Kampf gegen die Kadetten nicht nur nicht widerspricht, sondern im Gegenteil direkt dienlich ist?

Die Konferenz der Petersburger sozialdemokratischen Organisation hat richtig gehandelt, als sie *offen* und vor aller Welt ihre ablehnende Haltung gegenüber den Volkssozialisten zum Ausdruck brachte. Wir hatten die Pflicht, die revolutionären Trudowiki vor einer *solchen* „Trudowiki“-partei zu warnen. Wenn es sich herausstellt, daß die revolutionären Trudowiki von der formell ganz selbständigen Partei der Volkssozialisten *abhängig* sind, so möge das öffentlich erklärt werden. Für uns wäre es sehr wichtig, diese Tatsache ans Tageslicht zu ziehen, die Trudowiki zu zwingen, sie einzugestehen, damit wir daraus in der Massenagitation unter den

Arbeitern, unter dem gesamten Volk *alle* erforderlichen Schlüsse ziehen können.

Bleibt noch die Frage, ob wir für den Kampf, den wir in Petersburg gegen die Kadetten führen, bessere oder schlechtere Trudowiki als Bundesgenossen erhalten. Diese Frage werden wir auf rein sachliche Art und Weise entscheiden. Unsere grundsätzliche Linie haben wir festgelegt. In den Kampf gehen wir *in jedem Fall* selbständig. Die Verantwortung für die am wenigsten zuverlässigen Trudowiki zu übernehmen haben wir offen abgelehnt und das ändern überlassen.

*

Die linken Kadetten vom „Towarischtsch“ haben versucht, sich über die Bolschewiki lustig zu machen, als diese bereits im November erklärten: In Petersburg kämpfen drei Hauptparteien — die Schwarzhunderter, die Kadetten und die Sozialdemokraten.

Rira bien qui rira le dernier (wer zuletzt lacht, lacht am besten).

Was wir voraussagten, hat sich bewahrheitet.

In Petersburg wird es *drei* Kandidatenlisten für die Duma geben: die Liste der Schwarzhunderter, die Liste der Kadetten und die der Sozialdemokraten.

Bürger, trifft eure Wahl!

Veröffentlicht im Januar 1907,
als Broschüre im Verlag
„Nowaja Duma“.

Nach dem Text der Broschüre.

ANMERKUNGEN

¹ Lenins Artikel „*Am Vorabend*“ wurde der Redaktion des „*Rabotnik*“ telegrafisch übermittelt.

„*Rabotnik*“ (Der Arbeiter) — legale bolschewistische Zeitung, die in Kiew herausgegeben wurde; es erschienen zwei Nummern: am 8. (21.) und am 9. (22.) Juni 1906. Die erste Nummer wurde beschlagnahmt. Nach Erscheinen der zweiten Nummer wurde die Zeitung verboten. 1

² Das „*feierliche Gelöbniß*“ der Reichsdumamitglieder war durch Artikel 13 der Dumasatzung vorgeschrieben. Zugleich mit der Unterzeichnung dieses „Gelöbnisses“ veröffentlichten die sozialdemokratischen Deputierten der ersten Reichsduma im Juni 1906 in der Presse die von Lenin zitierte Erklärung. 6

³ „*Kurjer*“ (Der Kurier) — legale menschewistische Tageszeitung, die im Mai und Juni 1906 in Petersburg erschien. 7

⁴ „*Sternkammer*“ — Bezeichnung eines Sondertribunals in England — eines Ausnahmerichts für politische und religiöse Delikte, das durch die englische Revolution des 17. Jahrhunderts abgeschafft wurde.

Im Rußland der Jahre 1905—1907 diente der Ausdruck „*Sternkammer*“ zur Bezeichnung der Hofclique — eines Häufleins reaktionärer Würdenträger, die die obersten Schichten der Gutsherren und der Bürokratie vertraten. 8

⁵ *Trudowiki*, „*Trudowikigruppe*“ (abgeleitet von russ. „*trud*“ = Arbeit) — eine Gruppe kleinbürgerlicher Demokraten, die im April 1906 entstand und sich aus Bauernabgeordneten der I. Reichsduma zusammensetzte.

Die Trudowiki forderten die Abschaffung aller ständischen und nationalen Beschränkungen, die Demokratisierung der ländlichen und städtischen Selbstverwaltung und die Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts bei den Wahlen zur Reichsduma. Das Agrarprogramm der Trudowiki basierte auf den volkstümlichen Prinzipien der ausgleichenden Bodennutzung: Bildung eines allgemeinen Volksfonds aus Staats-, Apanage-, Kabinetts- und Klosterländereien und auch aus privaten Ländereien, wenn die Größe des Besitzes die festgelegte Arbeitsnorm übersteigt; für enteignete Privatländereien sollte eine Entschädigung gezahlt werden. Die Durchführung der Bodenreform sollte örtlichen Bauernkomitees übertragen werden. 9

- ⁶ „*Wperjod*“ (Vorwärts) — legale bolschewistische Tageszeitung, die in Petersburg ab 26. Mai (8. Juni) 1906 an Stelle der von der Regierung verbotenen Zeitung „*Wolna*“ erschien. Lenin arbeitete führend an dieser Zeitung mit. Weitere Mitarbeiter waren M. S. Olminski, W. W. Worowski und A. W. Lunatscharski. Die Zeitung wurde von der Polizei ständig verfolgt und nach Erscheinen der Nr. 17 vom 14. (27.) Juni 1906 verboten. An Stelle des „*Wperjod*“ erschien nunmehr die bolschewistische Zeitung „*Echo*“. 9
- ⁷ *Bulyginsche Duma* — beratende „Vertretungskörperschaft“, die die zaristische Regierung im Jahre 1905 schaffen wollte. Der Gesetzentwurf über die Gründung der beratenden Reichsduma und die Verordnung über die Dumawahlen wurden von einer Kommission unter dem Vorsitz des Innenministers Bulygin ausgearbeitet und gemeinsam mit dem Zarenmanifest vom 6. (19.) August 1905 veröffentlicht. Die Bolschewiki erklärten der Bulyginschen Duma den aktiven Boykott. Der Regierung gelang es nicht, die Duma einzuberufen; sie wurde durch die Kraft der Revolution hinweggefegt. 15
- ⁸ *Wittesche Duma* — erste Reichsduma, einberufen am 27. April (10. Mai) 1906 auf Grund einer Verordnung, die der Vorsitzende des Ministerrats, S. J. Witte, ausgearbeitet hatte. Am 8. (21.) Juli 1906 wurde die Duma von der zaristischen Regierung auseinandergejagt. 15
- ⁹ Dieser Artikel wurde anlässlich der Deklaration der sozialdemokratischen Dumafraktion geschrieben, die S. Dshaparidse am 16. (29.) Juni 1906 in der Duma bei der Debatte über den Gesetzentwurf zur Versammlungsfreiheit verlesen hatte. Bei der Ausarbeitung der Deklaration hatte die sozialdemokratische Dumafraktion den von Lenin verfaßten bolschewistischen Deklarationsentwurf abgelehnt (diesen Entwurf bringt Lenin mit

- einigen Kürzungen in dem vorliegenden Artikel) und den vom menschenwristischen ZK begilligten Deklarationsentwurf angenommen. 18
- ¹⁰ Die Resolution anlässlich des Bialystoker Pogroms wurde im Namen der sozialdemokratischen Fraktion auf der 35. Dumasitzung am 29. Juni (12. Juli) 1906 von S. Dshaparidse eingebracht. (Siehe „Die Reichsduma. Stenografische Berichte. Jahrgang 1906“, Bd. II, S. 1825, russ.) 18
- ¹¹ Am 12. (25.) Juni 1906 gab der Innenminister Stolypin in der Duma eine Erklärung zu einer Anfrage der Duma ab, in der Auskunft über die zur Bekämpfung der Hungersnot von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen verlangt wurde. Der Trudowik Aladjin forderte in der Debatte, der Regierung „keine Kopeke zu geben“. Der Kadett Nabokow konnte jedoch einen in seinem und Aladjins Namen gestellten kadettischen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung durchsetzen. Die sozialdemokratischen Deputierten erhoben keinen Protest und brachten auch keine eigene Resolution ein. Lenin behandelt diese Frage ausführlich in den Artikeln „Die Hilfe für die Hungernden und die Taktik der Duma“ und „Die kadettische Duma bewilligt der Regierung der Pogromhelden Geld“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 29—33, 46—49.) 18
- ¹² „*Nascha Shisn*“ (Unser Leben) — Tageszeitung, die dem linken Flügel der Kadettenpartei nahestand; sie erschien mit Unterbrechungen vom 6. (19.) November 1904 bis zum 11. (24.) Juli 1906 in Petersburg.
„*Mysl*“ (Der Gedanke) — legale Tageszeitung der Partei der Sozialrevolutionäre, die im Juni und Juli 1906 in Petersburg herausgegeben wurde. 24
- ¹³ *Partei der Rechtsordnung* — konterrevolutionäre Partei der großen Industrie- und Handelsbourgeoisie, der Gutsbesitzer und der Oberschichten der Bürokratie. Sie wurde im Herbst 1905 gegründet. 1907 zerfiel die Partei. 24
- ¹⁴ Die Volksversammlung wurde am 9. (22.) Mai 1906 vom Sozialpolitischen Klub in Petersburg im Hause der Gräfin Panina veranstaltet. Sie befaßte sich mit der Arbeit der Duma und ihrer Antwortadresse auf die Thronrede des Zaren.
An der Versammlung nahmen etwa 3000 Personen teil, davon waren die Hälfte Arbeiter. Lenin trat unter dem Namen Karpow gegen den „Volkssozialisten“ Mjakotin und den Menschewik Th. Dan auf, die einen Block mit den Kadetten verteidigten. Die von Lenin eingebrachte Resolution (siehe Werke, Bd. 10, S. 413) wurde von der Versammlung fast einstimmig angenommen. Ein Bericht über Lenins Auftreten wurde in der bol-

schewistischen Zeitung „Wolna“ und in der menschewistischen „Newskaja Gaseta“ (Newa-Zeitung) veröffentlicht. (Siehe Werke, Bd. 10, S. 411/412.)

24

- ¹⁵ *Gesamtrussischer Bauernbund* — revolutionär-demokratische Organisation, die 1905 entstand. Der Bauernbund forderte politische Freiheit und sofortige Einberufung einer konstituierenden Versammlung; er befolgte die Taktik des Boykotts der I. Reichsduma. Das Agrarprogramm des Bauernbundes enthielt die Forderung nach Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden und nach Übergabe der Kloster-, Kirchen-, Apanage-, Kabinetts- und Staatsländereien ohne Ablösung an die Bauern. In der Politik des Bauernbundes zeigten sich Halbheiten und Schwankungen. Er forderte zwar die Liquidierung des gutsherrlichen Grundeigentums, billigte aber eine teilweise Entschädigung der Gutsbesitzer. Von allem Anfang seiner Tätigkeit an wurde der Bauernbund von der Polizei verfolgt. Ende 1906 löste er sich auf. 26
- ¹⁶ *„Retsch“* (Die Rede) — Tageszeitung, Zentralorgan der Kadettenpartei; erschien in Petersburg ab Februar 1906. Am 26. Oktober (8. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee verboten. 29
- ¹⁷ *„Golos Truda“* (Die Stimme der Arbeit) — menschewistische Tageszeitung; erschien im Juni und Juli 1906 in Petersburg. 36
- ¹⁸ *„Swetotsch“* (Die Fackel) — legale bolschewistische Tageszeitung, die vom 11. (24.) Mai bis zum 31. Mai (13. Juni) 1906 in Moskau herausgegeben wurde. Es erschienen 17 Nummern. Mitarbeiter waren: I. I. Skworzow-Stepanow, M. N. Pokrowski und andere. Die Zeitung wurde auf Beschluß des Moskauer Kammergerichts verboten. 36
- ¹⁹ *Partei demokratischer Reformen* — eine der politischen Gruppierungen der liberal-monarchistischen Bourgeoisie. Entstand im Jahre 1906 während der Wahlen zur I. Reichsduma. Faktisch eine unbedeutende Abzweigung der Kadetten, stand sie rechts von diesen. 42
- ²⁰ Der *fünfte Parteitag der Sozialdemokratie Polens und Litauens* fand vom 18.—25. Juni (n. St.) 1906 in Zakopane (Galizien) statt. Auf dem Parteitag waren 52 Delegierte mit beschließender und 8 mit beratender Stimme anwesend. Unter den Parteitagsdelegierten befand sich W. W. Worowski, der Vertreter der Redaktion des „Wperjod“. Den Rechenschaftsbericht des Hauptvorstands der Partei gab F. E. Dzierzynski (auf dem Parteitag — Frankowski). Die wichtigsten Resolutionen des Parteitags wurden in Nr. 4 des „Echo“ vom 25. Juni (8. Juli) 1906 abgedruckt. 50

- ²¹ Die *Konferenz aller Bezirke der Petersburger Organisation der SDAPR* fand am 11. und 12. (24. und 25.) Juni 1906 in Terijoki, Finnland, statt. Sie wurde vom Petersburger Komitee einberufen, um die Taktik des Petersburger Proletariats gegenüber der Reichsduma festzulegen. Den Wahlen zur Konferenz ging eine Diskussion über zwei taktische Plattformen voraus: über die menschewistische Resolution des Zentralkomitees, die die Losung „Kadettisches Dumakabinett“ unterstützte, und über die bolschewistische Resolution des Petersburger Komitees. (Siehe Werke, Bd. 10, S. 487/488.)

An der Konferenz nahmen etwa 80 Delegierte teil, die rund 4000 Parteimitglieder vertraten. Den Bericht des Petersburger Komitees gab Lenin. Sein Opponent, der den Standpunkt des ZK verteidigte, war Dan. Mit der Mehrheit der Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die die Linie des Petersburger Komitees billigte.

In der zum Referat Lenins über die Einheit der Partei angenommenen Resolution stellte die Konferenz fest, daß das ZK nur die Meinung der Minderheit der Partei vertrete; sie forderte die Einberufung eines neuen Parteitags zur Klärung der in der Partei entstandenen Lage. Die Konferenz beschloß, eine ständige Verbindung zwischen der Petersburger Parteiorganisation und der sozialdemokratischen Dumafraktion herzustellen. 50

- ²² Die *Moskauer Gebietskonferenz* (Konferenz der Nordkomitees) der SDAPR fand in der ersten Junihälfte 1906 statt. Auf der Konferenz waren vertreten das Komitee von Moskau, das Moskauer Bezirkskomitee, die Komitees von Wologda, Jaroslawl, Kineschma, Kostroma, das Wladimirer Bezirkskomitee, die Komitees von Iwanowo-Wosnessensk, Borissoglebsk, Nishni-Nowgorod, Orjol, Koslow und die sozialdemokratische Gruppe der Stadt Schuja. Sie repräsentierten zusammen 14 000 organisierte Arbeiter.

Die Konferenz verurteilte die Taktik des menschewistischen Zentralkomitees gegenüber der Reichsduma und nahm folgende Resolution an: „Der Nordbund erklärt sich mit der Plattform des Zentralkomitees nicht einverstanden, da er der Ansicht ist, daß sie den Direktiven des Parteitags nicht entspricht, und schlägt vor, die äußerste Linke der Duma zu unterstützen.“ 50

- ²³ „*Slowo*“ (Das Wort) — Tageszeitung; erschien von 1904 bis 1909 in Petersburg. Von November 1905 bis Juli 1906 war sie das Organ der Okto-bristen und danach das Organ der konstitutionell-monarchistischen Partei der „friedlichen Erneuerer“, die Lenin „Partei der friedlichen Ausplün-derung“ nannte. 60

- ²⁴ „*Echo*“ — legale bolschewistische Tageszeitung, die vom 22. Juni (5. Juli) bis zum 7. (20.) Juli 1906 in Petersburg an Stelle der von der Regierung verbotenen Zeitung „*Wperjod*“ herausgegeben wurde. Es erschienen 14 Nummern. Redakteur der Zeitung war faktisch Lenin. In jeder Nummer wurden Artikel von Lenin veröffentlicht. Er arbeitete auch unmittelbar an der Spalte „Aus Zeitungen und Zeitschriften“ mit.
Fast alle Nummern des „*Echo*“ waren Repressalien ausgesetzt. Kurz vor der Auflösung der I. Reichsduma wurde die Zeitung verboten. 61
- ²⁵ *K. P-w* — K. A. Popow. 61
- ²⁶ Die „*Amsterdamer Resolution*“ — „Internationale Regeln der sozialistischen Taktik“ — angenommen auf dem Kongreß der II. Internationale, der vom 14.—20. August 1904 in Amsterdam tagte. Die Resolution verbot den Sozialisten die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen und lehnte die Zusammenarbeit sozialistischer Parteien mit bürgerlichen Parteien ab. 61
- ²⁷ Gemeint ist der Zarenerlaß vom 8. (21.) März (veröffentlicht am 11. [24.] März) 1906. Auf Grund dieses Erlasses wurde jeder, der sich der Agitation für den Wahlboykott schuldig machte, mit Gefängnisstrafen von vier bis acht Monaten bedroht. 65
- ²⁸ Der *Agrarentwurf der 33* („Entwurf eines Grundgesetzes über den Boden“) wurde mit der Unterschrift von 33 Deputierten, meist Trudowiki, in der Sitzung der I. Reichsduma am 6. (19.) Juni 1906 eingebracht. Als Hauptforderung enthielt der Entwurf der 33 im Gegensatz zu dem Entwurf „der 104“ die Forderung nach unverzüglicher und vollständiger Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden. Am 8. (21.) Juni lehnte die kadettische Duma den Entwurf ab.
Über die Unterschiede der Agrarentwürfe der Trudowiki siehe den vorliegenden Band, S. 475/476. 72
- ²⁹ *A. L-i* — A. W. Lunatscharski. Er antwortete in Nr. 8 des „*Echo*“ auf einen gegen Lenins Arbeit „*Nachbeter der Kadetten*“ gerichteten Artikel Isgojew's. 75
- ³⁰ Im Juni 1906 begann die Petersburger Organisation der Sozialrevolutionäre die Agitation für die Neubildung eines Sowjets der Arbeiterdeputierten. Der Menschewik Chrustaljow, einer der Vorsitzenden des Petersburger Sowjets der Arbeiterdeputierten im Oktober und November 1905, unterstützte die sozialrevolutionäre Agitation. Das Petersburger Komitee der SDAPR stellte fest, daß die Bildung eines Sowjets unzeitgemäß sei, und entlarvte den provokatorischen Charakter der Agitation der Sozialrevolu-

tionäre. Der Beschluß des Petersburger Komitees wurde in Nr. 5 des „Echo“ vom 27. Juni (10. Juli) 1906 veröffentlicht. 76

- ⁸¹ Die Broschüre „*Die Auflösung der Duma und die Aufgaben des Proletariats*“, die Lenin vor Beginn des Sveaborger Aufstands geschrieben hatte, erschien erst nach dem Aufstand. Am 12. (25.) August 1906 wurde in Moskau die Beschlagnahme der Broschüre angeordnet, gegen den Verfasser wurde ein gerichtliches Verfahren eingeleitet. Dennoch wurde die Broschüre nicht nur in Moskau und Petersburg, sondern auch in der Provinz verbreitet. 95
- ⁸² Lenin meint den unter dem Namen „Wiborger Aufruf“ bekannten Aufruf der Mitglieder der I. Reichsduma. Der Aufruf war in einer Beratung angenommen worden, die am 9. und 10. (22. und 23.) Juli 1906 in Wiborg stattfand, wo sich nach der Auflösung der I. Duma etwa 200 Deputierte, hauptsächlich Kadetten, versammelt hatten. In dem Aufruf wurde das Volk aufgefordert, der Regierung „passiven Widerstand“ zu leisten, d. h. keine Steuern zu zahlen und so lange keine Rekruten zu stellen, bis der Zar neue Dumawahlen ausschriebe. Im September 1906 bekannte der Parteitag der Kadetten öffentlich, daß der „passive Widerstand“ „faktisch undurchführbar“ sei. 98
- ⁸³ *Suworin, A. S.* — von 1876 bis 1912 Redakteur der reaktionären Zeitung „*Nowoje Wremja*“. 98
- ⁸⁴ „*Moskowskije Wedomosti*“ (Moskauer Nachrichten) — im Jahre 1756 gegründete Zeitung; von den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts an vertrat die Zeitung die Ansichten der reaktionärsten Kreise der Gutsbesitzer und der Geistlichkeit; ab 1905 war sie eines der maßgebenden Organe der Schwarzhunderter. Sie wurde kurz nach der Oktoberrevolution 1917 verboten. 98
- ⁸⁵ „*Grasbdanin*“ (Der Staatsbürger) — reaktionäre Zeitung, die von 1872 bis 1914 in Petersburg erschien. Von den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts an war sie das Organ der extremen Monarchisten. Die Existenzmittel der Zeitung waren in der Hauptsache Subsidien, die sie von der Zarenregierung erhielt. Ab 1906 erschien sie als Wochenschrift. 98
- ⁸⁶ *Ledru-Rollin* (1807—1874) — französischer Politiker, Vertreter der kleinbürgerlichen Demokraten. 106
- ⁸⁷ Der *Aufstand in der Festung Sveaborg* (nahe Helsingfors) brach am 17. (30.) Juli spontan aus und wurde dann von den Fähnrichen A. Jemeljanow und J. Kochanski, Mitgliedern der Militärorganisation der SDAPR, gelei-
- ³² Lenin, Werke, Bd. 11

tet. Nachdem das Petersburger Parteikomitee von der Lage in Sveaborg und der Möglichkeit eines bewaffneten Aufstands Kenntnis erhalten hatte, beschloß es, unverzüglich eine Delegation nach Sveaborg zu entsenden. Der Beschluß wurde von Lenin verfaßt. (Siehe den vorliegenden Band, S. 118.)

Der Aufstand dauerte drei Tage. Am 20. Juli (2. August) wurde er nach dem Beschuß der Festung durch Kriegsschiffe niedergeschlagen. Am gleichen Tag wurde auch der Aufstand in Kronstadt niedergeworfen. 117

⁸⁸ Im Leninschen Manuskript ist der Name der Stadt (Sveaborg) aus konspirativen Gründen durch Striche ersetzt. 118

⁸⁹ Lenin meint die im Juli 1906, nach der Auflösung der I. Duma, veröffentlichten Aufrufe „An die Armee und Flotte“, „Manifest an die gesamte russische Bauernschaft“, „An das ganze Volk“. In den Aufrufen wurde die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands hervorgehoben. 125

⁴⁰ Lenin zitiert aus M. Gorkis „Lied vom Sturmvogel“. 126

⁴¹ „Proletari“ (Der Proletarier) — illegale bolschewistische Wochenzeitung, Zentralorgan der SDAPR, gegründet auf Beschluß des III. Parteitags. Das Plenum des Zentralkomitees der Partei beschloß am 27. April (10. Mai) 1905, W. I. Lenin zum verantwortlichen Redakteur des ZO zu bestellen.

Der „Proletari“ wurde vom 27. (14.) Mai bis 25. (12.) November 1905 in Genf herausgegeben; es erschienen 26 Nummern. Ständige Mitarbeiter der Redaktion waren W. W. Worowski, A. W. Lunatscharski und M. S. Olminski. Der „Proletari“ setzte die Linie der alten, Leninschen „Iskra“ und des bolschewistischen „Wperjod“ (siehe Anm. 103) fort. Lenin schrieb für die Zeitung mehr als 50 Artikel und Notizen. Seine Artikel aus dem „Proletari“ wurden in den lokalen Presseorganen der Bolschewiki nachgedruckt und erschienen auch als Flugblätter.

Bald nachdem Lenin im November 1905 nach Rußland abgereist war, stellte der „Proletari“ sein Erscheinen ein. Die beiden letzten Nummern (25 und 26) erschienen unter der Redaktion von W. W. Worowski. 127

⁴² „Partinyje Iswestija“ (Parteinachrichten) — Presseorgan des Vereinigten ZK der SDAPR, das kurz vor dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag illegal in Petersburg erschien. Es kamen zwei Nummern heraus, und zwar am 7. (20.) Februar und am 20. März (2. April) 1906. Der Redaktion der „Partinyje Iswestija“ gehörten paritätisch Redakteure des bolschewistischen und des menschowistischen Presseorgans (des „Proletari“ und der neuen „Iskra“) an. Die Bolschewiki waren durch Lenin, Lunatscharski und andere vertreten.

- In den „Partinyje Iswestija“ erschienen mit der Unterschrift „Ein Bolschewik“ W. I. Lenins Artikel „Die gegenwärtige Lage Rußlands und die Taktik der Arbeiterpartei“ und „Die russische Revolution und die Aufgaben des Proletariats“. (Siehe Werke, Bd. 10, S. 101–108, 126–137.) Nach dem Parteitag stellten die „Partinyje Iswestija“ ihr Erscheinen ein. 128
- ⁴³ *Gesetz vom 11. (24.) Dezember 1905* — Gesetz über die Wahlen zur Reichsduma. Nach diesem Gesetz wurden die Wähler in vier Kurien geteilt: die Grundbesitzerkurie (die Gutsherren), die Städtekurie (die Bourgeoisie), die Bauernkurie und die Arbeiterkurie. Die Stimme eines Gutsbesitzers entsprach den Stimmen von drei Angehörigen der städtischen Bourgeoisie, den Stimmen von 15 Bauern und den Stimmen von 45 Arbeitern. Das Gesetz sicherte dem Häuflein der Gutsbesitzer und Kapitalisten in der Duma ein gewaltiges Übergewicht. 128
- ⁴⁴ *„Towarischtsch“* (Der Gefährte) — bürgerliche Tageszeitung, erschien von März 1906 bis Januar 1908 in Petersburg; formell kein Parteiorgan, war sie jedoch faktisch Sprachrohr der linken Kadetten. Auch Menschewiki arbeiteten an der Zeitung mit. 130
- ⁴⁵ Lenin spricht von der Erklärung des bolschewistischen Teils des ZK vom 20. Juli (2. August) 1906. Sie wurde unter dem Titel „Erklärung dreier ZK-Mitglieder an das ZK der SDAPR“ als Flugschrift und in der Broschüre „Hatte die Partei in den Jahren 1906/07 ein Zentralkomitee?“ veröffentlicht. 138
- ⁴⁶ Lenin meint den zweiten Paragraphen des bolschewistischen Resolutionsentwurfs für den Vereinigungsparteitag der SDAPR: „Die provisorische revolutionäre Regierung und die örtlichen Organe der revolutionären Staatsmacht“. (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 10, S. 147/148.) 142
- ⁴⁷ *„Oswoboshdenije“* (Die Befreiung) — Halbmonatsschrift der liberalen Bourgeoisie, die unter der Redaktion von P. B. Struve von 1902 bis 1905 im Ausland erschien. Von Januar 1904 an wurde sie zum Organ des liberalmonarchistischen „Bundes der Befreiung“. Die Anhänger des „Oswoboshdenije“ bildeten später den Kern der stärksten bürgerlichen Partei Rußlands, der Partei der Kadetten. 144
- ⁴⁸ *„Poljarnaja Swesda“* (Der Polarstern) — Wochenschrift, Organ des rechten Flügels der Kadettenpartei; erschien unter der Redaktion von P. B. Struve von 1905 bis 1906 in Petersburg. 144
- ⁴⁹ Es handelt sich um die Resolutionen der Komitees der SDAPR von Kursk und Kaluga, des Moskauer Bezirkskomitees, des Gebietsbüros des Zentra-

- len Rayons sowie der Parteikonferenz von Kostroma, die am 25. Juli (7. August) 1906 stattgefunden hatte. 146
- ⁵⁰ Gemeint ist die Eisenbahnerkonferenz, die im August 1906 im Zusammenhang mit der Auflösung der ersten Reichsduma einberufen wurde, um zur Frage des Generalstreiks Stellung zu nehmen.
An der Konferenz nahmen Delegierte der Arbeiter und Angestellten von 23 Eisenbahnlinien teil, ferner Vertreter des Zentralbüros des Gesamtrussischen Eisenbahnerverbands, der Trudowikigruppe, des ZK der SDAPR, des „Bund“, des ZK der Sozialrevolutionäre u. a. In der von der Konferenz angenommenen Resolution heißt es: „Der bevorstehende Generalstreik wird der Ansturm der Volkskräfte sein, der der absolutistischen Regierung die Macht entreißen muß.“ 147
- ⁵¹ „Bluttag“ – der 2. (15.) August 1906, an dem in Warschau, Lodz, Radom, Plock und anderen Städten Polens Überfälle auf die Polizei durchgeführt wurden. Die Aktion war von der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) organisiert. (Siehe Lenins Notiz „Über die Partisanenaktion der PPS“, vorliegender Band, S. 181.) 153
- ⁵² Das Attentat auf Stolypin wurde am 12. (25.) August 1906 von sozialrevolutionären Maximalisten verübt.
General Min, der die Niederschlagung des Moskauer bewaffneten Dezemberaufstands geleitet hatte, wurde am 13. (26.) August 1906 von einem Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre getötet. 153
- ⁵³ Der Koalitionsrat der Kampfgruppen bestand aus Vertretern der Partei-Kampfgruppen des Moskauer Komitees der SDAPR, der Moskauer sozialdemokratischen Gruppe, des Moskauer Komitees der Partei der Sozialrevolutionäre und der Kampfgruppen „Freie Rayongruppe“, „Universitätsgruppe“, „Druckereigruppe“ und „Kaukasische Gruppe“. 157
- ⁵⁴ Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1958, S. 123. 158
- ⁵⁵ Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, „*Revolution und Konterrevolution in Deutschland*“, Berlin 1953, S. 132/133. 162
- ⁵⁶ Diese These wurde von Friedrich Engels wiederholt in einer Reihe seiner Werke, insbesondere im „*Anti-Dühring*“, entwickelt. 163
- ⁵⁷ Lenin meint Friedrich Engels' Einleitung zu der Schrift von Karl Marx „*Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850*“. Die Einleitung wurde bei der Veröffentlichung im Jahre 1895 von den deutschen Sozialdemokraten entstellt und dann von ihnen als Ablehnung des bewaffneten Aufstands und des

Barrikadenkampfes ausgelegt. Erst in der UdSSR wurde der vollständige Text der Einleitung nach dem Engelsschen Manuskript veröffentlicht. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1958, S. 104—122.) 163

- ⁵⁸ Lenin meint zwei Erlasse der Zarenregierung: den Erlaß vom 12. (25.) August 1906 über den Verkauf eines Teils der (im Besitz der Zarenfamilie befindlichen) Apanageländereien und den Erlaß vom 27. August (9. September) 1906 über den Verkauf der fiskalischen Ländereien (Staatsländereien) durch die Bauernbank. 174
- ⁵⁹ Es handelt sich um die Zeitung „*Iswestija Moskowskowo Sowjeta Rabotschich Deputatow*“ (Nachrichten des Moskauer Sowjets der Arbeiterdeputierten), die vom 7. (20.) bis zum 12. (25.) Dezember 1905, während des Generalstreiks und des bewaffneten Aufstands in Moskau, täglich erschien. Die „*Iswestija Moskowskowo Sowjeta Rabotschich Deputatow*“ wurden ebenso wie die „*Iswestija*“ des Petersburger Sowjets unter dem Schutz der Kampfgruppen in verschiedenen Druckereien hergestellt (bei Sytin, Mamontow, Kuschnjerow, Tschitscherin). Die „*Iswestija*“ erschienen in einer Auflage von 5000 bis 10 000 Exemplaren. Am 12. (25.) Dezember erschien die letzte Nummer, Nr. 6, der „*Iswestija*“. 177
- ⁶⁰ Bei der Notiz „*Über die Partisanenaktion der PPS*“ handelt es sich um eine Anmerkung Lenins zu dem am 8. (21.) September 1906 in Nr. 3 des „*Proletari*“ veröffentlichten Artikel „*Aus Polen*“. 181
- ⁶¹ „*Twer*“ — Name einer Teestube hinter der Newskaja Sastawa in Petersburg, die den Schwarzhundertern als Treffpunkt diente. 181
- ⁶² *Jag-in* — Pseudonym des sozialrevolutionären Maximalisten A. G. Troizki. 185
- ⁶³ „*Golos*“ (Die Stimme) — Tageszeitung der Partei der Sozialrevolutionäre, die von April bis Juni 1906 in Petersburg erschien.
„*Delo Narodo*“ (Die Sache des Volkes) — Tageszeitung der Partei der Sozialrevolutionäre, die im Mai 1906 in Petersburg herausgegeben wurde. 185
- ⁶⁴ *W. W.* (Pseudonym W. P. Woronzows) und *Nikolai-on* (Pseudonym N. F. Danielsons) — Ideologen der liberalen Volkstümlerrichtung der achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts. 186
- ⁶⁵ „*Russkoje Bogatstwo*“ (Russischer Reichtum) — Monatsschrift, die von 1876 bis Mitte 1918 in Petersburg erschien. Anfang der neunziger Jahre wurde die Zeitschrift zu einem Organ der liberalen Volkstümler. Von 1906 an war

- das „Russkoje Bogatstwo“ faktisch Organ der halbkadettischen Partei der „Volkssozialisten“. 186
- ⁶⁶ *Uschakow* — Agent Subatows; organisierte im Herbst 1905 die „Unabhängige soziale Arbeiterpartei“ und gab mit Regierungsgeldern die „Rabotščaja Gaseta“ (Arbeiterzeitung) heraus. Die Partei der „Unabhängigen“ wollte den Kampf gegen die Sozialdemokraten aufnehmen, fand aber unter den Arbeitern keinen Anklang. 192
- ⁶⁷ „*Otkliki Sowremennosti*“ (Stimmen der Gegenwart)—menschewistische Zeitschrift, die von März bis Juni 1906 legal in Petersburg herausgegeben wurde. Es erschienen 5 Nummern. 194
- ⁶⁸ Am 20. Februar (5. März) 1906 wurden ein Gesetz und zwei Ukase an den Senat über die Reichsduma und den Reichsrat veröffentlicht. Mit diesem Gesetz widerrief die Zarenregierung faktisch ihr Manifest vom 17. Oktober.
Durch das neue Gesetz wurde der Reichsrat, dessen Mitglieder zur Hälfte vom Zaren ernannt und zur Hälfte aus den Schwarzhunderterkreisen des Adels, der Großkapitalisten und der Geistlichkeit gewählt wurden, aus einer beratenden zu einer gesetzgebenden Körperschaft. Der Reichsrat konnte jeden beliebigen Beschluß der Duma verwerfen. 198
- ⁶⁹ *Bessaglawzen* — halbkadettische Gruppe (S. Prokopowitsch, J. Kuskowa, W. Bogutscharski und andere), die im Jahre 1906 in Petersburg die Zeitschrift „*Bes Saglawija*“ (Ohne Titel) herausgab. Die „Bessaglawzen“ bekannten sich zum revisionistischen Flügel der westeuropäischen Sozialdemokratie (Bernstein u. a.) und wandten sich gegen eine selbständige Klassenpolitik des Proletariats. Lenin nannte die „Bessaglawzen“ „menschewisierende Kadetten“ oder „kadettisierende Menschewiki“. 203
- ⁷⁰ Die vorliegende Notiz wurde als „Anmerkung der Redaktion“ zur Resolution des Moskauer Komitees der SDAPR über den Partisanenkrieg veröffentlicht. Die Resolution wurde im September 1906 vom Moskauer Komitee angenommen. In Punkt 3 des motivierenden Teils der Resolution heißt es: „Obwohl die Revolution nicht die Kraft besitzt, durch eine gleichzeitige Aktion des Volkes die Macht zu stürzen, ist sie doch stark genug, um nicht passiv bleiben zu können, so daß sie spontan zu Partisanenaktionen gegen den Feind übergeht, was besonders in den Dörfern bei Beginn der Rekrutierungen erwartet werden muß.“ 214
- ⁷¹ „*Diskus*“ — „Demokratischer Verband der Konstitutionalisten“, konterrevolutionäre Organisation; entstand im Herbst 1905. Sie vereinigte Angehörige des Hochadels, der konservativen Schichten der industriellen Bour-

geoisie und der höchsten Bürokratie. Ende 1905 ging der „Diskus“ in der Partei der Oktobristen auf. 216

⁷² „Sozialdemokrat“ — illegales Organ des Zentralkomitees der SDAPR, das vom 17. (30.) September bis zum 18. November (1. Dezember) 1906 in Petersburg erschien; faktisch war die Zeitung ein menschewistisches Organ, da sich das ZK zu dieser Zeit in den Händen der Menschewiki befand. 222

⁷³ *Tkatschowismus* — russischer Blanquismus, benannt nach P. N. Tkatschow, einem Revolutionär der sechziger bis siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts und Anhänger von Auguste Blanqui. 222

⁷⁴ Der Artikel „*Der afterkluge russische Radikale*“ wurde in Nr. 12 des „Westnik Shisni“ veröffentlicht.

„*Westnik Shisni*“ (Der Bote des Lebens) — Wochenschrift für Wissenschaft, Literatur und Politik, legales bolschewistisches Presseorgan; erschien unregelmäßig vom 30. März (12. April) 1906 bis September 1907 in Petersburg; bis zum 19. November (2. Dezember) 1906 kamen 13 Nummern heraus. Im Januar 1907 wurde der „Westnik Shisni“ in eine Monatsschrift umgewandelt, von der 7 Nummern erschienen. Mitarbeiter der Zeitschrift waren W. I. Lenin, M. S. Olminski, W. W. Worowski, A. W. Lunatscharski, Maxim Gorki und andere. Außer dem genannten Artikel wurde in der Zeitschrift (Nr. 6) Lenins Artikel „Kautsky über die Reichsduma“ veröffentlicht. (Siehe Werke, Bd. 10, S. 457—459.) 226

⁷⁵ *W. W. Ch-ow* — W. W. Chishnjakow. 226

⁷⁶ „*Stolitschnaja Potschta*“ (Hauptstädtische Post) — linkskadettische Tageszeitung, die von Oktober 1906 bis Februar 1908 in Petersburg erschien. 231

⁷⁷ „*Proletari*“ (Der Proletarier) — illegale Zeitung, die nach dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag von den Bolschewiki gegründet wurde; sie erschien vom 21. August (3. September) 1906 bis zum 28. November (11. Dezember) 1909 unter der Redaktion Lenins als Organ des Moskauer und des Petersburger Komitees, eine Zeitlang auch des Moskauer Bezirkskomitees und der Komitees von Perm, Kursk und Kasan. Faktisch war der „Proletari“ das Zentralorgan der Bolschewiki. Es kamen 50 Nummern heraus, davon die ersten 20 in Finnland. Vom 13. (26.) Februar bis zum 1. (14.) Dezember 1908 erschien der „Proletari“ in Genf, ab 8. (21.) Januar 1909 in Paris.

In der Zeitung wurden mehr als 100 Artikel und Notizen Lenins veröffentlicht. In den Jahren der Stolypinschen Reaktion spielte der „Proletari“ eine hervorragende Rolle für die Erhaltung und Festigung der bolschewistischen Organisationen. Auf dem Plenum des Zentralkomitees der SDAPR

- im Januar 1910 gelang es den „Versöhnlern“, einen Beschluß über die Einstellung der Herausgabe des „Proletari“ herbeizuführen. 238
- ⁷⁸ Die Broschüre „*Martow und Tscherewanin in der bürgerlichen Presse*“ erschien im Oktober 1906 in Petersburg. Im Jahre 1912 wurde die Broschüre vom Presseamt beschlagnahmt, auf Beschluß des Petersburger Kammergerichts sollte sie eingestampft werden. Zu diesem Zeitpunkt war die Broschüre bereits vergriffen. 248
- ⁷⁹ „*Nowy Put*“ (Neuer Weg) — Tageszeitung linkskadettischer Richtung, die von August bis November 1906 in Moskau erschien. 248
- ⁸⁰ Im August 1906, nach dem Scheitern des Streiks, den das ZK während des Sveaborger Aufstands ausgerufen hatte, forderte das Petersburger Komitee der SDAPR in einer Resolution die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitags. Das Petersburger Komitee beschloß, die Lokalorganisationen hiervon in Kenntnis zu setzen, und forderte sie auf, ihre Ansicht zu dieser Frage zu äußern.
Für die Einberufung eines Parteitags sprachen sich verschiedene der größten Organisationen aus, darunter das Moskauer und das Petersburger Komitee, der Hauptvorstand der Sozialdemokratie Polens und Litauens, das Gebietsbüro der sozialdemokratischen Organisationen Zentralrußlands und das Zentralkomitee der Sozialdemokratie Lettlands. Für den Parteitag sprachen sich weiter aus das Uraler Komitee, die Komitees von Nishni-Nowgorod, Brjansk, Minsk, Kurgan u. a. Die Gesamtrussische Novemberkonferenz der SDAPR beschloß, den Parteitag zum 15. (28.) März 1907 einzuberufen. 256
- ⁸¹ Die Broschüre „*Sozialdemokratie und Wahlabkommen*“ wurde im November 1906 von dem Verlag „Wperjod“ in Petersburg herausgegeben. Fünf Jahre später, im Jahre 1912, beschlagnahmte das Presseamt die Broschüre, die Beschlagnahme wurde vom Kammergericht bestätigt. Am 30. Januar (12. Februar) 1912 wurden die restlichen Exemplare in der Druckerei der Petersburger Stadthauptmannschaft vernichtet. 267
- ⁸² *Vierpunktewahlsystem* — Bezeichnung für allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht. 274
- ⁸³ „*Westnik Partii Narodnoi Swobody*“ (Bote der Partei der Volksfreiheit) — Wochenschrift, Organ der Kadettenpartei, das mit Unterbrechungen ab 22. Februar (7. März) 1906 in Petersburg erschien. Nach der Oktoberrevolution 1917 wurde die Zeitschrift verboten. 278
- ⁸⁴ „*Das aufgeklärte Rußland*“ — sozialrevolutionärer Sammelband, der im

Herbst 1906 in Petersburg erschien. Von der dritten Folge an trug er den Untertitel „Sammelband für Zeitfragen“. 286

- ⁸⁵ Die zweite Konferenz der SDAPR („Erste Gesamtrussische Konferenz“) fand vom 3.—7. (16.—20.) November 1906 in Tammerfors statt. Anwesend waren 32 Delegierte.

Zur Frage der Wahlkampagne zur zweiten Reichsduma nahm die Konferenz vier Referate entgegen. Lenin verteidigte die gegen einen Block mit den Kadetten gerichtete bolschewistische Plattform. Menschewiki und Bundisten sprachen sich für einen Block mit den Kadetten aus. Mit einer Mehrheit von 18 gegen 14 Stimmen wurde die menschewistische Resolution angenommen. Als Gegengewicht zu dieser Resolution brachte Lenin die von 14 Delegierten (6 Bolschewiki, 5 polnischen und 3 lettischen Sozialdemokraten) unterzeichnete bolschewistische Plattform („Besondere Meinung“) ein.

Am 6. November setzte sich Lenin in der Konferenz kritisch mit dem menschewistischen Entwurf der Wahlplattform auseinander, den das ZK der Konferenz zur Bestätigung vorgelegt hatte (der Entwurf war in Nr. 6 des „Sozialdemokrat“ vom 3. [16.] November veröffentlicht worden). Die Konferenz nahm eine Resolution über Korrekturen zur Wahlplattform an. Am gleichen Tage sprach sich Lenin in der Diskussion für die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags aus, er forderte nachdrücklich eine Aussprache über die Agitation für den „Arbeiterkongreß“, die er als Verletzung der Parteidisziplin bezeichnete.

Die Konferenz bestätigte die Resolution „Über die örtliche Einheit der Wahlkampagne“ und nahm Lenins Abänderungsvorschlag an. Den Text der abgeänderten Resolution bringt Lenin in dem Artikel „Der Kampf gegen die kadettisierenden Sozialdemokraten und die Parteidisziplin“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 317.) Die Konferenz beauftragte das ZK, im Bericht über die Konferenz sämtliche Resolutionsentwürfe und besonderen Meinungen zu veröffentlichen. Das menschewistische ZK veröffentlichte jedoch nur die Konferenzresolutionen, nicht aber die Erklärung der Bolschewiki (siehe „Sozialdemokrat“ Nr. 7).

Eine Kritik der Arbeiten der Konferenz gibt Lenin (außer in oben genanntem Artikel) in dem Artikel „Über Blocks mit den Kadetten“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 301—313.) 292

- ⁸⁶ *Zionistische Sozialisten* („Zionistisch-Sozialistische Arbeiterpartei“)—kleinbürgerliche jüdische nationalistische Organisation, die im Jahre 1904 in Odessa entstand. 294

- ⁸⁷ Der bolschewistische Entwurf der Dumadeklaration wurde von Lenin ge-

schrieben; er findet sich in dem Artikel „Zur Deklaration unserer Dumafraktion“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 19–22.) 307

- ⁸⁸ Es handelt sich um den „Offenen Brief“ Plechanows. (Siehe den vorliegenden Band, S. 263–265.) 315
- ⁸⁹ „*Wolna*“ (Die Woge) — legale bolschewistische Tageszeitung, die vom 26. April (9. Mai) bis zum 24. Mai (6. Juni) 1906 in Petersburg herausgegeben wurde. Es erschienen 25 Nummern. Ab Nr. 9 vom 5. (18.) Mai 1906 (nach Schluß des IV. Parteitags und nach der Ankunft Lenins aus Stockholm) wurde die Zeitung faktisch von Lenin redigiert. Es wurden in ihr mehr als 20 Artikel Lenins veröffentlicht. An der Redaktionsarbeit beteiligten sich W. W. Worowski und M. S. Olminski. Die Zeitung war fortwährend polizeilichen Repressalien ausgesetzt; sie wurde von der zaristischen Regierung verboten. An ihrer Stelle erschien die legale bolschewistische Zeitung „*Wperjod*“ (siehe Anm. 6). 319
- ⁹⁰ „*Russkije Wedomosti*“ (Russische Nachrichten) — Tageszeitung, die in Moskau ab 1863 von liberalen Professoren der Moskauer Universität und Semstwoleuten herausgegeben wurde. Sie vertrat die Interessen der liberalen Gutsbesitzer und der Bourgeoisie. 1905 wurde sie zum Organ des rechten Flügels der Kadetten. Nach der Oktoberrevolution 1917 wurde sie verboten. 320
- ⁹¹ Die Flugschrift „*Wen soll man in die Reichsduma wählen?*“ wurde vor den Wahlen zur zweiten Duma geschrieben. In seinem Artikel „Die Verfälschung der Duma durch die Regierung und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ (siehe den vorliegenden Band, S. 386) nennt Lenin diese Flugschrift ein „Plakat über die drei Hauptparteien“, die sich an den Dumawahlen beteiligen. Die Flugschrift erschien in Petersburg in drei Ausgaben: zwei gekürzten und einer vollständigen. Die gekürzte Ausgabe wurde auch von den Komitees von Charkow, Kostroma, Iwanowo-Wosnessensk, von der Ob-Gruppe der SDAPR und dem ZK der Sozialdemokratie Lettlands herausgegeben. 321
- ⁹² Lenin vergleicht ironisch den opportunistischen Brief Plechanows „Offenes Antwortschreiben an einen Leser des ‚Towarischtsch‘“ mit der Broschüre Lassalles „Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig“ (1863). 329
- ⁹³ Siehe Karl Marx, „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, in Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1958, S. 492. 332

⁹⁴ Das „berühmte Pariser Abkommen“ — Abkommen über „Grundprinzipien und Forderungen“ im Kampf gegen die Selbstherrschaft, angenommen von der Pariser Konferenz im November 1904. An der Konferenz beteiligten sich Delegierte der Sozialrevolutionäre, der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), der georgischen bürgerlich-nationalistischen Partei der Sozialföderalisten („Sakartwelo“) u. a. Die vom Rat der SDAPR einberufene Beratung von Delegierten der SDAPR und der nationalen sozialdemokratischen Organisationen lehnte die Teilnahme an der Pariser Konferenz ab. 335

⁹⁵ Der Resolutionsentwurf der Bolschewiki zum Vereinigungsparteitag „Der gegenwärtige Abschnitt der demokratischen Revolution“. Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 10, S. 142/143. 338

⁹⁶ Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 8, S. 369/370. 341

⁹⁷ Es handelt sich um den Resolutionsentwurf für den Vereinigungsparteitag zur Frage des bewaffneten Aufstands. (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 10, S. 144/145.) 342

⁹⁸ „*Narodnaja Swoboda*“ (Volksfreiheit) — Zeitung, Organ der Kadettenpartei, erschien im Dezember 1905 in Petersburg. 343

⁹⁹ Lenin hat hier die Aufstände in Süd- und Westdeutschland im Jahre 1849 im Auge. Die Aufstände wurden infolge der Unentschlossenheit und Feigheit ihrer kleinbürgerlichen Führer von den preußischen Truppen niedergeschlagen.

Der belgische Generalstreik im Jahre 1902 war von der belgischen Arbeiterpartei im Bündnis mit den Liberalen vorbereitet und stand unter der Losung des Kampfes für das allgemeine Wahlrecht. Die opportunistischen Führer der Arbeiterpartei — Vandervelde u. a. — fürchteten das Ausmaß der Streikbewegung und kapitulierten bedingungslos vor der Regierung. 348

¹⁰⁰ „*Rabotschaja Mysl*“ (Arbeitergedanke) — Zeitung der „Ökonomisten“, die von 1897 bis 1902 erschien. Kritik an den Ansichten der „Rabotschaja Mysl“ als einer russischen Abart des internationalen Opportunismus übte Lenin in einer Reihe seiner Schriften, besonders in Artikeln, die in der „Iskra“ veröffentlicht wurden, und in seinem Werk „Was tun?“.

W. P. Akimow (Machnowez) — einer der Vertreter des „Ökonomismus“. 351

¹⁰¹ „*Belorussische Hromada*“ („Belorussische Sozialistische Hromada“) — kleinbürgerliche nationalistische Organisation, die im Jahre 1903 diese Bezeich-

nung annahm. Sie entstand 1902 unter dem Namen „Belorussische revolutionäre Hromada“. Dem Programm und der praktischen Tätigkeit der „BSH“ lagen Verständigung mit der Bourgeoisie und den Gutsbesitzern, Ablehnung des revolutionären Klassenkampfes und Propagierung der Absonderung des belorussischen Volkes von der russischen revolutionären Arbeiterklasse zugrunde. Während der Revolution von 1905–1907 forderte die „BSH“ die sogenannte „national-kulturelle Autonomie“. Nach der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917 trat die „BSH“ mit der Losung der belorussischen Nationalisten hervor, die die Lostrennung Belorußlands vom revolutionären Rußland verlangten. Nach der sozialistischen Oktoberrevolution zerfiel die „BSH“. 353

¹⁰² Lenin meint eine Resolution zur Frage des Arbeiterkongresses, die Anfang September 1906 in einer Versammlung von Arbeitern aus verschiedenen Bezirken Petersburgs angenommen wurde. Die Versammlung war vom Petersburger Komitee der SDAPR einberufen worden. 355

¹⁰³ „*Wperjod*“ (Vorwärts) — illegale bolschewistische Zeitung, die vom 22. Dezember 1904 (4. Januar 1905) bis zum 5. (18.) Mai 1905 in Genf herausgegeben wurde; es erschienen 18 Nummern. Die organisatorische und ideologische Leitung lag in den Händen W. I. Lenins. Dem Redaktionskollegium gehörten ferner W. W. Worowski, M. S. Olminski und A. W. Lunatscharski an.

Der III. Parteitag der SDAPR hob in einer besonderen Resolution die hervorragende Rolle hervor, die der „*Wperjod*“ im Kampf gegen den Menschewismus, für die Wiederherstellung des Parteiprinzips und bei der Erörterung und Klärung der durch die revolutionäre Bewegung aufgeworfenen taktischen Fragen gespielt hatte, und sprach der Redaktion der Zeitung seinen Dank aus. 358

¹⁰⁴ „*Nowaja Shisn*“ (Neues Leben) — erste legale bolschewistische Tageszeitung, die vom 27. Oktober (9. November) bis 3. (16.) Dezember 1905 in Petersburg erschien. Als Lenin Anfang November aus der Emigration nach Petersburg zurückgekehrt war, erschien die Zeitung unter seiner unmittelbaren Leitung. Die „*Nowaja Shisn*“ war faktisch das Zentralorgan der SDAPR. Ständige Mitarbeiter waren W. W. Worowski, M. S. Olminski, A. W. Lunatscharski und andere. Auch Maxim Gorki beteiligte sich reger an der Zeitung und erwies ihr große materielle Unterstützung.

In Nr. 9 der „*Nowaja Shisn*“ vom 10. (23.) November 1905 erschien Lenins erster Artikel „Über die Reorganisation der Partei“. Im weiteren wurden dann noch über zehn Artikel Lenins veröffentlicht. Die tägliche Auf-

- lage der Zeitung erreichte 80 000 Exemplare. Die „Nowaja Shisn“ war zahlreichen Repressalien ausgesetzt. Von 27 Nummern wurden 15 beschlagnahmt und eingestampft. Nach Erscheinen der Nr. 27 vom 2. (15.) Dezember wurde die „Nowaja Shisn“ von der Regierung verboten. Die letzte Ausgabe, Nr. 28, erschien illegal. 360
- ¹⁰⁵ „Die Neue Zeit“ — Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, die von 1883 bis 1923 in Stuttgart erschien. Angefangen von der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, nach dem Tode von Friedrich Engels, veröffentlichte die Zeitschrift systematisch Artikel von Revisionisten. Während des imperialistischen Weltkriegs (1914—1918) bezog sie einen zentristischen, kautskyanischen Standpunkt und unterstützte die Sozialchauvinisten. 363
- ¹⁰⁶ „Narodno-Sozialistischeskoje Obosrenije“ (Volkssozialistische Rundschau) — Organ der halbkadettischen „volkssozialistischen“ Partei, das von 1906 bis 1907 in Petersburg erschien. 366
- ¹⁰⁷ „Sowremennaja Shisn“ (Das Leben der Gegenwart) — menschewistische Zeitschrift, die von April 1906 bis März 1907 in Moskau erschien. 367
- ¹⁰⁸ Lenin meint den Artikel von Karl Marx „Die Krisis“. Der Artikel erschien in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 14. September 1848. (Siehe Marx/Engels/Lenin/Stalin, Zur deutschen Geschichte, Bd. II, Berlin 1954, S. 285.) 373
- ¹⁰⁹ Es handelt sich um die Resolution der zweiten („Ersten Gesamtrussischen“) Konferenz der SDAPR: „Abänderungsantrag zu dem vom Zentralkomitee vorgelegten Entwurf einer Wahlplattform“. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil I, 1954, S. 142/143, russ.) 377
- ¹¹⁰ Gemeint sind die Abgeordneten des Frankfurter Parlaments — der deutschen Nationalversammlung, die im Mai 1848 nach der Märzrevolution einberufen wurde.
Nationalliberale — politische Partei in Deutschland, die im Jahre 1866 aus der preußischen Fortschrittspartei hervorging. Sie vertrat die Interessen der konterrevolutionären industriellen Großbourgeoisie. 387
- ¹¹¹ Worte aus der Arbeit von Karl Marx „Kritik des Gothaer Programms“. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Berlin 1958, S. 25.) 387
- ¹¹² Nik. J-ski — N. I. Jordanski, der sich damals den Menschewiki angeschlossen hatte. 388

- ¹¹³ Der Artikel „*Die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse*“ wurde in der ersten Nummer des bolschewistischen Organs „*Ternii Truda*“ veröffentlicht.
 „*Ternii Truda*“ (Dornen der Arbeit) — legale bolschewistische Wochenschrift, die vom 24. Dezember 1906 (6. Januar 1907) bis zum 6. (19.) Januar 1907 in Petersburg herausgegeben wurde. Es erschienen 3 Nummern. Außer dem genannten Artikel wurde in der Wochenschrift (Nr. 2) Lenins Artikel „Wie stehen die bürgerlichen Parteien und die Arbeiterpartei zu den Duma-wahlen?“ abgedruckt. (Siehe den vorliegenden Band, S. 416—421.) Die Zeitschrift wurde von der Regierung verboten. 390
- ¹¹⁴ Der Artikel „*Die Aufgaben der Arbeiterpartei und die Bauernschaft*“ war für die Samaraer legale bolschewistische Zeitung „*Samarskaja Luka*“ (Das Samara-Knie) geschrieben worden. Lenin hatte das Manuskript von Petersburg nach Samara an die Zeitungsredaktion gesandt, es wurde jedoch von der Gendarmerie abgefangen. Das Manuskript wurde erst im Jahre 1929 in Archivmaterialien der früheren Samaraer Gouvernements-Gendarmerieverwaltung aufgefunden. 397
- ¹¹⁵ „*Nascha Tribuna*“ (Unsere Tribüne) — Wochenschrift des „Bund“, die von Dezember 1906 bis März 1907 in Wilna herausgegeben wurde. Es erschienen 12 Nummern. 403
- ¹¹⁶ Lenin meint N. Schtschedrins Skizzen „*Im Ausland*“, die im Januarheft der „*Otetschestwenyje Sapiski*“ (Vaterländische Blätter) von 1881 veröffentlicht wurden. (Siehe N. Schtschedrin [M. J. Saltykow], *Gesammelte Werke*, Bd. XIV, 1936, S. 161—208, russ.) 425
- ¹¹⁷ Der Artikel „*Die Wahlkampagne der Arbeiterpartei in Petersburg*“ erschien als Leitartikel in Nr. 1 des bolschewistischen Organs „*Prostyje Retschi*“.
 „*Prostyje Retschi*“ (Das einfache Wort) — legale bolschewistische Wochenzeitung, die 1907 in Petersburg herausgegeben wurde. Es erschienen 3 Nummern: am 14. (27.) Januar, am 21. Januar (3. Februar), am 30. Januar (12. Februar). Außer dem genannten wurden noch folgende Artikel Lenins in der Zeitung veröffentlicht: „*Die Wahlkampagne der Sozialdemokratie in Petersburg*“, „*Die Wahlen in der Petersburger Arbeiterkurie*“ und „*Der Kampf der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre bei den Wahlen in der St.-Petersburger Arbeiterkurie*“. Die weitere Herausgabe der Zeitung wurde durch die Regierung unterbunden. 429
- ¹¹⁸ Die Konferenz der Petersburger Organisation der SDAPR, in der die Frage der Wahltaktik bei den Wahlen zur II. Reichsduma erörtert wurde, fand am 6. (19.) Januar 1907 statt. Lenin hielt ein Referat zur Frage der Wahl-

abkommen. Der Zeitungsbericht über Lenins Referat erschien am 25. Januar (7. Februar) 1907 in Nr. 12 der bolschewistischen Zeitung „Proletari“.

Nach Erörterung des Referats bestätigte die Konferenz die Resolution („Besondere Meinung“) der 14 Delegierten auf der Gesamtrussischen Novemberkonferenz der SDAPR. Eine eingehende Charakteristik der Arbeiten der Petersburger Konferenz und der Bedingungen ihrer Einberufung gibt Lenin in den Broschüren „Sozialdemokratie und Dumawahlen“ und „Der Narr als Richter (Aus den Notizen eines sozialdemokratischen Publizisten)“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 435—460 und 461—480.) 429

- ¹¹⁹ Die Broschüre „Sozialdemokratie und Dumawahlen“ wurde im Januar 1907 von dem Verlag „Nowaja Duma“ in Petersburg in der Druckerei der Genossenschaft „Delo“ gedruckt. Gleichzeitig erfolgte hier die Drucklegung der Broschüre Lenins „Der Narr als Richter (Aus den Notizen eines sozialdemokratischen Publizisten)“. Im Jahre 1912 wurde die Verbreitung beider Broschüren von der Regierung verboten. 435
- ¹²⁰ Lenin meint N. G. Tschernyschewskis Arbeit „Politisch-ökonomische Briefe an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika H. Ch. Carey“. (Siehe N. G. Tschernyschewski, Ausgewählte Werke in fünf Bänden, Bd. II, 2. Halbband, 1935, S. 458, russ.) 453
- ¹²¹ „Lidwaliaäe“ — die Skandalaffäre um Lidwal, der 1906 Lebensmittellieferant für die von der Hungersnot betroffenen Gouvernements war, und den stellvertretenden Innenminister Gurko. Die Aufdeckung der von ihnen begangenen Unterschlagungen und der Schiebungen hatte die Zarenregierung gezwungen, den Fall vor Gericht zu bringen. Für Gurko zog das Verfahren außer seiner Amtsenthebung keinerlei Folgen nach sich. 455
- ¹²² Es handelt sich um das von den Schwarzhundertern organisierte Attentat auf den Kadetten M. J. Herzenstein, Mitglied der I. Reichsduma, der am 18. (31.) Juli 1906 in Finnland ermordet wurde. 455
- ¹²³ Jan (Pseudonym von W. G. Bogoras) — einer der Organisatoren der halbkadettischen „Volkssozialistischen Partei“. 461
- ¹²⁴ Worte Tschazkis, des Haupthelden aus A. S. Gribojedows Komödie „Verstand schafft Leiden“. 472
- ¹²⁵ Lenin meint den Versuch der linkskadettischen Zeitung „Wek“, Material über die Stimmung der Wähler zu sammeln. In Nr. 5 der Zeitung vom 9. (22.) Januar 1907 wurden die vorläufigen Ergebnisse einer Leserabstimmung veröffentlicht: 765 Leser hatten für die Kadetten, 407 für die Sozialdemokraten gestimmt. Die übrigen Parteien erhielten nur eine unbedeutende Stimmenzahl. 478

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN
W. I. LENINS

(Juni 1906 bis Januar 1907)

1906

6. (19.) Juni Lenin hält unter dem Namen Karpow vor den Delegierten des Gesamtrussischen Kongresses der Volksschullehrer in Petersburg das Referat und das Schlußwort zur Agrarfrage.
8. (21.) Juni Lenins Artikel „Am Vorabend“, der telegrafisch von Petersburg nach Kiew übermittelt wurde, erscheint in Nr. 1 der Kiewer bolschewistischen Zeitung „Rabotnik“. Lenin schreibt den Artikel „Schwankungen oben, Entschlossenheit unten“, der als Leitartikel in Nr. 13 der Zeitung „Wperjod“ vom 9. (22.) Juni erscheint.
9. (22.) Juni Lenin schreibt den Artikel „Auf, zur Einheit!“, der als Leitartikel in Nr. 14 des „Wperjod“ vom 10. (23.) Juni erscheint.
10. (23.) Juni Lenin schreibt den Artikel „Die Duma und das Volk“, der als Leitartikel in Nr. 15 des „Wperjod“ vom 11. (24.) Juni erscheint.
- Erste Junihälfte Lenin kritisiert in einer Versammlung der sozialdemokratischen Organisation der Baltischen Werft die Menschewiki, die die kadettische Losung „Verantwortliches Dumakabinett“ unterstützen.
- 11./12.
(24./25.) Juni Lenin trifft in Terijoki (Finnland) ein, um an der Arbeit der Konferenz aller Bezirke der Petersburger Organisation der SDAPR teilzunehmen.

- Lenin übernimmt den Vorsitz der Konferenz und beantragt, die Konferenz mit der Diskussion über die Frage der Taktik zu beginnen. Lenins Antrag wird angenommen. Lenin hält die Referate „Über die Taktik der Partei gegenüber der Reichsduma“ und „Über die Einheit der Partei“.
- Vor dem*
14. (27.) Juni Lenin arbeitet den Deklarationsentwurf der sozialdemokratischen Dumafraktion aus. Der Entwurf wird am 22. Juni (5. Juli) in Nr. 1 der Zeitung „Echo“ veröffentlicht.
14. (27.) Juni Lenins Artikel „Der Kampf um die Macht und der ‚Kampf‘ um Almosen“ erscheint als Leitartikel in Nr. 17 des „Wperjod“.
22. Juni (5. Juli) Lenins Artikel „Zur Deklaration unserer Dumafraktion“, „Was du tun willst, das tue bald!“ und „Eine nützliche Polemik“ werden in Nr. 1 des „Echo“ veröffentlicht. Lenin schreibt die Artikel „Die Hilfe für die Hungernden und die Taktik der Duma“ und „Verhandlungen über das Kabinett“. Die Artikel werden in Nr. 2 des „Echo“ vom 23. Juni (6. Juli) veröffentlicht.
23. Juni (6. Juli) Lenin schreibt den Artikel „Wer ist für ein Bündnis mit den Kadetten?“, der als Leitartikel in Nr. 3 des „Echo“ vom 24. Juni (7. Juli) erscheint.
24. Juni (7. Juli) Lenin schreibt den Artikel „Die kadettische Duma bewilligt der Regierung der Pogromhelden Geld“, der als Leitartikel in Nr. 4 des „Echo“ vom 25. Juni (8. Juli) erscheint.
25. Juni (8. Juli) Lenin hält in einer vom Petersburger Bezirkskomitee der SDAPR organisierten Arbeiterversammlung das Referat und das Schlußwort zur *Agrarfrage*.
26. Juni (9. Juli) Lenin schreibt den Artikel „Nachbeter der Kadetten“, der als Leitartikel in Nr. 5 des „Echo“ vom 27. Juni (10. Juli) erscheint.
28. Juni (11. Juli) Lenins Artikel „Noch einmal über ein Dumakabinett“ erscheint als Leitartikel in Nr. 6 des „Echo“.
Lenin leitet eine Versammlung der sozialdemokratischen

- Arbeiter des Narwaer Bezirks in Petersburg und hält ein Referat zur Agrarfrage. Die Versammlung nimmt die von Lenin eingebrachte Resolution an, die die Beschlüsse der Konferenz aller Petersburger Bezirke der SDAPR billigt.
- Ende Juni
(Anfang Juli)* Lenin nimmt an einer Versammlung der führenden bolschewistischen Parteifunktionäre in Petersburg teil, in der die Frage der Taktik der Partei behandelt wird.
1. (14.) Juli In Nr. 9 des „Echo“ erscheinen Lenins Artikel „Falsche Betrachtungen ‚parteiloser‘ Boykottisten“ und „Rügen der Bourgeoisie und Kampflosungen des Proletariats“.
2. (15.) Juli Lenins Artikel „Armee und Volk“ erscheint als Leitartikel in Nr. 10 des „Echo“.
- Anfang Juli* Lenin spricht in einer Versammlung der Arbeiterinnen der Tabakfabrik Schapschal in Petersburg; er unterstützt die Initiative der Arbeiter, die Ablehnung ihrer wirtschaftlichen Forderungen durch die Direktion mit der Ausrufung des Streiks zu beantworten.
4. (17.) Juli In Nr. 11 des „Echo“ erscheint Lenins Artikel „Über die Organisation der Massen und die Wahl des Zeitpunkts für den Kampf“ und die Notiz „Aus Zeitungen und Zeitschriften“.
5. (18.) Juli Lenins Artikel „Mutiger Angriff und furchtsame Verteidigung“ erscheint als Leitartikel in Nr. 12 des „Echo“. Lenin schreibt den Artikel „Die Dumaparteien und das Volk“, der als Leitartikel in Nr. 13 des „Echo“ vom 6. (19.) Juli erscheint.
6. (19.) Juli Lenin schreibt den Artikel „Verschwörungen der Reaktion und Drohungen der Pogromhelden“, der als Leitartikel in Nr. 14 des „Echo“ vom 7. (20.) Juli erscheint.
7. (20.) Juli Lenin referiert unter dem Namen Karpow in einer Versammlung von Funktionären der Petersburger Organisation der SDAPR und legt einen Resolutionsentwurf zur Taktik der sozialdemokratischen Fraktion in der Reichsduma vor.

9. oder 10.
(22. oder 23.)
Juli Lenin berät in Kuokkala (Finnland) mit Parteifunktionären über die Aufgaben der Partei im Zusammenhang mit der Auseinanderjagung der Duma.
- Zwischen dem
13. und 17.
(26. und 30.)
Juli Lenin schreibt die Broschüre „Die Auflösung der Duma und die Aufgaben des Proletariats“.
16. (29.) Juli Lenin verfaßt den Entwurf eines Beschlusses des Vollzugsausschusses des Petersburger Komitees der SDAPR über die Entsendung einer Delegation nach Sveaborg zur Leitung des Aufstands.
20. Juli
(2. August) Lenin gibt den bolschewistischen Mitgliedern des Petersburger Komitees Hinweise für die Durchführung eines Streiks zur Unterstützung des Aufstands in Kronstadt.
- Erste
Augusthälfte Lenin organisiert während seines zweiwöchigen Aufenthalts in Wiborg die Vorbereitung und Herausgabe der Nr. 1 des „Proletari“.
12. (25.) August Lenin schreibt den Artikel „Über den Boykott“.
21. August
(3. September) In Nr. 1 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Vor dem Sturm“ (Leitartikel), „Über den Boykott“, „Die politische Krise und das Fiasko der opportunistischen Taktik“ und „Zu den jüngsten Ereignissen“.
27. August
(9. September) Lenin leitet eine Parteiversammlung in Terijoki. Er wendet sich in seiner Rede gegen die menschowistische Lösung eines „Arbeiterkongresses“ und setzt sich nachdrücklich für die Einberufung des V. Parteitags der SDAPR ein. Die von Lenin vorgelegte Resolution wird von der Versammlung einstimmig angenommen.
29. August
(11. September) In Nr. 2 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Die Lehren des Moskauer Aufstands“ (Leitartikel) und „Taktische Schwankungen“.
- Sommer Lenin schreibt die „Betrachtungen eines einfachen Marxisten

- über die Philosophie“ anlässlich des Erscheinens von A. Bogdanows „Empiriomonismus“ (III. Folge).
- Ende des Sommers* Übersiedlung Lenins nach Kuokkala (Finnland), in das Landhaus „Wasa“.
8. (21.) *September* In Nr. 3 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Die Politik der Regierung und der bevorstehende Kampf“ (Leitartikel) und „Hände weg!“.
- Erste Septemberhälfte* Lenin schreibt die Notiz „Die Vereinigung des ‚Bund‘ mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“.
19. *September*
(2. *Oktober*) Lenins Artikel „Sozialrevolutionäre Menschewiki“ erscheint in Nr. 4 des „Proletari“.
30. *September*
(13. *Oktober*) In Nr. 5 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Ein neuer Staatsstreich in Sicht!“ (Leitartikel), „Der Partisanenkrieg“ und „Versuch einer Klassifizierung der russischen politischen Parteien“.
- Anfang Oktober* Lenin schreibt die „Notizen zu Nr. 1 des ‚Sozialdemokrat‘“.
- Nach dem*
13. (26.) *Oktober* Lenin schreibt die Broschüre „Martow und Tscherewanin in der bürgerlichen Presse“; die Broschüre erscheint im Oktober 1906 im Verlag „Proletarskoje Delo“.
18. (31.) *Oktober* In Nr. 12 der Zeitschrift „Westnik Shisni“ erscheint Lenins Artikel „Der afterkluge russische Radikale“.
29. *Oktober*
(11. *November*) In Nr. 6 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Zu den Ergebnissen des Parteitags der Kadetten“ (Leitartikel) und „Spießbürgerlichkeit in den Reihen der Revolutionäre“.
31. *Oktober*
(13. *November*) Lenin beendet die Broschüre „Sozialdemokratie und Wahlabkommen“.
3. (16.) *November* Lenin wird in der zweiten Konferenz der SDAPR („Erste Gesamtrussische Konferenz“) in Tammerfors ins Präsidium gewählt.
Lenin spricht zur Frage der Tagesordnung der Konferenz,

- Lenin beantragt zu erörtern, wie die Vereinigung mit dem „Bund“ in den lokalen Parteiorganisationen verläuft.
4. (17.)
November Lenin hält in der Konferenz das Referat und das Schlußwort zur Frage der Wahlabkommen bei den Dumawahlen; er bringt die „Besondere Meinung“ zur Taktik der SDAPR in der Dumakampagne ein. (Die „Besondere Meinung“ war von 14 Konferenzdelegierten unterzeichnet.)
6. (19.)
November Lenin kritisiert in der Konferenz den vom ZK der SDAPR vorgelegten menschewistischen Entwurf einer Wahlplattform. Lenin tritt in der Diskussion für die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags ein.
7. (20.)
November Lenin fordert, daß die Konferenz die Frage der Agitation für den „Arbeiterkongreß“ erörtere, die er als Verletzung der Parteidisziplin bezeichnet. Lenins Abänderungsantrag zu der Resolution „Über die örtliche Einheit der Wahlkampagne“ wird von der Konferenz angenommen.
10. (23.)
November Lenins Artikel „Über die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags“, „Wie man Geschichte schreibt...“, „Nachschrift zu dem Artikel ‚Die Sozialdemokratie und die Wahlkampagne‘“ erscheinen in Nr. 7 des „Proletari“.
- Vor dem 16. (29.)
November Lenin gibt (mündlich und in einem speziellen Brief) Hinweise an die Organisatoren der Einberufung der ersten bolschewistischen Konferenz der Militär- und Kampforganisationen der SDAPR in Tammerfors.
22. November
(5. Dezember) Lenin spricht mit Teilnehmern der ersten Konferenz der Militär- und Kampforganisationen der SDAPR über die Ergebnisse der Konferenz.
23. November
(6. Dezember) In Nr. 8 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Entwurf eines Aufrufs an die Wähler“ (Leitartikel), „Über Blocks mit den Kadetten“, „Der Kampf gegen die kadettisierenden Sozialdemokraten und die Parteidisziplin“, „Wie führen die Armawirer Sozialdemokraten die Wahlkampagne?“. Die von Lenin verfaßte Flugschrift „Wen soll man in die

- Reichsduma wählen?" wird als Beilage zu Nr. 8 des „Proletari“ veröffentlicht.
- Zwischen dem 15. November 1906 und dem 15. Januar 1907* Lenin spricht vor den Arbeitern des Semjannikow-Distrikts des Newski-Bezirks in Petersburg zu dem Thema „Wahlabkommen im Westen und bei uns“.
7. (20.)
Dezember In Nr. 9 des „Proletari“ erscheinen Lenins Artikel „Eine neue Senatserläuterung“ (Leitartikel) und „Die Krise des Menschewismus“.
10. (23.)
Dezember Lenin schreibt den Artikel „Das Proletariat und sein Alliiertes in der russischen Revolution“. Der Artikel erscheint in Nr. 10 des „Proletari“ vom 20. Dezember 1906 (2. Januar 1907).
14. (27.)
Dezember Lenin schreibt den Artikel „Die Verfälschung der Duma durch die Regierung und die Aufgaben der Sozialdemokratie“. Der Artikel erscheint in Nr. 10 des „Proletari“ vom 20. Dezember 1906 (2. Januar 1907).
20. Dezember
(2. Januar 1907) Lenins Artikel „Zu einem Artikel im Organ des ‚Bund‘“ erscheint in Nr. 10 des „Proletari“.
24. Dezember
(6. Januar 1907) Lenins Artikel „Die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse“ erscheint als Leitartikel in Nr. 1 der bolschewistischen Wochenschrift „Ternii Truda“.
- Nach dem 27. Dezember (9. Januar 1907)* Lenin schreibt das Vorwort zur russischen Ausgabe der Broschüre W. Liebknechts „Kein Kompromiß, kein Wahlbündnis!“.
28. Dezember
(10. Januar 1907) Lenin schreibt den Artikel „Die Aufgaben der Arbeiterpartei und die Bauernschaft“ und sendet ihn von Petersburg an die Redaktion der bolschewistischen Zeitung „Samarskaja Luka“ in Samara.
31. Dezember
(13. Januar 1907) Lenins Artikel „Wie stehen die bürgerlichen Parteien und die Arbeiterpartei zu den Dumawahlen?“ erscheint als Leitartikel in Nr. 2 der Wochenschrift „Ternii Truda“.

Dezember Lenin redigiert die russische Übersetzung der Broschüre K. Kautskys „Triebkräfte und Aussichten der russischen Revolution“ und schreibt ein Vorwort zu der Broschüre.

1907

6. (19.) Januar Lenin nimmt als Delegierter des Obwodny- und Saposhny-Distrikts des Moskauer Bezirks in Petersburg an der Konferenz der Petersburger Organisation teil.
Lenin wird ins Präsidium der Konferenz gewählt.
Lenin hält ein Referat zur Frage der Wahlabkommen bei den bevorstehenden Dumawahlen.
7. (20.) Januar Lenins Artikel „Plechanow und Wassiljew“ erscheint in Nr. 11 des „Proletari“.
14. (27.) Januar Lenins Artikel „Die Wahlkampagne der Arbeiterpartei in Petersburg“ erscheint als Leitartikel in Nr. 1 der bolschewistischen Wochenschrift „Prostyje Retschi“.
- 13./14. (26./27.) Januar Lenin schreibt die Broschüre „Sozialdemokratie und Dumawahlen“.
15. (28.) Januar Lenin schreibt die Broschüre „Der Narr als Richter (Aus den Notizen eines sozialdemokratischen Publizisten)“.

INHALTSVERZEICHNIS

<i>Vorwort</i>	VII–VIII
------------------------	----------

1906

Am Vorabend	1–2
Schwankungen oben, Entschlossenheit unten	3–5
Auf, zur Einheit!	6–9
Die Duma und das Volk	10–12
Der Kampf um die Macht und der „Kampf“ um Almosen	13–17
Zur Deklaration unserer Dumafraktion	18–23
„Was du tun willst, das tue bald!“	24–25
Eine nützliche Polemik	26–28
Die Hilfe für die Hungernden und die Taktik der Duma	29–33
Verhandlungen über das Kabinett	34–35
Aus Zeitungen und Zeitschriften	36–38
Wer ist für ein Bündnis mit den Kadetten?	41–45
Die kadettische Duma bewilligt der Regierung der Pogromhelden Geld	46–49
Nachbeter der Kadetten	50–54
Noch einmal über ein Dumakabinett	55–59
Aus Zeitungen und Zeitschriften	60–62
Falsche Betrachtungen „parteiloser“ Boykottisten	63–68

Rügen der Bourgeoisie und Kampflosungen des Proletariats	69–70
Armee und Volk	71–73
Aus Zeitungen und Zeitschriften	74–75
Über die Organisierung der Massen und die Wahl des Zeitpunkts für den Kampf	76–79
Aus Zeitungen und Zeitschriften	80–81
Mutiger Angriff und furchtsame Verteidigung	82–86
Die Dumaparteien und das Volk	87–90
Verschwörungen der Reaktion und Drohungen der Pogromhelden ..	91–94
Die Auflösung der Duma und die Aufgaben des Proletariats	95–117,
I	97
II	102
III	104
IV	110
V	115
VI	117
Über die Entsendung einer Delegation nach Sveaborg. Beschluß des Vollzugausschusses des Petersburger Komitees der SDAPR ..	118
Vor dem Sturm	121–126
Über den Boykott	127–135
Die politische Krise und das Fiasko der opportunistischen Taktik ..	136–152
I	136
II	137
III	140
IV	146
V	149
Zu den jüngsten Ereignissen	153–155
Über den „Arbeiterkongreß“. Notiz	156
Die Lehren des Moskauer Aufstands	157–165
Taktische Schwankungen	166–170
Die Politik der Regierung und der bevorstehende Kampf	171–175
Hände weg!	176–180
Über die Partisanenaktion der PPS	181
Die Vereinigung des „Bund“ mit der Sozialdemokratischen Arbeiter- partei Rußlands	182–183

Sozialrevolutionäre Menschewiki	184—194
Ein neuer Staatsstreich in Sicht!	195—201
Der Partisanenkrieg	202—213
I	202
II	204
III	206
IV	212
Zur Frage des Partisanenkriegs	214
Versuch einer Klassifizierung der russischen politischen Parteien ..	215—221
Notizen zu Nr. 1 des „Sozialdemokrat“	222—225
Der afterkluge russische Radikale	226—230
Zu den Ergebnissen des Parteitags der Kadetten	231—236
Spießbürgerlichkeit in den Reihen der Revolutionäre	237—247
Martow und Tscherewanin in der bürgerlichen Presse	248—255
Eine Unwahrheit, die L. Martow durch die bürgerliche Presse verbreitet	248
Martow und Tscherewanin	251
Sozialdemokraten in bürgerlichen Zeitungen	253
Über die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags	256—258
Wie man Geschichte schreibt... .. .	259—262
Nachschrift zu dem Artikel „Die Sozialdemokratie und die Wahlkampagne“	263—265
Sozialdemokratie und Wahlabkommen	267—291
I	269
II	271
III	273
IV	276
V	279
VI	283
VII	289
Besondere Meinung der Delegierten der Sozialdemokratie Polens, Lettlands, St. Petersburgs, Moskaus, des zentralen Industriegebiets und des Wolgagebiets, eingebracht auf der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR	292—294
Entwurf eines Aufrufs an die Wähler	295—300
Über Blocks mit den Kadetten	301—313

Vorwort zur russischen Ausgabe der Broschüre: W. Liebknechts, „Kein Kompromiß, kein Wahlbündnis!“	402—408
Vorwort zur russischen Ausgabe der Broschüre: K. Kautsky, „Trieb- kräfte und Aussichten der russischen Revolution“	409—415
Wie stehen die bürgerlichen Parteien und die Arbeiterpartei zu den Dumawahlen?	416—421

1907

Plechanow und Wassiljew	422—428
Die Wahlkampagne der Arbeiterpartei in Petersburg	429—433
Sozialdemokratie und Dumawahlen	435—460
Die Sozialdemokratie und die Wahlen in Petersburg	437
I. Die Bedingungen der Einberufung und die Zusammensetzung der sozialdemokratischen Konferenz	438
II. Die Frage der Teilung der Konferenz	445
III. Was hat es zu bedeuten, daß die Menschewiki die Konferenz verlassen haben?	449
IV. Die politischen Parteien und die bevorstehenden Wahlen in Petersburg	455
Nachwort	458
Der Narr als Richter (Aus den Notizen eines sozialdemokratischen Publizisten)	461—480
Anmerkungen	481—503
Daten aus dem Leben und Wirken W. J. Lenins	505—514

ILLUSTRATIONEN

Erste Seite des „Echo“ Nr. 3 vom 24. Juni 1906 mit dem Leitartikel W. I. Lenins „Wer ist für ein Bündnis mit den Kadetten?“	39
Erste Seite der Zeitung „Proletari“ Nr. 1 vom 21. August 1906, in der W. I. Lenins Artikel „Vor dem Sturm“, „Über den Boykott“ und andere veröffentlicht wurden	119
Erste Seite der Wochenschrift „Ternii Truda“ Nr. 1 vom 24. Dezem- ber 1906 mit dem Leitartikel W. I. Lenins „Die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse“	391
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Die Aufgaben der Arbeiter- partei und die Bauernschaft“ — 1906	396—397